

Protokoll Bundesparteitag Karlsruhe.

14.–16. November 2005.



Kraft der
Erneuerung.

Protokoll Bundesparteitag Karlsruhe.

14.–16. November 2005.



Kraft der
Erneuerung.

Impressum

Herausgeber:

SPD-Parteivorstand, 10963 Berlin

Zusammenstellung:

Petra Bauer

Fotos:

Marco Urban, Berlin

Druck:

Media Print Informationstechnologie, Paderborn

Art.-Nr. 380 0755

Inhaltsverzeichnis

Geschäftsordnung

9

Erster Verhandlungstag Montag, 14. November 2005

Eröffnung	
Ute Vogt	11
Konstituierung	21
Rede des Parteivorsitzenden	
Franz Müntefering	23
Rede des Bundeskanzlers	
Gerhard Schröder	37
Beratung der Koalitionsvereinbarung	46
Rede des designierten Parteivorsitzenden	
Matthias Platzeck	102
Bericht der Mandats- und Zählkommission	107
Abstimmung über die Koalitionsvereinbarung	108
Bericht des Generalsekretärs	
Klaus Uwe Benneter	110
Bericht der Schatzmeisterin	
Inge Wettig-Danielmeier	112
Bericht der Kontrollkommission	117
Beratung der Anträge zur Europapolitik	121
Beratung der Anträge zur Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik	127
Beratung der Anträge zur Innen- und Rechtspolitik	129
Beratung der Anträge zur Kommunalpolitik	139

Zweiter Verhandlungstag Dienstag, 15. November 2005

Bericht der Antragskommission Wolfgang Thierse	142
Grußwort des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer	149
Rede des designierten Parteivorsitzenden Matthias Platzeck	154
Wahl des Parteivorsitzenden	179
Einführung in den Perspektivantrag Klaus Uwe Benneter	181
Beratung des Perspektivantrags	185
Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden	205
Rede des designierten Generalsekretärs Hubertus Heil	207
Einführung in den Leitantrag Bildungspolitik Edelgard Bulmahn	218
Wahl des Generalsekretärs Ergebnis	224
Beratung der Anträge zur Bildungspolitik	225
Wahl der Schatzmeisterin Ergebnis	235
Fortsetzung der Antragsberatung Bildungspolitik	238
Beratung der Anträge zur Grundsatzprogramm-Debatte	258
Beratung der Anträge zu Umwelt, Energie und Verkehr	262
Beratung der Anträge zu Familie, Frauen und Gleichstellung	270
1. Wahlgang für die weiteren Mitglieder des Parteivorstands Ergebnisse	273
Beratung der Anträge Wirtschaft und Arbeit	276

Beratung der Anträge Finanzen und Steuern	287
Beratung der Anträge Soziales und Gesundheit	293
2. Wahlgang für die Mitglieder des weiteren Parteivorstands Ergebnisse	299
Fortsetzung der Antragsberatung Soziales und Gesundheit	300

Dritter Verhandlungstag Mittwoch, 16. November 2005

Bericht der Arbeitsgruppe „Moderne Mitgliederpartei“ Kurt Beck	308
Beratung der Anträge Organisationsstatut, Wahlordnung und Schiedsordnung	316
Rede des Präsidenten der Serbischen Republik Boris Tadic	321
Fortsetzung der Antragsberatung Organisationsstatut, Wahlordnung und Schiedsordnung	323
Wahl der Bundesschiedskommission 1. Wahlgang	345
Wilhelm-Dröscher-Preis	347
Wahl der Bundesschiedskommission 2. Wahlgang	354
Schlusswort des Parteivorsitzenden Matthias Platzeck	356

Anhang

Finanzbericht	364
Bericht des Generalsekretärs Klaus Uwe Benneter	404
Bericht der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen / Betriebsorganisation AfA	415
Gleichstellungsbericht Elke Ferner	426
Delegierte	455
Delegierte mit beratender Stimme	463
Internationale Gäste	467
Rednerinnen und Redner	470

Folgende Berichte liegen gesondert als Broschüre vor:

- Anträge zum Parteitag
- Beschlüsse zum Parteitag
- Bericht der Bundestagsfraktion
- Bericht der Arbeitsgruppe „Moderne Mitgliederpartei“

Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind laut § 15 Organisationsstatut die von den Bezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des Parteivorstandes. Die Mitglieder des Gewerkschaftsrates haben auf dem Parteitag Rederecht.
2. Der Parteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten anwesend ist.
3. Die Beschlüsse des Parteitages werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit das Statut der Partei nichts anderes vorschreibt.
4. Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt fünf Minuten.
5. Die Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.
6. Berichterstatter/Berichterstatterinnen können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
7. Die Berichterstatter/Berichterstatterinnen der Antragskommission haben die Stellungnahme der Antragskommission zu begründen. Erhält der Sprecher/die Sprecherin der Antragskommission nach Schluss der Debatte nochmals das Wort, und äußert er/sie sich zur Sache, ist damit die Debatte erneut eröffnet.
8. Anträge aus der Mitte des Parteitages (Initiativanträge) werden behandelt, soweit der Parteitag dem zustimmt. Die Anträge müssen von 40 Stimmberechtigten aus fünf Bezirken unterstützt werden.
9. Wesentliche und umfangreiche Änderungen vorliegender Anträge müssen schriftlich rechtzeitig vor der Abstimmung eingebracht werden. Die Entscheidung darüber, welcher Änderungsantrag als wesentlich und umfangreich zu qualifizieren ist, trifft das Parteipräsidium.
10. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt fünf Minuten.
11. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner/eine Rednerin für und gegen den Antrag gesprochen hat.
12. Persönliche Anmerkungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.

13. Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen während einer Rede oder eines Debattenbeitrags sollen kurz und präzise sein und von einem Saalmikrofon gestellt werden, wenn der Redner/die Rednerin dies zugelassen hat. Der amtierende Präsident kann im Anschluss an einen Debattenbeitrag eine Zwischenbemerkung von höchstens zwei Minuten zulassen, auf die der Redner/die Rednerin kurz antworten darf.

Montag, 14. November 2005, Beginn: 11.00 Uhr



Eröffnung

Ute Vogt, stellvertretende Parteivorsitzende: Verehrte Ehrengäste! Liebe Damen! Liebe Herren! Liebe Delegierte des Parteitags! Ich darf euch und sie ganz herzlich hier in der Messehalle in Karlsruhe begrüßen. Ein ganz herzliches Willkommen im Herzen der ehemaligen badischen Residenz, die sich heute noch gerne badische Residenzstadt nennt. Ich freue mich gemeinsam mit den Delegierten des Bundesparteitages darauf, dass wir hier einen spannenden Parteitag erleben, kritische Diskussionen führen, aber dann auch gemeinsam von hier aus ein gutes Signal für unsere Zukunft und für die künftige politische Arbeit senden.

(Beifall)

Ich darf auch denjenigen ganz herzlich willkommen heißen, der hier quasi Hausherr ist: den Herrn Oberbürgermeister Fenrich, der uns hier ganz herzlich begrüßt und den auch wir ganz herzlich begrüßen, zusammen mit unserem Bürgermeister, Harald Deneken, der auch SPD-Kreisvorsitzender ist. Sie beide als Karlsruher Statthalter

ERÖFFNUNG

heißt ich hier bei uns ganz herzlich willkommen! Wir freuen uns, dass wir hier tagen dürfen.

(Beifall)

Da wir korrekt sein wollen, müssen wir natürlich dazusagen – auch für diejenigen, die von weiter her kommen –, dass diese Halle zwar „Karlsruher Messehalle“ heißt, aber in Wirklichkeit auf der Gemarkung der Stadt Rheinstetten steht. Und da dort ein sozialdemokratischer Oberbürgermeister regiert, werdet Ihr verstehen und werden Sie verstehen, dass ich ganz herzlich auch den Oberbürgermeister von Rheinstetten, Gerhard Dietz, begrüße. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Mit ihm zusammen begrüße ich eine ganze Riege kommunaler Vertreter von München bis Hannover: Christian Ude, Herbert Schmalstieg, Ulrich Mali, Gerhard Langemeier und als ehemaliger Leipziger Oberbürgermeister Dr. Hinrich Lehmann-Grube. Euch alle heißt ich stellvertretend für die kommunale Familie hier in Karlsruhe ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Diejenigen, die jetzt als Oberbürgermeister begrüßt wurden, stehen stellvertretend für viele, die als Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker bei uns in der politischen Arbeit täglich in der ersten Reihe sind. Sie sitzen nicht immer in der ersten Reihe, wenn es um die Begrüßungen und um die Gratulationen geht, aber sie sitzen und sie stehen in der ersten Reihe, wenn es darum geht zu vertreten, was innerhalb der Partei – oft auch, was in Berlin, aber auch in den Landesparlamenten –, beschlossen worden ist.

Diejenigen, die an der Basis tätig sind und Kommunalpolitik machen, haben in den letzten Jahren vielfach als aller erste gespürt, wenn die Bürgerinnen und Bürger verärgert waren. Sie haben es auch gespürt, wenn es darum ging, unmittelbar die Debatten mit der Bevölkerung zu führen, wenn es darum ging, unsere Politik nach draußen zu tragen. Deshalb möchte ich von dieser Stelle aus ganz herzlichen Dank all denen sagen, die sich jedes Mal vor Ort hinstellen und auch in schwierigen Zeiten den Kopf hinhalten, und all denen, ohne die alles, was wir in der Gesetzgebung oder auch in der Beratung beschließen, überhaupt nicht nach draußen kommen würde. Danke an diejenigen, die sich vor Ort der Basisarbeit stellen, viel auf sich nehmen und manchmal auch von uns einige Zumutungen aufgepackt bekommen. Ein herzliches Dankeschön von hier aus Karlsruhe an diejenigen, die zu Hause die Arbeit machen!

(Beifall)

Der SPD-Parteitag ist bereits das zweite Mal in Karlsruhe zu Gast. Erstmals hat die Sozialdemokratische Partei im Jahr 1964 hier getagt. Das war damals der erste ordentliche Parteitag unter dem Vorsitzenden Brandt. Willy Brandt wurde im Frühjahr auf einem Sonderparteitag gewählt und konnte dann den ersten ordentlichen Parteitag in Karlsruhe leiten. Von ihm stammt auch die Mahnung an uns, dass wir uns auf unsere Kraft besinnen sollen.

Wer den Wahlkampf miterlebt hat, den wir in den letzten Monaten geführt haben, und wer gesehen hat, wie Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten raus gegangen sind, in schwierigster Situation standen, der hat gespürt, was Willy Brandt meinte, als er sagte: Besinnt euch auf Eure Kraft!

Da war zu spüren, was es bedeutet, wenn die Mitglieder der Partei der Sozialdemokratie ihre Kräfte entfalten und sich auf die gute Tradition der politischen Debatte besinnen, wenn sie raus gehen und mit den Menschen reden, Politik nicht nur übermitteln lassen, sondern selbst dafür sorgen, dass unsere politische Arbeit in die Bevölkerung getragen wird. Es wurden unzählige Gespräche geführt: mit Freunden, Verwandten, an den Arbeitsplätzen und überall dort, wo man sich begegnet und wo es darum ging, die Weichen für die weitere Zukunft in Deutschland zu stellen.

Ich möchte an dieser Stelle denen danken, die diesen Wahlkampf geführt haben, aber vor allem den beiden, die an der Spitze gestanden haben, die uns allen auch den Mut und die Kraft gegeben haben, diesen Wahlkampf mit einer so gewaltigen Kraftanstrengung und mit einer so gewaltigen Aufholjagd tatsächlich zu vollenden. Ich darf mich ganz herzlich bedanken bei unserem Bundeskanzler Gerhard Schröder und bei unserem Parteivorsitzenden, Franz Müntefering! Ihr habt gekämpft bis zur Grenze eurer eigenen Kraft. Für euren Einsatz in diesem Wahlkampf ganz, ganz herzlichen Dank!

(Anhaltender Beifall)

Gemeinsam mit Gerhard Schröder und mit Franz Müntefering haben wir verhindert, was manche in der Republik sich vorgestellt haben – wir haben verhindert, dass die Grundlagen, die uns stark gemacht haben, infrage gestellt wurden; die Grundlagen nämlich, dass ein Land gleichermaßen den sozialen Zusammenhalt wahren und die Erneuerung vorantreiben muss. Wir haben gemeinsam erreicht, dass es nicht zu einem Richtungswechsel in Deutschland kam. Dafür sind wir dankbar. Das war ein großer Erfolg, der uns allen auch viel Kraft gegeben hat. Schade, dass es um ein paar tausend Stimmen nicht ganz gereicht hat. Aber die Freude war, glaube ich, auch so groß genug. Denn für Deutschland war der Wahlausgang trotzdem ein großer Segen. Schwarz-Gelb konnte verhindert werden!

(Beifall)

Wir tagen jetzt in einer Stadt, die den schönen Namen Karlsruhe trägt. Karlsruhe, eine Stadt, die den Namen erhalten hat, weil damals der Markgraf von Baden einen Ausflug in diese Region machte. Bei diesem Ausflug fand der Markgraf einen Ruheplatz, und er beschloss, hier an seinem Ruheplatz eine Residenz zu erbauen. Trotzdem: Die Ruhe alleine ist nicht charakteristisch für diese Region und auch nicht unbedingt immer charakteristisch für die Menschen dieser Region. In Baden stand nämlich auch die Wiege der Freiheitsbewegung des 19. Jahrhunderts. Hier erschallte der Ruf nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ganz besonders laut und kräftig. Deshalb, glaube ich, ist Karlsruhe ein guter Platz für diesen Parteitag, denn es ist eine Stadt, die beides bietet und gleichermaßen beides symbolisiert: Auseinandersetzung, Streitbarkeit, Kraft und Mut, aber auch Ruhe und Besonnenheit, die dann wieder Besinnung und Erholung bewirken.

Ich denke, in zweierlei Hinsicht gilt für uns heute, dies beides unter einen Hut zu bekommen. Zum einen hatten wir nach einem heftigen Wahlkampf und nach einer Richtungsaueinandersetzung viele, auch schwere Diskussionen und Debatten, die manchmal über die Grenze dessen gingen, was man persönlich eigentlich noch als Streitkultur in einem Wahlkampf ertragen konnte. Trotzdem sind wir jetzt gefragt, nach diesem heftigen Wahlkampf, uns zu besinnen und das Wählervotum in ein gutes Ergebnis für unser gesamtes Land umzusetzen und eine stabile Regierung zu bilden. Das ist die Aufgabe, vor der dieser Parteitag steht.

Wir haben als Zweites auch in den eigenen Reihen nicht immer den richtigen Grundsatz beachtet, der da heißt: Vielfalt in der Diskussion, aber Einheit in der Aktion. Nur zum Teil sind wir diesem Grundsatz gerecht geworden. Die Vielfalt in der Diskussion hat uns in den letzten Tagen, Wochen und Monaten sicherlich nicht gefehlt. Aber die Einheit in der Aktion haben wir auch in der Führung der Partei vermissen lassen. Auf allen Seiten ist es dabei zu schmerzhaften Erfahrungen und zu folgenreichen Konsequenzen gekommen. Wir haben auch in der Führung Fehler gemacht.

(Vereinzelt Beifall)

Aber ich bin froh, dass dem gemeinsamen Erschrecken vom vorvergangenen Montag nun vor allem gemeinsames Handeln folgen wird.

Ich möchte mich ganz besonders bedanken bei Franz Müntefering, dass er an zentraler Stelle der Regierung zusammen mit Matthias Platzeck und zusammen mit Peter Struck Hand in Hand für unseren gemeinsamen Erfolg arbeiten will und die Partei und vor allem auch das Land in eine gute Zukunft führen wird.

(Beifall)

Es sind viele hier, die in den vergangenen Jahrzehnten für den Erfolg und für die Lebendigkeit auch unserer Sozialdemokratie gesorgt haben. Manche begleiten uns

bis heute mit Anregungen, mit Mahnungen, auch mit kreativen Aktionen. Viele muntern uns auch auf, wenn die Zeiten mal schwierig sind.

Ich möchte stellvertretend für Viele, die seit vielen Jahren und Jahrzehnten der Partei die Treue halten, einige begrüßen, allen voran eine Frau, die seit 74 Jahren Mitglied unserer Partei ist, die der Partei die Treue hält, die nach dem allzu frühen Tod ihres Mannes selbst aktiv geblieben ist und Basisarbeit bei uns geleistet hat, auch hier in der Region. Ich darf ganz herzlich Käthe Erler zusammen mit ihrer Familie, bei uns begrüßen. Herzlich willkommen, liebe Frau Erler! Schön, dass Sie heute da sind.

(Beifall)

Ich freue mich sehr, dass einer, der mit kritischen Worten, aber auch mit Solidarität immer an unserer Seite steht, heute hier ist und auch diesen Parteitag wieder begleitet. Ganz herzlich willkommen, Hans-Jochen Vogel!

(Beifall)

Besonderen Anlass zur Freude hat sicher ein weiterer, der heute hier sein kann: wir werden heute in der Koalitionsvereinbarung sehen, dass wir kein Jota an dem rütteln, was wir zum Atomausstieg beschlossen haben. Ich begrüße ganz herzlich einen, der viel getan hat, damit die Sozialdemokratie hier eine fortschrittliche Position einnimmt, und das schon vor vielen Jahren. Ganz herzlich willkommen, Erhard Eppler!

(Beifall)

Ich darf weitere Wegbegleiter und -begleiterinnen begrüßen, über deren aktive Mitarbeit und Begleitung wir uns freuen und wo wir dankbar sind, dass sie auch ihre Erfahrungen, selbst wenn sie in anderen Feldern tätig sind, weiterhin bei uns einbringen. Ich begrüße ganz herzlich Günter Verheugen, Anke Fuchs, Holger Börner, Klaus Staeck, Herbert Ehrenberg, Karl Ravens, Ernst Gottfried Mahrenholz, Eva Rühmkorf stellvertretend für viele andere, die heute hier sind. Herzlich willkommen Euch allen und danke, dass Ihr immer dabei seid, uns zur Seite steht und uns manchmal auch zur Seite nehmt, wenn es nötig ist.

(Beifall)

Ein besonderer Gruß bei den Gästen gilt auch einer, die uns bei den Wahlkämpfen immer viel geholfen hat und die mitnichten nur eine war, die an der Seite ihres Mannes entsprechend mitgelaufen ist, sondern eine, die mutig und klar Position bezogen hat, die auch viel an Wirkungen ausgeübt hat in Bezug auf die Wertschätzung der Frauenfrage und auf die Wertschätzung des Umgangs mit der Ganztagsbetreuung, die viel erreicht hat durch die Arbeit im unmittelbaren Umfeld. Herzlichen Dank und herzlich willkommen, Doris Schröder-Köpf.

(Beifall)

Wir erleben in diesen Tagen, dass nichts, was wir errungen haben, automatisch von Dauer ist. Vieles muss immer wieder neu erkämpft werden. Das haben wir erlebt, als wir im Wahlkampf zusammen diskutiert und gestritten haben. Hier in Baden-Württemberg haben wir einen Ministerpräsidenten, der noch in die Koalitionsverhandlungen hinein versucht hat, Arbeitnehmerrechte entsprechend zurückzudrehen. Er wollte, dass sie weiter ausgehöhlt werden. Wir sind froh und dankbar, gerade hier in Baden-Württemberg, dass jetzt eine große Koalition klare Signale setzt, auch in die Reihen der CDU in Baden-Württemberg hinein, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Arbeitgeber auf gleicher Augenhöhe bleiben; dass die Tarifautonomie bleibt, dass die Mitbestimmung bleibt und dass vor allem auch keine Zuschläge unnötig besteuert werden, wenn Menschen nachts und sonntags arbeiten und Schichtarbeit leisten. Dass das in dieser Gesellschaft honoriert wird, ist eine wichtige Errungenschaft. Ich bin froh, dass dies auch von der Bundes-CDU so mitgetragen wird.

(Beifall)

Wir sind hier in einem Land, das durchaus bekannt ist für seine wirtschaftliche Kraft, aber eben auch in einem Land, in dem sich zeigt, dass es schwierig ist, diese wirtschaftliche Kraft auf Dauer zu halten. Schauen wir einmal in den mittleren Neckarraum, die Region um Stuttgart, eine der wirtschaftlich erfolgreichsten Regionen, die wir im Land haben. Dort ist in den nächsten Jahren mit dem Abbau von etwa 15.000 Arbeitsplätzen zu rechnen, weil große Konzerne wie Daimler-Chrysler oder auch Hewlett Packard und andere schon angekündigt haben, dass sie trotz der Gewinne, die sie einfahren, keine Chance sehen, die Menschen zu beschäftigen. Das erschreckende Signal, das jetzt gekommen ist, dass Daimler-Chrysler ankündigt, noch im kommenden Jahr auf 20 Prozent der Ausbildungsplätze verzichten zu wollen, ist ein Signal, von dem ich glaube, dass es Thema sein muss, auch hier auf unserem Parteitag. Wir wollen es nicht hinnehmen, dass sich Unternehmer ihrer Verantwortung entziehen und nur Forderungen an die Politik stellen, aber selbst nicht dort tätig werden, wo sie die Chance haben, Menschen eine Zukunft zu bieten und wo es auch um die eigene Zukunft der Unternehmen geht. Auch das muss Debatte auf diesem Parteitag sein, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es ist ein wichtiges Signal, dass wir mit dieser Koalitionsvereinbarung zeigen, dass wir bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Aber wir müssen auch deutlich machen: Es ist nicht die Politik allein, die für alles die Verantwortung trägt, sondern auch andere sind in der Gesellschaft gefordert, ihren Beitrag zu leisten. Ich bin froh, dass viele da sind, die mit uns zusammen diesen Beitrag leisten wollen und werden

und die mit ihrer Arbeit und auch mit ihrer Verbundenheit heute zeigen, dass sie Seite an Seite für das Gemeinwohl in unserer Gesellschaft streiten.

Ich begrüße ganz herzlich als Vertreter der Gewerkschaften Hubertus Schmoldt, Klaus Wiesehügel, Frank Bsirske, Konrad Freiberg, Wolfgang Schroeder, Alexander Kirchner und Frank Stöhr vom Deutschen Beamtenbund und Ulrich Thöne. Herzlich willkommen Euch allen, Ihnen allen hier auf dem Parteitag. Wir freuen uns auf weitere kritische Begleitung, aber vor allem erfolgreiches Zusammenwirken für unser Land.

(Beifall)

Ich darf mich bei denen bedanken, die an anderer Stelle mitwirken, in der Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen, bei den Vertretern der Kirchen, bei Karl Jüsten, der hier ist vom Kommissariat der Deutschen Bischöfe, bei Stefan Reimers als Bevollmächtigter des Rates der EKD. Ganz herzlich willkommen hier auf unserem Parteitag und herzlichen Dank auch für Ihre Begleitung und für Ihre Arbeit, die Sie das Jahr hindurch leisten.

(Beifall)

Ich darf weitere Wegbegleiter begrüßen, die ebenfalls an verantwortlicher Stelle zeigen, dass man mehr tun kann, als sich nur um den eigenen Job zu bemühen, dass man viel tun kann, um in die Gesellschaft auch mit Werten hineinzuwirken.

Ich darf herzlich begrüßen Robert Antretter von der Bundesvereinigung der Lebenshilfe. Ich darf herzlich begrüßen Monika Wulf-Mathies, die für die Post AG hier ist. Ich darf Ingrid Matthäus-Maier ganz herzlich begrüßen und auch Herbert Hartmann als Vizepräsident des Deutschen Sportbundes. Den vielen gesellschaftlichen Gruppen, von Unternehmen bis Verbänden: Herzlich willkommen Ihnen allen hier bei uns auf dem Parteitag.

(Beifall)

Schließlich gehört zur Verantwortung, die wir tragen, auch die Verantwortung über die eigenen Grenzen hinaus. Es gehört dazu, dass unsere Regierungszeit wie keine andere in den letzten Jahren dazu beigetragen hat, Außenpolitik neu zu orientieren, dass wir es geschafft haben, unser Land als ein bedeutendes Land in der Welt stark zu machen, ohne dass andere Angst haben müssen vor unserem Land. Wir haben gute Beziehungen aufgebaut und wir haben deutlich gemacht: Wir wollen in friedlicher Form Konflikte lösen. Das ist ein großes Verdienst, das auch weitergeführt werden wird in der großen Koalition, ein wichtiges Markenzeichen der Sozialdemokratie.

Dafür gebührt auch denjenigen ganz herzlicher Dank, die in der Bundesregierung in den letzten sieben Jahren die Verantwortung getragen haben.

ERÖFFNUNG

Wir dürfen uns besonders freuen, dass wir internationale Gäste begrüßen dürfen, die ein Zeichen dafür sind, wie verbunden wir mit vielen Teilen der Welt sind und wie die Freundschaft gewachsen ist.

Ich darf den chinesischen Minister Zhang Zhijun herzlich bei uns begrüßen.

(Beifall)

Ich begrüße Farida Mohamed als Mitglied des ANC. Herzlichen willkommen bei uns auf dem Parteitag.

(Beifall)

Ich darf Louis Ayala, Generalsekretär der Sozialistischen Internationalen, ganz herzlich in unseren Reihen willkommen heißen.

(Beifall)

Natürlich auch Jean-Marc Ayrault, dem Fraktionsvorsitzenden der Parti Socialiste in Frankreich, ein ganz herzliches Willkommen.

(Beifall)

Ich begrüße den finnischen Finanzminister und stellvertretenden Regierungschef Eero Heinäluoma. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Schließlich begrüße ich den Vizepräsidenten des griechischen Parlaments, Filippos Petsalnikos.

Ein herzliches Willkommen auch allen aus dem diplomatischen Korps und den diplomatischen Vertretungen. Wir freuen uns über ihre Teilnahme und hoffen auf weiterhin gute Beziehungen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, es hat sich vieles ereignet. Wir werden die nächsten drei Tage nutzen, uns intensiv auszutauschen. Männer und Frauen auf allen Ebenen unserer Partei sind diejenigen, die dafür Sorge tragen, dass das Parteileben seit über 140 Jahren so lebendig bleibt und dass es dem entsprechend auch eine Veränderung in der Gesellschaft gibt. Sie sorgen dafür, dass wir dem Auftrag gerecht werden, den uns das Grundgesetz gibt, nämlich an der politischen Willensbildung mitzuwirken und dafür Sorge zu tragen, dass sich durch Diskussionen und durch Gespräche auch in den Köpfen der Menschen etwas verändert; dass man nicht nur glaubt, durch Beschlüsse und durch Gremienarbeit die Menschen anzusprechen und vieles in der Gesellschaft zu verändern, sondern vor allem dadurch, dass man Sozialdemokratie lebt.

Viele in der Sozialdemokratie haben diesen Weg begleitet und haben dafür gesorgt und sorgen heute noch dafür, dass wir in der Gesellschaft Verankerung finden.

Wir hatten aber auch viele Genossinnen und Genossen, die heute nicht mehr mit uns streiten. Ich darf Euch bitten, Euch zu erheben zu Ehren derer, die seit dem letzten Parteitag im August von uns gegangen sind. Ich möchte stellvertretend für die Verstorbenen der letzten Monate einige wenige nennen und an sie erinnern.

Erich Frister, der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Er war dies von 1968 bis 1981. Joachim Raffert (?). Er war Mitglied des Deutschen Bundestages und war 1972 auch Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Bildung und Wissenschaft. Karl Richter. Er war Gründer, Vorsitzender und Ehrenvorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft 60 plus in Berlin und dort auch Vorsitzender der Gewerkschaft Druck und Papier. Ganz aktuell vermissen wir schmerzlich unsere liebe Kollegin Dagmar Schmidt aus dem Sauerland, die dem Deutschen Bundestag angehört hat und gerade wiedergewählt worden ist. Sie ist in der vergangenen Woche ganz überraschend gestorben.

Wir gedenken dieser Genossinnen und Genossen voller Dankbarkeit für ihre Arbeit und wir danken ihnen dafür, dass sie mit uns gemeinsam die Werte der Sozialdemokratie gelebt und verkörpert haben, mit uns gestritten und mit uns gelacht, aber auch mit uns gelitten haben, wenn es einmal schwierig gewesen ist. Wir werden ihre Arbeit auch in unserer Arbeit fortzusetzen versuchen. – Ich danke euch.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben einen Parteitag vor uns, auf den viele mit großen Interesse schauen. Es geht darum, dass wir wichtige Entscheidungen treffen für unser Land, aber auch für die Sozialdemokratie selbst. Die Führung der Sozialdemokratie hat sich hier schon einmal versammelt beim Parteitag 1964. Ich war damals gerade einmal sechs Wochen alt. Ich weiß nicht, was man damals gedacht hat, als man die Beschlüsse fasste. Aus einem Beschluss möchte ich zitieren: „Die Bewahrung des Friedens, die Sicherung der Freiheit und die friedliche Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts für das ganze deutsche Volk, das kann nur mit der Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit verwirklicht werden.“

Die Beschlüsse von 1964 spiegeln wider, dass es damals um die Zeit des Kalten Krieges ging. Nun wissen wir nicht, was man sich damals erhofft hat, wie schnell es mit dieser gewünschten Wiedervereinigung gehen würde. Aber eines kann mit Sicherheit sagen: Es wurden dort mit die Grundlagen dafür gelegt, dass es dann im Jahre 1989 zur Wiedervereinigung kommen konnte. Es wurden damals auch die Grundlagen dafür gelegt, dass wir heute eine Generation haben, die aufwächst, ohne zu wissen, was es heißt, ein geteiltes Deutschland zu haben; eine Generation, für die die Wiedervereinigung alltägliche Wirklichkeit ist, auch eine Generation, für die es selbstverständlich ist, dass wir nicht mehr fragen, ob einer aus dem Osten oder aus dem

ERÖFFNUNG

Westen kommt. Ich glaube, da hat auch dieser Parteitag eine Chance, deutlich zu machen: Einheit wird gelebt und muss bei uns nicht gefragt werden. Das ist ein großer Fortschritt, den die Politik bewirkt hat. In wenigen Jahren hat sich so vieles verändert. Mit diese Kraft sollten wir darauf vertrauen, dass auch Parteitage, wenn sie Beschlüsse fassen, wenn sie Diskussionen führen, viel bewegen können, was sich am Ende in der Gesellschaft positiv auswirkt.

In diesem Sinne wünsche ich uns, dass wir darauf vertrauen, dass Politik etwas bewirken kann; dass wir wissen, dass jede Diskussion, jedes Gespräch miteinander auch entsprechende Veränderungen hervorrufen. Wir müssen uns aber auch bewusst sein, dass es nicht nur darum geht zu reden, sondern dass es oft auch wichtig ist zuzuhören. Das ist etwas, was in der Parteiführung in den letzten Tagen stärker hätte getan werden sollen. Aber ich habe Vertrauen darauf, dass wir gemeinsam weiter machen, dass die Offenheit der Diskussion in den eigenen Reihen dazu führt, Schwierigkeiten zu erkennen, zu überwinden und dass wir dann zeigen: Die Sozialdemokratie ist die Kraft, die Deutschland in eine soziale und sichere Zukunft führt, die ermöglicht, dass eine lebendige Demokratie in Deutschland Wirklichkeit ist und die am Ende dafür sorgt, dass wir das, was wir uns wünschen, nämlich die Freiheit, die Gerechtigkeit und die Solidarität, in den eigenen Reihen auch gelebt wird und dass wir uns täglich bemühen, sie auch dort zu erfüllen, wo wir sie vielleicht vergessen haben. Wir sind in unserem Verhalten auch ein Maßstab für diejenigen, die uns als Bürgerinnen und Bürger zuschauen.

In diesem Sinne hoffe ich auf eine lebendige Debatte, auf eine gute Streitkultur und besonders weise Beschlüsse. Der Parteitag ist eröffnet.

(Beifall)

Konstituierung

Rüdiger Fikentscher, Parteirat: Liebe Genossinnen und Genossen, der Parteitag konstituiert sich nun. Es beginnt mit der Wahl des Präsidiums. Vorgeschlagen für das Präsidium sind Kurt Beck, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Jens Bullerjahn aus Sachsen-Anhalt. Ich füge hinzu: Mit Jens Bullerjahn an der Spitze wollen wir in 132 Tagen am 26. März in Sachsen-Anhalt die Landtagswahlen gewinnen.

(Beifall)

So wollen wir es ebenso mit Ute Vogt und Kurt Beck am gleichen Tage in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz machen.

(Beifall)

Vorgeschlagen für das Präsidium sind ferner: Wolfgang Jüttner aus Niedersachsen, Ute Vogt und Bärbel Dieckmann, Oberbürgermeisterin aus Bonn. Wer für diesen Vorschlag ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Das ist offensichtlich die Mehrheit. Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Dann ist dieses Präsidium so gewählt und kann die Arbeit aufnehmen.

Ich wünsche dem Präsidium eine sichere Hand bei der Leitung dieses Parteitages. Ich wünsche dem Parteitag einen guten Verlauf und gute Beschlüsse für die SPD und für Deutschland. Danke schön.

(Beifall)

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, bei dem Parteitag sind auch Formalia zu erledigen. Ihr habt mit der Vorlage 2 die Tagesordnung für den Parteitag vorliegen. Gibt es Ergänzungen und Anmerkungen zur Tagesordnungspunkt? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Dann ist die Tagesordnungspunkt so beschlossen.

Es liegt euch vor der Beschluss über die Geschäftsordnung. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist auch die Geschäftsordnung so beschlossen.

Wir kommen zur Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Das ist die Vorlage 4. Gibt es dazu Ergänzungen und weitere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist die Mandatsprüfungs- und Zählkommission so gewählt. Ich bitte die Mitglieder, sich jetzt rechts an der Bühne zu treffen.

Ein Vorschlag zum Ablauf: Antragsschluss für initiative Personalvorschläge und Initiativanträge zur Satzungsänderung soll um 13 Uhr, Antragsschluss für Initiativan-

KONSTITUIERUNG

träge zu den anderen Antragsbereichen um 14 Uhr sein. Dazu noch eine Ergänzung: Mit der eben beschlossenen Geschäftsordnung haben wir auch festgelegt, dass Initiativanträge und initiative Personalvorschläge die Zustimmung von 40 stimmberechtigten Delegierten aus fünf Bezirken oder Landesverbänden benötigen. Wenn es Initiativanträge oder Wortmeldungen gibt, diese bitte am Tisch links von der Bühne abgeben.

Wie immer bei Parteitag gibt es auch heute einige, die ihren Geburtstag feiern. Dabei handelt es sich um Delegierte, beratende Delegierte, aber auch Mitarbeiter, Pressevertreter, Aussteller und Firmenvertreter. Heute sind dies: Erika Ballhausen, Marita Bauer, Peter Donaiski, Patrick Keller, Ulrike Ritter, Dieter Schinzel, Michael Soranno und Fritz Rudolf Körper. Herzlichen Glückwunsch euch und alles, alles Gute!

(Beifall)

Liebe Genossen und Genossinnen, ich darf jetzt den Parteivorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und zukünftigen Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland, Franz Müntefering, bitten, zum Parteitag zu sprechen. Du hast das Wort, lieber Franz.

(Beifall)

Rede des Parteivorsitzenden Franz Müntefering



Franz Müntefering, Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen! Verehrte Gäste! Lasst uns Gutes aus diesem Parteitag machen! Vieles auf diesem Parteitag ist anders, als wir es dachten, als wir ihn einberufen haben. Gerhard Schröder ist zum letzten Mal als Bundeskanzler auf einem Parteitag. Es gibt einen Wechsel an der Spitze der Partei. Und wir haben über die Frage zu entscheiden, ob wir in eine große Koalition eintreten.

Dieses Jahr 2005 war und ist ein Jahr der Wechselbäder: Anfang des Jahres hatten wir gute Umfragewerte. Wir hatten die Hoffnung, die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen erfolgreich zu bestehen. Dann kam die Wahl in Schleswig-Holstein, in einer Zeit, als es mehr als 5 Millionen Arbeitslose gab, die wir nicht gewonnen haben. Der Tag, an dem in Berlin der Jobgipfel stattfand, wurde überschattet von einem bösen Foul an Heide Simonis.

Wir führten über viele Wochen eine Programmdebatte voller Intensität und, wie ich denke, mit guten Ergebnissen. Dann kam die Entscheidung zur Neuwahl, die umstritten war, die die Partei verängstigt und viele Fragen ausgelöst hat. Plötzlich

hatten wir Umfragewerte von 24 Prozent, ein Absturz. Danach ein furioser Wahlkampf, ein Wahlkampf, der gegen die Marktradikalen und gegen die Populisten in diesem Land gerichtet war. Und schließlich am 18. 9. ein großer Erfolg, aber knapp kein Sieg!

Was für ein Jahr, liebe Genossinnen und Genossen, was für eine Berg- und Talfahrt oder was für eine Tal- und Bergfahrt! Damit haben wir uns auf diesem Parteitag auseinander zu setzen. Wir müssen versuchen, Gutes daraus zu machen.

Dass es an diesem 18. 9. so gut lief, wie es für uns lief – sensationell gut; so haben wir und das ganze Land es empfunden –, haben viele mit erreicht. Aber vor allen Dingen haben wir das Gerhard Schröder zu verdanken, der sich in diesem Wahlkampf in unbändiger Weise engagiert hat, der die Partei mitgerissen und die Partei nach vorne geführt hat.

(Beifall)

Lieber Gerd, du hast es nicht immer leicht gehabt mit uns – wir auch nicht immer leicht mit dir –, aber im Wahlkampf war unmissverständlich: SPD und Gerd Schröder, das gehört zusammen, das ist eins. Es war ein langer Weg vom Proletarierkind ins Kanzleramt, ein beeindruckender Weg, ein sozialdemokratischer Weg. Sieben Jahre warst du Bundeskanzler in einer Regierung, zusammen mit vielen, die in der neuen Regierung nicht mehr dabei sind: Otto Schily und Hans Eichel, Wolfgang Clement und Peter Struck, Renate Schmidt und Manfred Stolpe, Edelgard Bulmahn und Herta Däubler-Gmelin, Rudolf Scharping und Walter Rieser, Karl-Heinz Funke und Reinhard Klimmt, Kurt Bodewig, Christine Bergmann und Werner Müller. Mit ihnen zusammen, lieber Gerd, hast du vieles in diesem Land in Bewegung gesetzt.

Zwei Dinge vor allem werden bleiben:

■ Erstens: Der Mut zur Erneuerung, die Agenda 2010 zu beginnen. Wir wussten, dass wir sie gegen viele Widerstände durchkämpfen müssen. Aber wir wollten dem Land zeigen: Wenn wir in eine gute Zukunft wollen, dann müssen wir jetzt auf diesem Weg starten.

■ Zweitens: Aus Deutschland eine friedliche, selbstbewusste Macht zu machen, die im internationalen Konzert sagt: Wir entscheiden selbst darüber, was wir international tun. Dazu gehörte die Bereitschaft Deutschlands, sich auf dem Balkan und in Afghanistan zu engagieren, und beim Irak genauso klar zu sagen: Das wollen wir nicht.

Die Agenda 2010 und die Entscheidung zur Friedenspolitik werden bleiben. Das macht uns alle miteinander stolz, lieber Gerd!

(Beifall)

Lieber Gerd, du hast ein gutes Stück Geschichte dieses Landes geschrieben, du hast ein gutes Stück sozialdemokratischer Geschichte geschrieben. Dass du jetzt in der Verhandlungskommission der letzten Wochen dabei warst, dass du mitdiskutiert und Rat gegeben hast, dass du dich eingemischt hast – das war noch einmal ein Stück praktizierter Demokratie und ein Zeichen persönlicher Souveränität. Dazu gehörte auch, dass du zum Schluss gesagt hast: „Die Situation ist jetzt so. Deshalb Ihnen, Frau Merkel, im Interesse des Landes eine gute Zeit als Bundeskanzlerin.“ Das zeigt menschliche Größe.

(Beifall)

Lieber Gerd, du hast dich um Deutschland und um die SPD verdient gemacht. Die deutsche Sozialdemokratie, wir alle, sind stolz auf dich und danken dir von Herzen. Bleib präsent!

(Anhaltend lebhafter Beifall – Die Anwesenden erheben sich)

Liebe Genossinnen und Genossen, jetzt stehen wir vor der wichtigen Frage, ob wir in eine große Koalition gehen wollen. Wir haben in den Wochen des Wahlkampfes viel über Weichenstellungen und über Richtungen gesprochen. Das hat uns nun auf eine ganz besondere Art erreicht. So war das eigentlich nicht gemeint. Aber die Situation ist da. Nach dem 18. 9. war sehr schnell klar: Ampeln wird es nicht geben. Eine Minderheitsregierung wollten wir nicht und wollten wir auch nicht riskieren. Neuwahlen wollten wir genauso wenig. Deshalb haben wir uns entschlossen, zu versuchen, eine solche große Koalition mit CDU und CSU auf gleicher Augenhöhe hinzubekommen, für vier Jahre, zum Nutzen des Landes. Wir haben in diesen Wochen den Raum möglicher Gemeinsamkeiten neu vermessen, wir haben Schnittmengen gesucht, wir haben Urteile und Vorurteile – auch persönlicher Art – relativiert, wir haben Gesprächsfähigkeit und Kompromisse gefunden.

Jetzt stehen wir vor der Frage: Wollen wir handeln? – Ich glaube, es geht. Heute haben wir zu entscheiden, ob die SPD im Jahre 2005 mit CDU und CSU eine Koalition beginnt, ob sie in gemeinsamer Verantwortung für Deutschland handelt, zum Nutzen der Menschen.

Leicht wird das nicht; das wissen wir alle. Koalitionen sind nie leicht. Regieren ist nie leicht. Aber besser, liebe Genossinnen und Genossen, mit der Kraft, die wir haben mitregieren, als ohne Einfluss in der Opposition zu sein. Lasst es uns wagen!

(Beifall)

Lasst es uns wagen, mit Leidenschaft für das Wünschenswerte zu kämpfen, mit Augenmaß das Machbare zu tun und mit Verantwortung für das Ganze zu übernehmen.

Das, was vorliegt, ist kein marktradikales und kein populistisches Programm. Westerville und Lafontaine werden nicht zustimmen können. Aber das spricht eher für das Programm.

(Beifall)

Das Programm, liebe Genossinnen und Genossen, hat hinreichend sozialdemokratischen Geist. Jedoch ist es bei weitem nicht reinrassig sozialdemokratisch, das ist wohl wahr. Andererseits gibt es eine alte Erfahrung vom Dorf: Straßenköter sind oft durchsetzungsfähiger und robuster als die feinsinnigen Sensibelchen. Lasst es uns versuchen!

(Beifall)

Drei Ziele haben wir unter der Überschrift Erneuerung und soziale Gerechtigkeit in die Verhandlungen mit hineingenommen: Die drei Ziele, die darunter standen, sind: Eine starke Wirtschaft, ein sozialer Staat und eine menschliche Gesellschaft. Daran haben wir uns orientiert.

Die deutsche Wirtschaft muss stark sein. Das ist die Voraussetzung dafür, dass wir Arbeit haben und Wohlstand in diesem Land sichern können. Auch wenn manche uns das nicht glauben: Sozialdemokraten wissen, dass bei den Bilanzen schwarze Zahlen gut sind. Das ist eine Stelle, wo Schwarz unwidersprochen gut ist. Die Unternehmen müssen erfolgreich sein können. So machen wir auch unsere Politik. Denn das ist die Voraussetzung dafür, dass wir Arbeitsplätze erhalten und neue bekommen können. Das ist allerdings keine Garantie, wie wir in den vergangenen Jahren leider haben lernen müssen.

Mit starker Wirtschaft verbindet sich die Zukunftsfähigkeit des Landes. Die Voraussetzungen, die dafür gegeben sein müssen, sind Qualifikationen, sind Forschung und Technologie, ist die Zukunftsfähigkeit des Landes insgesamt. Damit verbindet sich ein gerechter Lohn, ein Lohn, der in Deutschland wieder sicherstellt, dass diejenigen, die jobben, die arbeiten und den ganzen Monat unterwegs sind, die jeden Tag früh zur Arbeit fahren bzw. gehen, mit ihrem Lohn auch leben können, dass sie sich und ihre Familie auch ernähren können. Wir wollen, dass es in Deutschland Wohlstand in der Gesellschaft gibt, dass es eine prosperierende Wirtschaft gibt, aber auch gerechte Löhne und gerechte Bedingungen für die Menschen, die als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in dieser Wirtschaft unterwegs sind. Wirtschaft ist für den Menschen da und nicht umgekehrt. Das bleibt eine Leitlinie sozialdemokratischer Politik.

(Beifall)

Sozialer Staat, soziale Gerechtigkeit und organisierte Solidarität wird es nur geben, wenn der Staat handlungsfähig ist. Er ist nicht mehr oder nur noch knapp handlungs-

fähig. Dabei geht es nicht nur um den Bund, sondern damit sind Bund, Länder und Gemeinden gemeint.

Die Steuerquote von unter 20 Prozent bei uns im Land lässt den Staat nicht mehr hinreichend handlungsfähig sein. Deshalb müssen wir das ehrlich aussprechen. Wir müssen die Diskussion führen über einen Staat, der in diesem Land von manchen abgelehnt wird. Wir wollen keinen dicken Staat, keinen fetten Staat. Er darf ruhig schlank sein, aber er muss handlungsfähig sein.

Deshalb sagen wir: Jawohl, wir wollen einen Staat, der die soziale Idee weiterträgt und der Solidarität in diesem Lande organisiert, der dafür sorgt, dass sich dieses Land auf solidarische Weise organisiert, dass die Menschen in diesem Land wissen: In den Stunden existenzieller Not gibt es Versicherungen, gibt es gegenseitige, organisierte Solidarität. Das gelingt nur, wenn der Staat handlungsfähig ist. Wir bekennen uns dazu: Wir wollen einen handlungsfähigen Staat, der seine soziale Verpflichtung auch erfüllen kann, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist unverzichtbar, jetzt und auch in Zukunft.

(Beifall)

Wir wollen eine menschliche Gesellschaft, eine Gesellschaft, in der keiner, weil er anders ist als andere, Angst haben muss. Eine Gesellschaft, die sich um das große Problem der Integration kümmert. Das kann man nicht mit Bundesgesetzen alleine erreichen. Das findet vor Ort, in den Städten, in den Ländern statt.

Das deutet auf ein Problem hin, das man in dieser Konstellation der großen Koalition vielleicht besser lösen kann als anderswo: Alle großen Aufgaben dieses Landes werden wir nur lösen, wenn Bund, Länder und Gemeinden gemeinsam darangehen, wenn alle – Bund, Länder und Gemeinden – begreifen, dass sie miteinander die richtigen Gesetze und die richtige Umsetzung organisieren müssen.

Das gilt für die Integration, das gilt aber auch für jede Form des Widerstandes gegen Diskriminierung. Das gilt vor allem für Widerstand gegen Extremismus jeder Art, Rechtsextremismus in besonderer Weise. Wir wollen in einem Land leben, in dem keiner Angst haben muss. Keiner, der von der Hautfarbe, vom Namen, von der Herkunft, von der Religion oder von was auch immer anders ist als andere, soll in diesem Land Angst haben müssen. Wir wollen in einer liberalen, urbanen und offenen Gesellschaft miteinander leben, jetzt und auch in Zukunft.

(Beifall)

Wenn man solche Verhandlungen führt und zu einem Ergebnis kommt, ist es unvermeidlich, dass Häkchen gemacht werden, manche mir rotem Stift, manche mit schwarzem. Ich halte davon nicht so ganz viel. Aber trotzdem ist es wichtig

und richtig, sich Klarheit darüber zu schaffen: Hat man das, was möglich war, erreicht?

Wir haben nicht alles erreicht. Aber wir haben erreicht, dass die Tarifautonomie gesichert wird. Wir haben erreicht, dass dem Elterngeld der Weg gebahnt wird. Wir haben erreicht, dass es eine Sondersteuer für Spitzenverdiener gibt. Wir haben erreicht, dass ALG II Ost auf Westniveau angehoben wird. Wir haben die Anhebung des Schwellenwertes beim Kündigungsschutz auf 20 verhindert. Wir haben den Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Atomkraft abgelehnt. Das sind alles keine Kleinigkeiten, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist eine ganze Menge sozialdemokratischen Gedankenguts.

(Beifall)

Wir wussten: Wir brauchen einen Finanz- und Wachstumspakt. Beides muss stimmen. Wir müssen die Finanzen des Staates in Ordnung haben. Mit Staat ist hier nicht nur der Bund gemeint. Das sind immer Bund, Länder und Gemeinden.

Außerdem brauchen wir Wachstum, weil wir letztlich die Finanzprobleme nicht durch Sparen, durch Ausgabenkürzungen und durch Einnahmen lösen werden, sondern nur, wenn wir wieder Beschäftigung und Wachstum und mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in diesem Land haben. Dieser Zusammenhang darf nicht verdrängt werden.

Deshalb gibt es den Finanz- und Wachstumspakt, und deshalb gibt es im Jahre 2006 Wachstumsimpulse: Haushaltsnahe Dienstleistungen, Handwerkerrechnungen für Instandhaltung und Modernisierung der Wohnung, im Haus, auf dem Grundstück. Das sind Dinge, die in unserem Programm stehen, alte Bekannte, über die wir in den vergangenen Wochen und Monaten oft gesprochen haben. Das sind Maßnahmen, die für kleine und mittlere Unternehmen, für das Handwerk vor Ort gut sind.

Auch die energetische Gebäudesanierung wurde deutlich aufgestockt; sie wurde für die nächsten zwei, drei Jahre mit hoher Attraktivität ausgestattet. Es gibt 25 Milliarden Euro insgesamt im Laufe dieser Legislaturperiode für solche konkreten Maßnahmen. Das ist ein Zeichen, das im Jahre 2006 Schwung bringen soll.

Im Jahre 2007 steht die Erhöhung der Mehrwertsteuer an. Das war kein leichter Schritt für uns, weiß Gott nicht! Die 7 Prozent, der so genannte halbe Mehrwertsteuersatz, bleibt allerdings. Der andere steigt von 16 auf 19 Prozent. Bei den besonderen Dingen des täglichen Lebens, auch bei Druckerzeugnissen und in anderen Bereichen, bleibt es unverändert bei 7 Prozent. Das ist dann kein halber Mehrwertsteuersatz, sondern eher ein Drittel – wohl wahr! Aber es bleibt bei den 7 Prozent.

Von dieser Mehrwertsteuer werden 2 Prozentpunkte zwischen Bund, Ländern und Kommunen geteilt. Das ist auch Geld für die Länderkassen. Elf Bundesländer wer-

den bald keinen verfassungsgemäßen Haushalt mehr haben. Wenn einige christdemokratische Ministerpräsidenten sagen, das ginge auch nicht, weil das objektiv unmöglich sei, ist das ein schlechter Trost für die Politik.

Wir müssen wollen, dass sich der Bund und die Länder konsolidieren. Wir dürfen in Deutschland nicht auf Pump und von der Substanz leben. Wir haben riesige Lücke auszufüllen. Davor darf man nicht weglaufen.

Wir haben einen Plan für diese ganze Legislaturperiode gemacht. Wir haben miteinander darum gestritten, wie denn die Entscheidungen fallen können.

Im Jahre 2006 werden wir die Bedingungen des Art. 115 des Grundgesetzes nicht einhalten können. Das heißt, wir werden mehr neue Schulden machen als wir investieren. Im Jahre 2007 wollen wir es aber wieder hinbekommen, dann auch dauerhaft für diese Legislaturperiode. Wir wollen dann auch die Bedingungen von Maastricht erfüllen – nicht weil uns Maastricht so lieb wäre, sondern weil uns Europa so lieb ist. Wenn alle europäischen Länder ignorieren, was mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt gewollt ist, dann sinken die Chancen für Europa, gemeinsam in eine gute Zukunft zu gehen.

Dieser Punkt, den ich hier kurz skizziere, war einer der entscheidenden Dreh- und Angelpunkte in diesen ganzen Verhandlungen. Ich sage euch, liebe Genossinnen und Genossen: Manche haben das nicht goutiert, das wir uns in den Vorgesprächen für das Finanzministerium entschieden haben. Ich war sehr dankbar, dass Peer Steinbrück – ich will ihn da ausdrücklich nennen – an dieser Stelle gestanden hat. Es war und bleibt gut – das sage ich euch voraus –, dass im Finanzministerium ein Sozialdemokrat ist, der nicht nur von der Sache etwas versteht, sondern der auch das nötige Rückgrat hat zu bestehen und der dafür sorgt, dass wir hier eine gemeinsame Linie finden können. Ich bin Peer sehr dankbar für das, was er in diesen Wochen geleistet hat. Und das war ja erst der Anfang, Peer.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, in Bezug auf die Altersversorgung und die Rentnerinnen und Rentner hatten wir schwere Entscheidungen zu treffen. Wir haben versprochen, dass wir die Renten in dieser Legislaturperiode nicht kürzen. Das klingt verdammt bescheiden. Wenn man weiß, dass Inflation Kaufkraft wegnimmt, dann wird klar, dass das auch bescheiden ist. Es ist aber das, was wir leisten können.

Nach unserem geltenden Rentengesetz hätten wir die Renten in diesem Jahr – und auch im nächsten Jahr – um 2 Milliarden Euro senken müssen. Wir tun das nicht. Wir werden die Rentner auch nicht dadurch belasten, dass sie zusätzliche Anteile für die Krankenversicherung bezahlen müssen. Wir werden in dieser Legislaturperiode aber auch nicht obendrauf legen können. Die 2 Milliarden Euro mehr in diesem Jahr und

die 2 Milliarden Euro mehr im nächsten Jahr bedeuten, dass wir eine Bugwelle vor uns herschieben, die in zehn Jahren 20 Milliarden Euro ausmacht. Diese muss irgendwann abgebaut werden, wenn unsere Rentenversicherungssystematik überhaupt funktionieren soll.

Weil das so ist und weil wir damit im Bewusstsein der Generationengerechtigkeit umgehen müssen – die Jungen müssen es ja bezahlen –, haben wir gesagt: Wir werden mit dafür stimmen, dass wir im Jahre 2007 ein Gesetz erlassen, wonach es ab 2012 möglich sein wird, das Renteneintrittsalter in den entsprechenden Schritten bis zum Jahre 2035 auf 67 Jahre zu erhöhen. Das bedeutet nicht, dass jeder bis 67 Jahre arbeiten muss. Aber das bedeutet, dass derjenige, der dann mit 65 Jahren in Rente geht, einen Abschlag von seiner Rente hat, bis er mit 67 Jahren die volle Rente erhält.

Wir haben das sozial eingegrenzt, indem wir gesagt haben: Wer 45 Lebensarbeitsjahre erreicht hat, der wird seine volle Rente auch in Zukunft ohne Abschlag mit 65 Jahren bekommen können. Wir haben uns mit den 67 Jahren nur unter der Bedingung einverstanden erklärt, dass in der Zeit zuvor in einer großen Anstrengung versucht wird, zusätzliche Impulse für die Beschäftigung Älterer – für die, die 50 Jahre, 55 Jahre, 60 Jahre und älter sind – zu geben. Wir müssen etwas abbauen, was sich in diesem Lande in den letzten 20 Jahren leider entwickelt hat. Es kann nicht gut gehen, dass die Leute aufgrund der langen Zahldauer des Arbeitslosengeldes und der kleinen Sozialpläne mit 55 Jahren aus dem Job herausgedrückt werden. Da wir nicht mehr mit 14 Jahren, sondern im Schnitt mit 21 Jahren in den Job gehen und da wir im Schnitt mit 60 Jahren hinausgehen, erreichen wir nur 39 Lebensarbeitsjahre.

39 Prozent von denen, die 55 Jahre und älter sind, sind noch berufstätig. 23 Prozent von denen, die 60 Jahre und älter sind, arbeiten noch. Das kann nicht so bleiben. Um das zu erkennen, braucht man kein Mathematiker zu sein. Volksschule im Sauerland reicht, um zu wissen, dass das so nicht geht. Wir müssen hier etwas tun. Wir müssen dafür sorgen, dass in dieser Gesellschaft endlich wieder kapiert wird: Die 55- und 60-Jährigen laufen zwar nicht mehr so schnell, wie die 25-Jährigen, aber sie haben Wissen, Erfahrung, Können und Teamfähigkeit. Wenn diese Gesellschaft nicht verrückt ist, dann muss sie dafür sorgen, dass die 55- und 60-Jährigen nicht zu altem Eisen gestempelt werden, sondern in den Jobs und in dieser Gesellschaft mittendrin bleiben.

(Beifall)

Wir haben einen Prüfauftrag für das Schonvermögen bei den AL-2-Empfängern zugesagt. Das ist noch nicht differenziert. Wir wollen aber insbesondere an der Stelle, an der es um die Älteren geht, prüfen, was man tun kann. Wir haben auch bittere Zugeständnisse gemacht. Dazu stehen wir. Die Zahldauer des Arbeitslosengeldes wird nicht verlängert. Wir hatten dazu ein Gesetz eingebracht, wonach die Zahldauer des Arbeitslosengeldes nicht nur bis zum 31. Januar des kommenden Jahres, son-

dern bis zum 31. Januar 2008 fortgeschrieben werden sollte. Dieses Gesetz ist im Bundesrat gescheitert. Wir haben uns hier nicht mit den Partnern verständigen können. Die wollten ein anderes System, welches besonders zulasten der Jungen gegangen wäre. Deshalb haben wir uns zum guten Schluss nicht verständigen können. Es wird also bis zum 31. Januar 2006 laufen. Danach gilt die Neuregelung mit 12 Monaten bzw. mit 18 Monaten für die Älteren über 55-Jahre.

Wir haben zugestanden, dass aus der zweijährigen befristeten Einstellung eine zweijährige Wartezeit – Probezeit – wird. Die Probezeit bleibt wie bisher bei 6 Monaten. Es kann bei der Einstellung aber vereinbart werden, dass eine Probezeit von bis zu 24 Monaten besteht. Die Unternehmen werden das wissen und ich will das nicht schönmalen. Ich sage nur: Die, die wegen ihrer Qualifikation von den Unternehmen gewollt werden, die werden auch die Chance haben, mit einer 6-monatigen Probezeit eingestellt zu werden. Für die anderen wird es schwieriger; wir wissen das. Eine befristete Beschäftigung von zwei Jahren gab es aber auch bisher schon.

Wir haben zugestanden, dass es bei der Pendlerpauschale eine Veränderung im Hinblick auf die kurzen Strecken gibt. Die ersten 20 Kilometer werden nicht mehr durch die Pendlerpauschale erfasst.

Vor allen Dingen haben wir in einigen Bereichen beschlossen, im Jahre 2006 wichtige Entscheidungen zu treffen. Das haben einige draußen als ein Weglaufen vor den Problemen interpretiert. Das ist es aber nicht. Wir waren nicht auf die große Koalition eingestellt und die anderen auch nicht. Ich kann auch sagen: Die anderen schon gar nicht. Wir brauchten Diskussionen über bestimmte Bereiche. Wo wir gemerkt haben, dass das jetzt nicht gut gehen kann, haben wir gesagt: Wir machen lieber keine Schnellschüsse, sondern wir werden das ordentlich beraten und im ersten Halbjahr 2006 zu Ergebnissen bringen. Ich will kurz zwei Bereiche skizzieren: Erstens der Bereich Gesundheit: Unsere Bürgerversicherung und die Kopfpauschale von CDU/CSU sind nicht vereinbar. Daraus kann man keinen Kompromiss machen. Weil das nicht ging, werden wir das im ersten Halbjahr 2006 miteinander zu beraten haben. Nun werdet ihr sagen: Auch dann kann man keinen Kompromiss daraus machen. Ich sage: Das weiß ich. Genossinnen und Genossen, ich sage euch voraus: Wir werden eine vernünftige Lösung finden müssen. „Vernünftig“ heißt: Wir müssen in Deutschland wieder eine Situation erreichen, in der die großen politischen Blöcke – die SPD, die CDU und die CSU – bezüglich der großen sozialen Sicherungssysteme eine gemeinsame Sprache sprechen.

Es gab in diesem Lande auch deshalb eine große Sicherheit, weil es dieses Einvernehmen über Jahrzehnte gab und weil die Menschen bezogen auf die existenziellen Fragen wussten, dass sie nicht vom Ausgang der Bundestagswahlen abhängen. Diese Sicherheit, die die Menschen suchen, ist ein großes Gut. Das müssen wir wieder erreichen. Ich weiß noch nicht, wie das aussehen wird, aber ich sage euch: Wir wer-

den darum zu kämpfen haben, dass wir im Verlauf des nächsten Jahres festlegen, wie es in Zukunft im Gesundheitswesen sein wird.

Wir müssen die Dynamik der Kosten in diesem Bereich bremsen. Wir müssen aber auch wissen, dass das die größte Branche ist, die wir haben. Über 4 Millionen Menschen sind dort beschäftigt. Den Dienst des Menschen am Menschen darf man nicht kaputtsparen. Das muss auch gelten.

(Vereinzelt Beifall)

Es stellen sich die Fragen, wie man die Finanzierung hinkommt, welche Aufgaben die Steuern und die Beiträge haben und was man den Versicherten an eigenen Leistungen zumuten kann. Das ist also eine große Aufgabe.

In Verbindung damit werden dann auch die Fragen im Hinblick auf die Pflegeversicherung zu beantworten sein. Sie werden erst dann beantwortet, wenn die Dinge im Gesundheitswesen stehen, weil das gewissermaßen eine Folge ist, die sich daraus ergibt. Ich glaube, dass man bei der Pflegeversicherung sehr schnell zu vernünftigen Lösungen kommen könnte. Man muss sich anschauen, dass die gesetzliche und die private Pflegeversicherung nebeneinander stehen und bei sehr unterschiedlichen Bedingungen zu sehr gleichen Leistungen kommen. Das ist völlig ungerecht. Man könnte sagen, dass aus dem privaten Bereich ein Solidarausgleich in die gesetzliche Pflegeversicherung fließen muss. Dann ist die Frage erledigt.

Wir wollen nicht, dass die 1,7 Prozentpunkte Arbeitnehmerbeitrag – das ist nur der Arbeitnehmerbeitrag; denn dafür ist ein Feiertag aufgegeben worden, was man nicht vergessen darf – erhöht werden. Wir wollen erreichen, dass ambulante Pflegedienste Demenzkranke stärker als bisher mit einem Zuschuss über die Pflegeversicherung rechnen können. Das ist der Weg, den wir suchen.

(Beifall)

Das zweite große Kapitel, um das es Anfang nächsten Jahres geht, ist der Niedriglohnbereich, liebe Genossinnen und Genossen, der ist bei uns im Land hinreichend diffus. Es gibt dort sehr viele Ansätze unterschiedlichster Art. Es gibt diesbezüglich nur wenig Kraft der Gewerkschaften. Wir müssen uns darüber klar werden, ob wir das so, wie es ist, hinnehmen wollen. Ja oder Nein? Wir sagen: Nein. Das haben die anderen auch verstanden. Es ist verheerend für das Lebensgefühl in diesem Lande insgesamt, dass der verbreitete Eindruck besteht, dass oben der Deckel drauf und der freie Fall nach unten eröffnet ist. Dagegen muss etwas getan werden. Die Menschen müssen wieder Sicherheit haben. Das gilt sowohl für die Sozialsysteme, als auch bei den Löhnen. Wer ordentlich und den ganzen Monat arbeitet, der muss sich und seine Familie davon ernähren können. Die Niedriglohnstrategie ist für Deutschland falsch. Wir sind und bleiben Hochlohnland und wir müssen auch Hochleistungsland bleiben.

(Beifall)

Wir werden also über Kombilöhne miteinander zu streiten haben. Darunter stellen sich viele vieles vor. Das ist auch eine Erfahrung dieser Gespräche. Lauft vor dem Begriff nicht weg.

Wir werden auch über das Entsendegesetz zu sprechen haben. Dort haben wir einen Fortschritt erzielt. Sie sind damit einverstanden, dass wir das Entsendegesetz im Bereich der Gebäudereinigung zur Wirkung bringen. 750.000 Menschen haben in diesem Bereich dann einen Mindestlohn.

Wir werden auch über den Mindestlohn zu sprechen haben. Dieses Wort wurde in den Runden, in denen wir diskutiert haben, nicht mehr abgelehnt. Ich kenne all die Probleme, die damit zusammenhängen. Wir haben seit eineinhalb Jahren auch mit den Freunden von den Gewerkschaften darüber diskutiert, dass es unterschiedliche Gefühle bei diesem Thema gibt, ist doch ganz klar. Es ist ganz klar, dass sich Jürgen Peters mit seiner IG Metall etwas anderes unter Mindestlöhnen vorstellt als Franz-Josef Möllenberg im Bereich der NGG. Die Frage ist, wie man das beantwortet.

Man muss sich ja nicht genieren, wenn man deutlich macht, dass es da komplizierte Ausgangslagen gibt. Wir müssen das aber sehr wohl beantworten. 17, 18 andere europäische Länder haben solche Entscheidungen für Mindestlöhne getroffen, die im Übrigen auch sehr nützlich sind, falls uns die Wettbewerber in Europa doch noch mit der Dienstleistungsrichtlinie begegnen. Das ist ein enger Zusammenhang.

Wer im Entsendegesetz absichert, wer über einen Mindestlohn absichert, der muss keine Angst mehr davor haben, dass der Arbeitsmarkt in Europa aufgrund der Entscheidungen, die getroffen werden, völlig diffundiert. Also: Lasst uns dort kämpfen und lasst uns dafür streiten, dass wir im ersten Halbjahr des nächsten Jahres vernünftige Lösungen erreichen!

Es gibt viele gute Ansätze. Wir müssen aber dafür sorgen, dass wir sie auf einen Nenner bringen und dass das für diejenigen, die betroffen sind, auch wieder verständlich und vermittelbar wird.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe am 22. Mai – am Abend der NRW-Wahl – vielleicht ein bisschen vorlaut über die Beendigung des strukturellen Patts zwischen Bundestag und Bundesrat gesprochen. Im Grunde sind wir da jetzt mittendrin. Die Beantwortung der Frage, was man tun kann, damit Bund und Länder gemeinsam Politik machen, ist die Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit und die Überzeugungsfähigkeit dieser Regierung. Es ist entscheidend, ob sich Bund und Länder auf ein gemeinsames Handeln verständigen können und ob wir in der Lage sind, zur selben Zeit in die gleiche Richtung und an einem Strick zu ziehen. Dann wird nicht wieder das passieren, was Hans Eichel mit dem Steuervergünstigungsabbaugesetz pas-

siert ist, dass nämlich 17 Milliarden Euro abgelehnt werden und sich die CDU-Bürgermeister anschließend darüber beschwerten, dass sie kein Geld in der Kasse haben.

Das war doch die Lebenswirklichkeit der vergangenen Jahre. Man konnte das, was wir jetzt erreicht haben, am 22.5. noch nicht wissen. Aber dass wir das auflösen müssen und dass wir das auflösen wollten, ist auch klar. Das geht nur, wenn wir jetzt die Chance dieser Situation nutzen. Es war gut, dass viele Ministerpräsidenten mit am Tisch waren, Matthias Platzeck vorne weg und Kurt Beck sowie Harald Ringstorff, aber auch von der anderen Seite ganz viele, dass alle mitgesprochen haben und mit im Wort stehen. Wir konnten in den Koalitionsvertrag keine Wohlverhaltensklausel für die Länder schreiben, dass sie zustimmen müssen – natürlich nicht! Aber ihr Wort ist da und ich glaube und hoffe darauf, dass das auch besser als bisher organisierbar sein wird.

Lasst mich an dieser Stelle ein Wort zu zweien sagen, die in dieser Zeit der Koalitionsverhandlungen in ganz besonderer Weise gearbeitet und geschuftet haben. Matthias Platzeck hat gestern gesagt: Die anderen haben nicht lange geschlafen, die beiden aber gar nicht mehr. – Es gab eine so genannte Steuerungsgruppe. Das sind vier Personen gewesen, die geschrieben, gesammelt und zusammengefügt haben, die das loyal und mit großem Geschick gemacht haben. Auf unserer Seite sage ich ein herzliches Dankeschön an Olaf Scholz und an Kajo Wasserhövel!

(Beifall)

Wenn ich einen Strich darunter mache, liebe Genossinnen und Genossen: Die Konzepte sind vernünftig. Beweisen muss sich die Koalition im Handeln. Man kann das heute nicht wissen. Aber wir können überzeugen. Die Frage ist, ob man die Chance sucht, oder ob man vor lauter Angst vor dem Tod Selbstmord begeht. Man muss jetzt springen. Wir müssen den Mut haben, in diese Koalition zu gehen und zu überzeugen. Und wenn wir überzeugen, bin ich sicher, werden die Menschen die Große Koalition auch annehmen. Es gibt in Deutschland keine prinzipielle Ablehnung der Großen Koalition. Wenn wir erfolgreich sind, werden die Menschen das auch honorieren. Das war übrigens von 1966 bis 1969 nicht anders. Damals haben zum Schluss beide Beteiligten gewonnen. Es war so günstig, dass die Sozialdemokraten anschließend eine kleine Koalition machen konnten. Lasst uns das doch einfach wiederholen! Das ist ein guter Ansatzpunkt, den man uns da vorgegeben hat.

(Beifall)

Ich warne aber davor, jetzt allzu viel über das Jahr 2009 zu sprechen. Manche begegnen mir und sagen: Das müssen wir jetzt tun, damit wir 2009 die Bundestagswahl gewinnen. – Dann sage ich: Das weiß man heute noch nicht. Das Einzige, was ich weiß, ist: Wir müssen 2005 gut sein, wir müssen 2006 gut sein, wir müssen 2007 gut sein usw. Dann werden wir auch 2009 eine Chance haben. Wahlkämpfe führen, das

können wir; das haben wir jetzt drei Mal gezeigt. Das machen wir 2009 wieder. Aber bis dahin müssen wir unsere Aufgaben erfüllen und nicht darüber reden, was irgendwann im Jahre 2009 vielleicht zu erreichen ist.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich scheid morgen nach 20 Monaten bzw. 606 Tagen, wie mir freundlicherweise ausgerechnet wurde, als Parteivorsitzender aus. Ich will ein paar Worte dazu sagen und will beginnen mit einem herzlichen Dankeschön an Klaus-Uwe Benneter. Er hat in dieser Zeit, meiner Vorsitzendenzeit, als Generalsekretär der Partei gearbeitet und geschuftet. Es war nicht immer ganz leicht, in einem eingespielten Team zwischen Kajo und mir zu hantieren. Dazu ist manches – und nicht nur Freundliches – geschrieben worden. Er hat trotzdem seinen Job gemacht und hat einen Wahlkampf mit einem genauso großen Einsatz wie wir alle geführt. Es hat das getan, was in dieser Partei manchmal ein bisschen zu klein geschrieben wird, nämlich solidarisch mitgeholfen, dass wir die Aufgaben erfüllen konnten, um die es geht. Herzlichen Dank, Klaus-Uwe, für deine Arbeit!

(Beifall)

Was mich betrifft, liebe Genossinnen und Genossen: Es war eine schöne Zeit; manchmal auch eine heftige Zeit. Ich habe das Amt damals nicht gesucht. Ich habe mich, als der Punkt da war, aber auch nicht daran geklammert. Ich war gerne Parteivorsitzender. Und ich habe, meine ich, der Sache selbstbewusst nützlich sein können. Wenn hinter meinem Namen im Buch der Partei ein Rufzeichen und kein Fragezeichen steht, dann soll es gut sein, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Dass ich noch eine wichtige Arbeit im Kabinett machen möchte, ist wahr. Dafür bitte ich, wenn es dann so weit ist, um die Unterstützung des Parteitags. Morgen, liebe Genossinnen und Genossen, wählen wir einen neuen Vorsitzenden und eine neue engere Führung. Ich freue mich, dass Matthias Platzeck antritt. Der kann das. Gebt ihm den nötigen Rückenwind!

(Beifall)

Die Wahl morgen ist geheim. Aber ich will verraten – das ist ja nicht verboten –, dass ich Kurt Beck, Ute Vogt, Per Steinbrück, Bärbel Dieckmann, Elke Ferner und Hubertus Heil wähle. Ich freue mich auch auf die weitere Zusammenarbeit mit Andrea Nahles. Es hat zwischen uns geknallt. Aber manchmal erzeugt Reibung nicht nur Hitze, sondern auch Fortschritt. Wir kommen schon weiter. Macht euch keine Sorgen!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, es wird sehr darauf ankommen, dass wir in einer Zeit der Großen Koalition das Profil unserer Partei halten und es weiterentwickeln. Solches Regieren bringt Spannungen mit sich. Nicht alles, was man beim Regieren tut, wird auch in der Partei goutiert. Und nicht alles, was eine Partei dann sagt, hilft denen, die beim Regieren unterwegs sind. Das ist eine Spannung, die wir aushalten müssen und die wir, glaube ich, aushalten können.

Aber wir wissen alle miteinander: Die sozialdemokratische Idee ist stark. Gegen alle, die uns schon viele Male totgesagt haben, sage ich: Nein, wir werden gebraucht, in Deutschland, in Europa und auch darüber hinaus. Es wird immer wieder Frauen und Männer geben, die sich nicht mit den Dingen abfinden, wie sie sind, die sie im Großen und im Kleinen besser machen wollen. Das sind wir und viele, die nach uns kommen. Viele junge Leute habe ich in diesem Wahlkampf kennen gelernt und in die Partei aufnehmen können, junge Leute, die etwas bewegen wollen und die von uns lernen, dass wir das auch wollen und danach handeln.

Wir wollen, dass es den Menschen gut geht. Dafür machen wir Politik. Die Partei ist kein Selbstzweck. Die Partei ist nicht dafür da, sich auf Parteitag zu begegnen. Das ist schön, aber die Lebenswirklichkeit ist draußen. Die Menschen müssen wissen, dass wir für sie Politik machen, zum Nutzen des Landes und zum Nutzen der Menschen. In diesem Sinne, liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns heute gute Entscheidungen treffen und morgen gut wählen. Allen miteinander ein herzliches „Glück auf!“.

(Anhaltender lebhafter Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Lieber Franz Müntefering, Danke für deine engagierte Rede, danke für deine engagierte Darstellung der Koalitionsvereinbarung, Danke für eine erfolgreiche Verhandlungsführung und vor allem Danke für deine Leistungen als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands! Vielen herzlichen Dank!

(Beifall)

Wir kommen jetzt zur Rede des Bundeskanzlers, Gerhard Schröder. Aber, lieber Gerhard Schröder, bevor ich dir das Wort erteile, solltest du mit uns gemeinsam einen kurzen Film mit Impressionen einer erfolgreichen Kanzlerschaft ansehen.

(Filmvorführung)

Lieber Gerhard Schröder, ich denke, dieser Film sagt mehr als tausend Worte. Du hast trotzdem jetzt das Wort. Ich bitte den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland um seine Rede.

(Beifall)

Rede des Bundeskanzlers Gerhard Schröder



Gerhard Schröder, Bundeskanzler: Vielen Dank! – Liebe Genossinnen und Genossen, zwei Dinge hat der Film natürlich ausgedrückt: Erstens, dass man mit den Jahren nicht jünger wird, und zweitens, dass ihr jene Diskussion, die ich abends am Wahltag zu führen hatte, weggelassen habt. So viel Sensibilität habe ich gar nicht erwartet!

(Heiterkeit)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich um eure Zustimmung zur Großen Koalition werben möchte. Das ist eigentlich nach dem, was Franz hat deutlich werden lassen, nicht nötig. Aber ich habe mich auch gemeldet, weil ich den Parteitag bitten möchte, Franz Müntefering für das schwierige und verantwortungsvolle Amt des Vizekanzlers durch ein eindeutiges Votum dieses Parteitages den Rücken zu stärken.

Lieber Franz, die Partei, ja unser ganzes Land brauchen dich in der Regierung, und – auch das ist wahr – die Partei hätte dich auch weiterhin liebend gerne als Vorsitzenden in diesem Amt gesehen.

(Beifall)

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, Franz hat anders entschieden. Und, lieber Franz: Deine Entscheidung verdient höchsten Respekt; denn diese Entscheidung gehört sicherlich zu den schwierigsten in einem politischen Leben. Ich weiß, wovon ich rede.

Wir beide, lieber Franz, neigen bekanntlich nicht zur Sentimentalität. Aber an dieser Stelle möchte ich dir von Herzen danken: für sieben ganz außergewöhnliche Jahre enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit, einer Zusammenarbeit, wie sie in der Politik wahrlich nicht alltäglich ist.

Ich habe an dir immer deine Gradlinigkeit und deine Verlässlichkeit, vor allem aber auch deine Aufrichtigkeit geschätzt. Gemeinsam – das ist wahr – hatten wir schwierige Situationen zu bestehen. Gerade in besonders schwierigen Stunden war auf dich immer Verlass, unbedingt und ohne irgendeinen Hintergedanken. Solidarität – so viel ist gewiss – ist für Franz Müntefering nicht bloß Rhetorik.

(Beifall)

Weil du Solidarität lebst, gewährst du sie auch anderen. Auch darin bist du Vorbild für die Partei.

Unsere Partei ist ganz gewiss stolz auf ihre Geschichte und auf ihre Traditionen. Die SPD hatte große Vorsitzende: August Bebel, Kurt Schumacher, Willy Brandt, Hans-Jochen Vogel, um nur einige zu nennen. Ich denke, wir können alle miteinander sagen: Franz Müntefering steht in der Kontinuität dieser großen Männer unserer Partei.

(Beifall)

So unterschiedlich sie waren und sind, sehr persönlich lebten und leben sie, was den Kern unseres sozialdemokratischen Denkens berührt und was auch Franz Müntefering zu Eigen ist: Man sei niemandes Herr, aber auch niemandes Knecht. – Ich denke, nichts drückt treffender Inhalt, Bewusstsein und Haltung von Franz Müntefering aus.

Liebe Genossinnen und Genossen, das deutsche Volk hat am 18. September seine Entscheidung getroffen. Demokraten haben daran nicht herumzumäkeln, haben nicht, weil es ihnen nicht passt, die Wiederholung zu fordern, sondern sie haben damit respektvoll und angemessen umzugehen.

Was ist bei dieser Entscheidung der Deutschen in Deutschland klar geworden? Erstens haben die Wählerinnen und Wähler am 18. September ganz unmissverständlich gesagt: Wir wollen, dass die SPD regiert. Diese Partei ist die Partei der praktischen Vernunft. Weil das so ist, sorgt sie dafür, dass die notwendigen Veränderungen

in unserer Gesellschaft gemacht werden, ohne dass der soziale Zusammenhalt dieser Gesellschaft verloren geht. Diese Partei ist modern, weil sie dafür steht, dass wirtschaftliche Effizienz eben nicht Selbstzweck ist, sondern gesellschaftlichen Fortschritt befördert. Gesellschaftlicher Fortschritt – so viel ist gewiss – ist ohne soziale Gerechtigkeit nicht denkbar, sondern zum Scheitern verurteilt, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Unser Begriff von sozialer Gerechtigkeit meint eben nicht nur ein subjektives Recht einzelner, das gewährt wird, nein, er meint ein objektives Prinzip, das in der Gesellschaft für die Gesellschaft seine Wirkung entfalten muss. Genau in diesem Sinne hat die soziale Gerechtigkeit in Deutschland nur eine wirkliche Heimat: bei uns, den deutschen Sozialdemokraten, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Zweitens hat am 18. September keines der herkömmlichen politischen Lager eine Mehrheit erringen können, auch und gerade Schwarz-Gelb nicht, und dies trotz einer generalstabsmäßig organisierten Unterstützung durch Verbände, durch die Wirtschaft und – ich denke, wir wissen das auch alle – durch den größten Teil der Medien.

(Beifall)

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, die Menschen haben sich davon nicht beeindrucken lassen. Wenn etwas gut ist für die politische Kultur in Deutschland, dann dies: dass sich in diesem Land niemand vorschreiben lässt, wen er zu wählen hat. – Gelegentlich geht das gegen uns aus. Wir haben das schmerzhaft gespürt. Aber gelegentlich kann man diese Souveränität der Deutschen und der deutschen Demokratie auch und gerade dann nutzen, wenn die Ausgangsbedingungen wahrlich nicht günstig sind, aber Kampfbereitschaft vorhanden ist.

Ganz offensichtlich ist vor dem Hintergrund dieser Entscheidungen geworden, dass die Deutschen eine Zusammenarbeit weit über die bisherigen Lagergrenzen hinaus erwarten, ja, gewählt haben – im wahrsten Sinne des Wortes. Da keine andere Konstellation denkbar und möglich ist, geht das eben nur mit einer Koalition aus SPD, CDU und CSU. Das sind, wie wir alle wissen, drei Parteien. Dabei wollen wir auch bleiben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Nur die große Koalition vermag vor dem Hintergrund dieses Wahlergebnisses eine stabile, eine handlungsfähige und eine durchsetzungsstarke Regierung zu bilden. Das ist geschehen und das wird geschehen. Genau das braucht unser Land.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, die große Koalition ist uns nicht bloß schicksalhaft durch die Wählerinnen und Wähler aufgezwungen worden. Nein, sie muss werden ein Regierungsbündnis aus eigenem Recht und vor allem von eigener Qualität, mit einem deutlichen Gestaltungsauftrag, weil mit einer einzigartigen Gestaltungsgrundlage. Ich will es zurückhaltend formulieren: Wir alle wären nicht gut beraten, wenn wir diese Chance nicht ergreifen würden, wenn wir sie nicht nutzen würden zur Gestaltung unseres Landes, sondern nur als uns etwas Aufgezwungenes hinnehmen würden.

Die große Koalition, liebe Freundinnen und Freunde, kann Mechanismen und Fehlentwicklungen in unseren Institutionen korrigieren. Sie kann das außer Kraft setzen, was Entscheidungen verzögert und gelegentlich verwässert hat, Entscheidungen, die unser Land gelegentlich blockiert und als Folge dessen auch gelähmt haben.

Es gibt – Franz hat darauf hingewiesen – das strukturelle Patt zwischen Bundestag und Bundesrat. Es gibt ein strukturelles Gleichgewicht der großen Volksparteien in unserem Land. Weil das so ist, haben sich zu unseren Lasten, auch zu Lasten des Landes, diese Kräfte in ihrer Wirkung bisweilen aufgehoben, jedenfalls gelähmt. Die politische Logik war – der Vergleich mit dem Fußball sei mir gestattet – auf ein permanentes Unentschieden gestellt. Das ist auch nicht so schlecht, weil man ja nie ganz verliert. Aber man gewinnt doch zu wenig für unser Land.

Die große Koalition kann, wenn sie nur will, diese parteitaktischen Blockaden, die Verhinderungsmätzchen, das Schwarzer-Peter-Spiel oder auch – wie man es genannt hat – die Mikado-Mentalität in der deutschen Politik überwinden. Ich wünsche mir für unser Land, dass das geschieht. Das wäre dann das eigentliche Signal, das davon ausgeht. Das wäre ein wirklicher Ruck, einer, der die Bezeichnung tatsächlich verdient. Daraus könnte eine Politik mit schlanker Wertschöpfungskette, aber großen Ertragsaussichten erwachsen; Dinge anpacken, entscheiden, handeln, ganz wie Franz das gesagt hat. Das gibt die politische Basis dieser Koalition schon her. Ich hoffe, dass man das, was der Hintergrund ist, wirklich nutzt.

Es ist so: Wer eine Koalition eingeht, der weiß von vornherein, dass er vom eigenen Wahlprogramm Abstriche machen muss. Das ist in jeder Koalition so, war auch in der früheren so. Es ist auch in dieser Koalition so. Das führt hier und da zu Unzufriedenheiten, keine Frage. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, ich kann aus meiner eigenen Erfahrung nur davor warnen, jetzt mit Synopsen und saldierten Abschlüssen daherzukommen, ganz nach dem Motto: Wer musste mehr, vor allem, wer musste größere Kröten schlucken? – Ich nenne eine solche Haltung unpolitisch, ja gefährlich. Die Menschen erwarten von der großen Koalition Handlungsfähigkeit und Lösungen für die gesellschaftlichen Probleme. Das setzt eben Kompromissfähigkeit voraus.

Ich bin sicher: Wer in einer solchen Koalition nicht bereit ist, sich zu bewegen, wer nicht in der Lage ist, über die eigenen Beschlüsse und Programme hinaus zu denken, den werden die Wähler bei der nächsten Gelegenheit nicht belohnen, und das ist sehr zurückhaltend formuliert.

Im Übrigen: Wir Sozialdemokraten haben überhaupt keinen Grund, eine solche Diskussion zu führen; denn diese Koalition – das ist nicht zuletzt das Verdienst von Franz Müntefering – trägt ganz unverkennbar – allemal auch, vielleicht sogar in erster Linie – sozialdemokratische Handschrift, liebe Genossinnen und Genossen.

Das ist kein Grund zur Euphorie, aber es ist allemal ein Ausweis von Vernunft. Die Fortsetzung der von uns erfolgreich begonnenen Reformpolitik findet sich ebenso im Koalitionsvertrag wie die Sicherung von Mitbestimmung, von Arbeitnehmerrechten, wie die Stärkung von Bildung und Forschung, um die wir so bekämpft haben, sowie auch die Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme. Dieser Koalitionsvertrag enthält nicht nur, was wichtig ist für unser Land, sondern was richtig ist für Wirtschaft und Gesellschaft und deren Fortschritt. Auch deshalb bitte ich um eine möglichst umfangliche Zustimmung.

Diese große Koalition – auch darauf sollten wir stolz sein – wird fortzusetzen haben, was wir bereits in den vergangenen sieben Jahren, besonders aber mit unserer Reformpolitik der Agenda 2010 auf den Weg gebracht haben. Die Herausforderungen, vor denen nationale, aber auch die internationale Politik steht, sind bekannt: ein weiterhin ungeheuer verschärfter Wettbewerbsdruck auf den internationalen Märkten, Stichwort Globalisierung, ein dramatisch veränderter Altersaufbau in unserer Gesellschaft, wie auch in anderen entwickelten westlichen Staaten. Schließlich nenne ich den Übergang von der Industriegesellschaft zur Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft mit allen Folgen für die Arbeitsplätze. In einer solchen Situation des Wandels, der Umbrüche und Veränderungen, die die wirtschaftliche Basis und den gesellschaftlichen Überbau gleichermaßen betreffen, kann die große Koalition Kräfte freisetzen, die bislang dadurch gebunden waren, dass – geben wir es zu – beide Seiten gelegentlich zu sehr auf den eigenen Vorteil bedacht waren.

Die Reform des Föderalismus nach vielen vergeblichen Anläufen und Legionen von folgenlosen Reden zum Thema ist ein Beispiel dafür, was Volksparteien, wenn sie es wollen, gemeinsam schaffen können. Andere Bereiche sind offensichtlich: Die öffentlichen Haushalte schrittweise in Ordnung zu bringen, das hat etwas mit Nachhaltigkeit zu tun.

Liebe Freundinnen und Freunde, ich sage das mit großem Respekt vor dir, lieber Hans Eichel. Wenn du miterlebt hättest, wie in den Koalitionsverhandlungen das, was wir an steuerlichen Subventionsabbau verabredet haben und was früher in der Lesart der anderen Seite als Steuererhöhung gebrandmarkt wurde, auf einmal der

notwendige Abbau von Subventionen wurde, das, liebe Genossinnen und Genossen, war schon schön, mitzuerleben. Das könnt ihr mir glauben.

(Beifall)

Lieber Hans, es war eine späte, vielleicht eine zu späte, Rechtfertigung für Dein ständiges Beharren darauf, dass Steuersubventionen gelegentlich auch Fehlentwicklungen hervorrufen können. Ich denke, die Koalitionsvereinbarung weist auch aus, dass man an das herangeht, um was wir immer gekämpft haben, nämlich um die Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme. Dafür die bewährten und für die Menschen unverzichtbaren Sicherungssysteme bei Rente, bei Gesundheit und bei Pflege zu erhalten und behutsam weiterzuentwickeln, ist Kennzeichen dieses Koalitionsvertrages, wie es Kennzeichen der Agenda 2010 war und ist.

Die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft, die – das ist wichtig – ohne Teilhabe der arbeitenden Menschen, ohne ihre Rechte, ohne Mitbestimmung und auch ohne starke Gewerkschaften nicht möglich ist, findet sich wieder im Programm. Es ist eben nicht Marktliberalismus und -radikalismus, sondern es ist verantwortete Gestaltung auch von Wirtschaft und damit von Gesellschaft.

(Beifall)

Ganz entscheidend – darauf hat Franz hingewiesen – wird sein, dass diese Koalition die Handlungsfähigkeit des Staates in einem durchaus umfassenden Sinne – sowohl was den nationalen als auch den internationalen Maßstab angeht – wiederherstellen kann. Es mag ja sein, liebe Freundinnen und Freunde, dass für viele draußen Staat ganz gerne abgebildet wird als ein Moloch, der uns alle nur bedrückt und bedrängt. Nichts ist falscher als das. Auch wenn er nicht beliebt ist, weil er bezahlt werden muss: Für die große Mehrheit in unserem Volk ist ein handlungsfähiger und ein starker Staat unentbehrlich, um Gesellschaft zu gestalten, um Sicherheit nach innen wie nach außen zu garantieren.

Ein Staat eben, der schlank sein darf, aber doch nicht krank, der Verantwortung übernimmt für kollektive Lebensrisiken wie Alter, Arbeitslosigkeit oder Krankheit, der Regeln setzt – nicht zu viele und schon gar nicht überflüssige –, aber der dafür sorgt, dass die Stärke des Rechtes sich gegen das Recht des Stärkeren allemal durchsetzen kann, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Das ist die Vorstellung, die wir vom Staat haben: an der Seite der Bürgerinnen und Bürger und nicht vor ihrer Nase, aktivierend und nicht bevormundend. Davon lassen wir auch nicht ab.

Wir waren es, liebe Genossinnen und Genossen, die in der rot-grünen Koalition eine Reformpolitik begonnen haben, die Fortschritt und Erneuerung des Landes ermöglicht hat. Wir haben davon nichts abzustreichen. Im Gegenteil: Wir können und wir müssen stolz darauf sein. Es ist unsere Politik.

(Beifall)

Miteinander haben wir gelernt, dass nur diejenigen bewahren können, die Veränderungen wollen, die dazu bereit und die dazu auch fähig sind. Hinter dieser Politik der Reformen, die die sozialen Sicherungssysteme finanzierbarer, die deutsche Wirtschaft wettbewerbsfähiger, das Bildungssystem leistungsfähiger und unser Land damit zukunftsfähiger gemacht hat, darf es kein Zurück geben und dahinter wird es mit diesem Vertrag kein Zurück geben.

Die Menschen – das ist klar – sind die ritualisierten Auseinandersetzungen leid. Ich füge hinzu: Sie werden sich auch vom Politiker-Bashing, wo immer es herkommt und wer immer sich darin gefällt, nicht beeindruckt lassen. Ich warne davor, durch eine bestimmte Art und Weise des Sich-Verbreitens die gelegentlich gewiss komplizierten demokratischen, politischen Prozesse zu diskreditieren. Denn am Ende steht nicht mehr Demokratie, sondern wie wir es in unserer Geschichte erlebt haben, sehr viel weniger. Deswegen an die, die es angeht: Lasst davon ab! Das führt zu nichts Gutem!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, Koalitionen sind immer Zweckbündnisse. Das wird so bleiben. Deshalb wird niemand gezwungen, die große Koalition zu lieben oder auch zu bejubeln. Ich möchte das in meiner letzten Rede als Bundeskanzler vor einem SPD-Parteitag deutlich unterstreichen. So viel sollten wir schon hier in Karlsruhe zum Ausdruck bringen. Wir Sozialdemokraten sind bereit zur großen Koalition; wir sind die eine Hälfte gemeinsamer Regierung. Damit stehen wir in der Verantwortung für unser Land. Natürlich gehen unsere sozialdemokratischen Vorstellungen von einer modernen, von einer gerechten Gesellschaft weiter. Wer wollte das denn bestreiten? Das gilt ebenso, wie die anderen auch andere Vorstellung von einer Gesellschaft haben, die unsere nicht sind. Aber natürlich heißt das auch, dass wir in der großen Koalition unsere Identität niemals preisgeben werden. Weil wir wissen, woher wir kommen, wissen wir auch, wo wir zu stehen haben.

Trotzdem und gerade deswegen, weil das so ist für die vor uns liegende Etappe: Ermöglicht diese Koalition mit einem breiten Votum, ja mit einem großartigen. Gebt Franz Müntefering ein eindrucksvolles Vertrauensvotum, damit er als eine Art Bannerträger unserer Sache – er vor allem, die anderen genauso – in der Koalition wirken und arbeiten kann.

Schließlich gebt Matthias Platzeck die Unterstützung, die er in seiner neuen Aufgabe als Parteivorsitzender dringend benötigt!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist in den vergangenen sieben Jahren nicht immer leicht gewesen. Ich weiß, dass Franz Recht hat, wenn er sagt: Wir haben es uns nicht immer leicht gemacht. Ich finde, es waren sieben gute Jahre für unser Land, für die Menschen in unserem Land und auch – dies wird sich letztlich erweisen – für unsere Sache.

Sie SPD ist die einzige Partei – das sollten wir immer wieder deutlich machen –, die einen Ausgleich schaffen kann zwischen ökonomischer Effizienz und dem sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Das muss so bleiben. Die SPD ist – wir wissen es, wir beweisen es – die Partei des Friedens. Wir haben mit unserer Außenpolitik unser Land als eine mittlere Macht des Friedens neu positioniert, selbstbewusst, aber niemals überheblich, bereit zur Verantwortung, auch wenn es schwierig wird, aber immer dem Frieden verpflichtet. Die SPD ist die Partei der Toleranz und des Rechtsstaates. Wir haben in den sieben Jahren unserer Regierung Deutschland moderner, weltoffener und, liebe Freundinnen und Freunde, auch demokratischer gemacht.



Eines möchte ich noch besonders erwähnen: die Rolle der Kultur. Die Künstler, die Kulturschaffenden haben wir gestärkt und die kreative Kraft von Kunst und Kultur genutzt. Mir jedenfalls waren die Menschen, die Kunst und Kultur machen, immer wichtig. Und wenn ich einen Wunsch hätte und aussprechen dürfte, dann würde ich sagen: Meine Hoffnung ist, dass genau diese positive, offene Haltung der Kunst und Kultur gegenüber – ich weiß, wie stark man dadurch im Guten beeinflusst werden kann – bei der Besetzung des Postens eines Staatsministers oder einer Staatsministerin im Bundeskanzleramt sichtbar wird.

(Beifall)

Wir müssen uns den Menschen, die sich ernsthaft mit Kultur, mit Literatur, mit Malerei, mit Musik beschäftigen und die so viel zur Entfaltung dessen beitragen können, was einem selber oft nicht bewusst ist, hinwenden und ihnen eine Heimat sein. Wir müssen deutlich machen, dass dies ihr Deutschland ist, zu dem gerade sie einen riesigen Anteil leisten.

(Beifall)

Wir haben, liebe Genossinnen und Genossen, in den letzten sieben Jahren – ich denke, das kann man sagen – das Ansehen unseres Landes, von Deutschland, in der Welt gemehrt. Und ich bin sicher: Wir werden das Erreichte gemeinsam bewahren. Oder anders ausgedrückt: Wir sind in den letzten Jahren einen guten Weg gegangen, für unsere Partei, für unser Land. Ich möchte diesen Weg mit meiner SPD weitergehen – solidarisch, aber frei.

Herzlichen Dank!

(Langanhaltender lebhafter Beifall – Die Anwesenden erheben sich)

Beratung der Koalitionsvereinbarung

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Nochmals auch von mir vielen herzlichen Dank an Gerhard Schröder und an Franz Müntefering!

Wir kommen jetzt zu dem, was die beiden an der Spitze der Verhandlungskommission ausgehandelt haben, nämlich die Koalitionsvereinbarung „Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit“.

Ich bitte den Sprecher der Antragskommission, Wolfgang Thierse, um einen kurzen Bericht zu der Koalitionsvereinbarung.

Wolfgang Thierse, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Franz Müntefering und Gerhard Schröder haben das Notwendige zum Inhalt der Koalitionsvereinbarung gesagt. Die Antragskommission empfiehlt nachdrücklich Zustimmung zu dieser Koalitionsvereinbarung. Sie ist eine gute Grundlage für eine erfolgreiche Arbeit für unser Land. Notwendige Kompromisse sind eingegangen worden, aber diese Koalitionsvereinbarung trägt auch unsere sozialdemokratische Handschrift und kann damit Grundlage für das sein, was wir Sozialdemokraten als notwendig erachten, um unser Land zu verändern, um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, um unsere Sozialsysteme zukunftsfähig zu machen und unser Land als ein offenes, welt-offenes, liberales und friedliches Land in der Welt zu platzieren.

Ich bitte um Eure Zustimmung.

(Beifall)

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Wolfgang Thierse. Bevor ich das Wort an Kurt Beck weitergebe, möchte ich noch ganz herzlich den Bundesvorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt, AWO, Wilhelm Schmidt, begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Bärbel. – Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Bevor ich diejenigen aufrufe, die sich zu Wort gemeldet habe – es liegen knapp 30 Wortmeldungen vor –, schlage ich euch vor, dass wir uns über das Abstimmungsverfahren zu Initiativantrag A 2 verständigen. So können wir sicherstellen, dass es keine Geschäftsordnungsdebatten geben muss.

Das Präsidium schlägt euch vor, dass wir die drei dort aufgeführten Ziffern – zum Inhalt der großen Koalition, zu unseren Themen in der neuen Bundesregierung und zu unserem Vorschlag, dass Franz Müntefering Vizkanzler dieser Regierung werden soll – in getrennten Abstimmungen aufrufen und entscheiden.

(Beifall)

Ich nehme diesen Beifall als Zustimmung zu dem Verfahren. Widerspricht jemand dieser Akklamation? – Das ist nicht der Fall. Dann werden wir das so handhaben.

Ich rufe als Ersten Jan Pörksen, Hamburg, auf. Ihm folgt Hendrik Bednarz, Baden-Württemberg.

Ist der Jan unterwegs? – Ich sehe ihn nicht. Dann würde ich Hendrik Bednarz bitten. Ihm folgt Olaf Scholz.

Hendrik Bednarz, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen, meine Erwartungen an eine große Koalition waren nie besonders groß, das gebe ich zu. Ich hätte allerdings nie gedacht, dass ein Koalitionsvertrag inhaltlich derartig dünn sein könnte wie der, der uns vorliegt.

Dabei dürfen wir als SPD leider nicht nur auf die Union schimpfen. Diese verfügt zwar tatsächlich über kein eigenes inhaltliches Projekt. Das Projekt der SPD beschränkt sich aber leider auch nur darauf, dass sie weiß, was sie verhindern will. Wenn wir ehrlich sind, wissen wir aber auch nicht so richtig, wohin die Reise gehen soll, die wir mit der Agenda 2010 begonnen haben. Im Ergebnis ist der Koalitionsvertrag also ein absolutes Minimalprogramm.

Ich möchte meine Bedenken an folgenden drei Punkten festmachen:

Erstens: Das dicke Brett der Gesundheitspolitik wurde noch nicht einmal angebohrt. Die Entscheidung zwischen Bürgerversicherung und Kopfpauschale wurde auf Eis gelegt. Ob es jemals zu einer Entscheidung kommen wird, die diese Koalition nicht zerreißen wird, ist mehr als fraglich.

Zweitens: Am Rentensystem wird weiter nur herumgedoktert. Nötig wäre es, nach dem Vorbild skandinavischer Länder den Anteil kapitalgedeckter Altersvorsorge auszubauen und parallel dazu eine steuerfinanzierte Grundrente einzuführen.

Drittens: Im Hinblick auf die Neuordnung unseres föderalen Systems sind einige Entscheidungen getroffen worden, die durchaus in die richtige Richtung gehen. Allerdings wurden die entscheidenden Bereiche des Finanzföderalismus ausgespart. Der Länderfinanzausgleich wurde erst gar nicht diskutiert. Eigene Steuererhebungskompetenzen für die Länder sind nach wie vor in weiter Ferne.

Ich möchte hier allerdings auch die positiven Punkte nicht unerwähnt lassen. Der von Rot-Grün beschlossene Atomausstieg bleibt unangetastet. Die SPD konnte die schlimmsten Vorhaben der Union zumindest vorerst verhindern. Das künftig sozialdemokratisch geführte Außenministerium wird Garant für die Fortsetzung einer selbstbewussten und friedensorientierten deutschen Außenpolitik sein. Im Bereich der Familienpolitik konnte sich die SPD praktisch auf ganzer Linie durchsetzen.

Dies alles sind Punkte, die bewirken, dass der Koalitionsvertrag tatsächlich in die richtige Richtung weist, auch wenn er wieder einmal nur wenige kleine, ja winzige Schritte auf einem langen Weg macht und entscheidende Bereiche insbesondere der Sozialpolitik nicht vorankommen.

Meine Befürchtung ist daher, dass die Taktik des Aussitzens wieder zum bestimmenden Motto wird. Meine Aufforderung erliegt nicht den Verlockungen, die diese Methode bietet. Es geht nicht um die Erhaltung der Macht um ihrer selbst willen. Es geht darum, die drängenden Probleme unserer Zeit anzupacken. Es geht darum, Nachhaltigkeit als tragendes Prinzip politischen Handelns zu verstetigen.

Wir werden zum wiederholten Male die EU-Stabilitätskriterien brechen. Anstatt strukturelle Reformen anzupacken, wird wieder einmal zum beliebten Mittel des Konjunkturprogramms gegriffen. Dadurch wird aber höchstens ein konjunkturelles Strohfeuer entfacht, Probleme gelöst werden indessen keine.

Genossinnen und Genossen, trotz aller Mängel werde ich dem Koalitionsvertrag mit Bauchschmerzen zustimmen. Es geht darum, einem Wählerauftrag nachzukommen. Die SPD muss ihrer staatspolitischen Verantwortung gerecht werden.

Klar ist allerdings: Es muss mehr gehen als das, was im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Es muss auch klar sein: Das Prinzip der Nachhaltigkeit darf nicht über Bord geworfen werden. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Das Wort hat Olaf Scholz, Hamburg. Ihm folgt Martin Schulz, Parteivorstand.

Olaf Scholz, Hamburg: Liebe Genossinnen und Genossen! Die Koalitionsverhandlungen haben es mit sich gebracht, dass viel Arbeit zu tun war. Vorhin ist darüber schon gesprochen worden. Bei mir haben sie jedenfalls dazu geführt, dass ich wenig Gelegenheit hatte, alle Zeitungsveröffentlichungen zu lesen, die in dieser Zeit zu bekommen waren.

Ich habe ein bisschen nachgelesen und mich schon gewundert, was dort alles an Kommentierungen zustande gekommen ist. Ich habe manchmal den Eindruck: Mancher, der die Koalitionsverhandlungen und das Ergebnis bewertet – als Verbandsvertreter, als Vertreter eines Unternehmensverbandes oder als bestimmter Kommentator in einer Zeitung –, hat vergessen, dass es eine schwarz-gelbe Mehrheit nicht gegeben hat und dass sie sich deshalb in diesem Koalitionsvertrag auch nicht niederschlagen kann.

Liebe Genossinnen und Genossen, am unverantwortlichsten finde ich, wie einige darüber diskutieren, dass man nicht mutig genug gewesen sei. Alle, die das gelesen

haben, wissen, dass wir viele schwere Entscheidungen getroffen haben, dass auch Subventionsabbau dabei ist. Viele, die sich dazu äußern, sprechen allerdings nur halbe Sätze. Sie sagen, das sei nicht richtig genug, das sei nicht mutig genug, da und dort hätte noch etwas gespart werden müssen. Aber sie lassen aus, was sie meinen.

Wenn mit Blick auf den Bundeshaushalt manche aus der Wirtschaft uns kritisieren, dann bedeutet das immer, dass wir ganz zentrale Sozialleistungen unseres Landes nicht mehr mit so vielen Mitteln, wie das heute aus dem Steuertopf der Fall ist, stabilisieren und stützen können. 80 Milliarden Euro gehen aus dem Bundeshaushalt in die Rente. Das ist gut und richtig so. Deshalb ist es nicht in Ordnung, uns vorzuwerfen, dass wir nicht genug sparten. Denn es ist richtig, diese Unterstützung weiter aufrechtzuerhalten.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich glaube, die große Koalition wird von den Menschen auch danach bewertet, ob sie diejenigen Dinge tut, von denen man immer schon vermutet hat, dass sie nur in der Konstellation großer Koalitionen auch gelingen können.

Das eine Thema ist die Föderalismusreform. Das ist auch geschehen. Dazu gehört, dass wir das Beamtenrecht weiterentwickeln. Dazu gehören auch manche andere Dinge. Zum Steuerrecht habe ich eben schon etwas gesagt.

Ich glaube, wenn man diesen Test an den Koalitionsvertrag anlegt, kommt man schnell zu dem Ergebnis, dass er bestanden ist, dass man sich nicht vor den Aufgaben gedrückt hat, die unter diesem Gesichtspunkt zu bewältigen sind.

Aber die wichtigste Aufgabe und größte Chance, die die große Koalition hat, wird sein, dafür zu sorgen, dass das Vertrauen in die sozialen Sicherungssysteme, das Vertrauen in Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung wieder gestärkt wird und dass diese Systeme so entwickelt werden, wie es die Menschen brauchen.

Machen wir uns doch nichts vor! Wer anfängt, in die Rentenversicherung einzuzahlen – Kurt Beck hat mir gesagt, sein erster Beitrag ist von ihm mit 14 entrichtet worden –, der schließt einen über Jahrzehnte gehenden Vertrag als Beitragszahler und als jemand, der später Leistungen erwartet. Wer eine solche Vereinbarungen mit der Krankenversicherung und der Pflegeversicherung schließt, der erwartet, dass die Vereinbarungen auch eingehalten werden.

Deshalb darf es nicht sein, dass die Menschen gewissermaßen bei jedem Regierungswechsel befürchten müssen, dass in diesen zentralen Sicherungssystemen durch einen Wechsel von der einen zur anderen großen Partei alles durcheinander geraten kann.

Es wäre eine gute Chance, wenn wir es bei Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung hinbekommen, dass das über mehrere Regierungswechsel und über viele Jahrzehnte hinweg Stabilität hat. Ich finde, diese Chance ist mit diesem Koalitionsvertrag da. Es wird an uns liegen, ob wir sie nutzen und das Richtige daraus machen.

(Beifall)

Lasst mich eine letzte Bemerkung machen: Ich habe eben die Rede von Willy Brandt auf dem Parteitag überreicht bekommen. Karl Ravens sitzt neben mir und hat sie mir gegeben. Willy Brandt hat einen wichtigen Satz gesagt, den will ich zum Schluss vorlesen:

„Wieso nennt man ein Glas, das halb voll ist, halb leer? Ich ziehe vor, es halb voll zu nennen. Dazu braucht man kein weltfremder Optimist zu sein. Dazu braucht man nur jenes gesunde Augenmaß, ohne dass ich mir keine vernünftige Politik vorstellen kann.“

Mit diesem Augenmaß können wir aus dem Koalitionsvertrag etwas machen – für die Sozialdemokratische Partei, aber auch für die Menschen in diesem Lande. Schönen Dank!

(Beifall)

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Das Wort hat Martin Schulz. Ihm folgt Peer Steinbrück.

Martin Schulz, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen, dieser Koalitionsvertrag macht zwei grundsätzliche Aussagen zur Europapolitik. Diesen grundsätzlichen Aussagen will ich einen Moment Aufmerksamkeit widmen, und ich möchte euch bitten, einen Moment diese Aufmerksamkeit zu teilen.

Ich zitiere den einleitenden Satz dieser Koalitionsvereinbarungen zum Europa-Kapitel:

„Die Europäische Union ist Garant für politische Stabilität, Sicherheit und Wohlstand in Deutschland und Europa. Nur gemeinsam können die Europäer ihre Interessen erfolgreich wahren.“

Ich will mich bei unseren Verhandlungsführern bedanken für dieses klare Bekenntnis zur Europäischen Union, für dieses klare Bekenntnis zur europäischen Integration und für dieses klare Bekenntnis dazu, dass diese Regierung in der Kontinuität unserer Europa-Politik bleibt.

Genossinnen und Genossen, es ist richtig, der folgende Satz beschreibt, was unverzichtbar ist: Deutschland trägt aufgrund seiner Geschichte eine besondere Verantwortung

für die Einigung und weitere Entwicklung Europas. Dass die Sozialdemokraten in einer Regierung einer großen Koalition dafür der Garant bleiben, das will ich hier ausdrücklich unterstreichen und mit einem Dank an unsere Verhandlungsführer verbinden.

Genossinnen und Genossen, aber mit diesem Dank alleine ist es nicht getan. Die Herausforderung, vor der wir stehen, nämlich das Sozialmodell in unserem Lande zu verteidigen, ist eine europäische Herausforderung. Das, was wir im nationalen Rahmen erstritten und erkämpft haben, liebe Freundinnen und Freunde, können wir alleine im nationalen Rahmen nicht mehr sichern.

Es geht nicht mehr darum, dass wir die Frage stellen, ob es einen Binnenmarkt in der Europäischen Union gibt. Der ist da. Die Frage, die gestellt werden muss, lautet: Wie wird dieser Binnenmarkt organisiert?

Es ist wichtig, dass wir uns vor Augen halten, dass es Leute in Brüssel gibt, die die Europäische Union falsch verstehen. Diese glauben, sie sei ein Mittel, die sozialen Errungenschaften, die wir im nationalen Rahmen erstritten haben, zu zerschlagen.

Die Europäische Union ist aber genau aus gegenteiligen Gründen da. Wir müssen unsere sozialen Errungenschaften in Brüssel verteidigen. Deshalb ist die Forderung nach der europäischen Verfassung, in der die soziale Komponente Europas festgeschrieben werden sollte – in dieser Koalitionsvereinbarung findet sie sich wieder –, eine gute und richtige Forderung. Auch dafür will ich herzlich danken.

(Vereinzelt Beifall)

In der sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments arbeiten die deutschen Abgeordneten unter Führung von Bernhard Rapkay als dem dortigen Delegationsleiter mit einer Reihe von Berichterstatterinnen und Berichterstattern an der konkreten Verteidigung des europäischen Sozialmodells.

Wenn wir begreifen, dass in der 140-jährigen Geschichte der Sozialdemokratie mehr Parlamentarismus immer die Grundvoraussetzung für mehr soziale Gerechtigkeit war, dann erkennen wir, dass die Forderung nach mehr europäischer Demokratie in dieser Koalitionsvereinbarung umso richtiger ist. Wenn wir nicht wollen, dass die Dienstleistungsrichtlinie dazu benutzt wird, Sozialdumping in Europa zu betreiben, dann braucht sie eine Mehrheit, die im Europäischen Parlament dafür sorgt, dass sie sozialdemokratisch ausgestaltet wird. Genossinnen und Genossen, das Europäische Parlament muss dann aber auch gestärkt werden.

(Vereinzelt Beifall)

Dass ein klares Bekenntnis dazu in der Koalitionsvereinbarung steht, indem die Verfassung noch einmal unterstrichen und mehr Demokratie für Europa gefordert wird, ist

ein gutes Zeichen und ein guter Schritt. Mit dieser Koalitionsvereinbarung können wir als europäische Abgeordnete unserer Partei in Straßburg und Brüssel gut leben.

Letzte Bemerkung: Liebe Genossinnen und Genossen, alles, was wir in der Europäischen Union tun, hängt davon ab, ob die Europäische Union auch ausreichende Finanzmittel besitzt. Es ist schwer vorstellbar, dass man der EU immer mehr internationale Verantwortung zuweist, gleichzeitig den Agrarmarkt nicht reformiert, hehre Ziele in der Lissabon-Strategie für mehr Bildung, für mehr Qualifizierung, für lebenslanges Lernen, für mehr Ausgaben in der Forschung beschließt, Europa eine Rolle beim Kampf gegen die Armut zuschreibt sowie immer mehr Aufgaben bei der Terrorismusbekämpfung zuweist und gleichzeitig immer weniger Geld dorthin überweist. Das geht nicht.

Deshalb ist die sehr konsensorientierte Haltung der Bundesregierung unter Führung von Gerhard Schröder im Juni des vergangenen Jahres ein wichtiger Beitrag gewesen, zu einem Kompromiss zu kommen. Ich finde es auch gut, dass diese Koalitionsvereinbarung diesen Kompromiss bei der Finanzierung der EU offen hält. Aus der Sicht eines europäischen Abgeordneten, eines Parteivorstandsmitglieds, das für den europäischen Sozialismus streitet, kann ich dieser Koalitionsvereinbarung guten Gewissens zustimmen. Vielen Dank!

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Martin. Das Wort hat Peer Steinbrück. Ihm folgt Garrelt Duin.

Peer Steinbrück, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen, glaubwürdige Politik muss sich den Realitäten stellen. Daraus kann man dann die Kraft entwickeln diese Realitäten auch zu ändern. Am Anfang von Politik steht aber das Aussprechen dessen, was ist. Das gilt gerade für die Haushalts- und Finanzpolitik. Wir müssen uns gegenüber ehrlich sein und wir müssen gegenüber den deutschen Wählerinnen und Wählern, den Bürgerinnen und Bürgern, ebenfalls ehrlich sein.

Dazu gehört, dass wir uns zu Beginn dieser Koalitionsverhandlungen dem Problem stellen mussten, dass wir es allein im nächsten Jahr mit einem strukturellen Defizit im Bundeshaushalt von sage und schreibe 63 Milliarden Euro zu tun haben. Wir haben es mit der Situation zu tun, dass 20 Prozent des Bundeshaushaltes nicht durch nachhaltige Einnahmen gedeckt sind.

Wir haben es damit zu tun, dass fast ein Drittel an die Rentenversicherung gezahlt wird. Wir wollen das erhalten, weil wir nicht dazu beitragen wollen, dass die Renten gekürzt werden. Die Investitionsquote müsste höher sein. Wir sind so ehrlich, über diesen Koalitionsvertrag etwas zu tun, was in der Geschichte der Republik bisher sehr selten vorgekommen ist: Wir müssen zugeben, dass wir die Spielregeln des Artikels 115 im nächsten Jahr nicht werden einhalten können. Wir werden im nächsten Jahr auch das Maastricht-Kriterium nicht einhalten können.

Wir wollen aber Luft holen und Rückenwind organisieren, und zwar auch dadurch, dass wir die Konjunktur im nächsten Jahr nicht beschädigen. Das heißt: Wir verfolgen einen Kurs, bei dem vieles von dem, was wir auf der Ausgaben- und auf der Einnahmenseite machen, 2007 wirksam wird, um dann aufgrund einer guten Entwicklung – auch aus dem Jahre 2006 heraus, wie wir hoffen – auf eine solide Basis zu kommen und das Maastricht-Kriterium einhalten zu können.

(Flaschen fallen um und zerspringen)

War das jetzt Zustimmung oder Ablehnung?

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Begeisterte Zustimmung!

Peer Steinbrück, Parteivorstand: Ja, ich weiß, dass Sparen kein Selbstzweck ist. Umgekehrt gilt aber: Wenn wir nicht sparen, werden wir viele andere politische Ziele, an denen uns gelegen sind, auch nicht erreichen können.

(Vereinzelt Beifall)

Mit dieser Vorstellung sind wir in die Koalitionsverhandlungen gegangen. Ich glaube, wir haben die richtige Kombination gewählt. Wir sind nicht nur fiskalisch an dieses Problem herangegangen. Ich selber habe mich als designierter Finanzminister gerne darauf eingestellt. Die Herausforderung lautet, das fiskalisch Notwenige auf der einen Seite zu tun, darüber aber die Gestaltungsspielräume nicht zu verletzen, sondern sie eher möglich zu machen. Das sind die beiden Leitplanken, zwischen denen wir zu diesen Koalitionsverhandlungen angetreten sind.

Ich glaube, dass sich das Ergebnis sehen lassen kann, denn wir haben mit 25 Milliarden Euro in mindestens fünf großen Schwerpunkten einen Gestaltungsspielraum erschlossen. Das ist nicht mit einem Konjunkturprogramm zu verwechseln, wie es jemand zu Beginn der Debatte versuchte zu qualifizieren. Es ist kein Konjunkturprogramm, sondern es soll nachhaltige Strukturverbesserungen zur Folge haben.

Wir wollen die Familienförderung stärken. Wir wollen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf 3 Prozent, gemessen am Bruttosozialprodukt, hochbringen. Wir wollen die Wirtschaft beleben – nicht zuletzt auch mit einer großen Unternehmenssteuerreform ab dem 1. Januar 2008. Wir wollen mehr für die Verkehrsinfrastruktur tun. Das sind Investitionen. Schließlich wollen wir mit einem energetischen Förderungsprogramm auch eine Politik des „weg vom Öl“ organisieren. Das alles ist Gegenstand dessen, was wir dort organisieren.

Ja, ich gebe zu, dass uns die Herausforderungen und die Anwürfe an ein solches Muster im Augenblick ziemlich massiv entgegenkommen. Diejenigen, die über diesen Haushalt reden und sagen, dass wir dort noch mehr kürzen müssen, verlieren die

Proportionen dieses Haushalts aus dem Blick. Ihr müsst wissen: Allein 72 Prozent dieses Haushalts sind durch fünf große Blöcke festgelegt. Das ist der Rentenzuschuss – alleine ein Drittel –, das ist die Arbeitsmarktpolitik, bei der wir wohl kaum so massiv kürzen können, wie das viele erwarten; das sind die Zinsen, an denen wir so gut wie gar nichts machen können, das sind die Zuwendungen – darunter fallen zum Beispiel auch Maßnahmen im Rahmen des Solidarpaktes Ost für die neuen Länder – und das sind die Betriebskosten des Bundes, also die Personalkosten des Bundes, wenn ihr so wollt, wo wir Gelder einsparen werden.

Die restlichen 28 Prozent sind nach der neuen Rechtschreibreform im Wesentlichen die drei Fs: Verkehr, Forschung und Verteidigung. Das heißt: Diejenigen, die uns als vermeintliche Experten umgeben und als diejenigen, die uns politisch kritisieren, müssen den Nachweis bringen, wie bei dieser Struktur die Summen herauszukürzen sind, von denen sie glauben, dass das die Lösung sei, um Einnahmeverbesserungen – sprich: Steuererhöhungen – zu vermeiden.

Auf der Seite der Einsparungen bei Steuervergünstigungen sind unsere politischen Gegner teilweise Opfer ihrer eigenen Terminologie. Das heißt: Wenn man bis in die jüngste Vergangenheit jede Beseitigung von Steuerprivilegien als eine Steuererhöhung definiert hat, dann kommt man aus der selbstgestellte Falle nur schwer heraus. Tatsächlich tragen wir durch den Abbau von Steuervergünstigungen dazu bei, dass das Steuerrecht in Deutschland nicht nur einfacher und übersichtlicher wird, sondern dass auch erhebliche Beträge erwirtschaftet werden. Diese sind allerdings nur langsam anwachsend. Am Ende der Legislaturperiode werden wir über diese Maßnahmen – über die Streichung von Steuervergünstigungen – vielleicht 7 bis 7,5 Milliarden Euro erreicht haben.

Deshalb ist es umso grotesker, wenn man von Experten umzingelt ist, die in Zeitungsartikeln etwas veröffentlichen, was völlig illusorisch ist. Es gibt einen ganz bestimmten Unsinn aus München. Dort wird in einem Artikel einer überregionalen Tageszeitung aufgelistet, dass man mit der Streichung der Eigenheimzulage bereits im Jahre 2006 11 Milliarden Euro einsparen könnte. Das ist heller Wahnsinn. Diese Experten müssen sich gelegentlich selbst kritisch fragen lassen, warum sie mit solchen Veröffentlichungen und solchen Hinweisen Missverständnisse in der öffentlichen Debatte auslösen.

Tatsächlich werden über die Eigenheimzulage im nächsten Jahr vielleicht 300 Millionen Euro im Bundeshaushalt eingespart werden können. In den folgenden Jahren – im siebten, achten Jahr – wird sich das auf einen Bundesanteil von ungefähr 6 Milliarden Euro – vielleicht etwas mehr – summieren. Ich glaube, dass wir mit Blick auf die Ausgabenkürzungen und mit Blick auf die Streichung von Steuerprivilegien zufrieden sein können.

Jetzt sind wir ja bei einer Steuerart, die uns das Leben schwer macht. Das ist die Mehrwertsteuer. Selbstverständlich weiß ich, dass sich dort wachstumspolitische Ziele mit finanzpolitischen Zielen im Raume stoßen, denn eine Mehrwertsteuererhöhung hat natürlich nicht die Auswirkungen auf das Wachstum, die wir uns wünschen, sondern das sind Wachstumseinbußen – richtig.

Jemand, der das nicht will, muss mir aber aufzeigen, wo die Alternative liegen könnte. Die meisten sagen: Dann geh doch in die sozialen Sicherungssysteme, das sind die großen Blöcke. Die Vertreter dieser Meinung müssen sich hier hinstellen oder sich auf die Apfelsinenkiste des öffentlichen Marktplatzes stellen und sagen: Ja, wir wollen Rentenkürzungen. Das müssen sie sagen. Anders erreicht man diese Summen nicht. Sie müssen sagen: Ja, ich will in den und den Bereichen Einschnitte haben. Das hätte wahrscheinlich auch für das, was man als gesellschaftliche Stabilität bezeichnet, wahnsinnige Folgewirkungen.

Unter den gegebenen Möglichkeiten halte ich es deshalb leider für unabwendbar, dass wir zwei Mehrwertsteuerpunkte brauchen, um eine stabile, ordentliche Haushaltsführung zu erreichen. Der eine Mehrwertsteuerpunkt zur Absenkung der Lohnzusatzkosten – brutto um immerhin 2 Prozent, netto wird es etwas weniger, da die Beiträge für die Rentenversicherung von 19,5 Prozent auf 19,9 Prozent steigen sollen – kommt dann noch hinzu. Auch diese Senkung der Lohnzusatzkosten ist eine Entlastung, die von der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerseite in den letzten Jahren immer gewünscht worden ist.

Fazit: Ich glaube, dass dieser Koalitionsvertrag eine richtige Mischung enthält. Er trifft viele bzw. alle, aber er trifft viele bzw. alle nicht gleich, insbesondere dort nicht, wo es um die Steuerprivilegien geht und wo es um einen zusätzlichen solidarischen Beitrag der Höchstverdienenden geht. 3 Prozent obendrauf – der Spitzensteuersatz steigt dort von 42 auf 45 Prozent – halte ich für vertretbar. Die Kritik an diesem Beitrag halte ich für bigott, um das ganz deutlich zu sagen. Das sind Einkommenskategorien, in denen mit einer zusätzlichen Steuer von 7.000 bis 8.000 Euro pro Jahr zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben beigetragen werden kann, ohne dass es den Betroffenen weh tut.

(Beifall)

Das Thema Mehrwertsteuer ist viel delikater und viel schwieriger zu behandeln.

Wir müssen in dieser Legislaturperiode Handlungsspielräume zugewinnen, um die Maßnahmen, die Gestaltungen zu vollziehen, die wir für richtig halten.

Ich weiß, dass es in vielen Teilen eine große Unzufriedenheit gibt. Ich komme zu dem Ergebnis: Wenn alle irgendwo unzufrieden sind, dann können wir einiges nicht so falsch gemacht haben, weil wir es dann richtig verteilt haben. Bei der Konsolidierung

gibt es keine jungfräuliche Geburt. Das, was man dort tut, ist konfliktbehaftet. Ich rate uns dazu, diese Konflikte selbstbewusst durchzustehen – auch gegenüber den vermeintlichen und tatsächlichen Experten und gegenüber denjenigen, die dies aus den verschiedenen Lobbys und den verschiedenen Verbänden kritisieren.

Ich habe nichts dagegen, dass dort legitime Gruppeninteressen wahrgenommen werden. Sie dürfen auch kontrovers mit uns ausgetauscht werden. Zwischen diesen Gruppeninteressen und den allgemeinen Staats- und Haushaltsinteressen gibt es aber einen Unterschied. Das ist nicht immer dasselbe, wie die Leute glauben. Das ist nicht immer identisch.

Abschließend möchte ich nicht versäumen, Hans Eichel für die sechseinhalb Jahre Dank zu sagen, die er dieses schwierige Amt des Bundesfinanzministers wahrgenommen hat.

(Beifall)

Das ist für mich nicht nur eine Stilfrage, sondern das ist mir ein Bedürfnis. Ich will hinzufügen: Die Art und Weise, wie Hans mir den Einstieg in diese Koalitionsverhandlungen in einer großen Geste ermöglicht hat, wie er mich eingeladen und wie er mich unterstützt hat, indem er mir auch schon Infrastruktur bereitgestellt hat, ist eine menschliche Zuwendung gewesen, die über das Normalmaß hinausging.

Es tut mir in einem Punkt für Hans leid: Er hat vieles in diesen sechseinhalb Jahren, vor allem in den letzten ein, zwei Jahren, auf den Weg zu bringen versucht, was in eine Blockade hineinfiel, insbesondere im Bundesrat. Ihm wird sehr spät, vielleicht sogar zu spät, Recht gegeben bei dem, was er richtigerweise auf die Schiene gesetzt hat, gerade mit Blick auf den erwähnten Zungenbrecher, das Steuervergünstigungsabbaugesetz. Eigentlich müsste er heute mit einem gewissen Lächeln sehen, dass die meisten Positionen, die er damals in dieses Gesetzgebungsverfahren eingebracht hat, Gegenstand der Koalitionsvereinbarung sind. Das soll nicht zynisch klingen, aber eine gewisse Ironie ist dann doch gelegentlich in der Politik enthalten.

Ich wäre euch dankbar, wenn Ihr trotz eines Unwohlgefühls gerade mit Blick auf die Mehrwertsteuer den Gesamtzusammenhang nicht aus dem Auge verliert. Ich glaube, dass wir hier etwas in Gang setzen, was in den nächsten vier Jahren tragfähig sein könnte. Ich glaube, dass die Bürgerinnen und Bürger von uns eine ordentliche Haushaltsführung verlangen, ohne dass wir deshalb die Konjunktur abwürgen und ohne dass wir deshalb den Staat nur noch auf Restfunktionen reduzieren. Wir müssen dem Staat auch Gestaltungsspielräume ermöglichen. Das ist das Grundmuster bzw. die Grundphilosophie dieses Koalitionsvertrages. Deshalb möchte ich um eure Unterstützung werben. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peer, und alles Gute und viel Kraft für deine neue Aufgabe! Das Wort hat jetzt Garrelt Duin. Ihm folgt Anke Pörksen.

Garrelt Duin, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich will zu Beginn an eines unserer Ziele dieses Wahlkampfes, den wir gemeinsam mit Franz Müntefering und Gerhard Schröder geführt haben, erinnern. Ein, wenn auch nicht das zentrale Ziel war doch, zu verhindern, dass sich Schwarz-Gelb und der neoliberale Weg durchsetzen und dass wir jemanden wie Guido Westerwelle in dieser Regierung haben, liebe Genossinnen und Genossen. Jetzt ist es so, dass Oskar auf der einen Seite und Guido auf der anderen Seite zuguckt und wir nach wie vor gestalten können. Das ist ein Erfolg für uns, den wir, glaube ich, nicht zu gering schätzen dürfen.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn man sich die Koalitionsvereinbarung genau anguckt, lässt sie meines Erachtens den Schluss zu, dass das Gute überwiegt, wenngleich natürlich Dinge dabei sind, über die insbesondere Peer gerade gesprochen hat, die vor Ort schwer zu vertreten und zu erklären sein werden.

Ich denke, dass Peer Steinbrück gerade beim Thema Mehrwertsteuer vieles zur Erklärung gesagt hat. Ich will als jemand, der aus einem Flächenland, aus Niedersachsen, kommt, ergänzen: Auch das Thema Pendlerpauschale gehört in diesen Bereich. Ich will auch an den Parteivorstand und uns, die wir Verantwortung haben, appellieren: Lasst jetzt diejenigen, die für uns Wahlkampf gemacht haben und die mitunter sogar Unterschriften gegen eine Mehrwertsteuererhöhung gesammelt haben, nicht im Regen stehen! Wir dürfen jetzt nicht einfach beschließen und dann sollen sie vor Ort sehen, wie sie mit dieser neuen Lage zurechtkommen. Lasst uns ihnen so viel Material und so viele Informationen zukommen, dass sie die Diskussionen, die unweigerlich auf sie zukommen, auch bestehen können.

(Vereinzelt Beifall)

Ein weiterer Punkt, den ich als großes Plus sehe, ist das Durchhalten in der Energiepolitik, dass wir hier nicht eingeknickt sind und nicht ins Atomzeitalter zurückgehen,

(Vereinzelt Beifall)

sondern den Weg der erneuerbaren Energien weitergehen können. Aus meiner Zeit im Europaparlament weiß ich noch sehr genau, wie viel es Wert war, das Erneuerbare-Energien-Gesetz gemacht zu haben. In ganz Europa guckt man auf Deutschland, weil wir hier eine gute Entwicklung eingeleitet haben. Dass wir dort nicht zurückrudern, ist ein wichtiges Plus.

Ich will noch etwas sagen, was sich gezielt auf meine Erfahrungen im Wahlkampf bezieht: Ich komme aus einem Wahlkreis in Ostfriesland, in dem es uns wieder gelungen ist, über 50 Prozent der Stimmen für die SPD zu gewinnen.

(Beifall)

Dass uns das gelungen ist, hatte sehr viel damit zu tun, dass wir – weil in diesem Wahlkreis zwei große Industriebetriebe sind, nämlich eine Werft und ein Automobilhersteller – trotz der Schwierigkeiten im Verlauf der Diskussionen um die Agenda 2010 den Diskussionsprozess mit den Gewerkschaften niemals haben abreißen lassen. Es hat sehr viel damit zu tun, dass wir in unseren inhaltlichen Ansagen, auch zu den Themen Mitbestimmung und Tarifautonomie, eine klare Linie gefahren haben. Wenn wir sie jetzt verlassen hätten, glaube ich, wäre das Vertrauen von Klaus Wiesehügel und anderen wieder verspielt. Lasst uns diesen Dialog auch im Rahmen dieser Großen Koalition weiterführen, so kritisch er an mancher Stelle auch sein mag. Aber wenn dieser Faden reißt, dann wird die SPD in der Zukunft keine Chance auf Mehrheitsfähigkeit haben.

Abschließend: Einen Fehler dürfen wir jetzt natürlich nicht machen. Wir wollen diesen Vertrag auf Bundesebene. Aber das heißt nicht, dass wir als Sozialdemokraten zu ideellen Gesamtgroßkoalitionären werden. Ich möchte, dass wir – unabhängig davon, was wir mit der CDU in Berlin zu tun haben – in den Ländern und in den Kommunen nach wie vor mit dem gleichen Selbstbewusstsein und mit der gleichen klaren sozialdemokratischen Erkennbarkeit gegen die CDU kämpfen. Ich möchte nämlich, dass wir zum Beispiel in Sachsen-Anhalt und in anderen Ländern wieder den Regierungschef stellen. Ich möchte in Niedersachsen gegen Herrn Wulff kämpfen und nicht an seiner Seite. Deswegen brauchen wir als Partei auch künftig ein klares, eigenständiges Profil, unabhängig von dem, was wir als Koalitionspartner in Berlin machen. Vielen Dank!

(Beifall)

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Garrelt. Das Wort hat Anke Pörksen. Ihr folgt Hans Eichel.

Anke Pörksen, ASJ: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir werden dem Koalitionsvertrag zustimmen, weil wir ihm zustimmen müssen. Wir haben keine Alternative. Es ist ein Gebot der politischen Vernunft. Aber ich will nicht verhehlen, dass aus rechts- und innenpolitischer Sicht – die ist für die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen auch nicht ganz nebensächlich – einige sehr bittere Pillen in dem Koalitionsvertrag enthalten sind, und das, obwohl Brigitte Zypries und ihr Verhandlungsteam, an dem die ASJ dankenswerterweise auch beteiligt war, in einigen Punkten Schlimmeres verhindern konnten.

Die bitteren Pillen deuten sich an in einer gefährlichen weiteren Verlagerung des Verhältnisses von Freiheit und Sicherheit hin zu immer größeren Einschränkungen der freiheitlichen Grundrechte. Sie deuten sich an in einigen Attacken auf den Datenschutz, die sich schon jetzt zeigen, und in einem weiteren Beschreiten des Weges in den Überwachungsstaat. Wir werden hier auch in Zukunft sehr wachsam sein müssen, damit das Rad nicht überdreht wird. Ich würde Euch bitten, gerade auch in den Ländern in nächster Zeit auf einige Punkte ganz besonders zu achten.

Der Koalitionsvertrag enthält die Ankündigung der Einführung der nachträglichen Sicherungsverwahrung auch für Jugendliche und Heranwachsende – das ist ein ganz katastrophales Signal in die falsche Richtung –, eine Ausweitung der geschlossenen Unterbringung für unter 14-Jährige nach Familienrecht und – das ist eine besondere Herausforderung für die Länder – eine Verlagerung der Gesetzgebungskompetenz in den Bereichen Strafvollzug und Versammlungsrecht auf die Länder.

Insofern fängt die Arbeit für uns Sozialdemokraten in gewissen Bereichen erst jetzt an. Wir werden kritisch begleiten müssen, wie dieser Koalitionsvertrag Realität wird, und wir werden versuchen müssen, Schlimmeres zu verhindern. Vielen Dank!

(Beifall)

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Vielen Dank! – Das Wort hat Hans Eichel. Ihm folgt Jörg Tauss.

Hans Eichel, Parteivorstand: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Ich bin für die Große Koalition – das wird auch niemanden wundern – und für diesen Koalitionsvertrag, auch für seinen Finanzteil. Finanzpolitik ist Gesellschaftspolitik, das ist für Sozialdemokraten eine Binsenweisheit. Von wem wir das Geld holen, ist eine Frage der Gerechtigkeit, eine Frage unserer gesellschaftspolitischen Grundeinstellung – und genauso die Frage, wofür wir es ausgeben.

Deswegen ist es richtig, und Peer Steinbrück hat das ja deutlich gemacht: Es gibt – wir alle haben das erfahren – einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Wachstum in diesem Lande und Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Die entscheidende Frage bei der Konsolidierung und dem Beitrag der Finanzpolitik zum Wachstum ist, ob wir öffentliche Haushalte haben, die zu aller erst die Vergangenheit und meinetwegen in großem Umfang die Gegenwart finanzieren, oder ob wir öffentliche Haushalte haben, die in besonderem Maße die Zukunft und somit künftigen Wohlstand finanzieren. Unser Problem ist eine zu hohe Verschuldung, die Finanzierung der Vergangenheit und dessen, was wir in der Vergangenheit geleistet haben und heute nur noch über Zinsen abfinanzieren.

Ich sage einen für einen Sozialdemokraten gefährlichen Satz: Wir müssen uns jedes Mal auch den Staats- und den Sozialkonsum und seine Finanzierung ansehen, denn

im Würgegriff zwischen dem Gestern und dem Heute wird das Morgen keine Zukunft haben. Das ist es, was wir lernen müssen: Wir brauchen in der Finanzpolitik mehr Zukunftsorientierung. Das ist alles, was mit Familienpolitik zu tun hat, was mit der Ausbildung unserer Kinder zu tun hat, was mit unserer Forschung zu tun hat und was mit der Übersetzung in neue Produkte zu tun hat. Dafür müssen wir das Geld freischaufeln, liebe Freunde!

(Beifall)

Hier, glaube ich, waren wir in der Vergangenheit nicht schlecht. Aber wir haben eine Situation, in der die Verschuldungsdynamik mehr und mehr selber zu einer Wachstumsbremse wird. Allerdings lege ich auf eine Zahl Wert: Helmut Kohl hat in den 16 Jahren seiner Regierung Jahr für Jahr 35 Milliarden Euro neue Schulden gemacht, wir in unserer Zeit 21. Diese 21 Milliarden Euro waren zu viel, damit ich nicht falsch verstanden werde, aber sie waren viel weniger als die 35 Milliarden Euro bei Kohl. Von denen lassen wir uns also nicht erzählen, wie man mit den Staatsfinanzen umgeht.

(Beifall)

Nun zu dem Satz vom strukturellen Neuanfang in der Finanz- und Haushaltspolitik, der im Koalitionsvertrag steht: Liebe Freunde, ich verstehe das so, dass die strukturelle Bremse im Bundesrat, wo in den letzten drei Jahren die Konsolidierung der Staatsfinanzen konsequent ausgebremst wurde, jetzt weg ist und wir die neue Struktur haben, dass CDU, CSU und SPD nun gemeinsam das Ziel solider Staatsfinanzen angehen. Das ist meine Interpretation des strukturellen Neuanfangs.

Hinter diesem strukturellen Neuanfang – ich sage das in allem Freimut – finde ich eine Fülle alter Bekannter; Peer Steinbrück hat darauf bereits hingewiesen. Manchmal frage ich mich nur: Wenn die der Sache vor drei Jahren zugestimmt hätten, wo stünden wir dann heute? – Jedenfalls stünden wir ein ganzes Stück besser da, als es jetzt der Fall ist.

(Beifall)

Der Finanzteil ist ganz stark durch unsere eigene Programmatik geprägt. Vergleicht das einmal mit unserem Wahlprogramm, wo übrigens auch der Satz steht, dass die Steuerquote zu niedrig ist. Wir waren erfolgreich bei der Konsolidierung auf der Ausgabenseite. Das haben inzwischen auch die Bundesbank, die Sachverständigen und Europa eingesehen.

An einem Punkte waren wir es nicht: beim Abbau der Steuervergünstigungen. Die Staatsquote ist gesunken, aber die Steuerquote ist verfallen. Seit drei Jahren versuchen wir, durch den Abbau von Steuervergünstigungen, was der eigentlich vernünfti-

ge Weg ist, die Staatsquote wieder anzuheben: Steuervergünstigungen weg ohne weitere Steuersatzsenkungen – das ist ein Beitrag zur Konsolidierung und zur Vereinfachung des Steuerrechts.

Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, ist völlig klar: Das müssen wir offensiv vertreten. Ich habe mich sehr über das gefreut, was sowohl Franz Müntefering als auch Gerhard Schröder hierzu gesagt haben: dass wir das offensiv vertreten müssen. Wer den Staat aushungert, will eine andere Gesellschaft, liebe Freunde, und das ist nicht unsere Position.

(Beifall)

Deswegen ist in Wahrheit auch gar nicht mehr so viel auf der Ausgabenseite zu holen.

Ich will nach vorne gewandt sagen: Ich bin für diesen Teil, will aber nicht verhehlen, dass ich mir einen anderen Einstieg hätte vorstellen können: dass wir im nächsten Jahr in der Tat nicht mehr neue Schulden machen, als wir investieren. Aber natürlich würden wir dann eine Fülle von Privatisierungserlösen verschieben, was hieße, dass man die Konsolidierung vorziehen müsste.

Nun hat man sich anders verständigt. Auch das kann ich gut verstehen. Ich kann nur hoffen und wir können alle daran arbeiten, dass dieses Kalkül, uns nächstes Jahr auf einen höheren Wachstumspfad zu bringen, um damit anschließend die Konsolidierung leichter zu machen, aufgeht.

Ich sage euch aber auch, lieber Freunde – da bin ich nach den vielen Jahren skeptisch geworden –: Wenn wir auf Dauer mit niedrigeren Wachstumsraten rechnen müssen, dann müssen wir auch unter der Bedingung niedrigerer Wachstumsraten konsolidieren. Ein weiteres Zuwarten ist dann nicht mehr möglich. Eine weitere Diskussion im nächsten Jahr unter dem Motto: „Das Wachstum ist doch nicht so toll, lasst uns mal warten“, wird nicht mehr gehen, weil ein ständig schnellerer Zuwachs der Verschuldung als der der Wirtschaftsleistung geradewegs in den Abgrund führt. Ich bin für die Koalition, weil ich glaube, dass sie alleine die Kraft hat, dieses Problem zu lösen.

Deswegen hat der Peer zu Recht gesagt, wir haben etwas in Gang gesetzt. Ich will es vielleicht noch ein bisschen weiter treiben und sagen: Richtet euch mal darauf ein, dass wir – wenn wir dauerhaft mit niedrigen Wachstumsraten rechnen müssen – weitere Konsolidierungsschritte über diesen Koalitionsvertrag hinaus gehen müssen, wenn wir erreichen wollen, dass in dieser Wahlperiode der Bundeshaushalt wieder den Bedingungen des Art. 115 entspricht – in dem Sinne: nicht mehr neue Schulden als Investitionen –, dass aber auch die Länderhaushalte dem entsprechen und die Kommunen endlich wieder richtig investitionsfähig werden, was ein wichtiger Beitrag für die Belebung der Wirtschaftstätigkeit und für die Beschäftigung in diesem Lande ist.

Deswegen, liebe Freunde, müssen wir auch eines angehen, das ist mehrfach angesprochen worden: Warum sind wir in dieser Lage? Weil im Föderalismus nicht mehr gilt, was nach dem Krieg die Verfassungsväter meinten: Dass es eine gemeinsame Basis davon gibt, was denn eigentlich der Staat tun soll, was die verschiedenen Ebenen tun sollen und welche Mittel sie dafür brauchen. Diese gemeinsame Basis ist der Parteitaktik zum Opfer gefallen. Ich behaupte, das wird sich auch nicht ändern. Wenn das aber so ist, liebe Freunde, dann kann es nicht so weitergehen, dass der eine den anderen schädigt, bis alle zusammen in der Grube liegen, wir dann eine große Koalition bilden, um untergehakt uns aus der Grube wieder hoch zu rappeln. Da muss man verhindern, dass eine solche Lage wieder eintritt. Das heißt, wir brauchen eine Änderung der föderalen Spielregeln, die dem Bund die Letztverantwortung für die Steuer-gesetzgebung geben, um das mit aller Klarheit auszusprechen.

(Beifall)

Nur dann werden wir auch europafähig sein, denn wir brauchen die Harmonisierung in Europa.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, zum Schluss: Ich wünsche dem Peer alles Gute in dem Amt – in unserem gemeinsamen Interesse. Ich wünsche ihm, dass er die Ziele erreicht, die ich gerne erreicht hätte.

(Beifall)

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Lieber Hans, vielen Dank! Nicht nur vielen Dank für deinen Wortbeitrag, sondern vielen herzlichen Dank für das, was du geleistet hast. Wir wissen, welche Aufgabe du erfüllt hast. Vielen Dank. Alles Gute und wir bleiben eng zusammen.

(Beifall)

Das Wort hat jetzt Jörg Tauss. Jörg kommt mit großem Schritte. Immer langsam, Jörg, nicht übereilen, sonst fehlt dir die Puste und das wäre auch schade. – Jörg Tauss, Baden-Württemberg.

Jörg Tauss, Baden-Württemberg: Ich hätte mir natürlich extra noch ein Jackett angezogen. Das ist völlig klar. Aber wie es so ist: Ein kleiner Abgeordneter muss auch mal ein Interview geben.

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Du siehst auch so gut aus. Damit ist der Fall erledigt.

Jörg Tauss, Baden-Württemberg: Es war zumindest einigermaßen staatstragend. – Liebe Genossinnen und Genossen, staatstragend war mein Satz, ich sehe zu dieser Koalition keine Alternative. Ich will, dass sie zu einem Erfolg führt. Dennoch muss erlaubt sein, nicht nur zu jubeln, sondern auch Probleme zu benennen. Einer der

wichtigsten Teile, der Föderalismusbereich, ist für mich auch das Schwierigste, weil er auf einer Grundgesetzänderung beruht, die dazu führen wird, dass wir über Jahre und Jahrzehnte möglicherweise eine Weichenstellung im Bereich Bildung, Wissenschaft und Forschung vornehmen, die nicht korrigierbar ist.

Die Föderalismusreform ist meines Erachtens in ihrem Bildungsteil – ich sage es jetzt höflich – problematisch. Andere sehen es dramatischer. Die Hochschulrektorenkonferenz sagt: katastrophal; der Wissenschaftsrat sieht es ähnlich. Die Studierendenverbände lehnen ab. Die GEW hat euch heute ein Schreiben mit einer Ablehnung verteilt, das Studentenwerk auch. Tenor des Ganzen: Gefährdung des Hochschulstandortes Deutschland.

Ich habe euch in einem ausführlichen Schreiben, mit dem ich euch auch herzlich hier in meinem Wahlkreis willkommen heißen habe (ganz nebenbei: für das Essen bin ich nicht zuständig. Einige haben gefragt, warum wir nicht so gastfreundlich wären und so wenig zu essen hätten), geschrieben, wo die eigentlichen Probleme liegen. Keiner soll sagen, er hätte es nicht gewusst. Ich weiß, Bildung ist zuvörderst eine Frage der Bundesländer, Kurt. Für mich ist überhaupt keine Frage, dass ich mich zu diesem Grundsatz auch bekenne. Nur, auf der einen Seite beschreiben wir in dieser Koalitionsvereinbarung Bildung als nationale Aufgabe. Auf der anderen Seite wollen wir alles, was mit Bildung und Wissenschaft zusammenhängt, künftig allein den Bundesländern überlassen. Dem Bund soll es künftig verwehrt werden, Ganztagschulen zu bauen. Das bestehende Programm soll demgegenüber erhalten bleiben. Ich halte dies für widersprüchlich. Wenn das bisherige Programm, Kurt, angeregt aus Rheinland-Pfalz übrigens, so gut war, dass es fortbestehen soll bis 2007 und darüber hinaus, dann ist natürlich die Frage, warum wir grundgesetzlich für alle Zukunft ausschließen wollen, dass es die Möglichkeit gibt, ein solches Ganztagschulprogramm zu machen. Diese Frage muss dann gestellt werden dürfen, warum dies so ist.

Wir haben in den nächsten Jahren unglaubliche bildungspolitische Anstrengungen vor uns. Der Bund wird sich nicht mehr beteiligen dürfen, wenn es so kommt, wie es vorgesehen ist. Man könnte es noch ein bisschen burschikoser sagen: Heidemarie Wiczorek-Zeul könnte im Rahmen der Entwicklungshilfe nach einem Tsunami am Strand von Sri Lanka als Bund Schulen bauen, aber es wäre uns als Bund verboten, selbst wenn wir uns mit den Ländern darauf einigen, Schulen im eigenen Land zu bauen. Ist das die Antwort auf die bildungspolitische Herausforderungen, vor denen wir stehen, Genossinnen und Genossen? Ist das die Antwort auf die Herausforderung? Für die Hochschulen gilt Ähnliches.

(Beifall)

Einige haben mir übrigens empfohlen, diesen Redebeitrag nicht zu halten und mich damit abzufinden, dass ich gegen Mächtige – von Müntefering bis Beck – verloren habe,

und ich möge aufhören zu kämpfen. Nur, in Österreich, Genossinnen und Genossen, war es gerade so, dass der Bund eine Vereinbarung mit den österreichischen Universitäten zu deren Ausbau, zu deren Fortentwicklung geschlossen hat. Bei uns, wie gesagt, geschieht das Gegenteil. In Österreich ist mehr als die Hälfte derer, die sich zwischenzeitlich in den Universitäten eingeschrieben haben, aus Deutschland. Das sollte vielleicht zum Nachdenken anregen, ob der Weg, den wir beschreiten, richtig ist.

Manche sagen, es wäre zu spät, hier jetzt noch einmal zu kämpfen. Aber wer mich kennt, weiß: Seit ich Politik mache, habe ich mir zumindest vorgenommen, morgen noch in den Spiegel sehen zu können. – Würde ich diese Entwicklung im Bildungs- und Wissenschaftsbereich, zu der wir übrigens aus guten Gründen im Dezember letzten Jahres „nein“ gesagt haben, jetzt in einer wesentlich schlimmeren Form widerspruchlos akzeptieren, könnte ich nicht mehr in den Spiegel gucken, Genossinnen und Genossen.

Unsere Alternative liegt in Form eines Initiativantrags vor. Er fordert zu Nachverhandlungen auf, um keinen primitiven Wettbewerbsföderalismus zu Lasten der Jugend des Landes und des Standortes Deutschland zu bekommen. Ich will einen kooperativen Föderalismus. Ich will keinen Schulzentrismus, auch wenn im Parteivorstand gestern dieses dämliche Argument, Genossinnen und Genossen, wieder gekommen ist. Es stimmt einfach nicht, dass wir Bildungspolitiker des Bundes mehr Kompetenz in den Schulen für uns reklamiert hätten. Es ist die Unwahrheit. Wir sagen aber: Wir sind dagegen, dass es ein Verbot eines kooperativen Föderalismus, eines Verbots des Zusammenwirkens zwischen Bund und Ländern in Schulfragen, in Bildungsfragen, in Hochschulfragen gibt. Diese grundgesetzlich abgesicherte völlige Auszehrung einer der wenigen Kompetenzen des Bundes, die wir auch in Europa dringend brauchen, ist nicht zu verantworten.

Genossinnen und Genossen, ich bin für diese große Koalition. Aber man muss wissen, es geht hier nicht nur um Jubel. Es geht um die Frage, wo wir sozialdemokratisch bildungspolitisch erkennbar bleiben. Mit dem, was hier in diesem Bereich auf den Weg gebracht worden ist, sind wir nicht erkennbar. Aus diesem Grunde bitte ich euch, einem Initiativantrag zuzustimmen, den wir vorgelegt haben und der zumindest die Option offen halten soll, dass dann, wenn Bund und Länder, vor allem die Länder, es wollen, ein Zusammenwirken möglich ist.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und hoffe auf die Unterstützung dieser Position, weil das, was hier geschieht, mit sozialdemokratischer Bildungs- und Wissenschaftspolitik aus meiner Sicht nicht zu machen ist und für mich auch nicht akzeptabel ist. – Ich danke euch.

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Ich danke meinem Freund Jörg Tauss, auch wenn ich völlig anderer Meinung bin als er. – Andrea Ypsilanti hat das Wort.

Andrea Ypsilanti, Hessen-Süd: Genossinnen und Genossen, ich werde dem Koalitionsvertrag zustimmen, wohl wissend, dass es noch etliche heftige Diskussionen auch vor Ort innerhalb der Partei und mit den Bürgerinnen und Bürgern, die uns gewählt haben, nach sich ziehen wird. Ich halte trotz schwieriger Kompromisse das, was im Koalitionsvertrag steht, für sehr tragfähig, um das Land in den nächsten vier Jahren voranzubringen. Ich denke, das ist mehr als ein Kompromiss. Wenn ich sehe, was die Verhandlungskommission an sozialdemokratischen Inhalten, die auch mir sehr wichtig sind – sei es Atom- oder Bildungspolitik oder auch die Frage der Familienpolitik, des Elterngeldes und der kommunalen Finanzen –, erreicht hat, so ist das mehr, als wir am Anfang eigentlich erwartet haben.

Aber ich möchte auch drei Bedingungen oder drei Aufgaben formulieren, die zu diesem Vertrag der großen Koalition für mich dazugehören; denn es ist nicht alles sozialdemokratische Programmatik, was in diesem Vertrag steht.

Die erste Aufgabe haben die Fraktion und die Regierungsmitglieder, die in diese Regierung eintreten. Ich glaube, da liegt noch die meiste Arbeit, das umzusetzen, was jetzt vertraglich vereinbart wurde. Ich glaube, bei der Umsetzung dieses Vertrages in den Ressorts gibt es noch sehr viele Spielräume. Ich erwarte schon von den Regierungsmitgliedern eine gewisse Kreativität, damit dort auch sozialdemokratische Politik als Projekt sichtbar wird.

Ich will aber den Ball nicht nur nach Berlin spielen. Im Gegenteil: Ich möchte, dass es in den Ländern, in den Kommunen und in Europa zu einer verlässlicheren und strukturierteren Zusammenarbeit mit euch in Berlin kommen kann. Genossinnen und Genossen, wir haben so viele Mandatsträger, ehrenamtliche und auch hauptamtliche vor Ort; das sind Politikprofis. Die wissen, wie man Politik vor Ort umsetzt. Dieses Fachwissen und diesen Fachverstand mit Berlin, mit euch zusammen zu bringen, das halte ich in der Tat noch für verbesserungswürdig und verbesserungsfähig. Dafür möchte ich auch in Berlin werben.

Das Dritte, Genossinnen und Genossen: Die Partei sollte gleichzeitig sich endlich auch wieder bemühen und sich zumuten, emanzipatorische Politik im 21. Jahrhundert über die bestehenden Verhältnisse und über den Vertrag der großen Koalition hinaus zu formulieren.

(Beifall)

Da sollten wir auch keine Angst haben, mal wieder über Visionen zu reden und darüber, wie eine gerechte und menschliche Gesellschaft auszusehen hat, über die Sachzwänge hinaus in der langfristigen Perspektive; denn wenn wir das nicht tun, Genossinnen und Genossen, dann werden es die anderen links von uns tun. Ich will, dass die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten an dieser Stelle in der ersten Reihe stehen.

(Beifall)

Ich möchte, dass die Partei die Freiheit hat und sich die Freiheit nimmt, über die Grenzen der Koalition hinaus – nicht gegen sie, aber über die Grenzen hinaus – zu denken und zu formulieren. Ich möchte zum Beispiel den jungen Frauen wieder sagen, dass die Gleichberechtigung der Geschlechter sich nicht alleine in der Richtlinienkompetenz von Angela Merkel formuliert. Deshalb werden wir natürlich an vielen Stellen das Koordinatensystem unserer Partei auch neu justieren müssen, im europäischen und im globalen Kontext. Da sollten wir uns nicht schämen, wenn wir den einen oder anderen Bereich einmal etwas strittig austragen müssen. Ich finde, die SPD sollte dann auch wieder die politische Kultur des Diskurses in den Vordergrund rücken. Die Programmkommission wäre dazu ein geeigneter Rahmen.

Genossinnen und Genossen, ich plädiere dafür, dass wir uns dafür viel Zeit lassen. Es wird uns stärken. Wenn wir diese drei Punkte wirklich ernst nehmen, dann habe ich keine Angst vor einer großen Koalition.

(Beifall)

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Andrea. – Das Wort hat Björn Böhning.

Björn Böhning, Jusos: Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Klaus Uwe, ich habe hier gerade den „Tagesspiegel“. Dort ist ein Bild von dir mit dem Plakat der Jusos „Große Koalition ist wie Weitertrinken aus Angst vor dem Kater“. Ich glaube nicht, dass wir einen Kater bekommen, sondern dass wir in der Lage sind, innerhalb der großen Koalition eine starke Rolle zu spielen, liebe Genossinnen und Genossen. Aber die sollten wir auch spielen. Denn das, was wir jetzt auch gezeigt haben, ist, dass es uns gelingen kann, mit einer großen Einigkeit in den Positionen des Wahlmanifestes deutlich zu machen, dass soziale Gerechtigkeit, soziale Eingliederung in die Gesellschaft das zentrale Thema der Zukunft ist. Wenn wir das in der großen Koalition verankern, dann ist die sozialdemokratische Handschrift auch erkennbar.

Wir Jusos haben seit der NRW-Wahl knapp 7.000 neue Mitglieder gewonnen. Das heißt, etwa 7.000 junge Menschen unter 35, die zu den Jusos oder zur SPD gekommen sind. 300 von denen sind hier; sie haben heute Nacht hier schon kräftig in der Innenstadt von Karlsruhe gefeiert. Liebe Genossinnen und Genossen, auch das zeigt: Die Sozialdemokratie ist stark. Wir sollten alle, die zu uns kommen, herzlich willkommen heißen in den Kreisen der Sozialdemokratie und sollten deutlich machen, dass die jungen Menschen in dieser Partei aktiv sind.

Lieber Kajo, ich möchte dir auch an dieser Stelle für die Zusammenarbeit im Wahlkampf danken. Denn es ist uns gelungen, gerade die jungen Menschen für die SPD zu gewinnen. Das zeigt eben auch: Die SPD ist die Partei der Zukunftschancen. Die

Jusos sind der Verband der Studierenden und der Azubis. Das wollen wir auch weiterhin so halten.

Das soll natürlich auch programmatische Folgen haben. Ich kann Jörg Tauss an dieser Stelle Recht geben. Ich glaube, gerade angesichts dessen, dass wir einen europäischen Integrationsprozess haben, gerade angesichts dessen, dass wir bei der Bildung einen so riesigen Nachholbedarf haben, brauchen wir Bildung auch in Bundeskompetenz, brauchen wir bundeseinheitliche Rahmenbedingungen und keine Kleinstaaterei. Davon bin ich fest überzeugt. Das ist auch im Interesse der jungen Generation.

(Beifall)

Es gehört aber auch dazu, das zu thematisieren, was junge Menschen besonders trifft. Da geht es auch um den Kündigungsschutz. Junge Menschen erleben heute schon, dass Werkverträge, dass die Generation „Praktikum“, dass Selbstständigkeitsphasen, dass auch Phasen von Arbeitslosigkeit Realität sind. Liebe Genossinnen und Genossen, es ist auch nicht richtig, jungen Menschen keine Perspektive mehr auf gesicherte Beschäftigung zu eröffnen. Wir müssen vielmehr sozialstaatliche Rahmenbedingungen schaffen, dass unstete Erwerbsbiographien, unstete Lebensläufe auch sozialstaatlich abgesichert sind. Das ist eine Zukunftsaufgabe für die große Koalition.

Aber es geht auch darum, die Frage der Integration im Koalitionsvertrag und in der große Koalition noch viel stärker zu thematisieren, als das bis jetzt der Fall ist. Wenn wir nach Frankreich gucken, so zeigt sich dort, dass da etwas nicht stimmt bei der Integration. Ich will das nicht mit Deutschland vergleichen; ich komme aus Berlin und wohne am Rande von Kreuzberg. Aber es zeigt sich doch – das ist auch das, was man in den Gesprächen vor Ort mitbekommt –, dass die fehlenden Aufstiegsperspektiven für junge Menschen, die fehlenden Perspektiven für einen Ausbildungsplatz und auch die fehlenden Bildungschancen die Menschen zerreißen. Wenn ihnen keine Beschäftigungsperspektive eröffnet wird, liebe Genossinnen und Genossen, dann ist sozialer Aufstieg eben nicht für alle möglich. Wir sollen aber dafür sorgen, dass er für alle möglich ist. Fahrstuhl muss für alle gelten, liebe Genossinnen und Genossen, und zwar nach oben und nicht nach unten.

(Beifall)

Deswegen wird eine der zentralen Zukunftsherausforderungen auch dieser großen Koalition sein: Schaffen wir Sicherheit für alle Menschen in diesem Lande? Schieben wir die Unsicherheit beiseite und schaffen wir Perspektiven für Wachstum und Beschäftigung? Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, da müssen wir gerade konjunkturell und strukturell eine ganze Menge nacharbeiten. Denn auch diese große Koalition wird daran gemessen, ob sie Wachstum und Beschäftigung schafft. Da sollten wir noch viel stärker darauf hinwirken, auch bei einem Wirtschaftsminister aus Bayern.

Meine letzte Bemerkung: Die Reichensteuer schafft mehr Gerechtigkeit in diesem Lande. Aber wir müssen auch daran, wo die Vermögen und wo die Kapitaleinkünfte sind. Deswegen brauchen wir die Bürgerversicherung. Wir müssen sie durchsetzen; wir müssen da dran bleiben. Das Projekt Bürgerversicherung darf mit diesem Parteitag nicht beendet werden, sondern wir müssen da weiter arbeiten und die gesellschaftlichen Mehrheiten dafür organisieren.

(Beifall)

Wenn die große Koalition erfolgreich wird – ich wünsche mir das –, dann ist die Demokratie in Deutschland gefestigt und erst recht die Sozialdemokratie auch im Hinblick auf 2009. Glück auf!

(Beifall)

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Das Wort hat Wolfgang Clement. Es folgt dann Peter Dreßen aus Baden-Württemberg.

Wolfgang Clement, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen, ich will gleich eingangs sagen, dass ich eine große Koalition nicht nur für beinahe zwangsläufig, sondern auch für richtig halte, weil sie die einzige Kombination zurzeit ist, die die Mehrheiten im Bundestag und Bundesrat herstellen kann. Diese Mehrheiten werden für die Aufgaben, die jetzt anstehen, benötigt. Ich bin deshalb auch für den Koalitionsvertrag und werde ihm zustimmen. Ich werde mich vor einer Detailkritik hüten. Vieles in dem Vertrag ist aus meiner Sicht richtig; manches ist problematisch und verdient eine gründliche Diskussion.

Ich will nur einige Bemerkungen machen, die mir nicht unwichtig sind.

Erste Bemerkung. Ich habe in der Präsentation der Koalitionsvereinbarung gehört – nicht von uns, sondern von Frau Merkel –, dass wir es mit einem Patienten zu tun haben, der erst einmal aufgepäppelt werden muss, um anschließend operiert werden zu können. Dieses ist so einleuchtend, wie es problematisch ist. Ich will deshalb nur eines unterstreichen: Nicht unser Land ist krank und nicht die deutsche Volkswirtschaft ist krank. Sanierungsbedürftig sind vielmehr allein die Haushalte von Bund und Ländern. Unsere Volkswirtschaft ist so stark, dass sie 1 bis 1,5 Prozent Wachstum bringt. Sie leistet zugleich den Aufbau Ost und trägt die Hauptlast der Europäischen Währungsunion und auch noch die der Erweiterung der Europäischen Union. Deshalb noch einmal: Nicht unsere Volkswirtschaft und nicht unser Land sind krank, sondern wir müssen die Haushalte sanieren.

(Beifall)

Zweite Bemerkung. Warum ist die Haushaltslage so, wie sie heute ist? Da müssen wir uns an die eigene Brust klopfen. Wir müssen sagen: Die Haushaltslage ist so, weil die

politischen Eliten in unserem Land, die die Mehrheiten von Bundestag und Bundesrat mobilisieren können, über Jahre nicht in der Lage gewesen sind, die Finanz- und Steuerfragen gemeinsam zu lösen. Wir haben uns wechselseitig blockiert. Was hier entstanden ist, hat sich nicht nur über drei Jahre aufgebaut, sondern über viele Jahre. Das muss jetzt überwunden werden. Es ist etwas, das wir selbst so in diese Situation gebracht haben und das wir nun auch lösen müssen.

Dritte Bemerkung. Ich habe von Johannes Rau einen Satz gelernt: „Wir müssen sagen, was wir tun, und wir müssen tun, was wir sagen.“ Das heißt, wir müssen uns in der Zukunft – auch in der großen Koalition müssen wir einiges lernen – hinsichtlich unseres Verhaltens und der Art der politischen Auseinandersetzung, auch der Absolutheit, in der wir manches vorzutragen pflegen, prüfen, ob das wirklich vor dem Hintergrund von Personen, Fakten und Projekten zu rechtfertigen ist. Das heißt zu deutsch: Wenn ich jemandem grundsätzlich die praktische Vernunft und die politische Vernunft abspreche, bleibt es auf die Zukunft gesehen schwierig, mit ihm gemeinsam Vernünftiges zustande bringen zu wollen. Das ist nicht sehr glaubwürdig. Aber diese Glaubwürdigkeit muss die Politik zurückgewinnen.

Vierte Bemerkung. Es ist nicht der Juristerei geschuldet, wenn ich sage: Wenn der Bundeshaushalt 2006 ausdrücklich nicht verfassungsgemäß ausgelegt werden soll, dann muss aus meiner Sicht unzweideutig klar sein, dass es keinen anderen Weg gibt als diesen, um die Verfassungsmäßigkeit des staatlichen Handelns auf die Dauer zu gewährleisten. Wir müssen sehr penibel darauf achten, dass wir nicht den Eindruck erwecken, es ginge jemand leichtfertig mit der Verfassung um. Das geht nicht, wenn wir in Zukunft den Gehorsam gegenüber dem Grundgesetz gewährleisten wollen. Ich denke, das wollen wir auf Dauer.

(Beifall)

Fünfte Bemerkung. Uns allen ist vermutlich klar: Unsere Volkswirtschaft ist keine mechanische Werkstatt, sondern sie ist ein lebendiger marktwirtschaftlicher Organismus. Deshalb halte ich alle Vorstellungen für irrig – ich selbst habe auf diesem Gebiet einiges lernen müssen –, man brauche nur an einigen Stellschrauben zu drehen, um bestimmte Wirkungen zu erzielen oder verhindern zu können. Das ist ein großer Irrtum. Manchmal hört man – nicht von Genossen –, dass man die Arbeitslosenversicherungsbeiträge um 2 Prozent senken kann. Ich sage vorsichtig, dass ich nicht weiß, wie man das aus der Arbeitslosenversicherung in Höhe von 1 Prozent herstellen will. Es wird gesagt, mit einer Absenkung um 2 Prozent in der Arbeitslosenversicherung gibt es 300.000 mehr Arbeitsplätze. Das hört sich zwar gut an, ist aber sicher nicht haltbar, erst recht nicht, wenn man das, was wir hier tun oder tun müssen, der Mehrwertsteuererhöhung gegenüber stellt. Schaut Euch bitte an, welche Wirkung eine dreiprozentige Mehrwertsteuererhöhung im Handel, im Handwerk und beispielsweise auch im

Hotel- und Gaststättenbereich hat, die unsere wichtigsten Arbeitsplatz- und Ausbildungsplatzbringer sind! Das ist ein überaus ernstes Thema. Meine Bitte ist, dass ihr euch das vielleicht im Zuge des Regierungshandelns noch einmal anschaut.

Wenn ich dem Koalitionsvertrag zustimme, dann vor allen Dingen für das, was er in Aussicht stellt, ohne es bereits heute klar ausführen zu können. Wenn ich dem Koalitionsvertrag zustimme, dann deshalb, weil ihr die Gesundheitsreform, die Reform der Pflegeversicherung, die Unternehmensteuerreform und ein entschlossenes Umsteuern auf öffentlich-private Finanzierung – auf PPP sowie weitergehende Reformen zur Beseitigung von Bürokratie und im Grundsatz eine Fortsetzung der Arbeitsmarktreform zugesagt habt. Ich sage das so klar, weil mir das in den Diskussionen und öffentlichen Erörterungen ein bisschen zu kurz gekommen ist.

Deshalb sage ich: *Vor* Steuererhöhungen müssen die Reformen kommen. Diese Reformen, die ihr versprochen habt und die auch im Koalitionsvertrag angesprochen sind, sind von überragender Bedeutung, eine wie die andere. Zu deutsch: Ich gehe davon aus, dass der Reformkurs unbeirrt fortgesetzt wird, und zwar auf allen Feldern.

Kurt, es tut mir leid, aber ich habe in dieser Frage eine ähnliche Meinung wie Jörg Taus: Genossinnen und Genossen, das lege ich euch ans Herz, weil ich morgen nicht mehr dabei sein werde in der aktiven Politik: Es gibt kein schwierigeres Problem als das, was mit Bildung, Wissenschaft und Forschung, was mit Kindergärten, Schulen und Hochschulen zu tun hat. Genossinnen und Genossen, Wenn ihr euch anschaut, womit wir auf dem Arbeitsmarkt in Wahrheit zu tun haben, dann sehr ihr: Das erste Problem sind die, die aus den Schulen entlassen werden und nicht ausreichend vorbereitet ins Berufsleben gehen.

Ich muss mich wirklich sehr zusammennehmen, wenn es um das geht, was in der Föderalismusreform angelegt worden ist. Ich sage als ehemaliger Ministerpräsident und Landespolitiker: Wir kommen nur zu besseren Ergebnissen als heute, wenn eine Föderalismusreform Hand in Hand mit einer Finanzreform geht, wenn eindeutig ist, was für Bildung, Wissenschaft und Forschung, für Schulen und Hochschulen zur Verfügung steht.

Ein zweiter Punkt. Jörg hat das umschrieben mit kooperativen Föderalismus. Ich würde dazu sagen: Wir brauchen vor allen Dingen als Maßstab für einen Fortschritt auf diesen Sektoren einen Wettbewerb um die besten Lösungen. Wir brauchen dazu ein bundesweites Benchmark, bei dem wir wirklich sichern können, dass wir auf diesem Sektor Fortschritte erzielen können.

Ich will Euch noch eines sagen, Genossinnen und Genossen. Ich bin überzeugt, dass einer großen Koalition nur wenig Zeit zum Erfolg gegeben wird. Ihr steht mit einer großen Koalition unter massivem Zeitdruck. Das gilt zumal für die Reformen, die ihr

angesprochen habt und von denen ich einige erwähnt habe. Dazu wünsche ich euch viel Erfolg. Macht es besser! Wenn ihr gut seid, macht es noch besser! Glück auf!

(Beifall)

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Wolfgang, nicht nur für diesen Redebeitrag, sondern auch für deine Arbeit und für die Wünsche, die du uns allen mit auf den Weg gibst. Genossinnen und Genossen, bevor ich Peter Dreßen das Wort gebe, schlage ich vor, dass wir uns auf die weitere Vorgehensweise verständigen. Es liegen mir noch 28 Wortmeldungen vor, einschließlich der des designierten Parteivorsitzenden. Könnten wir uns so verständigen, dass wir bis 16 Uhr debattieren und dass wir dann Matthias Platzeck das Wort geben? Danach kommen wir zur Entscheidung. Ist das ein Vorschlag, auf den wir uns verständigen können?

(Beifall)

Gibt es Gegenrede? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest: Der Parteitag hat festgelegt, dass um circa 16 Uhr die Debatte beendet wird. Anschließend bekommt Matthias Platzeck das Wort und wir entscheiden über den Initiativantrag A 2.

Nun hat Peter Dreßen das Wort. Ihm folgt Sebastian Roloff.

Peter Dreßen, Baden-Württemberg: Genossinnen und Genossen! Ich möchte zu drei Punkten dieses Koalitionsvertrages ausführen.

Zum ersten Punkt, dem Kündigungsschutz: Ich frage mich, warum neu eingestellte Menschen zwei Jahre warten sollen, bis sie endlich Kündigungsschutz bekommen. Wir haben doch erlebt, dass unter Kohl – als der Kündigungsschutz schon einmal verschlechtert worden ist – auf diese Weise kein einziger Arbeitsplatz geschaffen worden ist. 1998 hatten wir das revidiert, bevor die Agenda 2010 wieder einiges verschlechtert hat: Insbesondere für ältere arbeitslose Arbeitnehmer haben wir die Möglichkeit geschaffen, bis zum 65. Lebensjahr nur befristet eingestellt zu werden, in der Hoffnung, dass dies Arbeitsplätze bringt. Gebracht hat es nichts, null Arbeitsplätze hat es gebracht.

Ich frage mich, wieso man jetzt wieder am Kündigungsschutz rumgemäkelt hat und warum man in diesem Punkt nicht standhafter gegenüber der Union war. Was sich da anbahnt, wird doch dazu führen, dass junge Familien, die ihr Leben planen, erst einmal abwarten. Wenn es innerhalb der ersten zwei Jahre schief gegangen ist, müssen sie bei der nächsten Firma wieder zwei Jahre warten. Und dann wundern wir uns, warum die Zahl der Familien in diesem Land immer weiter zurückgeht und es immer mehr Einzelhaushalte gibt! – Ich halte das also für falsch.

Meinen zweiten Punkt, zu dem ich etwas sagen will, die Bildungspolitik, kann ich ziemlich kurz machen; hier stimme ich meinem Vorredner – was selten vorkommt –

voll und ganz zu, genauso wie Jörg Tauss. Ich halte es für eine Katastrophe, wenn in dem einen Land dieses gilt, in dem nächsten Land jenes und im dritten Land wieder ganz andere Projekte verfolgt werden. Stellt euch vor, man muss mit seiner Familie das Bundesland wechseln: Man möchte mobil sein, kann es aber nicht, ohne zum Beispiel den Kindern große Nachteile aufzubürden. Ich halte es für katastrophal, was sich da abzeichnet. Deshalb bitte ich euch, wirklich noch einmal darüber nachzudenken, ob man in der Bildungspolitik nicht noch nachbessern kann.

Der letzte Punkt betrifft Franz Müntefering direkt: Wenn 2007 tatsächlich eine dreiprozentige Mehrwertsteuererhöhung kommen soll, bitte ich, doch wenigstens an diejenigen Personen zu denken, die heute schon nur das Notwendigste zum Leben haben. Ich denke an Arbeitslosengeld-II-Bezieher, ich denke an die Bezieher von Sozialhilfe, ich denke an die Leute, die in der Grundsicherung der Rente stecken. All diese Menschen müssen schon heute knapsen, um nur einigermaßen über die Runden zu kommen. Ich will damit sagen: Wenn die dreiprozentige Mehrwertsteuererhöhung kommt, muss der Regelsatz für diese drei Personengruppen neu überdacht werden. Die zusätzlichen Kosten müssen diesen Menschen, die schon heute am untersten Level in der Gesellschaft leben, ausgeglichen werden. Wenn es so weit kommt, dann muss im Arbeitsministerium, wo alle drei Instrumente zusammenlaufen – Sozialhilfe, Grundsicherung und Arbeitslosengeld II – dafür gesorgt werden, dass die Regelsätze entsprechend geändert werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter. Das Wort hat Sebastian Roloff. Ihm folgt Gernot Grumbach.

Sebastian Roloff, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen! Auch ich kann der Aufforderung des Vorsitzenden der Antragskommission, dem Koalitionsvertrag vollen Herzens zuzustimmen, leider nicht ganz folgen. Ich bin sehr froh über die Worte meines Vorredners, denn ich habe mich schon gewundert, warum das Thema Kündigungsschutz eine so geringe Rolle in der Debatte gespielt hat. Für eine Partei, die stolz darauf ist, seit 142 Jahren für die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gekämpft zu haben, ist eine Probezeitverlängerung auf 24 Monate schon ein gravierender Einschnitt. Ich hätte mir gewünscht – vielleicht haben wir dazu in der nächsten Stunde ja noch Gelegenheit –, dass dies entsprechend debattiert wird.

Ich möchte euch in Erinnerung rufen, dass diese Maßnahme in erster Linie junge Menschen, die neu ins Erwerbsverhältnis kommen, betrifft. Im Grunde kann diesen Menschen jederzeit ohne Betriebsratseinspruch, Abfindung oder Arbeitsgericht, gekündigt werden. Ihr solltet bedenken, was das für die Lebenssicherheit, für die Qualität der Arbeit und die Produktivität der Einzelnen bedeutet.

Damit greife ich den Gedanken von Jörg Tauss auf: Auch ich finde es fatal, dass der Bund die Zuständigkeit für die Bildung bald vollständig verliert. Unser Grundgesetz hat diverse Aufgaben für den Staat vorgesehen, unter anderem die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den wichtigsten Bereichen. Dass gerade Bildung und Ausbildung nicht mehr zu diesen wichtigsten Lebensbereichen zählen soll, kann ich nicht verstehen. Man kann nur hoffen, dass die Föderalismuskommission, die im Grunde gute Arbeit gemacht hat, in diesem Bereich noch nachverhandelt.

Ich hoffe, dass es die Partei nicht zerreißt, nur weil man in dem Diskussionsprozess, der diese große Koalition jetzt begleiten wird, Solidarität zur Parteiführung beweisen will, und dass wir weiter offene Diskussionen pflegen, auch wenn dies in den sieben Jahren von Rot-Grün leider nicht immer der Fall war. Die Abstimmung über den Koalitionsvertrag sollten wir dabei von dem Votum für das Personaltableau der SPD trennen; alles andere wäre eine unnötige Gängelung der Delegierten.

Danke schön.

(Beifall)

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Den letzten Punkt, den Du angeführt hast, Sebastian, haben wir ja bereits in Deinem Sinne entschieden. Gernot Grumbach hat nun das Wort, ihm folgt Simone Burger.

Gernot Grumbach, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte darauf hinweisen, dass wir mit diesem Koalitionsvertrag ein hohes Risiko eingehen: Eine mögliche Mehrwertsteuererhöhung ist für uns nicht nur eine Frage der Glaubwürdigkeit. Schließlich haben wir aus guten Gründen gesagt: Mit einer Mehrwertsteuererhöhung verschärfen sich die konjunkturellen Probleme und wir müssen eine ganze Menge tun, um diese Probleme aufzufangen. Wenn wir über den Koalitionsvertrag reden, muss dieser Punkt auch ausdiskutiert werden.

Ich sage sehr deutlich: Das ist nicht das Wahlprogramm oder das Grundsatzprogramm der SPD, sondern eine Koalitionsvereinbarung. Deshalb werde ich ihr auch zustimmen. Aber ich erwarte von denen, die uns regieren und die für uns im Parlament sind, dass sie das, was wir im Wahlkampf vertreten haben, bei der Umsetzung nicht vergessen. Ich erwarte von der Fraktion, dass sie Konjunktur und Beschäftigung auch nach einer Zustimmung zu der Koalitionsvereinbarung im Auge behält. Wir können es uns nämlich nicht leisten, einen Fehler, den wir selber beschrieben haben, nun zu begehen und nicht korrigierend einzugreifen, um die Wirkung so zu mildern, dass die Menschen das ertragen können.

(Beifall)

An der Stelle will ich aber auch sagen: Es reicht nicht, heute eine Koalitionsvereinbarung zu verabschieden. Wir brauchen eine SPD, die gut regiert, aber wir brauchen auch eine SPD, welche die vier nächsten Jahre lang in der Lage ist, Konzepte zu entwickeln, damit es den Menschen künftig besser geht. Hier haben wir Nachholbedarf in der Debatte.

Die alte Bundesregierung hat zum zweiten Mal einen Armuts- und Reichtumsbericht vorgelegt, ohne dass wir auch nur ansatzweise über die Konsequenzen geredet haben. Wir sind es den Menschen, die in Armut leben, schuldig, in der Partei darüber zu reden und Konsequenzen daraus zu ziehen. In bestimmten Bereichen der Gesellschaft hat die Zahl der Armen abgenommen, in anderen aber – gerade unter jungen Menschen – hat sie zugenommen. Wenn wir die Zukunft dieser Menschen gestalten wollen, müssen wir Konsequenzen ziehen, nicht nur im Bildungsbereich, sondern auch im Sozialbereich. Deswegen schlagen wir vor, dass die Bundespartei eine Konferenz zu diesem Thema abhält. Weil wir es den Menschen schuldig sind!

(Beifall)

Hinzu kommt ein zweiter Punkt: Ich habe zur Kenntnis genommen, dass die CDU die Mehrwertsteuererhöhung wollte. Ich habe auch zur Kenntnis genommen, dass die Frage der Besteuerung von Vermögen in Deutschland ein Problem ist. Dennoch möchte ich einmal eine Debatte des britischen Parlaments aus dem Jahre 1729 zitieren. Die Torries – das sind die politischen Vorfahren von Frau Thatcher – haben damals gesagt: Eine Demokratie verträgt es nicht, wenn die Chancen in einer Gesellschaft durch große Erbschaften von Generation zu Generation ungleicher verteilt werden. Wer die Demokratie in Großbritannien erhalten will, muss eine starke Erbschaftsteuer einführen. – Ich sage: Sozialdemokraten sollten hinter Torries nicht zurückstehen. Hier haben wir Nachholbedarf, was die entsprechenden Debatten angeht.

(Beifall)

Ein letzter Punkt: Was die Gesundheitspolitik angeht, so vertreten wir mit der Bürgerversicherung ein anderes Modell. Dieser Bereich wurde jetzt offen gelassen. Es kann aber nicht sein, dass wir nach Beschluss des Koalitionsvertrages die Debatte beenden. Wir als Partei müssen denen, die ihn ausfüllen müssen – der Gesundheitsministerin, der Fraktion – den Rücken stärken, damit sie unsere Vorstellungen durchsetzen. Die Bundespartei der SPD hat sich meiner Meinung nach – Andrea Ypsilanti hat es schon gesagt – zu sehr auf die Bundespolitik konzentriert. Wir haben in den Kommunen und in den Ländern so viel Kraft und so viele kluge Leute, dass es vielleicht einmal einer Korrektur der Arbeit auf Bundesebene bedarf. Auch diesen Menschen muss ein Teil der Kapazität der Bundespartei gewidmet werden. Wir als starke Sozialdemokratie werden von unten besser wachsen, wenn wir nicht nur von oben, von Berlin aus, Politik gestalten. Alles zusammen gibt eine starke SPD. Ich glaube, hier ist ein Kurswechsel notwendig.

(Beifall)

Letzter Punkt: Auch ich bin für eine Programmdebatte, für die Zeit zur Verfügung steht. Die vielen Genossinnen und Genossen, die ehrenamtlich diskutieren, werden ausgeschlossen, wenn wir ihnen zu wenig Zeit geben. Denn sie müssen die Programmdebatte neben der sonstigen Arbeit führen: neben Landtags- und Kommunalwahlkämpfen, neben Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner vor Ort. Wenn sich diese Ebenen an der Debatte beteiligen sollen, dann müssen wir ihnen Zeit lassen. Erst dann wird das Wort von Willy Brandt wahr: Mehr Demokratie wagen. – Diesen Grundsatz sollten wir einhalten. Danke.

(Beifall)

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Simone Burger hat das Wort. Ihr folgt Marcel Schaller.

Simone Burger, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen! Was macht diese große Koalition erfolgreich? Aus meiner Sicht vor allem eines: dass sie Arbeitsplätze schafft, und zwar nicht irgendwelche, sondern gute Arbeitsplätze. Aber was machen wir in dieser großen Koalition? Wir senken den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 Prozent auf 4,5 Prozent. Wir erhöhen den Beitragssatz zur Rentenversicherung von 19,5 Prozent auf 19,9 Prozent – wenn dies überhaupt reicht, nachdem wir beim Arbeitslosengeld II die Zuschläge zur Rentenversicherung kürzen wollen. Die Konsolidierung soll 35 Milliarden Euro betragen, die Investitionen für die Dauer der Legislaturperiode 25 Milliarden Euro.

Ist das das Programm, das die nötigen Impulse schafft, um die Beschäftigung zu steigern und zu sichern? – Ich glaube es nicht. Hieran wird vor allem eines deutlich: Wir haben eine Positionsänderung vorgenommen, wir sparen seit Neuestem auch gegen die Konjunktur. Dies war nicht immer mehrheitsfähig in dieser Partei und dies ist auch nicht das, was ich unter Sparpolitik verstehe.

Dagegen widmet sich dieser Koalitionsvertrag sehr lange einem anderen Thema, nämlich Hartz IV – begleitet von einer meiner Meinung nach unsäglichen Debatte über den Missbrauch dieses Instruments.

(Beifall)

Den Generalverdacht, der hier aufgemacht wird, werde ich nicht teilen. Das ist kein angemessener Umgang mit Menschen, wie ihn die SPD pflegen sollte.

(Vereinzelt Beifall)

Wir werden bei Hartz IV streichen und weiter kürzen. Das wird vor allem die Leute meiner Generation treffen. Unter 25-Jährige werden von der SPD in Zukunft entmündigt; für sie zählt nur noch die Bedarfsgemeinschaft Familie. Man schreibt fest,

dass der Erstwohnungsbezug eingeschränkt wird. Auch die 24-monatige Probezeit trifft vor allem die Jugend, trifft vor allem die Berufseinsteiger.

Das ist also eine Politik für die Jugend? Ist es das, was wir unter „Vorfahrt für Jugend“ verstehen? Das kann nicht sein. Manchem ist es wohl lieber, über die Politikverdrossenheit der Jugend zu lamentieren, als sie endlich anzugehen, indem man eine Politik für Jugend macht.

(Vereinzelt Beifall)

Aus diesem Kontext heraus werde ich – auch wenn ich wohl die Erste bin, die das hier so sagt – dem Koalitionsvertrag nicht zustimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Danke schön für die Wortmeldung. Das Wort hat Marcel Schaller, ihm folgt Sarah Schöll.

Marcel Schaller, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen! Das ist ja bisher eine etwas müde Debatte, die wir über diesen Koalitionsvertrag führen! Lasst mich deshalb Folgendes vorausschicken: Wie meine Vorrednerin sage ich: es gibt heute auch gute Argumente dafür, diesem Koalitionsvertrag nicht zuzustimmen.

Genossinnen und Genossen, Franz Müntefering hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die Frage der Konjunktur Dreh- und Angelpunkt der Politik der nächsten Jahre in Deutschland, aber auch in Europa sein wird. Auch Peer Steinbrück hat vollkommen Recht, wenn er sagt: Wir müssen uns ehrlich machen in dieser Frage. Doch was heißt das für die Konjunkturdebatten in den nächsten Jahren und für die Frage, was die Politik im Allgemeinen und die Bundespolitik im Speziellen tragen sollte? Meines Erachtens gehört es dazu, nüchtern festzustellen, dass von der Lohnpolitik in den nächsten Jahren wenig Unterstützung für ein Anziehen der Binnenkonjunktur zu erwarten ist.

Frank Bsirske und andere wissen, wie schwierig es ist, die jetzige Verteilungsquote überhaupt zu halten. Wir können nicht darauf setzen, dass uns die Gewerkschaften einen guten Teil der mühsamen Arbeit für ein Anziehen der Binnenkonjunktur in nächster Zeit wirklich abnehmen können. Man muss hierfür nicht Repräsentant eines Wirtschaftsforschungsinstituts sein. Ich denke, hier reicht alleine ein Blick in die Tageszeitungen der letzten Wochen, Stichwort „Allianz“, Stichwort „Deutsche Telekom“.

Schauen wir uns die anderen Rahmenbedingungen an, die die Politik setzen wird oder mit denen die Politik leben muss. Hier ist als zweiter wichtiger Indikator vor allen Dingen die Geldpolitik zu nennen.

Die Geldpolitik steuern wir nicht mehr in Deutschland – wohl noch in Frankfurt. Allerdings hat die Steuerung die Europäische Zentralbank übernommen. Jeder, der nicht ein hoffnungsloser Optimist ist, weiß, dass sie nicht mehr allein für Deutschland gemacht wird und gemacht werden kann, dass die Zügel in der Zinspolitik eher angezogen, denn in irgendeiner Art und Weise gelockert werden.

Nun kommen wir zu dem, was dieser Koalitionsvertrag für die Konjunktur leisten kann. Die Rolle der Politik ist hier die Finanzpolitik. Es ist zu Recht von Peer Steinbrück darauf hingewiesen worden, dass man vor allem im Jahre 2006 dafür sorgen will, dass die Finanzpolitik nicht unnötig bremst – Stichwort: 25 Milliarden Euro in vier Jahren und ähnliche kleine Maßnahmen.

Aber, Genossinnen und Genossen, wir müssen doch Folgendes sehen: Vor dem Hintergrund einer schwachen Lohnpolitik, vor dem Hintergrund einer zu erwartenden, schärfer werdenden restriktiven Geldpolitik kann als drittes großes Aggregat nur die Finanzpolitik in Deutschland in den nächsten Jahren wirklich etwas für die Konjunktur tun.

Hier reicht es nicht, im Jahre 2006 mit der Geschwindigkeit einer Straßenbahn nach vorne zu fahren, dann im Jahre 2007 abrupt zu stoppen, um mit einer Mehrwertsteuererhöhung dann an die Wand zu fahren, anstatt endlich einen nachfragepolitischen Transrapid in Gang zu setzen, damit wieder Wachstum und Beschäftigung in Deutschland und in Europa Einzug halten können. Das ist das Problem dieses Vertrages, Genossinnen und Genossen, und darauf muss man in aller Deutlichkeit hinweisen. – Danke für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Sarah Schöll hat jetzt das Wort. Ihr folgt Reinhard Schultz.

Sarah Schöll, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte mich erst einmal für die guten Ergebnisse bedanken, die die Parteiführung in den Koalitionsverhandlungen erreicht hat.

Die Beibehaltung des Atomausstiegs finde ich eine sehr wichtige Sache, wo ich schon Bedenken hatte, ob er geopfert wird.

(Beifall)

Ich denke, die Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen ist eine Maßnahme, die dazu führt, das Handwerk zu stärken. Das brauchen wir auch dringend.

Dass die Beibehaltung der Ganztagesbetreuung und die bessere Unterstützung von Familien durchgekommen ist, verdient aus meiner Sicht wirklich ein großes Lob.

(Beifall)

Außerdem ist es sehr wichtig, dass die Tarifautonomie so, wie sie bisher war, auch aufrechterhalten bleibt. Dass die SPD dort hart geblieben ist, finde ich sehr wichtig.

Dennoch muss ich natürlich auch Kritik anbringen. Ich halte es für falsch, befristete Arbeitsverträge durch zwei Jahre Probezeit zu ersetzen. Denn was bedeutet das? – Wenn ich einen auf zwei Jahre befristeten Arbeitsvertrag bekomme, habe ich Planungssicherheit, ein geregeltes Einkommen über zwei Jahre und habe die Möglichkeit zu planen: Wann bewerbe ich mich auf einen nächsten Job? Wohin gehe ich? In dieser Zeit habe ich eine finanzielle Sicherheit.

Wenn ich zwei Jahre Probezeit habe, gibt es diese Sicherheit nicht. Ich bin jeden Tag ohne eine Begründung kündbar. Ich glaube, dass es ein schwerer Fehler ist, eine so grundlegende Entscheidung zu treffen. Denn das wird dazu führen, dass junge Menschen sehr viel später eine Familie gründen werden. Wenn ich kein geregeltes Einkommen habe, setze ich kein Kind in die Welt, weil ich nicht garantieren kann, dass ich das Geld habe, für das Kind zu sorgen. Das hat eine Auswirkung vor allem auf junge Menschen.

Sie werden auch Investitionen zurückstellen, sie werden sich vielleicht kein Auto kaufen, keine Wohnung mieten und keine sonstigen größeren Anschaffungen tätigen, wo über Jahre hinaus dann noch finanzielle Verpflichtungen bestehen. Denn es ist kein Geld da, um das sicher zu finanzieren.

Zusätzlich entstehen, denke ich, falsche Anreize. Das ist nicht nur für die Jungen ein Problem, sondern meiner Meinung nach auch für die im mittleren Alter und für die älteren Arbeitnehmer. Das bedeutet nämlich eine Zementierung des Arbeitsmarktes. Wenn ich einen unbefristeten Job habe, werde ich an ihm so lange festhalten, wie ich nur kann. Wenn ich eine Familie und die genannten finanziellen Verpflichtungen habe, werde ich doch nicht einen neuen Job antreten, bei dem es die Gefahr gibt, innerhalb der zwei Jahre jederzeit kündbar zu sein. Dieses Risiko würde ich mir sehr gut überlegen.

Was bedeutet das dann? Das bedeutet, dass die Personen, die sowieso auf dem Arbeitsmarkt gefragt sind und die vielleicht auch aufgrund guter Bildungsabschlüsse keine Probleme haben, einen neuen Job zu bekommen, sechs Monate Probezeit aushalten können. Aber denjenigen, die jetzt schon Schwierigkeiten haben, einen neuen Job zu finden, wird man aufzwingen, tatsächlich zwei Jahre in der Unsicherheit zu leben, jeden Tag ohne Begründung gekündigt werden zu können.

Ich denke, das ist nicht zu verantworten, und das schafft meiner Ansicht nach für den Arbeitsmarkt keine Flexibilisierung. Vielmehr ist das eine Art Durchlauferhitze, durch den vielleicht der Einstieg in den Arbeitsmarkt leichter ist, aber nicht der Ein-

stieg in eine gute unbefristete Beschäftigung. Denn durch die jetzige Regelung wird Zement gegossen. Da wird sich nichts mehr bewegen. Die Leute werden so lange an ihrem Job festhalten, wie sie es nur können. Denn es könnte ein Problem werden, wenn sie einen neuen Job annehmen möchten. Ich hätte mir an dieser Stelle ein anderes Ergebnis gewünscht.

Ich hoffe, dass im Laufe der Legislaturperiode vielleicht doch noch andere Lösungen zu diesem Thema gefunden werden. – Vielen Dank.

(Beifall)

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Ich danke dir. – Das Wort hat Reinhard Schultz. Ihm folgt Harald Baumann-Haske.

Reinhard Schultz, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Immer wenn man Politik mit jemand anderem zusammen machen muss, der nicht von der gleichen Coleur ist, ist das mit Risiken verbunden und mit der Gefahr, dass das klare Gesicht der Sozialdemokratie durch andere Farben beeinträchtigt wird.

Trotzdem glaube ich, dass der Koalitionsvertrag, wenn man ihn von vorne bis hinten liest - ich bin gestern extra mit dem Zug gefahren, damit ich vier Stunden Zeit hatte, ihn zu lesen -, mehr enthält als nur die Schlagworte, über die wir hier und auch im Vorfeld der Koalitionsvereinbarungen in der Öffentlichkeit diskutiert haben.

Ich sehe einen klaren Schwerpunkt mit Blick auf Wirtschaft und auf Wachstumsförderung, und zwar nicht nur kurzfristig, was die Konjunktur angeht, sondern auch, was die lange Linie angeht, was die Industriepolitik angeht, was Technologiepolitik angeht – also alles das, was Wirtschaft auf eine neue Grundlage für moderne Wertschöpfung stellt und gegenüber dem Ausland wettbewerbsfähig macht.

Wenn man sich die Kritik aus den Wirtschaftsverbänden anhört, die den Koalitionsvertrag begleitet hat, erkennt man daraus eigentlich immer Begräbnisgesänge zu dem, was sie sich von Westerwelle und Frau Merkel in der Vorfassung versprochen haben. Das macht umso deutlicher, was wir erreicht haben. Denn die totale, verantwortungslose Deregulierung, der Verzicht auf Tarifautonomie, der komplette Wegfall des Kündigungsschutzes, der Wiedereinstieg in die Atomkraft und viele andere Dinge mehr, die sie sich versprochen haben, sind durch das Wahlergebnis und durch den Koalitionsvertrag vom Tisch.

Das Wahlergebnis und der Vertrag haben das Kräfteparallelogramm und die Mitte in Deutschland eher ein wenig nach links geschoben als nach rechts. Dabei sind wir ein wichtiger Bestandteil, der treibt. Außerhalb der Sozialdemokratie ist Regieren nicht möglich.

Wir müssen natürlich dahin kommen, wieder mehr Optionen als diese eine zu haben. Aber das Kräfteparallelogramm kommt uns insgesamt zugute. Vier Jahre große Koalition werden dazu beitragen, dass sozusagen die Rückkehr der CDU/CSU zu einer Volkspartei aus der Westerwelle-Ecke heraus weitergetrieben wird. Es wird zu weiteren Verfestigungen und zu einem Grundkonsens über das kommen, was soziale Gerechtigkeit bedeutet, was an Reformen notwendig, aber auch zumutbar ist. Dieser Grundkonsens wird in den nächsten Jahren wahrscheinlicher werden und eine gute Plattform für uns, für die Gewerkschaften und für alle anderen werden, die Politik und Gesellschaftspolitik machen wollen.

Alleine das ist Grund genug, um diesem Koalitionsvertrag zuzustimmen. Es ist nichts fertig in der Koalition. Das meiste wird in der Gesetzgebungsarbeit nachbereitet. Viele Dinge werden noch verhandelt werden müssen. Große Koalition bedeutet, wenn wir Glück haben, auch vier Jahre Koalitionsverhandlungen – möglicherweise mit wachsendem Vertrauen. Anfangs sind alle sozusagen mit der Keule in der Tasche eingestiegen. Es ist nicht ganz einfach, freundschaftliche Gespräche zu führen. Wenn die Koalition hält, wird sich das ändern und man wird noch weiter aufeinander zugehen, als das jetzt bereits der Fall ist.

Ich glaube, diese Koalition verdient in unserem Interesse und im Interesse des Landes eine Chance, weil sie auf Entwicklung angelegt ist und nicht das zementiert, was heute im Vertrag steht. – Vielen Dank.

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Danke, Reinhard. – Das Wort hat Harald Baumann-Haske. Ihm folgt Ralf Stegner.

Harald Baumann-Haske, ASJ: Liebe Genossinnen und Genossen, Friedrich Merz hat sich gestern in der FAZ am Sonntag mit den Worten zitieren lassen: „Mehr Sozialdemokratie war nie“. Ich glaube, er kennt unser Wahlmanifest nicht. Denn sonst würde er so etwas nicht sagen.

Beachtlich ist eine solche Aussage natürlich vor dem Hintergrund, dass gerade Friedrich Merz vor vier Jahren das Ende der Sozialdemokratie in Europa eingeläutet hat. Da muss er sich inzwischen offensichtlich wohl korrigieren.

Genossinnen und Genossen, ich bin Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen und habe an den Koalitionsverhandlungen zum Teil teilnehmen können. Ich kann euch sagen: Trotz einiger erheblicher Bauchschmerzen würde ich, wenn ich Delegierter wäre, dem Koalitionsvertrag zustimmen.

Zunächst einmal möchte ich mich dafür bedanken, dass ich teilnehmen durfte. Mein Dank richtet sich an Franz Müntefering und an Brigitte Zypries, die das möglich gemacht haben. Ich halte das für ein gutes Beispiel dafür, wie der Sachverstand aus der Partei auch in einem solchen Fall mitgenommen und einbezogen wird.

Ich habe mitbekommen, wie schwierig es auf dieser Ebene sein kann, Kompromisse und Lösungen zu finden. Noch viel schwieriger ist es, sich mit eigenen Gedanken durchzusetzen.

Wir haben über einiges hart gerungen. Exemplarisch möchte ich den Bereich des Sexualstrafrechts nennen. In diesem Bereich wollte die Union in üblicher populistischer Manier einfach Strafverschärfungen. Wir haben es nach einigen Diskussionen dahin bekommen, dass wir das Sanktionensystem in diesem Bereich generell überprüfen. Ich glaube, das ist ein gutes Ergebnis.

Was für die ASJ nach wie vor ganz schwierig ist und wogegen wir uns natürlich weiterhin wehren werden, ist die Kronzeugenregelung, wie sie jetzt im Koalitionsvertrag steht. Vor allen Dingen können wir uns schlecht damit abfinden, dass eine Kronzeugenregelung auch die Möglichkeit beinhalten soll, Straffreiheit zu verschaffen.

Wir haben große Probleme mit der Sicherungsverwahrung für Jugendliche und Heranwachsende. Mit diesem Bereich werden wir uns noch sehr auseinander setzen.

Es gibt einen weiteren Punkt, an dem ich nicht beteiligt war, weil er nicht im Rechtswesen verhandelt wurde, und zwar die Zuständigkeit der Länder für den Strafvollzug. Ich halte das für sehr problematisch und möchte das an einem Beispiel klarmachen.

Es ist zu befürchten, dass, wenn diese Verteilung kommt, zukünftig auch in den Bundesländern in sehr populistischer Manier damit Wahlkampf gemacht wird, wer den schärferen Strafvollzug durchsetzt.

Wir kennen diese Spiele aus den USA. Ich möchte eigentlich vermeiden, dass wir uns im Strafvollzug davon verabschieden, den Erziehungsgedanken und den Resozialisierungsgedanken in den Vordergrund zu stellen. Ich halte diese Gedanken für elementar und ich habe die Befürchtung, dass bei einer Zuständigkeit der Länder in diesem Bereich der Populismus stärker in den Vordergrund tritt.

(Vereinzelt Beifall)

Aus dem Bereich des Datenschutzes möchte ich kurz auf den Koalitionsvertrag eingehen. Der Begriff des Datenschutzes ist leider eng mit dem Begriff des Bürokratieabbaus verknüpft worden. Es wird der Eindruck erweckt, als sei Datenschutz ein bürokratisches Hemmnis. Wir sollten wirklich darauf achten, dass Datenschutz diejenigen schützt, über deren Daten verfügt werden soll, und nur für diejenigen ein Hemmnis ist, die über diese Daten verfügen wollen. Ich glaube, wir müssen die Freiheitsrechte in diesem Bereich weiter stärken. – Ich danke euch.

(Beifall)

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Harald. – Das Wort hat Ralf Stegner. Ihm folgt Monika Griefahn. Liebe Genossinnen und Genossen, ich wäre euch dankbar, wenn wir die Redezeit auch weiterhin einhalten würden.

Ralf Stegner, Schleswig-Holstein: Liebe Genossinnen und Genossen! Wer die große Koalition und den Koalitionsvertrag bewerten will, der muss das an der Ausgangsposition messen, die wir vor einem guten halben Jahr hatten. Von einem Abstand von fast 25 Prozent sind wir auf einen Abstand von circa 1 Prozent herangekommen. Insofern möchte ich gerne drei Punkte ansprechen, unter denen die schleswig-holsteinische SPD und ich dieses Regierungsbündnis betrachten.

Die Regierungsbeteiligung der SPD wird gerade nach diesem Wahlkampf, der grandios war, auch von unseren Anhängern und unseren Wählern an bestimmten Punkten gemessen. Sie wollten nicht, dass die Tarifautonomie außer Kraft gesetzt wird und die Arbeitnehmerrechte beseitigt werden. Sie wollten nicht, dass der Atomausstieg rückgängig gemacht wird. Sie wollten nicht, dass wir wie Kirchhof und Merz die Großverdiener entlasten, sondern sie wollten, dass wir etwas für die Normal- und die Geringverdiener sowie für die Familie mit Kindern tun. Sie wollten auch nicht, dass wir das Solidaritätsprinzip in den sozialen Sicherungssystemen mit einer Kopfpauschale kaputtmachen, sondern sie wollten, dass wir uns darum kümmern, dass das alles so bleibt und dass diejenigen, die am wenigsten haben, auch die Hilfe erhalten, die sie brauchen. Schließlich wollten sie auch nicht, dass wir uns künftig in militärische Abenteuer begeben.

Wen man all dieses zusammenfasst und betrachtet, was von denen ausgehandelt worden ist, die für uns verhandelt haben, dann, so glaube ich, kann man sagen, dass sich der Wählerwille, der Schwarz-Gelb abgelehnt hat, mit einer kräftigen roten Handschrift in diesem Koalitionsvertrag wiederfindet. Das Glas ist deutlich mehr halbvoll als es halbleer ist.

(Vereinzelt Beifall)

Genossinnen und Genossen, es ist immer ein Kompromiss, wenn man eine Koalition eingeht. Dabei ist es übrigens egal, mit wem. Ich finde es ein gutes Zeichen, dass gerade die Wirtschaftsverbände das so hart kritisieren. Das zeigt nämlich, dass wir Politik nicht im Wesentlichen für Verbandsfunktionäre machen.

(Vereinzelt Beifall)

Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte, hat etwas mit der Erfahrung zu tun, die wir in Kiel gesammelt haben, wo wir uns ja auch in einer großen Koalition befinden und leider nicht den Regierungschef stellen. Wenn man fast gleich stark ist, muss es die Aufgabe sein, dass man eben nicht wie ein Juniorpartner herüberkommt. Man muss es als ein Zweckbündnis auf Zeit verstehen. Das bedeutet nicht, dass man da-

rüber jammert, dass man es lieber anders hätte. Das bedeutet auch nicht, dass man Opposition betreibt, denn die Leute wollen, dass wir die Probleme lösen. Das heißt aber sehr wohl, dass man jenseits der Vertragstreue im Wettbewerb um das bessere und schärfere Profil steht, dass wir das mit dem Ziel tun, das nächste Mal wieder die stärkste Fraktion zu werden und dass wir Reformmotor sind.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen dabei auch erkennen, dass der Erklärungsbedarf gegenüber der Partei gerade in der großen Koalition besonders groß ist. Wir haben das bei der Agenda 2010 am Anfang ein wenig vernachlässigt. Das heißt: Wir müssen an diesen Stellen wirklich besser werden, wenn wir unsere Politik glaubwürdig vermitteln wollen.

Das bedeutet, dass dieser Koalitionsvertrag auch im Zusammenhang mit dem Perspektivantrag gesehen werden muss, der hier heute verabschiedet wird und in dem steht, dass wir die Bürgerversicherung noch wollen, dass wir eine vernünftige Besteuerung von hohen Erbschaften brauchen und dass wir eine Steuerpolitik machen wollen, durch die etwas gegen die Arbeitslosigkeit getan und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert wird, durch die etwas für diejenigen getan werden soll, die nicht so viel wie andere haben, und durch die etwas für die Kommunen getan wird, indem die Gewerbesteuer erhalten bleibt und nicht abgeschafft wird. Das alles sind Punkte, die wir noch zu leisten haben.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen kann man zu diesem Vertrag insgesamt Ja sagen.

Ich will noch ein Drittes sagen. Wer eine große Koalition im Bund hat, der muss wissen: Erfolge im Bund wird es in Zukunft nur geben, wenn wir eine starke SPD in den Ländern und in den Kommunen haben werden. Dort kommen die Erfolge nicht von selbst, Genossinnen und Genossen. Sie kommen nur, wenn wir uns selbstbewusst präsentieren. „Selbstbewusst“ heißt nicht, dass man immer die Hand an die Mütze legt, wenn irgendjemand pfeift. Wir müssen versuchen, unser sozialdemokratisches Profil überall zu schärfen.

Das heißt, dass man zu einem so schwierigen Thema wie der Föderalismusreform Ja sagt. Über die kritischen Punkte, die sich darin befinden, muss aber geredet werden. Die Bildung ist angesprochen worden. Dies ist sehr schwierig für die Länder. Daneben nenne ich die Zersplitterung bei den Beamtenbesoldungen. Es ist schwierig, wenn man eine Tarifautonomie im Flächentarifvertrag will. Es muss hier auch erlaubt sein, in einzelnen Punkten zu sagen, dass es dafür im Bundesrat keine Stimme gibt. Zweidrittelmehrheiten gibt es eben nicht automatisch, Genossinnen und Genossen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich möchte etwas zu dem sagen, was Ihr an meinem Revers sehen könnt. Die schleswig-holsteinische SPD trägt ein rotes Wollknäuel. Das drückt den roten Faden der sozialen Gerechtigkeit aus, mit dem wir im Wahlkampf sehr offensiv geworben haben. Wir sind wieder stärkste Partei geworden und haben bei den Landtagswahlen 38,7 Prozent erreicht, was man erst einmal holen muss. Man muss selbstbewusst arbeiten, um den Menschen deutlich zu machen: Wenn wir wieder Mehrheiten haben wollen – die fallen nicht vom Himmel –, dann werden wir am Ende auch wieder Koalitionen bekommen, die uns besser gefallen als die, die wir jetzt aus Vernunft eingehen müssen. – Ich bedanke mich bei Euch.

(Beifall)

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Ralf. – Das Wort hat Monika Griefahn. Ihr folgt Ulf-Birger Franz.

Monika Griefahn, Hannover: Liebe Genossinnen und Genossen, ich will mich in die Reihe derjenigen einreihen, die wirklich alles dafür tun werden, dass wir eine stabile Regierung haben. Ich werde unsere Minister unterstützen und ich werde unsere Fraktion unterstützen. Ich will aber trotzdem drei Problembereiche aufzeigen.

Es wurde hier einige Male über die Mehrwertsteuer gesprochen. Ich glaube, man kann es hin- und herwenden und sagen, dass alles abgehandelt worden ist – wie auch immer. Wir haben aber ein Glaubwürdigkeitsproblem. Vielen von euch wird es ähnlich wie mir gehen. Viele, die uns gewählt haben, haben angerufen und gesagt, dass sie nie wieder etwas für uns tun werden, wenn wir vorher sagen, dass das ein Übel ist, und wir das nachher trotzdem machen. Ich glaube, hier haben wir wirklich einen enormen Erklärungsbedarf. Ich glaube, da bedarf es mehr als nur zu sagen, dass das notwendig ist, weil wir die Finanzlöcher ansonsten nicht stopfen können. Ich glaube, hier müssen wir noch vieles erklären.

Das Zweite, was ich sagen möchte: Ich bin froh, dass wir von der SPD einen Umweltminister stellen können und dass wir viele Punkte in der Koalitionsvereinbarung erreicht haben. Umweltschutz und Zukunft für unsere Erde ist mehr, als nur ein Dosenpfand einzurichten. Insofern bin ich ganz glücklich, dass wir dort jetzt am Hebel sind.

Ich bitte um Unterstützung dafür – diese suche ich auch in der Fraktion, das wird nicht allen gefallen –, dass wir einen bestimmten Satz ernst nehmen, der in der Koalitionsvereinbarung steht. Dieser betrifft besonders uns Niedersachsen. Dort steht nämlich, dass die Frage der Endlagerung in dieser Legislaturperiode einer Lösung zugeführt werden soll. Ich meine, wir müssen dies sehr ernst nehmen und wir dürfen nicht nur einfach sagen, dass das Gorleben sein soll. Wir müssen das tun, was wir in der letzten Legislaturperiode schon tun wollten, nämlich ein Endlagersuchgesetz erlassen. Wir müssen Standorte vergleichen. Wir haben die Verantwortung, bei

einem Atomausstieg die Endlagerung von Atommüll in Deutschland zu organisieren. Ich bitte hier ganz herzlich um Unterstützung.

(Vereinzelt Beifall)

Ein dritter Bereich, der mir am Herzen liegt und der vorhin von Gerhard Schröder angesprochen worden ist: Ich glaube, wir haben es in den letzten sieben Jahren geschafft, eine neue Kultur in diesem Land zu schaffen. Es ist eine offene Kultur, eine Kultur, die es möglich macht, dass jetzt zum Beispiel eine Frau Kanzlerin wird. Das wäre vor sieben Jahren nicht denkbar gewesen. Ich glaube, wir müssen uns diese Kultur bewahren. Ich glaube, wir haben gut verhandelt und auf Bundesebene gute Ergebnisse für den Bereich der Kultur erzielt, wenn auch viele Dinge – wie zum Beispiel die Vertretung in Brüssel – nun in der Föderalismuskommission wieder vollständig an die Länder zurückgegangen sind.

Wir haben die Künstlersozialkasse gesichert. Das ist eine Errungenschaft von Willy Brandt. Wir haben den ermäßigten Mehrwertsteuersatz gesichert. In der Vereinbarung steht, dass wir uns für die Pressefreiheit einsetzen. Auch das, was die Juristinnen und Juristen gesagt haben, ist wichtig. Daneben haben wir gesagt, dass wir den Film unterstützen wollen. Das alles sind ganz wichtige Punkte.

Wir wollen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk bei den GATS-Verhandlungen schützen. Es fehlt aber die Verankerung des Staatszieles Kultur. Gerade das ist für die Argumentation vor Ort, in den Kommunen und auf Landesebene, wichtig; dort wird die Kulturpolitik eigentlich gemacht. Alle waren sich darin einig, alle wollten das. Es steht aber nicht drin. Ich denke, man wird vor Ort eine gute Möglichkeit bekommen, zum Beispiel die Musikschulen zu retten. Unser Innenminister hat gesagt: Wer Musikschulen schließt, gefährdet die innere Sicherheit. Ich hoffe, dass wir gemeinsam daran arbeiten können, das Staatsziel Kultur noch zu verwirklichen, wenn es im Vertrag auch nicht steht. Ich bitte um eure Unterstützung.

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Monika. – Das Wort hat Ulf-Birger Franz. Ihm folgt Kerstin Griese.

Ulf-Birger Franz, Hannover: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich glaube, dass die große Koalition – auch diese Koalitionsvereinbarung – in einem Punkt eine wirklich enorme Chance beinhaltet. Ich glaube, dass durchaus die Voraussetzungen dafür gegeben sind, dass wir so etwas wie einen neuen Konsens auch zwischen den beiden großen Volksparteien in Deutschland darüber herstellen können, was der Staat in der Zukunft eigentlich leisten soll. Unter Umständen können wir auch einen neuen Sozialstaatskonsens herstellen.

Wir haben in den letzten Jahren erlebt, was es bedeutet, wenn staatliche Aufgaben immer mehr zurückgeführt werden und wenn eine Senkung der Staatsquote zum

Dogma erhoben wird. Das haben ja nicht nur die Schwarzen gefordert, das kam auch aus unseren eigenen Reihen. Ich finde es eine wohltuende Verschiebung. Auch das, was heute etwas von Franz Müntefering zur Rolle des Staates gesagt worden ist, ist sehr positiv. Das gilt auch für das, was in dieser Koalitionsvereinbarung zu diesem Thema steht. Ich bin guter Hoffnung, dass wir diese Chance nutzen können, auch die CDU auf allen Ebenen wieder in einen solchen Kompromiss hineinzuzwingen.

Der Anteil der öffentlichen Investitionen gemessen am BIP beträgt heute noch ein Drittel von dem im Jahre 1970. Auch für die Konjunktur, für die Wirtschaft vor Ort und für die Kommunen brauchen wir dringend eine stärkere Investitionskraft der öffentlichen Hand. Das ist eine ganz wichtige Voraussetzung, die durch das, was hier vereinbart worden ist, unter Umständen vorangebracht werden kann.

Zweiter Punkt: Wir wollen gesunde Staatsfinanzen haben. Ein Staat lässt sich nicht gesund sparen. Staatsfinanzen können nur im Wachstum und mit der Konjunktur gesunden. In diesem Bereich sehe ich ein großes Defizit. Ich kann nicht erkennen, wie in diesem Koalitionsvertrag wirklich nachhaltige Impulse für die Konjunktur, für ein Wirtschaftswachstum, angelegt werden. Ich halte das für ein großes Defizit. Wie soll ein Land eine wirtschaftliche Dynamik entwickeln, wenn an allen Ecken und Enden gespart wird, wenn die Unsicherheit der Menschen durch Projekte wie Hartz IV immer größer wird und wenn jetzt noch eine Mehrwertsteuererhöhung hinzukommt. Ich kann mir das nur sehr schwer vorstellen. Das geht ja leider nicht nur mir so, sondern vielen – auch vielen Ökonomen, die ziemlich einhellig der Auffassung sind, dass nicht absehbar ist, wo dieses Wachstum herkommen soll. Sie können sich das nicht vorstellen,

Es ist natürlich völlig klar, wem wir diese Mehrwertsteuererhöhung zu verdanken haben. Irgendjemand muss diese Pappnasen ja gewählt haben. Diejenigen, die das getan haben, werden sich hoffentlich selbst an den Kopf fassen und sich fragen, was sie da eigentlich gewählt haben. Nichtsdestotrotz haben natürlich beide Fraktionen einer großen Koalition eine große Verantwortung. Es geht für mich weniger um die Frage, welche Handschriften in welchen Kapiteln dieses Koalitionsvertrages stehen, als vielmehr um inhaltliche Fragen. Es geht hier um nichts weniger und um nichts mehr als um die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt. Es geht um die Frage, wie man hier wieder Wachstum und Beschäftigung herstellen kann.

Ich glaube, dass sich die Politik in der Verantwortung für Konjunktur wieder stärker zurückmelden muss. Diese Impulse fehlen hier. Wir sind gut beraten, in den nächsten Jahren eine offensivere Debatte darüber aufzunehmen, wie sich Beschäftigung und Wachstum eigentlich herstellen lassen. Dass es mit der Senkung von Lohnnebenkosten oder Steuersenkungen nicht getan ist, haben wir in den letzten Jahren wirklich hinreichend erlebt.

Folgender Punkt ist mir auch noch wichtig: Ich habe mich in diesen Tagen auch über den Namen Franz Müntefering und darüber, was damit auch innerhalb der Partei verbunden wird, unterhalten. Franz, eine Debatte ist von vielen in der Partei dankbar aufgenommen worden, nämlich die Debatte, die du über die Frage der Verantwortung in unserer Wirtschaft geführt hast. Sie ist auch unter der Überschrift „Heuschreckendebatte“ gelaufen. Es muss darum gehen, dass in der Wirtschaft wieder Verantwortung übernommen wird und dass nicht nur ein kurzfristiges Gewinnstreben im Vordergrund steht, sondern langfristige und nachhaltige Investitionen.

Leider sind die Voraussetzungen für diese so genannten Heuschreckenfonds unter Rot-Grün erheblich verbessert worden und leider ist es in dieser Koalitionsvereinbarung versäumt worden, etwa die Steuerfreiheit bei der Veräußerung von Unternehmen wieder einzuschränken beziehungsweise abzuschaffen. Ich glaube, es hätte uns gut angestanden, diesen Schritt zu gehen und deutlich zu machen, dass wir die Voraussetzungen für diese kurzfristige, spekulative Unternehmensbeteiligung, für das Ausschlachten von Unternehmen, auch selbst geschaffen haben, und das wieder rückgängig zu machen. Ich glaube, dass es hier in den nächsten Jahren noch einiges an Arbeit gibt und hoffe, dass es uns gelingt, auch in Rahmen dieser Koalition das Verantwortungsbewusstsein innerhalb der Wirtschaft insgesamt wieder zu stärken. Danke!

(Vereinzelt Beifall)

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Danke, Ulf-Birger! – Das Wort hat Kerstin Griese. Ihr folgt Karin Jabs-Kiesler.

Kerstin Griese, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist schon viel Richtiges und auch viel Kritisches zum Koalitionsvertrag gesagt worden. Ich will etwas zu dem Kapitel über die Familien-, Frauen- und Jugendpolitik sagen, denn hier gibt es an diesem Koalitionsvertrag sehr viel zu loben. Ich will das auch ganz ausdrücklich mit einem großen Dankeschön an Renate Schmidt verbinden, denn sie hat gezeigt, dass man in der Familienpolitik auf Bundesebene wirklich etwas bewegen kann.

(Beifall)

Wir haben ja bei dieser Bundestagswahl die Situation gehabt, dass 41 Prozent der unter 25-jährigen Frauen SPD und nur 26 Prozent CDU gewählt haben. Das hatte auch seinen Grund. Das hat nämlich gezeigt, dass wir als SPD eine moderne Frauen- und Familienpolitik machen. Und das hat hohe Erwartungen geweckt, was wir in den nächsten vier Jahren machen werden. Ich finde es sehr schade – das habe ich auch kritisiert –, dass wir als SPD dieses Ministerium nicht mehr stellen. Nichtsdestotrotz gestalten wir die Familienpolitik weiter.

Wenn man sich das im Koalitionsvertrag ansieht, finde ich, dass da sehr, sehr viel Gutes erkennbar ist. Es ist ein Koalitionsvertrag, der sich zum Ziel gesetzt hat, die Chancengleichheit von Männern und Frauen zu fördern und mehr Chancen für Kinder, gerade für Kinder aus finanziell benachteiligten, bildungsfernen Schichten, zu schaffen.

Das bedeutet in unserer Gesellschaft zu allererst, dass die Bedingungen dafür verbessert werden müssen. Hier sind wir, bin ich der Ansicht, auf einem richtigen Weg. Aber es ist auch noch sehr viel zu tun. Ich will ganz deutlich sagen: Auch wenn wir dieses Ministerium nicht mehr selber stellen, müssen wir auf diesem Gebiet in einer Großen Koalition trotzdem Erfolge vorzeigen können. Wir müssen noch mehr für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf tun. Wir müssen auch mehr tun für den Ausbau der Kinderbetreuung und der Ganztagschulen.

Ich bin sehr froh, dass wir es geschafft haben – das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen –, das Konzept des Elterngeldes, das wir als SPD eingebracht haben, in diesem Koalitionsvertrag zu verankern, denn das zeigt, dass wir eine moderne Familienpolitik machen, die gerade in den skandinavischen Ländern schon viele Erfolge hatte und die auch zeigt, dass wir zielgerichtete Familienpolitik machen wollen. Deshalb ist das ein großer Erfolg für uns und ein weiterer guter Grund, diesem Koalitionsvertrag zuzustimmen, weil das Elterngeld darin verankert ist.

(Beifall)

Der Kinderzuschlag, den wir weiterentwickeln wollen, zielt besonders auf Familien, die sehr finanzschwach sind, also auf ärmere Kinder und Familien. Ich glaube, wir sollten uns als SPD in einer Großen Koalition auf die Fahnen schreiben, dass die Bekämpfung der Kinderarmut ein ganz wichtiges Thema ist, das in Deutschland noch längst nicht erledigt ist und bei dem es noch viel zu tun gibt.

Dieser Koalitionsvertrag enthält eine ganze Menge guter Punkte: den Betreuungsausbau auch für unter Dreijährige, die steuerliche Absetzbarkeit der Betreuungskosten, die Veränderung bei den Steuerklassen III und V, die Verbesserung der hausnahen Dienstleistungen und die frühe Förderung von Kindern. Wir setzen zwei ganz wichtige Projekte fort, die Renate Schmidt gestartet hat: die Allianz für die Familie mit der Wirtschaft und die lokalen Bündnisse für Familie. Das ist ein Erfolgsprojekt, das noch viel breiter fortgesetzt werden muss.

(Vereinzelt Beifall)

Wofür ich Renate Schmidt auch dankbar bin, ist, dass sie den Zusammenhang zwischen Familienpolitik und Wirtschaftspolitik deutlich gemacht hat und gesagt hat, dass auch die Wirtschaft ihre Verantwortung für eine familienfreundliche Arbeitswelt hat, und zwar nicht nur in schönen Sonntagsreden, sondern dass sie auch tatsächlich etwas verändern muss.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, denke ich, dass wir auf diesem Themenfeld den roten Faden sehen sollten, die Teilhabechancen von Menschen zu stärken, angefangen bei den Kleinsten bis hin zu den Ausbildungschancen der Jugendlichen.

Ich will noch einen letzten Punkt erwähnen, der es einigen vielleicht noch leichter machen kann, dieser Koalitionsvereinbarung zuzustimmen: Ich bin sehr froh, dass wir es geschafft haben, die Projekte gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus fortzusetzen; dass wir das, was wir unter dem Titel „Jugend für Demokratie und Toleranz“ gestartet haben, fortführen können. Das ist ein ganz wichtiges zivilgesellschaftliches Engagement und es ein wichtiges Zeichen, dass eine Große Koalition das fortsetzt. In diesem Sinne bitte ich euch aus mehreren guten Gründen um die Zustimmung zum Koalitionsvertrag. Danke schön!

(Beifall)

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Kerstin! Das Wort hat Karin Jabs-Kiesler. Ihr folgt Walter Meinhold.

Karin Jabs-Kiesler, Weser-Ems: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte mit einem Zitat beginnen, das Euch vielleicht überraschen wird. Es heißt: „Es gilt, dem Weibe Bildung zu ermöglichen, damit der deutsche Mann nicht durch die geistige Kurzsichtigkeit und Engherzigkeit seiner Frau am häuslichen Herd gelangweilt und in seiner Hingabe an höhere Interessen gelähmt werde.“

Ich beziehe mich auf das von meiner Vorrednerin zum Teil schon aufgegriffene Kapitel 6 der Koalitionsvereinbarung zur familienfreundlichen Gesellschaft. Ich denke, es ist nicht hoch genug einzuschätzen, dass es in den Koalitionsverhandlungen gelungen ist, diese Formulierung und insbesondere auch die Fortsetzung des Tagesbetreuungsgesetzes, vor allem die Betreuung von unter Dreijährigen, so deutlich in diesen Vertrag einzubringen.

Wenn man – gerade deswegen habe ich das Zitat angeführt – auf den langen, langen Weg zurückblickt, den wir in den letzten über 100 Jahren zurückgelegt haben, dann ist es schon bemerkenswert, dass auch die CDU diesem Teil des Koalitionsvertrages, in dem diese Forderungen enthalten sind, zugestimmt hat. Ich denke, darüber müssen wir uns wirklich freuen. Das war mein Anlass, mich hier zu Wort zu melden: Ich möchte unseren Verhandlungsführern in der Runde, die das ausgehandelt hat, ganz herzlich dafür danken, dass dies gelungen ist.

Ich möchte zudem noch auf eine Situation hinweisen, wie wir sie erst vor zehn oder 15 Jahren hatten: Jutta Limbach hat damals, kurz nach der Wende, auf einer ASF-Konferenz in Berlin gesagt: „Frauen müssen Lücken und Verzichte in ihrem Berufsweg einplanen, es sei denn, sie wollen auf Familie verzichten.“ Heute, über ein Jahrzehnt später, wissen wir, wie sehr sich Frauen zu Letzterem entschlossen haben und wie sehr der Verzicht auf Kinder unsere gesamtgesellschaftliche Situation belastet, sie

prägt und uns herausfordert. Angesichts dieser Herausforderung können wir dankbar sein, dass wir jetzt eine solche Bestimmung haben.

Ich hoffe und wünsche uns allen, dass die in Kapitel 6 befindlichen Aussagen auch in die Tat umgesetzt werden. Dazu möchte ich als Kommunalpolitikerin noch eine konkrete Bitte anfügen, die sich auch im Vertrag findet: Es ist absolut unabdingbar, dass die dafür notwendigen Gelder für die Betreuungseinrichtungen, gerade für unter Dreijährige, auch von den Ländern an die Kommunen weitergereicht werden. Das ist ein Bereich, der sehr im Argen liegt. Ich bitte unter diesem Aspekt, vor Ort weiter dafür zu kämpfen. Ich danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall)

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Karin! Es sprach die Bürgermeisterin von Osnabrück. Jetzt hat das Wort Walter Meinhold. Ihm folgt Heiko Maas.

Walter Meinhold, Niedersachsen: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte mich ein wenig der Präambel des Koalitionsvertrags zuwenden. Als ich diese Präambel gelesen habe, habe ich sie als eine Lesehilfe für den nachfolgenden Koalitionsvertrag verstanden. Ich habe in der Präambel aber alles, was aus meiner Sicht hineingehört, vermisst. Wo waren eigentlich die zentralen Ziele? Wo sind die Botschaften und Perspektiven benannt? Ich habe nichts davon gefunden. Wenn in einer Präambel noch nicht einmal das Wort „Sozialstaat“ vorkommt – ich gehe gleich noch auf ein paar andere Begriffe ein –, dann bin ich der Meinung, fehlt diesem Koalitionsvertrag etwas, was für die öffentliche Vermittlung dessen, was wir gemacht haben, wichtig ist.

Deshalb will ich den 22. Mai ins Gedächtnis zurückrufen. Abends haben Franz Müntefering und Gerhard Schröder entschieden, Neuwahlen anzusetzen, mit dem Ziel, um Zustimmung für die Reformen zu bitten und dafür zu werben, die Mehrheit zu bekommen. Was ist dann aber tatsächlich passiert? CDU und FDP haben diesen Vorschlag zu Neuwahlen anders verstanden. Sie haben ihn als die große Chance verstanden, mit einem fulminanten Wahlkampf, massiv unterstützt durch die Medien, den Sozialstaat infrage zu stellen. Dann haben wir eine ganz andere Auseinandersetzung erlebt, nämlich zwischen SPD und Grünen einerseits und der CDU und der FDP andererseits. Da ging es wirklich um die Frage: Bleibt dieser Sozialstaat mit der sozialen Marktwirtschaft und seinen Arbeitnehmerrechten erhalten oder wird er zur Disposition gestellt?

Wir alle wissen, wie das Ergebnis aussieht. Es ist unglaublich toll ausgegangen: Die Bevölkerung hat klar entschieden. Für den Abbau, für die Zerstörung von Arbeitnehmerrechten wird es in der Bevölkerung keine Mehrheit geben. Wenn man alles zusammenzählt und man sagen kann, dass mehr als die Hälfte der Bevölkerung nicht CDU oder FDP gewählt hat, dann weiß man, dass ein Teil derjenigen, die CDU/

CSU gewählt haben, nicht zu denen gehört hat, die das zentrale Ziel dieses Wahlkampfes haben wollten. Von daher kann ich überhaupt nicht nachvollziehen, dass angesichts solcher Mehrheiten in der Bevölkerung und nicht nur, weil es ein sozialdemokratisches Anliegen ist, Begriffe wie Solidarität, Gerechtigkeit, Arbeitnehmerrechte und soziale Marktwirtschaft nicht vorkommen. Es gibt an einer Stelle in der Präambel eine vorsichtige Formulierung. Da heißt es, dass man bestimmte Sozialsysteme zu Recht solidarisch sichern will. Hier bin ich der Meinung, müsste man eigentlich anders agieren.

Zum zweiten Punkt, den ich nennen will: In der Politik von Gerhard Schröder – er hat das immer wieder betont – war die Rolle Deutschlands als Friedensmacht unglaublich wichtig. Sie hat uns und auch ihm persönlich große Anerkennung in der Welt verschafft. Auch das Wort Frieden als eine wichtige Leitrichtung für eine Große Koalition kommt nur einmal vor. Es heißt, dass man Konflikte friedlich lösen möchte. Hier hätte man mehr tun können.

Ich will allerdings hinzufügen, dass meine Rede vielleicht überflüssig gewesen sein mag, wenn man an die Rede von Gerhard Schröder von heute Vormittag denkt. Ich bin der Meinung, dass in seiner Rede die zentralen Botschaften, die aus unserer Sicht wichtig sind, deutlich benannt worden sind. Deshalb kann meine herzliche Bitte nur lauten, dies zumindest in aller Breite in diesen Koalitionsvertrag aufzunehmen. Das ist das eine.

Das Zweite, was ich ansprechen möchte, ist die Frage der Mehrwertsteuererhöhung. Genossinnen und Genossen, wenn wir den Menschen eine Mehrwertsteuererhöhung von 3 Prozent zumuten wollen, weil es aus bestimmten Gründen notwendig ist, dann kann das Kapitel, das sich mit dem Umsatzsteuerbetrug befasst, allerdings nicht so ausfallen, wie es hier ausfällt. Wir wissen, dass 20 Milliarden Euro pro Jahr an Mehrwertsteuer hinterzogen werden. Wenn die Auseinandersetzung mit diesem Missbrauch nicht eine andere Qualität bekommt, dann kann man den Menschen gegenüber nur sehr schwer glaubwürdig erklären – besonders nach unserem Wahlkampf –, warum wir dennoch die Mehrwertsteuer erhöhen wollen. An dieser Stelle erwarte ich von der Bundesregierung bzw. der Großen Koalition ganz andere Anstrengungen. Wenn dieser Missbrauch deutlich eingeschränkt würde, wäre das übrigens auch eine nicht ganz unerhebliche Einnahmeverbesserung des Staates. Vielen Dank!

(Beifall)

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Danke, Walter! Das Wort hat Heiko Maas. Ihm folgt Sigmar Gabriel.

Heiko-Josef Maas, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Bei der Abstimmung über diesen Koalitionsvertrag müssen wir uns auch Gedanken machen,

was die Alternativen dazu sind. Ich gehöre nicht zu denjenigen, die der Auffassung sind, dass es dazu keine Alternativen gibt; denn es gibt immer Alternativen. Aber die Alternative wäre, den Koalitionsvertrag abzulehnen. Die Konsequenz aus dieser Alternative wäre, dass es zu Neuwahlen kommt. Wenn es zu Neuwahlen kommt, wissen wir doch alle, dass wir im besten Falle das Ergebnis erzielen, das wir jetzt schon haben.

Wir wären genauso weit, wie wir jetzt sind. Im schlechteren Falle gäbe es eine andere Mehrheit, wahrscheinlich eine schwarz-gelbe, bei der es dazu käme, dass die Mehrwertsteuer trotzdem erhöht würde; denn es glaubt doch keiner ernsthaft, dass die FDP, wenn sie an der Regierung wäre, die Erhöhung der Mehrwertsteuer verhindern würde. Aber dafür, liebe Genossinnen und Genossen, würden die Tarifautonomie und der Atomausstieg geschleift und die Menschen würden dafür die Bierdeckelsteuer und die Kopfprämie bekommen. Also muss man, wenn man das weiterdenkt, über die Alternative, die wir den Menschen ersparen sollten, nachdenken und deshalb sollte man sagen: Eigentlich kann man den Koalitionsvertrag schon deshalb nicht ablehnen, weil das im Ergebnis über Neuwahlen dazu führen würde, dass all die Dinge, die wir verhindern wollen, Realität würden und deshalb sollte man diesem Koalitionsvertrag zustimmen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, der zweite Punkt, der, wie ich finde, eine wichtige Rolle spielt, ist, ob das, was inhaltlich vereinbart worden ist, auch vertretbar ist. Dabei muss man allerdings vorausschicken: Es geht nicht darum, ein Wahlprogramm der SPD aufzustellen, bei dem zu 100 Prozent das steht, was wir für richtig halten, sondern es geht um einen Koalitionsvertrag, in den wir auch Ideen aufnehmen müssen, die von anderen und nicht unsere sind.

Ich will einmal einen Punkte ansprechen, den ich für außerordentlich wichtig halte: Tarifautonomie, Flächenvertrag und Mitbestimmung. Das ist ja in den Koalitionsverhandlungen schon sehr früh in unserem Sinne geklärt worden. Das sind Dinge, mit denen wir auch die Existenzsicherung der Gewerkschaften und der Arbeitnehmervertretung gesichert haben. Die Union und die FDP wollten die Gewerkschaften – so wörtlich – „einen Kopf kürzer machen“. Das haben wir mit den Beschlüssen, die zur Erhaltung der Tarifautonomie, des Flächentarifvertrags gefasst worden sind, aushebeln können.

Liebe Genossinnen und Genossen! Wenn mir vorher jemand gesagt hätte, dass wir eine Große Koalition machen müssen und in dieser Großen Koalition die Schichtzuschläge sichern, die Reichensteuer einführen, den Atomausstieg aufrecht erhalten, das Elterngeld einführen, ein Investitionsprogramm von 25 Milliarden Euro in einen Koalitionsvertrag mit der Union schreiben, ich hätte nicht geglaubt, dass das wirklich

machbar ist. Deshalb glaube ich, dass dieser Koalitionsvertrag auch eine sozialdemokratische Handschrift hat.

Er hat auch Dinge – das sind insbesondere die Mehrwertsteuer und die Änderungen beim Kündigungsschutz –, die nicht unsere Ideen sind. Wir sollten auch nicht sagen, dass wir das alles ganz toll finden. Wir haben beim Gesundheitskompromiss und bei der Praxisgebühr ja erlebt, dass wir da plötzlich mit Dingen allein standen, die eigentlich auf dem Mist der CDU gewachsen sind. Wir wollten ruhig sagen, dass das nicht unsere Ideen sind.

Aber ich will zum Thema Kündigungsschutz noch einen Punkt ansprechen, auch der Aufrichtigkeit halber. Wir waren es, die die Befristungsmöglichkeiten auf 24 Monate ausgeweitet haben. Mittlerweile haben es viele Betriebe so angewandt, dass sie Arbeitsverträge über sechs Monate eingegangen sind, für die das Kündigungsschutzgesetz dann nicht gegriffen hat. Jetzt eine Probezeit von 24 Monaten einzuführen, ist sicherlich keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung, aber sicherlich keine dramatische im Vergleich zu dem, was längst schon vorher geschehen ist. Insgesamt, liebe Genossinnen und Genossen, können und sollten wir diesem Koalitionsvertrag zustimmen. – Danke.

(Beifall)

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Heiko. – Das Wort hat Sigmar Gabriel.

Sigmar Gabriel, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe mich gemeldet, weil einige das Thema Atomenergie angesprochen haben und weil ich glaube, dass wir neben den Dingen, die wir gut finden, weil wir sie verteidigen, weil wir in diesem Koalitionsvertrag einen Rückschritt in der Politik in Deutschland nicht zulassen, auch darauf achten sollten, dass klar ist, dass das nicht das einzige ist, was wir in der Koalition erreicht haben, sondern dass es eine ganze Reihe von Dingen gibt, wo wir die Politik in Deutschland weiterentwickeln wollen. Das berühmte Investitionsprogramm von 25 Milliarden gehört dazu. Ich gehe fest davon aus, dass es auch im Jahr 2006 gelingen wird, im Bereich der Gesundheitsvorsorge, der Pflegeversicherung weiterzukommen.

Aber ich will auch sagen, dass wir in dem Bereich, der – wenn ihr hier zustimmt – mein zukünftiger Aufgabenbereich sein soll, im Bereich Umwelt und Energien, auch Dinge erreicht haben, die nicht nur Verteidigung dessen sind, was auf die Habenseite der rotgrünen Koalition der letzten sieben Jahre gehört.

Lasst mich am Anfang eines klarstellen: Natürlich brauchen wir im Bereich einer wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft in Deutschland vernünftige Energiepreise. Wenn wir Hochlohnland bleiben wollen, wenn wir wichtige soziale Sicherungssysteme erhalten wollen, dann können wir nicht fahrlässig mit der Frage umgehen, wie

teuer in Deutschland für unsere Industrien Strom und Rohstoffe sind. Aber eines ist auch klar: Wir lassen uns nicht ins Bockshorn jagen mit dem Argument, dass man für vernünftige Energiepreise den Atomstrom in Deutschland wieder einführen müsste. Liebe Genossinnen und Genossen, das ist ein völlig dummes Argument, das nur von denen vorgetragen wird, die Angst haben, dass wir einmal an die Monopolstrukturen bei den Energieversorgern in Deutschland herangehen und uns angucken, wie wenig Wettbewerb es dort gibt. Dass wir dort zu wenig Wettbewerb haben, ist der Grund für zu hohe Energiepreise, aber nicht die Tatsache, dass wir aus der Atomenergie aussteigen wollen.

(Beifall)

Ich sage das auch deshalb, weil ein paar CDU-Politiker in diesen Tagen bei der Debatte über den Koalitionsvertrag versucht haben, den Eindruck zu vermitteln, als sei der vereinbarte Text, nämlich dass es beim Ausstieg aus der Atomenergie bleiben soll, etwas, was man für ein, zwei Jahre vereinbart hat und wovon man sozusagen augenzwinkernd zu irgendeinem Zeitpunkt der Koalition wieder abrücken könne. Ich sage hier ganz deutlich: Mit mir ist das jedenfalls nicht zu machen. Ich bin sicher, mit der SPD in Deutschland auch nicht.

(Beifall)

Wenn wir da hineinschreiben, dass es bei dem Ausstieg aus der Kernenergie bleibt, dann gilt das auch für diese Periode und, soweit Sozialdemokraten später weiter regieren – ich bin sicher, dass wir das tun werden –, dann auch in der Zeit danach. Wir brauchen keine Laufzeitverlängerungen. Es ist auch ein abenteuerliches Argument, dass jetzt auf einmal behauptet wird, nur mit der Fortführung der Kernenergie könne man einen wirksamen Beitrag zur Bekämpfung der Klimakatastrophe leisten. Die, die das tun, vernachlässigen einerseits die Chancen, die in modernen Kraftwerkstechnologien liegen, aber auch die Chancen, die wir im Bereich der erneuerbaren Energien haben. Wer behauptet, man könne nur mit der Atomenergie zur CO₂-Minderung beitragen, der soll doch bitte sagen, wie er neben der Stromerzeugung das denn mal bereitstellen will, was wir im Wärmebereich brauchen. Das können wir mit der Kernenergie nicht. Ihr müsst immer die CO₂-Emissionen, die wir dann bei der Wärmeherstellung brauchen, mit denen der Atomkraftwerke zusammenzählen, um sie mit moderner KWK-Technik zu vergleichen.

Viel wichtiger ist aber das, was Monika Griefahn vorhin gesagt hat. Derjenige, der aus der Kernenergie aussteigen will, ist auch der erste, der die Verpflichtung hat, für sichere Endlager in Deutschland zu sorgen. Wir können erstens nicht so tun, als sei das ein Problem, das wir auf Dauer verschieben können. Wir können es zweitens auch nicht irgendwo in Europa oder der Welt lösen. Wir müssen es in Deutschland lösen. Wenn man das will, dann geht das aber nur darüber, dass man einen sauberen Vergleich der

Standorte macht. Dann kann man nicht einfach so aus der Tiefe des Gemüts sagen: Da, wo man mal angefangen hat zu graben, wird im Ergebnis das Endlager sein. Vielmehr brauchen wir in Deutschland einen Vergleich möglicher Endlagerstandorte. Wir werden uns dann als Sozialdemokraten gemeinsam mit allen anderen, die dafür sorgen wollen, dass wir aus der Kernenergie aussteigen, auch entscheiden müssen. Das können und müssen wir auch zur Aufgabe dieser großen Koalition machen.

Um die Frage von Monika Griefahn dann auch klar zu beantworten: Ich bin dafür, dass wir den Weg eines Endlagersgesetzes gehen. Wir werden mit unseren Partnern in der Koalition bereden müssen, auf welchem Wege wir das in Gang setzen. Ich bin dafür, dass wir zu einem Standortvergleich in Deutschland kommen. Aber ich bin auch dafür, dass wir diese Frage irgendwann einmal in dieser Periode klar entscheiden. Es bleibt nur dann bei einem wirklich glaubwürdigen Ausstieg aus der Kernenergie, wenn wir auch bereit sind, am Ende zu sagen, wo die Endlagerstandorte in Deutschland sein sollen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Sigmar. – Das Wort hat Ottmar Schreiner.

Ottmar Schreiner, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen, ich will ein paar Bemerkungen zu den Koalitionsvereinbarungen aus der Sicht der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen machen, die ich hier zu vertreten habe.

Zunächst einmal ein uneingeschränktes Dankeschön dafür, dass es gelungen ist, die Tarifautonomie vor den Angriffen der konservativ-liberalen Parteien zu verteidigen.

(Beifall)

Dahinter steckte erkennbar die Absicht, die deutschen Gewerkschaften zu marginalisieren. Diese Absicht konnten wir durchkreuzen. Das ist ein wesentlicher Fortschritt im Rahmen dieser Vereinbarungen.

Erfreulich ist auch, dass es gelungen ist, die Steuerfreiheit von Arbeiten unter schwierigsten Bedingungen in der Nacht-, Schichtarbeit und dergleichen mehr gegen die Angriffe der anderen Seite zu sichern. Auch dazu ein Dankeschön im Namen der vielen Millionen Schichtarbeitnehmerinnen und Schichtarbeitnehmer in Deutschland.

(Beifall)

Ich bin auch sehr dankbar dafür, dass Franz Müntefering heute in seiner Rede angekündigt hat, dass bereits im nächsten Jahr das wachsende Problem eines Niedriglohnssektors in Deutschland angegangen werden wird und angegangen werden muss. Wir

haben es, liebe Kolleginnen und Kollegen, seit Jahren mit steigender Tendenz mit dem Anwachsen eines Armutslohnsektors zu tun, wo Menschen bei Vollzeitarbeit mit Löhnen von 700, 800, 1.100 Euro brutto nach Hause geschickt werden. Von diesen Löhnen kann kein Mensch sich selbst, geschweige denn eine Familie ernähren. Das, was im Ausland möglich ist – in Frankreich, in Großbritannien, in Luxemburg, in Belgien –, nämlich armutsfeste Mindestlöhne zu entwickeln, muss auch in Deutschland möglich sein, ohne dass der Gesamtverband der Arbeitgeberverbände zusammenbricht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Nun einige kritische Bemerkungen, weil ich glaube, dass wir hier Probleme kriegen werden. Ich halte den Vorrang der Finanzkonsolidierungen vor den Wachstums- und Beschäftigungserfordernissen für äußerst problematisch. Es wird nicht gelingen, auf dem Rücken einer schwachen Konjunktur die notwendige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte durchzuführen. Das bedeutet im Ergebnis, dass wir das Pferd vom Schwanz her aufzäumen.

In den letzten Jahren hat Hans Eichel mehr Staatsausgaben gesenkt als jeder Finanzminister vor ihm. Gleichwohl ist die Verschuldung in einem beträchtlichen Maße gestiegen. Das nennen die Fachleute paradoxes Sparen. Wenn bei schwacher Konjunktur die öffentlichen Ausgaben zurückgefahren werden, dann hat das steigende Arbeitslosigkeit, höhere Staatsverschuldung, sinkende Steuereinnahmen und steigende Sozialkosten zum Ergebnis. Genau diesen Prozess müssen wir umdrehen, also: absoluter Vorrang für eine wachstums- und beschäftigungsorientierte Finanzpolitik, für eine wachstums- und beschäftigungsorientierte Gesamtstrategie.

Die Behauptung, dass das Absenken der Lohnnebenkosten in Deutschland zu nennenswerten Beschäftigungseffekten führt, ist nicht zu halten und illusionär.

(Beifall)

Wenn wir die Lohnnebenkosten um einen Beitragspunkt absenken, führt das im Ergebnis dazu, dass bei einem großen Unternehmen die Gesamtpersonalkosten um 0,35 Prozent sinken. Die meisten deutschen Konzerne haben in den letzten Jahren von Jahr zu Jahr steigende Gewinne gemacht, zum Teil auf Kosten rabiaten Personalabbaus. Wenn jemand glaubt, weitere Geschenke an diese Adresse würden auch nur einen einzigen Arbeitsplatz bringen, der irrt sich ganz gründlich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Was wir brauchten, wäre ein nachhaltiger Ausbau der öffentlichen Investitionen. Die öffentliche Investitionsquote ist in Deutschland so niedrig wie nie zuvor in unserer

Geschichte. Wir brauchen eine Modernisierung der Infrastruktur, Maßnahmen zu Gunsten der Bauwirtschaft, eine Modernisierung der Schulen, der Universitäten, der Kindergärten. Hier haben wir riesige und wachsende Defizite. Damit würde man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, nämlich mehr Beschäftigung schaffen und die notwendigen Modernisierungseffekte in dem öffentlichen Infrastruktursektor denn auch besorgen, die überfällig sind.

Ich wünsche mir ein Konzept, um den seit Jahren anhaltenden Abbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse zu stoppen. Wir werden in diesem Jahr 400.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse weniger haben als im vergangenen Jahr. Das ist die Fortsetzung eines negativen Trends. Wenn wir diesen Trend nicht umkehren können, ist absehbar, wann die Finanzierungsgrundlagen der deutschen Sozialversicherung am Ende sind. Es ist eine zentrale Aufgabe, diese Entwicklung umzukehren.

(Beifall)

Nächste Bemerkung, Hartz IV. Der Koalitionsvertrag sieht Einsparungen in einer Größenordnung von 4 Milliarden Euro vor. Wir hatten in den letzten Wochen eine teilweise beschämende öffentliche Diskussion über einen massenhaften Missbrauch im Bereich der Arbeitslosengeld-II-Empfänger.

(Beifall)

Es mag in einzelnen Fällen Missbrauch geben. Wenn es keinen Missbrauch gäbe, hätten wir bei der Umsatzsteuer auch nicht eine Unterschlagung in der Größenordnung von 20 Milliarden Euro. Wenn bei den Arbeitslosen Telefonüberwachung stattfindet, warum findet keine Telefonüberwachung bei den Steuerflüchtigen statt, wo es um ganz andere Größenordnungen geht, liebe Kolleginnen und Kollegen?

(Beifall)

Ich halte es für wirklich bedauerlich, dass wir es nicht geschafft haben, die Auffassungen der SPD, bezogen auf das Arbeitslosengeld I, in die Koalitionsvereinbarungen hineinzuschreiben. Damit bleibt der negative Fahrstuhleffekt erhalten, dass ein 54-jähriger Arbeitnehmer oder eine 54-jährige Arbeitnehmerin nach jahrzehntelanger Arbeit im Falle der Arbeitslosigkeit nach einem Jahr Bezug von Arbeitslosengeld in der Armut landet.

Das ist keine Belohnung für jahrzehntelange Arbeit, im Gegenteil – es ist eine Strafe. Das muss korrigiert werden. Was ungerecht war, bleibt ungerecht und wird auch in Zukunft ungerecht bleiben.

(Beifall)

Es muss doch eine erstrangige Herausforderung erster Güte für eine Koalition sein, in der zwei Parteien dabei sind, die sich christlich nennen – sie müssten doch die Bergpredigt aus der Bibel kennen –, und in der zwei Parteien dabei sind, die sich sozial nennen, ein Programm gegen wachsende Armut und Kinderarmut in Deutschland aufzulegen. Allein wenn es in den kommenden Jahren gelänge, Armut und vor allem Kinderarmut in Deutschland nachhaltig zu reduzieren, dann würde sich eine solche Koalition große Verdienste erwerben. – Schönen Dank.

(Beifall)

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Danke schön, Ottmar. Obwohl die beiden letzten Redner überzogen haben, sollten die beiden schon genannten Redner, Heidemarie Wieczorek-Zeul und Birgit Fischer, noch das Wort haben. Heidemarie, Du hast das Wort.

Heidemarie Wieczorek-Zeul, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Wenn wir heute über diesen Koalitionsvertrag abstimmen, dann ist das eigentlich erst der Beginn der Arbeit, die noch vor uns liegt. Die politische Arbeit ist noch zu leisten. Der Zug setzt sich neu in Bewegung. Aus meiner Sicht muss die Sozialdemokratie in dieser Koalition dafür sorgen, dass die Weichen nachhaltig, stabil, gerecht, zuverlässig und sicher gestellt werden. In diesem Sinne verstehe ich die SPD als Lokomotive,



die Tempo für Arbeit, Beschäftigung, neue Arbeitsplätze und für die Sicherung und Weiterentwicklung unsere sozialen Sicherungssysteme macht.

Es ist kein Zufall, dass diese Herkulesarbeit Franz Müntefering leistet. Er hat heute deutlich gemacht, in welche Richtung es aus seiner Sicht gehen soll. Ich danke ihm dafür, dass er diese Herkulesarbeit leisten will.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen! Vorhin ist gesagt worden, dass in der Koalitionsvereinbarung der Begriff Sozialstaat nicht vorkomme. Es gibt aber ein grundlegendes Denken, das sich in dieser Koalitionsvereinbarung ausdrückt. Das ist die Erkenntnis aus den Wahlergebnissen insgesamt. Es muss darum gehen, die staatliche Handlungsfähigkeit auf allen Ebenen, auf der Kommunalebene, auf Landes- und auf Bundesebene sicherzustellen und damit die Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu sichern.

Wir haben gesehen, was passiert, wenn Menschen von ihrem Staat allein gelassen werden, beispielsweise in New Orleans. Wir haben gesehen, was es bedeutet, dass jugendliche Migranten an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden und es keine ausreichende staatliche Fürsorge für sie gibt. Wir haben im Norden Afrikas einen vorläufigen Eindruck davon bekommen, was passiert, wenn wir nicht dafür sorgen, dass es in Afrika handlungsfähige Staaten gibt, die Leistungen für ihre Bürgerinnen und Bürger erbringen in Bildung, in Sicherheit oder auch in Gesundheit.

Es ehrt uns, dass wir in dieser Koalitionsvereinbarung unsere Verpflichtungen zu einer gerechten Gestaltung der Globalisierung und auch unsere finanziellen Verpflichtungen zur Erhöhung der Mittel eines Aktionsplans für die Entwicklungszusammenarbeit verankert haben. Damit haben wir deutlich gemacht, dass wir bereit sind, unsere Verantwortung gerade in der Frage der Gestaltung der Globalisierung wahrzunehmen. Bei allen Problemen, die wir haben, ist es für jeden Sozialdemokraten unerträglich, dass jeden Tag weltweit 30.000 Kinder an Krankheiten sterben, die wir verhindern könnten. Deshalb gehört es zu unserer Verpflichtung, diese internationale Arbeit und Solidarität fortzuführen.

Es ist gesagt worden – das will ich noch einmal deutlich machen –, dass wir im außen- und entwicklungspolitischen Teil der Koalitionsvereinbarung in der Kontinuität der Außen- und Entwicklungspolitik von Gerhard Schröder stehen. Wir setzen auf Krisenprävention und auf den Kampf gegen die Armut. Ich danke Gerhard Schröder, dass er in seiner Amtszeit diese Friedenspolitik gerade im Verhältnis Nord/Süd in der Tradition Willy Brandts verankert und umgesetzt hat.

(Beifall)

Es stimmt: Die SPD ist eine eigenwillige Partei. Aber dieser Eigenwille, liebe Genossinnen und Genossen, hat mit dazu beigetragen, dass ihre Mitglieder in schwierigen Zeiten der Wahlkämpfe so gestanden haben und entgegen allen Vorhersagen und Medienkampagnen verloren gegangenes Terrain zurück gewonnen haben. Sonst würden wir heute nicht über eine Koalitionsvereinbarung diskutieren.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir brauchen viel Disziplin. Wir brauchen aber auch die Diskussion, um Menschen mitzunehmen. Wir müssen auch über die Perspektiven der großen Koalition hinaus unser eigenes Programm weiterentwickeln. Das müssen wir im kommenden Jahr besonders leisten. Wie wollen wir dauerhaft Freiheit sichern und die Globalisierung gerecht gestalten?

Ich bin dafür, diejenigen zu uns zurückzuholen, die sich zuvor von uns abgewandt haben und zu Parteien gegangen sind, von denen wir glauben, dass sie nicht verantwortungsvoll politisch handeln. In diesem Sinne, liebe Genossinnen und Genossen, bitte ich Euch, diesem Koalitionsvertrag zuzustimmen. – Ich danke Euch.

(Beifall)

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Heidemarie. Jetzt hat Birgit Fischer das Wort. Ihr wird der designierte Parteivorsitzende Matthias Platzeck folgen. Ich weise darauf hin, dass diejenigen, die sich außerhalb des Saales befinden, wieder zurückkommen sollten, weil danach abgestimmt wird. – Birgit, bitte.

Birgit Fischer, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen, im letzten Wahlkampf hat ein zentraler Kerngedanke eine Rolle gespielt, nämlich das klare Bekenntnis zu einem starken Staat, einem Staat, der soziale Verantwortung trägt. Damit war es unsere Aufgabe, die Zukunft des Sozialstaates zu sichern. Die Zukunft des Sozialstaates ist aber nur zu sichern, wenn drei Dinge möglich sind: der Zugang zu Bildung, Arbeit und Gesundheit. Darum ist das Thema Gesundheitspolitik ein zentrales Themenfeld auch in diesem Koalitionsvertrag.

Ich will keinen Hehl daraus machen, dass mir natürlich ein klares Bekenntnis zur Bürgerversicherung lieb gewesen wäre. Es ist aber in einer großen Koalition unrealistisch. Darum zählen für mich letztendlich drei Dinge:

Erstens: Das Gegenmodell „Kopfpauschale“ ist durch diesen Koalitionsvertrag vom Tisch. Dieses diametral entgegengesetzte Modell wird es in dieser Form mit Sicherheit nicht geben. Zweitens: Verhindern die Koalitionsvereinbarungen die Grundlagen einer Bürgerversicherung? Auch da muss man positiv feststellen: Verhindert werden sie das mit Sicherheit nicht, sondern uns wird die Möglichkeit geboten, weiter daran zu arbeiten. Drittens müssen wir gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern die Frage beantworten: Hilft denn das, was jetzt vereinbart ist, löst es irgendwelche Probleme? Auch diese Frage kann man eindeutig mit Ja beantworten.

Was jetzt im Koalitionsvertrag vereinbart ist, macht im Grunde deutlich: Wir kommen zu weiteren Strukturveränderungen im Gesundheitswesen, die bei unseren letzten Verhandlungen mit der CDU überhaupt nicht denkbar gewesen wären. Das heißt, wir haben auch hier einen erheblichen Fortschritt zu verzeichnen, der Stück für Stück umgesetzt werden kann. Dazu gehört eindeutig, dass das Gesundheitswesen zukünftig mit diesen Strukturveränderungen, die zu einer verbesserten Versorgung führen, einen wichtigen Beitrag dazu leistet, dass wir mehr Menschlichkeit im Gesundheitswesen haben, aber auch eine starke Wirtschaftsfähigkeit des Gesundheitswesens. Der Staat behält die soziale Verantwortung und nimmt sie auch ernst. Es ist darüber hinaus möglich, etwas zu leisten, was wir immer gefordert haben, dass nämlich eine Versicherungspflicht für die gesamte Bevölkerung tatsächlich existiert, dass somit Ausgrenzung verhindert wird und dass zukünftig allen Menschen gesundheitliche Leistungen zustehen, weil auch alle eine Krankenversicherung abschließen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, es ist wichtig, zu betonen: Auch wenn sich die Bürgerversicherung in dieser Form nicht wiederfindet, finden sich doch die Kerngedanken in der Koalitionsvereinbarung wieder. Wir brauchen zukünftig einen Sozialpakt, der es ermöglicht, dass wir unsere Grundlagen, die uns wichtig waren, auch umsetzen. Es geht um den einheitlichen Leistungskatalog und darum, dass wir den Zugang zu gesundheitlichen Leistungen unabhängig vom sozialen Status und vom Einkommen gewährleisten. Es geht auch um eine solidarische Krankenversicherung und um eine solidarische Verantwortung und nicht um das Modell der CDU. Genau diese Grundlagen sind in dem Koalitionsvertrag angelegt, sodass wir ihn als Arbeitsgrundlage verstehen können, um weiterhin an den Grundlagen einer Bürgerversicherung zu arbeiten, auch wenn wir es im Rahmen einer großen Koalition nicht zu 100 Prozent werden umsetzen können.

Lasst uns die Chance nutzen, auch in diesem Bereich dafür zu werben, dass die große Koalition mit diesem Koalitionsvertrag eine solide Grundlage ist, um weiter daran zu arbeiten und sozialdemokratische Ziele zu verwirklichen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Birgit. Das Wort hat Matthias Platzeck.

Rede des designierten Parteivorsitzenden

Matthias Platzeck, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir stehen wenige Minuten vor einer wichtigen Abstimmung. Wir befinden uns an diesem Montag in einer nicht gewöhnlichen Situation. Denn wir haben es alle gespürt, dass es ein Zustand zwischen Abschied und Anfang ist. Gerhard Schröder ist zum letzten Male auf einem Parteitag als Bundeskanzler anwesend und Franz Müntefering zum letzten Male als Parteivorsitzender. Wir werden gleich über einen Koalitionsvertrag abstimmen. Mit dieser Koalition hat keiner vorher gerechnet und niemand hat sie herbeigesehnt.

Wenn man dieses Jahr Revue passieren lässt, dann muss man klar und deutlich sagen: In diesem Jahr hat über der SPD wahrlich nicht jeden Tag die Sonne geschienen.

Aber, liebe Freundinnen und Freunde, etwas anderes muss uns noch mehr beschäftigen. Wir stehen heute in Deutschland mitten im Wandel. Wir haben eine große Aufgabe vor uns, nämlich unser Land Stück für Stück wieder zukunftsfester zu machen, für Stabilität zu sorgen, den Menschen in diesem Wandel wieder ein erhebliches Stück mehr Sicherheit zu geben. Wir wissen und spüren es jeden Tag, was die Menschen im Lande umtreibt. Es ist ja bei weitem nicht so, dass jeder in Angst und Sorge ist wegen des Hier und Heute, wegen seiner Lebensumstände und seines Lebensstandards am heutigen Tage. Leider gibt es da viele in unserem Land. Aber der Mehrheit in unserem Land geht es um eine andere Frage. Sie fragen sich und vor allen Dingen uns: Wie geht es weiter? Wie stabil sind unsere Sozialsysteme? Wie sieht die Perspektive Deutschlands aus? Wie sieht meine eigene und die meiner Kinder aus? Darum geht es den Menschen und das sind die Fragen, die wir dringend in den nächsten Monaten und Jahren beantworten müssen, damit sich Angst und Lethargie nicht in unserem Lande ausbreiten.

(Beifall)

Genau dazu braucht es dringend Vertrauen, Miteinander und Kooperation sowie in Teilen auch eine erneuerte politische Kultur. Es braucht aber auch eine ganz nüchterne Analyse. Es braucht realistische Zielsetzungen und einen guten Geist. Ich kann aus den Koalitionsverhandlungen entnehmen, dass sich dieser gute Geist, der nötig ist und den wir uns immer wieder erarbeiten müssen – so schwer es uns an dieser und jener Stelle in dieser Konstellation auch fällt –, während der Verhandlungen entwickelt hat.

Liebe Freunde, der Wandel unserer Gesellschaft muss mit den Menschen und für die Menschen in Deutschland organisiert werden. Unsere Aufgabe ist es, dem Land und seinen Menschen wieder Selbstvertrauen und neue Zuversicht zu vermitteln.

(Beifall)



Der Koalitionsvertrag ist ausverhandelt; wir haben ihn eben viele Stunden diskutiert. Es war Zustimmunges, aber auch viel Kritisches zu hören. Das kann aus meiner Sicht in dieser Konstellation, wenn wir realistisch herangehen, überhaupt nicht anders sein. Wer hätte denn, wenn wir nüchtern auf die vergangenen Monate schauen, im Frühsommer ehrlich daran gedacht, dass wir es in Deutschland leisten können, Mitbestimmung und Tarifautonomie für die nächsten Jahre zu sichern?

(Beifall)

Wer hat denn wirklich gedacht, dass wir das Elterngeld einführen werden? Wer hat daran gedacht, dass es eine Reichensteuer geben wird, die die Verantwortung auch und gerade auf die starken Schultern in unserem Lande verlagert? Wer hätte gedacht, dass wir vollumfänglich beim Atomausstieg bleiben können und bei der Förderung der erneuerbaren Energien, einem wichtigen Zukunftsthema. Kaum jemand hat wirklich daran geglaubt. Wir haben darum gekämpft und wir haben es geschafft, dass es in Deutschland so sein wird, wie ich es eben beschrieben habe.

(Beifall)

In diesem Koalitionsvertrag ist etwas deutlich geworden, weshalb wir uns guten Gewissens und trotz aller Einschränkungen mit diesem Vertrag sehen lassen können:

In ihm ist ein Modell beschrieben, das unser Modell ist, nämlich das des europäischen Sozialstaates. Diese Kultur haben wir in den Verhandlungen verteidigt und unsere Handschrift erkennen lassen: Der Sozialstaat wird weiterentwickelt und weiter modernisiert werden – er wird nicht abgeschafft, wie es unter Schwarz-Gelb mit Sicherheit passiert wäre.

(Beifall)

Dieser Koalitionsvertrag verinnerlicht die Erkenntnis – und die kam nicht zuvorderst von der anderen Seite –, dass ökonomischer Erfolg und wirtschaftliche Dynamik im 21. Jahrhundert nur unter einer einzigen Bedingung wirklich zu erlangen sind: Nämlich wenn man den gesellschaftlichen Zusammenhalt bewahrt. Diese beiden Seiten sind voneinander nicht zu trennen; nur gemeinsam sind wirtschaftliche Dynamik und gesellschaftlicher Zusammenhalt zu haben und nur dann werden wir, liebe Genossinnen und Genossen, in unserem Land und in der Welt erfolgreich sein.

(Beifall)

Wenn ich, kaum dass die Tinte trocken ist, höre, wie dieser und jener Unternehmer im Lande – wahrscheinlich, so muss man annehmen, noch ehe er den Vertrag überhaupt gelesen hat – jetzt wieder über Politik, über Politiker und all die, die in unserem Lande in wahrlich schweren Zeiten Verantwortung tragen, herzieht, dann muss erlaubt sein zu sagen: Mit der Kraft, die du für diese Kritik brauchst, noch ehe es überhaupt losgegangen ist, hättest du dich besser deinem Unternehmen zugewendet. Siehe zu, dass du Arbeitsplätze sicherst. Denn das erwarten wir von den Unternehmen! Wir sorgen für die Rahmenbedingungen!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir bauen in vielen Fragen auf dem Fundament auf, welches wir in den letzten sieben Jahren in Deutschland gelegt haben. Mehrere haben es gesagt, ich will es trotzdem wiederholen: Wir können auf die sieben Jahre, in denen wir nach langer Pause wieder Verantwortung für Deutschland getragen haben, sehr stolz sein. Wir brauchen mitnichten in Sack und Asche zu gehen. Deutschland ist ein offeneres, ein toleranteres, ein zukunftsfähigeres Land geworden. Gerhard Schröder hat den Mut gehabt, den lange überfälligen Wandel in unserem Land endlich einzuleiten. Wer uns wegen dieses Wandels kritisiert, vergisst, dass die Kritik eigentlich an jene gehen müsste, die 15 Jahre lang zu feige waren, diesen Wandel wirklich einzuleiten. Gerd hat dazu den Mut gehabt, liebe Freundinnen und Freunde!

(Beifall)

Ich will nur auf zwei Felder hinweisen – heute hat das noch keine so große Rolle gespielt, morgen will ich ein bisschen mehr dazu sagen –, die wir in unserer Regie-

rungsverantwortung auf den Platz gehoben haben, der ihnen gebührt, wenn wir es ernst meinen mit der Absicht, Zukunft für Deutschland gestalten zu wollen. Ich meine die Verantwortungsbereiche von Edelgard Bulmahn und Renate Schmidt. Dass Wissenschaft, Forschung und Bildung, dass Familie und Kinder gesellschaftliche Themen ersten Ranges geworden sind – so, wie das sein muss –, haben wir unserer Regierung und ganz speziell diesen beiden Frauen zu verdanken. Dafür noch einmal ein herzliches Dankeschön – auch wenn diese Bereiche künftig nicht von unserer Partei verantwortet werden.

(Beifall)

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, gestattet mir noch ein Wort zu Franz. Verbinden will ich das mit einem großen Dankeschön. Dabei will ich nicht das wiederholen, was schon gesagt wurde. In einer Zeit, die gerade für ihn ganz persönlich – man erinnere sich nur zwei Wochen zurück – sehr schwierig war und über die Gerd Schröder vorhin gesagt hat, dass man solche Entscheidungen nicht oft in seinem politischen Leben zu treffen habe, hat Franz Müntefering Koalitionsverhandlungen mit einer Souveränität geführt, dass man nur sagen kann: Wir können stolz sein auf unseren Franz Müntefering. Es war hervorragend, wie er uns, unsere Ideen und Konzepte und das, was wir als SPD vorhaben, in die Koalitionsverhandlungen mit Erfolg eingebracht hat. Er war ein hervorragender Verhandlungsführer. Dafür noch einmal ganz herzlichen Dank, lieber Franz!

(Beifall)

Noch eines will ich ganz unumwunden sagen: Ich hätte Franz gerne – das sage ich so, wie ich es meine – weiter als Parteivorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gesehen,

(Beifall)

so wie wir ihn erlebt haben, wie wir mit ihm gearbeitet haben. Man stelle sich einmal vor, es gäbe die Möglichkeit, sich einen Parteivorsitzenden zu schnitzen. Wenn jeder dem Künstler seine Wünsche äußern könnte und sich der Künstler dann an die Eiche macht, dann würde, so glaube ich, Münze vor uns stehen.

(Beifall)

Das ist so, das muss er aushalten und daran ändert auch seine Entscheidung vor 14 Tagen nichts. Lieber Franz, wir wollen in die Abstimmung über den Koalitionsvertrag und über dein Mandat in der neuen Bundesregierung all das hineinlegen, was wir von dir halten, nämlich unendlich viel. Wenn ich morgen als Vorsitzender dieser Partei gewählt werde, so kann ich dir versprechen: Wir werden alles dafür tun, damit du und deine Mitstreiterinnen und Mitstreiter in diesem wunderbaren Deutschland, das



immer noch ein starkes, lebenswertes Land ist, eine gute Arbeit leisten könnt. Ich bin mir sicher: Das wird so sein. Wir werden alles dazu tun, was wir tun können. In diesem Sinne: Stimmt bitte dem Koalitionsvertrag zu, gebt unseren Ministerinnen und Ministern eine starke Rückendeckung in der Regierung, damit es ein wirklich guter Start wird, für Deutschland, für die Menschen in unserem Land.

Glück auf und vielen Dank!

(Anhaltender Beifall)

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Matthias. Wir freuen uns auf die Begründung deiner Kandidatur morgen und darauf, mit dir zu arbeiten – auf der Grundlage der Entscheidung, die wir miteinander treffen und in dem Sinne, was du heute hast anklingen lassen. Vielen Dank, alles Gute und Glück auf!

(Beifall)

Ich bitte nun die Sprecherin der Mandatsprüfungs- und Zählkommission, Krimhild Fischer, Landesverband Sachsen-Anhalt, uns die Mandatszahlen mitzuteilen.

Bericht der Mandats- und Zählkommission

Krimhild Fischer, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Das tue ich gerne. – Liebe Genossinnen und Genossen! Nach unserem Organisationsstatut setzt sich der Parteitag aus 480 in den Landesverbänden und Bezirken gewählten Delegierten und 45 stimmberechtigten Mitgliedern des Parteivorstandes zusammen.

Anwesend sind 474 Delegierte und 44 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder. Die Legitimation der Stimmberechtigten wurde von der Mandatsprüfungskommission geprüft. Von den anwesenden Stimmberechtigten sind 224 Frauen; das entspricht einem Anteil von 43,2 Prozent. Die Quote ist also auch erfüllt.

(Beifall)

Der älteste Delegierte ist mit 74 Jahren Manfred Koch, geboren am 8. Dezember 1930. Er kommt aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen.

(Beifall)

Der jüngste Delegierte ist mit 19 Jahren, geboren am 12. August 1986, Daniel Keip. Er kommt aus dem Landesverband Brandenburg.

(Beifall)

Der Parteitag ist damit beschlussfähig. Ich wünsche dem Parteitag einen guten Erfolg.

(Beifall)

Abstimmung über die Koalitionsvereinbarung

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank der Sprecherin und allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern der Mandatsprüfungs- und Zählkommission! Auf euch wird ja noch eine Menge Arbeit zukommen, aber das war ja schon ein guter Auftakt. Herzlichen Dank!

Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Wir hatten uns darauf verständigt, dass wir den Initiativantrag A 2 in drei Teilen zur Abstimmung stellen, und zwar nach der Gliederung seiner Ziffern. Kurz vor Antragsschluss ist fristgerecht und mit den entsprechenden Voraussetzungen ein Initiativantrag von Jörg Tauss und weiteren Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern eingegangen, den ich euch kurz vorlesen muss, weil die Technik es nicht geschafft hat, ihn noch zu verteilen. Er lautet wie folgt:

„Der Bundestagtag nimmt die bisherigen Vereinbarungen zum Thema Föderalismusreform zur Kenntnis. Der Parteivorsitzende, der Vizekanzler, die Ministerpräsidenten der SPD und die SPD-Bundestagsfraktion werden daher aufgefordert, den bildungs- und forschungspolitischen Teil der Vereinbarung noch einmal zu überprüfen und Nachverhandlungen mit folgenden Mindestforderungen anzustreben: Hochschulbau und Hochschulsonderprogramme müssen seitens des Bundes in Vereinbarung mit den Ländern weiterhin möglich sein. Eine gemeinsame Bund-Länder-Bildungsplanung mit den entsprechenden Instrumenten ist unverzichtbar. Die Möglichkeit einer eigenständigen Projektförderung des Bundes in der Forschung ist auch für die Zukunft abzusichern. Gemeinsame Initiativen und Instrumente von Bund und Ländern zur Verbesserung des Bildungssystem müssen weiterhin möglich sein und vorhanden bleiben.“

Genossinnen und Genossen, ich schlage euch in Abstimmung mit dem Sprecher der Antragskommission vor, dass wir dazu wie folgt verfahren: Wir rufen diesen Initiativantrag mit der Ziffer 1 des Initiativantrags A 2 auf. Mit Annahme von A 2 ist der Antrag insofern erledigt, als er Nachverhandlungen fordert. Soweit er inhaltliche Themen anspricht, wird er als Material an die Bundestagsfraktionen, die Landtagsfraktionen und die SPD-Ministerpräsidenten überwiesen. – Ich denke, dass ist die angemessene Form, damit umzugehen. – Gibt es Widerspruch dagegen, so vorzugehen? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zu Abstimmung. Der Kernsatz, über den wir abstimmen, lautet:

„Der Bundestagtag stimmt der Bildung einer großen Koalition zwischen CDU, SPD und CSU auf der Basis der verhandelten Koalitionsvereinbarung zu.“

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe etwa 12 bis 15 Gegenstimmen. Stimmenhaltungen? – Ich sehe

fünf Stimmenthaltungen. Damit, liebe Genossinnen und Genossen, hat der Parteitag dieser Ziffer 1 und damit der Koalitionsvereinbarung mit überwältigender Mehrheit zugestimmt.

(Beifall)

Ich rufe Ziffer 2 des Initiativantrags A 2 auf. Dort steht:

„Der Bundesparteitag unterstützt die Personalvorschläge des Parteivorstandes Sigmar Gabriel, Franz Müntefering, Ulla Schmidt, Peer Steinbrück, Frank Walter Steinmeier, Wolfgang Tiefensee, Heidemarie Wiczorek-Zeul, Brigitte Zypries als Ministerinnen und Minister der SPD-geführten Ressorts.“

Wer diesem Auftrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Ich sehe keine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? – Es gibt zwei Stimmenthaltungen. Bei zwei Stimmenthaltungen ist damit dem Beschlussvorschlag gefolgt worden. Alles Gute für eure Arbeit!

(Beifall)

Nun, liebe Genossinnen und Genossen, zur Ziffer 3 des Initiativantrags A 2:

„Der Bundesparteitag unterstützt den Vorschlag, dass Franz Müntefering in der Bundesregierung die Funktion des Vizekanzlers wahrnehmen soll.“

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Eine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Liebe Franz, alles Gute für deine Aufgabe! Wir werden dich unterstützen und an deiner Seite sein. Viel Erfolg und viel Glück!

(Anhaltender Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, damit haben wir den ersten wichtigen Teil unseres Parteitags abgearbeitet. Ich gebe die Leitung an Wolfgang Jüttner weiter.

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Kurt. – Ich habe das Vergnügen, euch die nächsten zwei bis drei Stunden durch diesen Parteitag zu führen. Wir beginnen mit den noch ausstehenden Teilen der Rechenschaftsdebatte. Es gibt drei mündliche Berichte. Als Erster hat der Generalsekretär Klaus Uwe Benneter das Wort. Bitte schön.

Bericht des Generalsekretärs Klaus Uwe Benneter

Klaus Uwe Benneter, Generalsekretär: Liebe Genossinnen, liebe Genossen, ich möchte auf den euch vorliegenden schriftlichen Bericht hinweisen. Dort ist das aufgeführt, was uns in den letzten zwei Jahren insbesondere in der Organisation bewegt hat und was wir da vorangebracht haben.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, nur zwei kurze Anmerkungen dazu zu machen. Zum einen: Ihr wisst, dass wir im letzten Jahr sehr viele Mitglieder verloren haben. Wir haben aber auch alles getan, Aktionen und Aktivitäten entwickelt, um dieses wett zu machen. Wir haben mit vielen Werbekampagnen in den Ortsvereinen, in den Arbeitsgemeinschaften mit dafür gesorgt, dass wir unsere Mitgliederzahlen inzwischen wieder stabil halten können. Genossinnen und Genossen, der Wahlkampf war dazu eine gute Basis, um wieder mehr Mitgliedern zu bekommen.

Viele unserer neuen Mitglieder treten inzwischen online ein. Das heißt, sie melden sich über das Internet, füllen ihre Beitrittserklärung dort aus und melden sich auf diese Art und Weise als Mitglieder bzw. Sympathisanten unserer Partei. Sie können in dem Moment, wo sie ihre Online-Erklärung ausfüllen, unsere Ortsvereinskultur überhaupt nicht kennen. Deshalb meine Bitte an dieser Stelle an euch alle, an uns alle: Sorgt dafür, dass die Genossinnen und Genossen, die uns über das Online-Verfahren beitreten, nicht durch unsere spezielle Ortsvereinskultur abgeschreckt werden. Hier besteht eine neue Aufgabe für die gesamte Organisation. Wir müssen dafür sorgen, dass diese Menschen, die offensichtlich ein sehr enges Zeitbudget haben, nicht dadurch abgeschreckt werden, wie wir unsere Willensbildung und Meinungsbildung herstellen.

Denn ansonsten müssten wir wieder mit einem „Säuglingssterben“ rechnen; das können wir schon seit Jahr und Tag beobachten, gerade bei unseren Neumitgliedern. Viele verlieren bereits im ersten Jahr die Lust, bei uns mitzumachen. Hier haben alle ihre Aufgaben. Wir müssen dafür sorgen, dass die Art und Weise, wie wir in den Ortsvereinen mit solchen neuen Mitgliedern umgehen, so attraktiv und so spannend ist, dass die Mitglieder auch bei uns bleiben.

Genossinnen und Genossen, noch eine zweite Anmerkung zu dem Geschäftsbericht: Wir sind und wir wollen eine Volkspartei sein und bleiben. Dies setzt aber voraus, dass wir im gesamten Volke, in der gesamten Gesellschaft wirklich verankert sind beziehungsweise, wie man heute modern sagen würde, vernetzt sind.

Diese Vernetzung, diese Verankerung in der Gesellschaft muss natürlich auch berücksichtigen, dass wir in allen gesellschaftlichen Kreisen einen Wandel haben, wie wir ihn ansonsten bei unseren Analysen, bei unseren Anträgen ebenfalls feststellen: einen Wandel der Arbeits- und Lebensbedingungen. Dieser Wandel der Arbeits- und Lebensbedingungen bringt vielfach einen häufigen Umzug der Personen mit sich.

Häufig gibt es ganz unterschiedliche Arbeitszeiten, und es wird von ihnen hohe Flexibilität und Mobilität verlangt.

Diese Menschen sind schwer an das zu gewöhnen, was wir im Rahmen unserer Partiarbeit im Ortsverein an festen dauerhaften Regeln entwickelt haben, wo einmal im Monat an jedem Donnerstag um die gleiche Zeit eine Ortsvereinsversammlung stattfindet. Diejenigen, die ein enges Zeitbudget haben und die ihr Leben sehr gut durchorganisieren müssen, können das dann damit nicht in Einklang bringen.

Deshalb meine ich: Wenn wir als Volkspartei die Vielfalt der Gesellschaft abbilden wollen – das müssen wir, wenn wir den Anspruch als Volkspartei aufrecht erhalten wollen –, müssen wir unsere Dialoge, unsere Art und Weise, wie wir mit den Mitgliedern und den Gesellschaftsteilen umgehen, die ihr Leben sehr zeiteng und zeitarm organisieren müssen, darauf einstellen, dass auch diese bei uns mitmachen können. Denn sonst verlieren wir den Kontakt und die Verankerung gerade zu den gesellschaftlichen Schichten, für die wir ganz besonders da sein wollen, für die wir immer unsere Zukunftsmodelle entwickeln. Dann besteht natürlich die Gefahr, dass wir unsere Modelle über die Köpfe hinweg entwickeln.

Es geht mir also zum einen darum, dass wir uns um die neuen Mitglieder kümmern, insbesondere um die, die online bei uns eintreten. Die müssen uns erst einmal leibhaftig kennen lernen. Zum anderen geht es mir darum, dass wir unser Augenmerk darauf richten, als Volkspartei in der Gesellschaft verankert zu sein.

Lasst mich abschließend noch ein persönliches Wort sagen: Ich habe diese Aufgabe zwar nur 20 Monate wahrgenommen, aber ich habe sie gerne wahrgenommen. Das war eine schöne und spannende Zeit. Sie hat mich allerdings auch sehr aufgegeben und war mit viel Arbeit verbunden. Insofern denke ich, dass ich mir jetzt ein Stück mehr Lebensqualität werde gönnen können.

Nicht mehr Lebensqualität gönnen sich allerdings die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Willy-Brandt-Haus. Ich habe dort ein hohes Maß an Kompetenz erlebt. Wir stellen dort den ehrenamtlichen Mitgliedern unserer Partei einen hervorragenden Dienstleistungsbetrieb zur Verfügung. Ich habe im Willy-Brandt-Haus insbesondere auch eine hohe Loyalität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erlebt.

Deshalb möchte ich mich an dieser Stelle ausdrücklich gerade bei den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Partei bedanken. Sie kennen keinen Stundenzettel, sie kennen keine Stechuhr. Sie sind für uns Tag und Nacht da. Ich denke, dass wir gut daran tun, dies ausdrücklich an dieser Stelle zu würdigen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Klaus Uwe. – Es folgt der Bericht der Schatzmeisterin, Inge Wettig-Danielmeier. Bitte, Inge.

Bericht der Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier

Inge Wettig-Danielmeier, Schatzmeisterin: Liebe Genossinnen und Genossen, euch liegt der schriftliche Rechenschaftsbericht vor. Deswegen möchte ich nur wenige Ergänzungen machen.

Unsere finanzielle Lage ist angespannt – das wisst ihr; darüber wird vom Ortsverein aufwärts diskutiert –, und über diese finanzielle Enge gibt es ständig Konflikte, weil politisch Wünschenswertes nicht im Einklang mit dem finanziell Möglichen steht.

Während die Kommunalwahlkämpfe unter Anstrengungen gerade noch finanziert werden können, leiden die Wahlkämpfe für Landtag, Bundestag und Europawahl auf der regionalen Ebene unter unserer Einnahmeschwäche. Denn dass wir Genossinnen und Genossen parat stehen und arbeiten, haben wir im letzten Wahlkampf bewiesen.

Und der Parteivorstand hat immer größere Schwierigkeiten bei der ergänzenden Finanzierung unserer Wahlkämpfe. Wir konnten den vorgezogenen Bundestagswahlkampf mit einer großen Anstrengung ohne längerfristige Bankkredite finanzieren.



Jetzt brauchen wir eine Atempause; denn sonst müssen wir ans Eingemachte gehen.

Wir dürfen uns auch nicht damit beruhigen, dass unsere Hauptkonkurrenz, die CDU/CSU, ebenfalls Finanzprobleme hat. Nüchtern müssen wir festhalten, dass sich die Union über Spenden leichter und schneller als wir refinanziert. Trotz des hohen Verlustes durch Strafzahlungen wegen der Affären Kohl, Kiep und Kanther hat sie das unter Beweis gestellt. Sie ist praktisch wieder liquide.

Für uns ist deshalb das von ganz zentraler Bedeutung, was der Genosse Benneter in den Mittelpunkt gestellt hat, nämlich die Mitgliederwerbung. Nach den trüben Entwicklungen in den Jahren 2002, 2003 und 2004 haben wir dort in den letzten Monaten auch eine ganze Menge an Erfolgen gehabt. Unser Hauptproblem ist aber die Demographie: Die Sterbefälle sind für uns einschlägiger als die Austritte. Das heißt, dass wir ständig und immer wieder arbeiten müssen. Alle müssen anfassen. Der Genosse Beck und seine Kommission haben wichtige Vorarbeiten geleistet. Ich denke, wir müssen diese aufgreifen. Lasst uns alle 2006 und 2007 eine immense Anstrengung unternehmen, um diese Mitgliederwerbung voranzutreiben und um neue Mitglieder aufzunehmen. Nur so können wir Verluste bei Wahlen einigermaßen kompensieren.

Nun weiß ich, dass die ständigen Appelle ermüden. Wir haben auch Erfolge. Unser Unternehmensbereich konnte mit seinen Erträgen beachtlich zu unserem Finanzergebnis beitragen. Die Erträge werden überwiegend im Medienbereich erwirtschaftet und sie bewegen sich seit der umfassenden Strukturreform des Unternehmensbereichs auf einem hohen Niveau, obwohl die Zeiten der goldenen Erträge in der Medienbranche vorbei sind.

Dass es uns um mehr als ums Geldverdienen geht, zeigt unser Engagement bei der „Frankfurter Rundschau“: Die FR wäre ohne uns in die Hand von Investoren gefallen. Das wäre sicherlich nicht wünschenswert gewesen. Wir legen auch Wert auf die journalistische Qualität und nicht nur auf den Ertrag.

(Vereinzelt Beifall)

Die „Berliner Zeitung“, die nach meinem Urteil eine der besten deutschen Regionalzeitungen ist, wird uns wohl bald vorführen, was die Eigentümerschaft von zentral renditeorientierten Unternehmen bedeutet. Damit wird unser Engagement für die FR in seiner Bedeutung noch klarer. Wir wollten der FR dieses Schicksal ersparen. Diesem Parteitag kann ich sagen: Wir sind mit der „Frankfurter Rundschau“ über den Berg.

(Beifall)

Wir werden unsere Zusagen aus dem Jahre 2004 einhalten können, sodass wir uns 2006 auf eine Minderheitsbeteiligung zurückziehen können. Für eine Beteiligung

gibt es inzwischen jedenfalls mehr seriöse Interessenten, als ich an einer Hand abzählen kann.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, leider ist unser Medieneigentum nicht unumstritten. Regelmäßig gibt es offene und verdeckte Angriffe. Beide Formen sind gefährlich. Ein neues Beispiel liefert ein Fax aus der Redaktion einer großen überregionalen Zeitung von heute, 12.31 Uhr. In diesem wurden acht Fragen an unsere Medienholding gestellt. Interessanterweise sollten die Antworten bis 15.00 Uhr da sein. Sie sind es auch gewesen. Die DDVG hatte keine Mühe damit, diese Fragen zu beantworten, obwohl es schon lästig ist, immer wieder auf diese Mischung von allgemein zugänglichen Informationen, Halbwahrheiten und Fälschungen zu antworten. Wir werden dieses tun und wir werden es genauso, wie wir es bei den Angriffen des „Focus“ getan haben, mit allem Nachdruck tun. Wir werden vermutlich auch Gerichte in Anspruch nehmen müssen – dabei haben wir in der Vergangenheit in der Regel gewonnen –; denn wir müssen Schaden von unserem Vermögen abwenden.

Ich stehe dafür ein: 140 Jahre Medieneigentum der SPD lassen wir uns nicht durch Heckenschützen kaputtmachen.

(Beifall)

Die Zitate aus dem Papier zeigen, dass wir wie bei den „Focus“-Angriffen wiederum in Richtung Verkauf unserer Medienbeteiligungen gedrängt werden sollen. Das sind die versteckten Angriffe. Dass unser Medieneigentum auch durch die Gesetzgebung beschränkt werden soll, zeigen die Versuche von CDU/CSU und FDP. Obwohl über 100 Jahre alt, wird seine Legitimität von unserer politischen Konkurrenz immer wieder in Zweifel gezogen. Wir haben uns nichts erschlichen. Das Basisvermögen wurde wirklich aus Arbeitergroschen zusammengespart. In späteren Jahrzehnten wurde dieses Vermögen dann weiterentwickelt.

Mit großer Härte und unbeeindruckt von unseren Argumenten haben CDU/CSU und FDP ab 2002 versucht, uns bei der wirtschaftlichen Nutzung des Medieneigentums in die Enge zu treiben. Die CDU-Regierungen in Hessen, Niedersachsen und Baden-Württemberg sowie die CSU-Regierung haben Rundfunkgesetze durchgepaukt, die uns in letzter Konsequenz zum Verkauf unserer Medienbeteiligungen zwingen würden. 2004 und 2005 hat die FDP, unterstützt von der Union, kalt und schnörkellos die Enteignung der gesamten Medienbeteiligungen eingefordert. Müssten wir verkaufen – das wissen diese Parteien genau –, würden wir wegen des Zeitdrucks deutlich unter dem Marktwert verkaufen müssen. Diesen Kollateralschaden kalkulieren sie freundlich mit ein. Schließlich geht es um die Schwächung der SPD.

Gegen diese Forderung von Schwarz-Gelb haben das Wahlergebnis vom 18. September und unser eben gefasster Beschluss für die beginnende Wahlperiode erst einmal eine Blockade errichtet.

Selbstverständlich haben wir uns juristisch gegen diese verdeckte Enteignung gewehrt. Dabei haben wir auch einen deutlichen Erfolg vor dem niedersächsischen Staatsgerichtshof in Bückeburg erstritten. In allen zentralen Punkten unterlag die CDU-Regierung von Christian Wulff.

(Beifall)

Der Staatsgerichtshof bestätigte das Grundrecht von politischen Parteien auf Eigentum an Medien und er schloss auch die Beteiligung am privaten Rundfunk nicht aus. Ausdrücklich möchte ich unserer niedersächsischen Landtagsfraktion danken, dass sie diese Klage mit uns vorangetrieben hat.

(Beifall)

Die Bundestagsfraktion hat das hessische Gesetz mit einer Normenkontrollklage vor das Bundesverfassungsgericht gebracht. Bei dieser Art von Prozessen kann es Jahre dauern. Wir werden und wir müssen mit einem hohen argumentativen Einsatz streiten, um unsere Enteignung zu verhindern.

Liebe Genossinnen und Genossen, mir ist bewusst, dass die Änderungen des Parteiengesetzes von 2002 und 2004 eine große Anstrengung von unseren Kassiererinnen und Kassierern auf allen Ebenen der Partei verlangt haben. Die zusätzliche Arbeitslast wird dauerhaft sein. Wir haben diese Verschärfungen den Sünden von Kohl, Kiep und Kanther zu verdanken; denn unsere Fehlritte in Köln und Wuppertal hätten diese Verschärfungen nicht begründet. Wir haben bei den Parteifinzen jetzt das strengste Kontrollsystem der Welt und wir müssen die Anforderungen erfüllen. Wir haben aber auch eine größere Transparenz der Parteifinzen erreicht – übrigens beginnend im Jahre 1994.

Ich bedanke mich bei unseren Tausenden von Kassiererinnen und Kassieren, die ein stetiges Engagement für uns erbringen und die für die finanzielle und politische Unabhängigkeit unserer Partei eine hoch einzuschätzende Arbeit leisten.

(Beifall)

Nach den Anstrengungen der letzten Jahre habe ich euch herzlich zu danken. Ich bin mir sicher, dass dieses Dankeschön vom ganzen Parteitag geteilt wird. – Ich danke euch für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, liebe Inge. – Liebe Genossinnen und Genossen, ich mache jetzt einen Vorschlag zum weiteren Verfahren. Das geht auch an die, die gerade außerhalb des Plenums sind.

Es kommt jetzt der Bericht der Kontrollkommission. Er dauert vielleicht zehn Minuten. Anschließend erfolgt eine Aussprache. Wortmeldungen dazu liegen bisher nicht vor. Wir haben noch bis 19 Uhr Zeit. Das hat zur Folge, dass wir Antragspakete vorziehen. Ich habe das Kapitel A – Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik – und das Kapitel zur Europapolitik vor mir liegen. Ich bitte diejenigen, die an den Themen interessiert und jetzt nicht im Saal sind, in absehbarer Zeit hier aufzumarschieren, denn wir wollen die Zeit auf diesem Parteitag nutzen.

Jetzt kommt also der Bericht der Kontrollkommission. Anschließend werden die Europapolitik und die Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik behandelt. – Das Wort hat jetzt Christa Randzio-Plath.

Bericht der Kontrollkommission

Christa Randzio-Plath, Kontrollkommission: Liebe Genossinnen und Genossen! In eurem Auftrag und wie es das Statut unserer Organisation, unserer Partei, fordert, hat die Kontrollkommission die Arbeit des Vorstandes ständig kritisch begleitet. Die Kontrollkommission hat seit dem letzten Parteitag neun mal getagt und 22 förmliche Beschlüsse gefasst, die fast alle umgesetzt sind.

In den letzten beiden Jahren ist es deswegen nicht zu einer Überschreitung des Budgets der Partei gekommen, weil erhöhte Ausgaben immer durch erhöhte Einnahmen abgedeckt werden konnten. Die Transparenz der Ausgaben ist weiter verbessert worden. Die Haushaltsrichtlinien entsprechen den Anforderungen an Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit. Das gilt auch für die Vergabe von Krediten und Zuschüssen an Gliederungen der Partei. Aufgrund der geänderten Haushaltsrichtlinien müssen jetzt auch Zuschüsse ab 15.000 Euro vom Präsidium beschlossen werden, weil auf diese Weise eine gerechte Verteilung der Mittel, die der Partei zur Verfügung stehen, erreicht werden kann.

Wir als Kontrollkommission können aufgrund unserer regelmäßigen Prüfungen zum Bereich Darlehen feststellen, dass es sowohl verzinst als auch zinslos gibt, die vergeben und in den zuständigen Gremien beschlossen werden. Beide Seiten profitieren von diesen Regelungen. Diese Regelungen machen uns sehr handlungsfähig.

Aufgabe der Kontrollkommission ist es, die Kostenneutralität bei den Ausgaben in den Arbeitsbereichen der stellvertretenden Parteivorsitzenden zu kontrollieren. Das ist 1993 beschlossen worden. Hierzu einige Zahlen, die vielleicht alle von euch erstaunen:

Betrugen die Ausgaben für die Stellvertreterinnen und Stellvertreter und ihre Tätigkeiten 1995/1996 durchschnittlich noch 0,6 Millionen Euro jährlich, so lagen sie im Jahre 2002/2003 bei durchschnittlich 0,36 Millionen Euro und 2004 waren es nur 0,32 Millionen Euro. Das heißt also, auch die Spitze ist bei den Konsolidierungsmaßnahmen durchaus positiv beteiligt. Es ist auch hinzuzufügen, dass diejenigen, die für die Stellvertreter und die Stellvertreterinnen arbeiten, eine zusätzliche Aufgabe übernommen haben, indem sie Kommissionen betreuen.

Genauso wie die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat auch die Kontrollkommission die Betriebshaushalte 2003 und 2004 geprüft und gebilligt. Die Finanzen der Partei sind in Ordnung. Dafür gilt der Schatzmeisterin und der Schatzmeisterei unser Dank.

Ich meine, es ist gut, dass wir diese Feststellung treffen können, denn wenn die Finanzen einer Partei in Ordnung sind, dann ist dies auch gut für die politische Kultur in unserem Lande.

Genossinnen und Genossen, beim letzten Parteitag stand eine Europawahl vor der Tür, diesmal liegt die Bundestagswahl hinter uns. Wir haben es geschafft, die SPD von einem kritischen Wert zu einem Wahlergebnis von über 34 Prozent zu bringen. Wir wollen also Regierungspartei bleiben – das ist ja eben noch einmal bestätigt worden –, um sozialdemokratische Werte zu verteidigen und ein gerechtes Gesellschaftsmodell im Interesse der Mehrheit der Menschen durchzusetzen.

Die Diskrepanz zwischen sinkenden Einnahmen und den hohen Ausgaben durch Wahlkämpfe nimmt aber immer weiter zu und gefährdet auch die Kampagnefähigkeit einer politischen Partei. Schließlich ist es so, wie ja auch die Schatzmeisterin in ihrem Bericht feststellt, dass wir aufgrund der demographischen Entwicklung Einnahmen durch Mitgliedsbeiträge verlieren. Gleichzeitig verlieren wir auch durch verlorene Wahlen Einnahmen. Zudem muss der Parteivorstand haften: Wenn Gliederungen Regelverstöße begehen, wird der Parteivorstand dafür haftbar gemacht. Auch ist zu beklagen, dass die Beitragsehrlichkeit zu wünschen übrig lässt, wenngleich sich die Beitragsehrlichkeit der Amts- und Mandatsträger in diesem Jahr verbessert hat, auch durch besondere Aktionen.

Ich denke, wir müssen darauf verweisen, wie wichtig die weitere Säule der Finanzierung der politischen Tätigkeiten der SPD durch Erträge aus dem Unternehmensbereich ist. Denn wir können uns nicht mit den Spendeneinnahmen der anderen Parteien vergleichen. Wir sind also dieser sehr guten und bewahrenswerten Tradition verpflichtet und auch auf sie angewiesen. Wir brauchen diese Erträge, um die finanziellen Lasten tragen zu können, die die SPD zu tragen hat.

Ich will nur daran erinnern, dass diese Erträge aus dem Unternehmensbereich für die Finanzierung der Baukosten des Willy-Brandt-Hauses nachhaltig verwandt werden. Daran wird deutlich, dass hier keine Verschwendung praktiziert wird, sondern dass wir für unsere Arbeit und die Erhaltung unserer Kampagnefähigkeit auf keinen Fall auf diesen Unternehmensbereich verzichten können, nicht nur aus finanziellen Gründen, wie ich meine, sondern auch aus politischen Gründen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen auch darauf hinweisen, dass neben der schwierigen Einnahmesituation in den letzten beiden Jahren natürlich auch die dramatische Veränderung der Ausgabensituation zu bedenken ist. Sie hatte vor allen Dingen etwas mit den vorgezogenen Wahlen zu tun. In diesem Zusammenhang eine Anmerkung: Die Kontrollkommission empfiehlt nicht, dass dreijährige Legislaturperioden zur Regel werden, genauso wenig wie die rasanten, dynamischen Veränderungen an der Spitze der SPD. Auch dies hat nicht nur politische Folgen, sondern auch finanzielle Folgen.

Wir haben viele Empfehlungen beschlossen, die auch vom Parteivorstand umgesetzt worden sind. Wichtig war die Einrichtung der KAMPA im Willy-Brandt-Haus, sowohl im Europawahlkampf wie auch im Bundestagswahlkampf. Ich denke, das hat wirklich zu den Erfolgen dieser Wahlkämpfe beigetragen bzw. hat Misserfolge eingedämmt.

Sicherlich muss insbesondere an die hohen Ausgaben durch den Medienetat gedacht werden. Aber die Regionalisierung der Anzeigenschaltung war bestimmt ein wichtiger und richtiger Weg. Auch ist es, gerade im letzten Bundestagswahlkampf, sicherlich wichtig gewesen, die Ausgaben für die Kundgebungen von Gerhard Schröder und Franz Müntefering noch einmal zu erhöhen, weil diese Kosten dazu beigetragen haben, viele Menschen zu erreichen, die wir nicht über die Medien erreichen konnten, die dann aber später für uns gestimmt haben.

An dieser Stelle sollte den beiden Akteuren und den Organisatoren dieser Veranstaltungen noch einmal gedankt werden, haben sie doch gute Grundlagen für die Zukunftsfähigkeit der SPD gelegt und uns dabei geholfen, das Tal der Tränen zu überwinden.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, nach dem Ende des Wahlkampfes geht es nun darum, die Strukturen zu analysieren und so zu verändern, dass wir trotz der schwierigen Finanzlage noch politikfähig bleiben. Erfreulicherweise wird die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung im Haushalt des Parteivorstandes auch vom Betriebsrat des Parteivorstandes eingesehen. Wir freuen uns, dass in einem gemeinsamen Prozess zwischen Geschäftsleitung, Betriebsrat und Schatzmeisterei zur Erhaltung von Arbeitsplätzen Privilegien abgebaut werden können und auf allen Ebenen gespart wird, auch an der Spitze. Von daher sind alle drei Beteiligten nachdrücklich zu loben.

Im Berichtszeitraum wurden, wie gesagt, Strukturreformen im Parteivorstand angefangen. Die neue Parteiführung wird von der Kontrollkommission aufgefordert, diese lobenswerten Anstrengungen weiter zu verfolgen. Schließlich sind nicht nur alte Zöpfe abgeschnitten worden, sondern man hat auch auf neuen Wegen gedacht. Von Bedeutung wird es sein, an den Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter festzuhalten. Sie haben sich positiv ausgewirkt. An ihnen darf auch in Zukunft nicht gespart werden. Investitionen in Köpfe werden in einer Wissensgesellschaft erst recht in politischen Parteien gebraucht.

Verbessert hat sich der Teamgeist, sicherlich auch als ein Ergebnis der Tatsache, dass – wie von der Kontrollkommission immer gefordert – die KAMPA im Willy-Brandt-Haus angesiedelt war. Dies hatte positive finanzielle Auswirkungen, hat aber mit Sicherheit auch die Motivation und die Team- und Leistungsfähigkeit in der Zentrale gefördert.

Die KAMPA funktionierte als moderne Kampagnenzentrale in der Mitte der Partei und hatte eine große Ausstrahlung. Um sowohl den haushalterischen als auch den Erfordernissen der Modernisierung gerecht zu werden, muss weiterhin über die Arbeitsstrukturen nachgedacht werden. Projektbezogene Aktivitäten müssen sicherlich im Vordergrund stehen. Hier kann man aus den Erfahrungen der Wahlkämpfe lernen und positive Ansätze für die Kampagnenfähigkeit der SPD übernehmen.

Geändert werden könnte aber einiges. Geändert werden könnte an der Personalpolitik der SPD – das hat die Kontrollkommission wiederholt angemahnt –, dass es in den Leitungspositionen des Willy-Brandt-Hauses immer noch zu wenige Frauen gibt.

(Vereinzelt Beifall)

Hier ergeht die Aufforderung an die neue Parteiführung, dies unverzüglich zu ändern.

Die Partei muss also eine Dienstleistungszentrale sein und Effizienz und Leistungsfähigkeit, Teamgeist, aber auch soziales Engagement zusammenbinden. Von großer Bedeutung wird – neben der Verbesserung der Organisationsfähigkeit – sein, dass die SPD gerade im Zeichen der Großen Koalition eine Grund- und Wertedebatte ausführlich, intensiv, öffentlich und transparent führt. Wenn die SPD eine Mitgliederpartei bleiben will, wird diese Orientierung mehr denn je gebraucht. Eine Mitgliederpartei braucht Identität und Profil. Von daher muss die Arbeit der Grundsatzkommission wieder aufgenommen werden, damit auf einem nächsten Parteitag diese Arbeit diskutiert und ein neues Programm im Interesse unserer Zukunftsfähigkeit und Wählbarkeit beschlossen werden kann.

Liebe Genossinnen und Genossen, namens der Kontrollkommission der SPD beantrage ich hiermit die Entlastung des SPD-Parteivorstandes für den Berichtszeitraum vom ordentlichen Parteitag in Bochum bis heute. Danke für Eure Aufmerksamkeit!

(Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Christa! Das waren die mündlichen Rechenschaftsberichte. Schriftlich liegt euch der Bericht der Bundestagsfraktion, der Gleichstellungsbericht und der Bericht über den Stand der Arbeitnehmerfragen/Betriebsgruppenorganisation vor.

Ich rufe jetzt die Aussprache zu den Rechenschaftsberichten auf. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache zu den Rechenschaftsberichten.

Ich stelle jetzt den Antrag von Christa auf Entlastung des Vorstandes zur Abstimmung. Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmige Entlastung des Parteivorstands. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind jetzt deutlich weiter als nach unserem Plan und können deshalb die ersten Antragsberatungen einschieben. Wir orientieren uns an dem dicken Antragsbuch.

Ich rufe die Anträge zum Thema Europa auf, die Seiten 6 ff. Für die Antragskommission wird Heidi Wieczorek einleiten.

Beratung der Anträge zur Europapolitik

Heidemarie Wieczorek-Zeul, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen, es geht an dieser Stelle nicht um die Einleitung, sondern es ist so, dass wir in diesen Anträgen als aller erstes Anträge zur EU-Dienstleistungsrichtlinie haben. Wir empfehlen, den Antrag EU 3 und damit die anderen Anträge, die zur Dienstleistungsrichtlinie eingebracht worden sind, als erledigt zu betrachten.

In dem Ausdruck steht auf S. 9: „Annahme und Initiativantrag des Parteivorstandes im Lichte der weiteren Beratungen im Europäischen Parlament“. Dieser Initiativantrag hat sich aufgrund der Situation im Europäischen Parlament als nicht notwendig erwiesen, sodass wir insgesamt die Annahme empfehlen.

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Wolltest du zu den einzelnen Anträgen etwas sagen oder nur insgesamt? Das können wir natürlich auch so machen.

Heidemarie Wieczorek-Zeul, Antragskommission: Wir können es der Reihe nach machen; kein Problem.

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, es ergeht der Hinweis, dass wir dafür sorgen sollen, dass die Delegierten wieder hereinkommen. Ich weiß, dass überall Monitore sehen. Ich habe deshalb vor dem Bericht der Kontrollkommission schon einmal darauf aufmerksam gemacht – für alle, die interessiert sind und bei der Antragsberatung mitwirken wollen –, dass ich die Anträge zum Thema Europapolitik aufgerufen habe. Wir beginnen mit dem ersten Antrag, EU 3. Zu Wort gemeldet hat sich Angelica Schwall-Düren. Es folgt Martin Schulz.

Angelica Schwall-Düren, Parteivorstand: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Ich möchte ebenfalls dafür werben, dass ihr dem Antrag EU 3 zustimmt. Dieser Antrag greift ein ganz wichtiges Thema auf. Das belegt, dass zu dem Thema Europäische Dienstleistungsrichtlinie eine ganze Reihe von Anträgen gestellt worden sind. Wir haben ja heute und im Zusammenhang mit den Koalitionsverhandlungen schon viel darüber gesprochen, dass wir mehr wirtschaftliche Dynamik und mehr Arbeitsplätze brauchen. In der Tat bietet der Dienstleistungsmarkt hier Chancen. Deswegen ist es sinnvoll, viel dafür zu tun, dass der Binnenmarkt für Dienstleistungen vollendet wird, weil wir in diesem Bereich tatsächlich Defizite haben, was den innereuropäischen Austausch angeht.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, es ist einfacher gesagt als getan, zu sagen, wir müssten Barrieren abbauen und Bürokratie verhindern, damit hier Dynamik Platz greifen kann; denn gleichzeitig gibt es in Verbindung damit viele Gefahren. Es besteht vor allen Dingen die Gefahr, dass das, was uns so wichtig ist – der soziale



Zusammenhalt in der Europäischen Union – kaputt gemacht wird, indem es zu einem Wettbewerb um niedrige Standards und billige Löhne kommt.

Deswegen müssen wir hier sehr aufpassen. Es könnte durchaus sein, dass einige wenige Dienstleister aus Deutschland, die hoch qualifizierte Dienstleistungen anbieten, profitieren, wenn wir diesem Entwurf der Europäischen Kommission folgen; dass aber genau die Gruppe, um die wir uns die meisten Sorgen machen müssen – die Menschen, die in den Niedriglohnbereichen arbeiten –, durch eine Konkurrenz um diese Standards um ihre Existenzsicherung gebracht werden.

Deswegen ist es so wichtig, dass in diesem Antrag die entscheidenden Punkte aufgeschrieben sind: dass es tatsächlich darum geht, dass wir die hochwertigen Dienstleistungen schützen und dass wir vor allen Dingen dafür sorgen, dass die Bereiche der Daseinsvorsorge nicht in Gefahr geraten, auszubluten. Es muss in der Tat eine klare Definition her, wo diese Dienstleistungsrichtlinie überhaupt ihre Anwendung finden soll.

Wir sind überzeugt, dass das Herkunftslandprinzip, das besagt, dass der Dienstleister mit den Rechtstatbeständen aus seinem Land in jedes andere Land gehen kann, als ein generelles Prinzip zurückgewiesen werden muss.

Denn das, was damit verbunden sein soll, nämlich Bürokratie abzubauen, wird nicht erreicht, sondern es ist nur eine Verlagerung von Bürokratie vom Anbieter zum Abnehmer der Dienstleistung hin. Daher haben wir dann viele negative Auswirkungen, wenn man nur an den Bereich der Rechtsfindung denkt, wo wir zu einem europäischen Turm von Babel finden würden.

Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, bin ich sehr froh, dass auch schon Gerhard Schröder in seiner Arbeit im Europäischen Rat – zusammen mit Jacques Chirac, dem französischen Staatspräsidenten – klargestellt hat, dass dieser Entwurf der Dienstleistungsrichtlinie so nicht akzeptiert werden kann.

Unsere Kollegin Evelyne Gebhardt aus dem EP ist Berichterstatterin für diesen Bereich. Sie musste leider nach Straßburg zurück. Sie hat mit ihren Kolleginnen und Kollegen hervorragende Arbeit geleistet und dafür gesorgt, dass das Europäische Parlament hier Anträge zur Veränderung dieser Dienstleistungsrichtlinie stellt und insbesondere das Herkunftslandsprinzip zurückweist.

Wir haben es darüber hinaus, liebe Genossinnen und Genossen, erfreulicherweise in den Koalitionsvereinbarungen geschafft, dass wir hier sehr klare Aussagen gemacht haben – und das, obwohl die CDU ursprünglich genau das Gegenteil verankern wollte. Diese Tatsache weist aber darauf hin, dass dieser Kampf noch nicht ausgestanden ist. Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, ist es sinnvoll, dass wir diesen Antrag heute beschließen. Ich bitte euch, eure Zustimmung zu geben. Danke schön.

(Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Angelica. – Als Nächster Martin Schulz.

Martin Schulz, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte an das anschließen, was Angelica gesagt hat, und eine grundsätzliche Bemerkung zu der Frage machen, wie der europäische Binnenmarkt sich entwickelt.

Liebe Genossinnen und Genossen, das, was sich an der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert abspielt, was wir mit dem Begriff „Globalisierung“ zu bezeichnen pflegen, ist durchaus vergleichbar mit dem, was unsere Großväter und Urgroßväter, die Gründerväter und -mütter der internationalen Arbeiterbewegung an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert ebenfalls diskutiert haben: die Transformation einer Gesellschaft.

Der Übergang von der Agrargesellschaft in die Industriegesellschaft bedurfte der Organisation der Arbeiterbewegung in Form von Gewerkschaften und sozialistischen Parteien, die die Rechte der Menschen erkämpfen mussten und erkämpfte Rechte verteidigen mussten, und das mit großem Erfolg, insbesondere in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, realisiert haben.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war das Erfolgsmodell des europäischen Sozialstaats, dass der ökonomische und technische Fortschritt immer gekoppelt wurde an den sozialen Fortschritt. Es ist das große Verdienst der Sozialdemokratie, dass sie das parallelisiert hat. Mehr ökonomischer Fortschritt, mehr Wachstum, mehr Jobs wurde immer auch gekoppelt mit mehr Partizipation der Arbeiterbewegung am Staat und an der Wirtschaft.

Jetzt, liebe Genossinnen und Genossen, befinden wir uns wieder in einem Transformationsprozess. Die Industriegesellschaft geht in das über, was wir wissensbasierte Gesellschaft nennen. Wir haben keine ökonomischen Grenzen mehr. Es gibt nicht mehr den reinen Charakter der nationalen Ökonomie. Die Ökonomie ist grenzenlos. Aber die sozialen Schutzsysteme sind im nationalen Rahmen erworben worden und sie bleiben auch im nationalen Rahmen, während aber die Ökonomie internationalisiert wird. Diese Ungleichzeitigkeit führt zu einem enormen Risiko, nämlich zu dem Risiko, dass der europäische Binnenmarkt missbraucht werden kann, um national erworbene Schutzstandards zu zertrümmern. Das genau, Genossinnen und Genossen, ist das, was wir diskutieren, wenn wir über die Dienstleistungsrichtlinie sprechen. Es geht darum, dass der Binnenmarkt so organisiert werden muss, dass verhindert wird, dass der niedrigste Lohn, das niedrigste Schutzniveau, der niedrigste Anteil an Mitbestimmung die beste Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens ist. Das genau aber ist neoliberale Strategie. Liebe Genossinnen und Genossen, wir verhindern mit unserer Arbeit im Europäischen Parlament, die sozialistische Fraktion zumal, dass das in Europa mehrheitsfähig wird.

Ich will noch einmal auf die Koalitionsvereinbarung zurückkommen. Ich bin froh, dass in der Koalitionsvereinbarung festgehalten worden ist, dass es ein Bekenntnis unserer Regierung zur Verfassung gibt, denn wenn die Verfassung kommt, dann, liebe Genossinnen und Genossen, haben wir in viel, viel mehr Bereichen, als es jetzt der Fall ist, die Chance, Sozialdumping durch konkrete sozial verantwortliche Gesetzgebung im Europäischen Parlament zu verhindern.

Lasst mich hinzufügen: Es ist bedauerlich, aber viele wissen es nicht; deshalb sage ich es hier: Wenn verhindert werden soll, dass die Dienstleistungsrichtlinie tatsächlich missbraucht werden kann, dass sie Sozialdumping mit sich bringt, dann, liebe Genossinnen und Genossen, brauchen wir dazu im Europäischen Parlament eine Mehrheit. Diese Mehrheit muss man erkämpfen. Ich hoffe, dass die Kolleginnen und Kollegen aus der Partei, die jetzt mit uns auf nationaler Ebene in die große Koalition eingetreten ist, dann auch die Vernunft besitzen, im Europaparlament unserer Berichtstermin bei der Dienstleistungsrichtlinie Unterstützung zu geben und ihr nicht in den Rücken zu fallen. Das wäre dann auch ein Beitrag zum europäischen Sozialstaat, den die CDU verantwortungsbewusst in diese Koalition mit einbringen kann.

Eine letzte Bemerkung, liebe Genossinnen und Genossen: Der Kampf, den wir in Europa führen, ist der Versuch – ich wiederhole das –, das, was im nationalen Rahmen funktioniert hat, nämlich die wirtschaftliche Entwicklung mit der sozialen Entwicklung zu verbinden, auch in Europa zu garantieren. Das, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen, hat eine Grundvoraussetzung, nämlich dass die Institutionen Europas demokratisiert und die direkt gewählte europäische Volksvertretung, das Europäische Parlament, stark gemacht wird, stark gemacht wird es – ich komme darauf zurück – durch die Verfassung.

Deshalb auch meine Bitte an diesen Parteitag: Mit der Unterstützung der europapolitischen Anträge, auch des EU 3, wird noch einmal dokumentiert: Europa ist dann gerecht und es ist dann stark, wenn die Wirtschafts- und Währungsunion eingebettet wird in die Sozialunion. Das große Defizit ist: Wir fahren in der ökonomischen Entwicklung Europas mit dem Ferrari. Aber wir dürfen nicht zulassen, dass die Sozialstaatlichkeit mit dem Dreirädchen hinterherfährt. – Vielen Dank.

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Ich habe noch eine dritte Wortmeldung zu EU 3, Peter Dreßen aus Baden-Württemberg.

Peter Dreßen, LV Baden-Württemberg: Diese EU-Dienstleistungsrichtlinie hat in den letzten Jahren wirklich viel Ärger verursacht, auch bei den Wählern. Deswegen ist mir Punkt 4 zu schwammig formuliert. Da heißt es: „Das Herkunftslandprinzip kann nicht das Grundprinzip des Binnenmarktes für Dienstleistungen sein.“ Ich wäre doch dafür, dass wir schreiben: „Das Herkunftslandprinzip darf nicht das Grundprinzip des Binnenmarktes für Dienstleistungen sein“, damit es deutlicher wird.

Dann heißt es dort weiter: „Solange dies nicht erreicht ist, ist die Anwendung des Herkunftslandprinzips nicht akzeptabel.“ Das ist wieder so richtig schön diplomatisch. Da sollten wir auch eine klarere Sprache sprechen und schreiben: „Solange dies nicht erreicht ist, ist die Anwendung der Herkunftslandprinzips auszuschließen.“ Das ist deutlich. Damit hätten wir uns, glaube ich, viel Ärger erspart. Wie gesagt, das hat uns in den letzten Jahren wirklich viel Ärger gekostet.

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Uns liegt das jetzt nicht schriftlich vor. – Heidi, übernimmt die Antragskommission das? – Ich sehe zustimmendes Nicken. Die Antragskommission übernimmt die beiden Vorschläge.

(Beifall)

Dann lasse ich jetzt über den Antrag EU 3 abstimmen, über die Empfehlung der Antragskommission: Annahme. Das ist abweichend von dem, was im Antragsbuch steht. Wer stimmt der Annahme des Antrags EU 3 zu? – Gegenstimmen? – Das ist dann so beschlossen. Damit sind die Anträge EU 1, 2, 4, 5, 6, 7 und 8 hinfällig. – Einwände sehe ich nicht.

Dann rufe ich auf: EU 9. – Heidi, ich glaube, du brauchst nur etwas zu sagen, wenn Bedarf ist. Da geht es um die Öffnung des Wassermarktes. Das ist auf Seite 11 im Antragsbuch. Wortmeldungen habe ich dazu nicht.

Die Antragskommission schlägt vor: Überweisung an Bundestagsfraktion und die SPD-Gruppe im Europaparlament. Wer schließt sich dieser Empfehlung an? – Das ist so beschlossen.

EU 10 auf Seite 11, Unternehmensmitbestimmung. Nach Meinung der Antragskommission erledigt durch Wahlmanifest. – So beschlossen.

EU 11, Türkei in Europa. – Erledigt durch Regierungshandeln und Beschlusslage der EU. Wortmeldungen keine, abweichende Anträge auch nicht. Dann verfahren wir so, wie die Antragskommission vorschlägt.

Wir kommen zu EU 12. Dort habe ich den Hinweis zu machen, dass auf Seite 13 in der Zeile 52 ein kleiner, wenn auch bedeutungsvoller Fehler drinsteckt: Es muss nicht „WHO“, sondern „WTO“ – Welthandelsorganisation – heißen.

Vorgeschlagen ist die Annahme in der Fassung der Antragskommission. Wer stimmt diesem Votum zu? – Gegenstimmen? – Das ist so beschlossen.

Wir kommen zu EU 13 auf Seite 14, Europasprache. – Wortmeldungen habe ich keine. Hier ist Ablehnung vorgeschlagen. Wer folgt diesem Votum? – Gegenstimmen? Das Erste waren wenige und das Zweite noch weniger Stimmen. Also ist der Antragskommission gefolgt, Ablehnung.

EU 14, EU-Umsatzsteuer. Hier wird vorgeschlagen: Überweisung an die Bundestagsfraktion. – Wortmeldungen keine. – Wer stimmt dem zu? – Das ist beschlossen.

Bei EU 15, SPE, wird Überweisung an den Parteivorstand angeregt. Keine Wortmeldungen. Widerworte auch nicht. – Damit es nicht so monoton wird, machen wir es immer unterschiedlich. – So beschlossen.

EU 16, Bundesliste bei der Europawahl. – Dieser Antrag ist von den Antragstellern zurückgezogen worden.

Damit haben wir den gesamten Block „EU“ abgearbeitet. Ich rufe jetzt die folgenden Seiten auf, das Kapitel A, Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik. – Heidi, willst du das einleitend machen?

Beratung der Anträge zur Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik

Heidemarie Wieczorek-Zeul, Antragskommission: Genossinnen und Genossen, ein Großteil der Anträge in diesem Bereich haben wir an die Programmkommission überwiesen, da sie entweder im Manifest oder auch in anderer Form in Beschlussfassungen enthalten waren oder auch längerfristige Diskussionen brauchen.

Ich möchte insbesondere darauf verweisen, dass wir euch bei den Anträgen A 11 bis A 18 – das sind die Anträge, die sich auf die Frage Wehrpflicht beziehen – vorschlagen, sie an die Programmkommission zu überweisen, sodass die Verabschiedung dann auf einem Parteitag, der vermutlich Ende 2006 oder Anfang 2007 stattfinden wird, erfolgen sollte.

Ich will noch einmal daran erinnern: Wir hatten ursprünglich vor, dieses Thema hier auf dieser Konferenz zu entscheiden. Das hatten wir zu einem Zeitpunkt festgelegt, als über die Bundestagswahl noch nicht entschieden war. Die Parteigliederungen haben das dann nicht so ausführlich diskutieren können, wie wir es ursprünglich geplant hatten. Wir haben – darauf muss man verweisen – in der Koalitionsvereinbarung im Rahmen dieser großen Koalition das Fortbestehen der Wehrpflicht beschlossen.

Die weitergehende Diskussion halten wir im Rahmen der längerfristigen Programmorientierung dennoch für wichtig und schlagen deshalb vor, diese entsprechenden Anträge zu überweisen.

So viel zu den Anträgen, die zu diesem Komplex vorliegen.

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Heidi. Wortmeldungen liegen bisher zu keinem der A-Anträge vor. Wir kommen zu den Einzelanträgen.

Ich rufe den Antrag A 1 auf Seite 18 zum Thema GATS-Abkommen auf. Hier ist Annahme und Überweisung an die Bundestagsfraktion und SPE-Fraktion vorgeschlagen. Wer stimmt dem zu? – Das ist überwältigend so beschlossen.

A 2 „Verantwortung für eine friedliche Welt“. Es ist Überweisung als Material an die Programmkommission vorgeschlagen. Wer folgt diesem Votum? – Auch beschlossen.

Wir kommen zu A 3 „Entwicklungspolitik/Entschuldungsinitiative“. Hier ist Annahme vorgeschlagen. Wer folgt dem Votum? – Beschlossen.

A 4 „Einberufung einer internationalen Kaffeekonferenz“. Das wird natürlich an die Bundestagsfraktion überwiesen. Peter, was ist da bei Euch los? Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wer stimmt dem zu? – Ich wünsche der Konferenz einen guten Erfolg.

A 5 „Importstopp für tropisches Bauholz“. Auch hier wird Annahme empfohlen. Wer folgt dem Votum? – So beschlossen.

A 6 „Waffenembargo gegen China aufrechterhalten“. Dieser Antrag ist erledigt durch Antrag der Bundestagsfraktion. Bestreitet das jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist A 6 erledigt.

Für A 7 und A 8 gilt das Gleiche.

A 9 „Bewältigung der Konversionslasten“. Es wird Überweisung an die Bundestagsfraktion vorgeschlagen. Wer folgt dem Votum? – So beschlossen.

A 10 „Vernichtung von Splitter- und Streubomben“. Auch hier wird Überweisung an die Bundestagsfraktion vorgeschlagen. Wer folgt dem? – So beschlossen.

A 11 zum Thema Wehrpflicht. Wortmeldungen gibt es keine. Vorgeschlagen ist Überweisung an die Programmkommission zur Verabschiedung auf dem Programmparteitag. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Bei wenigen Gegenstimmen ist das so beschlossen. Damit sind die Anträge A 12 bis A 18 erledigt. Wir haben den Bereich der A-Anträge abgearbeitet.

Beratung der Anträge zur Innen- und Rechtspolitik

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Wir können jetzt den Bereich Innen- und Rechtspolitik abarbeiten. Das sind die Seiten 100 bis 119. Berichtersteller ist Klaus Uwe Benneter. Es gibt keine Wortmeldungen. Wenn welche komme, unterbreche ich sofort die Abstimmung. Es gibt nachher eine Wortmeldung zu I 13.

I 1 auf Seite 100 zum Thema Rechtsextremismus. Es wird Annahme vorgeschlagen. Wer folgt dem Votum? – Das ist so beschlossen.

I 2 „Rechtsextremismus bekämpfen – NPD verbieten“. Vorschlag ist Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wer stimmt dem zu? – Auch beschlossen.

I 3 „Einrichtung einer Bundesstiftung für demokratische Kultur“. Hier ist Annahme empfohlen. Wer folgt dem Votum? – So beschlossen.

I 4 „Integrationspolitik für Migrantinnen und Migranten“. Überweisung an viele. Findet das Eure Zustimmung, dann lasst es erkennen. – Auch so beschlossen.

I 5 zum Thema Zuwanderungsgesetz. Auch hier Überweisung an Bundestagsfraktion und Landtagsfraktionen. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Danke schön.

I 6 „Residenzpflicht für Flüchtlinge abschaffen“. Vorschlag ist Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wer stimmt dem zu? – Danke schön.

I 7 „Antidiskriminierungsgesetz.“ Auch hier ist die Bundestagsfraktion gefordert. Wer findet das richtig? – Sehr schön.

I 8 „Antidiskriminierungsgesetz“. Es wird das Gleiche empfohlen, nämlich Überweisung an Bundesregierung und Bundestagsfraktion. Ich bitte um Zustimmung. – Damit ist es so beschlossen.

I 9 „Gesetzlicher Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vor Mobbing“. Vorgeschlagen ist Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wer stimmt dem zu? – Ist so beschlossen.

I 10 „Verjährung von Schadenersatzansprüchen“. Auch hier ist Überweisung an die Bundestagsfraktion vorgeschlagen. Wer folgt dem Votum? – Sehr schön.

I 11 „Eingetragene Lebenspartnerschaften“. Überweisung ist vorgeschlagen. Ich bitte um Zustimmung. – Wer stimmt gegen das Votum? – Ganz wenige. Das Erste war die Mehrheit.

I 12 „Veränderung des Vergaberechts bei öffentlichen Aufträgen“. Überweisung an Bundestagsfraktion und SPE-Fraktion. Wer folgt dem Votum? – Gegenstimmen? – Einstimmig.

Zu I 13 gibt es eine Wortmeldung. Kirsten Lühmann.

Kirsten Lühmann, Niedersachsen: Liebe Genossinnen und Genossen! In dem Antrag geht es darum, dass verhindert werden soll, dass Straftäter oder Straftäterinnen aus der Vermarktung ihrer Straftat – sei es durch Buch, Interview oder Film – einen Gewinn ziehen können. Denn die Honorare für so etwas sind erfahrungsgemäß höher als der Schadenersatz, der dem Opfer zu leisten ist. Wir finden, das ist unerträglich. Die Idee, das Ganze im Rahmen des Verfalls zu regeln, indem das zusätzlich eingenommene Geld dem Staat zufällt, halten wir für sehr gut. Daher bitten wir, das Ganze nicht als Material an die Bundestagsfraktion zu überweisen, sondern den Antrag anzunehmen. – Danke.

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Frage an die Antragskommission: Wenn Ihr das übernehmt, dann können wir so abstimmen. Wenn Ihr das nicht übernehmt, dann stimme ich ab über den Vorschlag der Antragskommission. Wenn dieser abgelehnt wird, dann stimme ich über den Antrag ab. – Antragskommission bleibt bei ihrem Votum. Das heißt, ich stimme ab, über den Vorschlag der Antragskommission, nämlich Überweisung als Material an die Bundestagsfraktion. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Das Zweite waren mehr. Dann stimme ich ab über den Antrag I 13 im vorgelegten Wortlaut im Antragsbuch. Wer dem Antrag I 13 zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Dann ist das eindeutig so beschlossen.

Wir kommen zu I 14 „Keine biometrischen Merkmale in Ausweisdokumenten“. Erledigt durch Regierungshandeln. – Das wird nicht angezweifelt. Dann verfahren wir so.

I 15 „Gefahrgutverordnungen“. Hier wird Überweisung an Bundestagsfraktion vorgeschlagen. Wer folgt dem Votum? – Gegenstimmen? – So beschlossen.

I 16 „Rahmenrichtlinie für Dienste von allgemeinem Interesse“. Überweisung an Bundesregierung, steht bei mir. Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Das Erste war eindeutig die Mehrheit.

I 17 „Datenschutz erhalten“. Hier wird Überweisung an die Bundestagsfraktion angeregt. Wer folgt dem Votum? – Das ist so beschlossen.

I 18 „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses endlich aufheben“. Hier hat die Antragskommission eine veränderte Fassung vorgelegt. Wortmeldungen gibt es keine. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Das ist die überwältigende Mehrheit.

I 19 „Ablehnung von Drogenscreenings als Einstellungsvoraussetzung“. Der Vorschlag ist Annahme dieses Antrages. Wer folgt dem Votum? – Das ist auch eindeutig.

I 20 „RFID Implantate“. Angeregt wird Überweisung an Bundestagsfraktion. Wer stimmt dem zu? – Das ist so beschlossen.

I 21. Das Gleiche. Wer folgt dem Votum? – So beschlossen.

I 22. Ebenfalls Überweisung an Bundestagsfraktion. Ich bitte um die Kartenzeichen. – Auch beschlossen.

I 23 „Baurecht – Wohnungsbauförderung“. Überweisung an die Bundestagsfraktion, Landtagsfraktionen und Kreistage. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Danke schön.

I 24 „Pressefreiheit stärken – Quellenschutz für Journalisten“. Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wer stimmt dem zu? – Gegenprobe! – Einige wenige. – Das ist in Ordnung. Wenn Ihr die Gegenprobe haben wollt, genügt ein kurzer Zuruf.

I 25 „Keine Privatisierung im Strafvollzug“. Überweisung an Bundestagsfraktion und Landtagsfraktionen. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Das ist eindeutig so beschlossen.

I 26 „Entwurf des Rechtsdienstleistungsgesetzes“. Überweisung an Bundesregierung und Bundestagsfraktion. Wer folgt dem Votum? – Auch eindeutig.

I 27 „Einschränkung technischer Kommunikationsüberwachung“. Hier wird ebenfalls Annahme empfohlen. Wer stimmt dem zu? – Eindeutig.

I 28 „Einführung eines Selbstauflösungsrechtes des Bundestages“. Wortmeldungen habe ich keine. Annahme in geänderter Fassung. Wer folgt dieser Fassung der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Bei einigen Gegenstimmen war das Erste eindeutig die Mehrheit. Es ist damit so beschlossen.

I 29 „Einkünfte der Parlamentarier offen legen“. Hier wird Überweisung an Bundestagsfraktion und Landtagsfraktionen angeregt. Wortmeldungen gibt es nicht. Wer folgt diesem Votum? – Gegenstimmen? – Zahlreiche Gegenstimmen. Aber das Erste war eindeutig die Mehrheit.

I 30 „Soziale Absicherung von Regierungs- und Parlamentsmitgliedern“. Hier wird Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen. Wer folgt diesem Votum? – Gegenstimmen? – Die Zahl der Enthaltungen hat alles dominiert. Aber das Erste war die Mehrheit. Also beschlossen.

I 31 „Nebentätigkeit von Parlamentariern“. Überweisung an Bundestagsfraktion und Landtagsfraktion Niedersachsen. Wer folgt diesem Vorschlag? – Gegenstimmen? – Einige Gegenstimmen. So beschlossen.

I 32 „Diäten-Reform“. Ebenfalls Überweisung an Bundestagsfraktion. Wer folgt dem Votum? – Gegenstimmen? – Das Erste war die Mehrheit.

I 33: „Vorstandsgehälter im öffentlichen Dienst“. Ebenfalls Überweisung an Bundestagsfraktion und Landtagsfraktionen. Wer folgt dem Votum? – Das ist eindeutig die Mehrheit.

I 34: „Reform des Föderalismus“. Überweisung an die Bundestagsfraktion. Was ist? – Ich höre, es ist erledigt.

I 35: „Fair gehandelter Kaffee und Tee in Sitzungsbereichen des Bundestages“. Hier wird Annahme empfohlen. Wer folgt dem Votum? – Das gilt.

I 36: „Einführung einer gesonderten Untätigkeitsbeschwerde“. Hier wird Überweisung an die Bundestagsfraktion vorgeschlagen. Wer sieht das ähnlich? – Das ist die große Mehrheit.

I 37: „Kahlschlag bei Postfilialen verhindern“. Hier ist Überweisung an die Bundestagsfraktion vorgeschlagen. Findet das Eure Zustimmung? – Dann haben wir das so beschlossen.

I 38: „Postmitversorgung“. Hier wird Annahme in geänderter Fassung empfohlen. Wer folgt dem Votum? – Das ist die Mehrheit.

Damit haben wir schon einen Teil der Anträge durch. Wir haben verabredet, dass wir als Nächstes den Initiativantrag 3 behandeln – der müsste Euch vorliegen –: „Integration konsequent vorantreiben“. Zur Einbringung dieses Antrages hat jetzt Kurt Beck das Wort.

Kurt Beck, Parteivorstand: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Wir haben diesen Initiativantrag im Licht der Erfahrung der letzten Tage eingebracht. Entlang dieser Erfahrung, die Frankreich machen musste, sollten wir uns sehr sorgsam immer wieder daran erinnern: Wenn es erst zu solchen Ausschreitungen, zu solchen Explosionen der Emotionen gekommen ist, kann die Reaktion nur noch sehr wenig bewirken. Aus diesem Grund lasst uns in unserer Arbeit auf allen politischen Ebenen, der europa-, der bundes-, der landes- und der kommunalpolitischen Ebene sehr sorgfältig auf Integration achten. Überall, wo wir präventiv tätig sein können, um Menschen mit Migrationshintergrund einen Zugang zu unserer Gesellschaft zu bieten, sollten wir das tun. Wir müssen sie in ihrer Besonderheit und ihrer Erfahrung achten und respektieren, geht es doch darum, dass wir die Menschen nicht in ihren sozialen Milieus alleine lassen. Vor allen den Kindern und den jungen Menschen sollten wir das Angebot machen, einen Weg zu finden, um eine Schulausbildung absolvieren, um eine Lehrstellen finden oder eine Weiterbildung machen zu können.

All diese Ansatzpunkte dürfen wir in unserer Alltagsarbeit nicht aus dem Auge verlieren. Darüber hinaus müssen wir im Bereich der Städteplanung und der Organisation des Zusammenlebens von Menschen dafür sorgen, dass es nicht zu Ghettobildungen

und Ausgrenzungen kommt. Andernfalls können solche Eruptionen herauskommen. Viel mehr noch als um die Furcht vor solchen Auswirkungen muss es darum gehen, die Menschen, die in solchen Situationen leben und die in der permanenten Gefahr der Ausgrenzung sind, in unserer Mitte willkommen zu heißen und ihnen zu helfen, eine Perspektive für ihr Leben zu sehen.

Das ist der Hintergrund dieses Antrages, den ich in aller Kürze begründen wollte. Solche Ereignisse wie in Frankreich sollten als Mahnung für die eigene politische Arbeit dienen. Lasst uns dafür sorgen, dass wir auf unserem Weg einer sozialen, chancengerechten Politik nicht nachlassen und darum ringen, niemanden aufzugeben. Das gilt sowohl für jene, die aus einem anderen Land zu uns gekommen sind, als auch für die Menschen mit sozialen Schwierigkeiten. Ich denke, es ist das Gebot dieser Stunde, daran zu erinnern und unsere Politik diesbezüglich zu bekräftigen.

(Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Zu Wort gemeldet hat sich zu diesem Antrag Niels Annen.

Niels Annen, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Kurt, ich danke Dir für die Worte, mit denen Du diesen Antrag vorgestellt hast. Ich habe mich nicht nur deshalb zu Wort gemeldet, weil wir zu den Ereignissen in Frankreich hier etwas sagen sollten, sondern weil ich glaube, dass es sich wirklich lohnt, sich mit der Situation zu beschäftigen. Wir haben in einem ähnlichen Problembereich, nämlich als es bei uns rechtsextremistisch motivierte Vorfälle, Gewalttaten und Auseinandersetzungen gegeben hat, die zum Teil unsere Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer am eigenen Leibe erfahren mussten, vergleichbare Erfahrungen gemacht: Die Wahrnehmung und die Diskussion solch schwerwiegender Probleme verläuft in Konjunkturkurven. Das meine ich gar nicht böse. Es ist vollkommen normal, dass man sich mit sensationellen Themen auch in den Medien eine Zeit lang beschäftigt und das Interesse dann irgendwann nachlässt. Nur, Genossinnen und Genossen, wir müssen uns fragen: Was dabei ist unsere Aufgabe? Unsere Aufgabe als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten muss es sein, dieser Versuchung, nämlich der konjunkturellen Beschäftigung mit solchen Themen, zu widerstehen und in der eigenen Organisation und im eigenen Umfeld miteinander daran zu arbeiten, sich den Wurzeln dieser Probleme zu stellen. Wir sind das mit der Projektgruppe gegen Rechtsextremismus angegangen. Was hierzu vorliegt, ist wirklich geeignet, eine selbstkritische Debatte darüber zu führen, wie wir als Organisation mit denen umgehen, die in unserer Gesellschaft ausgeschlossen sind von Aufstiegschancen, von Bildungschancen, von der Möglichkeit der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Wir müssen uns die Frage stellen, ob es ausreicht, wenn wir an der einen oder anderen Stelle auf diese Probleme hinweisen. Sicherlich ist es wichtig, Mittel zur Verfü-



gung zu stellen und Projekte zu entwickeln, aber wir dürfen unseren eigenen Anspruch an Politik nicht aufgeben und müssen deutlich sagen: Wir wollen, dass sich diese Leute bei uns irgendwann wieder engagieren. Dafür müssen wir unsere eigene Sprache und unsere eigene Methodik hinterfragen: Werden wir von den Menschen, die nicht mehr wirklich am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, überhaupt noch gehört? Sind wir als Volkspartei überhaupt noch in der Lage, diese Menschen anzusprechen?

Es ist sicher nicht die Zeit, Panik zu verbreiten. Es geht nicht darum, irgendwelche kruden Vergleiche zwischen Deutschland und Frankreich anzustellen oder eine Situation herbeizureden, die wir zum Glück nicht haben. Aber es geht darum, dass wir selbstkritisch hinterfragen, was wir in den vergangenen Jahren geleistet haben. Es muss deutlich werden – das ist gesagt worden und war auch Regierungspraxis –: Die Bildungsfrage ist in diesem Land wahrhaft zu einer sozialen Frage geworden. Deshalb sollten wir uns vielleicht auf dem nächsten Parteitag intensiv mit diesen Explosionstendenzen unserer Gesellschaft beschäftigen.

Ich bin dem Parteivorstand sehr dankbar, dass er diesen Initiativantrag eingebracht hat, und bitte Euch entsprechend um Zustimmung. – Danke schön.

(Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Niels. Als Nächster hat sich Fabian Schmitz, Berlin, gemeldet.

Fabian Schmitz, Berlin: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich glaube, Niels hat ganz Recht: Es kann nicht sein, dass wir jetzt, da wir die Krawalle in Frankreich erleben, das Thema Migration aufrufen. Denn dort handelt es sich gar nicht primär um eine Frage der Integration von Migrantinnen und Migranten, sondern um ein Problem mit der Gefahr sozialer Explosionen. Es ist eine soziale Frage, nicht eine, die ausschließlich Migrantinnen und Migranten betrifft.

Ich bin in meinem Heimatbezirk Charlottenburg-Wilmersorf in Berlin aktiv im MigrantInnenbeirat tätig. Was man da mitbekommt, ist: Die alltäglichen Probleme wie das der Sprachbarrieren sind das eine, aber noch lange nicht alles. Es ist wichtig, Möglichkeiten der Partizipation für Migrantinnen und Migranten im Alltag zu schaffen. Man muss Migrantinnen und Migranten zuhören und mit ihnen, anstatt über sie zu reden. Dafür gibt es in Berlin die AG Migration, die eine sehr gute Arbeit leistet. Ich möchte euch auffordern, das auch in euren Landesverbänden umzusetzen.

Dieses Thema kann keine Eintagsfliege sein, sondern ist gerade in den großen Städten eine Zukunftsfrage. Wenn wir das Leben dort in einem sozialdemokratischen Sinne gestalten wollen, dann müssen wir uns jetzt einer vernünftigen, ausführlichen und detaillierten inhaltlichen Debatte widmen. Ich freue mich, dass dieser Antrag einen Auftakt dazu bilden kann, und bitte euch, diese Debatte zu führen, um sie auf dem nächsten Parteitag zu einem guten Ende zu bringen. Vielen Dank.

(Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Fabian. – Weitere Wortmeldungen habe ich nicht.

(Zuruf: „Doch!“)

Hier liegt keine weitere vor. Aber du hast das Wort.

Apostolos Tsalastras, Nordrhein-Westfalen: Genossinnen und Genossen! Ich möchte mich meinen beiden Vorrednern anschließen, die gesagt haben: Dieser Initiativantrag darf keine einmalige Aktion sein. Anträge dieser Art, die das Thema Integration behandeln, dürfen wir nicht nur dann aufrufen, wenn sich das Problem manifestiert hat und in den Medien breit getreten wurde. Dennoch finde ich es sehr wichtig, hier und heute ein Zeichen zu setzen. Wir sollten dokumentieren, wie wir Sozialdemokraten mit dieser Problematik, die offenkundig auch in unserer Gesellschaft – wenn auch vielleicht nicht in diesem Ausmaß – vorhanden ist, umgehen, und damit denjenigen gegenüber Zeichen setzen, die als Migrantinnen und Migranten im Fokus der Berichterstattung der Medien stehen.

Ich halte das für einen sehr wichtigen Antrag und bedanke mich beim Parteivorstand für die Einbringung. Dennoch, liebe Genossinnen und Genossen, kann dies nur ein Auftakt sein: Was dort zum Thema Migration und Integration beschrieben wurde, ist sehr wohl richtig. Ich freue mich auch, dass der besondere Aspekt der Arbeit vor Ort, vor allen Dingen über das Programm „Soziale Stadt“, Erwähnung findet und dargestellt wird, wie wir mit dem Thema Integration umgehen sollten.

Allerdings vermisse ich in dem Antrag einen entscheidenden Aspekt, nämlich die Partizipation. Ich glaube, ohne die Entwicklung von Mechanismen, mit denen wir Migrantinnen und Migranten an den Entscheidungen in unserer Gesellschaft beteiligen, werden wir in der Frage der Integration nur sehr schwer vorankommen. Deshalb würde ich es sehr begrüßen, wenn wir uns mit der Verabschiedung dieses Antrages darauf verständigen könnten, dass dies nur der Auftakt einer Debatte ist und wir das Thema Partizipation explizit in die weitere Debatte aufnehmen müssen.

In den Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf gibt das Programm „Soziale Stadt“ hervorragende Beispiele für die Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund. Diese Ideen aufzuarbeiten und in den Kommunen flächendeckend einzusetzen, halte ich für ein sehr wichtiges Vorgehen. Ein erster Bereich der Partizipation ist also die Beteiligung an der Veränderung in den Stadtteilen.

Ein zweiter Bereich, der dringend angegangen werden muss, ist die Partizipation in den Parteien, auch in unserer. Wir müssen noch eine ganze Menge leisten, um die Präsenz von Migrantinnen und Migranten in unseren Gremien und bei der Besetzung mit Mandaten zu verbessern. Wenn man sich hier umschaute, wird man feststellen, dass der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund – ich bin kein Befürworter einer Quote in diesem Bereich – auf unserem Parteitag nicht unbedingt dem Anteil entspricht, den wir in der Bevölkerung vorfinden.

Drittens müssen wir die Möglichkeit der politischen Beteiligung in den Vordergrund stellen. Das kommunale Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten muss dringend in einem solchen Papier erwähnt werden. Auch wenn wir von einer Umsetzung noch weit entfernt sind, halte ich es für ganz wichtig, dieses Element aufzuführen – genauso wie die Unterstützung der Migrationsräte vor Ort –, um darzustellen, dass wir Möglichkeiten sehen, wie Partizipation und politische Beteiligung in einem demokratischen System verwirklicht werden können.

Ich bitte, diese Elemente bei der Verabschiedung des Antrages in die Debatte aufzunehmen. Danke schön.

(Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Als Nächste Ute Vogt.

Ute Vogt, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Der Wortbeitrag von Apostolos veranlasst mich, zwei Hinweise zu geben: Zum einen empfehle ich euch, das entsprechende Kapitel des Koalitionsvertrages zu lesen. Dort ist festgeschrieben, dass wir in der kommenden Legislaturperiode prüfen wollen, inwieweit es eine Möglichkeit gibt, das kommunale Wahlrecht für diejenigen sicherzustellen, die keine EU-Bürger sind. Denn in der Tat sehen wir die Partizipation als zentrales Thema an, wenn es darum geht, dass sich die Menschen angenommen fühlen.

Das Zweite ist, dass wir auch innerhalb der Partei nicht nur davon reden sollten, wie man irgendwo die Partizipation ermöglichen kann. Wir sind im Moment in einer Projektgruppe auf Bundesebene schon dabei, Beispiele zu sammeln, um die Organisationen in unseren eigenen Reihen zu ermutigen, Migrantinnen und Migranten einzubeziehen. Wir müssen deutlich machen: Jeder, der hier lebt – egal woher er kommt und wo er oder sie geboren ist –, ist gefordert, sich einzumischen.

Bevor wir alle auffordern, andere zu integrieren, wäre es das Wirkungsvollste, denke ich, wenn wir das in der eigenen Partei tun. Wir sollten selbst damit anfangen und sagen: Diejenigen, egal aus welchen Ländern sie kommen, die sich interessieren und die bei der Sozialdemokratie mitmachen möchten, sind eingeladen und werden einbezogen.



Wir haben in unserer Arbeit ein kleine Pause gehabt aufgrund der Bundestagswahl, die uns dazwischenkam. Aber wir sind gerade dabei, dazu etwas zu erarbeiten. Man sollte vor Ort noch einmal Mut machen, dieses Thema verstärkt anzugehen. Denn am besten ist es, wir selbst sind vorbildlich im Einbeziehen der Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen. Dann merkt man auch, dass das unkompliziert ist und dass es uns alle bereichern kann, wenn wir in dieser Art und Weise zusammenwirken.

(Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Ute. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir stimmen dann über den Initiativantrag 3 in der Fassung der Antragskommission ab. Ich gehe davon aus, dass das Dickgedruckte die Veränderungen sind, die die Antragskommission gegenüber dem ursprünglichen Wortlaut vorgenommen hat. Wer I 3 in der Fassung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Karzenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einer Enthaltung ist dem so gefolgt. Herzlichen Dank.

Ich rufe als letzten Antragsblock für heute das Kapitel Kommunalpolitik auf. Ich sage dazu: Wir verfahren so, wie uns das von der Geschäftsführung zugearbeitet wird. Das hat auch mit den jeweiligen Initiativanträgen zu tun, inwieweit sie so weit vorbereitet sind, dass wir sie hier behandeln können.

Ich gehe davon aus, dass wir dieses Kapitel Kommunalpolitik jetzt noch abarbeiten – das sind nur wenige Anträge – und dass wir dann die Antragsberatung für den Parteiabend unterbrechen – es sei denn, es kommen andere Signale bei mir an.

Für die Antragskommission ist Andrea Nahles zuständig. – Du musst, glaube ich, nicht einführen, oder? – Es sei denn, es gibt irgendwo heftige Debatten, dass ein Klärungsbedarf auftaucht.

Dann rufe ich K 1 auf: Finanzielle Eigenverantwortung der Kommunen stärken und nachhaltig sichern.

Wortmeldungen? – Ich warte jetzt bewusst einen kleinen Moment, damit Ihr Euch auf diesen Bereich einstellen könnt. – Joachim Poß!

Beratung der Anträge zur Kommunalpolitik

Joachim Poß, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen, zu dem ganzen Kapitel ein kurzer Hinweis darauf, wie es in den Koalitionsverhandlungen gelaufen ist: Ihr habt vielleicht mitbekommen, dass die CDU/CSU in ihrem Wahlprogramm in letzter Minute ein Bekenntnis aufgenommen hat, die Gewerbesteuer erst dann abzuschaffen, wenn die kommunalen Spitzenverbände, also die Betroffenen, damit einverstanden sind.

In den Koalitionsverhandlungen selbst, in der Gruppe, die mit Finanzierungen und Haushalt zu tun hatte, wurde dies von der Union sozusagen kassiert. Das heißt, sie hat im Grunde genommen auf das verhandelt, was man Stiftungsmodell nennt und was von den kommunalen Spitzenverbänden – ich sehe hier einen prominenten Repräsentanten in der ersten Reihe, Herbert Schmalstieg – vehement abgelehnt wird. Denn nach Meinung der kommunalen Spitzenverbände entspricht das nicht dem, was wir im Grundgesetz verankert haben und was den Kommunen zusteht, nämlich ein eigenes Hebesatzrecht, eine wirtschaftskraftbezogene Einnahmequelle. Das erfüllt auch andere Kriterien nicht.

Ihr habt beobachten können, soweit ihr in den Kommunen tätig seid, dass durch das, was im Wesentlichen wir von der SPD-Bundestagsfraktion in der letzten Vermittlungsrunde haben durchsetzen können, eine Kräftigung der Gewerbesteuer erfolgt ist. Wir haben zweistellige Zuwachsraten.

Es ist, glaube ich, deutlich geworden, wie wichtig dieses Instrument, dieser Pfeiler für die kommunale Finanzierung ist. Dementsprechend haben wir verhandelt. Wir haben den Ursprungstext mit der anderen Seite noch einmal nachbessern können. Wir haben alle Anschläge, die bis zum vorletzten Tag des Abschlusses der Koalitionsverhandlungen erfolgt sind, um das aufzuweichen, abgelehnt.

Ich sage das nicht, um uns zu rühmen, sondern damit die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die jetzt vor Wahlkämpfen stehen – vor Kommunalwahlkämpfen, vor Landtagswahlkämpfen –, erklären können, was wir in diesem Bereich erreicht haben und dass alle Anschläge auf die Gewerbesteuer abgewehrt wurden. – Das zur Ergänzung dessen, was es als Anmerkungen von der Antragskommission gibt.

Wir werden natürlich – das wollen wir nicht verschweigen; das könnt ihr in der Koalitionsvereinbarung auch nachlesen – mit denen über diese Frage reden müssen. Wir mussten den Kompromiss im Zusammenhang mit der Unternehmensbesteuerung schließen. Aber wenn Ihr den Text der Koalitionsvereinbarung an dieser Stelle nachlest, werdet ihr feststellen: Die Kriterien, wie sie auch im Grundgesetz vor Jahren von uns durchgesetzt wurden, sind so eindeutig und die Verhandlungsgrundlage ist so

eindeutig, dass die Sozialdemokraten in den Kommunen eigentlich stolz auf dieses Verhandlungsergebnis sein können. – So viel zur Erläuterung und zur Ergänzung dessen, was mit diesem Kapitel zu tun hat.

(Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen habe ich nicht.

Dann stimme ich über den Antrag K 1 ab: Annahme in der Fassung der Antragskommission auf Seite 164. Wer schließt sich diesem Votum an? – Gegenstimmen? – Das war einmütig.

Damit sind die Anträge K 2, K 3 teilweise und K 4 erledigt.

Ich rufe dann den Antrag K 3 und dort die Punkte 2 bis 4 auf Seite 165 auf: Hier wird Überweisung an die Landtagsfraktion Hessen empfohlen. Beim Punkt 5 wird Überweisung an die Bundestagsfraktion und an die Landtagsfraktionen empfohlen. Wer schließt sich diesem Votum an? – Das ist so beschlossen.

Dann kommen wir zum Antrag K 5, Wohnungsbaugesellschaften. Vorgeschlagen ist Überweisung an Bundestags- und Landtagsfraktionen. Wer folgt diesem Votum? – Das ist so beschlossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, damit haben wir einen gewichtigen Teil dieses Antragspaketes schon abgearbeitet. Wir schlagen vor, dass wir diesen Parteitag jetzt unterbrechen.

Ich habe noch einige organisatorische Hinweise: Erstens: Die Sitzung der Antragskommission beginnt jetzt sofort. Der Ort ist zu meiner Linken ausgeschildert.

Zweitens: Die Busse zum Parteiabend fahren vom Haupteingang der Messe direkt zur Schwarzwaldhalle.

Drittens: Der Parteitag beginnt morgen früh pünktlich um 9.30 Uhr.

Zu den Unterlagen noch eine Bemerkung: Die Tische werden komplett gereinigt. Alles, was ihr nicht mitnehmen wollt, aber morgen wieder braucht, legt bitte auf die Stühle! Da bleibt es auch. Tische abräumen! Antragsunterlagen auf die Stühle!

Gibt es von der Geschäftsführung noch weitere Hinweise? – Das ist nicht der Fall. Dann unterbrechen wir den Parteitag, und ich wünsche euch einen schönen Abend.

(Beifall – Schluss: 18.08 Uhr)

Dienstag, 15. November 2005, Beginn: 9.39 Uhr

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Guten Morgen, liebe Genossinnen und Genossen! Verehrte Gäste! Meine Damen und Herren! Ich darf Sie und euch ganz herzlich begrüßen.

Ich hoffe, dass gestern alle einen schönen Parteiabend hatten. Ich freue mich, dass heute Morgen doch so viele ganz pünktlich wieder hier sind, sodass wir gleich in die Beratungen einsteigen können.

Wir beginnen mit fröhlichen Glückwünschen für diejenigen, die heute hier ihren Geburtstag mit uns feiern. Es sind Delegierte, aber auch Gäste und eine ganze Reihe von Pressevertretern. Ich schlage vor, dass ich die Namen vorlese. Anschließend gibt es dann einen warmen und herzlichen Applaus für die Geburtstagskinder. Es sind dies: Sehat Akyol, Mustafa Asci, Adelbert Bischoff, Giuseppina D'Amatio, David Kokot, Julian Kuhn, Herbert Müller, Anke Nöbel, Manuela-Andrea Pohl, Hellen Schneider, Christoph Stockburger, Gabriele Teichmann, Anastasius Tsangos und Mergim Zogaj. Ganz herzlichen Glückwunsch euch allen und Happy Birthday.

(Beifall)

Ganz besonders herzlich darf ich auch Reinhard Höppner unter uns begrüßen, der als Präsident des Deutschen Kirchentages hier ist. Herzlich willkommen, lieber Reinhard.

(Beifall)

Bevor wir zum Bericht der Antragskommission kommen, würde ich euch gerne noch einen organisatorischen Hinweis geben. Es wurden gestern einige Kontrollmarken gefunden. Für die Wahlen, die noch am heutigen Vormittag beginnen sollen, brauchen wir die Kontrollmarken. Bitte überprüft, ob sich eure Kontrollmarken in eurem Besitz befinden. Wer keine Kontrollmarke mehr hat, der kann sie hier vorne nachfordern. Es wird überprüft und danach werden sie neu ausgehändigt. Es wäre gut, wenn es bei Beginn der Wahlen keine Probleme mehr gibt. Überprüft also bitte noch einmal, ob ihr im Besitz der Kontrollmarken seid. Falls nicht: Meldet euch bitte hier vorne!

Dann können wir jetzt in die Arbeit einsteigen. Ich darf als ersten Punkt den Bericht des Vorsitzenden der Antragskommission aufrufen. Das Wort hat Wolfgang Thierse.
– Bitte, lieber Wolfgang.

Bericht der Antragskommission

Wolfgang Thierse, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Einen herzlichen guten Morgen. Ich habe eine Dreiviertelstunde Zeit. Die soll ich jetzt füllen. Fürchtet nichts! Ganz so lange werde ich nicht reden. Aber es ist gewissermaßen meine Abschiedsrede. Also verbreite ich mich dann doch etwas grundsätzlich.

Gestern haben wir eine wichtige Entscheidung getroffen: das Ja zur großen Koalition. Wir wollen ihren Erfolg und wir müssen ihren Erfolg wollen. Die Partei, die SPD, ist aber mehr und sie muss auch mehr als ein verlässlicher Koalitionspartner sein. Sie ist eine Partei mit Geschichte, mit Eigensinn und mit dem Bedürfnis nach Diskussion, nach Vergewisserung und nach Zukunftsorientierung. Deshalb lasst mich an diesem Morgen mit ein paar Gedanken beginnen, die unseren gemeinsamen Weg bis hierher in dieses noch junge Jahrhundert betreffen.

Auch für mich bedeutet dieser Parteitag in gewissem Sinne eine Zäsur. Ich gebe meine Verantwortung in der Spitze unserer Partei nach gut 15 Jahren ab. An meine Stelle sollte nach meinen Vorstellungen – wir hatten das auch miteinander verabredet – Matthias Platzeck treten. Dass er nun nicht nur in die Spitze der Partei eintritt, sondern an ihre Spitze tritt, ist auch für mich persönlich ein wirklicher Anlass zur Freude und zur Hoffnung, liebe Matthias.

(Beifall)

Für diejenigen von uns, die wie ich erst seit 1990 in dieser Partei aktiv sind – das sind neben den Jüngeren vor allem die ostdeutschen Genossinnen und Genossen; Matthias Platzeck eingeschlossen –, konnten in den letzten 15 Jahre viele Hoffnungen nicht erfüllt werden, obwohl sie mit einem Wunder begannen: mit der friedlichen Beendigung eines vierzigjährigen Kalten Krieges, mit dem wunderbaren Fall der Mauer und mit der Wiedervereinigung unseres Landes – ein Prozess, der seitdem auf ganz Europa ausstrahlte und kennzeichnend für die Epoche geworden ist.

Die Welle der Demokratisierung erfasste von Mittel- und Osteuropa ausgehend auch den Süden Afrikas. In Asien waren es die Philippinen und Osttimor. In Lateinamerika ging das Regime Pinochet in Chile zu Ende. Es folgte aber auch eine Periode der politischen Instabilität und gewaltsamer Konflikte. Nicht das goldene Zeitalter des Friedens ist ausgebrochen, wie es manche gehofft hatten. In Europa zerfiel das ehemalige Jugoslawien in blutigen Kämpfen. Die Fortschritte, die Anfang der 90er-Jahre in der Entwicklungspolitik, in der internationalen Umweltpolitik mit dem Rio-Prozess, in der Rüstungskontrollpolitik und Abrüstung und bei den Reformen der internationalen Institutionen erzielt wurden, scheinen seit dem Anfang des neuen Jahrhunderts, seit dem 11. September 2001, fast vergessen.

Plötzlich bestimmten zunehmend Gewalt, Terror und Krieg die öffentliche Aufmerksamkeit und die Sicht auf globale Probleme. Der Irakkrieg erscheint als vorläufiger und hoffentlich letzter Höhepunkt in der Entfesselung militärischer und terroristischer Gewalt. Ist es noch zu früh, davon zu sprechen, dass das Pendel inzwischen wieder zurückschlägt, dass der Blick wieder auf Fragen der internationalen Kooperation und der kulturellen Koexistenz zurückgelenkt werden kann? Jedenfalls kann man sagen: Die globale Dimension durchdringt immer stärker alle Verhältnisse und Bereiche, denen sich Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Politik national oder sogar lokal stellen müssen. Das Stichwort dafür heißt Globalisierung, mit dem die einen Hoffnungen auf eine neue Periode des Wachstums und Wohlstands verbinden und das die anderen von Seattle bis Genua als ein Synonym für die weltweite Unterwerfung der Welt unter das Gesetz der Wirtschaft sehen.

Dazu kommen bedrängend aktuell jene elementaren globalen Herausforderungen, die auch die Lebensbedingungen bei uns immer mehr beeinflussen, wie der Klimawandel und die Verknappung der Rohstoffe. Wird es uns gelingen, neue Lebens- und Produktionsweisen und somit einen Weg zu nachhaltigem Fortschritt zu finden? Mehr und mehr wird dies zur bestimmenden Größe für die Möglichkeit einer gerechten und solidarischen Weltordnung.

Liebe Genossinnen und Genossen, was die Antworten der Sozialdemokratie auf die Herausforderungen des 21. Jahrhundert sein werden, kann noch niemand im Einzelnen voraussehen. Allein – davon bin ich überzeugt –: Es wird mit Anpassungen und mit dem Drehen an den kleinen Schraubchen allein nicht getan sein. Das wissen viele und ahnen jedenfalls die meisten. Solange es keinen großen Entwurf, keine neue große Erzählung gibt, wie man das immer wieder nennt, die auf diesen Umbruch einen Reim macht, werden wir die kommende Periode vor allem als eine Periode der Unsicherheit erfahren. Solange ein Ziel nicht absehbar ist und solange die Erfordernisse von heute nicht als Schritte zu diesem neuen Ziel des Erreichens einer belastbaren neuen Stufe des Wohlstands, der Stabilität und des Friedens erkannt werden können, solange wird die Gesellschaft zwischen Aufbruch und Widerstand schwanken.

Der Riss, der sich zwischen der Politik und der Bevölkerung in Europa immer mehr auftut – es ist zuweilen ein Abgrund an Misstrauen und Angst vor Wohlstandsverlust und sozialem Abstieg – ist nicht ungefährlich. Sinnziele und Orientierung sind gefragt. Das wissen leider auch die Populisten und die Demagogen. Aber: Auch hinter dem angesagten Ende von Alternativen und Ideologien im Nebel eines angeblich ideologiefreien Pragmatismus hat sich eine Logik der Anpassung an notwendige Übel breit gemacht, die letztlich politisch auch gefährlich werden kann.

In den kommenden Jahren müssen wir die geistig-politische Auseinandersetzung stärker suchen. Reformen brauchen Visionen. Aber – das füge ich hinzu –: Der



Wunsch nach der großen Erzählung, den ich gut verstehe, darf nicht durch das Erzählen großer Märchen beantwortet werden. Das ist die Gefahr, vor der wir uns zu schützen haben.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, die Sozialdemokratie haben manche einflussreiche Kommentatoren schon Ende des letzten Jahrhunderts beerdigt. Das Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts proklamierte Lord Dahrendorf einige Jahre vor 1989. Dann übernahm es der Amerikaner Francis Fukuyama, den Sieg des liberalen und marktwirtschaftlichen Systems als das Ende der Geschichte zu verkünden, weil sie sich nicht länger als eine Auseinandersetzung um eine bessere, gerechtere Gesellschaftsordnung darstellen werde.

In unserem Berliner Programm von 1989 hatten wir eingangs noch festgestellt, dass – wörtlich – eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft nötig ist, dass Reparaturen am Kapitalismus allein nicht genügen. Heute, so vermute ich, wären wir da allerdings erheblich bescheidener.

Viele fragen sich, ob Politik heute überhaupt noch den Anspruch einlösen kann, eine Welt, die wir wollen – wieder eine Formulierung des Berliner Programms –, zu

gestalten. Erleben wir nicht eher eine zunehmende Ohnmacht von Politik, angemessen auf die ökonomischen, sozialen oder kulturellen Probleme im Gefolge der Globalisierung zu reagieren? Die Globalisierung eröffnet gewiss große Chancen für weltweite Zusammenarbeit, für Handel und Austausch. Das Internet erschließt unzählige Informationen und Kontakte. Millionen von Menschen nehmen an großen Ereignissen gleichzeitig teil, lernen andere Kulturen verstehen und üben Solidarität, wenn Katastrophen oder Kriege das Weltgewissen erschüttern.

Wir sind zunehmend aber auch mit einer anderen Seite konfrontiert: mit weltweit wachsenden Ungleichheiten. Die These, dass die Globalisierung von sich aus Motor und Garant für allgemeinen Wohlstand ist, lässt sich im Ergebnis der Entwicklung der letzten Jahrzehnte nicht belegen. International, aber auch national hat sich die Schere zwischen Einkommen und Lebensbedingungen weiter geöffnet. Die gewaltigen Produktivitätssteigerungen der neuen Technologien haben zwar Wohlstandsgewinne ermöglicht, dem steht aber eine zunehmende strukturelle Arbeitslosigkeit und Armut auch in den Ländern gegenüber, die von den globalisierten Märkten profitieren.

Im letzten Jahrzehnt hat ein verstärkter Wettbewerb zwischen Unternehmen, Arbeitskräften, Standorten und Staaten eingesetzt, der die Staaten zwingt, öffentliche Leistungen abzubauen oder zu privatisieren. Staat und demokratische Institution verlieren so an Gestaltungsmacht.

Weil das alles ein Politikverständnis und eine Ordnungsvorstellung betrifft, die das europäische Gesellschaftsmodell prägten und die von Anfang an von der Sozialdemokratie miterkämpft wurden, sind wir Sozialdemokraten herausgefordert, Europa als Raum für eine soziale und demokratische Gestaltungsalternative zu verteidigen und weiterzuentwickeln. Das ist die politische Hauptaufgabe der nächsten Jahrzehnte.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, die fundamentale Aufgabe des Staates ist es, für alle Bürgerinnen und Bürger – ihr kennt die Formel – Sicherheit vor Not und Furcht zu gewährleisten und das Individuum vor Zumutungen zu schützen, die es nicht beherrschen kann. Dieser Schutzbedarf wird in Zeiten offener Grenzen oder Märkte nicht geringer. Deshalb ist die pauschale Rede vom schlanken Staat realitätsfern und im konkreten Fall lediglich im Interesse jener, die sich private Sicherheit leisten können.

(Beifall)

Unser Initiativantrag „Perspektive Soziale Demokratie: Sozialer Fortschritt für unser Land“, der die Aufgaben der Partei in der kommenden Periode analysiert, kommt zu dem Schluss, dass die Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit des Staates der

Schlüssel für die entscheidende Aufgabe der Zukunft ist, nämlich Investitionen in den Menschen und die Gestaltung des Sozialstaats als Produktivkraft. Ein handlungsfähiger Staat ist für seine Rolle als Garant der Freiheit und des Rechts nicht weniger wichtig. In modernen Gesellschaften ist eine eher wachsende Zahl von Menschen für ihre Freiheit und Würde auf gesellschaftliche Schutzrechte angewiesen.

Es gibt gar keinen Grund, von unserem Bekenntnis zum Sozialstaat abzurücken. Dieses Bekenntnis gehört auch in eine Zeit der wachsenden Exklusion von Menschen aus der organisierten Arbeitsgesellschaft, in eine Zeit, in der das die zentrale Gerechtigkeitsfrage ist. Allerdings gibt auch die entgegen gesetzte Frage danach, wo der Staat Freiheit, Initiative und Selbstverantwortung des Einzelnen nicht genügend fördert, herausfordert oder sie gar beschränkt oder erstickt. Auch diese Frage haben wir immer wieder zu stellen.

Liebe Genossinnen und Genossen, das sozialdemokratische Projekt ist keineswegs am Ziel. Die Grundwidersprüche unserer Zeit und die dominierenden Konflikte dieser Welt haben sich aber in wichtigen Konstellationen seit 1989 verändert. Anstelle des Ost-West-Konfliktes tritt eine Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Kapitalismen, die durch eine global agierende Wirtschaft, durch Staaten und internationale Institutionen, aber auch durch die Träger und Medien verschiedener Kulturen vorangetrieben wird.

Diese Multilateralität wird aber durch die faktisch unilaterale Machtverteilung asymmetrisch verzerrt. Damit wächst die Gefahr von Konflikten, die entlang von kulturellen Kolonialisierungen entstehen. Gleichrangig mit der ökonomischen Problematik müssen wir uns daher den Problemen stellen, die mit der Veränderung der gesellschaftlichen und menschlichen Wirklichkeiten einhergehen. Die Konfrontation des Einzelnen mit einer Welt, deren soziale Bindungen und kulturelle Traditionen sich verwischen, erzeugt Anerkennungskonflikte, neuartige Konflikte wie jene im Frankreich dieser Tage, erzeugt Rückfälle in nationalistische, fremdenfeindliche oder religiös-fundamentalistische Reaktionen.

Im vorliegenden Antrag „Integration konsequent vorantreiben“, den wir gestern schon diskutiert haben, wird gewissermaßen an einer einzigen Frage, nämlich der Frage der sozialen Durchlässigkeit und der wirtschaftlichen Integration von Zuwanderern, konkretisiert, worum es sozialdemokratischer Reformpolitik angesichts dieser von mir skizzierten Probleme gehen muss.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Schwierigkeit der Reformpolitik der vergangenen Jahre bestand unter anderem darin, dass wir uns an Versäumtem abarbeiten mussten, an nachholenden Reformen, die den Blick auf solche Reformen verbauten, die wir um der Zukunft willen brauchen und in Angriff nehmen müssen: eine Umverteilung der Mittel zugunsten der Bildung, einen Umbau der Wirtschaft, der uns auf

einen nachhaltigen Pfad des Wachstums führt und eine neue Politik für Wachstum und Beschäftigung in Europa. Der im Zentrum stehende Umbau des Sozialstaats kann nur durch die Verknüpfung mit solchen zukunftsweisenden Zielen gelingen. Nur wenn erhebliche öffentliche Ressourcen in das Bildungssystem umgeschichtet werden, kann Deutschland seine Stellung als hoch entwickeltes Land mit hohem – wie heißt es? – „Humankapital“ wahren.

(Beifall)

Alles, was die Menschen in die Lage versetzt, ihr Arbeitsvermögen einzusetzen und zu entwickeln, ihre Existenz zu sichern und frei und ohne Angst zu leben, müssen wir bezahlen können und dafür Wirtschaftspolitik betreiben.

(Beifall)

Die Debatte über die Rolle des Staates und die Zukunft der Demokratie schließt die Frage ein, wie wir die öffentliche Finanzkrise überwinden. Eine Reihe unserer europäischen Nachbarn zeigt, dass das geht, die Skandinavier voran: Schweden oder Dänen leisten sich einen umfassenden Sozialstaat, ohne an Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren oder an Arbeitslosigkeit zu ersticken. Wir brauchen nach wie vor – ich spreche dieses verteufelte Wort aus – Umverteilung, um die Verlierer der Globalisierung zu unterstützen. Wir brauchen staatliche Einnahmen, um Schulen, Bildung, Forschung und Infrastruktur zu finanzieren.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, auf diesem Parteitag werden nach unserer gestrigen Beratung über die Koalitionsvereinbarung und die Regierungspolitik der nächsten vier Jahre drei Anträge beraten, die für die Partei wichtige Wegweisungen darstellen. Erstens der Antrag „Perspektive Soziale Demokratie: Sozialer Fortschritt für unser Land“, der die Aufgaben der Partei in der Großen Koalition und darüber hinaus beschreibt, zweitens der Leitantrag „Bildung“, der die Anforderungen an ein zukunftsorientiertes Bildungssystem darstellt und drittens der gestern schon diskutierte Initiativantrag 3 „Integration konsequent vorantreiben“, der gewissermaßen an einer einzigen Frage konkretisiert, worum es sozialdemokratischer Reformpolitik gehen muss.

Es liegen außerdem zu den Bereichen der Organisations- und Außenpolitik interessante Anträge vor, die teilweise gestern schon verabschiedet wurden, wie die Überarbeitung des Organisationsstatuts und der Wahl- und Schiedsordnung sowie die damit zusammenhängenden 27 Änderungsanträge; darauf werden wir morgen eingehen. Andere Anträge haben zum Teil schon eine lange Vorgeschichte. Ich denke hier an die Anträge zur Programmdebatte – ich habe inhaltlich etwas dazu gesagt – und zur Wehrpflicht. Diese sollten auf jeden Fall in die Debatte um ein neues Grundsatzpro-

gramm einbezogen werden. Viele Anträge liegen auch zur Gesundheitspolitik und zur Pflegeversicherung, zur Förderung von Arbeitslosen, zur Frage des Mindestlohns und zur Integration von Migrantinnen und Migranten vor.

Liebe Genossinnen und Genossen, zum Schluss will ich ein kleines Wort des Dankes sagen. Die Mitglieder der Antragskommission haben in den letzten Tagen das euch bekannte Paket der Anträge durchgearbeitet, diskutiert und Empfehlungen ausgesprochen. Ich möchte ihnen und vor allem auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Antragskommission, ohne deren Sachverstand und akribische Prüfung wir das nicht hätten bewältigen können, herzlich danken! Ich wünsche uns gute, interessante Antragsberatungen.

(Beifall)

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Wolfgang Thierse! Vielen Dank auch den Mitgliedern der Antragskommission für ihre vorbereitenden Arbeiten!

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie haben gemeinsame Wurzeln. Über ein Jahrhundert hinweg sind wir gemeinsam dabei, häufig Schulter an Schulter, die Lebensqualität der Menschen zu verbessern und für die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu kämpfen. Wir haben gestern auch ein Dokument dieses Streites für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verabschieden können. Wir haben dafür gesorgt, dass die gleiche Augenhöhe in Deutschland erhalten bleibt. Ich freue mich, dass ich heute einen unter uns begrüßen kann, der für die Gewerkschaften bei uns zu Gast ist und auch für die Gewerkschaften zu uns sprechen wird. Ganz herzlich willkommen, Michael Sommer!

(Beifall)

Lieber Michael, ich darf dich bitten, gleich herzukommen und zu den Delegierten zu sprechen.

Grüßwort des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer

Michael Sommer, DGB-Vorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen! Vorweg ein persönliches Wort: Der eine oder die andere hat mich gefragt, warum ich nicht schon gestern auf dem Parteitag war. Das hat schlicht und ergreifend einen Grund, nämlich mein Grundverständnis von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Da meine Frau hier Parteitagsdelegierte ist, habe ich gestern in Berlin den Familiendienst getan. Ich bitte, mir das nachzusehen.

(Beifall)

Für heute ist das organisiert. Prinzessin, ich will dir nur sagen: Zu Hause ist alles in Ordnung!

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Genossen! Natürlich war das gestern ein ganz wichtiger Tag für unser Land. Ich glaube, dass die Partei gestern eine kluge Entscheidung getroffen hat, wenn ich mir als Genosse erlauben darf, das zu sagen. Nichtsdestotrotz: Die Aufgabe eines Grußwortes des DGB-Vorsitzenden auf einem SPD-Parteitag ist es nicht, inhaltlich die Politik der Partei zu bewerten. Ein Grußwort ist ein Grußwort und keine Grundsatzrede. Ein Grußwort ist keine Ergebniserklärung und auch keine Kampfansage. Zu all dem haben wir auch keinen Anlass.

Ich will eines deutlich machen, Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen: Die Gewerkschaften und die SPD sind befreundet. Wir arbeiten lange, eng und manchmal sogar vertrauensvoll zusammen. Ich sage „vertrauensvoll“ auch mit Blick auf die vergangenen Wochen. Wir haben gerade in den vergangenen Wochen sehr eng und sehr vertrauensvoll zusammengearbeitet. Man muss ja nicht immer alles in die Zeitung schreiben.

(Beifall)

Aber, Kolleginnen und Kollegen, ich will auch sagen – vom Selbstverständnis der deutschen Gewerkschaften und auch vom Selbstverständnis der Sozialdemokratie her –: Wir sind nicht die Vorfeldorganisation der Partei und die Partei ist nicht der politische Arm der Gewerkschaften.

Wir haben unterschiedliche Aufgaben. Wir haben unterschiedliche Interessen wahrzunehmen. So haben wir auch unsere Rolle zu definieren.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, ich füge hinzu: Gerade in Deutschland ist dieses immer wieder zu betonen. Es waren ja nicht zuletzt führende Sozialdemokraten, die uns den Weg in die Einheitsgewerkschaft gewiesen haben. Die Einheitsgewerkschaft muss parteipolitisch unabhängig und weltanschaulich neutral sein. Wir sind nicht neutral in der Sache. Wir sind auch nicht unpolitisch. Aber wir sind parteipolitisch unabhängig und wir werden es bleiben – aus gutem Grund.

Genauso sage ich, dass uns manches aktuell auch bedrückt. Ich weiß von vielen, die mich angesprochen haben, dass sie das eine oder andere im Wahlkampf nicht allzu toll fanden, ich übrigens auch nicht. Ich will aber auch eines sagen: Die Gewerkschaften waren gut beraten, ihre Themen im Wahlkampf nach vorne zu bringen und auf parteipolitische Äußerungen zu verzichten.

Jetzt, nach den Wahlen, haben wir es natürlich damit zu tun, dass es unterschiedliche politische Kräfte gibt, die in den Gewerkschaften wirken. Ich sage jedem, der es hören will und vor allem auch an die Adresse der neu gewendeten Linkspartei: Die Gewerkschaften sind nicht das Tummelfeld für parteipolitische Auseinandersetzungen. Wir bestimmen unsere Interessen selbst, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Ute hat darauf hingewiesen, dass wir gemeinsame Wurzeln haben. Das stimmt. Aber wir haben auch viele Gemeinsamkeiten in der Gegenwart. Auch das stimmt. Wir sollten das auch nicht unter den Teppich kehren. Was uns eint, sind viele Gemeinsamkeiten in der Auffassung von Staat und Gesellschaft, auch von der Zukunft der arbeitenden Menschen. Ich glaube, je besser wir es leisten, diese Gemeinsamkeiten herauszustellen, umso stärker werden wir zusammen.

(Beifall)

Ich habe diesen Satz sehr bewusst gesagt, auch, weil ich natürlich weiß – wie jeder hier weiß –, dass es in den vergangenen Jahren auch Trennendes zwischen uns gegeben hat. Das war teilweise sehr hart und sehr bitter für alle Beteiligten, vor allen Dingen teilweise auch die Art und Weise der Auseinandersetzung. Da haben wir uns wohl von beiden Seiten nichts geschenkt. Ich weiß, dass wir manches auch nicht rückgängig machen können und auch nicht rückgängig machen werden; denn gerade in puncto Arbeitsmarktreform haben die Gewerkschaften in ihrer großen Mehrheit eine andere Auffassung als die Partei.

Aber – auch das will ich sagen – die Auseinandersetzung selbst hat weder die Partei noch die Gewerkschaften stärker gemacht. Stärker werden wir nur dann, wenn wir wirklich zusammenarbeiten und versuchen, Trennendes zu überwinden.

(Beifall)

An dieser Stelle möchte ich die Gelegenheit nutzen, jemandem dafür zu danken, der immer wieder versucht hat, das Trennende zu überwinden, die Kommunikation und auch die Sprachfähigkeit zwischen uns herzustellen. Franz Müntefering hat gerade in seiner Zeit als Parteivorsitzender viel dafür getan, dass das Trennende nach hinten geschoben wurde und die Kommunikation verbessert wurde. Jeder von uns hat seinen Teil dazu geleistet. Aber Franz, ich will dir ausdrücklich auch persönlich dafür danken.

(Beifall)

Ich füge hinzu: Ich glaube, dass auch die neue Parteiführung diesen Weg gehen wird. Ich bin sicher, dass Matthias Platzeck in dieser Frage, was die Verbesserung der Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen SPD und Gewerkschaften anbetrifft, in die Fußstapfen von Franz Müntefering treten wird. Da bin ich wirklich sehr sicher.

Zu Franz will ich auch noch Folgendes sagen: Dein politischer Lebensweg geht ja nicht zu Ende. Er geht nur in eine neue Etappe. Diese Etappe wird schwierig werden, machen wir uns da nichts vor. Bert Brecht hat einmal gesagt: Die Anstrengungen der Berge liegen hinter uns. Vor uns liegen die Mühen der Ebene. – Das gilt für die große Koalition mit Sicherheit. Gerade in einer solchen Situation, Franz, brauchen wir auch als Gewerkschaften und du als Vizekanzler, der die SPD in der Regierung führt, eine verlässliche Basis der Kommunikation und Zusammenarbeit. Ich glaube, das



stärkt uns beide. Ich will mein Möglichstes tun, diese Basis mit zu schaffen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Ich sagte eingangs, ein Grußwort ist kein Wort für eine Kampfansage. Ich glaube auch, dass wir relativ wenig Grund haben, gerade in der heutigen Zeit, miteinander in irgendeinen Kampf zu gehen. Wir haben es doch geschafft, dass vieles von uns entwickelt und gemeinsam dargestellt wurde.

Nun weiß ich auch aus sehr persönlichem Erleben, dass der SPD-Gewerkschaftsrat nicht immer ein Ort der Freude ist, wo man froh ist, dass man unter Kolleginnen und Kollegen miteinander spricht und vertrauensvoll um die Sache ringt. Aber gerade die Diskussion, die wir im Gewerkschaftsrat, angeführt auch von unserem Generalsekretär, zu Fragen des Mindestlohns hatten, hat gezeigt, dass SPD und Gewerkschaften in der Lage sind, aufeinander zuzugehen und gemeinsam neue Konzepte zu entwickeln. Das ist ein Punkt, den ich besonders herausheben will. Ich hoffe sehr, dass dieser Parteitag gerade auch in Fragen des Mindestlohnes kluge Beschlüsse fasst, damit es in der gemeinsamen Arbeit weitergeht.

(Beifall)

Wenn ich von Kampfansage rede, dann sage ich auch: Natürlich gibt es einen Punkt, wo wir, Gewerkschaften und Partei, gemeinsam den Kampf ansagen müssen, nämlich den Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit. Das ist und bleibt die zentrale Aufgabe, die wir beide haben. Im Übrigen wird auch der Erfolg der großen Koalition daran gemessen werden, ob es gelingt, die Arbeitslosigkeit signifikant zu senken oder nicht. Das deutsche Volk erwartet gerade von der großen Koalition, hier wirklich zusammenzustehen und mutige Schritte nach vorne zu gehen, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich will heute bewusst darauf verzichten, inhaltlich die Koalitionsvereinbarung zur großen Koalition zu bewerten. Ich werde das morgen auf einer Pressekonferenz in Berlin tun. Ich habe diesen Termin sehr bewusst auf morgen gelegt, weil ich die Parteitagsentscheidungen, eure, aber auch die der Union, respektieren will und erst nach den Parteitagsentscheidungen dazu Stellung nehmen will, wie wir die Arbeit einer großen Koalition einschätzen und wo wir erwarten, dass es Korrekturen gibt. Ich bitte wirklich um Verständnis, dass ich deshalb dazu jetzt auch nichts weiter sagen werde. Ich mache das, wie gesagt, morgen auf einer Pressekonferenz in Berlin.

Letzte Bemerkung. Am 18. September haben einige bitter erfahren müssen, dass es für sie in diesem Land keine Mehrheit gibt. Dass die Herren Westerwelle und Merz darüber greinen, freut mich; das freut uns, glaube ich, alle.

(Beifall)

Es gibt in diesem Land keine Mehrheit für eine Politik, die die Tarifautonomie schleifen, die Mitbestimmung abschaffen, die gesetzliche Krankenversicherung ad absurdum führen und die Arbeitslosenversicherung beseitigen will. Alles das findet in diesem Land keine Mehrheit und wir sollten alles tun, dass es dabei auch bleibt, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich glaube, wir haben ein schweres Stück Arbeit vor uns – gemeinsam, strategisch vereint, manchmal sicherlich auch mit unterschiedlichen Zungenschlägen, immer die unterschiedlichen Funktionen und Aufgaben achtend. Aber für eines stehen wir gemeinsam: Wir stehen dafür, dass die Würde der arbeitenden Menschen und der sozial Schwachen eine Stimme und einen politischen Arm hat und dass wir diesen Arm einsetzen, damit es den Menschen besser geht. Glück auf!

(Beifall)

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Michael Sommer. Ich danke dir für deine klaren Worte. Zur kritischen Begleitung wird man dich und deine Mitsstreiterinnen und Mitsstreiter nicht ermuntern müssen. Ich danke dir vor allem auch dafür, dass du deutlich gemacht hast: Die gemeinsamen Ziele im Interesse der Menschen werden wir zusammen nie aus den Augen verlieren. Herzlichen Dank dafür, Michael Sommer.

Jetzt, liebe Genossinnen und Genossen, hat als Nächster das Wort der Bewerber um das Amt des Parteivorsitzes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Matthias Platzeck.

(Beifall)

Rede des designierten Parteivorsitzenden Matthias Platzeck

Matthias Platzeck, Parteivorstand: Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Liebe Gäste! Liebe Freunde von den Gewerkschaften! Ich hoffe, ihr habt den Parteiabend alle gut überstanden, habt gut ausgeschlafen und könnt jetzt vier Stunden lang ganz konzentriert einer Rede zuhören.

(Heiterkeit)

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, wir sind hier in Karlsruhe, ganz in der Nähe zur französischen Grenze zusammengekommen. In einer Viertelstunde ist man von hier aus in Frankreich. Kaum mehr als 50 Kilometer von uns entfernt, gleich hinter der Grenze, liegt Straßburg. Auch in den Vorstädten dieser Stadt, in den Vorstädten von Straßburg, haben in den vergangenen Tagen die Autos gebrannt, auch vorgestern und gestern wieder. Die Ereignisse, die derzeit unser Nachbarland Frankreich bis ins Mark erschüttern, beweisen uns, wie dringend, wie sehr dringend unsere modernen Gesellschaften auf Zusammenhalt und auf Integration angewiesen sind.

(Beifall)

Diese Bilder, Genossinnen und Genossen, machen uns nämlich klar, was geschehen kann, wenn das Band der gesellschaftlichen Gemeinsamkeit zerfasert oder gar zu zerreißen droht. Diese Bilder zeigen uns, was geschehen kann, wenn neue Spaltungslinien die Gesellschaft durchziehen und wenn ganze Bevölkerungsgruppen über Generationen von der Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft ausgeschlossen werden. Diese Bilder zeigen uns, was geschehen kann, wenn es in einer Gesellschaft zuerst an Bildungschancen und dann an beruflichen und wirtschaftlichen Perspektiven für Jugendliche und junge Erwachsene mangelt. Diese Bilder, liebe Genossinnen und Genossen, zeigen uns mit ganzer Eindringlichkeit, welchen neuen Gefährdungen das Zusammenleben in unseren europäischen Gesellschaften des 21. Jahrhundert ausgesetzt ist. Diese Gefahren müssen wir erkennen, und wir müssen diesen Gefahren auch begegnen, und zwar vorbeugend, weitsichtig und nicht erst dann, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist.

(Beifall)

Deshalb erinnern uns die Ereignisse bei unseren Nachbarn noch einmal mit aller Schärfe und mit aller Eindringlichkeit an eines: Sie erinnern uns daran, liebe Genossinnen und Genossen, welche Aufgabe, welche Verantwortung wir Sozialdemokraten haben.

Wir wissen: Die Situation bei uns in Deutschland ist nicht dieselbe wie in Frankreich. Aber genauso wissen wir: Auch bei uns gibt es zunehmend Menschen und Gruppen,

die nicht teilhaben an dem, was unsere Gesellschaft ausmacht. Wir Sozialdemokraten sind die Partei, die hier Verantwortung übernehmen und neue Ideen entwickeln muss, ganz einfach deshalb, weil es sonst in Deutschland niemand tun würde, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Worum geht es? Was sind unsere Ziele? Was wollen wir? Welche Ideen, welches Leitbild von einer guten und lebenswerten Gesellschaft in Deutschland und in Europa haben wir? Wir – und tatsächlich nur wir – sind ohne Wenn und Aber die Partei der einen und zusammengehörenden Gesellschaft in Deutschland. Wir sind die Partei der Lebenschancen für alle. Wir, die Sozialdemokraten, sind die Partei des sozialen Zusammenhalts, die Partei der Chancengleichheit, die Partei der inneren Einheit Deutschlands, der Solidarität und der Nachhaltigkeit. All das sind wir, die Sozialdemokraten in Deutschland, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wir sind auch immer – und werden es immer sein – die Partei der Aufklärung und des Fortschritts gewesen. Uns geht es um die soziale Durchlässigkeit unserer Gesellschaft, um Aufstiegschancen für alle, uns geht es darum, dass das Leben aller Menschen nach vorne hin offen sein muss und nicht bereits vorherbestimmt ist durch Geburt, durch den Geldbeutel oder Postanschrift der Eltern. Das werden wir in unserem Land nie zulassen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

So verstehe ich unsere Partei und so hat sich selber immer verstanden – 142 Jahre lang. Dieser großen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands anzugehören, erfüllt mich mit Stolz und mit großer Freude.

(Beifall)

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, genau deshalb bedeutet, dieser Partei anzugehören, zugleich eine große Verpflichtung, eine Verpflichtung, die ich sehr ernst nehme. Wir dürfen uns selber niemals genug sein. Wir dürfen niemals vergessen, dass die Menschen von uns etwas erwarten. Sie erwarten von uns, dass wir Probleme lösen und neue Wege eröffnen. Die Menschen haben Recht damit. Unsere Diskussionen müssen immer mehr sein als nur Selbstzweck. Die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands darf niemals Selbstbeschäftigung heißen. Die Aufgabe unserer Partei war und ist die tägliche harte Arbeit dafür, dass das Leben besser wird, und nicht nur besser für wenige, sondern für alle Menschen in unserem Land. Das ist unsere Aufgabe, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Viele Millionen Wählerinnen und Wähler, Frauen und Männer in Deutschland, haben uns am 18. September ihre Stimme gegeben. Jede und jeder Einzelne von ihnen hat diese Stimmabgabe mit einer Erwartung verbunden, nämlich mit der Erwartung, dass wir uns mit aller Kraft den Problemen unseres Landes widmen, um sie zu lösen, mit der Erwartung, dass wir dabei sorgfältiger, ernsthafter, gewissenhafter und gerechter vorgehen als andere, mit der Erwartung, dass wir ehrlich sagen, was wir meinen, und beherzt tun, was wir sagen. Liebe Genossinnen und Genossen, diese Erwartungen, die es in Deutschland an uns gibt, sind berechtigt. Wir dürfen sie nicht enttäuschen. Wir stellen uns diesen Erwartungen. Tun wir das gemeinsam!

(Beifall)

Darum darf niemals auch nur für einen einzigen Augenblick der Eindruck entstehen, als würde es uns um das Regieren nur um des Regierens willen gehen. Es muss uns immer um mehr gehen als um uns selbst. Es geht um das Gestalten, um die große sozialdemokratische Idee der gleichen Freiheit für alle. Am wichtigsten: Es geht um unser Land und um die Menschen in unserem Lande, die in ihrem Leben jede nur mögliche Chance haben sollen, alle ihre Potenziale auszuschöpfen. Nur wenn das gelingt, wird unsere Gesellschaft auch in Zukunft noch lebenswert sein. Liebe Genossinnen und Genossen, deshalb lag Franz so punktgenau richtig mit seinem legendären Satz: „Opposition ist Mist!“ Genau das ist es!

(Beifall)

Nicht aus Prinzip, auch nicht deshalb, weil wir dann eine Zeitlang nicht regieren würden, sondern deshalb, weil wir während dieser Zeit genau die Dinge nicht vorantreiben und durchsetzen können, von denen wir wissen: Sie sind gut für das Land, sie sind gut für die Menschen. Wenn wir uns nicht um diese Aufgaben kümmern, kümmert sich niemand in diesem Land darum. Deshalb müssen wir regieren, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Die Aufgaben der Sozialdemokratie dürfen nicht liegen bleiben. Sie müssen angepackt werden, weil sie wichtig sind. Darum haben wir sie in der Vergangenheit angepackt und werden sie auch in Zukunft anpacken. Wir Sozialdemokraten wollen die eine Gesellschaft der Lebenschancen für alle: für jede einzelne Frau, für jeden einzelnen Mann und für jedes einzelne Kind. Dass es uns um die eine Gesellschaft geht und dass wir tatsächlich alle Menschen meinen, wenn wir von Lebenschancen sprechen, genau das unterscheidet uns von allen politischen Mitbewerbern in unserem Lande, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Die Welt ist im Umbruch. Europa tut sich schwer; Amerika geht immer öfter eigene Wege. Zugleich erleben viele asiatische Länder einen erheblichen wirtschaftlichen und technologischen Aufbruch. Alle diese Veränderungen sind real. Sie betreffen uns ganz direkt. Als Exportweltmeister profitieren wir Deutschen von der Globalisierung wie kaum ein anderes Land auf dieser Welt. Aber der Wandel, in dem wir uns mittendrin befinden, verläuft unübersichtlich. Er kennt Verlierer genauso wie Gewinner. Deshalb machen die Umbrüche der Gegenwart vielen Menschen Angst. Das ist verständlich. Aber Angst ist nie ein guter Ratgeber. Angst lähmt und Angst macht mutlos. Deshalb suchen die Menschen in Deutschland inmitten der Veränderungen nach neuer Orientierung. Deshalb brauchen wir positive Ziele und Leitmotive. Deshalb brauchen wir eine optimistische Grundhaltung, wenn wir die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bewältigen wollen. Wir wollen dies. Wir brauchen eine Grundhaltung der Zuversicht und des engagierten Zupackens. Umso aktueller sind heute unsere sozialdemokratischen Ziele und Grundwerte, weil sie bleibende Ziele und Werte sind und, liebe Genossinnen und Genossen, weil es auch im 21. Jahrhundert die richtigen Ziele und Werte sind, für die wir kämpfen und für die wir eintreten.

(Beifall)

Es geht um den Leitstern der Freiheit. Es geht um den Leitstern der Gerechtigkeit und es geht um den Leitstern der Solidarität. Diese Ziele der sozialen Demokratie werden für unser Land im neuen Jahrhundert um nichts weniger wichtig sein, als sie es im 19. und 20. Jahrhundert waren. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, es reicht niemals auf dieser Welt, sich im sicheren Besitz der richtigen Ziele zu wissen. Es reicht einfach nicht, die richtigen Ziele zu *haben*. Man muss auch alles und wirklich alles daran setzen, sie zu verfolgen und sie zu verwirklichen. Wir dürfen uns nie zurücklehnen in der Gewissheit, dass wir die richtigen Zielen haben und dass wir für die richtigen Werte sind. Wir müssen uns aufrichten und sagen: Wir kämpfen für diese Ziele, wir kämpfen für diese Werte. Wir wollen, dass sie in dieser Gesellschaft wirken. Wir wollen nie mit weniger zufrieden sein.

(Beifall)

Gerade wenn wir wollen, dass Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in diesem schwierigen 21. Jahrhundert nicht unter die Räder kommen, gerade wenn wir wollen, dass unsere Grundwerte auch dieses neue Zeitalter prägen, müssen wir erkennen: Nur als hellwache und nur als lernende Partei, nur als Partei auf der Höhe der Zeit können wir unsere Ziele erreichen. Ich meine, genau das war es, was Willy Brandt meinte, als er uns kurz vor seinem Tode die Worte ins Stammbuch schrieb: „Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer.“ Das heißt doch: Die Ziele bleiben, aber die Voraussetzungen für ihre Durchsetzung ändern sich. Gerade weil uns Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität so wichtig sind, müssen wir uns immer wieder aufs Neue fragen, wie wir ihrer Verwirklichung näher kommen.

Gedanken müssen wir uns keinen Augenblick darüber machen, ob unsere Grundwerte, ob soziale Gerechtigkeit und Sozialstaat für das 21. Jahrhundert noch die richtigen Ideen sind. Das sind sie. Ich kann nirgendwo Sozialdemokraten erkennen, die eine andere Position vertreten. Natürlich gibt es bei uns in Deutschland harte ideologische Gegner dieser Grundideen und der Prinzipien des Sozialstaates. Das sind die Westerwelles, die Henkels und die Merzens unseres Landes. Wir kennen sie alle nur zu gut. Aber ich glaube, diese Leute werden in unserem Lande bei weitem überschätzt, vielleicht weil man sie so oft im Fernsehen sieht. Da ist wirklich nicht viel dahinter, liebe Genossinnen und Genossen, was uns weiterbringen könnte in diesem Leben.

(Beifall)

Diese Leute sind nicht das Hauptproblem. Den ständig herbeigeredeten marktradikalen Mainstream in unserer Gesellschaft gibt es in Wirklichkeit gar nicht. Das genaue Gegenteil ist doch richtig. Alle Untersuchungen, alle Umfragen, und alle unsere Erfahrungen im Alltag und nicht zuletzt das Ergebnis der Bundestagswahl beweisen uns doch eines: Die Grundidee des Sozialstaates und das Prinzip der sozialen Demokratie leben; sie erfreuen sich ungebrochener Zustimmung und Beliebtheit nicht nur in unserem Lande, sondern in ganz Europa, liebe Freundinnen und Freunde, quer durch alle Gruppen der Gesellschaft.

(Beifall)

Das grundsätzliche Nein zum Sozialstaat war und ist in Deutschland nicht mehrheitsfähig. Das grundsätzliche Nein zum Sozialstaat wird in Deutschland auch in Zukunft nicht die Spur einer Chance haben. Dafür werden nicht zuletzt wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sorgen, indem wir unseren Sozialstaat systematisch erneuern und weiterentwickeln, und zwar so, dass er niemals zur Belastung, sondern klar und unverkennbar immer zur Kraftquelle für Wirtschaft und Gesellschaft wird. Das ist unsere Aufgabe. Die werden wir erfüllen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Was unseren Sozialstaat heute tatsächlich in Schwierigkeiten bringt, sind nicht seine ideologischen Feinde. Mit denen werden wir allemal fertig. Schwierigkeiten macht vielmehr, dass unserem Sozialstaat die alten Voraussetzungen abhanden kommen. In seiner gewohnten Form stößt er heute an objektive finanzielle und demographische Grenzen. Der gewohnte Weg der Problemlösung hieß doch: kräftiges Wachstum der Wirtschaft, kräftiges Wachstum der Bevölkerung, Wachstum der Städte, der Haushalte, der Sozialbudgets. Alles wuchs. Dieser Weg, liebe Genossinnen und Genossen, steht uns heute so nicht offen. Wir müssen tatsächlich auf vielen Gebieten lernen, aus weniger mehr und Besseres zu machen.

Aber wer sagt denn, wir könnten nicht auch unter diesen Bedingungen erfolgreich sein? Ich sage euch: Wir werden erfolgreich sein und diese Fragen lösen. Unser Land ist zu beeindruckenden Erneuerungsleistungen imstande. Das haben wir in Deutschland gerade in den letzten 15 Jahren eindrucksvoll bewiesen. Der Prozess der Vereinigung von Ost und West, den kein anderes Land der Welt so bewältigen musste, haben wir hervorragend gemeistert, und zwar die Menschen in Ostdeutschland *und* die Menschen in Westdeutschland. Darauf können wir stolz sein, und das sollte uns Kraft geben für das, was vor uns steht, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Unser Land ist buchstäblich das einzige auf der Welt, das in seiner jüngeren Geschichte das Zusammenwachsen zweier so radikal unterschiedlicher Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen zu bewältigen hatte. Auf den Erfahrungen dieser Zeit im Umgang mit Prozessen des Umbruchs, des Wandels und der Erneuerung können wir in unserem Lande sehr selbstbewusst aufbauen. Meine Erfahrung aus den vergangenen 15 Jahren Aufbau Ost lautet: Soziale Gerechtigkeit ist auch heute noch eine Frage der materiellen Verteilung. Natürlich ist sie das. Aber zugleich ist soziale Gerechtigkeit heute mehr denn je eine Frage der Verteilung von Lebenschancen, eine Frage der aktiven Zugehörigkeit, eine Frage des Mitmachens und zunehmend eine Frage des Mitmachen-Könnens.

Ich habe über die erschreckenden Ereignisse in Frankreich gesprochen. Frankreich erlebt ja gerade eine Rebellion von Menschen, denen die entscheidenden Voraussetzungen für Zugehörigkeit und Mitmachen-Können vorenthalten worden sind. Wir leben heute mitten im Übergang von der Industrie zur Wissensgesellschaft. Die Anforderungen an die Kenntnisse und die Fertigkeiten der Menschen verändern sich. Der entscheidende Schlüssel zur vollwertigen Beteiligung am Leben der Gesellschaft heißt Bildung, und zwar mehr als jemals zuvor in der Geschichte der Menschheit.

(Beifall)

Und deshalb ist es die soziale Gerechtigkeitsfrage des begonnenen Jahrhunderts schlechthin, ob es uns gelingt, gute und gleiche Bildungschancen für alle zu organisieren. Das gilt erst recht, weil unter den Bedingungen der Globalisierung nur bildungsreiche Gesellschaften auch wirtschaftlichen Wohlstand erzielen und erhalten können. Schon heute sind in Deutschland Armut an Lebenschancen, Armut an Geld und langfristige Arbeitslosigkeit in hohem Maße die Folge davon, dass es Menschen an zeitgemäßen Qualifikationen und Fertigkeiten mangelt.

Liebe Genossen, wer zu wenig weiß, wer zu wenig kann, der wird in der wissensintensiven Wirtschaft und Gesellschaft immer geringere Chancen haben. Keine noch so gute nachsorgende, keine noch so gute betreuende Sozialpolitik kann dies später

jemals wieder wettmachen. Genau hier verlaufen die neuen Spaltungslinien zwischen den Insidern und den Outsidern unserer Gesellschaft; die einen sind drin, die anderen sind draußen. Das wollen wir nicht, liebe Genossinnen und Genossen. Damit werden wir uns nicht abfinden. Das genau macht gute Bildung zu einem zentralen Schwerpunkt der Sozialpolitik, das macht gute Bildung auch zu einem zentralen Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik, zu einem zentralen Thema unserer Demokratie. Das macht gute Bildung für uns auch zu einem zentralen Thema der sozialen Gerechtigkeit. Und das macht gute Bildung zu einem zentralen Thema unserer gesamten Partei, liebe Genossinnen und Genossen. Diese Aufgabe müssen wir annehmen.

(Beifall)

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind es, die eine Gesellschaft mit Lebenschancen für alle wollen. Weil wir diese Lebenschancen für alle von Herzen wollen und dafür kämpfen, müssen wir die Bildungspartei Deutschlands im 21. Jahrhundert werden. Da kommen wir her und da wollen wir auch wieder hin. Aufklärung und Bildung, das sichert uns Zukunft.

(Beifall)

Schaffen müssen wir es auch, die Partei für Kinder und die Partei für Familien in Deutschland zu sein. Dass wir das heute schon zunehmend sind, hat viel mit der klugen und leidenschaftlichen Politik von Renate Schmidt zu tun.

(Beifall)

Es ist die Aufgabe der gesamten Partei, systematisch und beharrlich fortzusetzen, was Renate in den vergangenen Jahren so eindrucksvoll vorangetrieben hat. Viel zu oft ist in unserem Lande die Rede von der angeblichen Überalterung. Ich halte dieses Gerede für Unfug. So etwas wie „Überalterung“ gibt es nicht. Was so beschrieben wird, ist die steigende Lebenserwartung, ist die bessere Gesundheit von immer mehr Menschen bis ins hohe Lebensalter. Wir sind in manchen Beziehungen ein komisches Land: Japan gibt sich die Überschrift „Land des langen Lebens“. Wir haben denselben Fakt und schreiben darüber: „Wir haben das Problem, dass wir alle zu alt werden“.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, alte Menschen leben anders, alte Menschen kaufen anders, alte Menschen lieben anders – aber sie tun all das. Freuen wir uns doch darüber, dass sie es heute länger tun als noch vor 50 Jahren. Das war doch unser Ziel.

(Lebhafter Beifall)

Es ist doch eigentlich wunderbar, wenn immer mehr Menschen immer länger leben. Diese Entwicklung ist aus meiner Sicht eine großartige Leistung unserer Gesellschaft. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren über viele Jahrzehnte an dieser Leistung an vorderster Stelle beteiligt. Darauf können wir stolz sein, dass wir dieses Problem erreicht haben. Unser Problem heißt nicht Überalterung. Unser Problem ist, dass den vielen Älteren in unserem Lande einfach zu wenige Kinder nachfolgen. In unserem Lande werden viel zu wenige Kinder geboren. In unserem Lande gehen viel zu viele Kinderwünsche junger Menschen, die überall vorhanden sind, nicht in Erfüllung. Eine Gesellschaft ohne Kinder ist eine Gesellschaft ohne Zukunft. Deshalb müssen wir hinkommen zu einer umfassend verstandenen Politik der Nachwuchssicherung. Auch das ist eine Aufgabe am Beginn dieses Jahrhunderts, eine große Aufgabe und eine schöne Aufgabe, liebe Genossinnen und Genossen. Jeder, der Kinder hat, weiß das.

(Beifall)

Deshalb wird auch die neue Bundesregierung Familien fördern und ihnen das Leben erleichtern. Deshalb werden wir das Elterngeld einführen, deshalb werden wir die Kinderbetreuung steuerlich fördern und deshalb werden wir die Angebote zur Tagesbetreuung von Kindern und die Ganztagsbetreuung ausbauen – damit Familie und Beruf in unserem Lande in diesem Jahrzehnt, in diesem Jahrhundert gut vereinbar sind. Das brauchen wir, wenn wir Zukunft haben wollen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Aber wir wollen auch, dass jedes einzelne geborene Kind gute und gleiche Lebenschancen hat. Auch das ist eine Gerechtigkeitsfrage und ein zentrales sozialdemokratisches Thema dieses Jahrhunderts. Viel zu viele Kinder in Deutschland bekommen nicht die Förderung, die sie brauchen. Viel zu viele bleiben ohne Schulabschluss, damit ohne Qualifikation, damit ohne Perspektive. Unser Land kann sich diese Ungerechtigkeit nicht leisten, weder moralisch noch ökonomisch. Unser Land braucht jedes einzelne dieser Kinder. Das muss unser sozialdemokratisches Ziel sein: Kein einziges Kind dürfen wir zurücklassen.

(Beifall)

Liebe Freunde, gebraucht zu werden, das ist für uns Menschen eigentlich das Entscheidende. Gebraucht zu werden schafft erst wirklich einen Lebenssinn. Gebraucht zu werden schafft sozialen Zusammenhang und Zufriedenheit. Ich glaube, jeder kennt das aus eigener Erfahrung: Man packt mit an, man hilft sich gegenseitig, man nimmt sich Zeit füreinander – was wir übrigens viel öfter tun sollten und man tut sich mit anderen für gemeinsame Zwecke zusammen. Dabei verspürt man eine Menge Freude, ganz einfach weil es gut tut, gebraucht zu werden. Wo Bürgerinnen und Bür-

ger handfest erleben, dass sie selbst ihr eigenes Gemeinwesen gestalten, wo Menschen anpacken und sich füreinander engagieren, da wenden sie sich auch nicht verbittert ab, wenn es einmal schwierig wird. Ich bin mir sicher: Es sind in Wahrheit nicht nur materieller Erwerb und Besitz, die Zufriedenheit von Menschen ausmachen. Es ist gerade auch und immer wieder das gemeinschaftliche Zupacken an sich, was uns als Menschen wirklich Befriedigung verschafft. Regine Hildebrandt hat das kurz vor ihrem Tode in den schönen Satz gepackt: „Kinder, auch wenn ich nicht mehr da bin, vergesst nicht: Der wirkliche Sinn des Lebens liegt im Miteinander.“ Recht hat sie, wie sie oft Recht hatte, unsere Regine.

(Beifall)

Schon aus diesem Grund müssen wir daran arbeiten, in Deutschland eine neue Grundhaltung des gemeinsamen Zupackens zu entwickeln. Denn zupackende Menschen sind zufriedene Menschen. Deshalb wünsche ich mir unsere Partei als eine Partei zupackender, optimistischer Menschen in einem tatkräftigen Land. Das sozialdemokratische Bild von Deutschland ist das Bild eines zupackenden Landes, eines Landes der tatkräftigen Erneuerung. Lasst uns an genau diesem Bild arbeiten, liebe Genossinnen und Genossen. Es wird uns Freude machen, an einem solchen Bild von Deutschland zu arbeiten.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir tun uns nicht leicht damit, das Neue und die Veränderung als Chance zu begreifen. Da ist der Erneuerungsdruck der Globalisierung, da ist die Demographie, da ist die Tatsache, dass erfolgreiches Wirtschaften immer mehr auf Wissen und Qualifikation angewiesen ist. Ja, keine Frage, dies alles ist schwierig. Das alles wirkt – auch das ist richtig – manchmal auch bedrohlich. Aber gerade wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dürfen uns auch unter diesem Druck niemals falsche Alternativen aufschwätzen lassen. Mein Eindruck ist: Es liegt an diesem Denken in den falschen Alternativen, dass wir Erneuerung und Aufbruch manchmal so misstrauisch gegenüberstehen. Es stimmt aber einfach nicht, dass wir nur die Wahl haben zwischen Pest und Cholera. Es stimmt einfach nicht, dass wir heute nur noch wählen können zwischen ideenloser Beharrung und brutalen markt-radikalen Rosskuren à la Maggie Thatcher. Liebe Genossinnen und Genossen, wir Sozialdemokraten haben eine gute, eine ehrwürdige Tradition des Internationalismus. Wir haben schon immer über die Grenzen hinweg die Kooperation gesucht, wir haben schon immer genau hingeschaut, wie es die anderen machen, um von ihnen zu lernen. Diese internationale Zusammenarbeit will ich fortführen und mit aller Kraft intensivieren; denn dazu haben wir allen Anlass. Wir Deutschen sind heute mehr als je zuvor in Europa und in der Welt zuhause. Zugleich ist Europa – das müssen wir überall dort hintragen, wo wir mit Menschen reden können – die einzige wirklich-



keitstaugliche Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung. Nur im europäischen Kontext werden wir diesen Anforderungen gerecht werden, in keinem anderen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Martin Schulz hat es uns gestern schon sehr deutlich gesagt: Nur mit Europa, nur in Europa werden wir erfolgreich. Wie werden unsere Krise überwinden, je mehr wir bereit sind, auch von Erfahrungen anderer Europäer zu lernen.

Ich denke da zum Beispiel an unseren Freund Poul Nyrup Rasmussen, früher dänischer Ministerpräsident, dann Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Europas. Poul hat in Dänemark mit seinen Konzepten bemerkenswerte neue Wege der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik beschritten. Wie kriegen wir es hin, in Staat und Gesellschaft die nötige Flexibilität und den genauso nötigen sozialen Schutz auf produktive Weise miteinander zu verbinden? Das war und ist seine Frage, und es ist die richtige Frage. Sicher, wir müssen unsere eigenen Antworten finden. Aber Antworten finden müssen wir auf jeden Fall.

Wir haben gestern mit dem neuen Vorsitzenden der finnischen Sozialdemokratischen Partei zusammengessen. Ich denke, wenn wir über solche Fragen reden, auch

an Finnland. Denn ich hatte die Gelegenheit, mir die nordeuropäische Wirklichkeit dort genauer anzusehen. Wir wollten genauer wissen: Woher kommen im 21. Jahrhundert gute Arbeitsplätze – Arbeitsplätze, die nicht von Abwanderung bedroht sind? Was schafft Wachstum? Was schafft Wohlstand und soziale Gerechtigkeit unter den Bedingungen der Globalisierung?

Finnland ist heute die international wettbewerbsfähigste Volkswirtschaft überhaupt, nach einer großen Krise Mitte der 90er Jahre. Finnland schneidet in allen internationalen Schul- und Bildungsvergleichen am besten ab. Der finnische Staatshaushalt ist Jahr für Jahr mindestens ausgeglichen. Finnland erzielt seit Jahren Wachstumsraten weit oberhalb des europäischen Durchschnitts.

Es war in den 90er Jahren die sozialdemokratische Regierung unseres Freundes Paavo Lipponen, die diese Erfolge möglich gemacht hat. Wir haben ihn gefragt: Worin besteht dein Erfolgsgeheimnis? Die Antwort war einfach und kurz. Er sagte: Es gibt keine Geheimnis. Es gibt kein Rätsel und kein Mysterium. In Finnland ist allen heute völlig klar: Ganz allein auf die Menschen kommt es an, ganz allein auf ihre eigenen Potenziale, auf ihre Ideen, auf ihre Kreativität. Die muss man fördern, die muss man pflegen, von klein auf in jedem Kind und immer wieder neu im Lebensverlauf, mit sozialen Sicherheitsnetzen, auf die sich die Menschen im Ernstfall ohne Wenn und Aber verlassen können.

Liebe Freunde, ich weiß sehr wohl: Jedes Land hat seine eigenen Bedingungen. Nicht alles ist ohne weiteres vergleichbar. Aber von zukunftsweisenden Prinzipien, von der zupackenden Grundhaltung, sich den Problemen nicht einfach zu ergeben – diese Grundhaltung ist ja bei den Nordeuropäern zu Hause –, können wir auf jeden Fall einiges lernen, nämlich: Jeder wird gefördert, jeder wird gefordert, niemand darf zurückgelassen werden, keiner wird aufgegeben. Das betrifft alle Politikfelder quer durch die Bank. Hier gibt es kein Ressortdenken; das darf es auch nicht geben. Hier geht es um Bildung, hier geht es um Familie, hier geht es um Wirtschaft, hier geht es um moderne Technologie und Innovation. Ein Rad muss in das andere greifen. Das müssen wir auch hier bei uns schaffen, liebe Freundinnen und Freunde; denn da liegt das Zukunftspotenzial – und nur da. So schwierig ist das gar nicht.

(Beifall)

Wir wissen: Gemeinsamkeit, eine Kultur des Vertrauens und des Miteinander machen stark, und zwar jeden einzelnen Menschen und die ganze Gesellschaft. Genau das schafft soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Dynamik zugleich.

Wir wissen, wenn wir soziale Gerechtigkeit wollen, dann brauchen wir wirtschaftliche Dynamik. Damit wir wirtschaftliche Dynamik bekommen, brauchen wir soziale Gerechtigkeit. Dynamische Wirtschaft und Innovation auf der einen Seite, sozialer

Schutz, Bildungs- und Lebenschancen für möglichst viele Menschen auf der anderen Seite, beides unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts bekommen wir immer nur zusammen. Beides ist nur gemeinsam möglich, nie gegeneinander und nie ohne einander.

Für das Zusammenfügen dieser beiden Aspekte stehen wir. Das ist sozialdemokratische Sicht auf die Welt. Wirtschaftliche Dynamik und sozialer Zusammenhalt, dieses beides gemeinsam in diesem Jahrhundert zu haben, das ist unsere Aufgabe, liebe Genossinnen und Genossen, und der werden wir uns stellen.

(Beifall)

Genau das ist die Philosophie, mit der wir aus eigener Kraft erfolgreich sein können. Genau das ist die Leitidee für unsere Zeit, mit der die Sozialdemokratie erfolgreich sein kann und wird. Ich bin zuversichtlich: Wir werden den Leitgedanken vom fruchtbaren Wechselverhältnis zwischen erneuertem Sozialstaat und innovativer Wirtschaft systematisch und nachhaltig weiterentwickeln.

Wenn wir das tun, dann hat unsere Partei alle Chancen, zur prägenden Kraft der kommende Jahrzehnte in Deutschland zu werden. Und die Gewinner werden dann die Menschen in unserem Lande sein, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Nur aus dem funktionierenden Wechselverhältnis zwischen modernem Sozialstaat und moderner Ökonomie wird in Deutschland zugleich neues Vertrauen in die eigene Kraft entstehen. Kaum etwas wird heute in unserem Land so dringend gebraucht wie Vertrauen und Selbstvertrauen. Vertrauen, liebe Genossinnen und Genossen, ist der Kitt, der eine intakte Gesellschaft zusammenhält. Vertrauen ist der entscheidende Rohstoff, der Gemeinsamkeit und Solidarität, der Aufbruch und Zuversicht überhaupt erst möglich macht. Ohne ein Grundklima des Vertrauens, ohne ein Grundklima des Selbstvertrauens kann keine Politik erfolgreich sein. Wo Menschen oder gar ganze Regionen das Vertrauen verlieren, auf dem richtigen Weg zu sein, dort gerät die Demokratie in Gefahr.

Deshalb: Gut für unser Land ist alles, was mehr Vertrauen schafft und nicht weniger. Gut für unser Land ist alles, was mehr Gemeinsamkeit schafft und nicht weniger. Gut für unser Land ist alles, was den Zusammenhalt und die Solidarität der Menschen stärkt und sie nicht schwächt.

Umgekehrt: Schlecht für unser Land ist alles, was Vertrauen, Gemeinsamkeit und Zusammenhalt beschädigt. Schlecht für unser Land ist alles, was Misstrauen schafft, was Menschen gegeneinander aufhetzt und in Stellung bringt.

Liebe Freundinnen und Freunde, Gemeinsamkeit, Miteinander, Vertrauen zueinander und Vertrauen in die eigene Kraft, das sind die Fundamente, das sind die Grundvoraussetzungen für alles Weitere. Darauf baut sich alles Weitere auf. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass es zu diesem Vertrauen und zu diesem Selbstvertrauen in unserem Lande wieder in ausreichendem Maße kommt, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Übrigens gilt das auch für unsere eigene Partei. Wie alles im Leben hat auch unsere Fähigkeit, unser Land voranzubringen, ihre Voraussetzungen. Sie hat zur Voraussetzung, dass wir zunächst in unseren eigenen Reihen zu einer Kultur des Vertrauens, einer Kultur der Zusammenarbeit und des Miteinander fähig sind. Daran sind in den vergangenen Wochen – vorsichtig gesprochen – gewisse Zweifel entstanden. Das hat uns allen zusammen nicht geholfen, liebe Genossinnen und Genossen. Darum müssen wir diese Zweifel so schnell wie irgend möglich wieder ausräumen. Nur wenn wir selbst zur Kooperation und Gemeinsamkeit im Stande sind, nur dann werden wir die Menschen in Deutschland von unseren Ideen und unseren Konzepten überzeugen können – sonst nie, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Ich möchte, dass die deutsche Sozialdemokratie auch weiterhin eine lebhafte, eine diskussionsfreudige Partei ist. Wo sich so vieles ändert wie in unserer Zeit, da gibt es – das wird auch so bleiben – viele offene Fragen. Da ist es nicht nur erlaubt, sondern auch dringend nötig, Ideen zu entwickeln und offene Debatten über Ziele und Mittel zu führen. Nur eine debattierende Partei ist und bleibt eine lebendige Partei, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Nur eine lebendige Partei entwickelt Strahlkraft. Nur eine lebendige Partei wirkt attraktiv und anziehend auf andere, auf die Umwelt. Wo nichts los ist, da geht niemand hin. Das wissen wir, und das gilt für alle Lebensbereiche.

Deshalb wünsche ich mir unsere Partei als einen Ort, wo immer etwas los ist – mit einer Bedingung: Das, was los ist, muss immer konstruktiv sein und nach vorne gehen, darf nicht destruktiv und gegeneinander gerichtet sein, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Dabei sind auch Flügel wichtig. Sie tragen zur Vielfalt und zur Attraktivität unserer Partei bei. Eines darf uns aber niemals auch nur für einen einzigen Moment aus dem Blick geraten: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist mehr als die Summe ihrer Flügel und Fraktionen, ihrer Arbeitsgemeinschaften und Gliederungen. Sie ist

und bleibt die unteilbare Sozialdemokratische Partei in unserem Lande, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Sie ist eine Partei mit einer offenen Diskussionskultur. Aber sie ist zugleich eine Partei, in der am Ende mit Mehrheit Entscheidungen getroffen und Beschlüsse gefasst werden. Liebe Genossinnen und Genossen, sie ist auch eine Partei mit einer gewählten Führung. Die heißt übrigens so, weil von ihr erwartet wird, dass sie die Partei führt. Das soll auch so bleiben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Im Übrigen ist auch das nicht Selbstzweck, sondern politische Notwendigkeit. Eine Wahl liegt gerade erst hinter uns. Die nächsten Landtagswahlen und die hessischen Kommunalwahlen stehen schon wieder ins Haus. Alle diese Wahlen sind wichtig, und alle diese Wahlen wollen wir gewinnen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Kurt Beck kann ganz sicher sein, dass unsere gesamte Partei voll und ganz hinter ihm steht. Kurt, du bist seit 1994 ein hervorragender, ein umsichtiger Ministerpräsident deines Landes. Du bist gut für Rheinland-Pfalz. Du bist gut für die Menschen in Rheinland-Pfalz. Darum wirst du die Wahl, die vor dir steht, auch gewinnen, und wir helfen dabei.

(Beifall)

Genauso kann sich Ute Vogt auf unsere nachhaltige Unterstützung verlassen. Ute, du hast hier in Baden-Württemberg schon im ersten Anlauf vor vier Jahren mehr als 8 Prozent hinzugewonnen. Ich habe das Gefühl: Da geht noch was. Außerdem gibt es eine dringende Notwendigkeit: Wir brauchen in der Riege der Ministerpräsidenten wieder eine Frau. Tu' es! Wir helfen dabei.

(Beifall)

Gewählt wird auch in Sachsen-Anhalt. Dort kann sich Jens Bullerjahn darauf verlassen: Die gesamte Partei steht hinter ihm, wenn er antritt, um Ministerpräsident zu werden. Die Chancen stehen gut. Jens, du arbeitest mit bewundernswerter Beharrlichkeit und Gründlichkeit daran, deiner Heimat bessere Zukunftschancen zu erschließen. Gerade als dein Nachbar, als Brandenburger, weiß ich, wie schwierig das unter den Rahmenbedingungen ist. Bitte unterstützt auch Jens Bullerjahn mit aller Kraft. Denkt auch bei den Vorstandswahlen daran. Er braucht unsere Unterstützung und er hat gute Chancen, in Magdeburg der nächste Ministerpräsident zu werden.

(Beifall)

Kurt, Ute und Jens stehen harte Wahlkämpfe bevor. Dasselbe gilt für die Genossinnen und Genossen in Hessen. Wir alle wollen, dass sie diese Auseinandersetzungen gewinnen. Auch dafür brauchen wir ein starkes und geschlossenes Führungsteam. Dazu gehört an erster Stelle Franz Müntefering, der als Vizekanzler und als Arbeitsminister in der großen Koalition dafür sorgen wird, dass die sozialdemokratische Handschrift auch in der neuen Regierung klar, unmissverständlich und deutlich erkennbar bleibt. Franz, die SPD hat auf dich gesetzt. Es hat ihr in der Vergangenheit immer gut getan. Wir werden auch weiterhin auf dich setzen, und das wird uns auch in Zukunft ausgesprochen gut tun.

(Beifall)

Wir bauen auch auf Peter Struck. Peter, du warst in den vergangenen Jahren ein herausragender Friedensverteidigungsminister. Zusammen mit Schorsch Leber warst du bestimmt einer der besten, die Deutschland jemals hatte.

(Beifall)

Peter, du machst jetzt wieder das, was du erwiesenermaßen ganz genauso gut kannst: Du führst jetzt wieder die Fraktion unserer Partei im Bundestag. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit.

(Beifall)

Ich freue mich auf eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Bärbel Dieckmann, Elke Ferner und Peer Steinbrück an der Spitze unserer Partei.

Bärbel, wir kennen uns nun ja schon seit vielen Jahren. Ich bin ja lange Zeit Oberbürgermeister von Potsdam und genau wie Bärbel Kommunalpolitiker gewesen. Das war ich übrigens sehr gerne. Dazu verbinden Bonn und Potsdam auch noch enge partnerschaftliche Bande. Bärbel, ich freue mich, dass wir unsere alte Zusammenarbeit in der kommunalen Familie noch intensiver als früher wieder aufnehmen können. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass diese kommunale Familie, in der Graswurzelarbeit geleistet wird, die so essentiell und wichtig ist, mit im engeren Vorstand unserer Partei vertreten ist, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Auf die Zusammenarbeit mit Elke Ferner freue ich mich ganz besonders. Elke, du hast vor zwei Monaten einen der wichtigsten Wahlkreise überhaupt für die SPD gewonnen, nämlich den Wahlkreis Saarbrücken. Ihr wisst, wer dort sonst noch angetreten ist. Dafür braucht es Mut und Kampfgeist. Den brauchen wir auch in der Spitze unserer Partei. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit dir.

(Beifall)

Eine der tragenden Säulen der neuen Bundesregierung wird Peer Steinbrück als Finanzminister sein. Peer, wir haben dir den schönsten Job in dieser Regierung zuge-dacht. Es ist der wichtigste und derjenige, der am meisten Freude macht. Ehrlicher-weise muss man aber sagen, dass es wahrscheinlich der schwierigste ist, der derzeit in Deutschland überhaupt zu vergeben ist. Als Finanzminister in schwierigen Zeiten Popularitätswettbewerbe zu gewinnen, ist nicht einfach. Umso wichtiger ist es, dass wir dir heute hier sagen: Peer, wir stehen bei dieser schwierigen Aufgabe hinter dir.

(Beifall)

Unsere Schatzmeisterin heißt Inge Wettig-Danielmeier. Ihr alle wisst es. Ich bin froh, dass sich das hier in Karlsruhe nicht ändert. Inge, bei dir wird das Geld auch künftig in guten Händen sein. Ich sehe unserer Zusammenarbeit mit großer Freude entgegen und weiß: Mit dir muss man sich bestens stellen, damit es überhaupt voran geht. Auf gute Zusammenarbeit!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte euch auch um eure Unterstützung für Hubertus Heil. Hubertus ist mein Kandidat für das Amt des Generalsekretärs unserer Partei. Ich möchte, dass er diese Aufgabe übernimmt. Ich wünsche mir, dass er Generalsekretär wird, weil ich davon überzeugt bin, dass er diesen Job richtig gut machen wird. Ich bin auch davon überzeugt, dass wir sehr gut zusammenarbeiten können.

Ich will gar nicht darum herumreden: In unserer Partei sind in den vergangenen Wochen Fehler gemacht worden. Auch Hubertus hat einen gemacht. Wir hatten eine intensive und laute Aussprache darüber. Ich denke aber, dass wir in unserer Partei auch die Fähigkeit bewahren und in Teilen neu entwickeln sollten uns, wenn Fehler gemacht wurden, Aussprachen stattgefunden haben und Einsichten auf dieser und der anderen Seite gewachsen sind, wieder in die Augen zu gucken, die Hand zu geben und miteinander kameradschaftlich zu arbeiten. Das ist wichtig für die Zukunft der Partei.

(Beifall)

Wir brauchen die jungen Leute. Wir brauchen die Talente. Wir können es uns nicht erlauben, auch nur einen einzigen zurückzulassen. Ich sage hier auch ganz klar: Das, was ich eben gesagt habe, beziehe ich ganz ausdrücklich auch auf Andrea Nahles.

(Beifall)

Wir brauchen sie alle. Darum sollten wir jetzt einen dicken Strich unter die Turbulenzen der vergangenen Wochen ziehen und nach vorne blicken. Ich jedenfalls wün-

sche mir, dass dieses Signal von Karlsruhe ausgeht. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist eine lernfähige und eine lernende Organisation. Auch Sozialdemokratinnen, auch Sozialdemokraten machen Fehler, aber sie machen sie nur einmal und sie machen nicht mehrmals hintereinander denselben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Darum bitte ich euch alle sehr herzlich: Helft mit, damit wir einig und geschlossen voranschreiten können. Die Aufgaben und die Auseinandersetzungen werden schwierig genug. Wir werden ihnen nur gerecht, wenn wir als die eine Sozialdemokratische Partei Deutschlands immer wieder aufs neue Klarheit darüber verschaffen, wo wir stehen, wer wir sind und was uns von unseren Mitbewerbern unterscheidet. Eines, liebe Genossinnen und Genossen, muss uns doch klar sein: Wer als einen wichtigen Grundwert Solidarität auf seinen Fahnen stehen hat, wer Solidarität in die Gesellschaft hinein vermitteln will, der muss vor allen Dingen und zuvorderst zur Solidarität in den eigenen Reihen fähig sein; denn sonst kauft uns in diesem Land niemand etwas ab, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Diese Einigkeit brauchen wir. Wir brauchen sie auch angesichts eines Gegners, der in den vergangenen Monaten aus meiner Sicht zu Unrecht aus dem Blick geraten ist. Ich meine damit den organisierten Rechtsextremismus in unserem Land.

(Beifall)

Nur auf den ersten Blick geben die mageren 1,6 Prozent für die NPD am 18. September denen Recht, die diese Gefahr verharmlosen. Hat dieses Resultat nicht die ewige Chancenlosigkeit des Rechtsextremismus bewiesen? Ist es nicht Zeit, völlige Entwarnung zu geben? Meine Antwort lautet: Nein, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Demokraten in diesem Land könnten keinen größeren Fehler begehen als diesen. Ob eine demokratische Gesellschaft tolerant und lebendig ist, das entscheidet sich nämlich nicht nur an Wahlen. Das entscheidet sich an den Graswurzeln der Gesellschaft, im ganz normalen Alltag der Menschen in den Dörfern und Städten, auf den Schulhöfen und Bahnhofsvorplätzen unseres Landes. Wer genau hinschaut, der sieht: Genau hier setzen die Rechtsextremisten seit einigen Jahren ihren Hebel an.

Sie haben ihre Strategie geändert. Sie treten heute oft nicht mehr in martialischer, abschreckender Kluft auf, mit Glatze und Springerstiefeln. Stattdessen präsentieren sie sich oft freundlich und verbindlich. Es geht ihnen um die Durchdringung unserer

Gesellschaft von der Basis her. Hier wächst auch für unsere Partei eine große Herausforderung heran. Wir selbst müssen in Zukunft noch viel mehr auf die Menschen zugehen. Unsere Genossinnen und Genossen aus Sachsen wissen am besten von allen, wovon ich rede; denn hier arbeitet die NPD seit Jahren nach dieser Strategie. Hier sitzt sie im Landtag, hier ist sie bei der Bundestagswahl auf 4,8 Prozent gekommen und hier ist sie in 8 von 17 sächsischen Wahlkreisen sogar über 5 Prozent gekommen.

Liebe Genossinnen und Genossen, diese Strategie der vermeintlich netten Nazis darf niemals aufgehen und sie wird auch nicht aufgehen.

(Beifall)

Es sind dieselben Rechtsextremisten, deren geistige Väter die schlimmste Katastrophe aller Jahrhunderte über dieses Land und über ganz Europa gebracht haben. Sie haben in diesem Lande nichts zu suchen. Wir dürfen ihnen hier keinen Raum geben: keinen Fußbreit, keinen Meter in Deutschland mehr für die Rechtsextremisten, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Die bloße Abwehr der Feinde einer offenen Gesellschaft und einer freiheitlichen Demokratie reicht noch nicht. Als Sozialdemokraten müssen wir die Auseinandersetzung mit unseren Gegnern und Konkurrenten immer offensiv führen. Wir müssen positiv definieren, wer wir sind, was wir wollen und warum wir es wollen. Da geht es um Prinzipien: um unsere Prinzipien und um die der anderen.

Zu unseren Prinzipien gehören Ehrlichkeit und Aufklärung. Populistischen Parolen jeder Art dürfen und können wir niemals folgen. Sie widersprechen allen Werten, zu denen wir aus tiefster Überzeugung stehen. Es wäre nicht nur moralisch falsch, in den Wettlauf populistischer Gaukler einzusteigen, es würde auch niemandem – auch uns nicht – etwas nutzen. Wir Sozialdemokraten dürfen niemals in einen Überbietungswettbewerb mit Populisten einsteigen. Wir müssen den Menschen immer wieder geduldig und sehr aufklärerisch, aber auch sehr entschieden erklären, was geht und was nicht geht. Diese Ehrlichkeit sind wir den Menschen in unserem Lande schuldig, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir müssen mit den Menschen in unserem Lande darüber reden, vor welchen Schwierigkeiten wir heute stehen. Wir müssen aber auch klar darüber reden, welche Chancen wir gemeinsam haben. Meine Erfahrungen aus den Wahlkämpfen der vergangenen Jahre lautet: Wenn es darauf ankommt und wenn wir genau dies tun, dann unterscheiden und erkennen die Menschen sehr genau, wer ihnen das Blaue vom

Himmel verspricht und wer wirklich ernsthaft an der Lösung der Probleme unserer Gesellschaft arbeitet.

Für die Volkspartei SPD bedeutet das: Sie kann und sie wird auch in Zukunft nur als Partei der linken Mitte erfolgreich sein. Das heißt zunächst, dass wir unseren Platz in der Gesellschaft verteidigen und behaupten müssen. Die Mitte unserer Gesellschaft sind die vielen Millionen ganz normalen Menschen und ganz normalen Familien in unserem Lande, Menschen, die arbeiten gehen und sich an Recht und Gesetz halten, Menschen, die von uns ganz handfeste Lösungen für ihre ganz konkreten Probleme erwarten. Sie erwarten diese Lösungen völlig zu Recht, liebe Freundinnen und Freunde. Diese Menschen dürfen wir niemals im Stich lassen. Ihnen müssen wir Sozialdemokraten Tag für Tag beweisen: Wir stehen genau an eurer Seite und nirgendwo anders, liebe Genossinnen und Genossen,

(Beifall)

Partei der linken Mitte zu sein, heißt zugleich aber auch, dass wir uns immer im Klaren darüber sein müssen, was Links bedeutet und was Links eben nicht bedeutet. Seit Neuestem gibt es in Deutschland eine Partei, die sich „Linkspartei“ nennt. Vorher hieß sie PDS. Meine Position zu dieser Umbenennung ist sehr klar. Diese sich „Links“ nennende Partei, ist in Wahrheit alles Mögliche: Sie ist populistisch, sie ist rückwärts gewandt, sie ist in großen Teilen vorgestrig. Eines, liebe Genossinnen und Genossen ist sie aber mit Sicherheit nicht: Diese Partei ist alles, aber nicht links. Das sollte uns allen klar sein.

(Beifall)

Seit wann steht denn „links“ für Abschottung? Seit wann ist es denn „links“, mit dem Begriff „Fremdarbeiter“ zu argumentieren? Seit wann ist es denn „links“, die Wirklichkeit zu ignorieren, liebe Genossinnen und Genossen? Das ist das Gegenteil von „links“! „Links“ ist etwas völlig anderes. „Links“ ist ein Begriff von Gerechtigkeit, der sich an Freiheit und Gleichheit orientiert. „Links“ bedeutet, alles zu tun, um bessere Lebenschancen für mehr Menschen zu schaffen. „Links“ bedeutet immer Bewegung und Aufbruch. „Links“ bedeutet Aufklärung, Ideen und Zuversicht. „Links“ bedeutet Weltoffenheit und nicht Abschottung, bedeutet Kreativität und nicht Verweigerung. Das ist „links“. Wir sind es, die genau diese Lebenshaltung haben, liebe Genossinnen und Genossen, und nicht die Lafontaines dieser Welt!

(Lebhafter Beifall)

Liebe Genossen, genau deshalb, weil das so ist, haben sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf den Weg gemacht, unser Land auf einen Kurs der inneren Erneuerung zu bringen. Nicht durch Beharrung, nicht durch den nostalgischen Blick zurück, entstehen heute neue Lebenschancen für mehr Menschen, sondern nur

durch die zeitgemäße Erneuerung unserer Gesellschaft und durch nichts anderes. Wer verspricht, dass mit den Rezepten der Vergangenheit alles wieder werden könnte, wie es einmal war, liebe Genossen, der verrät in Wirklichkeit die Menschen, die er zu vertreten vorgibt. An diesem Verrat dürfen wir uns nie beteiligen und diesen Verrat dürfen wir auch nicht zulassen, liebe Freunde!

(Beifall)

„Links“ ist die beharrliche Arbeit daran, dass unter den neuen Bedingungen dieses Jahrhunderts neue Chancen für möglichst viele erarbeitet werden können: mit immer besserer Vermittlung und Förderung in der Arbeitsmarktpolitik, mit immer besserer Betreuung unserer Kinder, mit mehr Ganztagschulen, mit einer Familienpolitik, die Familie und Beruf vereinbar macht, mit hervorragender Bildung für alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, mit international wettbewerbsfähiger Wissenschaft und Forschung, die neue Arbeitsplätze in Deutschland schaffen, und mit einer umfassenden Politik der Nachwuchssicherung angesichts des Umbruchs in der Demographie. Für genau diese Ziele steht die deutsche Sozialdemokratie. Wir, Genossinnen und Genossen, sind die Partei der Erneuerung aus eigener Kraft. Darauf können wir stolz sein und darauf sind wir stolz. Auf diesem Weg werden wir weitergehen, in Deutschland, für Deutschland und für die Menschen in unserem Land, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Auf noch etwas können wir sehr wohl stolz sein: Wir Sozialdemokraten sind die Partei des Friedens und der Friedenssicherung in Deutschland. Dafür stand Willy Brandt, dafür stand Helmut Schmidt und in dieser Tradition steht auch Gerhard Schröder. Gerd, auf diese Leistung kannst du stolz sein, und auch wir sind stolz auf dich, dass Deutschland heute eine geachtete Friedensmacht in dieser Welt ist. Das wird immer mit Gerhard Schröder verbunden sein.

(Beifall)

Mit Gerhard Schröder und Franz Müntefering an der Spitze hat die SPD den richtigen Weg für unser Land entschlossen eingeschlagen. Den Weg so einzuschlagen, dazu hat eine Menge Mut gehört. Denn wenn die Erneuerung zu lange hinausgeschoben wird, braucht es viel Mut, doch noch damit anzufangen, wissend, dass man damit keinen Jubel und wenig Zustimmung erntet. Wir Sozialdemokraten haben den Mut aufgebracht, den Menschen klar zu sagen, dass ein einfaches „Weiter so!“ in unserer Welt nicht mehr funktioniert.

Dass man mit dieser Ehrlichkeit keine Jubelstürme erntet, das haben wir erlebt. Aber wir haben auch erlebt, liebe Genossinnen und Genossen, dass man sich mit solch einer Haltung etwas anderes erwirbt, Stück für Stück und jeden Tag mehr: Man

erwirbt sich Respekt, Achtung und Anerkennung – ganz allmählich, aber nachhaltig. Die Menschen erkennen nämlich, dass man es ernst mit ihnen meint, gerade weil man ihnen nicht nach dem Munde redet.

Die Menschen *sind* zu gewinnen. Sie sind dann zu gewinnen, wenn sie spüren, dass man es ernst mit ihnen meint. Das ist unsere große Chance gegen die Verbalradikalen von rechts bis links; denn es geht um Verantwortung und Verlässlichkeit. Genossinnen und Genossen, wir brauchen in Deutschland einen neuen Geist des gemeinsamen Anpackens, einen Geist der Kooperation, des Miteinander und der Zusammenarbeit. Wenn wir diese positive Grundhaltung der Zusammenarbeit hinbekommen, dann ist unsere Lage alles andere als aussichtslos.

Die jetzt vereinbarte Große Koalition ist der Ort, an dem sich die Fähigkeit zur Zusammenarbeit auch über Parteigrenzen hinweg bewähren muss. Ich bin mir nach den Gesprächen der letzten Wochen sicher, dass dies auch gelingen wird. Gebraucht wird in dieser Großen Koalition vor allem die Fähigkeit zum intelligenten Kompromiss. Manche in unserer Partei befürchten, darüber könnten die Identität und das Profil der SPD verloren gehen. Ich teile diese Befürchtung ganz ausdrücklich nicht. Denn der Wettbewerb um die besseren Ideen für unser Land wird durch diese Große Koalition mitnichten ausgesetzt. Allein von uns selbst, liebe Genossinnen und Genossen, wird es abhängen, ob unsere Partei als aktiver Motor der Erneuerung in Deutschland jederzeit erkennbar bleibt.

Ich wünsche mir, dass unsere Partei ein Ort ist, an dem gute Ideen und Engagement jederzeit eine Anlaufstelle haben. Wenn uns das gelingt, dann braucht uns um unser Profil nicht bange zu sein. Darum will ich, dass wir die Diskussion um unser neues Grundsatzprogramm auch als Wettbewerb um die besten Ideen führen, damit wir als Partei, als SPD, neue Strahlkraft in die Gesellschaft hinein entwickeln können. Ich freue mich auf diese Debatte.

(Beifall)

Deshalb lade ich alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes ein, sich an dieser Diskussion zu beteiligen. Wir brauchen viele, die daran teilnehmen, liebe Freunde.

(Beifall)

Machen wir uns nichts vor: Die Zeiten sind schwierig, und sie werden wahrscheinlich auch schwierig bleiben. Wir werden die Ärmel aufkrepeln und zupacken müssen. Es geht ja auch um viel. Deshalb werden wir in Deutschland in den kommenden Jahren buchstäblich alle Kräfte brauchen, ganz sicher auch die Kräfte der Gewerkschaften. Auch im vergangenen Bundestagswahlkampf – das will ich hier gerne wiederholen, lieber Michael Sommer, liebe Kolleginnen und Kollegen – habe ich in jeder einzelnen meiner Reden auf den Marktplätzen gesagt: „Ich kann mir Deutschland ohne

Gewerkschaften nicht vorstellen und ich will es auch nicht.“ – Liebe Genossinnen und Genossen, zu diesem Satz stehe ich ohne jede Einschränkung.

(Beifall)

Mir ist es wichtig, dass die Gewerkschaften aus dem notwendigen Prozess der Erneuerung unseres Landes nicht geschwächt hervorgehen, sondern gestärkt. Deshalb wünsche ich mir eine Erneuerungspartnerschaft für unser Land zwischen der SPD und den Gewerkschaften. Ich werde alles dafür tun, dass es dazu auch kommt, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Die deutschen Gewerkschaften sind keine Dinosaurier. Im Alltag unseres Landes tragen sie längst dazu bei, den Wandel zu gestalten, und dies mit großer Professionalität, mit Ideen und Engagement. Da geht es um effektive Beschäftigungssicherung. Da geht es um nachhaltige Qualifikation. Da geht es um innovative Tarifpolitik und vieles andere, was unserem Lande nutzt. Auf all diesen Gebieten sind die Gewerkschaften Deutschlands nicht Teil des Problems, sondern sie sind Teil der Lösung. Das soll auch so bleiben, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossen.

(Beifall)

Deshalb möchte ich, dass wir gemeinsam mit den Gewerkschaften beharrlich nach Wegen suchen, um in der veränderten Arbeitsgesellschaft des 21. Jahrhunderts bestehen zu können. Das wird nicht ohne Konflikte gehen – wo gibt es schon keine Konflikte? Aber entscheidend ist der gemeinsame Wille, sich unter veränderten Bedingungen immer wieder dem Ziel zu widmen, Gerechtigkeit herzustellen. Auch hier gilt: Nicht gegeneinander, sondern nur miteinander kann uns das gelingen. Nicht in der Konfrontation, sondern im Mitgestalten liegt der Schlüssel zu gemeinsamer Stärke. Das historische Bündnis zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften – auch in der Relativierung, die Michael Sommer in seiner Rede vorgenommen hat – ist wichtiger denn je. Dabei bleibe ich, weil ich glaube, dass das auch in diesem Jahrhundert richtig ist. Ich will dafür arbeiten, dass das so bleibt, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Lasst mich zum Schluss noch zwei Worte zu mir sagen: Ich habe die ersten 35 Jahre meines Lebens in einer vollkommen anders organisierten Gesellschaftsordnung verbracht. Das ist nicht zu ändern. Ich bin darüber auch nicht unglücklich. Ich bin klipp und klar Ostdeutscher sozialisiert. Ich bin das gerne und stehe dazu.

(Beifall)

35 Jahre habe ich in Potsdam auf der anderen, der ostdeutschen Seite der Glienicke Brücke gewohnt – Die Glienicker Brücke ist die Brücke zwischen Potsdam und West-Berlin, wo in der Zeit des Kalten Krieges ab und zu bei Nacht und Nebel Agenten ausgetauscht wurden. Ich habe dort natürlich mit dem Gefühl gewohnt, dass ich über diese Brücke nie gehen werde; das war Normalität für mich. Fast heute auf den Tag genau vor 16 Jahren bin ich über diese Brücke gegangen. Ich schäme mich nicht zu sagen, dass ich noch heute manchmal Sonntag früh, wenn dort kein Betrieb ist, über diese Brücke gehe und das Glücksgefühl immer wieder genieße. Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte nicht, dass mir das verloren geht. Ich habe in diesem Umbruch erfahren, dass viel dran ist an dem Satz von Willy Brandt, wir müssten uns klar machen, dass nichts von Dauer ist. Ich habe in dem Umbruch erfahren, dass man sich immer den Blick für die Risiken und Chancen einer Gesellschaft offen halten soll. Ich möchte mein Land, ich möchte unser Deutschland gegen kein anderes Land auf der Welt eintauschen. Es ist ein wunderbares Land. Ich bin froh, in diesem Land leben und arbeiten zu können.

(Beifall)

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, nichts kommt von selbst. Dieses lebenswerte Land ist kein naturgegebener Zustand. Es ist eine tägliche Aufgabe. Lasst uns diese Aufgabe annehmen. Ich möchte das mit euch zusammen machen und ich freue mich darauf.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin seit zehn Jahren Mitglied unserer Partei. Ich weiß sehr wohl, dass diese Zeitspanne vielen sehr kurz vorkommt. Für mich waren es zehn der besten und glücklichsten Jahre meines Lebens. Heute stehe ich vor euch als Kandidat für den Vorsitz dieser großen Partei. Mein Respekt vor dem Amt des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist groß. Umso besser meine ich zu verstehen, was diese Nominierung bedeutet. Mit all meiner Kraft und gemeinsam mit euch will ich als Vorsitzender unserer Partei für die große Idee der sozialen Demokratie arbeiten. Ich bitte um euer Vertrauen und eure Unterstützung. Danke schön!

(Nicht enden wollender lebhafter Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Wir haben versprochen, für dieses Land zu arbeiten. Vergeuden wir jetzt also keine Zeit, sondern fangen wir an zu arbeiten. Ich danke euch von Herzen.

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Matthias. Es liegen viele Erwartungen auf dir, aber du hast auch viele Erwartungen an uns klar formuliert. Wenn wir uns gemeinsam daran machen, diese gegenseitigen Erwartungen zu erfüllen, dann, denke ich, liegt vor uns eine Zeit der erfolgreichen Arbeit und auch eine Zeit, die für

die Sozialdemokratie und auch für unser Land eine gute Zeit sein wird. Herzlichen Dank, Matthias Platzeck.

(Beifall)

Es liegen uns nun keine Wortmeldungen zur Aussprache vor. Bevor ich aber an Jens Bullerjahn zur Einleitung des Wahlgangs übergebe, darf ich noch zwei starke Frauen begrüßen, die heute hier sind. Herzlich willkommen, Annemarie Renger und Doris Schröder-Köpf.

(Beifall)

Jens Bullerjahn, Tagungspräsidium: Ich danke der Ute. – Wir kommen jetzt zu einem weiteren wichtigen Punkt auf dem Parteitag, den Wahlen. Ich bitte zunächst Krimhild Fischer als Sprecherin der Mandatsprüfungskommission, die aktuelle Delegiertenzahl bekannt zu geben.

Krimhild Fischer, Zählkommission: Guten Tag, liebe Genossinnen und Genossen! Vor den anstehenden Wahlgängen noch einmal ein kurzer Bericht der Mandatsprüfungskommission. Am heutigen Tag, 15. November 2005, sind 477 Delegierte und 44 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder anwesend. Von den anwesenden Stimmberechtigten sind 226 Frauen. Das entspricht einem Anteil von 43,3 Prozent. Also auch heute ist die Quote erfüllt.

(Beifall)

Jens Bullerjahn, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Krimhild. – So. Wir gehen jetzt in aller Ruhe und Sachlichkeit durch die Wahlgänge. Ich bitte zuerst alle, die sich in den Gängen befinden, diese freizumachen, weil wir jetzt die Wahlzettel verteilen wollen. Ich denke, es ist auch gut, dass wir uns alle bei den Wahlen sehen. Genauso bitte ich die Journalisten darum, dass sie bei den Wahlen selbst ihre Objektive nicht auf die Delegierten richten, sodass das geheime Wählen möglich ist. Es wäre ja schön, den Parteivorsitzenden gleich öffentlich zu wählen. Aber ihr wisst, das ist nicht machbar. Deswegen kommen wir zum Wahlgang.

Es handelt sich um eine Einzelwahl gemäß § 7 Wahlordnung. Bei nur einem Kandidaten hat der Stimmzettel die Form, dass Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung hinter dem Namen durch ein Kreuz auf den Kreisen zu vermerken ist.

Es müsste an euch jetzt oder gleich der blaue Wahlzettel verteilt werden. Der Stimmzettel ist nur gültig, wenn auf ihm die Kontrollmarke Nummer 1 – wir hatten das Thema vorhin schon einmal – angebracht ist. Die Kontrollmarke soll auf der Vorderseite auf dem dafür vorgesehenen Feld angebracht werden. Damit wirklich alles klappt, ist es auch noch einmal eingezeichnet worden. Ich denke, das ist zu machen.

Nach § 23 Abs. 5 Organisationsstatut ist im ersten Wahlgang gewählt, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der stimmberechtigten Delegierten erhalten hat. Da die Mandatsprüfungskommission 521 Stimmberechtigte festgestellt hat, sind 261 Stimmen im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit.

Ich denke, alles ist gesagt. Der Wahlzettel wird ausgeteilt. Nach Abgabe durch euch, die Delegierten, werden wir den Parteitag kurz unterbrechen. Ich bitte aber alle, nicht zu weit wegzugehen, weil wir nach der Pause das Ergebnis bekannt geben wollen. Da wäre es natürlich schön, wenn der Saal nicht so leer ist. Außerdem geht das Programm dann gleich weiter.

(Zuruf)

– Kontrollmarke Nummer 1.

(Zuruf: Wohin müssen wir die kleben?)

– Es wird noch einmal die berechtigte Frage gestellt, wohin die Kontrollmarke zu kleben ist. Ich denke, es ist auf der Wahlunterlage gut erkenntlich aufgezeigt, wohin sie zu kleben ist.

Haben jetzt alle ihren Wahlzettel? – Ich denke, dann können wir die Wahlzettel einsammeln. – Ich will noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, dass der Wahlvorgang selbst nicht gefilmt werden darf. Wer das nicht beherzigt, der muss den Saal verlassen. Das noch einmal als Bitte an die Presse.

Haben alle ihre Wahlzettel abgegeben? – Ich frage noch einmal: Sind alle Wahlzettel eingesammelt? – Da ich jetzt niemanden aufschreien höre, unterbreche ich den Parteitag für ungefähr eine Viertelstunde. Mit der Unterbrechung schließe ich den Wahlgang ab.

Wahl des Parteivorsitzenden

Jens Bullerjahn, Tagungspräsidium: Ich möchte alle bitten, die Plätze wieder einzunehmen. Wir haben ein Ergebnis und würden es gerne verkünden. Bitte, Krimhild.

Krimhild Fischer, Zählkommission: Die Zählkommission ist zu einem Ergebnis gekommen: Abgegebene Stimmen 515, davon null ungültige Stimmen. Gültig sind also 515 Stimmen. Es gab eine Enthaltung, 512 Jastimmen und zwei Neinstimmen. Das bedeutet eine Zustimmung von 99,4 Prozent. Matthias Platzeck ist damit unser neuer Parteivorsitzender. Herzlichen Glückwunsch.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall –
Die Anwesenden erheben sich – Rhythmisches Klatschen –
Der neue Parteivorsitzende nimmt Glückwünsche entgegen)

Jens Bullerjahn, Tagungspräsidium: Lieber Matthias, wir beide waren uns sicher, dass die Zeit solcher Wahlergebnisse eigentlich vorbei schien. Aber man wird immer wieder überrascht.

(Heiterkeit)

Bevor Du Dich bedankst, muss ich Dir noch eine Frage stellen: Nimmst Du die Wahl an?

Matthias Platzeck, Parteivorsitzender: Ich bin noch ein bisschen gerührt. Ich nehme die Wahl sehr, sehr gerne an.

(Beifall)

Einer der ostdeutschen Genossen sagte eben: Gräm Dich nicht; die Zahl erinnert zwar an alte Zeiten, aber dieses Ergebnis ist wohl regulär zustande gekommen.

(Heiterkeit)

Daher freue ich mich darüber, wohl wissend, dass es kaum zu steigern ist. Ich werde auf jeden Fall alles dafür tun, dass ich diesen riesigen Vertrauensvorschuss auch mit hoffentlich guter Arbeit wieder zurückgeben kann. Ich denke, wir sollten alle in der Stunde der Freude – für mich ist es eine Stunde großer Freude – die Füße fest am Boden behalten. Denn all das, was vor uns liegt, erfordert, dass wir standfest sind.

Eine letzte Bemerkung. Als ich in die SPD eingetreten bin, habe ich damals mit meinem Vater, der leider schon verstorben ist, lange Gespräche geführt. Denn bedingt durch die DDR-Geschichte gab es eine leichte Aversion gegen Parteien an sich. Er fand das trotzdem sehr gut. Aber er hat mir damals mitgegeben: „Mein Junge, lass Dir

das von einem alten Mann sagen: Wenn Du in eine Partei gehst, versuche, ihr Vorsitzender zu werden.“

(Heiterkeit)

Ich kann jetzt sagen, dass ich das gemacht habe. Vielen Dank und Glück auf!

(Beifall)

Jens Bullerjahn, Tagungspräsidium: Noch einmal Glückwunsch, Matthias.

Ein kurzer Hinweis zum Verfahren: Wir werden jetzt immer zwischen den Wahlvorgängen und der Antragsdiskussion springen. Deswegen an Euch nochmals die Bitte, nach den Wahlvorgängen nicht aufzuspringen und nicht längere Zeit zu verschwinden. Ihr könntet den weiteren Wahlgang, der dann nach 10 bis 15 Minuten stattfindet, verpassen. – Ich übergehe jetzt an Wolfgang Jüttner.

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, nach der Euphorie über das Wahlergebnis gehen wir jetzt wieder in die Antragsberatung. Wir rufen den Teil „Reformpolitik“ auf. Das sind die Anträge I 1, I 8 und R 1 bis R 5. Zur Einführung hat Klaus Uwe Benneter das Wort. Nach der Einführung durch Klaus Uwe vollziehen wir die Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden. – Klaus Uwe, du hast das Wort.

Einführung in den Perspektivantrag

Klaus Uwe Benneter, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Wie Matthias betont hat, wollen wir jetzt wieder arbeiten. Wir haben gestern nach einer sehr guten Diskussion einen Koalitionsvertrag beschlossen, der die Grundlage für die Politik der nächsten vier Jahre sein wird. Viele haben betont, dass sich die politische Arbeit der SPD nicht im Regierungshandeln erschöpfen darf. Das soll sie auch nicht. Darum haben wir den heutigen Tag unter das Motto „Perspektive soziale Demokratie“ gestellt. Wir wollen dazu jetzt den Perspektivantrag beraten.

Erlaubt mir, dass ich zunächst vor allen Dingen denjenigen danke, die unter hohem Zeitdruck diesen Antrag mit erarbeitet haben. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, die SPD gewinnt ihre Stärke aus diesem produktiven Spannungsverhältnis, einerseits Regierungsverantwortung auch in schwierigen Zeiten zu übernehmen, andererseits Perspektiven über den Tag hinaus zu entwickeln. Wir wollen, dass die neue Koalition Probleme löst, vor allem solche, die vielleicht nur in dieser Konstellation einer großen Koalition zu lösen sind. Das ist das Eine.

Aber das ist nicht das Ende der Geschichte. Das Projekt der sozialen Demokratie, das Projekt des sozialen Fortschritts ist eine immer währende Aufgabe. Schon das Godesberger Programm hat dies als dauernde Aufgabe bezeichnet.

Wir haben den vorliegenden Antrag in zwei Teile untergliedert. Der erste Teil befasst sich mit den Herausforderungen der SPD als einer linken Volkspartei. Der zweite Teil benennt die inhaltlichen Perspektiven sozialdemokratischer Politik.

Wenn wir von der SPD als linker Volkspartei sprechen, dann stecken darin zwei zentrale Aussagen. Zum einen: Wir sind eine Partei, die sich nach wie vor den Werten der politischen Linken verpflichtet fühlt. Das sind, so wie wir das definieren, die Grundwerte der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität. Zum anderen: Wir sind Volkspartei und wollen das auch bleiben. Wir sind keine Partei für bestimmte Gruppen, keine Partei für bestimmte Regionen. Wir wollen alle diejenigen für unsere Politik gewinnen, die aufgrund eigener Lebenslage und aufgrund politischer Einsicht eine Politik der sozialen Gerechtigkeit wollen. Darum müssen wir es sehr ernst nehmen, wenn wir bei den Wahlen in der jüngeren Vergangenheit vor allem bei Arbeitnehmern und bei Menschen mit geringeren Zukunftschancen weniger Zustimmung erhalten haben, als wir uns das gewünscht hätten. Wir müssen das in aller Ruhe analysieren und die Konsequenzen daraus ziehen.

Die Debatte, die wir zu führen haben, läuft im Wesentlichen auf eine zentrale Fragestellung hinaus: Wie kann es uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten

gelingen, nötige strukturelle Reformen durchzusetzen, gleichzeitig den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu wahren und zudem Zustimmung für die SPD zu mobilisieren?

Genossinnen und Genossen, die Bedingungen für parteipolitische Arbeit der SPD haben sich verändert. Ich will nur drei Dinge ansprechen.

Erstens: Die Beziehungen zwischen den politischen Ebenen von der Kommune bis zur internationalen Ebene sind sehr viel komplexer geworden. Viele Menschen können gar nicht mehr nachvollziehen, wer für was zuständig ist. Das führt zur Entfremdung der Bürger von der Politik.

Zweitens: Die Rolle der Medien hat sich maßgeblich verändert. Die relativ ruhigen Bonner Zeiten mit zwei Mikrofonen und zwei Kameras vor der Nase, ARD und ZDF, sind längst vorbei. Die Konkurrenz hat ebenso zugenommen wie die gelegentliche Hysterie, mit der bestimmte Themen hochgezogen werden. Und wir müssen es auch aussprechen dürfen: Die Art und Weise, wie bestimmte Teile der Medien auf die öffentliche Meinungsbildung Einfluss nehmen, ist nicht verantwortungsbewusst und nicht förderlich für die demokratische Kultur in unserem Land.

(Beifall)

Drittens: Auch im Parteiensystem haben wir mit der erweiterten PDS eine neue Konkurrenz erhalten. Für die Genossinnen und Genossen im Osten ist das nicht ganz so neu wie für die im Westen. Wettbewerb, so sagt man, belebt normalerweise das Geschäft. Eines aber muss klar sein: Wir wollen die Menschen, die uns oft gewählt haben und die nun, aus welchen Motiven auch immer, die PDS gewählt haben, zurückgewinnen. Wir sind die einzige gesamtdeutsche linke Volkspartei.

(Beifall)

Welche Konsequenzen müssen wir daraus ziehen? Einige sehr gute und zukunftsweisende Antworten hat die Arbeitsgruppe „Moderne Mitgliederpartei“ von Kurt Beck dazu gefunden. Darüber werden wir dann morgen beraten. Aber Parteientwicklung ist nicht nur eine Frage von Statuten und Satzungen. Es geht auch darum, wie wir kommunizieren und wie wir den gesellschaftlichen Dialog führen. Wir haben das im Antrag auf die Formel gebracht, dass wir im Alltag, in den Medien und auf den Bühnen der Politik für eine sozialdemokratische Sicht der Dinge werben wollen. Etwas komplizierter ausgedrückt meint dies: die Gewinnung der Diskursfähigkeit. Die Auseinandersetzungen um die Meinungen von heute sind die Grundlage für die politischen Mehrheiten von morgen.

Damit bin ich beim zweiten Teil des euch vorliegenden Antrages, der die zentralen Felder benennt, auf denen wir in den nächsten Jahren inhaltlich weiter vorankommen müssen. Auch hier müssen wir uns vergewissern, was die zentralen Fragen unserer Zeit sind.

Inzwischen ist es Allgemeingut, dass die Globalisierung und die demographische Entwicklung ganz maßgebliche Herausforderungen unserer Zeit sind. Auf diese Herausforderungen werden wir Antworten finden müssen. Aber so zentral Globalisierung und Demographie auch sind, dürfen wir einige andere, zum Teil eng mit den genannten Entwicklungen verbundene Aspekte nicht ganz aus den Augen verlieren. Hierzu gehören beispielsweise die globalen Klimaveränderungen, die zunehmende Knappheit an Rohstoffen, die Spaltung zwischen einem boomenden Export und einer schwachen Entwicklung der Wirtschaftsbereiche, die nicht dem Weltmarkt ausgesetzt sind, die wachsenden sozialen Unterschiede in unseren Städten und die zunehmenden Unterschiede zwischen prosperierenden und absteigenden Regionen in unserem Land, nicht zuletzt auch die neuen Formen der Unsicherheit, die auch und eben nicht nur materielle Ursachen, sondern auch viel mit dem Nicht-Zurechtkommen in einer sich rasant verändernden Welt zu tun haben.

Viele dieser Fragen beschäftigen uns schon eine längere Zeit; wir fangen nicht bei null an. In den letzten Jahren haben wir über unser Grundsatzprogramm diskutiert. Ich bin zuversichtlich, dass auch der neu zu wählende Parteivorstand diesen Prozess fortführen und – Matthias hat es angekündigt – zu einem guten Ende bringen wird.

Zugleich haben wir in einer Reihe von Projektgruppen ganz konkrete Reformentwürfe erarbeitet, die deutlich präziser sind, als dies ein Grundsatzprogramm sein kann. Manche sind schon sehr weit vorangekommen; ich will nur zwei nennen: Die von Andrea Nahles geleitete Gruppe entwickelt das Modell einer Bürgerversicherung im Gesundheitsbereich und die Gruppe unter der Leitung von Edelgard Bulmahn hat den bildungspolitischen Antrag für diesen Parteitag unter Einbeziehung aller unserer politischen Ebenen vorbereitet. Welche dieser Gruppen dann weiterarbeiten werden, darüber wird der neue Parteivorstand zu befinden haben. Heute ist es unsere Aufgabe, im Rahmen dieser Antragsberatung die wesentlichen Fragen einzugrenzen.

Genossinnen und Genossen, nicht ohne Grund sehen wir in der Bändigung des globalen Kapitalismus *die* sozialdemokratische Aufgabe dieses Jahrhunderts. Eine politische Antwort auf die Globalisierung zu formulieren, ist eine sehr langfristige Aufgabe. Dies wird der rote Faden sein, der sich durch die Politik der SPD in den nächsten Jahrzehnten zieht. Dabei liegt die Herausforderung auch auf der europäischen und der internationalen Ebene. Dem globalen Kapitalismus einen neuen Rahmen zu setzen, ist nur möglich, wenn wir dies gemeinsam mit anderen Nationalstaaten tun. Das Projekt Europa darf nicht nur auf die Herstellung eines gemeinsamen Binnenmarktes hinauslaufen.

(Beifall)

Die Ablehnung des Entwurfs für eine europäische Verfassung in einigen Volksabstimmungen hat sehr viel mit der Furcht vor einem auf den Markt verkürzten Europaverständnis zu tun. Europa muss internationale das Vorbild für die soziale Ausgestaltung einer global vernetzten Marktwirtschaft sein. Allerdings darf der Verweis auf die internationale Ebene nicht den Verzicht auf die Nutzung nationaler Handlungsspielräume bedeuten. Ich will an dieser Stelle nur auf einen Punkt eingehen: Meines Erachtens müssen wir wieder ein positives Verständnis von Sozialstaat entwickeln. Wir haben es zu sehr zugelassen, dass der Sozialstaat im öffentlichen Bewusstsein immer nur einseitig als Kostenbelastung wahrgenommen wird.

(Beifall)

Eine der wichtigsten Debatten der SPD in den kommenden Jahren wird deshalb darum geführt werden müssen, ein Verständnis von einem Sozialstaat zu entwickeln und öffentlich zu verankern, der sowohl Garant von sozialer Gerechtigkeit als auch ökonomisch vernünftig ist. Ein solcher Sozialstaat begreift seine Ausgaben nicht oder nicht nur als Konsum, sondern als Investition in die Menschen. Die Debatte über den Sozialstaat der Zukunft sollte keine über mehr oder weniger Sozialstaat sein, sondern eine über die Qualität eines Sozialstaats.

Genossinnen und Genossen, ich glaube, dass mit dem vorliegenden Perspektivantrag eines ganz deutlich wird: Die SPD hat noch viel vor, die SPD wird gebraucht. Uns ging es darum, in diesem Antrag den Bogen zu schlagen zwischen dem, was wir gestern mit der Koalitionsvereinbarung beschlossen haben, und dem, was dann im Grundsatzprogramm erarbeitet und weitergeführt werden soll. Jetzt geht es darum, die Felder und Themen abzustecken, die die SPD in besonderer Weise in den kommenden Jahren beschäftigen werden. Dieser Antrag ist der Rahmen, auf den wir uns verständigen wollen. Gefüllt werden muss dieser Rahmen durch die Kreativität und das Engagement der Partei, und zwar auf allen ihren Ebenen, nicht nur hier auf dem Parteitag.

Das langfristige und – ich will es ruhig sagen – das strategische Ziel, das diesem Antrag zugrunde liegt, lautet, eine gesellschaftliche Mehrheitsfähigkeit für sozialdemokratische Politik zu erlangen. Dafür brauchen wir ein klares Profil, eigenständige Antworten auf die Fragen unserer Zeit und die Fähigkeit zum gesellschaftlichen Dialog. Das sind die Voraussetzungen, um wieder eine gesellschaftliche Mehrheit für sozialdemokratische Politik zu erlangen. Ich bin sicher, wir werden das schaffen. Vielen Dank.

(Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Klaus Uwe. Zu dieser Debatte gibt es sechs Wortmeldungen. Aber ehe wir in die Debatte einsteigen, vollziehen wir die Wahl der Stellvertretenden Parteivorsitzenden. Jens, du hast das Wort.

Beratung des Perspektivantrags

Jens Bullerjahn, Tagungspräsidium: Ich möchte gleich zu Beginn noch zwei Dinge ansprechen. Erstens werde ich immer dafür werben, dass möglichst viele Delegierte im Raume sind. Aber wir können nicht so lange warten, bis er ganz gefüllt ist.

Zweitens ein Hinweis an die Presse: Ich habe nochmals die ganz dringende Bitte, nein, Aufforderung, sich bei den Wahlvorgängen aus dem Block der Delegierten herauszubewegen. Es kann nicht sein, dass während der Stimmabgabe gefilmt wird. Ich denke, dass kann man von der Presse auch erwarten.

(Beifall)

Ich werde noch einmal gebeten, darauf hinzuweisen – das werde ich auch immer wieder tun –, dass diejenigen, die sich nicht im Raum befinden, ihre Pflicht wahrnehmen und hier herkommen, damit wir nachher für die Stimmabgabe genug Delegierte im Raum haben.

Wir werden jetzt in der Reihenfolge nach dem Statut weiterwählen, nämlich zuerst die stellvertretenden Vorsitzenden, dann den Generalsekretär und die Schatzmeisterin.

Ich rufe das Verfahren zur Wahl der Stellvertreterinnen und Stellvertreter auf. Nach unserem Statut sollen die stellvertretenden Vorsitzenden in getrennten Wahlgängen gewählt werden. Gemeint ist, dass die Wahl in Einzelwahl und nicht in Listenwahl erfolgen soll.

Das Präsidium empfiehlt euch aber, diese Wahlgänge auf einem Stimmzettel als verbundene Einzelwahl durchzuführen. Das würde uns vier Wahlgänge und entsprechend viel Zeit ersparen. Diese Vorgehensweise ist auch von der Beck-Kommission empfohlen worden.

Wer diesem Vorschlag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann können wir guten Gewissens nach diesem Verfahren voranschreiten.

Es handelt sich also um eine verbundene Einzelwahl gemäß § 7 Wahlordnung. Die Medienvertreter werden gebeten – ich sage das noch einmal –, die Objektive von den Delegierten abzuwenden.

Der Stimmzettel ist nur gültig, wenn auf ihm die Kontrollmarke Nummer 2 angebracht ist. Der Ort des Anbringens ist auf dem grünen Zettel, der ausgeteilt wird, an derselben Stelle wie vorhin.

Nach § 23 Absatz 5 Organisationsstatut ist im ersten Wahlgang gewählt, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der stimmberechtigten Delegierten erhalten hat. Da die Mandatsprüfungskommission 521 Stimmberechtigte festgestellt hat, sind 261 Stimmen im ersten Wahlgang die zur Wahl erforderliche Mehrheit.

Ich denke, das Verfahren ist insoweit klar. Dann bitte ich um die Austeilung der Stimmzettel. –

Es sollen sich nun nicht diejenigen angesprochen fühlen, die bereits hier im Raum sind. Aber ich brülle jetzt quer durch das ganze Gebäude, dass diejenigen, die noch nicht im Raum sind, bitte auf ihre Plätze gehen und an der Wahl teilnehmen.

Die Wahlzettel werden verteilt. In dieser Zeit haben die Delegierten noch alle Möglichkeiten, auf ihren Platz zu kommen.

Bitte die Kontrollmarke 2 aufkleben!

Bitte noch nicht einsammeln!

Ich denke, alle Stimmzettel sind ausgeteilt. Fehlen noch irgendwo welche? – Ich sage für diejenigen, die noch nicht im Raum sind: Es besteht immer noch die Chance, an diesem Wahlvorgang teilzunehmen. Wir haben uns hier vorgenommen, möglichst viele Delegierte dafür zu begeistern, an den Wahlen teilzunehmen, und wir werden immer wieder dafür werben. –

Ich denke, wir haben lange genug gewartet. Ich werde dann die Zettel einsammeln lassen. –

Hat jemand noch nicht abgegeben? – Es gibt einige ganz wichtige Delegierte, die noch abstimmen müssen und die wir bitten, noch an der Wahl teilzunehmen.

Sind alle Stimmzettel eingesammelt? – Bitte einmal den Arm hochheben, wer noch nicht abgegeben hat! –

Bitte an die Kontrollmarke denken!

Damit kann ich den Wahlvorgang schließen.

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Wir setzen die Antragsberatung zum Thema Reformpolitik fort. Als Erstes hat sich Matthias Kollatz, Hessen-Süd gemeldet. Danach kommt Detlev Albers, Bremen.

Matthias Kollatz-Ahnen, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte insbesondere zu dem Perspektivantrag sprechen. Der Ansatz geht dahin, dass wir das mit dem Perspektivantrag verfolgte Ziel dadurch erreichen, dass die SPD über den notwendigen Kompromiss der großen Koalition hinaus Inhalte markiert,

Schwerpunkte setzt und Diskussionsstränge aufmacht, die in den nächsten Jahren eine Rolle spielen sollen.

Wenn man sich die Anträge durchliest – als Mitglied der Antragskommission muss man das besonders tun –, erkennt man den Willen, Schwerpunkte zu markieren, insbesondere beim Thema Bildung. Dort geht es der SPD darum, für die Kinder im Vorschulalter sehr viel mehr Infrastrukturen anzubieten. Das gilt sicherlich nicht nur auf Bundesebene, sondern schwerpunktmäßig auf Landesebene.

Weiterhin gibt es das Thema Mindestlohn, das wir in der großen Koalition nicht ausreichend verankern können. Heute Morgen ist vom DGB-Vorsitzenden im Grußwort darauf hingewiesen worden, wo ein wichtiger Ansatz in der Zukunft der Konkretisierung und der Umsetzung harrt.

Dann geht es um das Thema Bürgerversicherung. Wir haben da ein Modell, das eine Alternative zu dem darstellt, was die Konservativen als Kopfpauschale im Wahlkampf diskutiert haben und wo sie die Unterstützung der Bevölkerung verloren haben. Dabei ist klar geworden, dass unser Modell trotz anderer Positionierung vieler Verbände, trotz großer Anzeigenkampagnen, die von interessierter Seite geschaltet worden sind, das richtige ist.

Als Zwischenschritt gehört sicherlich dazu, dass alle Krankenkassen für alle da sind und dass es kein Rosinenpicken mehr geben darf.

Auf der europäischen Ebene – dazu haben wir gestern schon Beschlüsse gefasst – spielt die Neupositionierung in der Debatte der Dienstleistungsrichtlinie eine große Rolle. Klaus Uwe Benneter hat darauf hingewiesen, dass es darauf ankommt, Europa nicht nur als eine Institution zur Sicherstellung europäischen Wettbewerbs zu verstehen, sondern die europäischen Institutionen auch mit Blick auf Schutzrechte und darauf, was man in einigen Jahren vielleicht einen europäischen Sozialstaat nennen kann, auszubauen.

Wenn wir in diesen Initiativantrag hineingucken, können wir dort finden, dass ein investiver Sozialstaat, der in Infrastrukturen investiert, der richtige Ansatz ist. Wir finden dort Aussagen zur beschäftigungsorientierten Finanzpolitik, zur beschäftigungsorientierten Industrie- wie auch zur beschäftigungsorientierten Innovationspolitik. Diese Themen werden wir in den nächsten Monaten und Jahren noch füllen müssen.

Es sei aber auch eine etwas ironische Anmerkung erlaubt: Wenn sich unsere Perspektiven zur Verteilungsgerechtigkeit darauf erstrecken, dass wir die Reichensteuer in der Variante, wie wir sie jetzt haben, nämlich 250.000 Euro als Einstiegsgröße und nicht etwa 130.000 Euro, in der Koalition durchsetzen, wenn wir das zur Perspektive erklären, dann zeigt das, dass wir über diesen Antrag hinaus noch Diskussionen führen müssen.

(Beifall)

Klar ist für mich, dass in diesem Antrag ein Thema völlig zu kurz kommt, nämlich das Thema Armut und Reichtum. Wir müssen uns die Bekämpfung von Armut als ein wichtiges Ziel der Sozialdemokratie angesichts der neuen Herausforderungen wieder stärker vorknöpfen, indem wir mehr und schlüssigere Konzepte als in der Vergangenheit entwickeln.

Der Wahlkampf war in der Schlussphase auch durch Bilder aus New Orleans geprägt. Aufgrund der staatlichen Armutspolitik dort tauchen diejenigen, die kein Auto haben, überhaupt nicht auf. Sie werden bei einer Katastrophe einfach dort, wo sie sich gerade befinden, stehen beziehungsweise sitzen gelassen. Dieses Bild hat sich in der Wahlauseinandersetzung als das Bild festgefressen, das die Sozialdemokratie nicht will. Andere Parteien, die etwas gelber als wir sind, wollen dies vielleicht. Das soll in Deutschland aber mit Sicherheit nicht Wirklichkeit werden.

Wir sollten uns als positive Programmatik vornehmen, noch sehr viel mehr zum Thema Armut und Reichtum zu unternehmen. Es war vom Parteivorstand ursprünglich angekündigt worden, dies in dem Antrag abzuhandeln. Das ist nicht umgesetzt worden. Das bedeutet, dass wir an diesem Punkt weiterarbeiten müssen.

Deswegen hat der Bezirk Hessen-Süd dazu noch einen Ergänzungsantrag formuliert. Ich bitte euch, dem zuzustimmen. Er sollte nicht nur inhaltlich in den Antragsteil – den Initiativantrag 8 – einbezogen werden, sondern die SPD sollte auf einer Tagung im nächsten Jahr Flagge dafür zeigen. Das Thema muss gründlich aufgearbeitet werden. Ich bitte euch, dem zuzustimmen. – Danke schön.

(Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Matthias. – Das Wort hat Detlef Albers. Ihm folgt Gernot Grumbach.

Detlef Albers, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin sehr froh, dass wir heute nach dem gestrigen einmütigen und großen Beschluss zur Koalitionsvereinbarung mit der CDU und der CSU heute mit diesem Initiativantrag 1 das schaffen, worüber Klaus Uwe Benneter schon gesprochen hat, nämlich eine Art Bindeglied zu dem, was einen Schwerpunkt in den vor uns liegenden zwei Jahren bilden wird: ein neues Grundsatzprogramm der Partei.

Ich bin froh, dass unseren Beratungen auf diesem Parteitag beide Seiten als Eckpfeiler dienen: das Regierungsgeschäft, das vor uns liegt, und die Frage der Identität, der Selbstverständigung unserer Partei. Deshalb zunächst ein paar der vielen Punkte, mit denen ich ganz übereinstimmen kann und die herauszuheben mir wichtig ist:

Der erste Punkt: Es wird ausführlich über die Brückenbaufunktion der Partei in die Gesellschaft hinein und darüber gesprochen, von der Gesellschaft Anregungen auf-

zugreifen. Das ist ein Gesichtspunkt, den heute Morgen niemand besser hätte formulieren können, als Michael Sommer, als er aus seiner Sicht auf das Verhältnis zwischen den Sozialdemokraten und den Gewerkschaften eingegangen ist. Jawohl, das bleibt eine Brückenbaufunktion der Sozialdemokratie. Es ist unsere Aufgabe, dies aufzunehmen.

Es beschränkt sich aber natürlich nicht nur darauf. Zur Kultur und zur Welt des Sports sind ebenso Brücken zu schlagen, die zeigen, dass wir eine lebendige, eine vitale Partei in dem von Matthias Platzeck heute Morgen angesprochenen Sinne sind.

Ein zweiter Punkt, der ebenso wichtig ist: Wie ein roter Faden zieht sich der Bezug auf die verschiedenen Ebenen der Politik durch diesen Initiativantrag; auf die kommunale Ebene, auf die regionale Landesebene und auf die Bundes- und Europapolitik. Wer unserer Debatte gestern zugehört hat, dem ist aufgefallen – beispielsweise, als Jörg Tauss gesprochen hat –, dass diese Ebenen in den Dialogen – auch in unseren eigenen Reihen – noch ganz viele unaufgelöste Widersprüche oder Unverständnisse in Angriff nehmen müssen, um diese zu klären. An dem Dialog zwischen den Landespolitikern, den Bundespolitikern und den Kommunalpolitikern über die Frage, was Bildungspolitik heißt, die so zentral ist, wie sie Matthias Platzeck beschrieben hat, werden wir noch arbeiten müssen, um wirklich zu Lösungen zu kommen, die uns weiterhelfen.

Also: Auch dieser Punkt in diesem Antrag ist völlig zu Recht als Arbeitsaufgabe an unsere eigene Adresse ausformuliert. Ich möchte ihn unterstreichen.

Es gibt auch Formulierungen in diesem Antrag, durch die ein Stück unseres Grundsatprogramms bereits zusammengefasst vorweg auf den Punkt gebracht wird. Es ist wichtig, Formulierungen zu finden, die greifbar, einfach und allgemein verständlich sind. Diese Bemühung liegt vor uns allen. Ich teile sie.

Bisweilen kommt es aber zu Formulierungen, die aus meiner Überzeugung einer näheren Betrachtung nicht standhalten. Auf Seite 3 findet ihr eine Formulierung in der Mitte. Dort heißt es: „Leistung gegen Teilhabe war schon immer der wirtschafts- und sozialpolitische Grundkonsens in Deutschland und nichts spricht dafür, dass dieser aufgegeben werden sollte.“

Das ist in dieser Zuspitzung auf den ersten Blick eine wunderschöne Formulierung. Auf den zweiten Blick meine ich, dass sie dort unzulänglich ist, wo ein Einzelner in unserer Gesellschaft daran gehindert wird, Leistung einzubringen. Auch diesem muss Teilhabe im umfassenden Sinne eingeräumt werden. Deshalb muss die Formulierung an dieser Stelle noch einmal bearbeitet werden. Sie ist in diesem Sinne eigentlich noch nicht voll ausgereift und tragfähig.

(Beifall)

Auf Seite 10 steht eine weitere Formulierung, die schon ein bisschen in das hinein spielt, was wir verschiedentlich auch in der Programmdebatte in der Kommission erörtert haben. Seht euch die Überschrift an. Dort heißt es: „Die zentrale, die sozialdemokratische Aufgabe dieses Jahrhunderts“ – das ist in der Tat keine Kleinigkeit; jetzt bin ich gespannt, was das ist – „ist es, den globalen Kapitalismus zu zivilisieren.“

Ich frage euch, mich und alle zurück: Ist es das wirklich? Reicht das? Heute Morgen hat Wolfgang Thierse gesagt: Wir brauchen eine Vision, passen wir aber auf, dass wir bei den großen Erzählungen der Vergangenheit nicht Volksmärchen erzählen. - Ich frage aufgrund dieser Formulierung hier zurück: Ist es vielleicht doch nur ein Volksmärchen, zu glauben, wir könnten die Heuschrecken von Franz Müntefering zivilisieren und dass das unsere historische Aufgabe im 21. Jahrhundert ist? Greift das nicht ein Stück zu kurz?

(Beifall)

Da wir bei den Märchen sind, fühle ich mich eher an Rotkäppchen erinnert, das von dem bösen Wolf gefressen wird, der sich mit Großmutter's Schlafanzug verkleidet hat, um dem Rotkäppchen gegenüber friedlich auszusehen. Deshalb meine Frage, die ich formulieren musste.

Wir haben das übrigens auch in der Programmkommission schon angesprochen. Wir hatten dort einen breiten Konsens für die Formulierung: Wir wollen den globalen Kapitalismus zähmen. Ist „zähmen“ nicht etwas anderes als „zivilisieren“? Ich meine, sehr wohl. Wenn es gelingt, den globalen Turbokapitalismus mit seinem Raubtiergesicht, das unsere Vorgänger in unserer Partei generationenlang beschäftigt hat, zu zähmen, verändert er seine Gestalt. Dann wird aus dem Wolf ein Haustier, ein Hund. Das ist etwas anderes, als wenn wir die Zivilisierung der Heuschrecke als den Horizont unserer politischen Arbeit in diesem Jahrhundert – kleiner tut es der Antrag an dieser Stelle nicht – bezeichnen würden.

(Beifall)

Ich kann dem Antrag trotzdem viel abgewinnen und ihm zustimmen, weil es auf der letzten Seite heißt: Wir haben hier viele Punkte angeschnitten, die wir vertieft diskutieren wollen. Das wir das tun sollten, ist meine Überzeugung. Darin kann ein Kernpunkt des Zusammenhalts unserer Arbeit in der SPD auf der Basis des zu erarbeitenden neuen Grundsatzprogramms liegen.

In diesem Sinne schließe ich mich – mit den Bedenken, die ich euch vorgeführt habe – dennoch aus Überzeugung an, weil wir in dieser Richtung jetzt eine gemeinsame große Aufgabe haben. Danke schön.

(Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Detlef Albers. – Das Ziel ist klar umrissen. Die Heuschrecke wird das Haustier des 21. Jahrhunderts. Das hat ja auch Charme, liebe Genossinnen und Genossen. – Das Wort hat Gernot Grumbach. Danach kommt Elke Ferner.

Gernot Grumbach, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich würde gerne da fortfahren, wo ich gestern aufgehört habe. Wir haben heute auch von dem Generalsekretär Klaus Uwe Benneter gehört, dass wir uns an ein großes Stück Arbeit machen müssen.

Ich würde uns gerne an einem Punkt etwas mehr Arbeit verschaffen. Wie ich gestern gesagt habe, sehe ich es als Verdienst dieser Bundesregierung, dass wir einen Armuts- und Reichtumsbericht vorliegen haben. Er bliebe aber nur Papier, wenn wir nicht darüber reden würden, welche Konsequenzen wir daraus ziehen. Ich finde, wir müssen uns die Zeit nehmen, darüber zu reden.

(Beifall)

Es gibt in Deutschland Menschen, die sich Medizin und eine bessere Krankenbehandlung als andere kaufen können. Daneben gibt es Menschen, die so arm sind, dass sie fünf Jahre weniger als der Durchschnitt leben. Unsere Aufgabe als Sozialdemokraten ist es, Wege zu finden, damit die armen Menschen genauso lang leben können wie die anderen. Wir müssen darüber reden, wie wir diesen Weg einschlagen können. Das, was wir bisher getan haben, reicht nicht aus. Wir würden vor unserer Verantwortung versagen, wenn wir uns damit zufrieden geben würden.

(Beifall)

Es gibt Menschen in Deutschland, die sich eine bessere Bildung für ihre Kinder kaufen können. Jeder kennt das. Auf der anderen Seite gibt es Kinder, die in Armut aufwachsen und die allein durch ihre Umgebung behindert werden, ein vernünftiges Denken zu entwickeln. Unsere Aufgabe haben wir zum Teil in dem beschrieben, was wir zur Bildung formuliert haben. Es wird aber nicht ausreichen. Kein Kind in Deutschland darf in einer Umgebung aufwachsen, durch die es in seiner Bildungsfähigkeit behindert wird. Da haben wir noch was zu tun. Ich glaube, darüber, wie genau das gehen wird, werden wir reden müssen.

(Beifall)

Es gibt Menschen in Deutschland, die sich zusätzliche Sicherheit kaufen können, was sie auch tun. In anderen Ländern ist das von Staats wegen noch schlimmer. Von New Orleans war bereits die Rede. Wer nach Frankreich schaut und sieht, dass die Polizei in die Villenviertel abgezogen wird, während sie andere sozusagen dem Schicksal überlässt, der sieht, wohin das gehen kann. Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen,

dass das nicht geschieht. Das ist eben nicht nur eine Frage der Polizei, das ist eine Frage des Städtebaus, der Infrastruktur und des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Auch bei diesem Punkt müssen wir darüber reden, wie das funktioniert.

Müntefering hat schon gesagt: Es gibt Menschen, die in dieser Gesellschaft arbeiten, ohne genug zum Leben zu haben. Sie beziehen ergänzende Sozialhilfe. Ich sage: Wer arbeitet, muss auch so viel verdienen, dass er davon leben kann. Wir müssen dafür sorgen, dass Menschen, die in Deutschland arbeiten, nicht in Armut fallen. Auch hier müssen wir mehr tun, als wir bisher getan haben. Der Mindestlohn ist ein Teil davon.

(Beifall)

Der letzte Punkt wird der schwierigste überhaupt, denn eine Frage, die wir uns stellen müssen, ist: Wie viel Ungleichheit verträgt Demokratie? In dieser Gesellschaft ist es ja schon möglich, sich Zugang zu Entscheidungsträgern zu erkaufen, nicht öffentlich und nicht durch Bestechung, sondern einfach auf einem sehr verschlungenen Wege. Auf der anderen Seite gibt es viele einfache Menschen, die keine Chance haben, ihre Nöte den Menschen zu sagen, die für sie bessere Entscheidungen treffen könnten. Wir sind die Leute, die für diese Menschen sprechen müssen. Wir müssen aber auch dafür sorgen, dass sie für sich selber reden können. Je früher wir darüber reden, wie wir das machen, desto besser wird es diesen Menschen gehen.

Die Antragskommission hat unseren Initiativantrag verkürzt auf die Aussage: Lasst uns einmal auf einem Kongress darüber reden, wie wir der Verantwortung für die Menschen, die in dieser Gesellschaft arm sind, gerecht werden können. Ich bitte euch an dieser Stelle: Widersprecht der Antragskommission! Lasst einen Kongress beschließen! Diese Menschen haben lange genug gewartet. Je früher wir anfangen können, darüber zu reden, desto früher können wir anfangen, mehr Hilfe zu geben als heute.

(Beifall)

Lasst mich zum Schluss den Satz sagen, den Jochen Vogel in der Diskussion zum Beschluss des Programms gesagt hat. Das alte Grundsatzprogramm der SPD ist in dem Satz zusammenzufassen: Die Würde des Menschen ist unabhängig von seiner Leistungsfähigkeit. – Lasst uns also dafür sorgen, dass dieser Satz wahr wird. Ich bedanke mich!

(Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Als Nächste Elke Ferner, danach Thomas Spies, Hessen/Nord.

Elke Ferner, Saarland: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich glaube, dass der Antrag, der uns vorliegt, eine gute Grundlage dafür ist, die bereits begonnene und wegen der

Neuwahl unterbrochene Programmdebatte fortzusetzen. Ich denke, wir sollten das so tun, dass möglichst viele in der SPD, aber auch außerhalb der SPD, die Möglichkeit haben, an dieser Debatte teilzunehmen, damit wir dann Ende nächsten Jahres, spätestens Anfang übernächsten Jahres, zu einem gemeinsamen Text für ein Grundsatzprogramm kommen, das neue Antworten auf die neuen Herausforderungen gibt, aber auch in der Tradition sozialdemokratischer Grundsatzprogramme steht.

Einige Punkte sind ja im Antrag angesprochen worden: die Bildungsgerechtigkeit beispielsweise, die Generationengerechtigkeit, auch die Verteilungsgerechtigkeit; auch hier, glaube ich, müssen wir über mehr Instrumente reden als nur über das Thema Reichensteuer. Auch das Thema Geschlechtergerechtigkeit muss für das kommende Grundsatzprogramm ein Thema sein, denn leider sind wir hier immer noch nicht so weit vorangekommen, wie wir eigentlich hätten vorangekommen sein müssen.

(Vereinzelt Beifall)

Es geht zwar auch um den gleichen Zugang zu Bildung und Ausbildung und gleiche Bildungschancen. Aber wir haben in unserer Gesellschaft auch eine Situation, dass es Menschen gibt, die trotz bester Qualifizierung – ob schulischer Art oder bei der Ausbildung oder beim Studienabschluss – immer noch nicht die gleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Ich spreche von mehr als der Hälfte in unserer Gesellschaft: den Frauen. Die bestausgebildete Frauengeneration, die dieses Land je gehabt hat, ist in den Führungsetagen der Wirtschaft immer noch überhaupt nicht bzw. nur marginal vertreten. Im Moment sieht es auch nicht so aus, als ob sich das ganz schnell ändern würde.

(Vereinzelt Beifall)

Ich glaube, dass wir hier mehr Profil zeigen und es auch schärfen müssen, nicht nur, weil das auch andere Parteien tun, sondern auch, weil es richtig ist, mehr Frauen in Verantwortung zu bringen, und vor allen Dingen, weil ich auch der festen Überzeugung bin, dass wir die Herausforderungen des demographischen Wandels nur dann bewältigen können, wenn wir das Erwerbspotenzial vollständig ausschöpfen, das wir in dieser Republik haben; und das geht nur mit den Frauen und nicht ohne die Frauen.

(Beifall)

Ich glaube auch, dass wir bei dem Thema, wie wir unsere sozialen Sicherungssysteme so weiterentwickeln, dass sie generationenfest sind, dass sie aber auch tragfähig bleiben, sehr viel diskutieren müssen. Es wird auch um die Fragestellungen gehen, inwieweit man die Systeme in der Zukunft weiter über Beiträge finanzieren kann, inwieweit man sie zusätzlich über Steuern finanzieren muss und wie das aufgebracht werden soll. Ich glaube, das sind spannende Diskussionen, die vor uns liegen.

Trotz der Wahlkämpfe, die im nächsten Jahr noch in Teilen der Republik stattfinden, denke ich, sollten wir uns die Zeit dafür nehmen, gründlich, offen und auch streitig über ein neues Grundsatzprogramm miteinander zu diskutieren, dann auch in relativ rascher Zeit zu einem Ergebnis zu kommen und dabei das eigenständige Profil der SPD weiter entwickeln, auch im Verhältnis zur Regierung, die wir haben wollen und müssen. Aber ich denke, auch da muss deutlich werden, dass Kompromisse gemacht wurden bzw. gemacht werden mussten. Es muss deutlich werden, wo das eigentliche sozialdemokratische Profil und der eigentliche sozialdemokratische Weg sind. In diesem Sinne: Lasst uns nach diesem Parteitag in diese Debatte miteinander einsteigen. Ich freue mich darauf und hoffe, dass wir dann auch zu guten Ergebnissen kommen.

(Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank! – Jetzt kommt Thomas Spies und anschließend Udo Bullmann.

Thomas Spies, Hessen-Nord: Liebe Genossinnen und Genossen! Wenn der neue Parteivorsitzende vorhin deutlich gemacht hat, dass eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie, wenn nicht ihre ureigene, die ist, den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu sichern und auszubauen, das Zusammenhalten in der Gesellschaft zu fördern, dann gehört ganz gewiss die Chancengleichheit in der Bildung und die materielle Sicherung gegen Armut dazu. Aber genauso dazu gehört die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme.

Denn wo, wenn nicht dort, schaffen wir das Vertrauen in den Zusammenhalt der Gesellschaft? Wo, wenn nicht dort, schaffen wir ein Bewusstsein von Gerechtigkeit in den großen gesellschaftlichen Nöten? Genossinnen und Genossen, Gerechtigkeit ist es, was den Menschen das Gefühl gibt, dass sie zusammenhalten können. Es ist unsere Aufgabe, diese Form von Gerechtigkeit sicherzustellen. Wer, wenn nicht wir, kann das tun?

Dass das in der Koalitionsvereinbarung nun so knapp bleibt, ist, auch, wenn man Schwarz als ganz dunkles Rot sieht, noch leicht zu verstehen, waren doch die Linien zu weit auseinander. Aber, Genossinnen und Genossen, wenn Bochum gilt, wenn Berlin vom März 2004 gilt und wenn unsere Konzepte gelten, dann bleibt der Initiativantrag eines: in der Frage der sozialen Sicherungssysteme ein wenig knapp.

Dass Sozialdemokraten für die sozialen Sicherungssysteme gerade einmal 58 von 1.008 Zeilen übrig haben, ist ein wenig mager. Gerade die Rolle der SPD in einer Großen Koalition muss deutlich machen, dass unsere Ideen weiter gehen. Am deutlichsten wird das darin, dass wir ein Projekt, das auf dem Parteitag in Berlin 2004 noch eines der fünf großen Vorhaben der Sozialdemokratie war, mit einem Satz bedienen: die Krankenversicherung mittelfristig zu einer solidarisch finanzierten Bürgerversicherung weiterzuentwickeln, in der gesetzliche und private Krankenversicherungen nebeneinander Platz haben.

War das alles? Genossinnen und Genossen, die Idee einer sozialen Sicherung, die tatsächlich alle nach Leistungsfähigkeit heranzieht, vom Absichern der großen Lebensrisiken nach Möglichkeit und nach Bedarf – jeder nach seinen Möglichkeiten, jeder nach seinem Bedarf –, ist ein bisschen mehr als das Nebeneinander von gesetzlicher und privater Krankenversicherung. Es betrifft auch nicht nur die Krankenversicherung, sondern es betrifft als Idee alle sozialen Sicherungssysteme, die in diese Richtung weiterentwickelt werden können und müssen. Deshalb bitte ich euch, Genossinnen und Genossen: Dem Initiativantrag 1 kann man ja – auch an dieser Stelle – zustimmen. Aber wenn es nachher bei den S-Anträgen „Votum nach Entscheidung über den Leitantrag“ heißt, dann kann das nicht heißen, dass all diese Anträge anschließend weggefallen sind, sondern dass sie genau die Konkretisierung unseres Bildes von sozialer Sicherung in einer zusammenhaltenden Gesellschaft darstellen, die wir brauchen. Ich danke euch!

(Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Udo Bullmann, anschließend Eckart Kuhlwein.

Udo Bullmann, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen! Wenn man in eine Große Koalition geht und eine anstrengende Arbeitphase vor sich hat, dann ist es gut, wenn die Partei sich vergewissert, wohin sie langfristig will. Mit Fug und Recht diskutieren wir deswegen diesen Initiativantrag als einen perspektivischen Antrag. Aber lasst uns doch bei dieser Gelegenheit einmal vergewissern, wo wir stehen. Wir sind doch mit guten Vorsätzen auch in die Etappe der letzten sieben Jahre gegangen. Was unterscheidet denn den Punkt, an dem wir heute stehen, von den Situationen und den Papieren, die wir vor sieben Jahren diskutiert haben, Genossinnen und Genossen? Man könnte sagen, wenigstens in einem Nebensatz: Wenn man das Papier aufmerksam liest, weiß man, wie niedrig unsere Steuerquote in Deutschland ist, und dass alle diejenigen, die darüber jammern, den internationalen Vergleich offenbar nicht kennen oder nicht kennen wollen. Das ist ein wichtiges Ergebnis des Papiers. Allein dafür gebührt denen Dank, die es verfasst haben.

Aber ich will auf einen anderen Punkt zu sprechen kommen, der mitverantwortlich ist für viele Auseinandersetzungen unter uns, auch in den letzten sieben Jahren. Dieser Punkt ist, wenn ich es mir anschau, in diesem Papier vielleicht nicht hinreichend beleuchtet worden: Wir werden die wirtschaftliche Dynamik nur zurückgewinnen und stabiles Wachstum erzeugen können, wenn wir es in der Europäischen Union zusammen mit anderen schaffen. Ein großer Binnenmarkt von 450 Millionen Menschen, eine gemeinsame Währung; 90 Prozent von dem, was wir jedes Jahr erzeugen, konsumieren wir selber oder benutzen es in unseren Unternehmen als Vorprodukte – aber wir haben noch keine gemeinsame Wirtschaftspolitik und noch keine Koordina-

tion unserer wesentlichen wirtschaftspolitischen Anstrengungen. Hier muss europäisch gearbeitet werden, damit wir die Ernte auch gemeinsam einfahren können.

Wir haben bei der Frage der Dienstleistungsrichtlinie darüber diskutiert, dass es nicht nur der Binnenmarkt allein sein kann, sondern dass dieser Binnenmarkt sozial flankiert werden muss, dass wir in Europa auf der einen Seite eine aktive soziale Gesetzgebung brauchen und dass wir, Franz, in der Bundesrepublik Deutschland, wie es auch in den Koalitionsvereinbarungen formuliert worden ist, aktiv werden müssen, damit wir den Binnenmarkt sichern können, und zwar durch eine Ausweitung des Entsendegesetzes. Wahrscheinlich müssen wir sogar Diskussionen führen, die über das hinausgehen, was im Koalitionsvertrag steht, und uns der Mindestlohnsicherung unserer Beschäftigten zuwenden.

Alles das geht nur, wenn man es zur gemeinsamen Politik in Europa und in Deutschland macht. Wir werden die Standortpolitik der Unternehmen nicht mehr so beeinflussen können wie früher. Deswegen brauchen wir die Stärkung der europäischen Betriebsräte. Auch hier ist eine Chance, wo wir deutsche Politik und europäische Politik zusammenfügen müssen.

Das alles steht so nicht, jedenfalls nicht so intensiv, in diesem Initiativantrag. Neun Zeilen auf Seite 11 und, ich glaube, 20 Zeilen auf Seite 18 bei einem Antrag von 31 Seiten sind ein ehrliches Ergebnis – ein ehrliches Ergebnis deswegen, weil die Wichtigkeit der europäischen Politik in unserem Alltag in vielen Bereichen noch nicht hinreichend angekommen ist. Deswegen – es geht mir nicht darum, Antragspapiere zu verändern, sondern es geht mir darum, die Realität unseres Handelns zu verändern – müssen wir in der nächsten Etappe stärker werden.

Ich appelliere an alle, die Verantwortung tragen, an Matthias, an Franz, an alle anderen, auch in der Fraktion: Lasst es uns gemeinsam anpacken, dass wir stärker werden, europäisch zu gestalten. Warum machen wir nicht den Schritt, auch unsere Schwesternparteien einmal zu einem Kongress einzuladen, auf dem wir in der nächsten Etappe miteinander diskutieren, wie wir das gestalten können? Warum machen wir den Vorschlag nicht auch für die jüngeren Genossinnen und Genossen? Es macht doch keinen Sinn, wenn die sich alle erst kennen lernen, wenn sie in wichtigen Funktionen sitzen. Es ist wichtig, dass die Juso-Generation in dem Wissen darum aufwächst, dass es europaweit Genossinnen und Genossen gibt, die an der großen Baustelle „soziale Demokratie“ arbeiten. Lasst uns das anpacken.

(Beifall)

Wir Europaabgeordnete wollen dabei gerne helfen; das wisst ihr. Hier liegt ein ganz wichtiges Stück Zukunftsgestaltung im Interesse der sozialen Demokratie, im Interesse der SPD. – Danke schön.

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Das Wort hat Eckart Kuhlwein.

Eckart Kuhlwein, Schleswig-Holstein: Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist heute von vielen Rednerinnen und Rednern schon gesagt worden, dass wir in der Situation der Großen Koalition besonders bedürftig sind, was die Grundsatzprogrammdiskussion angeht. Ich wollte deshalb vor allem auf das letzte Kapitel in diesem Initiativantrag in Verbindung mit dem schleswig-holsteinischen Antrag 0 46 hinweisen, in dem angemahnt wird, dass dieser Prozess der Grundsatzprogrammdiskussion, -beratung, -vorbereitung in der Partei vom neuen Parteivorstand unverzüglich in Gang gesetzt wird.

Wir haben immerhin ein noch gültiges Grundsatzprogramm von 1989. Franz Müntefering hat in der Grundsatzprogrammkommission auf Bundesebene immer wieder darauf hingewiesen; insbesondere der Grundwerteteil gilt und hat Bestand. Aber wir wissen auch, dass wir seit 1989 eine ganze Reihe von neuen Fragen zu beantworten haben, bei denen wir noch nicht so genau wissen, wie wir sie denn für die Zukunft beantworten sollen, sodass die Sozialdemokratie für die Menschen, für jüngere und ältere, auch attraktiv wird, dass sie sich wieder finden und dass wir selber uns wieder versichern, warum wir in dieser Partei sind und warum wir für diese Partei arbeiten.

1999 ist die erste Grundsatzprogrammkommission vom Nürnberger Parteitag wieder eingesetzt worden. Jetzt, sechs Jahre danach, haben wir diesen Prozess der Diskussion, weil er zweimal unterbrochen worden ist, noch immer nicht beendet und wir sind immer noch nicht in der Lage, ein neues Programm zu beschließen. Wir nehmen jetzt also den dritten Anlauf.

Es gibt aber aus dem zweiten Anlauf vom vergangenen Jahr eine Reihe von sehr guten Impulspapieren. Es gibt eine Reihe von Protokollen, die aussagen, wie der Stand der Debatte in der Programmkommission gewesen ist. Es gibt eine Reihe von öffentlichen Foren, die dokumentiert worden sind. Es gibt im Willy-Brandt-Haus sehr viel Material. Das heißt, die neue Phase der Programmdebatte muss nicht wieder bei Null anfangen; vielmehr sollte sie sich dessen versichern, was in der Zwischenzeit schon gemeinsam erarbeitet worden ist und gemeinsamer Stand der Diskussion geworden ist.

Meine Bitte an den neuen Parteivorstand ist, unverzüglich in die Puschen zu kommen – wir wollen die Grundsatzprogrammdiskussion ja auch in den Landesverbänden vortreiben und uns an der Bundesdiskussion beteiligen – und unverzüglich einen Zeitplan zu machen, aus dem hervorgeht, wann die Kommission wieder zusammentritt – mit neu berufenen Parteivorstandsmitgliedern, die auch nicht wieder bei Null anfangen sollen – und wann der Parteivorstand dann seinen ersten Diskussionsentwurf in die Partei geben wird. Wir alle müssen unsere Zeitpläne machen. Wir wollen eine

breite Publikumsdiskussion – das ist ja alles auch sehr richtig gesagt worden – und wollen es schaffen, dass die Programmdebatte diesmal gelingt und dass wir spätestens Anfang 2007 auf einem außerordentlichen Parteitag sagen können: Jetzt wissen wir wieder und wissen alle draußen, warum es die Sozialdemokratie gibt und wohin sie in Zukunft gehen will. – Schönen Dank.

(Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Danke Eckart. – Das Wort hat Marion Caspers-Merk.

Marion Caspers-Merk, Baden-Württemberg: Genossinnen und Genossen, auch ich möchte zum Perspektivantrag reden und sagen, dass ich zunächst einmal sehr zufrieden bin, weil man hier ein Bild davon bekommt, was die SPD in Zukunft gestalten will und welche Schwerpunkte sie hat. Ich finde aber, dass das Kapitel „soziale Sicherheit garantieren“ nicht alles zeigt, denn es gibt hier einfach nur Feststellungen, dass wir mit der Bürgerversicherung im Bereich Pflege und mit der Bürgerversicherung im Bereich Krankenversicherung vorankommen wollen. Die konkrete Ausgestaltung lässt der Antrag offen. Aber ich finde es richtig, dass er am Ende sagt, dass wir diese Ansätze weiterentwickeln müssen und dass er auch auf die weitere Debatte in der Partei verweist.

Wichtig ist mir, dass an diesem Antrag klar wird, wohin die SPD eigentlich will, denn wir haben es in der Tat im Koalitionsvertrag gerade auf diesen Feldern besonders schwer, weil hier quasi zwei ganz konträre Vorstellungen, wohin sich soziale Sicherungssysteme zu entwickeln haben, gegenüber stehen. Ich bin sehr froh, dass wenigstens drei kleine Ansätze im Koalitionsvertrag drin sind, die in die richtige Richtung gehen.

Der erste Ansatz ist: Wir haben durchsetzen können, dass im Koalitionsvertrag steht, dass alle in Zukunft in Deutschland krankenversichert werden; das heißt, dass die Krankenversicherungen niemanden mehr ausgrenzen dürfen. Das ist ein wichtiger Punkt, Genossinnen und Genossen. 400.000 Menschen in Deutschland haben keine Krankenversicherung. Wenn man sich vorstellt, dass das – gerade mit den unsicheren Erwerbsbiographien – immer stärker zunimmt, dann wird klar, dass das ein bedeutsamer Eckpfeiler eines zukünftigen Konzeptes ist, den zu verankern uns wichtig war.

Der zweite Bereich, der drinsteht, ist, dass das erste Mal ein Ausgleich zwischen privater und gesetzlicher Pflegeversicherung zu erfolgen hat. Genossinnen und Genossen, es ist doch ein Skandal, dass die private Pflegeversicherung 16 Milliarden Euro aufhäuft und die gesetzliche Pflegeversicherung in ein Defizit hineinschlittert. Wenn es uns nicht gelingt, mehr Solidarität in den sozialen Sicherungssystemen zu organisieren, dann wird es uns nicht gelingen, ein solidarisches Gesicht der sozialen Siche-

nungssysteme in der Zukunft zu garantieren. Die SPD muss dafür stehen, dass wir in Zukunft in den sozialen Sicherungssystemen mehr Solidarität organisieren anstatt weniger. Hier stehen wir in einem permanenten Abwehrkampf. Hier wird es auch für uns wichtig sein, dass die SPD als Partei dieser Regierung den Rücken stärkt und dass dort, wo wir nur Puzzles durchsetzen, wenigstens mit einem Perspektivantrag klar wird, wohin die Reise geht. Deswegen bin ich gerade für diese Klarheit der Formulierung sehr dankbar, Genossinnen und Genossen.

Ich möchte darüber hinaus zwei Dinge erwähnen, die mir im Antrag besonders wichtig sind. Der erste Bereich ist: Es wird klar gesagt, dass ein soziales Europa unser Leitbild ist. Auch hier muss dieser Perspektivantrag natürlich noch deutlicher werden; denn wir wollen in Zukunft in Europa mehr vernetzen. Wir brauchen ähnliche Standards. Gerade hier ist es wichtig, dass die SPD eine führende Rolle einnimmt. Ich fand den Debattenbeitrag des Kollegen aus dem Europaparlament eben sehr wichtig, der gesagt hat, dass das früh ansetzen muss; denn wir dürfen nicht den Neoliberalen die Debatte über das zukünftige Gesicht Europas überlassen, Genossinnen und Genossen.

Ein weiterer Bereich ist mir wichtig. Im Perspektivantrag kommt er allerdings ein bisschen zu kurz. Wir sollten aufhören, das Thema „demographische Entwicklung“ immer nur als Risiko zu sehen. So ist es auch hier wieder formuliert. Auf der Seite 14 steht, wir haben eine Altersstruktur, die aus der Balance ist. Wir haben zu wenig Kinder. – Das stimmt. Aber wir müssen auch die Chancen einer Gesellschaft des längeren Lebens stärker thematisieren. Das kommt in diesem Antrag etwas zu kurz. Das hat nicht nur mit Pflege zu tun, sondern es hat etwas damit zu tun, dass wir die Erfahrung der Älteren stärker in die Mitte der Gesellschaft holen müssen. Hier ist der Perspektivantrag etwas zu dünn. Aber was nicht ist, kann ja noch werden; denn die Debatte wird von diesem Parteitag aus weitergehen. Ich wünsche mir, dass wir in Zukunft die Chancen einer Gesellschaft des längeren Lebens stärker thematisieren als die Risiken. – Schönen Dank.

(Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Das Wort hat Hilde Mattheis.

Hildegard Mattheis, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin froh, dass wir nach dem gestrigen Tag, an dem wir doch über so manche Kröte diskutieren mussten, die wir in der Koalitionsvereinbarung zu schlucken haben, jetzt auch darüber diskutieren können, wie wir denn in der Zeit danach und in Vorbereitung dieser Zeit danach in der Partei auch Themen setzen, die klare sozialdemokratische Botschaften vermitteln. Ich möchte anhand von drei Punkten deutlich machen, was ich an diesem Perspektivantrag sehr gut finde und wo ich glaube, dass wir das auch in die Partei hinein verstärkt transportieren müssen.

Wir haben zum Ersten – dafür wurde die rotgrüne Bundesregierung sehr gelobt – die zweite Auflage des Reichtums- und Armutsberichts gehabt. Ich finde, dass der Initiativantrag 4, der dazu gestellt worden ist, hier auf jeden Fall hineingearbeitet gehört, denn dieser Mut darf nicht ohne Konsequenzen bleiben. Wir müssen uns damit auseinandersetzen, welche Perspektiven Menschen haben, die laut Bericht offensichtlich immer stärker an den Rand der Gesellschaft gerückt werden. Wir dürfen nicht nur wohlwollend und beklatschend zur Kenntnis nehmen, dass es diesen Bericht gibt, sondern wir müssen diesen Bericht dann auch in aktive politische Formulierungen und Ziele umsetzen und sagen, wie wir diese auseinander klaffende Schere enger zusammenbringen wollen.

Deshalb bitte ich euch, den Initiativantrag 4, der auch dem Parteivorstand den Auftrag gibt, sich ganz konkret damit auseinanderzusetzen, zu unterstützen. Das ist der erste Punkt. Dieser Punkt ist für unsere Partei und für das, was wir an sozialer Gerechtigkeit einfordern, wichtig, denn keiner von uns kann die Tatsache, dass jedes siebte Kind in Armut lebt und dass vor allen Dingen Frauen mit ihren Kindern arm sind, akzeptieren; vielmehr müssen wir aktiv konkrete politische Schritte dagegen unternehmen. Ich glaube, diese Perspektive ist etwas, was wir nicht nur unter der Überschrift, die wir gestern hart diskutiert haben – Mehrwertsteuererhöhung –, immer zielgerichtet im Auge haben müssen.

Der zweite Punkt ist das Thema Gleichstellungspolitik. Ich glaube, wir sind uns einig, dass das Familienbild unseres zukünftigen Koalitionspartners sich nicht mit unserem Familienbild deckt, ihm nicht gleichkommt.

Wir wollen vielmehr, dass vor allen Dingen auch Frauen in Familien selbst entscheiden können, wie sie Familie, Arbeit und Kinder unter einen Hut bringen, und zwar zusammen mit ihrem Partner. Wenn wir uns diese Perspektive anschauen – die Antragskommission hat in einzelnen Punkten schon angedeutet, dass es konkret um die Verteilung von Macht, Zeit und Geld geht – und wenn wir dies in die Partei hinein als unsere Gleichstellungspolitik transportieren, dann ist das ein wichtiger Punkt für unsere politische Arbeit danach.

Mit der solidarischen Bürgerversicherung möchte ich einen dritten Punkt aufgreifen. Der Koalitionsvertrag schreibt fest, dass wir uns Anfang 2006 um die Bilanzierung der beiden Sozialversicherungssysteme Krankenversicherung und Pflegeversicherung kümmern haben. Da darf es aus unserer Sicht auf gar keinen Fall darum gehen, darüber zu diskutieren, dass in irgendeiner Weise die Arbeitgeberbeiträge festgeschrieben werden.

(Vereinzelt Beifall)

Um das zu erreichen, müssen wir auch all die positiven Dinge, mit denen wir im Wahlkampf punkten konnten – das ist vor allem die Bürgerversicherung –, jetzt in die Par-

teiarbeit einfließen lassen. In dem Sinne glaube ich, dass wir uns jetzt auf dem Parteitag mit dem, was in dem Antrag steht, nämlich mit der Ausgestaltung der Bürgerversicherung in der Krankenversicherung und in der Pflege, auseinander setzen sollten und dies nicht einfach abhandeln sollten nach dem Motto „Erledigt durch Antrag!“.

Wir haben uns mit dem Perspektivantrag auf einen guten Weg begeben. Einerseits diskutieren wir hier das, was von uns in der Koalitionsvereinbarung abverlangt wird, und beschönigen die Kröten, die wir schlucken müssen, nicht. Andererseits zeigen wir sozialdemokratische Leitlinien weiter auf und konkretisieren sie. – Danke.

(Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ich nutze die Gelegenheit, weitere internationale Gäste zu begrüßen: die Führung des Arbeitnehmerflügels der Südtiroler Volkspartei, den stellvertretenden Landeshauptamt Otto Saurer mit drei Ministern seines Kabinetts. Herzlichen Willkommen in Karlsruhe!

(Beifall)

Jetzt gebe ich das Wort an Michael Müller.

Michael Müller, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist in der Tat so, dass am Ende der Großen Koalition die Gefahr besteht, dass beide großen Volksparteien verlieren und die Ränder stärker werden. Deshalb ist der eigentliche Punkt für uns, wie man in dieser Großen Koalition auf der einen Seite Stabilität und auf der anderen Seite Perspektive miteinander verbindet. Nur wenn beides zusammenkommt, werden wir erfolgreich sein. Das bedeutet, dass wir auf der einen Seite die Integrationskraft in der SPD stärken müssen und dass wir auf der anderen Seite ein klares inhaltliches Profil auf die aus meiner Sicht entscheidende Frage entwickeln müssen: Wie ist heute Fortschritt möglich?

Die SPD ist im Kern eine Fortschrittspartei. Wenn sie die Idee des Fortschritts nicht zeitgemäß konkretisieren kann, stellt sie sich selbst infrage. Deshalb ist es der programmatische Kern unserer Herausforderung, eine Antwort auf die Frage zu geben: Wie ist heute Fortschritt möglich? Denn es ist eigentlich eine merkwürdige Situation: Auf der einen Seite kommt die soziale Frage in aller Schärfe zurück und auf der anderen Seite sind linke Parteien überall in einer programmatischen Krise. Das passt doch nicht zusammen. Deshalb liegt es an uns – da hat Matthias Platzeck völlig Recht –, eine Antwort zu geben, wie unter den Bedingungen von Globalisierung und Wissensgesellschaft Fortschritt möglich ist, der die beiden entscheidenden Fragen beantwortet: Wie ist Gerechtigkeit und wie ist Freiheit sowie wirtschaftliche Leistungsfähigkeit miteinander vereinbar? Darum geht es im Kern.

(Beifall)

Ich will zwei Punkte nennen. Wir diskutieren ein bisschen zu sehr im Status quo. Lasst uns ein bisschen intensiver darüber nachdenken, was auf uns zukommt. Wir erleben seit einiger Zeit vor allem mit den steigenden Kraftstoffpreisen und mit den erhöhten Heizungsrechnungen, dass einer der zentralen Punkte in der Zukunft die Rohstoff- und Energiekrise sein wird. Wir haben heute ein Weltenergiesystem, das bewirkt, dass eigentlich nur der Bedarf von 1,3 Milliarden Menschen auf hohem Niveau abgedeckt wird. Wir werden in wenigen Jahrzehnten etwa 4 bis 5 Milliarden Menschen haben, die denselben Anspruch an Energie und Rohstoffe stellen, wie heute die industrialisierte Welt. Wenn es in der industrialisierten Welt nicht zu einem anderen Umgang mit Energie und Rohstoffen kommt, dann wird das für die Welt eine Katastrophe. Ich will das nicht beschreiben, aber ich will darauf hinweisen, welche Verpflichtung wir haben und welche Chance sich daraus ergibt.

Das Land, das auf dem ökologischen Feld, also in der Verbindung von ökologischen Innovationen mit Beschäftigung und Wertschöpfung vorangeht, wird eine lange Welle von wirtschaftlicher Stabilität auslösen können. Das ist eine der großen Chancen, die Europa hat, die wir aber immer noch viel zu wenig begreifen. Es ist kein grünes Thema. Es ist unser Thema. Der veränderte Umgang mit Energie und Rohstoffen ist eine Frage einer friedlichen Welt. Dafür müssen wir kämpfen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wenn in den letzten zwei Jahrzehnten die Leittechnologien vor allem die Informations- und die Kommunikationstechnologien waren, so werden dies in den nächsten 20 Jahren die Effizienztechniken und die Solartechniken sein. Deshalb müssen wir alles tun, um auf diesem Feld führend zu sein. Das wird sich nicht nur für uns und für die Beschäftigung, sondern vor allem für eine friedliche Welt auszahlen. Darauf können wir dann stolz sein. Ich möchte, dass wir auf unsere Politik stolz sein können.

Wir müssen die Chance ergreifen, dass wir zum ersten Mal einen Umweltminister auf Bundesebene stellen. Das kann kein Ministerium nur für Randbereiche sein. Das gehört ins Zentrum gesellschaftlicher Reform und Innovationspolitik. Ergreifen wir diese Chance! Es ist ganz wichtig. Das ist übrigens auch der Grund, warum wir für den Ausstieg aus der Atomenergie sind. Wenn wir an der Atomenergie festhalten, ist die Energiewende nicht möglich. Auch deshalb sind wir für den Ausstieg aus der Atomkraft.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich will einen zweiten Punkt nennen, der wichtig ist. Wir reden alle davon, dass die Wissensgesellschaft überall heraufzieht, dass sie sich vor uns aufbaut und zunehmend die Weltwirtschaft bestimmen wird. Was bedeutet denn eigentlich Wissensgesellschaft? Wissensgesellschaft bedeutet aus meiner Sicht, dass die heutige Form der Wirtschaftsordnung, die vor allem auf kurzfristige Finanz- und Börseninteressen ausgerichtet ist, an Grenzen stößt. In der Wissensgesellschaft wird es eine

Rückkehr des Faktors Mensch in der Arbeitswelt als zentrale Größe geben. Wissensgesellschaft bedeutet: Es wird wieder wichtig, über die Qualität von Arbeit und damit über die Qualität der Arbeitsgesellschaft zu reden. Deshalb ist es Unsinn, solche Themen wie Mitbestimmung, Teilhabe, modernes Betriebsverfassungsgesetz als Frage von Rückständigkeit zu bezeichnen. Nein, eine moderne Mitbestimmung ist die Grundlage einer modernen und leistungsfähigen Wissensgesellschaft, weil es um ganz andere Strukturen in Motivation und Arbeitsgestaltung geht, bei denen man viel mehr den Menschen in seinen kreativen Fähigkeiten stärken muss. Das ist eine Chance für die Sozialdemokratie. Das sind Ideen für einen neuen Fortschritt, wie wir ihn brauchen.

Ein Perspektivantrag muss auch eindeutig die Frage nach der künftigen Wirtschafts- und Unternehmensverfassung beantworten. Ich glaube, dass wir uns hier in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa um eine zentrale Frage herumdrücken: Bedeutet eine moderne Wirtschaftspolitik, dass wir sozusagen uns anpassen an die Strukturen der angloamerikanischen Wirtschaftsordnung, oder bedeutet es, dass wir ein Gegengewicht stellen? Ich behaupte: Eine soziale Marktwirtschaft ist nicht möglich und eine sozial-ökologische Marktwirtschaft ist erst recht nicht möglich, wenn wir einer Philosophie der ökonomischen Kurzfristigkeit, wie sie an den amerikanischen Börsen gepredigt wird, anhängen. Wir müssen ein Gegenmodell setzen. Nur dann ist sozialer und ökologischer Fortschritt möglich. Das ist die Chance für Europa, genau auf diesem Gebiet führend zu sein.

Wir sind zwar in einer schwierigen Situation. Aber ich glaube, die These ist richtig: Wenn wir die Herausforderung offensiv annehmen, beginnt das sozialdemokratische Jahrhundert von Neuem, allerdings mit anderen Antworten, aber mit ganz großen und gewaltigen Perspektiven und Chancen.

(Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Michael.

Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen zum Teilbereich Reformpolitik. Als Erstes steht zur Abstimmung der Initiativantrag 1. Dazu gibt es einen Änderungsantrag: Initiativantrag 8. Die Antragskommission schlägt vor, den ersten Absatz dieses Initiativantrages in den Antrag auf Seite 27 der Synopse zu übernehmen, den zweiten Teil dem Parteivorstand zu überweisen. Gernot Grumbach hat beantragt, abzustimmen, den zweiten Satz in den Antrag hereinzunehmen. – Klaus Uwe, übernimmt das die Antragskommission?

Klaus Uwe Benneter, Antragskommission: Ich habe mit Matthias Platzeck gesprochen. Wenn wir den Antrag so verändern, dass aus dem „Kongress“ eine „Fachtagung“ wird, dann könnten wir das insgesamt übernehmen.

(Vereinzelt Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Gut. Dann stimme ich ab über den Initiativantrag 8 in der Fassung der Antragskommission mit der Ergänzung, die Klaus Uwe eben vorgetragen hat. Wer diesem Initiativantrag in dieser Fassung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Das ist überwältigend. Dann ist es so beschlossen.

Dann stimmen wir ab über den Initiativantrag 1 in der jetzt veränderten Fassung. Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig, wenn ich das richtig sehe.

Dann bleibt übrig der Antrag R 1 auf Seite 168. Die Antragskommission hält ihn für erledigt durch das Wahlmanifest. – Gegenteiliges liegt nicht vor. Dann ist es so beschlossen.

Antrag R 5 auf Seite 174 „Kommunikation vor Entscheidungen“. Hier wird empfohlen: Überweisung an den Parteivorstand. Wer stimmt dem zu? – Das ist so beschlossen.

Damit haben wir den Teil Reformpolitik abgearbeitet. Ich übergebe jetzt an Jens.

Jens Bullerjahn, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Ich bitte Krimhild, das Ergebnis zur Wahl der Stellvertreter bekannt zu geben.

Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden

Krimhild Fischer, Zählkommission: Ich möchte das Ergebnis zur Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden bekannt geben. Abgegebene Stimmen 498.

Es entfielen auf Kurt Beck 459 Stimmen. Das entspricht 92,2 Prozent.

(Beifall)

Auf Elke Ferner entfielen 415 Stimmen. Das entspricht 83,3 Prozent.

(Beifall)

Auf Peer Steinbrück entfielen 409 Stimmen. Das entspricht 82,1 Prozent.

(Beifall)

Bärbel Dieckmann erhielt 398 Stimmen. Das sind 79,9 Prozent.

(Beifall)

Ute Vogt erhielt mit 335 Stimmen 67,3 Prozent.

(Beifall)

Allen stellvertretenden Vorsitzenden meinen herzlichen Glückwunsch.

Jens Bullerjahn, Tagungspräsidium: Danke, Krimhild. Jetzt stelle ich an alle fünf die bekannte Frage. Kurt, nimmst Du die Wahl an?

Kurt Beck, Parteivorstand: Ja, vielen Dank!

Bärbel, nimmst du die Wahl an?

Bärbel Dieckmann, Parteivorstand: Ja, vielen Dank!

Elke, nimmst du die Wahl an?

Elke Ferner, Parteivorstand: Ja!

Peer?

Peer Steinbrück, Parteivorstand: Ich nehme die Wahl an!

Und Ute?

Ute Vogt, Parteivorstand: Ja, vielen Dank!

Herzlichen Glückwunsch noch einmal an alle!

(Beifall – Die Gewählten nehmen die Glückwünsche entgegen –
Die Anwesenden erheben sich)

Bärbel Dieckmann, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen, ich darf euch bitten, wieder Platz zu nehmen, damit wir in der Tagesordnung fortfahren können. – Das Wort hat jetzt Hubertus Heil, der designierte Generalsekretär. Ich bitte ihn um seine Rede. Direkt anschließend werden wir die Wahl zum Generalsekretär durchführen, danach geht es mit der Antragsberatung zum Bereich Bildung, Wissenschaft und Jugend weiter. – Hubertus, du hast das Wort.

(Beifall)

Rede des designierten Generalsekretärs Hubertus Heil

Hubertus Heil, BZ Braunschweig: Herzlichen Dank, Bärbel! – Liebe Genossinnen und Genossen! Gestern auf dem Parteiabend sprach mich ein sächsischer Genosse an und bat mich um Unterstützung. Er erzählte mir von der Situation in der Sächsischen Schweiz, wo die NPD in einigen Bereichen stärker ist als unsere SPD. Dort macht sich eine rechtsextremistische Partei in der Mitte der Gesellschaft breit. Sie versucht, die dörflichen Gemeinschaften und die Jugendkultur zu dominieren. Bei den Landtags- und den Kommunalwahlen erhalten diese neuen Nazis erschreckend hohen Zuspruch. Dort erleben Andersdenkende, dass sie eingeschüchtert werden, dass sie Opfer von Bedrohung und nicht selten auch von Gewalt werden.

Liebe Genossinnen und Genossen, der Sozialdemokrat aus Sachsen, der mich gestern ansprach, sagte mir, dass er sich mit diesem Zustand nicht abfinden wolle. Ich will das auch nicht! Wir alle dürfen uns damit nicht abfinden, sondern müssen dem entgegen-treten.

(Beifall)

Es ist gut, wenn sich dieser Parteitag mit seinen Beschlüssen an die Seite derjenigen stellt, die vor Ort für Demokratie und gegen Rechtsextremismus kämpfen. Es ist richtig, wenn wir eine Bundesstiftung für demokratische Kultur befürworten,

(Beifall)

aber mir reicht das noch nicht. Wir müssen diese neuen Nazis gemeinsam zurückdrängen. Das ist nicht nur eine Aufgabe der sächsischen Genossinnen und Genossen, das ist eine Aufgabe der gesamten Partei. Meine Bitte ist: Helft uns dabei mit!

(Beifall)

Ich will mich im Fall meiner Wahl um dieses Thema ganz besonders kümmern. Ich möchte in den nächsten Tagen mit Sebastian Edathy aus unserer Bundestagsfraktion und mit Niels Annen, der im Parteivorstand für dieses Thema zuständig ist, in die Sächsische Schweiz fahren. Ich will mir ein Bild vor Ort machen. Ich möchte mit Kommunalpolitikern, mit Sozialarbeitern, mit Unternehmern, mit Pastoren, auch mit der dortigen Polizei reden. Die Frage, die ich stellen werde, ist: Was können, was müssen wir tun, um den Nazis dort entgegenzutreten, um deutlich zu machen, dass sich diese braune Pest nirgendwo in Deutschland festsetzen darf?

(Beifall)

Lasst mich das ganz deutlich sagen: Das wird keine Aufgabe sein, die man in wenigen Wochen oder Tagen mit Aktionismus schultern kann. Wir brauchen dafür einen lan-

gen Atem; auch das hat mir der sächsische Genosse gestern deutlich gemacht. Aber ich finde, wir dürfen uns nicht schleichend an das gewöhnen, was sich dort festsetzt. Das sind wir nicht nur unserer Geschichte, sondern den Menschen in Deutschland schuldig.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich kandidiere heute für das Amt des Generalsekretärs der SPD. Ihr habt ein Recht darauf, zu erfahren, wie ich diese Aufgabe im Fall meiner Wahl wahrnehmen will. General heißt für mich, die Überzeugung unserer Partei kämpferisch gegenüber dem politischen Gegner zu vertreten, mit Leidenschaft, mit Augenmaß, aber auch in aller Deutlichkeit. Sekretär meint, sich um die Partei als lebendige Organisation zu kümmern. In diesem Sinne möchte ich mit euch zusammen für diese Partei arbeiten.

Bei der Bundestagswahl haben uns mehr als 16 Millionen Menschen gewählt. Ihnen sind wir verpflichtet. Unser Einsatz gilt nicht zuletzt den Frauen und Männern in unserem Land, die hart für sich und ihre Familien arbeiten, die gegenüber Staat und Gesellschaft ihre Verpflichtungen erfüllen und zur Solidarität mit anderen bereit sind. Ihnen, liebe Genossinnen und Genossen, sind wir vor allen Dingen verpflichtet, um ihr Vertrauen müssen wir immer wieder neu kämpfen und mit unserer Politik müssen wir ihr Vertrauen rechtfertigen. Aber unser Einsatz gilt auch denjenigen, die sich nicht selbst helfen können, die aufgrund von dauerhafter Arbeitslosigkeit, von Altersarmut, durch Krankheit oder Behinderungen von wesentlichen Teilen des gesellschaftlichen Lebens ausgeschlossen sind. Wer, wenn nicht wir, liebe Genossinnen und Genossen, sollte für diese Menschen da sein?

Ich glaube, das geht nicht nur über die Inhalte unserer Politik. Es ist eine Frage der Haltung. Es geht darum, wie wir auf die Menschen zugehen. Wir sind die Partei, die dieses Land zusammenhalten kann. In der Politik gilt, wie in vielen Sportarten: Man muss wissen, auf welcher Seite man kämpft, dass man nur im Team gewinnen kann und dass das Spiel – das haben wir im Bundestagswahlkampf erlebt – erst wirklich zum Schluss beendet ist.

Aus Verantwortung für unser Land – das haben Gerhard Schröder, Franz Müntefering, Matthias Platzeck und Kurt Beck deutlich gemacht – wollen und suchen wir den Erfolg dieser großen Koalition. Gleichzeitig aber wollen wir, dass unsere SPD erkennbar bleibt, in der Diskussion mit dem künftigen Koalitionspartner, aber und gerade auch in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. Das Wahlergebnis macht deutlich, wo unser Standort im Parteiensystem heute ist. Als linke Volkspartei stehen wir in der Mitte der Gesellschaft. Wir wissen im Gegensatz zur FDP auf der einen und zur PDS auf der anderen Seite, dass wirtschaftliche Dynamik und sozialer Zusammenhalt einander bedingen; sie sind keine Gegensätze. Es gibt dauerhaft keinen wirtschaftlichen Fortschritt in unserem Land, wenn immer mehr Men-

schen von Mitwirkung, von Teilhabe ausgegrenzt werden. Jeder Mensch muss sich in unserem Land entfalten können. Gerade unsere Gesellschaft kann es sich nicht leisten, dass die soziale Herkunft weiter über die Bildungschancen von Kindern entscheidet.

(Beifall)

Wir stehen gegen den radikalen Wirtschaftsliberalismus der heutigen FDP. Guido Westerwelles Philosophie – oder lässt mich besser sagen: Ideologie – lässt sich auf einen Satz eindampfen. Westerwelle meint, wenn jeder an sich selbst denkt, sei an alle gedacht. Nein, liebe Genossinnen und Genossen, nicht der organisierte Egoismus, nicht die Ökonomisierung des Lebens, sondern eine solidarische Gesellschaft ist unser Ziel und dafür wollen wir kämpfen.

(Beifall)

Wir setzen auf soziale Marktwirtschaft, weil wir eine menschliche Gesellschaft wollen. Auch für uns Sozialdemokraten ist die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft angesichts einer globalen Ökonomie durchaus kein Fremdwort. Nicht zuletzt unsere Reformen haben dazu beigetragen, dass Deutschland als Exportweltmeister heute eines der wettbewerbsfähigsten Länder dieser Welt ist. Aber wir wissen auch, dass die Gemeinschaft öffentliche Güter zur Verfügung stellen muss, die der Markt alleine nicht hervorbringt. Bei der Absicherung der großen Lebensrisiken, also bei Arbeitslosigkeit, bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit brauchen wir weiterhin organisierte öffentliche Sicherheit – soziale Sicherheit, auf die man sich verlassen können muss.

Aber auch und gerade im Bereich der inneren Sicherheit und bei der Bildung sowie in den vielen Bereichen der kommunalen Daseinsvorsorge darf der Staat nicht aus der Verantwortung gehen. Nur so gelingt es, dass Deutschland wirklich eine zivile, eine demokratische Gesellschaft bleibt. Genossinnen und Genossen, wir Sozialdemokraten sind nicht staatsgläubig, aber wir wissen, was ohne den demokratischen Staat droht: Wir wollen nicht, dass das Recht des Stärkeren dieses Land regiert, sondern die Stärke des Rechts.

(Beifall)

Dazu gehört auch, dass wir die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land sichern und verteidigen. Deshalb wird jeder, der versucht, den Gewerkschaften in Deutschland das Kreuz zu brechen, indem er die Tarifautonomie knacken will, auf unseren massiven Widerstand treffen.

(Beifall)

Wir wissen: Flexibilität ist schon heute unter dem Dach des Flächentarifs tausendfach in Deutschland Realität. Wir wissen aber auch, dass die Mehrheit der Arbeitnehmerrechte nicht im Gesetzbuch steht, sondern hart erkämpft wurde in Tarifverträgen und dass es dazu durchsetzungsfähige Gewerkschaften braucht. Tarifautonomie und Mitbestimmung sind für uns nicht nur wichtige sozialstaatliche Errungenschaften, sie sind selbst ein Stück Demokratie. Sie stehen für die Teilhabe am Haben und am Sagen in unserer Gesellschaft. Die Tarifautonomie hat zu Recht Verfassungsrang. Wer sie infrage stellt, rüttelt an einem Grundkonsens in unserem Land, der den sozialen Frieden sichert. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, verteidigen wir durchsetzungsfähige und starke Gewerkschaften in Deutschland.

(Beifall)

Wir müssen uns aber nicht nur mit denjenigen auseinander setzen, die das Soziale in unserer Gesellschaft bewusst an den Rand drängen wollen. Wir müssen uns auch mit der PDS auseinander setzen, die letztlich selbst den sozialen Zusammenhalt in Deutschland bedroht, indem sie in populistischer Art und Weise Veränderungsnotwendigkeiten leugnet. Wir werden die Auseinandersetzungen mit dieser PDS aufnehmen, und zwar vor allem auch darum, was in Deutschland wirklich links heißt und wer wirklich links ist. Für uns Sozialdemokraten heißt links nicht, antiaufklärerisch die Wirklichkeit zu verdrängen.

Für uns Sozialdemokraten heißt Links, konkret etwas für Menschen zu bewirken, und zwar nicht nur in Resolutionen und auf Flugblättern. Links ist für Sozialdemokraten auch das Gegenteil von Abschottung und Rückwärtsgewandtheit. Links heißt, dass wir konkretes Handeln mit unseren politischen Visionen verbinden wollen. Wir sind die linke Volkspartei hier in Deutschland, nicht die PDS.

(Beifall)

Gerade weil wir eine soziale Gesellschaft wollen, stehen Sozialdemokraten für die Erneuerung unseres Landes. Wir wissen: Nur das Zusammenspiel eines handlungsfähigen Staates, einer solidarischen Gesellschaft und einer erfolgreichen Wirtschaft sichern die Grundlagen der sozialen Demokratie in Deutschland.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der sozialer Aufstieg, das heißt die Verwirklichung von Lebenschancen, nicht an die soziale Herkunft gebunden ist. Wir wollen eine solidarische Gesellschaft, die gemeinsam mithilft, sozialen Absturz zu verhindern. Dafür, liebe Genossinnen und Genossen, steht die SPD, stehen wir und keine andere Partei in Deutschland.

Die Aufgabe eines Generalsekretärs ist es, die Partei nicht nur politisch, sondern auch organisatorisch zu stärken. Gemeinsam mit Matthias Platzeck, mit Franz Müntefering, mit Kurt Beck und mit euch allen, liebe Genossinnen und Genossen, möchte ich

mich dafür einsetzen, dass unsere SPD die größte Mitglieder- und Volkspartei Deutschlands bleibt.

Dafür müssen wir in den Betrieben, im Vereinsleben und in den Gewerkschaften besser verankert sein als unsere politische Konkurrenz. Ich bin mir sicher, dass wir dann als lebendige Mitgliederpartei in der alltäglichen Arbeit, aber auch in künftigen Wahlkämpfen unschlagbar sein werden.

Wir brauchen eine Mitgliederwerbekampagne. Das sagt jeder, der für das Amt des Generalsekretärs kandidiert, aufs Neue. Ich meine aber, wir brauchen eine Mitgliederwerbekampagne, die tatsächlich von der gesamten Partei getragen wird. Wir haben – das lässt sich nicht leugnen – in unseren Reihen zu wenig Jüngere, zu wenig Frauen, zu wenig Ingenieure, zu wenig Facharbeiter, zu wenig Selbstständige und inzwischen auch zu wenig aktive Betriebs- und Personalräte.

Ich bin Stadtverbandsvorsitzender unserer Partei in einer niedersächsischen Stadt, die Peine heißt und die meine Heimat ist. Ich weiß daher, wie schwierig es ist, neue Mitglieder zu gewinnen. Ich habe allerdings erlebt, liebe Genossinnen und Genossen, dass das mit großer Beharrlichkeit auch gelingen kann. Entscheidend aber ist, dass wir begreifen, dass nicht bunte Werbeplakate, sondern Menschen die Menschen zur Mitarbeit in der SPD überzeugen.

(Beifall)

Es gilt aber nicht nur, neue Mitglieder zu gewinnen. Wir müssen diesen auch die Möglichkeit eröffnen, sich in unsere Partei so einzubringen, dass sie nicht nach kurzer Zeit frustriert wieder davonlaufen. Gelegenheit dazu, liebe Genossinnen und Genossen, haben wir in den nächsten Wochen und Monaten.

Im kommenden Jahr finden zahlreiche Kommunal- und Landtagswahlen statt: Kommunalwahlen in Hessen und in Niedersachsen. Hinzu kommen eine Reihe von Landrats- und Bürgermeisterwahlen. Am 26. März sind Landtagswahlen hier in Baden-Württemberg mit Ute Vogt, in Rheinland-Pfalz mit Kurt Beck und in Sachsen-Anhalt mit Jens Bullerjahn. Später im Jahr wählen Mecklenburg-Vorpommern mit Harald Ringstorff und Berlin mit Klaus Wowereit.

Diese Spitzenkandidaten – aber ich sage deutlich: alle haupt- und ehrenamtlichen Wahlkämpfer und Kandidatinnen und Kandidaten – erwarten zu Recht von der Bundespartei, dass sie selber dabei so kräftig unterstützt werden, wie sie auch selbst im letzten Bundestagswahlkampf gekämpft haben. Lasst uns keinen Zweifel daran aufkommen, dass diese Leute, dass diese Genossinnen und Genossen unsere volle Unterstützung haben!

(Beifall)

Ich will, dass unsere Partei in ganz Deutschland Volkspartei bleibt. Der Parteivorstand muss in Abstimmung mit den betroffenen Landesverbänden die ostdeutschen Landesverbände, aber auch die strukturschwachen Landesverbände in Westdeutschland stärken. Wir müssen uns darum kümmern, dass wir auf der Fläche stark bleiben. Denn machen wir uns nichts vor: Wir haben mittlerweile auch Bereiche mit weißen Flecken.

Wir haben aber auch Hoffnungsfrohes zu vermelden. Wir haben in diesem Bundestagswahlkampf wieder hochmotivierte junge Teams erlebt. Schätzungsweise 3.000 junge Leute haben sich in über 300 Teams engagiert. Jörn Böhning, ich möchte den Jusos ganz herzlich dafür danken, dass sie mitgeholfen haben, diese jungen Teams aufzustellen. Das ist eine großartige Leistung gewesen.

(Beifall)

Die SPD ist dadurch gegenüber jungen Mitgliedern offener geworden. Ich will zusammen mit den Jusos überlegen, wie wir junge Mitglieder, ihren Elan und ihre Ideen besser in unsere Arbeit einbringen können. Ich wende mich an dieser Stelle an die Jusos und an die Mitglieder der jungen Teams hier auf diesem Parteitag. Ich sage euch: Die SPD braucht euch, und zwar nicht nur in Wahlkämpfen.

(Beifall)

Unsere größte und vielerorts auch aktivste Arbeitsgemeinschaft ist die AG 60 plus, unsere sozialdemokratischen Seniorinnen und Senioren. Wenn auch in diesen Tagen viel von Verjüngung der Partei die Rede ist, auch im Zusammenhang mit meiner Person, so will ich doch klar sagen: Die SPD kann es sich nicht leisten, auf das Engagement der erfahrenen und älteren Mitglieder unserer Partei zu verzichten. Wir sind stolz auf unsere AG 60 plus.

(Beifall)

Weder Jugendkult noch Jugendfeindlichkeit bringen die SPD voran. Wenn wir Volkspartei bleiben wollen, dann müssen wir eine Partei für alle Generationen sein. Dabei gilt es gerade die Chancen der aktiven Älteren für die Arbeit der Partei zu begreifen und wirklich zu nutzen.

Die Chancen des längeren Lebens sollte diese Gesellschaft begreifen. Wir sollten den Schatz an Erfahrungen begreifen, liebe Genossinnen und Genossen, die die Älteren in unserer Partei mitbringen. Wir wollen nicht, dass wir nur Kaffee miteinander trinken, sondern dass ihr mit uns weiterkämpft. Wir brauchen euch, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Ein wesentlicher Schwerpunkt unserer Arbeit muss die innerparteiliche Bildungsarbeit sein. In den Kommunalakademien wird hier schon heute großartiges geleistet. Daran können wir anknüpfen.

Wir müssen sicherstellen, dass binnen weniger Monate jeder, der in der SPD Verantwortung übernimmt – ob als Ortsvereinsvorsitzender oder als Kassiererin, ob als Schriftführer oder als Beisitzerin –, das Angebot zu einer Funktionärsausbildung bekommt. Niemand darf bei der Fülle von Aufgaben, die auf uns zukommen, zukünftig ins kalte Wasser geschubst werden.

Lasst mich an dieser Stelle auch etwas zu dem sagen, was in den letzten Wochen in unserer Partei passiert ist; Matthias hat das in seiner Rede angesprochen. Durch die Auseinandersetzungen der letzten Tage und Wochen haben wir Franz Müntefering als unseren Parteivorsitzenden verloren. Viele haben dabei Fehler gemacht, ich auch. Viele hätte mithelfen müssen, diese Eskalation zu vermeiden. Ich bekenne, liebe Genossinnen und Genossen, ich auch. Wir hätten das gemeinsam verhindern müssen; davon bin ich überzeugt.

Unsere Partei hat an diesem Montag in den Abgrund geschaut. Viele unserer Mitglieder und Wähler waren zu Recht stinksauer. Ich füge hinzu: Viele Erklärungsversuche in den letzten Tagen haben die Diskussion auch nicht unbedingt immer besser gemacht.

(Beifall)

Ich jedenfalls habe daraus gelernt, und zwar nicht nur, dass wir mehr miteinander und weniger übereinander reden müssen. Ich will noch etwas anderes deutlich machen: Wir müssen daran arbeiten – ich will dazu meinen Beitrag leisten –, dass die Menschen in Deutschland überzeugt sind: Wir Sozialdemokraten kümmern uns nicht in erster Linie um uns selbst, sondern um die Probleme der Menschen in diesem Land. Das ist, glaube ich, die wichtigste Lehre, die wir aus diesem Vorgang ziehen müssen.

(Beifall)

Es gibt Menschen in diesem Land, die auf uns vertrauen und die wir nicht enttäuschen dürfen. Ich will das am Beispiel einer Frau aus meinem niedersächsischen Heimatwahlkreis deutlich machen. Sie hieß Luise Gross. Ich bin in der Gemeinde, in der sie gelebt hat, aufgewachsen.

Luise Gross war Landarbeiterin. Sie führte ein Leben, das hart und arbeitsreich war. Sie musste beim Bauern nicht nur hart arbeiten, sondern sie musste auch allein drei Kinder durchbringen, weil ihr Mann sich irgendwann davon gemacht hat. Sie hat eine kleine Rente gehabt, weil der Bauer, wie man damals sagte, nicht viel für sie

geklebt hat, also nicht viel in die Rentenkasse eingezahlt hat. Sie ist vor zwei Jahren im Alter von 95 Jahren gestorben.

Luise Gross hat niemals in ihrem Leben ein Parteiprogramm gelesen. Luise Gross hat auch niemals in ihrem Leben eine politische Versammlung besucht. Sie war auch nicht Mitglied unserer Partei. Trotzdem hat sie ihr Leben lang SPD gewählt. Wenn man sie fragte in diesem Dorf, in dem die Bauern, die in der Regel eher CDU wählten, das Sagen hatten: „Sag’ mal, Luise, warum wählst du eigentlich SPD?“, dann hat sie immer drei Gründe genannt.

Der erste war: Ich habe zwei Weltkriege und die Nazizeit erlebt. Willy Brandt und Helmut Schmidt haben den Frieden sicher gemacht. Der zweite Grund hieß: Die SPD hat uns Frauen die Möglichkeit gegeben, für uns selbst zu entscheiden. Der dritte Grund war, das ist mir besonders wichtig: Die SPD ist auch für uns einfache Leute da, damit wenigstens unsere Kinder und Enkel es einmal besser haben.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, das ist die Hoffnung, die die Menschen auf uns haben. Unsere Partei hat Hunderttausende von Mitgliedern. Sie sind das Rückgrat unserer Partei. Aber daneben gibt es Millionen von Menschen, die wie Luise Gross, ohne Mitglied unserer Partei zu sein, auf uns vertrauen. Um es mit Willy Brandt zu sagen: Es gibt Sozialdemokraten und soziale Demokraten innerhalb und außerhalb der SPD.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, müssen wir nicht nur deutlich machen für was wir Politik machen, sondern auch für wen. Ich sage es noch einmal: Wir müssen deutlich machen, dass wir uns vor allen Dingen um die Menschen kümmern und nicht nur um uns selbst drehen.

Es gibt also mehr Menschen, die auf uns hoffen, als wir manchmal selbst glauben. Wir müssen das wahrnehmen und müssen die Bodenhaftung dazu behalten.

Außerdem müssen wir den Dialog auf allen Ebenen zu den gesellschaftlichen Gruppen verstärken und erneuern. Das gilt gegenüber den Wohlfahrtsverbänden, der Wissenschaft, den Kirchen, der Wirtschaft, dem Sport und der Kultur und nicht zuletzt gegenüber unseren Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaften. Die Zusammenarbeit zwischen uns – das hat Michael Sommer dankenswerterweise heute Morgen deutlich gemacht – darf nicht nur historisch begründet sein.

Keine Frage: Gewerkschaften und SPD haben unterschiedliche Aufgaben in unserer Gesellschaft. Daraus ergeben sich Meinungsverschiedenheiten, Spannungen und manchmal auch handfester Streit. Wie Michael bin ich mir aber sicher, dass der Vorrat an gemeinsamen Grundüberzeugungen nach wie vor sehr groß ist. Beide Seiten müssen begreifen: Wenn es dem jeweils einen Partner nicht gut geht, ist das für die

soziale Demokratie in Deutschland insgesamt schlecht. Wir brauchen einen ehrlichen und offenen Dialog über die Frage, wie wir unser Bündnis miteinander erneuern. Wir sollten, liebe Genossinnen und Genossen, von diesem Parteitag unsere Kolleginnen und Kollegen aus den Gewerkschaften dazu herzlich einladen.

(Beifall)

Ich will mich an dieser Stelle an Michael Sommer und an die Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften wenden: Kolleginnen und Kollegen, wir wissen: Ihr seid keine Parteigewerkschaften. Wir sind keine Gewerkschaftspartei. Trotzdem: Gerade wenn andere uns spalten wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dürfen wir uns nicht spalten lassen. Das sind wir den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in diesem Land einfach schuldig. Lasst uns deshalb miteinander daran arbeiten, damit soziale Demokratie in Deutschland eine Chance hat!

(Beifall)

Gelegenheit zu dieser Debatte bietet unter anderem die Diskussion über das neue Grundsatzprogramm. Dieser Parteitag beschließt einen Zeitplan für diese Diskussion. Das haben wir eben mit diesem Perspektivantrag getan. Mein Ziel ist es, wie Elke Ferner es vorhin gesagt hat, dass an dieser Debatte wirklich die gesamte Partei teilnimmt und nicht nur die zuständigen Kommissionen. Ich bin sicher, dass es uns gelingen kann, dass diese Debatte so interessant und so lebendig gestaltet wird, dass Menschen auch außerhalb unserer Partei sich an ihr beteiligen.

Als Programmpartei haben wir Sozialdemokraten eine stolze Tradition: Unser Grundsatzprogramm und die Debatte darum ist deshalb nicht irgendetwas, sondern sehr wichtig für unsere Partei. Unser Grundsatzprogramm muss ein Kompass sein, der über die tagespolitischen Fragen hinaus Orientierung gibt. Auch das ist notwendig, liebe Genossinnen und Genossen, damit wir uns nicht zwischen vermeintlichen Sachzwängen verirren.

Ich meine vermeintliche Sachzwänge, die uns Interessengruppen und auch selbsternannte Experten als unumstößliche Wahrheiten auftischen wollen. Liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen unseren Weg und unsere Überzeugungen deutlich machen. Wir müssen sagen, was unsere Auffassung ist, wie wir auf Basis unserer Grundwerte Antworten finden, die auf der Höhe der Zeit sind. Wir sollten uns nicht von irgendwelchen Initiativen die Wahrheit erklären lassen, auch wenn sie sich „Neue soziale Marktwirtschaft“ nennen.

(Beifall)

Wie gesagt: Es geht darum, auf der Basis unserer Grundwerte und Grundüberzeugungen Antworten zu finden, die auf der Höhe der Zeit sind. Das gilt vor allen Din-

gen für einen Widerspruch, den wir täglich spüren: Wirtschaft und technischer Fortschritt verlangen von den Menschen immer mehr Mobilität und auch Flexibilität. Menschen erwarten und brauchen aber langfristige Perspektiven und Sicherheiten. Wir müssen in unserem Programmprozess darüber sprechen, was Politik und Gesellschaft tun müssen und tun können, um die sozialen Orte in unserer Gesellschaft zu stärken, in denen Menschen Sicherheit, Rückhalt und Bestätigung erfahren können. Ob am Arbeitsplatz oder in der Familie, ob in der Schule oder im Verein, ob in den dörflichen Gemeinschaften oder in der Nachbarschaft im Stadtteil: Wir müssen sicherstellen, dass den Menschen bei aller Notwendigkeit zur Flexibilität der Boden unter den Füßen nicht abhanden kommt.

Ich meine, die Menschen in Deutschland haben ein Recht darauf, mitzumachen, teilzuhaben und dabei zu sein. Wir, liebe Genossinnen und Genossen, müssen genau das leisten. Das hat Matthias Platzeck heute deutlich gemacht.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich kandidiere heute als Generalsekretär mit dem Anspruch, für die gesamte Partei zu arbeiten: für die Frauen und die Männer in der SPD, für die Linken und die Pragmatischen, für den Osten und den Westen und für die Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen aller Generationen.

Ich stelle mir die SPD in den kommenden Jahren als ein Haus vor. Das Fundament, also die Grundlage unserer Arbeit, sind unsere hundertausende von Mitgliedern, vor allen Dingen diejenigen, die vor Ort aktiv in der Kommunalpolitik für die SPD wirken. Wie gesagt: Sie sind das Fundament und nicht das Kellergeschoss unserer Partei, liebe Genossinnen und Genossen. Wir müssen das immer wieder deutlich machen. Es ist nicht so, dass die Bundesebene das allerwichtigste ist und dass irgendwann das Land und danach die Kommunen kommen. Liebe Genossinnen und Genossen, es ist wichtig, dass uns die Menschen im Alltag vor Ort erleben. Das ist die Aufgabe der Kommunalpolitik. Das muss in unserer Arbeit auch deutlich werden.

(Beifall)

Die vier tragenden Pfeiler dieses Hauses sind Matthias Platzeck als Vorsitzender unserer Partei, Franz Müntefering als unser Vizekanzler in der Bundesregierung, Peter Struck als der Vorsitzende unsere Bundestagsfraktion und Kurt Beck, der die SPD und unsere Ministerpräsidenten und Fraktionsvorsitzenden in den Ländern repräsentiert. Liebe Genossinnen und Genossen, das Dach dieses Hauses ist unsere sozialdemokratische Überzeugung, nämlich die Idee von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Zusammen mit euch will ich mich darum kümmern, dieses Haus, unser Haus SPD, nach innen und nach außen in Ordnung zu halten.

Wenn ihr mich heute wählt, dann ist mir bewusst, dass diese Wahl vor allem ein Vertrauensvorschuss für den Personalvorschlag des Parteivorsitzenden Matthias Platzeck ist.

Diesen Vorschuss will ich durch meine Arbeit auch in Zukunft rechtfertigen. Liebe Genossinnen und Genossen, ich will das mit aller Kraft tun, die mir zur Verfügung steht.

Meine herzliche Bitte an euch ist: Lasst uns gemeinsam für eine starke SPD kämpfen. In diesem Sinne bitte ich um euer Vertrauen und um eure Unterstützung. Ich danke euch für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Jens Bullerjahn, Tagungspräsidium: Hubertus, ich danke dir für deine Rede und rufe hiermit die Wahl des Generalsekretärs auf.

Es handelt sich um eine Einzelwahl gemäß § 7 Wahlordnung. Ihr bekommt jetzt den rosafarbenen Wahlzettel. Ihr habt die Möglichkeit, mit Ja, Nein oder Enthaltung zu stimmen. Der Stimmzettel ist nur gültig, wenn auf ihm die Kontrollmarke Nr. 3 angebracht ist. Die Kontrollmarke sollte, wie vorhin schon erwähnt, auf der Vorderseite auf das abgedruckte Kästchen geklebt werden. Nach § 23 Abs. 5 Organisationsstatut ist im ersten Wahlgang gewählt, für den mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten votiert hat. Wie vorhin schon erwähnt, hat die Mandatsprüfungskommission 521 Stimmberechtigte festgestellt. Es sind also 261 Stimmen im ersten Wahlgang erforderlich.

Ich bitte jetzt um die Verteilung des Wahlzettels und ich bitte die Presse nochmals, das Abstandsgebot zu den Delegierten zu beachten. – Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass die Abgabe der Stimme, also das Ankreuzen auf dem Wahlzettel, nicht gefilmt werden darf, da das dazu führen könnte, dass die Wahl angefochten wird. Ich bitte wirklich alle Pressevertreter, das zu berücksichtigen. – Fehlen irgendwo noch Wahlzettel? – Ich gehe davon aus, dass jetzt alle einen Wahlzettel haben. Ich bitte darum, dass die Wahlzettel eingesammelt werden. – Ich bitte alle Delegierten, so lange sitzen zu bleiben, bis die jeweilige Wahlunterlagen eingesammelt ist. Das erleichtert die Arbeit. – Sind alle Stimmzettel eingesammelt? – Ich gehe davon aus, dass alle eingesammelt wurden. Damit kann ich den Wahlgang schließen.

Einführung in den Leitantrag Bildungspolitik

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, nachdem der Wahlgang geschlossen worden ist, kommen wir zum nächsten Punkt der Antragsberatung, nämlich dem wirklich wichtigen Thema Bildungspolitik. Ich bitte Edelgard Bulmahn um ihr Wort für die Antragskommission.

Edelgard Bulmahn, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! In unserer modernen Welt ist Bildung zum entscheidenden Zukunftsfaktor geworden. Das Schicksal unseres Landes, die Sicherung von Wohlstand, die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und der Zusammenhalt unserer Gesellschaft hängen von den Ideen, dem Engagement und einer hohen Qualifikation der Menschen ab, die hier leben. Unser neuer Bundesvorsitzender hat diesen Zusammenhang in seiner heutigen Rede sehr klar und sehr deutlich herausgestellt. Für diese klaren Worte will ich ihm ganz ausdrücklich danken.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, die SPD wurde als Arbeiterbildungsverein gegründet. Wir kennen die Bedeutung von Bildung für uns und für unsere Zukunft. Wir haben unsere Grundüberzeugungen, nämlich das, was uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Bildungspolitik bewegt und antreibt, deshalb ganz bewusst an den Anfang gestellt. Gute Bildung entscheidet über den Lebensweg und über das Lebensglück jedes Einzelnen. Bildung ist entscheidend für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Nur mit Bildung gelingen Integration und Emanzipation.

(Beifall)

Die Teilhabe an Kultur, am gesellschaftlichen Leben und an beruflichen Chancen sind untrennbar mit der Bildung verbunden. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, ist es unsere Überzeugung, dass Bildung ein öffentliches Gut ist und auch bleiben soll und dass wir gerade auch deshalb einen handlungsfähigen Staat benötigen, damit er wirklich für alle Menschen Bildungschancen eröffnen kann.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir wissen allerdings auch, dass Bildungspolitik – das sage ich ausdrücklich – nicht alle Probleme lösen kann, sondern dass Bildungspolitik in einer vielfältigen Art und Weise mit und von gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungen abhängig ist. In den 70er-Jahren hat die SPD die Bildungsexpansion durchgesetzt. Viele haben davon profitiert – ich auch. Ich weiß, wie viele von euch auch, was das auch ganz persönlich für einen Menschen bedeutet.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Arbeit ist noch nicht getan. Wir stehen heute wieder vor wirklich großen Herausforderungen. Wir haben in den letzten Jahren viel

angepackt und auf der Bundesebene, auf der Landesebene und auch in vielen Kommunen vieles auf die richtigen Gleise gestellt. Es muss aber einfach weitergehen.

Mit dem Ganztagsschulprogramm haben wir eine Jahrzehnte lange gesellschaftspolitische Blockade aufgebrochen. Jeder weiß heute, dass wir für eine erfolgreiche Integration, für eine bessere individuelle Förderung, für größere Bildungserfolge und natürlich auch für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie dringend mehr gute Ganztagsschulen brauchen.

(Beifall)

Deshalb müssen wir es schaffen, dass die Anstrengungen, die wir mit dem großen Bundesprogramm begonnen haben, in den kommenden Jahren fortgesetzt werden.

Wir wollen aber noch mehr. Wir wollen eine gute Qualität und mehr Eigenverantwortung von Bildungseinrichtungen. Wir wollen eine bessere Lehrerausbildung und -fortbildung. Wir wollen eine stärkere Unterstützung der Schulen gerade auch in den sozialen Brennpunkten, damit sie ihre schwierige Aufgabe leisten und meistern können, was wir alle von ihnen ja auch erwarten. Wir wollen Schulen, in denen Kinder mit Lust, Erfolg und Freude lernen.

(Beifall)

Wir wollen auch, dass Kinder länger zusammen lernen, damit sie lernen, Verantwortung für die Gemeinschaft zu übernehmen.

Der Ausbau und die Verbesserung der frühkindlichen Bildung und Erziehung – nicht alternativ, sondern zusätzlich zur Verbesserung unseres Schulsystems – sind zwei der großen Herausforderungen der kommenden Jahre. Viel zu oft werden Bildungschancen gerade in den ersten Jahren verschenkt, obwohl die Kinder gerade in den ersten Jahren vor Neugier brennen und lernen wollen, was die Welt zusammenhält. Deshalb müssen wir all unsere Kraft dafür einsetzen, dass es uns gelingt, Kindern gerade in den ersten Jahren Wege und Lebenschancen zu eröffnen. Das wird uns nur gelingen, wenn die Kommunen ihre Verantwortung wahrnehmen, wenn sie engagiert hier hingehen und wenn die Länder und der Bund hier gemeinsam unterstützend tätig werden.

Das Tagesbetreuungsausbaugesetz, das Renate Schmidt mit so viel Engagement auf den Weg gebracht hat, war und ist ein erster wichtiger Schritt, aber auch die frühe Sprachförderung, der beitragsfreie Kindergarten, den wir Schritt für Schritt erreichen wollen und bei dem Rheinland-Pfalz, lieber Kurt, so beispielhaft vorangegangen ist. Das alles, liebe Genossinnen und Genossen, müssen wir in den kommenden Jahren schaffen. Das müssen wir leisten, denn dazu gibt es keine Alternative.

In der beruflichen Bildung, die für unser Land eine ganz herausragende Bedeutung hat, stehen wir vor drei großen Herausforderungen.

Erstens: Wir brauchen deutlich mehr Ausbildungsplätze. Dass ein Unternehmen wie Daimler-Chrysler ankündigt, die Zahl seiner Ausbildungsplätze um 20 Prozent zu reduzieren, ist ein Skandal.

(Beifall)

Das ist das genaue Gegenteil davon, Verantwortung zu übernehmen. Nur ein Drittel aller Unternehmen bildet überhaupt aus. Das ist zu wenig, um allen Jugendlichen einen erfolgreichen Berufsstart zu ermöglichen. Die Unternehmen, liebe Genossinnen und Genossen, können nicht erwarten, dass gut ausgebildete Fachkräfte auf dem goldenen Tablett serviert werden. Sie müssen endlich selber mehr tun.

(Beifall)

Der Pakt für Ausbildung war und ist ein erster wichtiger Schritt. Aber er muss weiterentwickelt werden und er muss ergänzt werden: durch Tarifverträge, durch mehr Ausbildungsplätze, gerade in den neuen Beschäftigungsfeldern, durch eine zweite Chance auch für die Jugendlichen, die in der Schule nicht gut waren oder sogar ohne Schulabschluss die Schule verlassen.

Das alles, liebe Genossinnen und Genossen, ist eine Aufgabe, vor der wir uns nicht noch lange drücken können. Wir müssen sie, so wie wir das auch gemacht haben, anpacken. Aber ich sage ausdrücklich: Wir werden das nur schaffen, wenn auch die Unternehmen selber hier mehr tun, wenn sie stärker Verantwortung übernehmen. Das, Genossinnen und Genossen, ist eigentlich das Richtige; das wünsche ich mir.

(Beifall)

Die demographische Entwicklung ist die zweite Herausforderung. Bis zum Jahre 2010 wird die Zahl der Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen, jedes Jahr weiter steigen. Aber schon wenige Jahre später stehen wir vor einem ganz anderen Problem. Wenn wir nicht gegensteuern, dann werden uns die Fachkräfte fehlen, die wir für eine florierende Wirtschaft brauchen.

Damit komme ich zur dritten Herausforderung: Wir können es uns überhaupt nicht leisten, liebe Genossinnen und Genossen, Talente und Fähigkeiten brach liegen zu lassen, Talente und Fähigkeiten von Frauen, von Männern, von jüngeren und von älteren Menschen. Das gilt für alle: Das gilt für Jugendliche mit Schulabschluss genauso wie für Jugendliche ohne Schulabschluss. Das gilt für junge Erwachsene und Menschen mit Migrationshintergrund wie ohne Migrationshintergrund. Sie alle müssen ihre Chance erhalten, auch ihre zweite Chance, durch eine bessere Berufs-

vorbereitung, durch Praktika, durch den Erwerb von Teilqualifikationen, durch eine besondere Förderung und Unterstützung und durch den zweiten Bildungsweg. Liebe Genossinnen und Genossen, unser erklärtes Ziel ist: Kein Mensch unter 25 Jahren darf länger als drei Monate arbeitslos sein.

(Beifall)

In einer Welt, liebe Genossinnen und Genossen, in der viele Herausforderungen, fast alle Herausforderungen, nur noch durch ein hohes Bildungsniveau, durch eine exzellente Forschung und durch kontinuierliche Innovationen bewältigt werden können, spielt die Frage, ob es uns in Deutschland gelingt, genug Menschen hervorragend auszubilden, die herausragende Rolle. Die Ausbildung an unseren Hochschulen ist dafür der Schlüssel. Wir wollen mehr junge Menschen zu einem Studium motivieren. 50 Prozent eines Jahrgangs beginnen im Durchschnitt der OECD-Staaten ein Studium. Wir sind in Deutschland jetzt bei gut 38 Prozent angelangt. Vor sieben Jahren waren wir im übrigen noch unter 28 Prozent. Endlich studieren bei uns auch mehr junge Menschen aus bildungsfernen Schichten. Seit 2001 haben wir hier eine Steigerung um 5 Prozentpunkte erreicht. Die große BAföG-Reform, liebe Genossinnen und Genossen, war hier entscheidend. Deshalb bekennen wir uns ausdrücklich zum BAföG. Es wird fortgesetzt und weiterentwickelt.

(Beifall)

Ich bin sehr froh, dass wir das auch im Koalitionsvertrag ohne Wenn und Aber verankert haben.

Aber auch das gebührenfreie Erststudium hat uns den Erfolg steigender Studierendenzahlen in den letzten Jahren ermöglicht. Das ist eine Errungenschaft, die wir nicht preisgeben sollten. Mit der Einrichtung von Studienkonten haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die richtige Antwort gefunden.

Wir Sozialdemokraten wollen für die Hochschulen in unserem Land so viel Freiheit wie möglich und so viel Verlässlichkeit wie nötig. Freiheit wollen wir für Forschung und Lehre, Freiheit für Ideen und Innovationen, für die Möglichkeit, neue, eigenständige Wege zu gehen. Verlässlichkeit benötigen die Hochschulen hinsichtlich ihrer finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen. Auch die stärkere internationale Positionierung bleibt eine wichtige hochschulpolitische Aufgabe. Unsere Hochschulen sind viel besser als ihr Ruf. Aber sie sollen und müssen auch international wichtige Mitspieler sein. Die Exzellenzinitiative, die wir noch im Sommer dieses Jahres auf den Weg gebracht haben, gibt den Hochschulen genau diese Chance, die sie so dringend brauchen.

Die Hochschulen, liebe Genossinnen und Genossen, brauchen ausreichend Finanzmittel, in der Breite wie in der Spitze. Nur dann können sie die gesellschaftlichen

Herausforderungen und die Erwartungen, die wir alle an sie haben, auch erfüllen. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, sage ich in aller Klarheit: Wir müssen in allen öffentlichen Haushalten umschichten, mehr Mittel für Bildung, Forschung und Wissenschaft freimachen und diese Mittel auch dort einsetzen.

(Beifall)

Weiterbildung und Fortbildung werden zur vierten Säule in unserem Bildungssystem. Unser Ziel, mehr Menschen über 50 in Beschäftigung zu halten, werden wir nur erreichen, wenn Weiterbildung und Fortbildung für jeden so selbstverständlich sind wie Essen, Trinken und Schlafen. Davon sind wir leider noch ein ganzes Stück entfernt.

Das ist die Weichenstellung, die wir erreichen müssen. Dafür brauchen wir ein größeres Engagement der Unternehmen. Dafür brauchen wir den Ausbau der Fördermöglichkeiten für gering Qualifizierte. Dafür brauchen wir tarifvertragliche Vereinbarungen und ihre Absicherung. Dafür brauchen wir eine kontinuierliche Qualitätssicherung. Dafür brauchen wir den Ausbau und die Absicherung des zweiten Bildungsweges. Und dafür brauchen wir bundeseinheitliche Rahmenbedingungen und neue Formen der Finanzierung, um nur die wichtigsten Stichworte zu nennen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir Sozialdemokraten finden uns nicht damit ab, dass in unserem Land immer noch die Herkunft eines Kindes seine Bildungschancen bestimmt, stärker als in Schweden, in Frankreich oder in Polen. Das ist nicht nur höchst ungerecht gegenüber den Kindern, sondern das ist auch wirtschaftspolitisch höchst unvernünftig.

(Beifall)

Wir finden uns auch nicht damit ab, dass Migrantenkinder in Deutschland viel zu oft in der Schule scheitern und damit zu Verlierern abgestempelt werden. Für echte Integration, für gleichberechtigte Teilhabe an den Chancen und den Pflichten einer Gesellschaft müssen diese Probleme angepackt und gelöst werden.

Jedes Jahr verlassen mehr als 100.000 Jugendliche die Schule, ohne einen Abschluss zu haben. Fast jeder Fünfte hat keine Ausbildung. Viele davon sind Kinder von Migranten. Wenn es uns nicht gelingt, liebe Genossinnen und Genossen, diesen gesellschaftspolitischen Skandal der Vererbung von Bildungschancen zu beenden, und wenn junge Menschen die Hoffnung auf eine bessere Zukunft verlieren, brechen sich Wut und Verzweiflung Bahn und dann zerbricht der gesellschaftliche Zusammenhalt und der gesellschaftliche Frieden.

(Beifall)

Wir haben nicht mehr viele Jahre Zeit. Auch deshalb bin ich davon überzeugt, dass das nur gemeinsam und mit harter Arbeit gehen wird. Aber wir können es schaffen, wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen, wenn Bund, Länder und Kommunen, Eltern, Lehrer und viele andere sich gemeinsam dieser Herausforderung stellen. Das, liebe Genossinnen und Genossen, erwarten die Menschen in unserem Land auch. Und das ist vor allem die Aufgabe der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

Wir Sozialdemokraten wollen für jedes Kind eine frühe und individuelle Förderung, für jedes Kind eine gute Bildung und Erziehung, für jeden Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung, für mehr Menschen ein erfolgreiches Studium und für jeden Menschen eine bessere Chance. Dafür stehen wir. In diesem Sinne bitte ich euch um eine breite Unterstützung für unseren Leitantrag. Vielen Dank!

(Beifall)

Jens Bullerjahn, Tagungspräsidium: Ich danke Edelgard für ihre Rede. Wir werden diese Beratung jetzt kurz unterbrechen. Ich bitte, das Ergebnis für die Wahl des Generalsekretärs kund zu tun. Ich bitte alle Delegierten, jetzt in den Saal zu kommen, weil wir danach sofort über die Schatzmeisterin abstimmen.

Wahl des Generalsekretärs

Krimhild Fischer, Zählkommission: Ich gebe das Ergebnis bekannt. Zur Wahl des Generalsekretärs Hubertus Heil wurden 498 Stimmen abgegeben. Davon waren zwei Stimmen ungültig und 496 gültig. Von den 496 gültigen Stimmen haben 306 mit Ja und 134 mit Nein gestimmt. Es gab 56 Enthaltungen. Das bedeutet eine Zustimmung von 61,7 Prozent. Hubertus Heil, ich gratuliere dir und wünsche dir alles Gute in deiner neuen Funktion.

(Beifall)

Jens Bullerjahn, Tagungspräsidium: Hubertus, die Frage an dich: Nimmst du die Wahl an?

Hubertus Heil, Braunschweig: Liebe Genossinnen und Genossen, Sigmar Gabriel hat gesagt, ich soll auch mal lachen können. Das will ich jetzt und sage ganz herzlich: Herzlichen Dank. Ich nehme die Wahl an. Ich werde daran arbeiten, dass es nächstes Mal noch ein Prozent besser ist. Herzlichen Dank.

(Beifall)



Beratung der Anträge zur Bildungspolitik

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, ich lasse jetzt noch zwei Wortmeldungen zu den Bildungsanträgen zu. Ich bitte darum, dass die Delegierten sich wieder versammeln, damit wir dann die Wahl der Schatzmeisterin durchführen können. Es sieht von hier oben noch ein bisschen leer aus. – Das Wort hat Tilo Braune, AfB-Bundesvorsitzender, zum Leitantrag Bildung.

Tilo Braune, AfB: Liebe Genossinnen und Genossen! Als Erstes erlaubt mir an dieser Stelle, an der ich jetzt reden darf, Hubertus Heil zu gratulieren und natürlich auch Matthias Platzeck. Herzlichen Glückwunsch! Matthias, wir wissen das Thema Bildung bei dir in guten Händen. Ihr habt in Brandenburg wichtige Reformen im Bildungsbereich angepackt. Ich glaube, es kann gesamtdeutsch sehr interessant sein, dorthin zu schauen und das zum Teil auch nachzumachen. Wir wissen dich an unserer Seite.

Liebe Genossinnen und Genossen, als Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Bildung ist es mir natürlich eine große Freude, dass nach fünf Jahren wieder auf einem Bundesparteitag über das Thema Bildung diskutiert wird. Ganz besonders möchte ich Edelgard Bulmahn sowohl für ihre Initiative zum Leitantrag als auch für die Leitung der Arbeitsgruppe und für das Ergebnis danken. Ich glaube, wir haben einen sehr guten Antrag bekommen.

(Beifall)

Ich glaube auch, wir können stolz sein auf die Ergebnisse von sieben Jahren sozialdemokratischer Bildungspolitik im Bund. Ich nenne nur eine Zahl, die ihr sicherlich kennt: Seit 1998 ist es zu einem Mittelzuwachs von 36 Prozent für das Thema Bildung und Forschung im Bund gekommen. Daran hat Edelgard maßgeblich mitgewirkt. Das ist ein einzigartiges Ergebnis in der Bundesrepublik Deutschland. Dafür möchte ich ihr an dieser Stelle meinen Dank sagen.

(Beifall)

Ich glaube, wir haben gezeigt, dass wir gute und richtige sozialdemokratische Bildungspolitik, so wie ich sie verstehe, machen können. Ich wünsche mir künftig Vergleichbares.

Aber ihr wisst, wir haben eine neue Situation. In den nächsten vier Jahren ist das Bildungs- und Forschungsressort nicht in sozialdemokratischer Hand. Zwar enthält der Koalitionsvertrag viele Themen, die unsere Handschrift zeigen: Wichtige Begriffe wie der Stellenwert von Bildung für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, die Teilhabe aller an Bildung und Ausbildung, die Transparenz und Durchlässigkeit unse-

res Bildungssystems, bessere individuelle Förderung, Ganztagschulenausbau, Bildungsberichterstattung und vieles andere mehr sind verankert. Aber auf Bundesebene werden alle diese Themen nicht mehr mit einer sozialdemokratischen Ministerin verkörpert werden. Ich sehe darin eine gewisse Gefahr, dass bei einem ureigensten Thema sozialdemokratischer Politik ein Profilverlust droht, wenn wir nicht aufpassen.

Ich sehe eine weitere Schwierigkeit. Mit der verabredeten Föderalismusreform, die ich im Wesentlichen befürworte, kann es zu einer weiteren Auszehrung der schon heute eng begrenzten Kompetenzen des Bundes im Bildungsbereich kommen. Jörg Tauss hat gestern nicht zu Unrecht darauf hingewiesen.

Daraus ergeben sich, liebe Genossinnen und Genossen, zwei Probleme: Zum Ersten wird es schwerer, vielleicht sogar unmöglich, eine konsistente, deutschlandweit abgestimmte Bildungspolitik zu betreiben, und dies vor dem Hintergrund wachsender bildungspolitischer Herausforderungen. Ich sage nur: Pisa-Debatte, Qualitätssicherung, Qualitätssteigerung, gemeinsame Bildungsplanung.

Wie wir dies unter der neuen Konstellation bewältigen wollen, ist mir noch nicht ganz klar. Ich habe also große Sorgen einmal vor einer gewissen bildungspolitischen Kleinstaaterei, zum anderen aber auch vor einer Verschlechterung unserer Chancen im internationalen Wettbewerb.

Wir alle wissen, derzeit regieren wir nur noch in wenigen Bundesländern. Das heißt, wir haben dadurch automatisch einen geringeren Einfluss auf die Bildungspolitik der Länder. Da stellt sich schon die Frage: Was nützt uns die Rhetorik des Koalitionsvertrages, wenn in Bayern, Baden-Württemberg, in Hessen oder anderen Ländern in künftig weitestgehender Länderkompetenz all dies durch konservative Bildungspolitik konterkariert wird? Ich glaube, hier müssen wir sehr genau aufpassen; denn es ist nach wie vor so, dass konservative und linke Bildungspolitik sich durchaus diametral gegenüberstehen. Es ergibt sich also die Frage: Wo bleibt sozialdemokratische Bildungspolitik in der Lebenswirklichkeit der nächsten Jahre?

Franz Müntefering hat uns gestern mit auf den Weg gegeben, unser sozialdemokratisches Profil nicht nur zu halten, sondern es weiterzuentwickeln. Genau das müssen wir tun. Dies ist aber angesichts der geschilderten Situation nicht ganz leicht.

Welche Schlussfolgerungen müssen wir daraus ziehen? Zum Ersten: Der Partei, unserer Partei, kommt in den nächsten Jahren eine gewachsene Verantwortung in Sachen Bildung zu. Ich glaube, mit dem vorliegenden Antrag ist eine gute Basis gelegt. Aber wir müssen weiterarbeiten.

Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung fühlt sich in der Pflicht, die bildungspolitische Diskussion voranzutreiben, und das sowohl auf Länder- als auch auf Bundesebene.

Wir haben als Fach-AG natürlich auch ein Stück Wächterfunktion, der wir uns stellen wollen. Dazu, lieber Hubertus Heil, ist natürlich eine ordentliche Grundausstattung der Arbeitsgemeinschaften auch in Zukunft wichtig.

Gerade in Zeiten einer großen Koalition werden die Menschen sehr aufmerksam beobachten, wie wir durch Bildung für alle Menschen die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes besseres Leben und damit für einen besseren Zusammenhalt unserer Gesellschaft organisieren. Sie werden sehr genau beobachten, wie wir es mit unseren Vorstellungen von Chancengleichheit halten. Die soziale Herkunft – darüber sind wir uns alle einig – darf nicht länger über den Erfolg eines Kindes entscheiden. Man wird sehr genau beobachten, wie wir unser Bildungssystem reformieren und zukunftsfähig machen. Man wird schauen, wie ernst wir es meinen mit verbesserten Angeboten in vorschulischen Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungseinrichtungen. Man wird uns auch sehr genau auf die Finger schauen, wie wir das Begabtenpotenzial von Kindern aus bildungsfernen Schichten fördern.

Unser Leitantrag, liebe Genossinnen und Genossen, gibt darauf die richtigen Antworten. Aber sie müssen weiterentwickelt werden. Vor allem müssen sie für die Menschen in erlebbare Politik umgesetzt werden. Daher mein Vorschlag: Wir sollten zur erwarteten Halbzeit der Legislaturperiode einen bildungspolitischen und familienpolitischen – ich glaube, das gehört zusammen – Bundesparteitag abhalten, um Bilanz zu ziehen, das Erreichte zu analysieren, aber auch um über eine weitere Aufgabenstellung zu beschließen. Ich glaube, liebe Genossinnen und Genossen, nur so werden wir der gewachsenen bildungspolitischen Aufgabe unserer Partei gerecht. – Vielen Dank.

(Beifall)

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Das Wort hat jetzt Norbert Schmidt. Ich erinnere noch einmal daran, dass wir dann den Wahlgang zur Schatzmeisterin durchführen.

Norbert Schmidt, Weser-Ems: Liebe Genossinnen und Genossen, Edelgard hat schon sehr viel Richtiges gesagt. Ich möchte das vielleicht noch einmal betonen, ohne alles zu wiederholen.

Deutschland ist im Wandel. Europa ist im Wandel. Wir reden über China, Korea, Taiwan. All das hat uns zu interessieren. All das wird in Schule eingebunden. All das sind Dinge, die von zentraler Bedeutung sind.

Vertrauen in Zukunft heißt auch: Was machen wir in Schule und wie sichern wir Schule auch für die Zukunft ab? Wir reden von Durchlässigkeit der Systeme, von Sprachentwicklung, Qualitätssicherung, Anpassung an europäische Sichtweisen oder Normen oder Orientierung.

Ich möchte einige Sätze zum Bereich berufliche Bildung sagen. Hier geht es nicht nur um Handlungskompetenzen oder um Lernprozesse, die sich verändern. Es geht auch darum, Edelgard – ich weiß gar nicht, wo sie ist –, die finanziellen Rahmenbedingungen sicherzustellen. Von der Akzentuierung her würde ich das etwas anders darstellen. Es geht also nicht darum, Gelder umzuschichten, weil wir ja wissen, dass die Städte und Kommunen für die Ausstattung der Schulen zuständig sind.

Die meisten von euch waren vielleicht in den letzten Jahren einmal in einer berufsbildenden Schule und haben den Wandel dort in Augenschein nehmen können. Es sind ja nicht nur Computer- oder Software Dinge, die dort angeschafft werden, sondern es sind hochmoderne Werkzeugmaschinen; anderes wird dort auch angeschafft. Das ist letztendlich nicht zum Nulltarif zu machen.

Die Realität sieht aber so aus – all das wisst ihr genauso gut wie ich –, dass die Haushalte in den Städten und Gemeinden kaum noch steuerbar sind. Ich komme aus der wunderschönen Stadt Wilhelmshaven. Da müssen wir in den nächsten Jahren einige Millionen aus dem Haushalt herausstreichen. Ich habe große Befürchtungen, dass auch der Bereich Schule davon betroffen sein wird. Da gehen wir ganz schwierigen Zeiten entgegen. Aber ich denke, Edelgard, es gehört zu der Klarstellung dazu, dass wir nicht nur akademisch an bestimmte Dinge herangehen, sondern auch sagen, wie wir die Dinge dann auch finanzieren wollen.

Mein Vorschlag wäre, dass wir das unter dem Bereich E, Bildungsfinanzierung – ich nenne das einmal Zukunftsfonds oder ähnlich –, einarbeiten, denn ich glaube nicht, dass die Städte und Gemeinden – ich habe es eben schon gesagt – in der Lage sein werden, dieses zu finanzieren.

Für äußerst wichtig halte ich auch das so genannte Übergangsmanagement, wie es hier heißt, im Bereich Schule, Berufsschule und Ausbildung oder aber einem anderen Bereich. Wir müssen organisieren, wie die jungen Leute aus der Berufsschule in das Arbeitsleben integriert werden. Die Realität sieht so aus, dass Hunderttausende von jungen Leuten nicht wissen, was sie machen sollen. Viele Eltern sind schier verzweifelt, wissen nicht, was sie machen sollen. Das heißt, es betrifft auch in einem hohem Maße junge Leute mit einer geringen Ausbildung, die auch nicht mehr ausgebildet werden wollen – ich sage das einmal so frei –, die einfach nur arbeiten wollen. Wir haben Riesensprobleme, diese jungen Leute auf dem Arbeitsmarkt zu integrieren.

Das, was Edelgard gesagt hat, kann ich nur betonen. Es kann und darf nicht sein, dass junge Leute nicht wissen, was sie machen wollen. Hier müssen wir Perspektiven aufzeigen. Hier müssen wir sagen, was die jungen Leute von uns Sozialdemokraten zu erwarten haben.

Die Zukunftschancen sehe ich positiv. Matthias Platzeck hat es ja gesagt. Wir müssen sehen, dass wir Dinge bereitstellen, dass wir uns in das Gelingen verlieben, dass gerade Bildung einen sehr hohen Stellenwert hat. Aber wir müssen auch die konkrete Phase angehen und müssen den Menschen sagen, wie wir das finanzieren wollen. – Das war das, worauf ich das Hauptaugenmerk lenken wollte. Vielen Dank.

(Beifall)

Jens Bullerjahn, Tagungspräsidium: Schönen Dank. – Der sehr ehrenwerte Versuch von Bärbel, dafür zu sorgen, dass jetzt mehr Delegierte hier sind, ist leider nicht so geglückt. Ich will noch einmal sehr laut und deutlich darum bitten, doch jetzt an der Abstimmung zur Schatzmeisterin teilzunehmen.

Es gibt immer noch sehr viele Klagen der Delegierten, dass einige Kameramänner und -frauen leider den Vorgang der Stimmabgabe filmen. Ich möchte noch einmal darum bitten, das zu unterlassen. Das kann zu Anfechtungen führen. Ich glaube, das sollte keiner provozieren.

Ich rufe also den Wahlgang zur Schatzmeisterin auf. Es handelt sich um eine Einzelwahl gemäß § 7 Wahlordnung. Verfahren, Stimmzettel – das Gleiche wie bei der Wahl zum Generalsekretär.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass die Mandatsprüfungskommission 521 Stimmberechtigte festgestellt hat und 261 Stimmen für die erforderliche Mehrheit notwendig sind.

Ich bitte jetzt um die Austeilung der Stimmzettel.

Ich will noch darauf aufmerksam machen: Es handelt sich um die Kontrollmarke Nummer 4.

Fehlen noch irgendwo Stimmzettel? – Dann bitte ich darum, die Stimmzettel einzusammeln.

Hat jeder seinen Stimmzettel abgegeben? – Somit schließe ich den Wahlgang.

Wir fahren mit der Antragsberatung fort. Ich möchte aus der Erfahrung der letzten Wahlgänge darauf hinweisen, dass das Ergebnis in ungefähr 15 Minuten vorliegen wird. Wir werden dann die Wahl der Beisitzer anschließen. Ihr könnt euch vorstellen, dass dieser Wahlzettel etwas umfangreicher ist. Wir müssen ihn vor dieser Wahl etwas mehr erklären als die vorherigen Wahlzetteln.

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Wir fahren fort in der Antragsberatung zu dem Leitantrag Bildungspolitik. Es liegen dazu neun Wortmeldungen vor. Es wäre schön, wenn ihr auf die fünfminütige Redezeit achten würdet. Als Nächster ist Werner Blumeyer an der Reihe und danach Sascha Vogt.

Werner Blumeyer, Braunschweig: Liebe Genossinnen und Genossen! Als erster Redner aus dem Bezirk Braunschweig möchte ich zunächst Hubertus Heil, den wir zum Generalsekretär gewählt haben, ganz herzlich gratulieren.

Matthias Platzeck hat in das Protokoll des Parteitags die Formulierung geschrieben: Die SPD ist die Partei der Bildung. Wir wissen, das war in der Geschichte der Partei so und es bleibt so. Insoweit ist es gut, dass wir diesen Leitantrag Bildung haben, der umfassend versucht, über alle Bereiche unseres Bildungssystems sozialdemokratische Positionen zu formulieren. Aber dieser Leitantrag ist an vielen Stellen weitschweifig. Er weist Sprünge auf. Themen werden diskutiert und an anderen Stellen wieder aufgegriffen. Er hätte einige Präzisierungen verdient.

Beispiel Bildungsbegriff. Ich will nicht besonders betonen, dass es im Bereich Pädagogik Diskussionen über das gab, was Bildung ausmacht und was Bildung ist. Ich will aber sagen, dass Bildung bei Menschen zu finden ist, die mit ihren Einstellungen, Fertigkeiten und mit ihrem Wissen ihr Leben als mündige emanzipierte Bürger in sozialer Verantwortung gestalten können. Dazu gehört mehr als kulturelle Bildung, die im Text schwerpunktmäßig vorkommt. Ich meine schon, dass wir ein Mehr an mathematischer/naturwissenschaftlicher Bildung in allen Bereichen – vom Kindergarten über Schule bis zur Hochschule – uns wünschen sollten. Ich kann mir denken, dass das Entdecken kausaler Zusammenhänge im Kindergarten als Vorbereitung auf das naturwissenschaftliche Denken stärker eingeübt werden sollte. Dies entspringt auch der Auffassung, die uns August Bebel einmal ins Stammbuch geschrieben hat: „Wissen ist Macht.“

Ich habe mich auch deswegen zu Wort gemeldet, weil aus meiner Sicht in diesem umfassenden Papier eine wichtige Säule unseres Bildungssystems nicht erwähnt wird und weil ich meine, dass wir dazu Stellung nehmen müssen. Es fehlt nämlich eine Würdigung der Arbeit auf dem zweiten Bildungsweg, also der Arbeit von Kollegs und Abendgymnasien in diesem Land. Die Konzeption des zweiten Bildungswegs ist, jungen Erwachsenen nach ihrer Berufsausbildung und Berufstätigkeit einen Weg zur allgemeinen Hochschulreife zu eröffnen. Dieser Weg ist aktuell in Gefahr, zum Beispiel durch einen Bericht des Landesrechnungshofes in Niedersachsen. Es besteht nämlich die Forderung, die Kollegs zu schließen.

Wir sollten auf diesem Parteitag diesen zweiten Bildungsweg bekräftigen, einen Weg, der sozialdemokratischer Intention entspricht. Deswegen schlage ich vor – nach meiner Kenntnis der Geschäftsordnung muss ich das nicht als Initiativantrag einbringen, sondern kann es als Ergänzungsantrag formulieren –, dass auf Seite 133 unter 3. nach dem ersten Abschnitt etwas über diesen zweiten Bildungsweg eingefügt wird. Ich formuliere:

„Der zweite Bildungsweg für junge Erwachsene. Nach einer beruflichen Ausbildung und Berufstätigkeit an Kollegs und Abendgymnasien eine allgemeine Hochschulrei-

fe erlangen zu können, ist als fester Bestandteil unseres Bildungssystems aufrechtzuerhalten.“ Ich bitte euch um Unterstützung. – Vielen Dank.

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das Wort hat Sascha Vogt und danach Jörg Tauss.

Sascha Vogt, Jusos: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Im Antrag steht geschrieben: Bildung ist die soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Matthias Platzeck hat heute Morgen betont, dass es unsere Aufgabe als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist, für Gerechtigkeit und für Chancengleichheit zu sorgen. Ich denke, damit ist auch gemeint, dass sich das entsprechend in der Bildungspolitik wieder finden muss. Es ist auch hier unsere Aufgabe – Edelgard Bulmahn hat darauf hingewiesen –, für Chancengleichheit zu sorgen.

Ich halte es deshalb für gut und für richtig, dass wir uns an dieser Stelle mit den Grundsätzen unserer Bildungspolitik beschäftigen, dass wir versuchen, gemeinsam einen Konsens zu erzielen, wie wir Chancengleichheit tatsächlich auch über Bildungspolitik verwirklichen wollen. Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund der nun zu erwartenden Reformen der föderalen Strukturen, im Zuge derer dem Bund immer weniger Kompetenzen zustehen und wir sicherlich über die Länder ein koordiniertes Vorgehen brauchen.

Ein zentraler Punkt der Analyse dieses Antrags – auch darauf ist Edelgard Bulmahn eingegangen – ist die himmelschreiende Ungerechtigkeit und Chancenungleichheit, die wir derzeit im deutschen Bildungssystem vorfinden. Diese Analyse teile ich ausdrücklich. Ich glaube, es ist deswegen auch gut und richtig, dass wir uns überlegen, wie wir damit umgehen. Wir haben in den vergangenen Jahren einige wichtige Schritte in die richtige Richtung gemacht – Thema Ganztagschulprogramm, Thema BAföG-Reform. Das waren Schritte in die richtige Richtung. Ich glaube, in diesem vorliegenden Antrag sind einige weitere wichtige Schritte vorhanden.

Der vorliegende Antrag ist aber in vielen Punkten nicht hinreichend konkret. Da hätte ich mir an einigen Stellen durchaus weitergehende Forderungen gewünscht. Ich will das an einzelnen Beispielen deutlich machen. Nehmen wir das Thema vorschulische oder frühkindliche Bildung. Im Entwurf des Antrags steht geschrieben, dass wir das letzte Kindergartenjahr gebührenfrei gestalten wollen. Ich finde es gut, dass die Antragskommission dem Änderungsantrag zugestimmt hat, dass man natürlich perspektivisch die gesamte Kindergartenzeit gebührenfrei gestalten sollte. Ich denke, das ist eine langfristige Perspektive, die man da aufmachen kann. Natürlich kann man dies nicht kurzfristig umsetzen. Aber wir müssen Perspektiven über die nächsten ein bis zwei Jahre hinaus aufzeigen.

Im Schulbereich wird an einigen Punkten betont, dass längere gemeinsame Lernphasen durchaus dazu beitragen können, die hohe soziale Selektivität des deutschen Bildungs-

systems abzubauen. Obwohl man das feststellt, fehlt mir allerdings die Konkretisierung in der Forderung, tatsächlich gemeinsame längere Lernphasen im Schulbereich zu verwirklichen. Man könnte ja in diesem Zusammenhang an die Gesamtschule denken.

Nächstes Beispiel ist das Thema Durchlässigkeit. Im Koalitionsvertrag, den wir gestern verabschiedet haben, steht drin, dass man grundsätzlich eine Öffnung des Hochschulzugangs möchte für Leute, die eine abgeschlossene Berufsausbildung haben. Im vorliegenden Antrag wird das eingeschränkt. Da steht nur etwas von einem fachbezogenen Zugang. Da würde ich mir wünschen, dass man deutlich macht: Natürlich geht es grundsätzlich darum, den Hochschulzugang zu öffnen; denn es ist erwiesenermaßen so, dass wir mehr Akademikerinnen und Akademiker brauchen.

Im Hochschulbereich ist es natürlich gut und richtig, dass man sagt: Wir wollen Studiengebühren nicht nach dem ersten Semester. Ich halte aber mit Verlaub das Instrument der Studienkonten, um das sicherzustellen, für kein sinnvolles Instrument. Das möchte ich hier betonen.

(Vereinzelt Beifall)

Es wird immer argumentiert, dass mit Studienkonten Studiengebühren verhindert werden. Aus meiner Sicht sind Studienkonten aber nichts anderes als Langzeitstudiengebühren, die halt nicht die Studierenden ab dem ersten Semester betreffen, aber irgendwann im Laufe ihres Studiums treffen können. Maßgeblich trifft es diejenigen, die zum Beispiel neben dem Studium erwerbstätig sein müssen, um sich das Studium finanzieren zu können. Eine sinnvolle Antwort auf zu lange Studienzeiten wäre es, die Rahmenbedingungen zu verbessern und zu sagen: Wir ermöglichen es allen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich könnte noch weitere Punkte aufzählen. Aber ich wollte an diesen vier Beispielen deutlich machen, dass der vorliegende Antrag in vielen Punkten zwar durchaus in die richtige Richtung geht, dass wir aber in den nächsten Jahren noch weitere Auseinandersetzungen brauchen und an einigen Punkten noch eine Schippe drauflegen können. – Vielen Dank.

(Beifall)

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Das Wort hat nun Jörg Tauss und danach Ute Erdsiek-Rave.

Jörg Tauss, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Zunächst will ich an dieser Stelle ganz herzlich Dank sagen, wahrscheinlich im Namen aller Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitiker hier im Saal, für die Art und Weise, wie Matthias Platzeck heute Morgen das Thema Bildung von seiner Seite angesprochen hat.

(Beifall)

Lieber Matthias, wenn das die bildungspolitische Ausrichtung dieser Partei wird, dann werden wir künftig wieder stärker als eine Partei der Bildungspolitik wahrgenommen werden. Das wäre wirklich toll.

Dieser Antrag ist in einer, wie ich finde, sehr guten Kooperation zwischen Bundes- und Landespolitiker entstanden. Natürlich wurde auch der eine oder andere Kompromiss vereinbart. Ich will dabei gar nicht den Konflikt in Sachen Studienkonten, den wir wirklich hinreichend diskutiert haben, vertiefen. Nur, Genossinnen und Genossen, dieser Antrag besagt ganz deutlich: Das Erststudium bleibt gebührenfrei. Diese klare Aussage über die SPD wird uns auch bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz, in Baden-Württemberg und in Sachsen-Anhalt weiterführen. Was die Studienkonten angeht, so sollten wir wirklich die Kirche im Dorf lassen. In fast allen Bundesländern wurden bereits Gebühren für Langzeitstudenten eingeführt. Das hat damit überhaupt nichts zu tun.

Kurt Beck schaut mich ja immer schon kritisch an, wenn ich nur anfangs, zum Thema Bildung zu reden. Dabei finde ich das, was in Rheinland-Pfalz vereinbart wurde, gut. Dieses Modell regelt nämlich auch die Finanzierung für die Hochschulen und die Universitäten. Insofern haben die Hochschulen wirklich die Chance, mehr Geld zu bekommen, wenn sie interessanter für die Studierenden werden. Sie werden die Studierenden dann nicht als Last empfinden, sondern sich um sie bemühen. Das ist doch eine tolle Situation. Schaut euch dieses Modell, das wir in Rheinland-Pfalz und anderswo bereits probieren, noch einmal an. Ich halte das für die richtige Alternative zu dem, was die Konservativen wollen.

Genossinnen und Genossen, Finanzierung ist ein wichtiger Punkt, aber bis jetzt ist kaum darüber geredet worden. In diesem Antrag steht klar drin – ich hoffe, dass dies dann auch zu praktischen Konsequenzen in unserer Politik führt –: Priorität allen staatlichen Handelns hat die Bildungs-, Wissenschaft- und Forschungspolitik. Insofern hoffe ich, dass wir entsprechende Umschichtungen vorzunehmen bereit sind.

Im Zuge der Beratungen der Föderalismusreform behandeln wir die Artikel des Grundgesetzes ja fast schon wie einen Abreißkalender. Insofern wäre es schon interessant, wenn man fragen würde, ob man nicht auch an Art. 115 GG herangehen sollte. Bis jetzt nämlich sind Investitionen in Bildung und Forschung schlechte Investitionen. Im Grunde sind sie sogar maastrichtfeindlich, da sie für diesen Vertrag – im Gegensatz zu Investitionen in Beton – nicht auf die Investitionsquote angerechnet werden. Wenn wir hier etwas tun würden, wäre das auch Bund und Ländern ein Stück weit bei den Haushaltsproblemen behilflich.

10 Prozent der Schülerinnen und Schüler in Deutschland sind – Matthias hat auch das gesagt – ohne Schulabschluss. Dies sind, auch im internationalen Vergleich, viel zu viele. Auch hier sollten wir die Chance eines Zusammenwirkens von Bund und

Ländern nutzen. Denn diejenigen, die ohne Abschluss von den Schulen der Länder abgehen, werden anschließend dem Bund vor die Haustüre gekippt. Mit dem Instrument der zweiten Chance müssen sie deshalb die Möglichkeit haben, Entsprechendes nachzuholen.

Last but not least eine herzliche Bitte: Auf Seite 133 Ziffer 19 des Antrages steht, der Hochschulzugang solle den Leuten ohne Abitur fachbezogen ermöglicht werden. Ich hätte die herzliche Bitte, das Wort „fachbezogen“ zu streichen. Zwischenzeitlich gibt es Bundesländer, die hier ein Stück vorankommen. Da wir jetzt in einer großen Koalition mit der CDU sind, kann man ja mal etwas Freundliches in Richtung unseres Koalitionspartners sagen: Erwin Teufel, unser langjähriger Ministerpräsident hier in Baden-Württemberg, hat in Bayern ein Studium der Philosophie begonnen. Ich finde es toll, dass nicht nur das Abitur eines 19-Jährigen zählt, sondern auch die Lebensleistung eines ausgewachsenen Ministerpräsidenten. Kurt, ich weiß nicht, was du studieren willst, aber auf jeden Fall gibt es auch hier etliche Chancen. Würde das Wort „fachbezogen“ ins Gesetz kommen, könnte Erwin Teufel in Bayern nicht Philosophie studieren. Wir aber wollen ihm und anderen ein solches Studium ermöglichen. Deswegen die herzliche Bitte an die Antragskommission, an dieser Stelle das Wort „fachbezogen“ zu streichen.

Dieser Vorschlag ist abgestimmt mit den Juso-Hochschulgruppen. Ihr merkt: Trotz mancher Differenz bei anderen Punkten – Beispiel Studienkonten – können wir hier sehr gut miteinander kooperieren. Wenn diese Form der Kooperation auch auf andere Bereiche ausgedehnt werden kann, beispielsweise von Bund und Ländern, werden wir bildungs-, forschungs- und wissenschaftspolitisch in deinem Geist, Matthias, gut vorankommen werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Jens Bullerjahn, Tagungspräsidium: Schönen Dank. Wir unterbrechen die Antragsberatung, da das Ergebnis zur Wahl der Schatzmeisterin vorliegt.

Wahl der Schatzmeisterin

Krimhild Fischer, Zählkommission: Wir haben gezählt und haben ein Ergebnis. Es gab 448 abgegebene Stimmen. Davon waren vier Stimmen ungültig, es gibt also 444 gültige Stimmen. Mit Ja haben gestimmt 339 Delegierte; das sind 76,4 Prozent. 87 haben mit Nein gestimmt und es gab 18 Enthaltungen. Damit ist Inge Wettig-Danielmeier alte und neue Schatzmeisterin.

(Beifall – Glückwünsche)

Jens Bullerjahn, Tagungspräsidium: Inge, darf ich auch dir die Frage stellen, die ich schon vielen anderen gestellt habe: Nimmst du die Wahl an?

Inge Wettig-Danielmeier, Schatzmeisterin: Ja, ich nehme das Amt an!

Jens Bullerjahn, Tagungspräsidium: Sie nimmt das Amt an.

Damit übergebe ich das Wort an Kurt zur Wahl der Beisitzer.

Kurt Beck, Parteivorstand: Herzlichen Glückwunsch noch einmal an Inge! – Jetzt kommen wir, liebe Genossinnen und Genossen, zur Wahl der weiteren Mitglieder des Parteivorstands. Dazu bedarf es einiger Feststellungen.

Erstens: Nach § 23 Abs. 1 Satz 1 des Organisationsstatuts unserer Partei setzt der Parteitag die Zahl der weiteren Mitglieder fest. Das Sitzungspräsidium empfiehlt euch, wie in der Vergangenheit 37 Beisitzerinnen und Beisitzer zu wählen. Ich lasse darüber zunächst abstimmen. Gibt es den Wunsch, eine andere Zahl festzusetzen? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass wir bei der bisherigen Zahl von 37 Beisitzerinnen und Beisitzern bleiben. Wird dem widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen.

Zweitens: Bei einer Gesamtgröße des Vorstands von 45 Mitgliedern – die bisher Gewählten zählen ja zu den Beisitzern dazu – beträgt der Mindestanteil für beiderlei Geschlecht 18 Mitglieder. Das wird festzustellen und einzuhalten sein.

Drittens: Im ersten Wahlgang ist gemäß § 23 Abs. 5 des Organisationsstatuts nur gewählt, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der Stimmberechtigten erhalten hat. Wir haben 521 Delegierte. Damit ist im ersten Wahlgang die Mehrheit von 261 Stimmen erforderlich.

Viertens: Bei der Wahl der Beisitzerinnen und Beisitzer handelt es sich um eine Listenwahl nach § 8 Wahlordnung, also um ein anderes Verfahren als bei den bis dahin abgewickelten Wahlgängen. Die Stimmzettel sind nur gültig – bitte achtet darauf –, wenn höchstens so viele Kandidatinnen und Kandidaten angekreuzt werden,

wie insgesamt zu wählen sind, also 37, und mindestens die Hälfte der Zahl der zu Wählenden aus der Vorschlagsliste, also 19.

Fünftens: Neinstimmen und Enthaltungen genereller Art machen den Stimmzettel ungültig.

Sechstens: Nach § 11 Abs. 1 Organisationsstatut muss der Parteivorstand insgesamt quotiert sein. Die bereits gewählten Präsidiumsmitglieder werden nach ihrem jeweiligen Geschlecht auf die Gesamtquote angerechnet.

Jetzt zum ersten Wahlgang. Wenn die Stimmzettel verteilt sind, bitte ich euch, die Wahlkarte Nr. 5 zu verwenden; ich sage das gleich noch einmal zur Erinnerung. Bei der Listenwahl sind die Kandidatinnen und Kandidaten mit absoluter Mehrheit gewählt, soweit die Quotenvorgabe erfüllt wird. Wird die Quote nicht erfüllt, so sind im ersten Wahlgang die Kandidatinnen und Kandidaten des überrepräsentierten Geschlechts in der Reihenfolge der Stimmabgabe bis zur Höchstquote von 60 Prozent gewählt, die Kandidatinnen und Kandidaten des unterrepräsentierten Geschlechts nur, insoweit sie mindestens die gleichen Stimmenzahlen erreichen wie der oder die erste nicht Gewählte der anderen Gruppe. – Also: ganz einfach!

(Heiterkeit)

Aber da, liebe Genossinnen und Genossen, könnt ihr euch auf die Zählkommission verlassen. Wenn ihr erlaubt, will ich noch einen Hinweis geben – nachdem dieser Parteitag so toll gelaufen ist, sollte er mit bedacht werden –: Hier gilt der gleiche Rat wie der an einen Wirt, der mehr Bier verkaufen will. Die Gläser sollen voll sein. Wenn wir nach diesem Prinzip versuchen, unser Stimmenkontingent möglichst vollständig zu vergeben, ist die Chance, dass im ersten Wahlgang möglichst viele der Kandidatinnen und Kandidaten gewählt werden, recht groß. Vielleicht beherzt ihr diesen Rat, auch wenn ihr selbstverständlich frei in eurer Entscheidung seid.

Ich frage jetzt zunächst, ob zu dem vorgetragenen Verfahren das Wort gewünscht wird, ob Fragen bestehen, Einwendungen erhoben werden? – Das ist nicht der Fall.

Ursprünglich gab es den Vorschlag, dass sich Kandidatinnen und Kandidaten persönlich vorstellen sollten. Dieser ist zurückgezogen worden. Ich möchte euch deshalb darauf hinweisen, dass wir eine Zusammenstellung verteilt haben, auf der jeweils die Vita der Kandidatinnen und Kandidaten abgedruckt ist. So könnt ihr also zur Person etwas nachlesen.

Weil es ja Vorschläge gab, die teilweise revidiert worden sind, möchte ich euch noch einmal in alphabetischer Form den jetzigen Stand der Kandidatinnen und Kandidaten bekannt geben: Detlev Albers, Niels Annen, Till Backhaus, Ute Berg, Kurt Bodewig, Björn Böhning, Jens Bullerjahn, Edelgard Bulmahn, Ulla Burchardt, Marion Caspers-

Merk, Jochen Dieckmann, Erika Drecoll, Garrelt Duin, Ursula Engelen-Kefer, Birgit Fischer, Sigmar Gabriel, Kerstin Griese, Gernot Grumbach, Barbara Hendricks, Karin Junker, Wolfgang Jüttner, Susanne Kastner, Hannelore Kraft, Christian Lange, Heiko Maas, Franz Maget, Ulrich Maly, Christoph Matschie, Hilde Mattheis, Andrea Nahles, Joachim Poß, Manfred Schaub, Hermann Scheer, Olaf Scholz, Ottmar Schreiner, Martin Schulz, Angelica Schwall-Düren, Ralf Stegner, Ludwig Stiegler, Rolf Stöckel, Peter Struck, Wolfgang Thierse, Wolfgang Tiefensee, Andrea Ypsilanti.

Genossinnen und Genossen, ich erinnere noch einmal daran, dass insgesamt 37 Kandidatinnen und Kandidaten zu wählen sind. Mindestens 19 Stimmen müssen abgegeben werden. Bitte denkt daran, dass diejenigen, die hinten im Alphabet stehen, die gleichen Chancen haben sollten, eurer fairen Beurteilung zu unterliegen, wie diejenigen, die vorne stehen.

Wird jetzt noch das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich, die Stimmzettel auszuteilen. – Denkt daran, bevor ein falsches Märkchen draufgeklebt wird: Es muss die Wahlmarke Nummer 5 sein! Es dürfen höchstens 37, aber müssen mindestens 19 gewählt werden.

Hat jemand noch keinen Stimmzettel bekommen? Der hebe bitte einmal die Hand hoch! –

Jetzt haben alle einen Stimmzettel. Ich eröffne damit den Wahlgang. – Bitte denkt daran: Marke Nummer 5, 37 höchstens, 19 mindestens! –

Ich sehe einige noch sorgfältig arbeiten. Wir warten dann noch einen Moment mit dem Einsammeln. –

Es wurde noch einmal nach dem Märkchen gefragt: die Nummer 5!

Können wir mit dem Einsammeln beginnen? – Nein, dann warten wir noch einen Moment. – Jetzt bitte ich mit dem Einsammeln zu beginnen. –

Zeigt ihr bitte an, wenn ihr noch Stimmzettel habt! –

Darf ich noch einmal fragen: Sind irgendwo noch Stimmzettel abzugeben? –

Darf ich feststellen, dass jetzt alle Stimmzettel eingesammelt sind, oder erhebt sich Widerspruch? – Ein Stimmzettel ist noch einzusammeln. So viel Geduld haben wir jetzt noch. – Und ihr wisst, wie das ist: Wer zur dritten Stunde in den Weinberg des Herrn kommt, bekommt noch den gleichen Lohn. – Also, wir warten noch ein bisschen.

Liebe Genossinnen und Genossen, jetzt sind alle Stimmzettel eingesammelt, und damit ist der Wahlgang geschlossen. Ich bitte auszuzählen. – Vielen Dank.

Ich gebe an Bärbel Dieckmann zur Antragsberatung.

Fortsetzung der Antragsberatung Bildungspolitik

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Wir setzen die Antragsberatung zum Thema Bildung fort. Das Wort hat Ute Erdsiek-Rave. Danach kommt Adelheid Rupp aus Bayern.

Ute Erdsiek-Rave, Schleswig-Holstein: Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Thilo Braune, falls du mich jetzt hörst: Es redet nun eine von den Wenigen, die noch sozialdemokratische Bildungspolitik in den Ländern verantwortet.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben gestern in einem sehr abstrakten Sinn auch über Bildung gesprochen, nämlich über die Kompetenzen von Bund und Ländern, wo wir uns angewöhnt haben, vom Wettbewerbsföderalismus zu sprechen.

Dazu sage ich als Bildungsministerin eines kleinen, aber – wie ich finde – feinen Bundeslandes, nämlich Schleswig-Holstein noch einmal: Nichts gegen gute und eigenständige Konzepte in den Bundesländern! Aber es kann und darf doch nicht nur so sein, dass jeder sozialdemokratische Bildungspolitiker es in jedem Bundesland irgendwie anders oder auch besser macht als die konservativen Kollegen. Nein, es geht doch darum, dass wir mit sozialdemokratischer Bildungspolitik im Bund und in den Ländern erkennbar sind.

(Beifall)

Es muss doch einen starken roten Faden in unserer Bildungspolitik geben. Der erschöpft sich eben nicht in Standards und Post-Pisa-Maßnahmen im freundlichen Einvernehmen aller Kultusminister.

Es muss mehr sein als Zentralabitur, als Schulzeitverkürzung oder als Bologna-Prozess. Es muss um einen Aufbruch für mehr soziale Gerechtigkeit auch in unserem Bildungssystem gehen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Aber wenn das kein leeres Versprechen und keine hohle Phrase bleiben soll, müssen Weichen neu gestellt werden. Dann müssen wir auch die Auseinandersetzung mit denen suchen, die immer noch die Privilegien verteidigen; also zum Beispiel mit denen, die immer noch das dreigliedrige Schulsystem, diese unsägliche anachronistische, viel zu frühe Verteilung von Bildungschancen, wie die Heilige Dreifaltigkeit verteidigen.

(Beifall)

Zu dieser Auseinandersetzung braucht man Mut. Aber ich sage euch: Es gibt mehr und mehr gesellschaftliche Unterstützung dafür. Das müssen wir nutzen.

Gewiss, in Sachen Bildungsbeteiligung hat sich seit dem Bildungsboom der 60er und 70er Jahre vieles zum Positiven verändert. Aber es ist und bleibt die größte Hiobsbotschaft, dass es uns nicht gelingt, jungen Menschen aus so genannten bildungsfernen Schichten über Bildung zum sozialen Aufstieg zu verhelfen. Vielmehr ist weithin das Gegenteil der Fall. Wir nennen sie eine Risikogruppe. Das sind Zehntausende von jungen Menschen, die keine Bildungschancen haben. Mittlerweile sind es übrigens mehr Jungen als Mädchen.

Das Sorgenkind der Bildungspolitik ist nicht mehr das katholische Mädchen vom Lande in Bayern, sondern das ist der türkische Großstadtjunge, der perspektivlos ist, der sich nicht gebraucht fühlt, dessen Begabungen und Talente nicht erkannt und gefördert werden.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich kann es nicht akzeptieren, dass Bildungserfolg in einem demokratischen Land so erheblich an Herkunft und Einkommen gekoppelt ist

(Beifall)

und dass wir eine Akademikerschicht bekommen oder schon haben, die sich weitgehend aus sich selbst rekrutiert. Auch deswegen ist es wichtig, den Hochschulzugang weiter zu öffnen – übrigens nicht fachbezogen, sondern für alle, die einen Meisterbrief in der Tasche haben. Wir können doch mit unserem Antrag jetzt nicht hinter den Koalitionsvertrag zurückfallen!

(Beifall)

Was ist also zu tun? – Wir haben in einem langen Diskussionsprozess dieses Papier, diesen Leitantrag erarbeitet. Aber Anträge sind noch keine Politik, liebe Genossinnen und Genossen. Wir müssen für unsere Konzepte werben. Ich finde auch, wir müssen weiter gehen als mit dem, was wir da zu Papier gebracht haben.

Wir müssen Bündnispartner für die Idee einer Schule für alle suchen, einer Gemeinschaftsschule in der Sekundarstufe I, die für die Kinder da ist und nicht diejenigen aussortiert, die nicht hineinpassen.

Wir wollen und wir werden das in Schleswig-Holstein vormachen; das ist versprochen. Das wird in der politischen Konstellation einer großen Koalition allerdings länger dauern, weil das die konservative Seite nur duldet und natürlich nicht fördert. Aber sie täuschen sich, wenn sie glauben, dass diese Idee nicht Schule machen wird. Mancher christdemokratische Kommunalpolitiker denkt darüber übrigens inzwischen viel pragmatischer, als die da oben sich das manchmal vorstellen können.

Ich verspreche euch: Wir werden an dieser Idee weiterarbeiten. Wir werden dafür werben, und wir werden das umsetzen. Ich bin sicher, wir werden dafür mehr und mehr Unterstützung finden.

Ich weiß sehr wohl, dass dies kein Patentrezept für alle Probleme ist. Aber es ist nach der Einführung der gemeinsamen Grundschule, die nun fast 100 Jahre her ist, ein längst überfälliger Schritt.

(Beifall)

Ich will all denjenigen, die jetzt ihr Programm für die Landtagswahlen der nächsten Jahre schreiben, ausdrücklich Mut machen: Habt keine Angst vor klaren Bildungskonzepten in Wahlkämpfen! Die Menschen erwarten von uns, dass wir sagen, wie wir das Ziel vergrößerter Chancengleichheit erreichen wollen.

(Beifall)

Die Menschen erwarten klare Konzepte von uns. Also legt nicht zu den Akten, was wir hier beschließen, sondern macht euch an die Arbeit – mutig und konsequent, damit wieder mehr sozialdemokratische Bildungspolitik in den Ländern und im Bund gemacht werden kann! – Vielen Dank.

(Beifall)

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Das Wort hat Adelheid Rupp. Dann folgt Sebastian Roloff.

Adelheid Rupp, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen, ich denke, uns liegt ein hervorragender Bildungsantrag vor, allerdings mit einer großen Schwäche. Aus meiner Sicht haben wir eine Schwäche an einem Punkt, wo es sich gerade die Sozialdemokratie nicht leisten kann, und zwar bei der Frage der Studienkonten.

Lieber Jörg Tauss, ich fand deine Ausführungen gut – bis auf den Punkt der Studienkonten. Du sagst, das Erststudium bleibt gebührenfrei. Gerade das ist mit den Studienkonten aber nicht der Fall.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben ein Punktesystem, und wenn diese Punkte aufgebraucht sind – das ist je nach Land unterschiedlich geregelt, im einen Land großzügiger, im anderen Land enger –, heißt es für diejenigen, die zu lange studieren, Studiengebühren zu bezahlen, und zwar bis zu 500 Euro im Semester.

Das sind diejenigen, die arbeiten müssen, die Kindererziehung leisten müssen und die Betreuung leisten müssen. Das sind aber auch diejenigen, die unter der schlechten Ausstattung unserer Hochschulen leiden, weil Hauptseminare eben nicht so angeboten werden, dass sie zügig besucht werden können. Manchmal muss man eben auch drei oder vier Semester warten.

Wenn wir diese Studienkonten so stehen lassen, dann schreiben wir in der Konsequenz in diesem Antrag: Das Erststudium ist gebührenfrei, Grundlage dafür sind Stu-

diengebühren. – Ich denke, es würde der Sozialdemokratie und diesem Parteitag sehr gut zu Gesicht stehen, wenn sie in diesem Punkt dem Antrag, der nachher nochmals von den Jusos vorgestellt wird, folgen würde.

Ich glaube, dass wir uns intensiver mit der Hochschulfinanzierung insgesamt beschäftigen müssen. Unsere Hochschulen sind nach wie vor unterfinanziert. Ich möchte das nur noch einmal an einem Beispiel klarstellen: Die USA, die ja hohe Studiengebühren erheben, leisten sich im Durchschnitt eine höhere Hochschulfinanzierung als unser Land. Dort wird mehr vom Bruttoinlandsprodukt in die Hochschulfinanzierung gesteckt. Wir leiden immer noch unter dem Problem, dass hier schlicht zu wenig getan wird.

Wie sich drohende Kostensteigerungen auf die Hochschulen auswirken, kann man bereits in diesem Wintersemester sehen: 5,5 Prozent Studierende weniger haben angefangen und über 20 Prozent begründen die Nichtaufnahme eines Studiums damit, dass sie diesen Belastungen nicht gewachsen sind. Jetzt mag vielen von uns, einer Generation, die ohne Studiengebühren, ohne Regelstudienzeiten und ohne Zwangsexmatrikulation studiert hat, diese Belastung relativ gering vorkommen. Man muss davon ausgehen, dass Studierende 600 Euro im Monat brauchen. Auf das Jahr gerechnet macht das 7.200 Euro. Wenn man die 1.000 Euro im Jahr ins Verhältnis setzt, dann erkennt man, dass wir die Eltern oder die Studierenden mit 14 Prozent mehr belasten. Ich denke, das ist für uns nicht zulässig.

(Beifall)

Wir haben manchmal schon Probleme, wenn es um die Reichensteuer in Höhe von 3 Prozent geht. Hier wollen wir 14 Prozent von denjenigen verlangen, die es definitiv nicht haben und die zu einem großen Teil arbeiten müssen, um das zu finanzieren. Ich denke, auch unserer Generation, die unter ganz anderen und besseren Bedingungen studiert hat, stünde es gut an, zu sagen: Da müssen wir mehr leisten – und nicht diejenigen, die zukünftig in diesem Land für einen gesellschaftlichen Fortschritt und für ein Fortkommen dieser Gesellschaft zuständig sind.

Deswegen: Lasst uns an diesem Punkt konsequent bleiben. Ich finde, Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Lasst uns den Juso-Antrag unterstützen. – Danke.

(Beifall)

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Das Wort hat Sebastian Roloff. Es folgt Verena Schlecht.

Sebastian Roloff, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin der Adelheid für ihre Ausführungen zum Thema Studienkonten in dem ansonsten sehr guten Antrag B 1 sehr dankbar.

Als Vorsitzender eines studentischen Konvents, nämlich dem an der Universität Regensburg, bin ich täglich mit diesen Problematiken befasst. Wir haben in Bayern einen Wissenschaftsminister, Thomas Goppel, der jetzt 500 Euro Studiengebühren pro Semester plant. Er meint, diese Mehrbelastung von 100 Euro pro Monat – wenn man die Verwaltungsgebühren und so weiter dazurechnet – seien ganz einfach über zwei Nachhilfestunden und mit wenig Aufwand reinzuholen. Dass das völlig realitätsfern ist, dürfte, so glaube ich, klar sein.

(Beifall)

Die SPD hat in ihrer Geschichte immer versucht, eben auch breiteren Schichten den Zugang zu einer höheren Bildung zu ermöglichen. Von diesem Weg sollten wir nicht abweichen. Genau deswegen möchte ich auch noch einmal der Edelgard danken, die sich, nachdem das Bundesverfassungsgericht die letzte Novelle des Hochschulrahmengesetzes leider kassiert hatte, immer weiter gegen Studiengebühren eingesetzt hat. Das war eine sehr angenehme Debatte – auch mit Studierenden und Betroffenen vor Ort. Man konnte wirklich klar sagen: In den Ländern, in denen die SPD mitregiert, gibt es keine Studiengebühren. So muss es auch in Zukunft bleiben.

(Beifall)

Deswegen möchte ich den von der Adelheid schon angesprochenen Antrag kurz einbringen, von dem ich nicht weiß, ob er schriftlich vorliegt. Er ist ganz kurz und wird zu B 1 auf Seite 138 gestellt. Wir beantragen, die Zeilen 53 bis 56 zu streichen und durch den Satz „Die SPD spricht sich für ein gebührenfreies Studium aus“ zu ersetzen; denn, liebe Genossinnen und Genossen, Studienkonten sind kein Weg.

(Beifall)

Wir dürfen nicht zulassen, dass man durch diese Hintertür Studiengebühren einführt. Dafür muss die SPD stehen. Man sagt ja immer: Wofür eine Partei – zum Beispiel die SPD – steht, merkt man daran, was man hört, wenn man die Menschen nachts wachrüttelt – das ist ein blödes Beispiel – und danach fragt. Einer der Punkte, die dann genannt werden, muss das Ablehnen von Studiengebühren sein. Deswegen bitte ich euch inständig um die Zustimmung zu dem Antrag. – Danke schön.

(Beifall)

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Verena Schlecht. Es folgt Dennis Rhode.

Verena Schlecht, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen! Im vergangenen Jahr waren bundesweit Zehntausende Studenten auf den Straßen und haben gegen Studiengebühren demonstriert. Bei diesen Protesten ging es allerdings nicht nur um Studiengebühren.

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass es im Bildungssystem mehr Chancengleichheit gibt. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass auch der Kindergarten gebührenfrei wird. Es ging darum, eine bessere Schule zu organisieren. Es ging darum, unser Bildungssystem allgemein zu verbessern.

Ein wichtiges Thema dieser Diskussionen, die im Rahmen dieser Demonstrationen und Kundgebungen stattgefunden haben, waren die Langzeitstudiengebühren. Bildungskredite sind in unseren Augen nichts anderes als eben diese Langzeitstudiengebühren.

(Beifall)

Egal, welche Ausstattung diese Bildungskredite haben – ob die Regelung nun besagt, dass den Studierenden eine bestimmte Anzahl von Semestern, die sie studieren dürfen, oder eine bestimmte Anzahl von Semesterwochenstunden, die sie im Laufe ihres Studiums verwenden dürfen, zur Verfügung stehen: Beide Male ist es eine Form von Langzeitstudiengebühren.

Wenn man davon ausgeht, dass Studienkredite in der Form eingeführt werden, dass es nach der Anzahl der Semester geht, so trifft dies im Regelfall vor allem die Studierenden mit Kind und die Studierenden, die neben ihrem Studium arbeiten müssen. Wenn es darum geht, Studienkredite dadurch einzuführen, dass man die Anzahl der Semesterwochenstunden beschränkt, die einem Studenten während seines Studiums zur Verfügung stehen, dann wird dies dazu führen, dass wirklich nur noch die Fächer belegt werden, die belegt werden müssen. Es werden nur noch die Seminare belegt, die ein Student zum Erreichen seines Diploms oder seines Magisters – neuerdings: Bachelors und Masters – wirklich benötigt. Ein VWL-Student wird nur noch VWL studieren, ein Lehramtsstudent wird nur noch Lehramt studieren. Man wird nichts mehr von anderen mitbekommen. Die Interdisziplinarität, die bei den Studiengängen immer gefördert wird und die auch viele Studenten anstreben, wird vollends auf der Strecke bleiben.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich forderte euch auf, dem Antrag der Jusos zuzustimmen und den Studierenden der letzten Jahre nicht dadurch in den Rücken zu fallen, dass die SPD auf diesem Bundesparteitag Langzeitstudiengebühren befürwortet. – Ich danke euch.

(Beifall)

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Dennis Rohde hat das Wort – und danach Walter Meinhold.

Dennis Rohde, Weser-Ems: Liebe Genossinnen und Genossen! Bildung ist unser höchstes Gut. Das weiß man ganz besonders zu schätzen, wenn man eine Landesre-

gierung hat, die von dieser Politik keine Ahnung hat. Ich bin Schüler in Niedersachsen und wir haben eine schwarz-gelbe Landesregierung, die die Schüler immer nur fordert ohne sie zu fördern; eine Landesregierung, die die Schüler durch ihre Politik zu Ganztagschülern macht, sie allerdings nicht in Ganztagschulen unterrichten lässt; eine Regierung, die nach vier Jahren selektiert, ohne den Schülern die Chance zur Integration zu geben; und eine Regierung, die von Gerechtigkeit redet, aber Lernmittelgebühren genauso einführt wie Studiengebühren. Ich glaube, ich spreche für uns alle, wenn ich sage: Das alles ist eine Bildungspolitik, die wir Sozialdemokraten nicht wollen.

(Beifall)

Wir wollen eine Politik, die keine Studiengebühren vertritt, weil sie genauso ungerecht sind wie die frühe Selektion in den Schulen. Wir Schüler wollen, dass man mit uns und nicht immer nur über uns spricht.

Wenn wir schon zu Ganztagschülern gemacht werden, dann möchten wir auch in einer Ganztagschule unterrichtet werden. Liebe Edelgard, ich möchte dir daher danken, dass du mit dem Förderprogramm der Bundesregierung vielen Schülern die Chance gegeben hast, in einer Ganztagschule unterrichtet zu werden. Noch einmal vielen Dank dafür.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, jetzt gilt es, weiterzumachen. Wir müssen alles dafür tun, dass wir unseren jetzigen PISA-Titel – wir sind das Land mit der größten sozialen Ungerechtigkeit – möglichst schnell wieder abgeben. Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns ein möglichst bundesweites Bildungssystem schaffen, das allen Chancen bietet. Ich möchte betonen, dass es allen die gleichen Chancen bieten muss.

Der Leitantrag, der euch vorliegt, geht in die richtige Richtung. Ich möchte euch daher um Zustimmung bitten. – Danke.

(Beifall)

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Das Wort hat Walter Meinhold. Es folgt Jochen Ott.

Walter Meinhold, Niedersachsen: Liebe Genossinnen und Genossen! Ihr werdet sehr wahrscheinlich verstehen, dass ich als Vorsitzender der Hannoverschen SPD nicht gerade darüber erfreut bin, dass Edelgard dem neuen Kabinett nicht angehören wird. Deshalb möchte ich ihr an dieser Stelle noch einmal ganz ausdrücklich für das, was sie geleistet hat, danken.

(Beifall)

Ich möchte das an zwei Dingen deutlich machen. Ich habe in der Zeit als Vorsitzender zweimal am Bundestagswahlkampf teilnehmen dürfen, den Edelgard geführt hat. Sowohl 2002 als auch in dem viel schwierigeren Jahr 2005 hat Edelgard den Möchtegern-Außenminister Friedbert Pflüger mit über 20 Prozentpunkten deutlich auf Distanz gehalten.

(Beifall)

Dies ist ihr mit Sicherheit auch deshalb gelungen, weil sie als Person trotz ihres wirklich zeitraubenden Amtes immer noch sehr präsent in der Stadt Hannover war. Ich glaube, 2002 und insbesondere 2005 hat sie auch deshalb gewonnen, weil bekannt war, welche Bildungspolitik man mit Edelgard Bulmahn verbinden konnte. Ich will nur einen Bereich kurz nennen, weil andere schon genannt worden sind.

Edelgard, dein Einsatz für das Investitionsprogramm „Zukunft für Bildung und Betreuung“ in Höhe von 4 Milliarden Euro in den vier Jahren, die 2007 zu Ende sind, bedeuten für Niedersachsen 400 Millionen Euro. Das ist eine nicht zu unterschätzende Leistung. Die kann man nicht hoch genug würdigen.

(Beifall)

Wir haben in Niedersachsen diesbezüglich eine glänzende Landesregierung. Diese Landesregierung ist, wie wir eben gehört haben, schwarz-gelb. Wie kommt ein Roter dazu, die zu loben? Ihr werdet den Hintersinn gleich merken.

In jeder Landtagsdebatte hieß es: Jeder Tag SPD und Grüne ist für Deutschland ein verlorener Tag. Gleichzeitig hat der Kultusminister die Mittel, die Edelgard zur Verfügung gestellt hat, mit bestimmten Methoden sehr geschickt in die Bereiche gelenkt, in denen besonders die CDU vertreten ist. Dort, wo die SPD stark vertreten ist – wie zum Beispiel in Hannover –, gingen die Mittel vorbei. Gleichzeitig hat er gesagt: Das sind gute Gelder für die Schaffung von Turnhallen, Mensen und Ähnlichem. Als die Schulen nachgefragt haben, wie es mit zusätzlichen Lehrerstunden ist, hat er gesagt: Ist nichts! Die Art und Weise, wie das Programm an dieser Stelle durch die CDU unterlaufen worden ist, ist zwar kritisiert worden, es war aber leider nicht zu verhindern.

Ich hoffe nur, dass die Mittel in Zukunft anders verteilt werden, nämlich dergestalt, dass derjenige, der die Mittel hat, auch die entsprechenden Lehrerstunden dafür zur Verfügung stellt.

(Beifall)

Dieser Missbrauch durch die Landesregierung von CDU und FDP in Niedersachsen schmälert aus meiner Sicht aber überhaupt nicht das, was Edelgard an dieser Stelle

bundesweit geleistet hat. Edelgard, deshalb bin ich froh darüber, dass zumindest im Koalitionsvertrag steht – ich glaube, du hast mit zu dieser Formulierung beigetragen –, dass diese Gelder voll ausgeschöpft und nicht irgendwelchen Sparmaßnahmen unterzogen werden. Auch an dieser Stelle noch einmal vielen Dank!

(Beifall)

Aber ich glaube, Edelgard, du hast noch mehr in dieses Programm geschrieben: Wir finden im Koalitionsprogramm das Wort „Chancengleichheit“. Genossinnen und Genossen, das mag uns Sozialdemokraten als eine Selbstverständlichkeit erscheinen, ist es aber nicht. Es hat schon Papiere der SPD gegeben, in denen das Wort „Chancengerechtigkeit“ stand. Aber der Begriff „Chancengerechtigkeit“ ist ein Begriff der Konservativen, mit dem sie unseren Begriff relativieren wollen. Dass in der Koalitionsvereinbarung ausdrücklich der Begriff „Chancengleichheit“ steht, dazu kann man nur sagen: Das ist die richtige Richtung. Auf dieser Basis wollen wir die Politik fortführen. Von daher, Edelgard, hast du bestimmt mit dazu beigetragen, dass die Dinge in dem Sinne, wie du es gemacht hast, weiterlaufen werden. An dieser Stelle noch einmal ganz herzlichen Dank!

(Beifall)

Dass du in der Partei weitermachen wirst, glaube ich, wird gleich der nächste Wahlgang zeigen, ohne vorzugreifen zu wollen.

Dennoch, Genossinnen und Genossen, möchte ich ein, zwei Anmerkungen zu dem Programm machen, denn ich bin etwas betroffen, dass in dem Antrag nicht das Wort „gegliedertes Schulwesen“ vorkommt. Wir wollen das gegliederte Schulwesen überwinden. Es ist aus meiner Sicht sehr milde bzw. sehr schwach formuliert worden, obwohl wir alle wissen, dass es so nicht richtig ist. Aber das kann man ja in einem Prozess verbessern. Deshalb stelle ich hierzu auch keinen Änderungsantrag.

Ein zweiter Punkt, der mir noch mehr auf der Seele liegt, ist: Wir reden, wenn es um das gegliederte Schulwesen geht, immer vom dreigliedrigen Schulwesen. Aber wir haben kein dreigliedriges Schulwesen. Wir haben mindestens ein viergliedriges Schulwesen, weil wir es uns immer noch erlauben, so genannte Sonderschulen zu haben. Wir sind noch lange nicht so weit, dass es eine Selbstverständlichkeit ist, dass behinderte und nicht behinderte Kinder gemeinsam unterrichtet werden. Aber alle lernen voneinander. Die behinderten Kinder bremsen kein Kind, das nicht behindert ist, in seinen schulischen Leistungen, sondern geben ihnen eine Menge Sozialerfahrung mit auf den Weg. Umgekehrt wissen wir: Je früher wir behinderte Menschen richtig fördern, umso mehr können wir aus ihnen herausholen.

Lasst mich ein Beispiel nennen, das sehr wahrscheinlich viele von euch kennen: Thomas Quasthoff, einer der weltbesten Baritone, ist hochgradig behindert. Wer seine

Biographie gelesen hat, weiß, warum er dennoch zu einem so großen Sänger geworden ist: weil er zu einem bestimmten Zeitpunkt Menschen hatte, die ihn gefördert haben. Deshalb bin ich dafür, dass wir dieses Programm hinsichtlich der Integration von Menschen mit Behinderung und ohne Behinderung weiterentwickeln und dass das auch ein Kernpunkt sozialdemokratischer Politik bzw. der persönlichen Förderung des Einzelnen ist. Ich denke mir, dass das in der Debatte noch kommen wird.

Nun möchte ich dennoch einen kleinen Änderungsantrag stellen, denn ich denke, an einer Stelle kann man das machen. Es heißt im Antrag auf S. 134: „Konkretisierung für die einzelnen Bildungsbereiche“. Das habe ich natürlich gelesen. Weiter unten steht: „Schule – Wir wollen, dass Bildung für alle überall und jederzeit erreichbar ist.“ Da habe ich gedacht: Das ist eine gute Sache und eine gute Überschrift. Dann habe ich den Inhalt gelesen. Das ist ganz spannend. Da heißt es: „Die großen internationalen Schulstudien haben uns vor Augen geführt, dass im internationalen Vergleich die Kinder länger gemeinsam lernen und unterrichtet werden. Gleichzeitig ist erkennbar, dass in diesen Ländern die Abhängigkeit des Bildungserfolges von der sozialen und ethnischen Herkunft weitaus geringer ist als in Deutschland.“

Was dort steht, passt nicht zu der Überschrift. Deshalb schlage ich vor, dass wir an dieser Stelle eine kleine Änderung machen. Sie muss heißen: „Schule – Wir wollen die gemeinsame Beschulung in der Primarstufe und in der Sekundarstufe I.“ Ich bitte euch, dieser kleinen, aber doch sehr zielgenauen Änderung im Sinne einer Konkretisierung eure Zustimmung zu geben. Vielen Dank!

(Beifall)

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Das Wort hat Jochen Ott, NRW, und als Letzter Ernst-Dieter Rossmann.

Jochen Ott, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin 1974 geboren und habe von der sozialdemokratischen Bildungspolitik der 70er-Jahre und ihren Idealen profitiert. Viele, die jetzt Anfang 30 sind, haben diese Chancen nutzen können. Sie konnten einen höheren Bildungsabschluss erzielen, als es unseren Eltern vergönnt war. Jetzt erleben wir die PISA-Studie und wir erkennen, dass all diese Errungenschaften nicht mehr da sind. Deshalb glaube ich, ist das, was Matthias Platzeck heute Morgen gesagt hat – dass man jeden Tag neu erkämpfen muss –, ganz besonders wichtig und richtig.

Ich möchte nicht all das wiederholen, was viele schon vor mir gesagt haben, sondern zwei Punkte herausgreifen, die aus meiner Sicht besonders wichtig sind. Das eine: Wenn wir gerade die Integration ernst nehmen und sagen, dass wir dafür sorgen wollen, dass viele Kinder, möglichst alle Kinder, eine Chance haben, dann muss man bei der Verteilung der Mittel auch darüber reden, dass Schulen in besonderen Situatio-

nen, also in sozialen Brennpunkten, finanziell, also mit Lehrerstellen usw., besser ausgestattet sein müssen als Schulen in anderen Teilen.

(Beifall)

Es ist zwar immer wieder eine harte Diskussion, aber ich glaube, dass wir irgendwann in der Politik darüber reden müssen, wo wir prioritär fördern. Da muss mehr Geld fließen als in anderen Bereichen.

Der zweite Punkt, der mir wichtig ist, ist ein Punkt, der in der Öffentlichkeit immer wieder zu Gelächter führt, den man aber ansprechen muss: das Lehrerbild. Wir haben einen schönen Antrag, der für die ganze Bundesrepublik sozusagen möglichst alle Unterschiede in den Ländern zusammenfasst. Aber eines fehlt mir: Wenn wir bei jedem Antrag, den wir beschließen, darüber sprechen, welches Bild vom Lehrer wir in der Öffentlichkeit vertreten, wird das ins Leere laufen. Zwar reden auch hier auf dem Parteitag alle über Bildung. Aber der Beruf des Lehrers zeichnet sich bisher dadurch aus, dass man Lehrer insbesondere als „faule Säcke“ verunglimpft und immer wieder deutlich macht, dass sie ja nur im Urlaub sind.

Ich gebe offen zu: Ich bin selber einer, und zwar an einer Gesamtschule. Ich will darauf hinweisen, dass wir im Zusammenhang mit dem Bild des Lehrers aufpassen müssen. Der Regierungswechsel in Nordrhein-Westfalen hat dazu beigetragen, dass die Situation der Lehrerinnen und Lehrer sich weiter verschärft hat. Die Lehrerinnen und Lehrer sollen immer mehr Leistungen übernehmen und sich immer mehr einsetzen, sich außerschulisch engagieren und den Kindern eine vernünftige Perspektive bieten. Gleichzeitig wird ihnen, auch im Koalitionsvertrag, den wir gestern beschlossen haben, an allen Ecken immer wieder ans Fell gegangen. Irgendwann muss man den Kolleginnen und Kollegen den Rücken stärken und sagen: Ihr seid diejenigen, die diese Bildungspolitik, die wir Sozialdemokraten vertreten, umsetzen. Deshalb ist es mir wichtig, diese Punkte hier anzusprechen.

Liebe Edelgard, was mir in dem Antrag zu kurz kommt, ist die Lehrerausbildung. Ich glaube, wir müssen die Lehrerausbildung komplett auf den Kopf stellen. Es kann nämlich nicht sein, dass wir weitermachen wie bisher, dass das Studium der Erziehungswissenschaften nebenher läuft. Es kann nicht sein, dass wir Binnendifferenzierung – also die unterschiedliche Förderung von Kindern im Klassenverband – predigen, aber niemand beigebracht bekommt, wie das geht, und wenn, dann nur in einem ganz kleinen Rahmen.

Ich meine, wir müssen uns darüber klar werden, dass wir Lehrerinnen und Lehrer motivieren müssen, damit gerade junge Leute, die diesen Beruf ergreifen, auch wieder das Gefühl haben, dass sie einen besonderen Stellenwert haben und für bestimmte Dinge stehen. Dazu gehört für mich zum Beispiel auch die Frage der Erziehung. Wenn

man sich mit den Bezirksregierungen unterhält, ist es so, dass der Anteil der Eltern, die Klage gegen Lehrerinnen und Lehrer, gegen Noten, aber auch gegen das Verhalten der Lehrerinnen und Lehrer erheben, immer weiter zugenommen hat. Wo ist das gesellschaftliche Rückgrat für die Lehrerinnen und Lehrer, dass sie auch einen Erziehungsauftrag in der Schule haben? Wo werden Lehrerinnen und Lehrer motiviert, sich einzubringen, auch als Menschen, ohne dass sie nachher von den Bezirksregierungen fallen gelassen werden? Ich meine, es muss die Politik sein, die den Kolleginnen und Kollegen den Rücken stärkt. Dann wird man in diesem Bildungsbereich auch wieder große Unterstützung für die sozialdemokratische Bildungspolitik erreichen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang, um einmal aus der Realität zu sprechen, ein Beispiel nennen: Bei einer Fortbildung im Kollegium zum Thema Zappelphilipp-Syndrom rieten Kinderärzte, Kinder in besonderen Situation sozusagen auf das Zentrum der Klasse, das Tafelbild, zu konzentrieren, sie notfalls auch einmal in den Arm zu nehmen oder ihren Kopf leicht anzufassen. Gleichzeitig berichtete die Schulleiterin davon: Auf keinen Fall die Kinder anfassen, weil sonst ein Übergriff stattgefunden hat! Das alles sind Dinge, die für euch und für die öffentliche Diskussion relativ unerheblich sind, die natürlich aber viele Kolleginnen und Kollegen – gerade in den Schulen, in denen es viele Probleme gibt – umtreiben.

Ich möchte in diesem Zusammenhang einen letzten Aspekt ansprechen. Wir müssen auch über die Bezahlung der Lehrerinnen und Lehrer reden. Denn es stellt sich doch die Frage: Ist der Hauptschullehrer, der 28 Stunden in einem sozialen Brennpunkt unterrichtet, in der Bezahlung weniger wert als ein Gymnasiallehrer, der einen Leistungskurs zum Abitur führt? Ich frage mich, ob diese Fragen irgendwann angesprochen werden. Meine große Sorge, auch nach dem Koalitionsvertrag, ist – das wurde eben ja auch schon angesprochen –: Bildung ist Ländersache. Immer mehr wird in den Ländern geregelt. Aber wo ist dann das einig Vaterland? Was ist mit den Leuten, die innerhalb Deutschlands umziehen? Was ist mit den Eltern, die von NRW nach Berlin oder von Hessen nach NRW umziehen? Was ist mit den Studienabschlüssen?

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, es ist ja heute so, dass man in NRW studieren und anschließend ohne Probleme in Europa weiterstudieren kann und die Abschlüsse anerkannt werden. Aber es ist fast unmöglich, nach Hessen zu gehen. Wenn ihr euch ein bisschen mit der Realität der Studentinnen und Studenten beschäftigt, merkt ihr, dass das ein Problem ist. Deshalb sage ich: Bei all den Diskussionen, die darüber geführt werden, dass Bildung Ländersache ist, müssen wir auch die Frage stellen, was im Sinne einer nationalen Bildungspolitik notwendig ist und wie man hier gemeinsame Grundlagen schaffen kann.

(Beifall)

Ein Letztes: Ich meine, dass wir in diesem Antrag den Fehler gemacht haben, Bildungspolitik alleine zu diskutieren. Es wurde von mehreren Rednern angesprochen, dass wir das zusammendenken müssen. Das ist moderne Familienpolitik, die insbesondere die Bereiche Jugendhilfe und Schule verbinden muss. Wir müssen Jugendhilfe und Schule – diese Parallelstruktur der Vergangenheit – zusammendenken, wie das ja viele Landesregierungen, auch in Nordrhein-Westfalen mit Ute Schäfer und der offenen Ganztagsgrundschule, gemacht haben. Das ist der richtige Weg. Aber wir müssen darüber hinaus die Politikbereiche so zusammenführen, dass wir aus einer Hand alles, was mit Kindern, Familie und Bildung zu tun hat, zusammendenken.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch ein weiteres Projekt erwähnen, das für mich für eine bessere Bildungschance für Kinder und Jugendliche, gerade aus benachteiligten Stadtteilen, spricht: Der Oberbürgermeister von Gelsenkirchen, Baranowski, begrüßt dort alle Kinder mit den Vertretern des Jugendamtes. Den Familien wird zur Geburt ihrer Kinder gratuliert und von vornherein deutlich gemacht, welche Bildungs- und Qualifizierungsangebote es gibt. Ich meine das Angebot, den Menschen von klein auf Perspektiven zu geben und zu zeigen, dass der Staat vor Ort da ist und Angebote macht. Niemand wird gezwungen, diese Angebote anzunehmen, aber man muss dafür sorgen, dass Kinder ein Angebot bekommen. Bei denen, von denen wir wissen, dass es ihre Eltern nicht hinkriegen, müssen wir als starker Staat in der Nähe bleiben. Das ist sozialdemokratische Bildungspolitik.

Von daher bin ich für diesen Antrag. Er zeigt in die richtige Richtung. Aber ich bitte euch, erstens in der öffentlichen Wahrnehmung mit dafür zu sorgen, die Lehrerinnen und Lehrer positiv zu begleiten, sie nicht immer niederzumachen und zu verarschen, und zweitens dafür zu sorgen, dass wir Bildungspolitik als Kinder-, Jugend- und Familienpolitik zusammendenken; denn dann machen wir das, was Matthias Platzeck uns allen heute aufgegeben hat.

(Beifall)

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Die letzte Wortmeldung. Ernst-Dieter Rossmann hat das Wort.

Ernst-Dieter Rossmann, Schleswig-Holstein: Liebe Genossinnen und Genossen! Der Hannoveraner Delegierte hat eben Edelgard Bulmahn gelobt, und das mit Recht. Aber wenn er sie lobt, wofür lobt er sie? Er lobt sie für ein Bundesausstattungsprogramm zur Modernisierung der beruflichen Schulen. Er lobt sie für die Bundesinitiative zu den Ganztagschulen. Wir können sie zusammen dafür loben, dass die Hochschulreform deutlich vorangetrieben worden ist, bis hin zu einem Bundesunterstützungsprogramm für Juniorprofessoren. Diese Partei leistet sich im dialektischen Gegenzug zu dem, was unter der Großen Koalition, der ersten großen Reformkoalition unter Kiesinger/Brandt, aufgebaut worden ist, sich vom Zusammengehen von

Bund, Ländern und Kommunen in einer nationalen Aufgabe Bildung zu verabschieden. Das geht nicht.

(Beifall)

Deshalb noch einmal die Bitte – bei allem, was als großer Konsens vereinbart worden ist –: Man muss und darf nachgucken, wie eine solche Erfolgslinie, wie sie von der Bundesbildungsministerin vorgezeichnet worden ist, auch in Zukunft Bundesbildungsministern bzw. -ministerinnen möglich ist, egal wer dann regiert. Sonst geht Dynamik verloren, die wir in unserem deutschen Bildungswesen brauchen.

(Beifall)

Ich fand auch die Bemerkung aus der Sicht der Länder hilfreich. Gerade in Schleswig-Holstein sieht man auch diesen kooperativen Ansatz.

Das führt mich zu meiner zweiten kurzen Bemerkung: Als Schleswig-Holsteiner freut es einen ja, dass wir mit einem zugespitzten Konzept, der Gemeinschaftsschule, in einer Landtagswahl bestehen konnten. Ich nehme allerdings auch wahr, dass das nicht in allen Landesorganisationen so ist. Deshalb mag das auch der Kompromiss sein, der jetzt noch mit dem längeren, gemeinsamen Namen gefunden worden ist. Aber wir müssen uns klar sein: Streitfähig, auch gegenüber der konservativen Phalanx, sind wir nur dann, wenn wir uns trauen, etwas auf den Begriff zu bringen. Ohne Begriff kann man nicht streiten.

(Beifall)

Nur mit langen Texten kann man auch keine Eltern oder Lehrer mitnehmen und so man kann auch keine bildungspolitische Debatte nach vorne bringen. Deshalb sollten wir diesen Prozess jetzt beginnen. Wir sollten ihn heute nicht schon abschließend entscheiden.

Dritte Bemerkung: Wenn wir Bildungspolitik machen, müssen wir es ehrlich machen. Da gibt es eine Differenz. Es wird das Hohelied auf die Weiterbildung gesungen. Gleichzeitig wissen wir aber, wie dramatisch wir als Abgeordnete, als Landespolitiker, als Kommunalpolitiker unter unserer Regierung Weiterbildung zurückgenommen haben – nur noch ein Viertel der Teilnehmer. Ganze Landschaften werden von Fort- und Weiterbildungseinrichtungen entleert. Dieses müssen wir ändern, es geht nicht an, dass wir dies auseinander klaffen lassen. Es geht nicht an, die eine Vision aufzumachen und gleichzeitig die Beschäftigungsfähigkeit über Fort- und Weiterbildung drastisch zu reduzieren.

Dies muss jetzt Perspektivaufgabe werden. Ich glaube, Anknüpfungspunkte sind, wie es Kollege Ott gesagt hat, es nicht ressortspezifisch, sondern aufgabenbezogen, über-

greifend anzulegen. Was glauben wir denn, wie wir die Beschäftigungsfähigkeit von älteren Menschen stärken können, wenn wir ihnen nicht schon mit 30 oder 40 Jahren Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten eröffnet haben? Insoweit ist die eine Aufgabe, weniger Arbeitslosigkeit im Alter, mit der anderen Aufgabe, rechtzeitig Fort- und Weiterbildung auszubauen, unmittelbar verknüpft. Vielleicht können wir an der Stelle zusammen etwas gewinnen.

Letzter Gedanke: Neu in diesem Antrag ist, dass wir nicht nur die legendäre Zahl der 3 Prozent für Forschung und Entwicklung, das Erbe von Lissabon, verankert haben, sondern erstmals taucht auch auf, 7 Prozent der Wertschöpfung für Bildung mit einzusetzen. 3 Prozent plus 7 Prozent, 10 Prozent für die Zukunft. Deutschland ist davon noch weit entfernt. Es gibt Nationen, die haben schon 7 Prozent: die Finnen, die Schweden und die Amerikaner. Der Unterschied ist: Die Amerikaner haben es mit einem ganz hohen Beitrag aus persönlichem Geld erreicht, mit all der sozialen Differenzierung und Diskriminierung, die damit verbunden ist. Deshalb müssen wir bei den 7 Prozent immer daran denken: Für uns ist das öffentliche Gut. Für uns ist das skandinavische, das europäische und nicht das amerikanische Modell das wegweisende. – Danke.

(Beifall)

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das war eine engagierte Debatte. Ich finde, das steht unserer Partei auch gut an. Bildungspolitik ist ein zentrales Thema.

Ich gebe das Wort jetzt noch einmal an Edelgard Bulmahn für die Antragskommission. Es liegen ja einige Änderungsanträge vor. Edelgard, es wäre nett, wenn du uns sagen würdest, wo die Antragskommission Zustimmung vorschlägt.

Edelgard Bulmahn, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Es liegen uns mehrere Anträge vor; das ist richtig. Ich will noch kurz zu zwei Punkten Stellung nehmen, die jetzt nicht in Form eines Antrags eingebracht worden sind. Da ging es zum einen um die Frage Lehrerausbildung und Lehrerfortbildung und darum, welches Bild wir eigentlich in unserer Gesellschaft von Lehrerinnen und Lehrern haben.

Jochen Ott, ich gebe dir ausdrücklich Recht: Wir müssen Lehrerinnen und Lehrern in unserer Gesellschaft die notwendige Unterstützung und den notwendigen Rückhalt geben, damit sie ihre Aufgabe in den Schulen meistern können, damit sie den Anforderungen gerecht werden können und damit sie dies im Notfall gegenüber einzelnen Eltern tun können, die – aus welchen Gründen auch immer; leider gibt es auch solche Eltern – nicht immer per se das Interesse ihres Kindes vertreten.

Wir haben dazu in diesem Antrag nicht so viel gesagt, wie ich mir das selber auch gewünscht hätte. Das hängt mit zwei Dingen zusammen. Es hängt damit zusammen,

dass die Lehrerfort- und -ausbildung wiederum allein in der Hand der Länder liegt und es hier sehr unterschiedliche Vorstellungen über die Inhalte, über die Struktur der Erstausbildung gibt. Dort hat der Diskussionsprozess angefangen. Es war jetzt einfach zu früh, um den sozusagen schon zusammenzuführen und zu dem SPD-Profil und zu dem SPD-Vorschlag zu bündeln, den wir für diesen Antrag einfach benötigt hätten.

Es bleibt eine Aufgabe für die kommenden Jahre – das will ich ausdrücklich sagen –, weil es mir auch Sorge macht, wenn wir in der Lehreraus- und -fortbildung so weit auseinander laufen, dass es in Zukunft extrem schwierig werden könnte, von einem Bundesland in das andere zu wechseln. Das muss auch in Zukunft offen sein. Wir müssen es nicht nur unter dem Gesichtspunkt Mobilität möglich machen, sondern es muss auch klar sein, was die Anforderungen an Lehrerinnen und Lehrer sind. Das gilt im Übrigen nicht nur allein für Deutschland, sondern diese Debatte haben wir europaweit.

Ich komme zu dem zweiten Punkt, den Ernst Rossmann angesprochen hat. Damit will ich gleich auf einen konkreten Änderungsvorschlag eingehen. Walter Meinhold hat ja vorgeschlagen, auf der Seite 134 die Überschrift „Schule – Wir wollen, dass Bildung für alle überall und jederzeit erreichbar ist“ wie folgt zu ändern: „Wir wollen die gemeinsame Beschulung in der Primarstufe und Sekundarstufe.“ Ich bitte darum, Walter, diesen Antrag jetzt nicht zur Abstimmung zu stellen, weil wir uns wirklich in einem Diskussionsprozess befinden. Ich persönlich halte das Ziel einer Gemeinschaftsschule – das will ich klar sagen – für richtig.

(Beifall)

Ich halte es für richtig und ich teile das, was Ute Erdsiek-Rave hier gesagt hat. Wir sind aber in der SPD hier noch nicht so weit, sage ich. Andere werden sagen, wir sind da unterschiedlicher Auffassung. Ich glaube, dass wir durch das Handeln und das Tun überzeugen können und auch überzeugen werden. Deshalb freue ich mich sehr, dass Schleswig-Holstein diesen Weg geht. Durch Tun und Handeln können wir überzeugen. Ich stelle genauso fest, dass in vielen kleinen Orten, auch in vielen Stadtteilen, die handelnden Personen inzwischen einfach sagen: Wir müssen mehr Kinder aus unterschiedlichen Familien zusammen haben, weil es uns sonst nicht gelingt, den Kindern aus sozial schwachen Familien, aus bildungsfernen Familien das Bildungsangebot zu geben, das sie brauchen; weil es uns nicht gelingt, sie wirklich hochzuziehen, sie mitzuziehen, in das Lernumfeld zu geben, das sie benötigen, damit auch sie Erfolg haben.

Deshalb sage ich noch einmal ausdrücklich: Ich bitte, das jetzt nicht sozusagen zu einer Konfrontation zu führen, sondern es bei dieser Überschrift zu belassen und durch unser konkretes Tun und Handeln überall dort, wo wir das können, den Weg

dafür zu bereiten, dass wir in einigen Jahren sagen können: Ja, wir sind ein ganzes Stück weitergekommen. Wir haben unser Ziel einer Gemeinschaftsschule erreicht, in der alle Kinder wirklich erfolgreich lernen können. – Ich glaube, das ist der bessere Weg. Deshalb schlage ich im Namen der Antragskommission vor, dass wir es bei der alten Formulierung belassen und dass wir das alle auch als Auftrag verstehen, dafür Sorge zu tragen, dass Kinder nicht zu früh aussortiert werden und nicht zu früh abgeschoben werden.

Zu dem Änderungsvorschlag, der von dem Genossen aus Braunschweig gemacht worden ist: Du hast ja darum gebeten, dass wir den zweiten Bildungsweg noch einmal ausdrücklich aufnehmen. Dem komme ich gerne nach, mit einer kleinen Änderung. Die kleine Änderung ist deshalb nötig, weil die Organisation des zweiten Bildungsweges in unserem föderalen System sehr unterschiedlich ist und weil dann einige sagen würden, unser Weg ist aber nicht genannt, und andere sagen würden, nur unser Weg ist genannt. Deshalb schlage ich vor, dass wir folgende Formulierung aufnehmen: „Der zweite Bildungsweg für junge Erwachsene nach einer beruflichen Ausbildung und Berufstätigkeit ist als fester Bestandteil unseres Bildungssystems aufrechtzuerhalten.“ – Einverstanden? – Gut.

Dann gibt es noch einen Vorschlag, der ebenfalls die Seite 133 – Zeile 19, ist das, glaube ich – betrifft. Dort heißt es: „Der fachbezogene Zugang zu Fachhochschulen und Universitäten auf der Grundlage einer besonders erfolgreich abgeschlossenen Berufsbildung soll grundsätzlich geöffnet werden.“ Es ist vorgeschlagen worden, die Einschränkung „fachbezogen“ zu streichen. Ich stimme dem aus vollem Herzen zu, weil das auch die ursprüngliche Formulierung war und weil ich das selber gemeinsam mit den anderen in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt habe. Offen gesagt, ich finde eigentlich auch, dass wir einen SPD-Antrag nicht beschließen sollten, der sogar noch hinter einen Koalitionsvertrag zurückfällt. Von daher stimme ich der Streichung mit ganzem Herzen zu.

(Beifall)

Es gibt einen weiteren Änderungsantrag, der euch ebenfalls mündlich vorgetragen worden ist. Von den Jusos wird vorgeschlagen, dass wir eine Formulierung aufnehmen, dass das Studium gebührenfrei bleibt, also nicht nur das Erststudium, sondern das Studium. Ich bitte im Namen der Antragskommission darum zu verstehen, dass die Antragskommission diesem Vorschlag nicht folgen kann. Wir haben uns bereits auf dem letzten Parteitag sehr lange darüber nicht nur unterhalten, sondern wir haben das heftig und ausführlich diskutiert. Wir haben gemeinsam eine Position gefunden, dass das Erststudium gebührenfrei bleiben soll. Das steht dort auch so klar formuliert. Der Satz lautet nämlich: „Das Erststudium soll gebührenfrei bleiben.“ Das ist der entscheidende Satz. Dann wird im zweiten Satz gesagt, wie man diesen

Anspruch auf ein gebührenfreies Erststudium umsetzen und realisieren will, denn das muss ja in den Landeshochschulgesetzen geschehen. Hier wird gesagt, dass wir das auf der Grundlage von Studienkonten für sinnvoll und richtig halten.

Ich will ausdrücklich dafür plädieren, dass es dabei bleibt; denn die Studienkonten ermöglichen es, dass wir auch dem Rechnung tragen, was inzwischen die Lebenswirklichkeit vieler Studierender ist, dass sie nämlich nur Teilzeit studieren, teilweise auch nur Teilzeit studieren können, weil sie parallel noch für ihren Lebensunterhalt sorgen müssen. Solange wir in vielen Ländern die Situation haben, dass für diejenigen, die kein BAföG oder nur ein Teil-BAföG erhalten, nicht sichergestellt ist, dass sie zusätzliche Stipendien erhalten, solange in den Ländern – es liegt nicht mehr in Bundeshand –, die Studiengebühren eingeführt haben, nicht sichergestellt ist, dass sie Stipendien erhalten, finde ich, müssen wir dafür Sorge tragen, dass solche Möglichkeiten nicht einfach ausgeschlossen werden. Deshalb plädiere ich ausdrücklich dafür, das Modell der Studienkonten zu unterstützen. Im Übrigen macht es dieses Modell auch möglich, dass diejenigen, die sehr zügig und sehr schnell studieren, nach Abschluss ihres Erststudiums einen Teil ihres Kontos für ein weiteres Studium frei haben. Auch das halte ich für vernünftig und sinnvoll. Deshalb plädiere ich dafür, dass wir es so belassen, wie es hier steht.

(Beifall)

Es gibt einen weiteren Vorschlag von der Antragskommission, den ich hier noch kurz vortragen möchte. Er bezieht sich auf die Zeilen 60 bis 65. Hier hat die Antragskommission eine Veränderung der Formulierung vorgeschlagen. Wir haben das in der letzten Sitzung der Antragskommission auf einen Vorschlag von Jürgen Zöllner hin noch einmal umformuliert, sodass der neue Text der Zeilen 60 bis 65 jetzt folgendermaßen lautet: „Die Finanzverantwortung des Staates für die Hochschulen soll so realisiert werden, dass den Hochschulen künftig von ihm (dem Staat) die tatsächlich entstehenden Kosten eines in Anspruch genommenen Studienplatzes vergütet werden.“ Damit setzen wir für die Hochschulen kalkulierbare Anreize zum Ausbau attraktiver Studienplätze, qualitativ hochwertiger Lehre und zum Schutz kleinerer Fächer und Lehrveranstaltungen. Die Antragskommission bittet euch auch um Zustimmung zu der Formulierung, wie ich sie vorgetragen habe.

Bärbel, soll ich das zu den Anträgen, die hier noch aufgeführt sind, gleich dazu sagen?

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Ja.

Edelgard Bulmahn, Antragskommission: Die Antragskommission schlägt vor: Der Antrag B 4, Seite 143 zur Hochschulpolitik ist erledigt durch Regierungshandeln.

Zu Antrag B 10, Seite 145, Verfasste Studierendenschaften, haben wir Annahme in der Fassung der Antragskommission vorgeschlagen.

Zu Antrag B 11, Seite 145, schlagen wir vor, den ersten Teil an den Gesprächskreis „Bildung“ und den zweiten Teil, weil es dort um Medien geht, an die Medienkommission zu überweisen.

Zu Antrag B 12, Seite 146 – da geht es um Gender Mainstreaming –, haben wir Annahme in der Fassung der Antragskommission vorgeschlagen.

Zu den Anträgen B 13 und B 14 schlagen wir Nichtbefassung vor, weil es sich hier um ein ganz explizites Problem handelt, das an einer Hochschule vorhanden ist. Da bitte ich euch um Verständnis: Das können wir nicht auf einem Bundesparteitag entscheiden, sondern das muss wirklich in der zuständigen Landespolitik entschieden werden. Das können wir nicht auf einem Bundesparteitag machen. – Vielen Dank.

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Jetzt Walter Meinhold noch einmal.

Walter Meinhold, Niedersachsen: Liebe Genossinnen und Genossen, nach dem Kompliment, das ich der Edelgard am Anfang meines Beitrags gemacht habe, fällt es mir schwer, ihr zu widersprechen. Ich trage aber eine Korrektur vor, die der Bezirk, alle Delegierten des Bezirks Hannover, mich gebeten hat, auf den Weg zu bringen, und zwar mit folgender Begründung: In B 3 – das ist der Antrag der Arbeitsgemeinschaft für Bildung auf Bundesebene – steht genau diese Passage drin. Eigentlich hätten wir am liebsten den ganzen Absatz dieses Antrages genommen, weil es heißt: erledigt durch Annahme in B 1. – Dann haben wir gesagt: Okay, dann nehmen wir nicht den ganzen Absatz, der darunter steht, der das eigentlich noch deutlicher macht, sondern wir bitten darum, lediglich bei dieser Überschrift einen kleinen Akzent zu setzen. Aber, wie gesagt, es ist eine Sache des Bezirks, die ich hier vortrage. Deshalb gibt es für mich nicht die Möglichkeit, den Vorschlag persönlich zurückzuziehen.

(Beifall)

Edelgard Bulmahn, Antragskommission: Dann stimmen wir ab! Okay?

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Okay! Es gibt jetzt zwei Anträge, über die wir abstimmen. Das ist einmal der Bereich Studienkonten. Da schlägt die Antragskommission Ablehnung vor. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Erste war eindeutig die Mehrheit. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Dann lasse ich über den Begriff der Gemeinschaftsschule abstimmen. Es ist hier vorgeschlagen, „gemeinsame Ausbildung“ in der alten Formulierung zu belassen. Die Antragskommission empfiehlt die alte Formulierung im Antrag B 1. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Erste ist eindeutig die Mehrheit.

Die Antragskommission hat vorgeschlagen, die beiden anderen Punkte so zu übernehmen. Dann lasse ich jetzt über den gesamten Antrag B 1, den Leitantrag Bildung, abstimmen. Wer diesem Leitantrag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist bei einigen Enthaltungen mit großer Mehrheit angenommen.

(Vereinzelt Beifall)

Um es zu wiederholen: Damit sind die Anträge B 2, B 3 und B 5 bis B 9 erledigt.

Ich rufe noch einmal den Antrag B 4 auf. Edelgard hatte das Votum der Antragskommission „erledigt durch Regierungshandeln“ vorgeschlagen.

Hinsichtlich des Antrags B 10 über verfasste Studierendenschaft wird Annahme in der Fassung der Antragskommission vorgeschlagen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit bei ganz wenigen Enthaltungen so beschlossen.

B 11 „Bildung und Medien“. Hier wird vorgeschlagen, den ersten Teil an den Gesprächskreis Bildung des Parteivorstands und den zweiten Teil an die Medienkommission zu überweisen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Dann kommen wir zu B 12 „Gender Mainstreaming“. Hier ist Annahme in der Fassung der Antragskommission vorgeschlagen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist bei einer Enthaltung einstimmig so beschlossen.

Zu den Anträgen B 13 und B 14 wird Nichtbefassung vorgeschlagen. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist damit einstimmig so beschlossen.

Damit sind wir am Ende der Beratung zu dem Komplex Bildungspolitik.

Wenn ich das richtig sehe, liegen noch keine Wahlergebnisse vor. Dann machen wir jetzt weiter mit den Anträgen O 46 bis O 50. Es handelt sich um Anträge rund um das Grundsatzprogramm. Dazu gibt es eine Wortmeldung von Otto Graeber.

Beratung der Anträge zur Grundsatzprogramm-Debatte

Otto Graeber, AG 60 plus: Liebe Genossinnen und Genossen! Es geht nicht rund um das Grundsatzprogramm, sondern um das Grundsatzprogramm. Ein Parteitag muss sich auch mit seinem Innenleben beschäftigen. Ich nehme das Wort, um weder über den Vertrag noch über unseren Antrag S 1, der sehr wichtig ist, zu sprechen, sondern über uns. Ich tue dies mit dem eindringlichen Hinweis, dass auch in der Programmdebatte das aktive Alter eine bedeutende Rolle spielen muss.

Ich danke Gerd, Franz, Renate, Ulla und Klaus Uwe im Namen unserer Arbeitsgemeinschaft 60 plus für das, was in der zurückliegenden Zeit gemeinsam getan wurde. Viele Schritte in die von uns angestrebte Richtung wurden unternommen und vieles wurde in unserem Interesse geleistet. Dafür darf ein großes Dankeschön gesagt werden. Aber es bleibt selbstverständlich noch viel zu tun. Deshalb erwarten wir die tatkräftige Unterstützung der neuen und alten Riege unserer Partei.

Unsere Genossinnen und Genossen der AG 60 plus haben es verdient, anerkannt und unterstützt zu werden. Das heißt aber auch, ein realistisches Altenbild zu vertreten. Das heißt, die Entwicklung und die Tatsache einer alternden Gesellschaft zu begreifen, wie auch heute schon gesagt wurde. Herausforderungen des demographischen Wandels können wir nur gemeinsam mit Alt und Jung bewältigen. Wir wollen keinen Krieg der Generationen. Ihr müsst daran mitarbeiten, es zu verhindern. Dazu gehört die Anerkennung der Älteren und selbstverständlich die ständige Erneuerung. Aber nur ein Mix aus Erfahrung, Zuverlässigkeit, Durchstehvermögen und Tatendrang kann unser Programm wirksam umsetzen.

Gegenseitige Anerkennung und Toleranz sind tragende Säulen einer humanen Gesellschaft. Bitte nehmt zur Kenntnis: Lobende Worte allein genügen nicht. Wichtig ist Mitbestimmung und Mitwirkung in der Partei und darüber hinaus in Politik und Wirtschaft. Wir haben wiederholt den Versuch unternommen, durch Anträge und Resolutionen an der Gestaltung einer zukunftsorientierten Politik mitzuwirken und uns einzumischen, um gehört zu werden und ernst genommen zu werden. Die Erfolge sind nicht immer ausreichend. Hier geht es aber nicht um Schuldzuweisungen, sondern um den dringenden Wunsch: Lest unsere Anträge aufmerksam und fasst euch ernsthaft mit den Inhalten! Schöne Worte müssen Gestalt annehmen in echter Solidarität von Jung und Alt und von Basis und Spitze. Vermeidet die Herausforderung eines Krieges der Generationen! Wir sind uns dafür zu schade.

(Beifall)

Gern würde ich aus dem Fünften Altenbericht zitieren. Ich zitiere hier nur eine Passage aus dem Vorwort von Renate Schmidt:

„Ältere Menschen sind ein Aktivposten in unserer Gesellschaft. Diese Tatsache muss stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt werden. Der Fünfte Altenbericht bildet die Basis für eine stärkere Förderung der Chancen älterer Menschen auf verbesserte Integration eines wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. Ihre aktive Einbeziehung in alle Handlungsfelder wird auch zum Nutzen aller Generationen sein.“

Ich muss einfach diese Gelegenheit nutzen, auf unsere integrative Arbeit mit allem Nachdruck hinzuweisen. Ihr habt hier die Möglichkeit – ihr hattet sie eigentlich schon, aber ihr habt sie noch –, etwas Positives zur Anerkennung unserer Aktivitäten beizutragen. Wählt Erika Drecol in den Parteivorstand! Wählt eine Vertreterin der älteren Generation! Macht aus Worten Taten! Ich danke Euch im Namen der AG 60 plus.

Ich danke auch mit einem herzlichen Glückauf für alle Gewählten und noch zu Wählenden des neuen Vorstandes. Lieber Matthias, ich bin sicher, wir werden eine gute Zusammenarbeit leisten. Danke und viel Glück für Euch alle. Bleibt gesund und werdet älter!

(Beifall)

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Otto. Das war ein richtig netter Wunsch. Jetzt hat das Wort Hubertus Heil für die Antragskommission.

Hubertus Heil, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Otto, den letzten Wunsch werde ich mir zu Herzen nehmen.

Für die Antragskommission sage ich: Wir haben ursprünglich vorgehabt, auf diesem Bundesparteitag in Karlsruhe ein neues Grundsatzprogramm zu beschließen. Ihr wisst, dass dieses Jahr anders gelaufen ist. Es gab Neuwahlen. Wir müssen wieder einmal eingestehen, dass wir es nicht abschließen können.

Nun liegen Anträge vor, was die Zeitschiene anbelangt. Es ist notwendig, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir unserer Grundsatzdebatte Zielorientierung geben. Der Bundesparteitag in Berlin 1999 hat uns den Auftrag gegeben, uns als Partei zu einem neuen Grundsatzprogramm aufzumachen. Ihr wisst, dass durch die vielen turbulenten Entwicklungen in unserer Partei diese Arbeit immer ein Stück vorankam, dann aber unterbrochen wurde.

Wir wollen als Antragskommission deutlich machen, dass wir in dieser Debatte nicht bei Null anfangen. Es ist viel geleistet worden in den letzten Jahren. Auch durch die letzte Programmkommission gibt es eine Reihe von Vorarbeiten, auf denen wir aufbauen können. Mir ist wichtig deutlich zu machen, dass diese Programmdebatte für uns wirklich eine Debatte sein muss, die in der gesamten Partei zündet. Sie darf nicht nur in Berlin stattfinden; sie darf nicht nur auf Bezirks- und Landesverbandsebene stattfinden, sondern sie muss die Partei insgesamt erreichen.

Es geht um Zweierlei. Wir müssen erstens ein Stück Selbstgewissheit deutlich machen, dass wir als Sozialdemokratie die Herausforderungen der Zeit erkannt haben und wir müssen feststellen, was sich in der Welt geändert hat. Zweitens muss unser Grundsatzprogramm Orientierung geben, eine Orientierung, die in unserer Gesellschaft gebraucht wird.

Matthias Platzeck hat heute Morgen in seiner Rede eine ganze Reihe von wichtigen Punkten genannt, die wir in diese Debatte deutlich machen müssen. Es geht um die Fragen: Was sind die Widersprüche unserer Zeit? Was sind die Herausforderungen unserer Zeit? Was sind die Chancen und was sind die Risiken der Globalisierung, der demographischen Entwicklung und des technischen Fortschritts? Es geht um die Frage, wie wir mit unseren Lebensgrundlagen umgehen und was aktuell zu tun ist, um diese Gesellschaft zusammenzuhalten. Das betrifft die Stärkung der Familienpolitik. Es geht weiter um die Frage, wie es in diesem Land um die Lebenschancen bestellt ist und ob wir die Gerechtigkeitsfrage des 21. Jahrhunderts nicht im Rahmen der Bildungsgerechtigkeit zu diskutieren haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt also Stoff genug für die Debatte. Wir brauchen allerdings noch Zeit. Wir werden das heute nicht abschließen können. Wir haben mit dem Perspektivantrag auch schon einiges in die richtige Richtung bewegt. Die Antragskommission schlägt Euch vor, zu den Anträgen O 45, O 46 und O 47 wie folgt vorzugehen: Der Antrag O 46 auf Seite 280 soll angenommen werden, und zwar in folgender Fassung: Annahme des ersten Satzes und für den zweiten Satz, Ziffer 2, Annahme in der Fassung der Antragskommission.

Wir wollen uns bis Ende 2006/Anfang 2007 die Zeit nehmen. Es soll auf den Ergebnissen, die bisher schon erzielt wurden, aufgebaut werden. Wir wollen im nächsten Jahr genug Zeit haben, damit die Partei auch diskutieren kann.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen diese Grundsatzprogrammdebatte miteinander führen. Es gibt viele Anstöße dazu. Es gibt von Wolfgang Thierse eine ganze Reihe von wichtigen Impulsen, was beispielsweise die Frage der Rolle öffentlicher Güter betrifft. Es gibt die Notwendigkeit, auch mit gesellschaftlichen Gruppen diesen Dialog fortzusetzen. Wir haben das heute Morgen diskutiert.

Meine Bitte ist, dass wir heute die inhaltliche Debatte knapp halten; dafür ist heute nicht der Ort. Karlsruhe wird nicht der Programmparteitag sein. Aber wir werden einen haben. Wir werden ein Grundsatzprogramm haben, liebe Genossinnen und Genossen, das dieser Partei auch würdig ist. Insofern bitte ich euch um die Annahme der Empfehlung der Antragskommission. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Hubertus, für Deinen Bericht. Gibt es Wortmeldungen? – Bisher liegen mir keine vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wir stimmen über den Antrag O 46 auf Seite 280 ab. Es ist vorgeschlagen: beim ersten Satz Annahme und beim zweiten und letzten Satz Annahme in der Fassung der Antragskommission. Wer diesem Vorschlag der Antragskommission zustimmt, bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Damit haben sich der Antrag O 45, Zeitschiene für das Programm, und Antrag O 47, Struktur der Programmdebatte, erledigt.

Dann kommen wir zu O 48. Da ist Überweisung an den Parteivorstand zur Weiterleitung an die Programmkommission vorgeschlagen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist einstimmig.

Antrag O 49. Es ist ebenfalls Weiterleitung an die Programmkommission vorgeschlagen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Es ist einstimmig.

Antrag O 50. Ebenfalls Weiterleitung an die Programmkommission. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist damit auch einstimmig beschlossen.

Damit haben wir diesen Block jetzt beendet. Das Wahlergebnis liegt immer noch nicht vor.

Dann rufe ich jetzt den Bereich Umwelt, Energie und Verkehr – das sind die Anträge U 1 bis U 16, Seiten 150 bis 159 im Antragsbuch – auf. Berichterstatter ist Matthias Kollatz-Ahnen, den ich jetzt um seinen Bericht für die Antragskommission bitte.

Beratung der Anträge zu Umwelt, Energie und Verkehr

Matthias Kollatz-Ahnen, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen, wir schlagen euch jetzt vor, zunächst die Anträge U 1 bis U 16 zu beraten und anschließend den Initiativantrag 6, der sich mit der Gentechnik beschäftigt.

Die Empfehlungen der Antragskommission machen sich an folgender Grundlogik fest: Wo es bestehende Entscheidungen der SPD gibt, wird auf die jeweiligen Dokumente verwiesen. Anträge mit Detailcharakter werden der Bundestagsfraktion übergeben und die Punkte, bei denen es auf eine Positionierung der SPD ankommt, empfehlen wir zur Annahme und Beschlussfassung. Das betrifft insbesondere den Initiativantrag 6 und den Antrag U 5. Mit diesen Vorbemerkungen könnten wir anfangen.

Bei U 1 wird vorgeschlagen: Überweisung an die Bundestagsfraktion.

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Gibt es Wortmeldungen dazu? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen, die mit einer Überweisung an die Bundestagsfraktion einverstanden ist, um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Empfehlung der Antragskommission ist damit einstimmig beschlossen.

Matthias Kollatz-Ahnen, Antragskommission: Im Antrag U 2 geht es um die Energiewende. Einige grundsätzliche Aussagen dazu finden sich auch im bereits beschlossenen Initiativantrag 1. Hier wird ebenfalls Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen.

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig.

Matthias Kollatz-Ahnen, Antragskommission: Antrag U 3 beschäftigt sich mit dem Schienenverkehr. Auch bei diesem Antrag wird vorgeschlagen, ihn an die Bundestagsfraktion zu überweisen.

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist einstimmig.

Matthias Kollatz-Ahnen, Antragskommission: Im Antrag U 4 geht es um die Umschichtung von Fördermitteln straßengebundener ÖPNV zugunsten der DBAG. Auch hier lautet der Vorschlag: Überweisung an die Bundestagsfraktion und zusätzlich an die Landtagsfraktionen.

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Gibt es Wortmeldungen? – Ich lasse abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch hier ist einstimmig so beschlossen.

Matthias Kollatz-Ahnen, Antragskommission: Jetzt kommen wir zum Antrag U 5. In den einleitenden Bemerkungen hatte ich schon auf Folgendes hingewiesen: Wir meinen, dass sich die SPD hier positionieren sollte. Über das Thema LKW- und PKW-Maut ist in den letzten Tagen und Wochen relativ viel diskutiert worden. Die Antragskommission schlägt deshalb Folgendes vor: Mit der Annahme von Punkt 3 wird klargestellt, dass es klare Position der SPD ist und bleibt, dass die PKW-Maut abgelehnt wird.

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Okay, vorgeschlagen ist konkret: Punkt 1 und 2 sind durch Regierungshandeln erledigt, Punkt 3 wird an die Bundestagsfraktion überwiesen und der letzte Absatz wird zur Annahme empfohlen. – Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Matthias Kollatz-Ahnen, Antragskommission: Die Anträge U 6 und U 7 sollten gemeinsam aufgerufen werden, weil sie thematisch zusammenhängen. Hier geht es um die Frage des Tempolimits. In beiden Punkten wird Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen.

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Es ist so beschlossen.

Matthias Kollatz-Ahnen, Antragskommission: Antrag U 8 betrifft die Lichtpflicht im Straßenverkehr. Hier hat die Antragskommission Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen.

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist so beschlossen.

Matthias Kollatz-Ahnen, Antragskommission: Bei Antrag U 9 geht es um Gesundheit und Umwelt, zum Beispiel den Verkehrslärm. Auch hier wird Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen.

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch das ist einstimmig.

Matthias Kollatz-Ahnen, Antragskommission: Der Antrag U 10 beschäftigt sich mit dem Thema Luftqualität. Auch hier wird Überweisung empfohlen.

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch das ist einstimmig.

Matthias Kollatz-Ahnen, Antragskommission: Der Antrag U 11 betrifft ein ganz anderes Thema, welches wir an anderer Stelle auf dem Parteitag schon diskutiert haben: Es geht um das atomare Forschungsbergwerk Asse. Dabei empfiehlt die

Antragskommission Überweisung an die Bundestagsfraktion sowie an die Landtagsfraktion in Niedersachsen.

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Dazu gibt es eine Wortmeldung, und zwar von Werner Blumeyer.

Werner Blumeyer, Braunschweig: Liebe Genossinnen und Genossen! In einem Papier der GSF, der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung in München, der Betreiber des vermeintlichen Endlagers in der Asse ist, heißt es: „Radioaktive Abfälle in der Asse sollten umweltverträglich, langzeitsicher und nachsorgefrei gelagert werden.“ Aber wie soll dies geschehen angesichts der seit 1988 – entgegen früheren Annahmen – geltenden Absicht, dort schwach- und mittelradioaktive Abfälle lagern zu wollen, und der Tatsache, dass seit 1988 Laugenzuflüsse von heute 12 m³ pro Tag vorliegen, die man nicht stoppen kann? Angesichts der Tatsache, dass zudem das über diesem Salzstock in der Asse liegende Deckgebirge derart drückt, dass Risse im Salzstock eintreten und diese Laugenzuflüsse den Salzstock durchsetzen? Wie kann man in einer wässrigen Lösung schwach- und mittelradioaktive Abfälle in Fässern lagern wollen, wenn diese sich aufgrund von Korrosion in einigen Jahren auflösen würden und die Gefahr besteht, dass diese radioaktiven Nuklide in die Biosphäre gelangen und die Menschen mit radioaktiver Strahlung verseuchen? In diesem Asse-Schacht liegen radioaktive Abfälle mit gewaltigen Aktivitäten: 125.000 Fächer schwachradioaktiver atomarer Müll mit einer Aktivität von 1,9 mal 10¹⁵ Bq und 1.300 Fässer mittelradioaktiver atomarer Abfall mit einer Aktivität von 1,10 mal 10¹⁵ Bq, wobei Isotope dabei sind, die, bei Uran 238, eine Halbwertszeit von 4,5 Milliarden Jahren oder, bei Radium 226 – vielleicht kann man das eher abwarten –, von 1.600 Jahren haben.

Ich meine, dies klingt nach einem schlimmen Szenario, das auf die Menschen zukommen kann. Deshalb muss, wie es der Antrag des Bezirks Braunschweig formuliert, der am 5. November inhaltsgleich vom Landesparteitag Niedersachsen in Walsrode angenommen wurde, ein Optionsvergleich erfolgen. Neben dem, was die GSF in ihrer Perspektive als Stilllegungsvorhaben plant, nämlich den Schacht mit MgCl₂-Lösung zu verfüllen und ihn damit so stillzulegen, dass es unmöglich ist, die Abfälle jemals wieder herauszuholen, brauchen wir einen wissenschaftlichen Optionsvergleich, der die Möglichkeiten unabhängig und von Wissenschaftlern erörtern lässt. So könnte überprüft werden, ob nicht eine Lösung wie die in Morsleben geplante denkbar ist, wo man den Salzstock mit Beton umhüllt und ihn so von der Biosphäre abschließt. Daneben sollte auch erörtert werden, ob die bisher eingelagerten schwach- und mittelradioaktiven Abfälle wieder herausgeholt werden können.

Es gibt eine Bandbreite von Alternativen. Insoweit setzt sich dieser Antrag in seinem Kern damit auseinander, einen solchen Optionsvergleich zu fordern. Ich bitte den

Parteitag darum, dem inhaltlich zuzustimmen, anstatt den Antrag einfach der Bundestags- und der Landtagsfraktion als Material zur Verfügung zu stellen; insbesondere deswegen, weil es eilt: In etwa einem Jahr möchte die GSF den Schacht verfüllen.

Ich stelle den Antrag, den Antrag U 13, der diesen Optionsvergleich fordert, zu übernehmen. Im Antrag U 11 steht weiter drin, dass man ein Infozentrum errichten möchte, damit zukünftige Generationen über die unterirdische Gefährdung im Asse-Schacht informiert werden. Darüber hinaus sollen im Umfeld des Asse-Schachtes ständige Messstationen errichtet werden. Letzteres aber hat Zeit; darüber können die Fraktionen beraten. Pädagogisch ist es vielleicht ganz gut, wenn man sich dort einmal mit diesem Thema auseinander setzen muss. Das also kann ich gelten lassen. Allerdings bitte ich euch dringend, diesen Optionsvergleich zu unterstützen, was heißt, den Antrag U 13 zu befürworten. Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Matthias Kollatz bitte.

Matthias Kollatz-Ahnen, Antragskommission: Bislang war nur Antrag U 11 aufgerufen, aber dass jetzt auch zum Antrag U 13 gesprochen wurde, ist richtig; denn die Empfehlung zu U 11 würde ja eine Erledigung von U 13 nach sich ziehen.

Zur Sache – ich hatte vorhin versucht, es allgemein zu fassen –: Im Laufe des Parteitages hat der zukünftige Umweltminister angekündigt, dass man nicht einfach in eine Realisierung eintreten wolle, sondern tatsächlich Alternativen untersuchen lassen möchte. Gleichwohl hat er, wenn ich Sigmar Gabriel richtig verstanden habe, keinen Zweifel daran gelassen, dass man sich mit der Frage eines Endlagers befassen muss.

Insofern ich mich inhaltlich damit beschäftigen konnte, teile ich die Auffassung, dass das Thema Asse II in der Tat kritische Punkte enthält. Diese sind dem Parteitag unter anderem durch eine Flugblattaktion bekannt gemacht worden. Die Antragskommission hat sich aber nicht deshalb für eine Überweisung entschlossen, weil das Thema inhaltlich kontrovers ist, sondern weil sie so der Logik des bereits Beschlossenen folgt. Darüber hinaus hat die Bundestagsfraktion ohnehin angekündigt, das Thema – wenn auch etwas breiter – aufzugreifen. Ich denke, deshalb kann hier in unserem Sinne entschieden werden. Die Antragskommission wird ihr Votum an diesem Punkt nicht ändern. Wer jetzt also gegen die Empfehlung der Antragskommission stimmt, votiert für einen solchen Optionsvergleich. Aus verfahrenstechnischen Gesichtspunkten würde ich allerdings vorschlagen, dann trotzdem den Antrag U 11 und nicht den Antrag U 13 – die beiden Anträge sind annähernd wortgleich – zur Grundlage zu machen. Die Antragskommission ist der Auffassung, dass man auch mit einer Überweisung an die Bundestagsfraktion das Thema Optionsvergleich aufgreift, weil die Koalition dies entsprechend umsetzen wird.

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Ich lasse jetzt über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wir stimmen nicht inhaltlich ab, sondern nur darüber, ob dieses Thema in der Bundestagsfraktion und in der Landtagsfraktion behandelt werden soll. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einer Reihe von Gegenstimmen ist das Votum der Antragskommission eindeutig angenommen. Dieser Antrag wird also an Bundestagsfraktion und Landtagsfraktion überwiesen.

Dann kommen wir zu U 16. Dazu zunächst die Antragskommission, und dann gibt es eine Wortmeldung von Michael Müller.

Matthias Kollatz-Ahnen, Antragskommission: Bei U 16 ist die Empfehlung der Antragskommission: Überweisung an die Bundestagsfraktion. Dazu liegen aber wohl noch Wortmeldungen vor.

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Ja. – Michael Müller, bitte!

Michael Müller, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen, ich nehme den Antrag zum Anlass meiner Wortmeldung, weil ich glaube, dass Ressourceneffizienz, Kreislaufwirtschaft, Stoffwirtschaft ein zentrales Thema ist, um auf der einen Seite die Erfolgsgeschichte der rot-grünen Koalition, nämlich das Vorantreiben der ökologischen Modernisierung, fortzusetzen, und auf der anderen Seite neue Schwerpunkte zu setzen. Das halte ich auch für richtig.

Ich möchte euch darauf hinweisen, dass in dieser Koalitionsvereinbarung, die wir gestern hier akzeptiert haben, so viel Umweltpolitik wie bisher noch nie in einer Koalitionsvereinbarung steht. Die Partei muss sich darüber im Klaren sein, dass das für uns eine ganz große Chance ist, ein Zukunftsthema im Sinne des sozialen, ökonomischen und ökologischen Fortschritts zu beschreiben. Diese Chance dürfen wir uns nicht entgehen lassen. Deshalb, finde ich, muss man dazu ein paar Punkte ansprechen.

Ich glaube, dass Stoffwirtschaft und Ressourcenwirtschaft – das wird sicherlich der Schwerpunkt sein, den Sigmar Gabriel und wir alle dann gemeinsam vorantreiben müssen – entscheidende Punkte sein werden, um unser großes Thema Arbeit und Umwelt ins Zentrum zu rücken.

Wir müssen davon abkommen, Umweltpolitik sozusagen als Randthema zu begreifen. Sie ist der Motor für Innovation, sie ist der Motor für eine leistungsstarke Wirtschaft in der Globalisierung, und sie hat gleichzeitig hohe Beschäftigungswirkungen.

Das Kernproblem ist doch: Wenn die volkswirtschaftlichen Wachstumsraten sinken und die Produktivität einseitig über den Faktor Arbeit läuft, bedeutet das in der Konsequenz: Es wird immer mehr Arbeit durch Technik ersetzt. Ein Großteil unserer Arbeitslosigkeit ist in der Bundesrepublik auch technologisch bedingt.

Die große Vision, die wir voranstellen müssen, ist: Statt Menschen arbeitslos zu machen, sollten wir lieber Kilowattstunden, Material und Ähnliches arbeitslos machen. Wir sollten also die Produktivität über andere Sektoren steigern. Das ist eine große Zukunftsidee, liebe Genossinnen und Genossen. Diese Zukunftsidee muss mit uns verbunden sein.

Wenn man die letzten 30 Jahre betrachtet, stellt man fest, dass die Arbeitsproduktivität etwa um 260 Prozent gestiegen ist. Die Energie- und Ressourcenproduktivität ist nur um etwa 70 bis 80 Prozent gestiegen. Das bedeutet: Wenn die Energie- und Ressourcenproduktivität genauso gestiegen wäre wie die Arbeitsproduktivität, hätten wir immer mehr Arbeit geschaffen, indem wir unnötigen Energie- und Materialeinsatz verhindert hätten. Das ist eine große Idee. Wir hätten nämlich Material durch menschliche Arbeit und durch Technik ersetzt. Das ist also genau der umgekehrte Weg zu dem, der heute zu technologisch bedingter Arbeitslosigkeit führt.

Wenn wir das große Thema Arbeit und Umwelt wieder voranstellen, dann rücken wir ein Zukunftsthema in den Vordergrund, das überall in der Welt von Bedeutung ist. Denn die ökologischen Märkte sind Zukunftsmärkte.

Deshalb bitte ich euch: Behandelt das ökologische Thema nicht als ein Randthema. Es ist vor allem wichtig für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

(Beifall)

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Ich habe keine weitere Wortmeldung zu U 16. Dann bitte ich die Antragskommission um ihre Stellungnahme.

Matthias Kollatz-Ahnen, Antragskommission: Die Empfehlung der Antragskommission war Überweisung an die Bundestagsfraktion.

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Okay. Das lasse ich abstimmen. Ich bitte um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist damit einstimmig angenommen. Dann kommen wir zu I A 6.

Matthias Kollatz-Ahnen, Antragskommission: Der Initiativantrag 6 ist als loses Blatt ausgedruckt und müsste den Delegierten vorliegen. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in einer geänderten Fassung. Das möchte ich gerne vortragen. Guckt euch bitte die Seite 2 dieses umgedruckten Antrags an. Der zweite Spiegelstrich, der dort ein bisschen eingerückt ist, beschäftigt sich mit der Regulierung möglicher Schadensfälle.

Dort empfiehlt die Antragskommission auch im Lichte der Koalitionsvereinbarung eine andere Formulierung. Die Koalitionsvereinbarung regelt einen Fall, und hier soll eine weitergehende SPD-Position festgeschrieben werden – was auch richtig ist.

Die Koalitionsvereinbarung regelt auf der Seite 61, dass sie von einem Koexistenzmodell unterschiedlicher Bewirtschaftungsformen unter Anwendung der grünen Gentechnologie ausgeht. Sie sagt dann, dass für Schäden, die trotz Einhaltung aller Vorsorgepflichten und der Grundsätze guter fachlicher Praxis in der Landwirtschaft eintreten, ein Ausgleichsfonds eingerichtet werden soll und langfristig eine Versicherungslösung angestrebt wird. – So weit die Koalitionsvereinbarung.

Die Antragskommission empfiehlt, dies klarer und insofern auch etwas anders zu formulieren, als es von den Antragstellern gesehen worden ist. Sie schlägt vor, diesen Spiegelstrich auf der zweiten Seite zu ersetzen:

„Deshalb müssen für sämtliche möglichen Schadensfälle die Haftung und der Ausgleich geregelt sein.“ Jetzt kommt erst die weitergehende Position: „Für den Schaden müssen die Verursacher haften. Für Schadensfälle, die darüber hinaus trotz Einhaltung der guten fachlichen Praxis in der Landwirtschaft und der Vorsorgepflichten eintreten, soll ein durch die Wirtschaft finanzierter Ausgleichsfonds eingerichtet werden.“

Die Formulierung in dem ausgedruckten Antrag ist in diesem Punkt in manchen Situationen unklarer. Wir meinen als Antragskommission, dass wir damit das Gewollte und die weitergehende SPD-Position klarstellen.

Ansonsten beschäftigt sich dieser Antrag grundsätzlich mit dem Thema der Gentechnik freien Landwirtschaft und schlägt den sicherlich sehr richtigen und zukunftsweisenden Weg vor, durch eine möglichst klare Kennzeichnung dieses Thema auch für die Konsumenten durchschaubar und längerfristig auch überschaubar zu machen.

Der Kampf auf der Ladentheke geht dann darum, dass wir davon ausgehen, dass möglichst viele Verbraucherinnen und Verbraucher tatsächlich Gentechnik freie Nahrungsmittel auch in Zukunft haben wollen.

In dieser Fassung bittet die Antragskommission um Zustimmung.

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Hauke Jagau!

Hauke Jagau, Niedersachsen: Genossinnen und Genossen, das klingt relativ harmlos, was da als Änderung kommt. Das ist es allerdings aus meiner Sicht nicht. Wenn man sich die Texte genauer anguckt, stellt man fest, dass wir uns ursprünglich noch darüber einig waren – das steht da –, dass bei allen noch anstehenden rechtlichen Regelungen im Bereich grüner Gentechnik die wirtschaftlichen Interessen den Umwelt- und Verbraucherinteressen untergeordnet werden sollen.

Das heißt, da gab es einen ganz klaren Primat. Wir wussten, dass derjenige, der verändern will, der damit Wirtschaft machen will, auch haftet und sich darum kümmern

muss. Jetzt klingt das etwas anders: Nun soll Sorgfalt walten, und danach soll es einen Ausgleichsfonds geben. Das ist schon eine elementare Veränderung in der Sache.

Ich meine, dass wir gut beraten sind, auch wenn es einen Koalitionsvertrag gibt, dass wir unsere sozialdemokratischen Standpunkte erhalten. Wir sollten jetzt nicht einen Rückschritt machen und zukünftig vielleicht sogar sagen: Wer in welcher Art und Weise auch immer durch Gentechnik verändert auf die Welt kommt und einen Schaden hat, der bekommt ein bisschen Geld.

Es muss gelten: Wir wollen solche Sachen nicht. Deshalb würde ich darum bitten, dass wir den Ursprungsantrag in der Fassung so behalten. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Bitte noch einmal Matthias!

Matthias Kollatz-Ahnen, Antragskommission: Die Passage, die eben als zur Streichung vorgesehen vorgetragen worden ist, ist von der Antragskommission nicht zur Streichung empfohlen. Die Antragskommission empfiehlt nur die Zeilen 11 bis 13 in der von mir vorgetragenen geänderten Fassung. Die Priorität für den Verbraucherschutz und die Aspekte, die eben vorgetragen worden sind, kommen in den Zeilen 15 und folgende. Es mag einen Meinungsunterschied für das andere Thema geben. Wir haben uns allerdings die Frage vorgelegt, ob das, was in dem zweiten Spiegelstrich enthalten ist, wirklich möglich ist, und haben das negativ beantwortet. Die Antragskommission bleibt bei ihrer Fassung und bittet für diese um Zustimmung.

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Der Antrag wird zurückgezogen. Das heißt, wir stimmen über die Änderungen in der Fassung der Antragskommission ab. Wer dem Initiativantrag A 6 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist bei einigen Gegenstimmen mit großer Mehrheit so beschlossen.

Damit haben wir das Antragspaket zu Umwelt, Energie und Verkehr abgeschlossen.

Ich übergebe nun an Ute Vogt.

Beratung der Anträge zu Familie, Frauen und Gleichstellung

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Bärbel. – Liebe Genossinnen und Genossen, ich rufe die Anträge zum Thema Familie auf. Ich darf euch bitten, das Antragsbuch auf Seite 122 aufzuschlagen. Es geht jetzt um Familie, Frauen und Gleichstellungspolitik, und zwar um die Anträge G 1 bis G 7. Für die Antragskommission hat Elke Ferner das Wort.

Elke Ferner, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen, es liegen, wie gesagt, sieben Anträge vor. Sie beschäftigen sich zum einen mit dem Thema Elterngeld, zum Zweiten mit dem Thema Kinderbetreuung, Frauenförderung in der Privatwirtschaft und mit den EU-Gleichbehandlungsrichtlinien.

Vielleicht erlaubt ihr mir an dieser Stelle, einfach einmal Danke zu sagen: Danke an Renate Schmidt, die heute nicht hier ist, die in den Verhandlungen zum Koalitionsvertrag mit dafür verantwortlich gewesen ist – Bärbel Dieckmann und ich waren auch dabei –, dass wir einen ganz zentralen Punkt aus unserem Wahlmanifest, nämlich die Einführung eines Elterngeldes ab 2007, im Koalitionsvertrag verankern konnten. Ich glaube, wir sollten ihr hier von diesem Parteitag noch einmal ein herzlichen Dankeschön sagen, auch für das, was sie in den vergangenen Jahren in der Regierung geleistet hat.

(Beifall)

Den Antrag G 2 wollten wir beim Thema Elterngeld zur Grundlage der Beratungen machen. Es gibt da eine Fassung der Antragskommission. Ich kann euch sagen, dass fast alle Punkte im Koalitionsvertrag verankert werden konnten. Wir empfehlen euch Annahme in der Fassung der Antragskommission. Das stärkt uns wahrscheinlich auch im konkreten Regierungshandeln. Denn ihr wisst ja, dass das Familien- und Frauenministerium leider nicht eines unserer Ministerien ist. Vielmehr müssen wir dort gucken, dass das, was im Koalitionsvertrag beschlossen worden ist, richtig in Gesetzgebung umgesetzt wird.

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Es liegen mir bislang keine Wortmeldungen dazu vor. Dann können wir gleich zur Abstimmung schreiten. Wer dem Antrag in der von Elke vorgetragenen Fassung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltung? – Dann ist dieser Antrag angenommen. Vielen Dank.

Elke Ferner, Antragskommission: Damit wäre der Antrag G 1 auch erledigt.

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Damit ist auch der Antrag G 1 erledigt, ja.

Elke Ferner, Antragskommission: Bei dem Antrag G 3 geht es um das Thema Kinderbetreuung. Da empfehlen wir Überweisung an die Bundestagsfraktion und an die Landtagsfraktionen.

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Auch hierzu gibt es keine Wortmeldungen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den Antrag G 3 an die Bundestags- und Landtagsfraktionen zu überweisen, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist auch der Antrag G 3 so weiterempfohlen.

Elke Ferner, Antragskommission: Beim Antrag G 4 geht es um das Tagesbetreuungs- ausbaugesetz. Auch da empfehlen wir Überweisung an die Bundestagsfraktion und an die Landtagsfraktionen.

Vielleicht noch ein Hinweis für euch, die ihr in den Ländern politische Verantwortung trägt: Wir haben in den Koalitionsvertrag einen Passus aufgenommen, in dem steht, dass die Länder das, was sie beim Wohngeld durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe einsparen, an die Kommunen weitergeben müssen. Das passiert leider in den wenigsten Ländern. Darum noch einmal für euch der Hinweis, dass ihr euch auch bei den schwarz geführten Landesregierungen auf den Koalitionsvertrag berufen könnt.

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Wer stimmt der Überweisung des Antrags G 4 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist auch der Antrag G 4 so überwiesen.

Elke Ferner, Antragskommission: Beim Antrag G 5 geht es um Frauenförderung in der privaten Wirtschaft. Da empfehlen wir ebenfalls Überweisung an die Bundestagsfraktion und an die Landtagsfraktionen.

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Danke schön. – Antrag G 5: Wer möchte dem Votum der Antragskommission auf Überweisung zustimmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist auch dieser Antrag entsprechend an Bundestags- und Landtagsfraktionen überwiesen.

Elke Ferner, Antragskommission: Beim Antrag G 6 geht es um die so genannte EU-Gleichbehandlungsrichtlinie. Da ist der erste Absatz durch Zeitablauf erledigt. Die Richtlinie wurde im Europäischen Rat am 13. 12. 2004 beschlossen.

Den zweiten Absatz empfehlen wir zur Überweisung an die Bundestagsfraktion.

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Wer der Empfehlung der Antragskommission zum Antrag G 6, wie sie die Elke vorgetragen hat, zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Danke schön, dies ist so angenommen.

Wir kommen jetzt noch zum Antrag G 7.

Elke Ferner, Antragskommission: Andere Richtlinie, gleiches Votum der Antragskommission: erster Absatz erledigt durch Zeitablauf, den Rest an die Bundestagsfraktion überweisen.

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Ich darf zu dem letzten Antrag dieses Kapitels sagen: Wer hier seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Dies ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Haben wir auch keine. Dann ist auch dieser Antrag überwiesen.

Ich danke für die Teilnahme und der Elke für ihre Arbeit.

Gibt es Wahlergebnisse? – Das ist der Fall. Kurt Beck übernimmt jetzt.

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Liebe Genossinnen und Genossen! Das Wort hat die Zählkommission.

(Beifall)

– Jawohl, sie hat einen Beifall verdient. Das ist eine harte und anstrengende Arbeit.

Krimhild Fischer, Zählkommission: Wir haben ein erstes Ergebnis. Ich verlese zunächst diejenigen, die im ersten Wahlgang die erforderliche Stimmenanzahl erreicht haben:

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Ich darf bitten, dass du das sehr langsam machst, weil ja wahrscheinlich alle mitschreiben wollen. – Danke.

1. Wahlgang für die weiteren Mitglieder des Parteivorstands

Krimhild Fischer, Zählkommission: Gewählt wurden: Wolfgang Thierse mit 410 Stimmen, Jens Bullerjahn mit 406 Stimmen, Peter Struck mit 399 Stimmen, Edelgard Bulmahn mit 372 Stimmen, Wolfgang Tiefensee mit 369 Stimmen, Birgit Fischer mit 355 Stimmen, Joachim Poß mit 352 Stimmen, Franz Maget mit 337 Stimmen, Niels Annen mit 323 Stimmen, Andrea Nahles mit 323 Stimmen, Martin Schulz mit 315 Stimmen, Ludwig Stiegler mit 312 Stimmen, Heiko Maas mit 303 Stimmen, Hannelore Kraft mit 302 Stimmen, Barbara Hendricks mit 299 Stimmen, Jochen Dieckmann mit 297 Stimmen, Christoph Matschie mit 293 Stimmen, Ute Berg mit 291 Stimmen, Hermann Scheer mit 290 Stimmen, Susanne Kastner mit 287 Stimmen, Ottmar Schreiner mit 281 Stimmen, Angelica Schwall-Düren mit 281 Stimmen, Wolfgang Jüttner mit 279 Stimmen, Olaf Scholz mit 276 Stimmen und Andrea Ypsilanti mit 276 Stimmen.

(Beifall)

Die eben genannten 25 sind damit gewählte Mitglieder des Parteivorstandes. Es sind 17 Männer und acht Frauen.

(Beifall)

In einen zweiten Wahlgang müssen – ich verlese sie in der alphabetischen Reihenfolge mit Angabe ihrer Stimmenanzahl: Detlev Albers, 238 Stimmen, Till Backhaus, 249 Stimmen, Kurt Bodewig, 198 Stimmen, Björn Böhning, 244 Stimmen, Ulla Burchardt, 249 Stimmen, Marion Caspers-Merk, 146 Stimmen, Erika Drecoll, 80 Stimmen, Garrelt Duin, 212 Stimmen, Ursula Engelen-Kefer, 221 Stimmen, Sigmar Gabriel, 259 Stimmen, Kerstin Griese, 237 Stimmen, Gernot Grumbach, 229 Stimmen, Karin Junker, 137 Stimmen, Christian Lange, 112 Stimmen, Ulrich Maly, 213 Stimmen, Hilde Mattheis, 173 Stimmen, Manfred Schaub, 185 Stimmen, Ralf Stegner, 234 Stimmen und Rolf Stöckel, 139 Stimmen.

Das waren diejenigen, die es nicht geschafft haben. 261 Stimmen waren erforderlich.

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Vielen Dank der Zählkommission. – Liebe Genossinnen und Genossen, nachdem aus unterschiedlichen Delegationen der Wunsch geäußert wurde, sich das Ergebnis genauer anschauen zu können, schlagen wir euch vor, dass wir den Parteitag für eine halbe Stunde unterbrechen und damit auch am heutigen Tag die Gelegenheit geben, die Dröschler-Ausstellung zu besuchen. Bitte nutzt die Gelegenheit, die Aktionen der Ortsvereine zur Kenntnis zu nehmen.

Vielen Dank. Nach der Unterbrechung machen wir pünktlich mit Wahlen weiter. Ich unterbreche bis 17.45 Uhr.

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen! Die halbe Stunde ist vorbei. Ich denke, ihr alle habt aufmerksam die Ortsvereine besucht; das war gut so. Jetzt sind wir in Vorbereitung auf den zweiten Wahlgang. Bitte nehmt Platz, damit wir das miteinander hinkriegen. – Ich bitte euch noch einmal, Platz zu nehmen. Dann werden wir mit der Vorbereitung des zweiten Wahlgangs fortfahren.

Ich möchte darauf hinweisen, dass 25 Mitglieder der von uns festgelegten 37 Beisitzer gewählt sind. Es sind also noch 12 Positionen zu wählen. Ich weise zum Zweiten noch einmal darauf hin, dass noch mindestens fünf Frauen und höchstens sechs Männer zu wählen sind, weil bereits 13 Frauen gewählt sind. Dann wäre die Quote erfüllt. Aber es können auch mehr sein. Soweit dazu.

Jetzt verlese ich die Liste. Wenn der Name aufgerufen ist, bitte ich, zu erklären, ob die Kandidatur aufrecht erhalten wird oder nicht. Wer eine Erklärung abgeben möchte, kann das dann an dieser Stelle tun. Einverstanden? – Dann ist das so.

In alphabetischer Reihenfolge lese ich die Kandidaten vor, die im ersten Wahlgang nicht die erforderliche Mehrheit hatten: Detlev Albers (Detlev Albers: Ja!), Till Backhaus (Till Backhaus: Ja!), Kurt Bodewig (Kurt Bodewig: Ja!), Björn Böhning (Björn Böhning: Ja!), Ulla Burchardt (Ulla Burchardt: Ja!), Marion Caspers-Merk (Marion Caspers-Merk: Ja!), Erika Drecoll (Erika Drecoll: Ja!), Garrelt Duin (Garrelt Duin: Ja!), Ursula Engelen-Kefer (Ursula Engelen-Kefer: Ja!), Sigmar Gabriel hat mir gesagt, dass er eine Erklärung abgeben möchte. Sigmar, du hast das Wort.

Sigmar Gabriel, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe es im ersten Wahlgang – ich glaube, um zwei Stimmen – verpasst; die eine war sogar meine eigene, weil ich eben in der chinesischen Delegation war. Es ging ja eine Debatte darüber, dass die Niedersachsen zu viele Kandidaten haben. Das ist zustande gekommen, weil es bei uns keinen Landesverband gibt, sondern Bezirke. Dadurch, dass es ein paar Turbulenzen gab, ist es dazu gekommen, dass Hubertus Heil Generalsekretär geworden ist und Peter Struck noch als Fraktionsvorsitzender für den Parteivorstand kandidiert. Nun war es so, dass es in den Vorbesprechungen schwierig war, sich zu einigen, wer verzichtet. Ich weiß, dass zum Beispiel die Nordrhein-Westfalen vorgeschlagen haben, mich jetzt im zweiten Wahlgang zu wählen. Aber ich bitte euch um etwas anderes: Ich soll Minister werden. Minister haben ohnehin Zutritt zum Parteivorstand. Sie dürfen zwar nicht mit abstimmen, aber manchmal ist es ja auch gut, wenn es im Parteivorstand nicht zu Abstimmungen kommt, wie wir gelernt haben.

(Beifall)

Ich habe die Bitte, dass ihr versteht, dass ich verzichte. Ich glaube, da kann man gut mitarbeiten, auch ohne als Minister im Parteivorstand zu sein. Aber ich habe die Bitte, dass ihr Garrelt Duin wählt. Garrelt ist der neue Landesvorsitzende in Nieder-

sachsen. Wir haben bei uns nach der Landtagswahl ein paar Überlegungen angestellt, wie wir uns neu aufstellen, damit wir möglichst bald wieder eine Mehrheit bekommen. Wolfgang Jüttner ist der Fraktionsvorsitzende und er will auch Spitzenkandidat werden; er ist im Parteivorstand. Ich finde, der Landesvorsitzende aus Niedersachsen gehört auch in den Parteivorstand. Deswegen bitte ich euch um Verständnis, dass ich verzichte. Gleichzeitig bitte ich euch, Garrelt Duin in den Parteivorstand zu wählen. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Sigmar! Ich rufe dann weiter auf: Kerstin Griese (Kerstin Griese: Ja!), Gernot Grumbach (Gernot Grumbach: Ja!), Karin Junker (Karin Junker : Ja!), Christian Lange verzichtet. Ulrich Maly (Ulrich Maly: Ja!), Hilde Mattheis (Hilde Mattheis: Ja!), Manfred Schaub (Manfred Schaub: Ja!), Ralf Stegner (Ralf Stegner: Ja!), Rolf Stöckel (Rolf Stöckel: Ja!).

Genossinnen und Genossen, in Absprache mit Matthias Platzeck möchte ich euch darum bitten, darauf zu achten, dass jeder Landesverband vertreten sein sollte. Weil auf dem Stimmzettel und auf dem letzten Zettel mit den Vorschlägen, der verteilt worden ist, die Landesverbände und Bezirke nicht mehr standen: Bei der ersten Vorlage, die ihr bekommen habt, könnt ihr die Namen noch einmal vergleichen, sodass ihr sie, wenn ihr es nicht mehr wisst, zuordnen könnt.

Jetzt weise ich noch einmal auf die Bedingungen hin. Es können noch höchstens 12 gewählt werden; es werden mindestens sechs anzukreuzen sein. Aber jetzt müssen wir erst den Stimmzettel drucken. Wenn er ausgeteilt ist, werde ich das Notwendige zum weiteren Wahlverfahren sagen. Bis dahin fahren wir mit der Antragsberatung fort. Ute Vogt hat das Wort.

Beratung der Anträge Wirtschaft und Arbeit

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Kurt! Ich darf die Antragsbereiche Wirtschaft und Arbeit aufrufen. Wir kommen jetzt zu den Anträgen W 1 bis W 27. Ihr findet sie im Antragsbuch auf den Seiten 32 bis 44. Für die Antragskommission hat Andrea Nahles das Wort.

Andrea Nahles, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! W 1 ist ein Antrag, der die gesamte Palette der Arbeitsmarktpolitik aufruft. Wir von der Antragskommission schlagen vor, dass es eine Zweiteilung des Votums gibt. Punkt 1, wirksame Arbeitsmarktpolitik, schlägt die Antragskommission zur Überweisung an die Bundestagsfraktion, aber auch an die SPE-Fraktion vor. Zu Punkt 2, Sicherung der Arbeitnehmerrechte, würden wir bis einschließlich Zeile 40 Annahme empfehlen; „finanziell belassen“ sind die letzten Worte.

Dann kommt ein Bereich, der in vielen Anträgen eine wichtige Rolle gespielt hat: der Bereich Mindestlohn. Er kommt auch noch vielfach in anderen Anträgen vor. Hier möchte ich ausdrücklich sagen, dass die SPD ihr Ziel, eine Haltelinie im unteren Lohnbereich zu formulieren, aufrecht erhält und wir den Mindestlohn auch weiter auf der Agenda haben. Allerdings wird jetzt im Koalitionsvertrag vorgeschlagen, dass wir bis zum Sommer des nächsten Jahres zusammen mit Franz Müntefering eine neue Ordnung des gesamten Bereiches Niedriglohn erarbeiten werden – einschließlich der Mini-Jobs und der Auswirkungen, die die Dienstleistungsrichtlinie, die Anfang nächsten Jahres verabschiedet wird; in welcher Form, das wissen wir noch nicht genau. Die Frage der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung usw. müssen wir noch einmal neu ordnen, mit dem Ziel, mehr sozialversicherungspflichtige und vor allen Dingen mehr Existenz sichernde Arbeit in Deutschland zu schaffen. Das ist also nicht aufgehoben. Deswegen empfehlen wir, dass wir diesen Bereich so mit W 1 aufrufen. Ich bitte euch, dem Votum der Antragskommission zuzustimmen.

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Danke schön! Ich habe dazu keine Wortmeldungen vorliegen. Dann darf ich fragen, wer beim Antrag W 1 dem Votum der Antragskommission folgen möchte. Ich bitte um das Kartenzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Vielen Dank! Dann ist dieser Antrag mit großer Mehrheit in der Fassung der Antragskommission angenommen bzw. ein Teil auch überwiesen. Ich rufe W 2 auf.

Andrea Nahles, Antragskommission: Hier handelt es sich um einen Antrag – es gibt noch mehr in der Serie –, der sich mit den Fragen und Folgen von Hartz IV beschäftigt. Das werden wir auch noch systematisch aufbereiten und auch die Ergebnisse des Ombudsrats, den wir eingerichtet haben, noch einmal auswerten. Ich bitte euch, einem Überweisungsvorschlag an die Bundestagsfraktion zuzustimmen.

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Ich darf fragen, wer der Überweisung an die Bundestagsfraktion beim Antrag W 2 zustimmen möchte. – Danke schön! – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Vielen Dank! Dann ist W 2 so überwiesen. Antrag W 3.

Andrea Nahles, Antragskommission: Hier können wir feststellen, dass wir die Tarifautonomie – so hat es der Antragsteller gesagt – retten sollen; das haben wir geschafft. In diesem Sinne würden wir sehr gerne die Annahme empfehlen, allerdings aus verschiedenen, vor allem stilistischen Gründen nicht den letzten Passus. Das ist aber nur eine Kleinigkeit. Natürlich stehen wir weiter zur Tarifautonomie. Also: Annahme in der Fassung der Antragskommission.

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Wer dem Antrag W 3 in der Fassung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön! – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Vielen Dank! Damit ist Antrag W 3 so angenommen. Antrag W 4.

Andrea Nahles, Antragskommission: Hier geht es um den Kündigungsschutz. Wir haben darüber ja auch im Zusammenhang mit dem Koalitionsvertrag diskutiert. Wir haben hier keine Überweisung und keine andere Relativierung vorgenommen: „Erledigt nach Wahlmanifest“ heißt, dass wir uns natürlich einen weiter gehenden Kündigungsschutz vorstellen. Das ist auch weiterhin für die Sozialdemokratie ein wichtiger Punkt. Deswegen bleibt es bei den programmatischen Aussagen des Wahlmanifests. Aber wir haben natürlich – das müssen wir sagen – im Koalitionsvertrag eine andere Festlegung als Kompromiss getroffen. Ich bitte euch, dem Votum der Antragskommission zu folgen.

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Danke schön! W 4: erledigt durch Wahlmanifest. Wer möchte dem zustimmen? – Danke schön! – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Vielen Dank! – Antrag W 5.

Andrea Nahles, Antragskommission: Hier geht es um die Anträge W 5 bis W 11. Es handelt sich um die ganze Palette Mindestlohn. Wie gesagt, hier würde ich so verfahren wollen, wie ich es eben angekündigt habe: Das fließt in das nächste halbe Jahr mit ein. Wir werden eine eigene Arbeitsgruppe einsetzen, die das ausarbeiten soll; das werden wir auch in der Fraktion machen. Auch hier gehen wir davon aus – „erledigt durch Wahlmanifest“ –, dass wir die Forderung Mindestlohn in diesem Sinne aufrecht erhalten.

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Danke schön. – Dann darf ich fragen, wer dem Votum zustimmt „erledigt durch Wahlmanifest“, ergänzt dadurch, dass es in die Arbeit der Fraktion und der Arbeitsgruppen der Partei einfließt, Antrag W 5 bis W 11. Wer dem Votum zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann wird so verfahren. – Antrag W 12.

Andrea Nahles, Antragskommission: Bei W 12 würde ich gerne darauf hinweisen, dass wir nachher noch einen Antrag I 4 zum Thema Weiterbildung haben, den wir zur Annahme empfehlen, weil das Thema Weiterbildung, Qualifizierung als ein wichtiger Baustein der Arbeitsmarktpolitik von unserer Seite unstrittig ist und weiter ausgebaut werden soll. Die CDU hat da andere Auffassungen. Ich plädiere aber dafür, dass wir hier überweisen und später den Antrag I 4 annehmen. Da wird das noch mal deutlicher.

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Danke schön. – Dazu liegt mir eine Wortmeldung vor. Ruth Weckenmann, Baden-Württemberg.

Ruth Weckenmann, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Natürlich könnte ich auch gut mit dem Votum der Antragskommission leben, dies an die Bundestagsfraktion zu überweisen. Aber mir ist es dennoch wichtig, dass bei der Bundestagsfraktion deutlich ankommt, um was es geht.

Insbesondere Frauen, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, weil sie in Bedarfsgemeinschaften leben oder durch einen Ehemann abgesichert sind, haben im Prinzip auch keinen Anspruch auf Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit. Theoretisch hätten sie es. Aber sie sind keine Kunden, die Geld kosten, und die Mittel werden an diejenigen weitergegeben, die direkt Geld kosten.

Jetzt höre ich, dass die Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik mühsam verteidigt werden. Ich hoffe, dass sie weiter verteidigt werden. Aber mir ist es einfach ein Anliegen, dass euch klar ist: Mit dem gesamten Weiterbildungsinitiativantrag habt ihr das Problem nicht erledigt. Wir brauchen eine ganz deutliche Aussage, wie die Ämter, wie die Jobcenter verfahren sollen, damit auch die Frauen, die zwar kein Arbeitslosengeld II erhalten, aber dennoch zurück auf den Arbeitsmarkt wollen, an Qualifizierungsmaßnahmen kommen.

Deswegen wäre mir das Liebste natürlich die Annahme des Antrages. Wenn sich die Mehrheit von euch da durchsetzen würde, dann würde mich das sehr freuen. Ich bitte um eure Unterstützung. Wir könnten hier ein deutliches Signal geben.

(Beifall)

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Andrea Nahles.

Andrea Nahles, Antragskommission: Das Anliegen als solches ist unstrittig. Es gibt allerdings zwei Punkte in eurem Antrag, die konkrete, auch finanzielle, Auswirkungen haben. Einmal legt ihr euch fest, dass diese Mittel aus Steuermitteln aufgebracht werden sollen. Zweitens formuliert ihr einen Rechtsanspruch. Das ist ein juristischer Begriff und einklagbar. Da wird es dann schwierig. Insoweit bleiben wir bei Überweisung an die Bundestagsfraktion. Ich möchte noch einmal auf I 4 verweisen. Ich finde,

dass euer Anliegen berechtigt ist. Aber so in dieser Fassung hier plädiere ich weiterhin für Überweisung, nicht im Sinne von Erledigung, sondern von Umsetzung, allerdings ohne daraus in der Form, wie es hier formuliert ist, juristische Ansprüche abzuleiten.

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Danke schön. – Dann kommen wir zur Abstimmung über das Votum der Antragskommission. Wer bei B 12 dem Votum der Antragskommission, Überweisung an die Bundestagsfraktion, folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist der Antrag überwiesen. Damit ist der Antrag von Ruth Weckenmann erledigt.

(Zuruf: Auszählen!)

Dann bitte ich noch einmal alle Delegierten, an der Abstimmung auch teilzunehmen. Antrag W 12. Zur Abstimmung steht das Votum der Antragskommission auf Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wer diesem Votum zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Was sagt der Rest des Präsidiums? – Das Präsidium hier oben ist sich einig, dass das Erste die Mehrheit ist.

(Zurufe)

Antrag W 13.

Andrea Nahles, Antragskommission: W 13. Wir schlagen Überweisung an die Bundestagsfraktion vor.

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Zu W 13 liegen keine Wortmeldungen vor. – Dann darf ich fragen, wer hier dem Votum der Antragskommission zustimmen möchte, den Antrag zu überweisen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist der Antrag entsprechend überwiesen. – W 14.

Andrea Nahles, Antragskommission: Wir schlagen ebenfalls Überweisung vor.

Ute Vogt, Tagungspräsidium: W 14. Wer dem Votum der Antragskommission auf Überweisung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist auch W 14 überwiesen. – W 15.

Andrea Nahles, Antragskommission: Hier haben wir ausdrücklich formuliert „erledigt durch Gesetz und Wahlmanifest“, weil Teile des Antrages bereits abgearbeitet sind. Ich erinnere nur daran, dass es uns gelungen ist, die Angleichung Arbeitslosengeld II Ost und West tatsächlich zu verankern. Ich bitte, im Sinne der Antragskommission zu verfahren und zu überweisen bzw. erledigt durch Gesetz.

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Darf ich fragen, ob sich die Meldung zur Geschäftsordnung auf W 15 bezieht? Ich vermute, eher nicht. – Dann lasst uns die Abstimmung beenden. Wir kommen noch einmal darauf zurück.

Wer bei W 15 dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist W 15 überwiesen.

Dann hast du das Wort zur Geschäftsordnung.

Christian Reinke, Mecklenburg-Vorpommern: Es gibt aus der – von hier aus gesehen – rechten Seite den Antrag auf Auszählung zum Antrag W 12. Wir sind der Auffassung – das ist auch schon gestern bei einigen Abstimmungen deutlich geworden –, dass das Präsidium, weil es dort sitzt, Abstimmende auf der Seite relativ schlecht sieht, insbesondere deshalb, weil das Rednerpult davor steht. Deshalb beantragen wir die Auszählung der Abstimmung zu W 12.

(Beifall)

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Also gut. Dann bitte ich alle Delegierten, ihre Plätze einzunehmen, und diejenigen, die für die Auszählungsverfahren vorgesehen sind, nach vorn zu kommen. Dann rufe ich noch einmal den Antrag W 12 auf. – Wir müssen einen Moment warten, weil diejenigen, die auszählen, erst noch herbeigerufen werden; das Präsidium kann von hier aus ja nicht alle einzeln zählen. – Sie kommen.

Dann bereitet euch schon einmal vor: Es geht um eine alternative Abstimmung, den Antrag W 12 entweder zu überweisen oder – das war die Alternative – den Antrag anzunehmen.

Die Zählerinnen und Zähler nehmen ihre Plätze ein. Vielen Dank. – Dann darf ich noch einmal um die Voten bitten. Es geht um den Antrag W 12. Wer dem Votum der Antragskommission auf Überweisung folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. Lasst bitte die Hände ein bisschen länger oben, damit die Zählerinnen und Zähler es bei ihrer Arbeit einfacher haben. –

Die Stimmen für eine Überweisung sind, glaube ich, alle gezählt. Ist das richtig? – Sind die Zählerinnen und Zähler wieder einsatzbereit? – Dann bitte ich jetzt diejenigen, die dem Votum der Antragskommission nicht folgen wollen, um ihr Kartenzeichen. –

Liebe Genossinnen und Genossen, ich hoffe, dass das Ergebnis auch das Vertrauen in die Urteilskraft des Präsidiums stärkt: Wir haben 236 Ja- und 146 Neinstimmen.

(Beifall)

Damit ist dem Votum der Antragskommission gefolgt und der Antrag W 12 überwiesen.

Ich unterbreche jetzt die Antragsberatung, damit wir in den zweiten Wahlgang für die Wahl zum Parteivorstand einsteigen können. Ich gebe das Wort wieder an Kurt Beck. Danke schön.

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen –

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Entschuldigung Kurt, ich muss noch einmal das Wort ergreifen. Zwei Zähler hatten noch nicht gemeldet.

(Zurufe)

Es kommen noch 16 Jastimmen hinzu. Damit haben wir insgesamt 252 Jastimmen. Es kommen noch 32 Neinstimmen hinzu. Damit haben wir insgesamt 178 Neinstimmen. Ich darf fragen: Haben alle Zählerinnen und Zähler ihre Zahlen zum Antrag W 12 hier gemeldet? – Dann darf ich jetzt das amtliche Endergebnis der Abstimmung zum Antrag W 12 bekannt geben: Dem Votum der Antragskommission wurde mit 252 Jastimmen gegen 178 Neinstimmen gefolgt. Danke schön.

Jetzt gebe ich weiter an Kurt zum Aufruf der Wahlen.

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Liebe Genossinnen und Genossen, ich weise noch einmal darauf hin – auch in Absprache mit dem Parteivorsitzenden –, dass wir versuchen sollten, dass alle Landesverbände vertreten sind. Ihr seht, dass das für Schleswig-Holstein, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern noch nicht gilt.

Ich verlese die Namen derjenigen, die jetzt kandidieren: Detlev Albers, Till Backhaus, Kurt Bodewig, Björn Böhning, Ulla Burchardt, Marion Caspers-Merk, Erika Drecoll, Garrelt Duin, Ursula Engelen-Kefer, Kerstin Griese, Gernot Grumbach, Karin Junker, Ulrich Maly, Hilde Mattheis, Manfred Schaub, Ralf Stegner und Rolf Stöckel.

Ich bitte jetzt, die Stimmzettel zu verteilen, und weise noch einmal darauf hin, dass höchstens noch 12 Kandidatinnen und Kandidaten gewählt werden können, mindestens aber sechs gewählt werden müssen, weil es erneut eine Listenwahl ist, die wir vorzunehmen haben. Gewählt sind im zweiten Wahlgang die Kandidatinnen und Kandidaten mit der höchsten Stimmenzahl, soweit die Quote nicht verletzt wird. Auch hier sind, wenn mehr als 60 Prozent der zu besetzenden Plätze mit Kandidatinnen bzw. mit Kandidaten eines Geschlechtes besetzt sind, die weiteren Kandidatinnen und Kandidaten dieses Geschlechts nicht gewählt. In diesem Fall würde ein dritter Wahlgang stattfinden.

Sind wir uns über das Verfahren einig? – Kein Widerspruch. Dann ist das so. Dann, liebe Genossinnen und Genossen, bitte ich Euch, auf dem Stimmzettel die Kontrollnummer 6 unten rechts anzubringen. Denkt daran: höchsten 12, mindestens 6. Der Wahlgang ist eröffnet.

Ist noch jemand ohne Stimmzettel? Bitte Handzeichen! – Einzelne und hier oben die stolze Riege zu meiner Linken.

Ist noch jemand ohne Stimmzettel? – Das ist nicht der Fall. Der Wahlgang ist eröffnet. Höchstens 12, mindestens 6! Kontrollnummer 6!

Was die Kamerapositionen angeht: Bitte nehmen Sie Rücksicht auf die geheime Wahl! Ich danke Ihnen sehr dafür.

Darf ich fragen, ob wir mit dem Wahlgang so weit sind? – Das sieht so aus. Dann schließe ich den Wahlgang und bitte, die Stimmzettel einzusammeln.

Liebe Genossinnen und Genossen, wo sind noch Stimmzettel abzugeben? – Von mir aus links, also aus Plenumsicht im rechten Block müssen noch eine Reihe von Stimmzetteln abgegeben werden.

Diejenigen, die da einsammeln, und diejenigen, die zählen, haben einen schweren Job. Lasst uns ihnen mit einem Beifall zeigen, dass wir ihre Arbeit zu würdigen wissen. Vielen Dank.

(Beifall)

Denen mit den roten T-Shirts sei besonders gedankt. Es ist schon toll, wie ihr das macht. Danke.

(Beifall)

Sind alle Stimmzettel abgegeben? – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist der Wahlgang beendet. Es wird ausgezählt. Ich gebe nun weiter an Ute. Vielleicht kann sie uns eine kleine Einschätzung zum weiteren Verlauf geben. Die Auszählung wird nicht mehr sehr lange dauern. Wir machen jetzt mit der Antragsberatung weiter. Dann sehen wir, ob wir einen dritten Wahlgang brauchen und wie spät es heute Abend wird. Okay? – Prima. Ute, bitte.

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Ich kann Euch einmal einen Hinweis bezüglich unserer Planungen geben. Wir beraten jetzt weiter den Komplex Wirtschaft und Arbeit, anschließend das Thema Finanzen und Steuern und danach Sozial- und Gesundheitspolitik. Ich denke, das müsste heute zu schaffen sein.

Dann darf ich jetzt wieder Andrea Nahles bitten. Es geht um den Antrag W 16.

Andrea Nahles, Antragskommission: Hier hat die Antragskommission Überweisung an die Bundestagsfraktion vorgeschlagen. Das gilt auch noch für andere Anträge, die sich mit der Umsetzung von Hartz IV beschäftigen. Da keine Wortmeldungen vorliegen, empfehle ich, dass wir jetzt über W 16 abstimmen.

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Wer bei W 16 dem Votum der Antragskommission auf Überweisung folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist W 16 so überwiesen. – Ich rufe auf W 17.

Andrea Nahles, Antragskommission: Da würde ich in der gleichen Weise verfahren.

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Bei W 17 ist das Votum ebenfalls Überweisung an die Bundestagsfraktion. Ich darf fragen, wer diesem Votum zustimmen möchte. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der nächste Antrag ist W 18.

Andrea Nahles, Antragskommission: W 18 und W 19 befassen sich mit den 1-Euro-Jobs. Ich bin der Auffassung, dass wir da überweisen sollten, weil die Frage der 1-Euro-Jobs in dieser Arbeitsgruppe „gesamter Niedriglohnbereich“ noch einmal aufgerufen wird. Bei W 18 ist der Vorschlag Überweisung an die Bundestagsfraktion.

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Dann darf ich fragen, wer diesem Votum zustimmen möchte. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist W 18 überwiesen. –

Jetzt W 19.

Andrea Nahles, Antragskommission: Hier schlägt die Antragskommission Ablehnung vor, weil hier festgelegt wird, dass es drei Jobs geben soll, die den 1-Euro-Jobbern angeboten werden. Ihr müsst uns von der Bundestagsfraktion einen kleinen Vertrauensvorschuss geben. Was diese Zuverdienstregelungen angeht, werden wir da zu Neugestaltungen kommen. Wir können den Antrag aber in der Form nicht annehmen.

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Danke schön. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag W 19 abgelehnt. –

Dann W 20.

Andrea Nahles, Antragskommission: Für die Mini-Jobs gilt das Gleiche wie vorhin.

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Dann frage ich, wer bei W 20 für Überweisung an die Bundestagsfraktion votiert. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist der Antrag W 20 überwiesen.

Ich kann mit W 21 gleich weitermachen. Da geht es auch um eine Überweisung. Wer dieser Überweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es dazu Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist W 21 ebenfalls überwiesen.

Bei W 22 gilt das Gleiche. Wer hier für die Überweisung an die Bundestagsfraktion votiert, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist auch W 22 so überwiesen.

Dann rufe ich den Initiativantrag 4 auf, der sich mit dem Thema berufliche Weiterbildung befasst. Andrea, bitte.

Andrea Nahles, Antragskommission: Ich plädiere ausdrücklich für Annahme. Wir waren uns in der Antragskommission auch ganz einig darüber, dass wir diesen Bereich der beruflichen Weiterbildung, der in den letzten Jahren immer wieder diffamiert wurde – es hat da auch Fehlentwicklungen gegeben; aber da wurde auch ein Stück weit nachgesteuert –, unbedingt brauchen, weil sich hier deutlich zeigt, dass eine Kurzfristperspektive mit einer Langfristperspektive abgeglichen werden muss. Kurzfristig mag eine Weiterbildung nicht immer zu einer Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt führen. Aber mittelfristig zeigt sich, dass sich die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit der Einzelnen positiv auswirkt. In dem Fall ist es ein Punkt, der immer noch mit der Union strittig ist und den wir durchkämpfen müssen. Deshalb plädieren wir ganz klar für Annahme.

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Wer dem Votum folgen und den Initiativantrag zum Thema Weiterbildung annehmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist der Initiativantrag 4 damit angenommen.

Initiativantrag 5 „Tarifliche Regelungen“.

Andrea Nahles, Antragskommission: Hier hat es eine Diskussion in der Antragskommission gestern gegeben. Aber ich muss ganz ehrlich sagen: Wer auf Parteitag Tarifrträge unterstützt und wer gleichzeitig Bundestags-, Landtags- oder Europaabgeordneter ist, der sollte das bei seinen eigenen Arbeitsverhältnissen tunlichst umsetzen. Insoweit hat sich die Antragskommission dazu entschlossen, dass wir diesen Antrag I 5 unseren Kolleginnen und Kollegen in den Ländern, in der Bundestagsfraktion und auf der europäischen Ebene zur Annahme empfehlen.

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Danke schön. – Andrea, ich habe hier den Hinweis bekommen, dass dieser Antrag eine kleine Änderung erfahren hat?

Andrea Nahles, Antragskommission: Es ging um einen Passus, der die Tarifvertragsstrukturen betraf. Diesen konnten wir letztlich aber nicht übernehmen.

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Es bleibt also bei der Originalfassung des Initiativantrages. Wer diesem Initiativantrag 5, so wie er vorliegt, zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist auch dieser Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Wir kommen zu W 23.

Andrea Nahles, Antragskommission: Hier findet sich eine Bezugnahme auf die Kapitalismuskritik, die von Franz Müntefering angestoßen wurde. Wir glauben, dass es tatsächlich notwendig ist, eine Diskussion darüber weiter zu führen, schlagen aber vor, dies im Rahmen der Programmdebatte zu tun. Deshalb empfehlen wir Überweisung an die Programmkommission.



Ute Vogt, Tagungspräsidium: Danke schön. – Wer möchte dem Votum folgen, den Antrag W 23 an die Programmkommission zu überweisen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist dieser Antrag so überwiesen.

Damit kommen wir zu W 24, in dem es um Genehmigungsverfahren für Betriebsgründungen geht. Auch hier ist Überweisung an die Bundestagsfraktion vorgeschlagen. Ich darf fragen, wer diesem Votum zustimmen möchte. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch dieser Antrag ist so überwiesen.

Wir kommen zu W 25.

Andrea Nahles, Antragskommission: Hier geht es um die Zwangsmitgliedschaft bei Industrie- und Handelskammern. Dieses Thema wird immer mal wieder strittig diskutiert. Ich will aber mit dem Verdacht aufräumen, dass es ein konkretes Gesetzesvorhaben gibt, diese Zwangsmitgliedschaft aufzugeben. Es gibt lediglich immer wieder Diskussionen darüber. Ich schlage vor, dass wir diesen Antrag an die Bundestagsfraktion überweisen.

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Wer möchte beim Antrag W 25 einer Überweisung an die Bundestagsfraktion zustimmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist dieser Antrag bei einigen Gegenstimmen an die Bundestagsfraktion überwiesen.

Zu W 26!

Andrea Nahles, Antragskommission: Auch darüber haben wir in der Antragskommission intensiv geredet. Ich möchte euch ausdrücklich sagen, dass wir uns mit dem Anliegen, das hier formuliert wird, solidarisch zeigen. Allerdings ist die Zeit über diesen Antrag, der das VDO-Werk in Würzburg betrifft, ein wenig hinweggegangen. Die Situation hat sich geändert. Wir glauben daher, dass wir diesen Antrag, den der gesamte Landesverband Bayern massiv unterstützt hat, nicht zur Abstimmung bringen können, sondern als erledigt durch den Leitantrag erklären müssen.

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den darf ich um das Kartenzeichen bitten. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag als erledigt erklärt.

Wir kommen zum letzten Antrag in diesem Block, nämlich W 27.

Andrea Nahles, Antragskommission: Der Jade-Weser-Port, der hier thematisiert wird, ist sicher wichtig und unterstützenswert. Allerdings müssen wir dieses Projekt mit anderen unterstützenswerten Projekten abgleichen, es also in der Gesamtbeurteilung bewerten. Insofern muss sich die Bundestagsfraktion damit beschäftigen.

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Ich darf diejenigen um das Kartenzeichen bitten, die der Überweisung dieses Antrags an die Bundestagsfraktion zustimmen möchte. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen ist dieser Antrag überwiesen.

Wir haben der Bundestagsfraktion in diesem Kapitel ein ganzes Päckchen zur Bearbeitung mitgegeben. Ganz herzlichen Dank an Andrea Nahles! Damit ist die Antragsdebatte zum Thema Wirtschaft und Arbeit beendet.

Jetzt geht es weiter mit dem Kapitel Finanzen und Steuern. Es sind aufgerufen die Anträge Fi 1 bis Fi 21, welche im Antragsbuch auf den Seiten 46 bis 55 zu finden sind. Jochen Poß hat das Wort.

Beratung der Anträge Finanzen und Steuern

Joachim Poß, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Mit diesen Anträgen und den Überweisungsvorschlägen der Antragskommission wachsen die Aufgaben für die SPD-Bundestagsfraktion. Da sich die Anträge in vielen Fällen überschneiden, will ich dieses Thema einmal insgesamt bewerten.

Im Mittelpunkt der meisten Anträge des Bereichs Finanzen und Steuern steht der klare Wunsch nach gerechten Steuern und der Ablehnung einer Steuerpolitik, die einseitig Unternehmen und höchste Einkommen und Vermögen bevorzugt. Hier drückt sich – wie schon in den Bochumer Beschlüssen vor zwei Jahren – ein klares sozialdemokratisches Gerechtigkeitsempfinden aus: Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat mit einer höheren volkswirtschaftlichen Steuerquote als derzeit. Das ist der Ausgangspunkt, mit dem wir in die Koalitionsverhandlungen gegangen sind. Gegen den Mainstream haben wir den Versuch gestartet, die Bierdeckelstrategen in die Defensive zu bringen. Entsprechend haben wir im Bereich Finanzen verhandelt. Dieses Verständnis muss die Arbeit des zukünftigen Finanzministers, muss die SPD-Bundestagsfraktion der 16. Legislaturperiode und muss die konzeptionelle Arbeit in der Partei bestimmen.

Deshalb will ich gleich einen Vorschlag machen: Nach Konstituierung des Parteivorstandes sollte eine Kommission der Partei zur Steuer- und Finanzpolitik eingerichtet werden, die sich mit den Anträgen beschäftigt, die heute überwiesen werden. Die Themen der Koalitionsvereinbarung wie Unternehmensbesteuerung und Vereinfachung im Einkommensteuerrecht können so auch in der Partei diskutiert werden. – Das als Ergänzung zu dem, was wir in der Antragskommission festgelegt haben.

(Beifall)

Im Koalitionsvertrag ist eine umfassende Unternehmensteuerreform als Ziel aufgeführt, genauso wie mehr Transparenz und Effizienz im Einkommensteuerrecht und mehr Gerechtigkeit im Steuervollzug. Diese Themen müssen Partei und Fraktion begleiten. Auch die Finanzierung der Kommunen – dazu haben wir gestern Abend schon etwas gesagt – sollte im Zusammenhang mit der Unternehmensbesteuerung im nächsten Jahr auf die Tagesordnung kommen. Auf diesem Feld haben wir aufgepasst und werden wir weiter aufpassen.

Die Anträge, die dem Parteitag vorliegen, enthalten eine Reihe wichtiger Hinweise: Wir brauchen eine wirksame Politik gegen Steuerflucht und gegen grenzüberschreitendes Steuerdumping. Wir brauchen bessere Instrumente gegen Steuerhinterziehung. Hier liegt noch immer Etliches im Argen, obwohl schon vieles – Stichwort Kontenabfrage – verbessert werden konnte. Die anderen tun sich schwer, den Bereich

des Umsatzsteuerbetruges konsequent zu verfolgen. Auch das war Gegenstand der Koalitionsverhandlungen. Wir von der SPD-Bundestagsfraktion haben in diesem Jahr ein Aktionsprogramm gegen Umsatzsteuerbetrug entwickelt, in dessen Zuge wir zum Beispiel Maßnahmen wie Telefonüberwachung vorsehen. Es geht hier nämlich um bandenmäßige Kriminalität. Auf diesem Feld müssen wir den Widerspruch des künftigen Koalitionspartners CDU noch brechen. Das haben wir in den Verhandlungen auch angekündigt. Wir können angesichts der Situation der öffentlichen Kassen nicht zusehen, wie jedes Jahr 16 bis 20 Milliarden Euro einfach verschwinden. Zu diesem Thema ist im Übrigen ein Antrag zur Annahme empfohlen.

Das Thema der besseren steuerlichen Erfassung der Einkünfte aus Kapitalvermögen ist bei der Union noch nicht so angekommen, wie das eigentlich der Fall sein müsste. Wir haben die Aufhebung des § 30 a Abgabenordnung – das, was früher unter der Überschrift „Kontrollmitteilung“ lief – vorgeschlagen. Dieses Vorhaben hatte die Union vor zwei Jahren im Vermittlungsausschuss gestoppt.

Wir brauchen einen weiteren Abbau ökologisch schädlicher Steuersubventionen sowie eine Unternehmensteuerreform, die sicherstellt, dass sich gerade große Unternehmen nicht ihrer Verantwortung für die Finanzierung des Gemeinwesens entziehen. Zudem müssen wir die Beschlüsse des Bochumer Parteitages zur Erbschaftsbesteuerung umsetzen. Ihr habt lesen können, dass in der Koalitionsvereinbarung nur das Ergebnis des Jobgipfels fixiert werden konnte. Das reicht uns Sozialdemokraten nicht. Wir bleiben bei unseren Bochumer Beschlüssen, die besagen, dass höhere Erbschaften und Vermögen schärfer zur Finanzierung unseres Gemeinwesens herangezogen werden müssen. Ich verstehe dies als Auftrag an die Koalition vor dem Hintergrund einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, mit der in den nächsten Monaten zu rechnen ist.

Ihr seht, liebe Genossinnen und Genossen, auch auf diesem Feld haben wir ordentlich zu tun. Aber ich bin ganz zuversichtlich. Diejenigen, die unter der Führung von Merz in die andere Richtung marschiert sind, sind auf dem Rückzug. Der Wind hat sich gedreht – hin zu einem handlungsfähigen, weil finanzfähigen Staat.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Danke schön, Jochen Poß. – Ich habe eine Wortmeldung vorliegen, die sich auf diesen Bereich insgesamt bezieht, und zwar von Heinrich Aller vom Bezirk Hannover.

Heinrich Aller, Hannover: Genossinnen und Genossen! Jochen Poß hat mit dem Vorschlag, eine Arbeitsgruppe durch die Partei einzurichten, schon einen wesentlichen Punkt, den wir gestern Abend besprochen haben, aufgegriffen. Ich gehe davon aus,

dass dies auch in einem Antrag fixiert ist. Damit ergeben sich aus dem Antragspaket Überweisungsvorschläge nicht allein an die Bundestagsfraktion, sondern auch an diese Kommission. Wenn sich die Partei aus der Bearbeitung der Anträge Fi 1 bis 21 ausklinken würde, dann hätten wir ein Problem mit der Umsetzung und würden die doppelte Arbeit verursachen. Das macht in dieser Situation, da wir jetzt die große Koalition begleiten müssen, keinen Sinn.

Jochen hat darüber hinaus einige Punkte angesprochen, die für die SPD und die Öffentlichkeit deshalb wichtig sind, weil wir sie im Bundestagswahlkampf als „unsere Punkte“ bezeichnet haben. In einem Antrag wird ausdrücklich die Ablehnung einer Mehrwertsteuererhöhung gefordert. Die Empfehlung der Antragskommission lautet dazu: Überweisung an die Bundestagsfraktion. – Daran zeigt sich ganz deutlich, dass sich mit dem Beschluss zur großen Koalition einige Anträge auch substantiell erledigt haben.

Trotzdem war Jochen richtig beraten, darauf hinzuweisen, dass wir schon in Bochum konkrete Aussagen zur Erbschaftsteuer und zur Beteiligung von Vermögen formuliert haben, die in diesen Aufträgen noch einmal aufgegriffen worden sind, aber in der Koalitionsvereinbarung überhaupt nicht auftauchen. Darin sehe ich eine Schwierigkeit: Wenn es uns nicht gelingt, in kurzer Frist Anträge so zu formulieren, dass wir sie in die tagespolitische Arbeit der Bundestagsfraktion und damit in die Regierungsarbeit einbringen können, werden wir es auch nicht hinbekommen, diese sensiblen Themen mit dem öffentlichen Nachdruck zu versehen, den wir brauchen.

Insofern möchte ich Jochen Poß in seinem Anliegen unterstützen, eine solche Arbeitsgruppe einzurichten. Darüber hinaus sollten wir aber sehr sorgfältig die 21 Anträge in diesem Feld auf Schwerpunkte durchsehen, die eingearbeitet werden müssen.

Ein Thema möchte ich ausdrücklich ansprechen, welches von der Sozialdemokratie zwar immer wieder diskutiert wird, dies in den Ländern und im Bundestag aber nie zu einem Ergebnis führt.

Das ist das Ehegattensplitting. Das ist eins der Themen, die wir in großen Teilen der SPD deutlich anders interpretieren als die CDU und FDP.

Auch diesen Punkt würde ich ausdrücklich ansprechen, wenn es darum geht, eine Konzeption für die nächsten zwölf Monate zu entwickeln – zwölf Monate deshalb, weil im Koalitionsvertrag festgelegt ist, dass zur Einkommens- und zur Unternehmensbesteuerung zum Beginn des Jahres 2007 Ergebnisse auf dem Tisch liegen müssen. Deshalb sollte die Arbeitsgruppe schnell gebildet werden, noch schneller sollte mit dem Arbeiten begonnen werden. Die Ergebnisse sollte sehr konkret und so vorgelegt werden, dass die Bundesregierung damit etwas anfangen kann. – Schönen Dank.

(Beifall)

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Danke schön. – Die Überweisungen an den Parteivorstand werde ich bei den Voten entsprechend ergänzen.

Dann darf ich den Antrag Fi 1 zur Steuerpolitik aufrufen: Hier ist Überweisung an Bundestagsfraktion und Parteivorstand empfohlen. Wer dem Votum zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen! – Enthaltungen? – Dann ist Fi 1 überwiesen.

Fi 2, ebenfalls Überweisung an Bundestagsfraktion und Parteivorstand. Wer möchte diesem Votum folgen? – Gegenstimmen! – Enthaltungen? – Dann haben wir auch diesen Antrag Fi 2 überwiesen.

Jetzt machen wir es einmal umgekehrt, das ist vielleicht leichter: Überweisung des Antrags Fi 3: Wer sich gegen diese Überweisung wenden möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag Fi 3 überwiesen.

Dann Antrag Fi 4: Gibt es Gegenstimmen gegen die Überweisung? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch der Antrag Fi 4 überwiesen.

Antrag Fi 5: Ich darf fragen, ob es Gegenstimmen gegen die Überweisung gibt. – Ja, es gibt Gegenstimmen. Wer stimmt für die Überweisung Fi 5? – Das sind mehr. Enthaltungen? – Danke schön. Dann ist Fi 5 bei einigen Gegenstimmen jeweils an die Bundestagsfraktion und Parteivorstand überwiesen.

Bei Fi 6 empfiehlt die Antragskommission die Annahme des Antrages. Wer möchte diesem Votum zustimmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist dieser Antrag entsprechend angenommen.

Antrag Fi 7 ist durch Regierungshandeln erledigt. – Uli Nissen hat sich dazu gemeldet.

Ulrike Nissen, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin sehr froh, dass es dieses Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit gibt. Aber dieses Gesetz sollte auf die Unterhaltsehrlichkeit ausgeweitet werden. Denn bisher können die Sozialämter, wenn Unterhaltszahlungen erforderlich sind, dieses nicht nutzen.

Deshalb ist meine Forderung: eine Ausweitung des Gesetzes zur Steuerehrlichkeit und zur Unterhaltsehrlichkeit. Das wäre mein Antrag mit der Bitte, ihn anzunehmen.

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Jochen!

Joachim Poß, Antragskommission: Ich will mich dem nicht verschließen. Aber das war in der Antragskommission nicht Gegenstand der Erörterung. Von daher würde ich vorschlagen, dass wir das sozusagen zu Protokoll nehmen und dann in der Kommission beraten. Da bitte ich um Verständnis; denn das überfordert uns jetzt.

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Ja. Dann bleibt es dabei, dass der Antrag durch Regierungshandeln erledigt ist. Gleichzeitig wird das Anliegen von Uli Nissen in die Beratungen von Fraktion und vor allem der Gruppe im Parteivorstand aufgenommen.

Wer dem Votum zu Antrag Fi 7 zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist auch diesem Votum der Antragskommission gefolgt.

Fi 8 beinhaltet wieder eine Überweisung an Bundestagsfraktion und Parteivorstand. Wir machen es wieder einmal umgekehrt: Wer gegen die Überweisung stimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Enthaltungen? – Beides ist nicht der Fall. Dann ist diese Überweisung von Fi 8 so beschlossen.

Fi 9: Wer ist gegen die Überweisung an Bundestagsfraktion und Parteivorstand? Enthaltungen? – Beides ist nicht der Fall. Dann ist auch Fi 9 entsprechend überwiesen.

Fi 10: Gibt es Gegenstimmen gegen die Überweisungen? – Gibt es Enthaltungen dazu? – Dann ist auch Fi 10 überwiesen.

Fi 11: Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist Fi 11 ebenfalls überwiesen.

Fi 12: Überweisungen jeweils an Fraktion und Parteivorstand. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Auch nicht. Dann ist Fi 12 überwiesen.

Fi 13: Gibt es Bedenken gegen die Überweisungen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist Fi 13 überwiesen.

Fi 14: Wer sich gegen diese Überweisung aussprechen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch Fi 14 überwiesen.

Fi 15: Gibt es Gegenstimmen gegen eine Überweisung? – Enthaltungen? – Dann ist Fi 15 überwiesen.

Fi 16: Überweisung an die Bundestagsfraktion und an den Parteivorstand. Gegenstimmen? – Eine Gegenstimme. Enthaltungen? – Dann ist auch Fi 16 so überwiesen.

Bei den letzten fünf können wir vielleicht wieder ein bisschen aktiver handeln. Wer bei Fi 17 der Überweisung an die Bundestagsfraktion und Parteivorstand zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall.

Fi 18: Wer dieser Überweisung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so überwiesen.

Fi 19: Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wer dies so überweisen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen?

Dann kommen wir zu Fi 20: Überweisung an Bundestagsfraktion und Parteivorstand. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Vielen Dank.

Dann kommen wir zu dem letzten Antrag in diesem Kapitel, zu Fi 21: Wer der Überweisung an Bundestagsfraktion und Parteivorstand zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist auch dieser Antrag entsprechend überwiesen.

Ich darf euch für eure Beteiligung bedanken. Wir haben damit das Kapitel Finanzen und Steuern ebenfalls beraten.

Dann kommen wir jetzt zum Kapitel Sozial- und Gesundheitspolitik. Ich rufe S 1 bis S 54 auf, Antragsbuch Seite 58 bis 97. Das Wort für die Antragskommission hat Ulla Schmidt.

Beratung der Anträge Soziales und Gesundheit

Ulla Schmidt, Antragskommission: Genossinnen und Genossen, die Anträge, die hier unter S 1 bis S 54 aufgeführt sind, beschäftigen sich im Wesentlichen mit Forderungen an die Gesundheitspolitik und an die Neuordnung der Pflege.

Wir haben bereits gestern im Rahmen der Beratungen des Koalitionsvertrages, aber auch heute beim Perspektivantrag über viele Bereiche gesprochen. Wir haben gestern festgelegt, dass wir das, was wir mit Blick auf die nachhaltige Finanzierung im Gesundheitswesen und die nachhaltige Finanzierung im Pflegebereich auf den Weg bringen wollen, auf der Basis unserer bisherigen Beschlüsse in der ersten Hälfte des kommenden Jahres umsetzen wollen.

Deshalb ist bei all den Anträgen im Wesentlichen entschieden worden, dass wir die Anträge, die auf unseren bisherigen Forderungen aufbauen, als Material an die Bundestagsfraktion überweisen. Denn sie sollen auch im Gesetzgebungsprozess herangezogen werden.

Der zweite große Bereich befasst sich mit den Fragen der Herausforderungen einer Gesellschaft des längeren Lebens. Ihr wisst, dass der Parteivorstand eine Projektgruppe eingerichtet hat, die sich genau mit diesen Fragen beschäftigt. Sie möchte untersuchen: Was muss in diesem Bereich getan werden, und zwar nicht nur im Bereich der Pflege und der Sozialversicherungen, sondern auch in der Kommunalpolitik, auf der Ebene der Länder und im Bereich der Wirtschaftspolitik?

Die Antragskommission empfiehlt, dass wir die Anträge zu diesem Komplex an die Bundestagsfraktion überweisen, aber auch an den Parteivorstand, damit wir dies in die Beratungen der Projektgruppe mit einfließen lassen können. Denn diese Gruppe entwickelt einen Teil der Perspektiven, die dort erarbeitet werden sollen, auch für unser Grundsatzprogramm weiter.

Ebenso steht es mit den Fragen, die sich mit der Weiterentwicklung in der Behindertenpolitik und mit der Weiterentwicklung der Sozialhilfe beschäftigen. Wir brauchen dies als Material und als Grundlagen für die Bundestagsfraktion. Vieles, was durch den Perspektivantrag heute erledigt wurde, wollen wir zusätzlich an die Bundestagsfraktion überweisen, damit es in die Gesetzgebung eingeht.

Wir schlagen vor, den Antrag S 4 abzulehnen. Denn es geht dort darum, eine völlig neue Bemessungsgrundlage für die Rentenversicherung zu entwickeln. Es soll die Wertschöpfungsabgabe eingeführt werden. Aber die heutige Rentenversicherung basiert auf den Einkünften aus Lohn und Gehalt und wird schon zu einem Drittel aus Steuermitteln, zum Teil auch aus der Mehrwertsteuer, mit finanziert.

Wir haben auch den Antrag 15 zur Ablehnung empfohlen. Hier geht es darum, dass die Sozialversicherungsfreiheit bei Entgeltumwandlungen über das Jahr 2008 hinaus fortgesetzt werden soll. Ich muss sagen, dass heute schon den Sozialkassen rund 900 Millionen Euro fehlen, weil wir auch bei der Entgeltumwandlung die Sozialabgabenfreiheit haben. Wir können das auf Dauer nicht weiter fortsetzen. Vielmehr sollten wir bei den bisherigen gesetzlichen Regelungen bleiben.

Ansonsten ist hier, glaube ich, alles gesagt worden. Ich möchte vorschlagen, dass wir nun über die einzelnen Anträge abstimmen und abwarten, ob es dazu noch Fragen gibt.

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Danke schön, Ulla. – Ich gehe jetzt die Anträge durch. Es gibt verschiedene Wortmeldungen. Ich rufe sie auf, wenn die entsprechenden Anträge zur Debatte stehen.

Wir beginnen mit den Anträgen S 1 und S 2. Dort geht es um aktives Alter und demografischen Wandel. – Es sind jetzt immer die Anträge zusammengefasst, die thematisch zusammengehören und die gleichen Themenbereiche betreffen. – Ich rufe S 1 und S 2 zur Abstimmung auf. Das Votum der Antragskommission dazu ist Überweisung an die Bundestagsfraktion und an die Projektgruppe im Parteivorstand. Wer dem Votum zu S 1 und S 2 so zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann sind S 1 und S 2 so überwiesen.



Bei S 3 ist das Votum der Antragskommission: erledigt durch Regierungshandeln. Wer diesem Votum folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist auch S 3 votiert.

Nun kommen wir zum Antrag S 4. Hierzu liegt mir eine Wortmeldung von Frank Esser aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen vor.

Frank Esser, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen, liebe Genossen, der Antrag S 4 ist vom Unterbezirk Mülheim an der Ruhr gestellt worden. Ich bin der Unterbezirkvorsitzende und ich bin der Meinung – diese teile ich mit dem Unterbezirksvorstand –, dass die Empfehlung der Antragskommission falsch ist.

Ich möchte hierfür zwei Gründe nennen:

Nummer eins – alle wissen es. Die Kinder sind quasi die hohe Kante des Rentensystems. Seit etwa zwei Jahrzehnten sinken die Geburtenzahlen aber konstant. Damit wird auch die Zahl der Beitragszahler immer geringer. Zusätzlich steigt – was sicherlich positiv und richtig ist – die Lebenserwartung. Die Rentner zehren also nicht nur länger von der Rente, sondern sie werden auch zahlreicher. Deswegen geht die Rechnung schon lange nicht mehr auf. Der Staat schießt schon seit Jahrzehnten immer höhere Ersatzbeiträge zu. Wie es gerade auch von Ulla Schmidt gesagt wurde, bewegen wir uns quasi ein Stück weit auf eine steuerfinanzierte Rente zu.

Wie reagiert man darauf, dass der Generationenvertrag nicht mehr funktioniert? Aus meiner Sicht ist der ausschließliche Bruttolohnsummenbezug falsch. Dies ist deswegen falsch, weil wir ebenfalls seit zwei Jahrzehnten den Trend erleben, dass Kapital Arbeit verdrängt. Das heißt konkret gesprochen: Arbeitskraftintensive Betriebe zahlen viele, kapitalintensive Betriebe zahlen wenige Sozialversicherungsbeiträge. Es gibt keine Maschinen, die Kranke pflegen oder auch Tapeten kleben. So beträgt der Lohnkostenanteil zum Beispiel bei der Produktion eines Handys lediglich noch 4 Prozent. Deshalb haben wir uns von der Idee „Back to the roots“, also zurück zu den Wurzeln, leiten lassen; denn in den 80er-Jahren des 20. Jahrhunderts wollte man einen Teil der Wertschöpfung, die durch das paritätische Zusammenspiel von Arbeit und Kapital entstanden, in die Altersvorsorge stecken. Das heißt, die Bruttolohnsumme einzuführen und das darauf zu beziehen, war damals lediglich als technisches Verfahren gedacht.

Heute verdrängt Kapital aber Arbeit. Deswegen entstehen Finanzierungslücken. Wäre es also nicht ein Gewinn an Belastungsgerechtigkeit, wenn eben auch kapitalintensive Betriebe mehr als bisher zur Finanzierung der Rente beitragen würden?

Deshalb: Lasst uns bitte noch einmal darüber nachdenken, ob es nicht sinnvoll ist, die bereinigte Bruttowertschöpfung als Bezugswert zu nehmen.

Zweitens – das ist besonders wichtig. Der letzte Bundesparteitag vor zwei Jahren in Bochum befasste sich mit dem Antrag A 15 des Unterbezirks Mülheim an der Ruhr, bei dem es ebenfalls um dieses Anliegen ging. Seinerzeit hat die Antragskommission vorgeschlagen, ihn an den Parteivorstand zur Vorbereitung des Programmparteitages zu überweisen. Dieser Programmparteitag steht noch aus. Wir in Mülheim verfolgen die Debatte allerdings sehr genau und sehr kritisch. Bisher haben wir nichts vernommen, was gänzlich gegen die Richtung unseres Denkansatzes sprechen würde. Wir wollen nichts weiter, als dass weiterhin kritisch über unseren Ansatz diskutiert und nachgedacht wird.

Deshalb bitte ich die Antragskommission, ihr Votum zu ändern und die Überweisung an den Parteivorstand zur Vorbereitung des Programmparteitages zu beschließen. – Herzlichen Dank.

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Danke schön. – Gibt es Einwende dagegen? – Ulla.

Ulla Schmidt, Antragskommission: Ich habe ja eben schon darauf hingewiesen, dass wir der Auffassung sind, dass es bei den einkommensbezogenen Beiträgen bleiben soll und dass die Wertschöpfung über eine Steuerfinanzierung einbezogen werden soll. Das sind die beiden Säulen, auf denen auch heute das Rentenversicherungssystem beruht. Dadurch wird gewährleistet, dass das Äquivalenzprinzip erhalten bleibt. Bei uns gilt: Je länger und je mehr jemand eingezahlt hat, desto höher ist auch die Rente für sie oder ihn. Wir wollen an diesem Prinzip festhalten.

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Es bleibt also beim Votum der Antragskommission. Ich bitte euch jetzt um Aufmerksamkeit und um Teilnahme an der Abstimmung.

Es geht um den Antrag S 4 auf Seite 68. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist der Antrag S 4 abgelehnt.

Antrag S 5. Es wird Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen. Wer diesem Votum zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist S 5 überwiesen.

S 6. Die Antragskommission sagt: erledigt durch Regierungshandeln. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – S 6 ist damit erledigt.

Wir kommen zu Antrag S 7. Hier liegt eine Wortmeldung von Uli Nissen, Hessen-Süd, vor.

Ulrike Nissen, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen! Meine Rede bezieht sich auf S 7 und weitere Anträge. Mir ist es ganz wichtig, zu sagen, dass wir uns abge-

wöhnen müssen, von behinderten Menschen zu sprechen. Wenn wir etwas sagen, muss es „Menschen mit Behinderung“ heißen. Ich möchte alle darum bitten, dass wir die Formulierung „behinderte Menschen“ nicht mehr nutzen. Nutzt bitte die Formulierung „Menschen mit Behinderung“.

(Beifall)

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Ich denke, dass wir das so aufnehmen können und dass wir uns das für weitere Anträge, die sich mit diesem Thema befassen, merken sollten.

Ich darf zur Abstimmung kommen. Wer dem Votum der Antragskommission zum S 7 – Überweisung – mit der Ergänzung von Uli Nissen zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag bei wenigen Enthaltungen so überwiesen.

Wir kommen jetzt zu den Anträgen S 8 und S 9. Dazu gibt es ebenfalls das Votum „Überweisung an die Bundestagsfraktion“. Wer dem Votum zu S 8 und S 9 zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann sind auch S 8 und S 9 überwiesen.

Wir kommen noch zu Antrag S 10. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags. Wer der Empfehlung zustimmen möchte, den Antrag anzunehmen, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist Antrag S 10 angenommen.

Ich darf unterbrechen und an Kurt Beck zur Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse geben.

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, wir begrüßen die Sprecherin der Zählkommission. Wir tun das besonders gerne; denn wir brauchen keinen dritten Wahlgang. Das ist doch schon mal eine tolle Geschichte.

(Beifall)

Jetzt hören wir zu.

2. Wahlgang für die weiteren Mitglieder des Parteivorstands

Krimhild Fischer, Zählkommission: Ja, ihr wart alle sehr diszipliniert. – Im zweiten Wahlgang wurden insgesamt 500 Stimmen abgegeben. Drei davon waren ungültig. Somit haben wir 497 gültige Stimmen.

Es entfielen auf Ulla Burchardt 320 Stimmen, auf Garrelt Duin 319 Stimmen, auf Ralf Stegner 315 Stimmen, auf Björn Böhning 281 Stimmen, auf Ursula Engelen-Kefer 268 Stimmen, auf Kerstin Griese 260 Stimmen, auf Hilde Mattheis 243 Stimmen, auf Ulrich Maly 232 Stimmen, auf Till Backhaus 231 Stimmen, auf Gernot Grumbach 209 Stimmen, auf Detlev Albers 170 Stimmen und auf Marion Caspers-Merk 155 Stimmen.

(Beifall)

Damit ist der Parteivorstand komplett. Es sind also fünf Frauen und sieben Männer hinzugewählt worden.

Lasst mich für das Protokoll bitte noch einiges zum ersten Wahlgang nachtragen. Ich habe versehentlich nicht gesagt, wie viele Stimmen abgegeben worden sind und wie viele ungültig und gültig waren. Das möchte ich gerne nachreichen.

Im ersten Wahlgang wurden 507 Stimmen abgegeben. Zehn davon waren ungültig. Es waren also 497 gültige Stimmen. – Danke.

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Bitte sag uns auch noch die Stimmergebnisse für die anderen. Ich denke, das interessiert.

Krimhild Fischer, Zählkommission: Ja, das stimmt. Das mache ich gerne.

Es entfielen auf Manfred Schaub 150 Stimmen, auf Kurt Bodewig 149 Stimmen, auf Rolf Stöckel 129 Stimmen, auf Karin Junker 113 Stimmen und auf Erika Drecolt 100 Stimmen. – Das war es.

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ein herzliches Dankeschön an die Zählkommission. Morgen werdet ihr noch einmal im Einsatz sein. Aber auch heute schon einmal vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Ich gebe dem Parteivorsitzenden das Wort. Matthias, bitte schön.

Matthias Platzeck, Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und liebe Genossen! Morgen kann unser Vizekanzler Franz Müntefering nicht bei uns sein. Wir wollten ihm aber gerne noch etwas mit auf den Weg geben, einen Weg, der nicht ganz leicht

wird. Wir wissen, dass wir uns auf unseren Franz, auf unseren Münte, in der neuen Bundesregierung verlassen können.

Er wird in dieser Bundesregierung so manche harte Nuss zu knacken haben. Nun konnten wir uns keinen Münte schnitzen, wie wir es gestern eigentlich mal besprochen hatten, aber wir können ihm etwas mitgeben, damit ihm und uns nicht Bange wird, wenn es die harten Nüsse in der Regierungsarbeit gibt. Deshalb bekommt er von uns einen Nussknacker mit, damit er an keiner Stelle ins Grübeln kommt. Dieser Nussknacker ist ein wirklich von Herzen kommendes Dankeschön dafür, dass er bereit ist, für uns in diese schwierige Verantwortung als Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland einzutreten.

(Beifall)

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, ich darf euch bitten, dass wir trotzdem noch ein wenig zusammenbleiben. Wir haben noch die Anträge zur Sozial- und Gesundheitspolitik zu Ende zu beraten. Ihr habt danach Gelegenheit, die schöne Stadt Karlsruhe zu besuchen und dort möglichst auch etwas auszugeben. Das nützt der Kaufkraft, was wir alle dringend brauchen können. Vorher haben wir aber noch ein wenig Arbeit.

Wir sind bei der Politik für Menschen mit Behinderungen stehen geblieben.

(Beifall)

Fortsetzung Antragsberatung Soziales und Gesundheit

Ich rufe jetzt den Antrag S 12 auf. Dort wurde ebenfalls Überweisung an die Bundestagsfraktion vorgeschlagen. Wer diesem Votum zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – S 12 ist damit überwiesen.

Ich komme jetzt zu den Anträgen, die sich mit der Pflegepolitik befassen. Ich lese es langsam vor, weil wir auch hier zusammengefasst haben. Ihr seht also, dass es auch schnell gehen kann, wenn wir uns alle ein wenig konzentrieren.

Es geht um die Anträge S 11, S 13 und S 21 bis S 28 zur Pflegepolitik. Es wird empfohlen, diese zu überweisen. Wer diesen Überweisungen zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann sind diese Anträge überwiesen.

S 14 – Bundessozialhilfegesetz. Auch hier ist Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist auch dieser Antrag überwiesen.

S 15. Die Antragskommission empfiehlt, ihn abzulehnen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist S 15 abgelehnt.

S 16: Arbeitssicherheitsgesetz. Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wer dem zustimmt, den bitte ich, die Karte zu heben. – Danke schön! – Gegenstimmen? – Enthaltungen? Danke sehr!

S 17: Überweisung an die Bundestagsfraktion. Hier geht es um Migrantinnen und Migranten. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön! – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist auch S 17 entsprechend überwiesen.

Wir kommen zu S 18. Hier ist Nichtbefassung vorgeschlagen. Wer diesem Votum folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön! – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist S 18 damit auch erledigt.

S 19 und S 20 beziehen sich auf den Armuts- und Reichtumsbericht. Es geht um die Überweisung an den Parteivorstand, den Parteirat und die Bundestagsfraktion zur weiteren Befassung des Themas. Wer dem Votum so folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön! – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann sind diese Anträge auch entsprechend überwiesen.

Jetzt komme ich zu dem Themenkomplex der Bürgerversicherung. Hier gibt es ein geändertes Votum der Antragskommission, die zwar zum einen sagt, dass die Anträ-

ge erledigt sind, zum anderen aber möchte, dass ein inhaltlicher Kern als Material an die Bundestagsfraktion überwiesen wird. Es geht um die Anträge S 29 bis S 32 und um den Antrag S 40. Zu diesem Komplex liegt mir die Wortmeldung von Martin Pfaff vor. Martin Pfaff, bitte!

Martin Pfaff, ASG: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir von der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen begrüßen außerordentlich, dass der Bereich Gesundheit und Pflege weiterhin unter sozialdemokratischer Verantwortung sein wird, und wir wünschen dir, liebe Ulla, weiterhin viel Erfolg. Mit unserer Unterstützung kannst du auch in Zukunft rechnen.

(Beifall)

Es gäbe so viel zu sagen, gerade zu den Anträgen vor dem Hintergrund des Koalitionsvertrages. Denn im Koalitionsvertrag sind wirklich Struktur gestaltende Elemente enthalten, beispielsweise eine Art Risikostrukturausgleich in der Pflege zwischen der privaten und der sozialen Pflegeversicherung oder die Ausweitung des Pflegebegriffes. Es hat weit reichende Folgen, dies mit der anderen Seite durchzusetzen. Ich könnte diese Liste fortsetzen, z. B. mit dem Pharmabereich. Ich will es angesichts der späten Stunde allerdings nicht tun.

Aber es gibt noch zwei, drei Bereiche – dieser Bereich Bürgerversicherung zählt dazu –, in denen Risiken vorhanden sind und wo wir uns Sorgen machen. Der eine Bereich ist die Ausweitung der Wahl- und Wechselmöglichkeiten. Liebe Genossinnen und liebe Genossen, das darf niemals dazu führen, dass hier Regel- und Wahlleistungen in einer sozialen Krankenversicherung eingeführt werden, mit denen der Leistungskatalog abgesenkt wird und dann die Dicke der Geldbörse über die Qualität und Quantität der Wahlleistungen entscheidet. Das, glaube ich, müssen wir sagen.

Zum Thema Bürgerversicherung in besonderer Weise. Deshalb haben wir uns ja gemeldet, weil die Anträge das betreffen; wir haben ja auch die Haltung, die wir jetzt erbitten werden, mit dir, Ulla, abgestimmt. Gerade in diesem Bereich müssen wir wirklich aufpassen, denn der Auftrag des Koalitionsvertrages lautet, eine gemeinsame Position zu erarbeiten. Liebe Genossinnen und Genossen, das kann doch beispielsweise niemals heißen, dass wir zwar den Versichertenkreis ausweiten, dass aber auf der anderen Seite das System mit Kopfpauschalen finanziert wird. Auf diese Kunst der Primitiven können wir wahrlich verzichten.

Ich meine, dass es hier noch Alternativen gibt. Gerade weil uns in unserer Arbeitsgemeinschaft das Thema Bürgerversicherung weiterhin so sehr am Herzen liegt, begrüßen wir es, Ulla, dass du bereit bist, von dem ursprünglichen Votum abzugehen. Wir bitten herzlich darum, dass eben nicht nur ein Abhaken – das soll ja nicht gesche-

hen –, sondern eine Überweisung an die Bundestagsfraktion und auch an den Parteivorstand erfolgt. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Die Antragskommission ist mit dem Vorgehen einverstanden. Dann darf ich fragen, wer zustimmt, dass wir S 29 bis S 32 plus S 40 entsprechend überweisen. Ich bitte euch um das Kartenzeichen. – Vielen Dank! Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Danke schön! Dann haben wir die Überweisung beschlossen.

Jetzt kommen wir zu einem Themenkomplex, der sich allgemein mit verschiedenen Anträgen befasst. S 33, S 34, S 38, S 39, S 45, S 51 bis S 53 sind jetzt aufgerufen. Es gibt eine Wortmeldung von Uli Nissen zu S 34. Uli, bitte!

Ulrike Nissen, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich finde es richtig, dass Menschen nicht einfach wieder in die gesetzliche Krankenkasse zurückkehren können. Aber wir haben die Sondersituation, dass Menschen, die vorher in der Sozialhilfe gewesen sind, über die Sozialhilfe krankenversichert gewesen sind, keinen Anspruch haben, in die gesetzliche Krankenkasse zurückzukommen, wenn sie über 55 sind. Dies ist ein ganz großes Problem.

Wir haben das vorhin schon angesprochen: Durch die Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften sind ganz viele Menschen herausgeflogen. Sie kriegen jetzt kein Geld mehr und müssen sich zusätzlich noch privat versichern. Wer von denen, die über 55 sind, kommt noch in der privaten Versicherung an? Deshalb möchte ich euch wirklich bitten, hier nicht dem Votum der Antragskommission zuzustimmen, sondern dieses anzunehmen, sodass sich dann die Bundestagsfraktion darum kümmert. Ich bitte euch darum: Lehnt das Votum der Antragskommission ab und stimmt diesem zu; denn das muss dringend verändert werden. Danke schön!

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Zu S 34 Peter Dreßen; er hat sich gerade gemeldet.

Peter Dreßen, Baden-Württemberg: Kollegin, ich wollte dir widersprechen; denn in S 33 steht, dass der Arbeitgeberanteil –

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Wir sind bei S 34, Peter.

Peter Dreßen, Baden-Württemberg: Gut, aber wenn das an die Fraktion überwiesen wird, bitte ich zu berücksichtigen, dass der Passus nicht aufgenommen wird, in dem es heißt, dass der Arbeitgeber zukünftig den Betrag dem Arbeitnehmer überweist und der Arbeitnehmer in Zukunft alles alleine bezahlt. Ich will darauf hinweisen, dass sich das steuerlich negativ auswirken würde. Wenn in der Zukunft etwas steigt, bliebe das alles am Arbeitnehmer hängen. Deswegen bitte ich die Bundestagsfraktion, diesen Passus abzulehnen bzw. bei ihren Überlegungen nicht zu berücksichtigen.

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Bei einer Überweisung wird der Text ohnehin noch einmal geprüft. Deshalb braucht man das Votum, glaube ich, nicht zu ändern. Jetzt geht es aber um S 34, zu dem Uli Nissen gesprochen hat. Dazu nun Ulla Schmidt.

Ulla Schmidt, Antragskommission: Noch einmal zu der Genossin – das ist ein großes Problem, das auch wir erkannt haben, dass ja für die Leistungsempfänger beim ALG II das Problem gelöst ist. Das ist leider der einzige Weg, wie Menschen über 55 wieder die Rückkehr in die Krankenversicherung erhalten können, wenn sie in das ALG II gehen. Deswegen haben wir zwei Dinge im Koalitionsvertrag stehen: Erstens. Ein moderner Sozialstaat darf es nicht zulassen, dass ein einziges Mitglied, ein einziger Bürger oder eine einzige Bürgerin, ohne Versicherungsschutz ist.

(Beifall)

Zweitens steht dort, auch als Voraussetzung für die Reform, dass jeder, der seinen Versicherungsschutz verloren hat, ein Rückkehrrecht in die Krankenkasse, in der er vorher gewesen ist, erhält,

(Beifall)

und dass keine Krankenkasse – weder privat noch gesetzlich – jemandem kündigen darf, nur weil er seine Beiträge nicht bezahlen kann, sondern dass man dann, genau wie in anderen Regelungen, praktisch ein Verfahren einleitet, das auf die Einziehung der Beträge zielt, aber der Versicherungsschutz erhalten bleibt.

Das Dritte ist: Es steht im Koalitionsvertrag, dass wir bei Nicht-Leistungsempfängern – das sind ja vor allen Dingen die Frauen in den Bedarfsgemeinschaften, die heute den Krankenversicherungsschutz verlieren – dafür Sorge tragen, dass auch sie einen Versicherungsschutz erhalten.

Ich sage hier ganz deutlich, ich habe das in den Koalitionsverhandlungen vertreten: aber dann nur gegen Beiträge. Dann muss man auch bei der Frage des Arbeitslosengeldes II bereit sein, Beiträge zu zahlen, weil es nicht wieder allein nur zulasten der gesetzlichen Krankenversicherung gehen kann. Also, wir wollen das. Das ist ein berechtigtes Anliegen. Aber wir wollen das als Material für die Gesetzgebung, die jetzt ansteht, benutzen können. Ihr könnt sicher sein, dass dies bei uns ein gut aufgehobenes Anliegen ist und wir auch dementsprechende Regelungen schaffen wollen.

(Beifall)

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Danke schön! – Uli Nissen, ist das dann mit der Überweisung okay? – Ja. Also, es besteht Einverständnis.

Dann können wir jetzt abstimmen: S 33, S 34, S 38, S 39, S 45 und S 51 bis S 53: Überweisung.

(Zuruf von Uli Nissen)

Also, Uli will beschließen lassen. Dann rufe ich S 34 gesondert auf. Es steht das Votum der Antragskommission zur Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wer der Überweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön! Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Aus der Sicht des Präsidiums war das erste die deutliche Mehrheit. Dann ist S 34 damit an die Bundestagsfraktion überwiesen. Wir haben auch extra an die Seiten geschaut, sodass niemand übersehen worden ist.

Ich darf dann das restliche Paket aufrufen: S 33, S 38, S 39, S 45, S 51, S 52 und S 53. Ebenfalls Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wer diesem Votum folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön! Gegenstimmen? – Enthaltungen? Vielen Dank!

Dann haben wir noch Anträge, in denen es auch um Einzelfragen zu Gesundheitsthemen geht: S 35, S 36, S 47 und S 48. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Hier empfiehlt die Antragskommission Ablehnung. Ich darf fragen: Wer dem Votum der Antragskommission, diese vier Anträge abzulehnen, folgt, den bitte ich um das Kar-



tenzeichen. – Danke schön! Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann sind diese Anträge bei einer Gegenstimme abgelehnt.

Dann rufe ich auf die Anträge S 37, S 42, S 43 und S 54. Hier votiert die Antragskommission: erledigt durch Regierungshandeln. Wer diesem Votum zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön! Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Vielen Dank! Dann sind diese Anträge damit für erledigt erklärt.

Dann kommen wir zum Antrag S 44. Hier geht es um die Qualitätskontrolle im Gesundheitswesen. Das Votum der Antragskommission ist, die Ziffern 1 und 2 durch Regierungshandeln als erledigt zu erklären und die Ziffer 3 in veränderter Fassung anzunehmen, indem die Formulierung „Die SPD hält langfristig am Ziel einer Positivliste fest“, entsprechend angenommen wird. Ich darf fragen, wer diesem Votum zu S 44 so folgen möchte. Ich bitte um das Kartenzeichen. – Danke schön! Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist S 44 zum Teil erledigt und in der Ziffer 3 in veränderter Fassung angenommen.

Wir kommen zu Antrag S 46. Ihr findet ihn auf Seite 94. Dort wird bei der Ziffer 1 die Ablehnung empfohlen und bei der Ziffer 2 die Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wer diesem Votum zu S 46 so folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Ganz herzlichen Dank! Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen ist dem Votum der Antragskommission so Rechnung getragen.

Anträge S 49 und S 50. Hier lautet das Votum: Überweisung an die Bundestagsfraktion. Ich darf fragen, wer diesem Votum zustimmen möchte. – Herzlichen Dank! Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen sind auch S 49 und S 50 überwiesen.

Es gibt jetzt noch einmal ein kurzes Zurückblättern. Es gibt einen Antrag S 34 a. Den findet ihr auf Seite 91. Da geht es um Kindergeld für ALG-II-Empfänger. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Wer der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? Dann ist dieser Antrag bei einigen Gegenstimmen so abgelehnt.

Zum letzten Antrag in diesem Kapitel, S 41, wird ebenfalls Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen. Ich darf fragen, wer diesem Votum folgen möchte. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Herzlichen Dank. Dann ist der S 41 auch entsprechend überwiesen.

Liebe Genossinnen und Genossen, bevor ich Kurt Beck zu einem abschließenden Hinweis das Wort übergebe, will ich noch auf zwei Dinge hinweisen.

Wir sind am Ende unserer Antragsberatung für den heutigen Tag. Ich darf mich herzlich bedanken für die Beratungsdisziplin und die Abstimmungsdisziplin und auch

dafür, dass ihr dageblieben seid. Das ist sicherlich auch Maßstab für die weiteren Beratungen.

Morgen früh um 9 Uhr geht es weiter. Ich möchte noch einmal den Hinweis geben: Legt das Material, das ihr behalten wollt, auf jeden Fall auf eure Stühle. Die Tische werden abgeräumt. Ich bitte euch, noch einen Moment dazubleiben, weil Kurt Beck euch noch einen Hinweis geben wird. Dann bitte ich euch, in die Stadt zu schwärmen, Werbung zu machen für die Sozialdemokratie und den Konsum für Karlsruhe anzuheizen.

Kurt Beck hat jetzt das Schlusswort für den heutigen Tag.

Kurt Beck, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, bevor ihr schwärmt und heizt, noch drei kurze Hinweise.

Erstens für die Mitglieder des Kuratoriums Dröscher-Preis: Die Sitzung beginnt unmittelbar nach Ende des Parteitages.

Zweite Bemerkung. Es liegt euch auf dem Tisch eine Einladung zum Delegiertenempfang, kurzfristig gekommen, aber von unserem Unternehmensbereich der SPD, DDVG. Also, wenn ihr da hingehet, würden wir uns alle freuen.

Das Dritte und Letzte. Ich soll euch auf diese schöne bunte informative Broschüre hinweisen. Das kann man für Wahlkämpfe gut gebrauchen. Es ist so etwas wie ein Rückblick auf einen erfolgreichen Wahlkampf.

Erfolgreich ist das Stichwort. Ich denke, das war heute ein erfolgreicher Parteitagstag. Ich danke euch allen, danke allen, die mitgewirkt haben. Ich wünsche euch einen schönen Abend in Karlsruhe. Lasst die Stadt stehen!

(Beifall – Schluss: 19.33 Uhr)

Mittwoch, 16. November 2005, Beginn: 9.26 Uhr

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich darf euch ganz herzlich zum dritten Tag unseres Parteitags begrüßen und darf euch zu Beginn dieses Parteitags bitten, euch von den Plätzen zu erheben.

Bei einem Selbstmordattentat in Afghanistan ist ein bayerischer Soldat getötet worden; zwei Soldaten sind verletzt worden. Der Getötete wird heute nach Köln/Bonn überführt.

Peter Struck, der Verteidigungsminister, hat die Trauer um den Getöteten und um die verletzten deutschen Soldaten ausgedrückt. Er hat aber auch sehr deutlich gemacht, dass die Bundeswehr weiter zu ihrem Auftrag, Wiederaufbau und Stabilisierung in Afghanistan, stehen wird.

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gedenkt des Getöteten und auch der verletzten Soldaten. Ich bitte euch um eine Schweigeminute. – Ich danke euch.

Nachdem wir gestern eine ganze Reihe von Anträgen schon behandelt und verabschiedet haben, nachdem der Hauptteil der Wahlen durchgeführt worden ist, kommen wir heute zu einem Punkt, der für unsere Zukunft und für die Entwicklung unserer Partei besonders wichtig ist, nämlich zu Fragen der Organisation der Mitgliederpartei, aber auch zu Fragen hinsichtlich des Organisationsstatuts, der Wahlordnung und der Schiedsordnung. Das sind eher parteiinterne Fragen, die aber für unsere Zukunftsentwicklung von besonderer Bedeutung sind.

Ich darf zur Einführung das Wort Kurt Beck geben, dem stellvertretenden Vorsitzenden und Leiter der Gruppe, die sich mit den Fragen zur modernen Mitgliederpartei beschäftigt hat. Kurt, Du hast das Wort.

(Beifall)

Bericht der Arbeitsgruppe „Moderne Mitgliederpartei“

Kurt Beck, Antragskommission: Vielen Dank, liebe Bärbel. Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen, für die Möglichkeit, heute Morgen über die Arbeit unserer Arbeitsgruppe „Moderne Mitgliederpartei“ zu berichten.

Die Sozialdemokratie hat in ihrer 143-jährigen Geschichte immer an ihren Prinzipien festgehalten. Aber sie hat immer wieder auch die Kraft gehabt, die Art und Weise, wie sie ihre Arbeit organisiert, zu erneuern und weiterzuentwickeln. Wir wissen, dass gerade auch in unserer Zeit sich vielerlei Veränderungen ergeben haben. Dazu gehört die Art und Weise, wie Menschen miteinander arbeiten, leben und kommunizieren. Die technologischen Veränderungen haben tief greifenden Einfluss auf die Art und Weise, wie wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten untereinander, aber auch wie wir als Partei mit den Bürgerinnen und Bürgern in Verbindung bleiben können.

Die Möglichkeiten von Internet, Intranet und SMS sowie vieles andere, was sich darüber hinaus noch ergeben wird, müssen in unsere Überlegungen einbezogen werden. Wir wollen dies nicht zögerlich tun; wir wollen dies nicht auf eine Art und Weise tun, dass wir ängstlich davor zurückschrecken, sondern so, dass wir diese Möglichkeiten nutzen, ohne dass wir aber die Informationsmöglichkeiten für diejenigen Mitglieder und die Einbindungen derjenigen Bürgerinnen und Bürger in unsere Überlegungen hinstellen, die mit diesen Technologien nicht oder noch nicht so umgehen können wie junge Menschen, für die diese Technologien bereits zum Alltag gehören.

Ein Weiteres kommt sicherlich hinzu. In einer Zeit großer medialen Vielfalt haben diejenigen, die für uns arbeiten und die für uns da sind, den Anspruch und das Recht, so frühzeitig und so gut informiert zu sein, dass sie nicht der Nachrichtenlage hinterher laufen und hinterher argumentieren, sondern dass sie das Gefühl haben, in die Informationen eingebunden zu sein. Sie müssen ihrerseits in der Lage sein, mit den Parteileitungen auf der Ortsvereinsebene, auf der Bezirks- und Länderebene sowie auf Bundesebene zu kommunizieren und sich einbringen zu können.

Wir haben darüber hinaus überlegt, was denn hinsichtlich dieser sich verändernden Weise, einander zu begegnen, von uns erwartet wird, um das Zusammengehörigkeitsgefühl unserer Partei stark zu halten und damit mehr zu sein als eine Organisation, die gemeinsame Werte und Grundlagen hat und die Macht auf Zeit in der Demokratie erwirbt. Wir wollen das Gefühl des Miteinanders in unserer Partei stark halten. Dazu haben wir eine Reihe von Vorschlägen gemacht.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben uns dabei in der Arbeitsgruppe, der ich sehr herzlich für ihre Mitarbeit danke, natürlich nicht nur auf unsere eigenen Erfahrungen verlassen, auf die Erfahrungen in den Ortsvereinen, in den Bezirks- und Lan-

desorganisationen sowie auf die Erfahrungen auf der Bundesebene. Wir haben in vielen Anhörungen und Gesprächen auch andere Erfahrungsbereiche einbezogen und unseren Überlegungen unterlegt.

Dazu gehörte eine Auseinandersetzung mit der Frage: Was bedeutet die ehrenamtliche Tätigkeit in unserer Zeit? Wird diese noch angenommen? Wir konnten durch die vorliegenden Untersuchungen und durch die Gespräche mit den uns nahe stehenden und befreundeten Organisationen eines feststellen und ich glaube, das ist ein Hoffnungszeichen: Ja, auch bei jungen Menschen hat das ehrenamtliche Engagement in dieser Zeit einen großen Stellenwert. Darauf wollen wir aufbauen, um neue Mitglieder zu werben.

Liebe Genossinnen und Genossen, es ging uns auch um ein Zweites, nämlich um die Organisationsstruktur insgesamt. Eines ist dabei deutlich geworden – ich bin überzeugt, dies wird unverrückbar stehen bleiben auch über den Geltungsbereich dieses Berichts hinaus –, dass wir die Ortsvereine als den Ort der Begegnung und als die Basis unserer Partei auch in Zukunft begreifen müssen

(Beifall)

und dass wir immer wieder darauf achten sollten, dass wir diejenigen, die an der Basis die Arbeit des Alltags verrichten, so hoch schätzen, wie sie es verdient haben. Im Übrigen ist die Verleihung des Wilhelm-Dröscher-Preises auf dem ordentlichen Parteitag ein Ausdruck für diese Wertschätzung.

(Beifall)

Es gab in Bochum eine Beschluss, der auf eine Weiterentwicklung und eine stärkere Beachtung des Wilhelm-Dröscher-Preises zielte. Ich weise darauf hin, dass wir versucht haben, eine noch stärkere Themenbezogenheit anzuregen. Dadurch sollen auf der Bezirks- und der Landesebene auch Ortsvereine ausgezeichnet werden, die in einer besonderen Weise kreativ ihre Arbeit machen. Diejenigen, die dort ausgezeichnet werden, sollen auch auf Bundesparteitage eingeladen werden. Dadurch geben wir dem Wilhelm-Dröscher-Preis eine noch größere Breite und heben damit die Bedeutung der Ortsvereine noch mehr hervor. Das ist unser Vorschlag. Ich freue mich darauf, dass wir heute zum Ende des Parteitags darauf zurückkommen werden.

Liebe Genossinnen und Genossen, es geht uns also darum, dass wir die Arbeit vor Ort und in den Ortsvereinen stark halten und dass wir das ehrenamtliche Engagement zu würdigen wissen. Ich denke, dass dazu neben der politischen Arbeit, die natürlich im Vordergrund steht, auch gehört, dass wir unseren Ortsvereinen die Kraft geben und ihnen Mut machen, in vielerlei Weise Heimat für unsere Mitglieder zu sein und ihnen Angebote zu machen. Dahinter steht die Idee der kulturellen Arbeit in unserer Partei. Die von uns hoch geschätzte Bildungsarbeit darf nicht hintangestellt werden.

Wir haben beispielsweise angeregt, dass die Besuche von Kulturveranstaltungen in ländlichen Räumen mit organisiert werden. Ich nenne in diesem Zusammenhang den Reiseservice der SPD. Das sind Dinge, die einmal durchaus selbstverständlich waren. Damit soll die lebendige Kulturarbeit neben der politischen Arbeit ihren Platz haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir brauchen aktive Mitglieder an der Basis. In diesem Zusammenhang haben wir ausdrücklich herausgestellt: Wenn jemand sagt, meine berufliche Belastung oder meine persönliche Situation lässt es zwar nicht zu, dass ich mich sehr stark engagiere, aber ich will durch die Besuche der Mitgliederversammlungen zeigen, dass ich zu dieser Partei stehe, dann sollten wir den Beitrag dieser Menschen wertschätzen. Lasst uns nichts Negatives über diese Menschen sagen, die uns auf diese Art und Weise unterstützen.

Sie gehören genauso dazu wie die Aktiven.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn man das in konkrete Arbeit umsetzen will, dann müssen einige Gesichtspunkte beachtet werden:

Wir haben in den Gesprächen sehr deutlich erfahren – das hat auch die Umfrage gezeigt, die wir in Auftrag gegeben haben –, dass die Chance, Menschen zu gewinnen, in den Gruppen der Bevölkerung besonders groß ist, die sich bereits an anderer Stelle ehrenamtlich engagieren. Die Zielgruppenarbeit sollte also ernst genommen werden.

Lasst uns – es ist ein alter Ruf, aber er bleibt richtig – die befreundeten Organisationen als gleichberechtigte Partnerinnen und Partner in unsere Arbeit einbeziehen, anstatt sie zu Vorfeldorganisationen der Sozialdemokratie zu erklären. Wir müssen herausstellen, was uns verbindet: Solidarität, Frieden, Ökologie, Kultur. Wenn wir diese Ideen gemeinsam bewahren, können wir Kontakte intensivieren und die Zusammenarbeit im Alltag lebendig halten.

In der Bürgerschaft sollte unser Interesse auch dadurch deutlich werden, dass wir uns in den unterschiedlichen Vereinen und gesellschaftlichen Gruppierungen engagieren und unsere Arbeit tun – nicht, um vordergründig Einfluss zu gewinnen, sondern um Interesse zu zeigen, Verbindungen herzustellen und Vertrauen zu schaffen. Wir müssen versuchen zu erreichen, dass unsere Ortsvereine ein Spiegelbild der gesamten Gesellschaft darstellen. Unsere Untersuchung hat in diesem Bereich sowohl positive als auch negative Beispiele zu Tage gefördert. Wenn man Studenten lieber nicht dabei haben will, weil dies die traute Art und Weise der Arbeit stört, dann ist dies eine der negativen Entwicklungen. Ich denke, wir müssen offen für alle sozialen Gruppierungen sein. All jene, die unseren Zielen nahe stehen und sich mit uns verbunden wissen, müssen in unseren Ortsvereinen Platz finden können und willkommen sein.

Der Gedanke, politische Heimat zu geben, darf nicht unzulässig verkürzt werden. Deshalb will ich unsere Verantwortung im Bereich der politischen Bildungsarbeit hervorheben: Zwischenzeitlich gab es einige ganz hervorragende Beispiele, die aufgenommen und vervielfacht werden sollten: Ich erinnere an die Kommunalakademie der SGK, der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik. All diejenigen, die wie ich ab und zu vor Ort sind, wissen, wie viel Freude es macht, mit jungen Menschen zusammenzukommen, die für Ratsmandate kandidieren und kommunale Aufgaben wahrnehmen. Man spürt, dass dort viel Talent und Interesse da ist. Nur wenn wir die Leute entsprechend vorbereiten, können wir ihnen Frustrationserlebnisse ersparen und uns so interessant machen. Ich bin davon überzeugt, dass Bildungsarbeit, die viele als persönliche Bereicherung begreifen und als Chance für ihre berufliche Karrieren ansehen, zu einem Schwerpunkt der innerparteilichen Arbeit werden sollte.

(Beifall)

Ein weiteres Beispiel will ich nennen, ohne dadurch andere hintanstellen zu wollen: In einer Reihe von Landesverbänden haben wir die gute Erfahrung gemacht, dass sich gestandene Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, Landtags- und Bundestagsabgeordnete um junge Menschen kümmern, zum Beispiel indem diese sie für einige Wochen oder Monate bei Terminen begleiten dürfen. Die jungen Leute bekommen die Möglichkeit, an Gesprächen teilzunehmen, und erleben so: Wir nehmen zwar unterschiedliche Funktionen wahr, aber in der Sozialdemokratie sind alle gleich wichtig für die demokratische Entwicklung. Das Lernen aus Erfahrung ist eine weitere gute Möglichkeit innerparteilicher Bildungsarbeit.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns also in diesem analytischen Teil festhalten: Die SPD ist und bleibt eine Mitgliederpartei, aber sie braucht vielfältige neue Ansätze, um für neue, junge Mitglieder zu werben, will sie nicht ihre Kraft als Mitgliederpartei stückweise verlieren. Wir haben erlebt, dass es schwierige Phasen gibt, aber konnten gerade in den letzten Wochen und Monaten erleben, dass es möglich ist, diesen Trend anzuhalten und umzukehren.

Ich habe schon ein Wort zum Thema Internet gesagt. Dazu möchte ich noch Folgendes ergänzen: Wir haben Befragungen unter denjenigen durchgeführt, die im letzten Jahr neu in die Partei eingetreten sind. Dabei konnten wir feststellen, dass mehr als ein Drittel der neuen Mitglieder per Internet eingetreten ist, also online Kontakt aufgenommen hat. Diese Form der Kommunikation müssen wir weiter pflegen – ich weise auf die Präsentation „Lebendiger Ortsverein“ hin – und hoch schätzen, damit bald alle ganz selbstverständlich damit umgehen.

Wir müssen frühzeitig informieren und Hintergrundwissen vermitteln. Diesen Gedanken haben wir umfassend in unseren schriftlichen Bericht eingearbeitet. Den-

noch müssen wir uns dazu noch weiter intensiv Gedanken machen, denn das ist eine große Chance. Wenn auf diesem Wege ein Gefühl der Partizipation vermittelt werden kann, dann führt das auch dazu, dass unsere Mitglieder Zeit zur Reaktion gewinnen: in der Auseinandersetzung mit den Vorständen, mit den kommunalen Räten und den auf Landes-, Bundes- und Europaebene Tätigen.

(Beifall)

In diesem Sinne bitte ich diesen Teil unserer Arbeit zur Kenntnis zu nehmen und in eure praktische Alltagsarbeit einfließen zu lassen.

Ihr habt uns auf dem Parteitag in Bochum aber noch eine zweite Aufgabe mitgegeben: die Vereinfachung und Entschlackung des Organisationsstatuts. Beim Durcharbeiten des Organisationsstatuts haben wir uns aber nicht darauf beschränkt, einiges an die heutige Sprache anzupassen. Vielmehr haben wir uns bemüht, die Idee der Öffnung der Partei in Satzungsvorschläge umzusetzen. Diese werden wir euch heute präsentieren und nachher im Einzelnen zur Abstimmung aufrufen. Es geht unter anderem darum, in der Satzung die Rechte unserer Mitglieder weiter zu stärken. Zum Beispiel haben wir noch einmal ausdrücklich auf das Erfordernis regelmäßiger Mitgliederversammlungen hingewiesen.



In den Befragungen unserer Mitglieder haben wir eine besondere Erfahrung gemacht: In vielen Ortsvereinen funktioniert die Kontaktaufnahme nach einem Neueintritt hervorragend. Man führt Gespräche und bekommt Informationen. Das Willy-Brandt-Haus hat dazu zwischenzeitlich eine Begrüßungsmappe vorbereitet. Aber neben diesen positiven Berichten ist uns auch das Gegenteil geschildert worden: Über Monate nach einem Parteieintritt hat das neue Mitglied überhaupt nichts mehr von der Partei gehört. Das ist sicher nicht die beste Erfahrung, die neue Mitglieder machen können. Bitte achtet also auf eine frühzeitige Kontaktaufnahme. Auch dazu haben wir eine Satzungsänderung vorgeschlagen.

Ein weiterer Punkt: Gerade erfahrene Mitglieder nehmen es uns sehr krumm, wenn Ehrungen nicht rechtzeitig vorgenommen werden. Uns sind Beispiele geschildert worden, wo eine Ehrung erst bis zu sieben Jahre nach einem Jubiläum vorgenommen werden sollte. Das kommt bei den betroffenen Mitgliedern so an, als seien sie nicht wichtig, als wüsste man nicht zu schätzen, was sie über 25, 30 oder gar 40 Jahre für diese Partei geleistet haben. Deshalb wollen wir in § 5 des Organisationsstatuts neuer Fassung ausdrücklich eine entsprechende Verpflichtung aufnehmen. Betrachtet dies bitte nicht als Misstrauen gegenüber den Ortsvereinen. In den meisten Fällen wird diese Arbeit hervorragend geleistet. Es ist nur ein Hinweis, dessen Erfordernis wir aus den Untersuchungen abgelesen haben. Uns schien eine solche Reaktion einfach geboten.

Liebe Genossinnen und Genossen, es geht um einen weiteren Punkt, nämlich um die Verankerung des Wohnortprinzips und des Ortsvereins, dem man gemäß der Satzung angehört. Das ist so, und das soll prinzipiell auch so bleiben. Aber wir wollen die Entwicklungen nachhaltig entbürokratisieren und ein Stück mehr Flexibilität in diese Entwicklungen hineinbekommen.

Uns ist ein Beispiel geschildert worden, dass eine größere Gruppe von Studentinnen und Studenten in ihrem Bereich, in dem diese arbeiten, nämlich im Umfeld der Universitäten, nicht in Ortsvereine aufgenommen werden konnte, weil der Heimatortsverein – von dem man weit weg wohnt, zu dem man überhaupt keine aktive Verbindung hatte – reklamiert hatte: Die müssen bei uns Mitglied sein. Das hatte zur Folge, dass die Studenten nirgendwo Mitglied geworden sind.

Lasst uns, liebe Genossinnen und Genossen, die geänderte Situation der beruflichen Flexibilität in diese Überlegungen mit einbeziehen! Wenn jemand für einige Jahre sein berufliches Wirkungsfeld nicht am Heimatort hat, sollte man eine Mitarbeit dort ermöglichen, wo er sich für diese Zeit aktiv einbringen und seinen Interessen nachgehen kann. Auch das wollen wir in einer angemessenen Abwägung im Organisationsstatut § 3 Absatz 5 neu und verbessert verankern.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir wollen heute gemeinsam den Mut haben, dass diese Partei sich öffnet, dass sie sich für die Mitarbeit von Menschen öffnet, die nicht

oder noch nicht in unserer Partei sind, die wir aber wegen ihrer Fähigkeiten und wegen ihrer Bindungen an unsere Vorstellungen und Ideen brauchen.

Lasst uns auch dafür sorgen, dass diejenigen, die in solchen Foren mitarbeiten, eine Aufwertung erfahren, indem sie mitsprechen können. Neben den Arbeitsgemeinschaften jenseits der Betriebsgruppen, die bisher kein Delegationsrecht zu örtlichen und regionalen Parteitag haben, sollten sich auch neue Gruppierungen, die in unserer Partei erfolgreich arbeiten, präsentieren können. Ich verweise auf die neu vorgeschlagene Regelung des § 10 des Organisationsstatuts.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir bitten euch, einen großen Sprung zu machen: Wir wollen zeitlich befristete Gastmitgliedschaften in der SPD einführen. Diese Gastmitgliedschaften, für die ein Gastbeitrag entrichtet werden soll, grenzen sich zu dem oberflächlichen Hinweis ab: Ja, ich mache einmal mit. Die Regelungen beinhalten, dass man bei Mitgliederversammlungen auch ein Rede- und Antragsrecht hat. Das aktive und passive Wahlrecht zu Parteifunktionen sowie das Recht, an Abstimmungen teilzunehmen, wollen wir allerdings den Arbeitsgemeinschaften, Projektgruppen und natürlich unseren Mitgliedern vorbehalten.

Wir wollen darüber hinaus, dass die Jungsozialisten die bisherige Möglichkeit solcher Schnuppermitgliedschaften beitragsfrei beibehalten können. Aber auch für sie wie für alle anderen wollen wir diese Möglichkeit auf zwei Jahre beschränken. Dann kann man wissen, wohin man gehört, ob man mitmachen will oder nicht. Dann muss man sich für eine echte Mitgliedschaft entscheiden.

Dies ist eine neue Regelung in der deutschen Parteienlandschaft, aber sie ist, denke ich, auch eine gute Regelung. Denn wir müssen aufgrund der Stärke unserer Positionen, aufgrund der Klarheit unsere Grundsätze nicht fürchten, dass Leute zu uns kommen. Wir sollten eher darauf hoffen, liebe Genossinnen und Genossen, als dass wir Angst davor haben, dass möglichst viele bei uns hereinschauen und mitarbeiten.

(Beifall)

Lasst mich, liebe Genossinnen und Genossen, zu diesen Satzungsfragen eine vorletzte Bemerkung machen: Wir entschlacken und entkrampfen die Wahlregelungen ein bisschen dort, wo sie manchmal doch sehr prinzipiell daherkommen. Wir wollen, dass dort, wo Verantwortung übertragen wird, natürlich geheim gewählt wird, und dort, wo das gewünscht wird, selbstverständlich auch. Es muss aber die Möglichkeit geben, zum Beispiel wenn es um Kontrollkommissionen auf der Bundesebene oder um Revisorenregelungen geht, die Stellvertreter und die A-Kandidaten für eine solche Aufgabe zu wählen. Das sind also ganz praktische Dinge.

Es geht uns einfach darum, dass man in einer Ortsvereinsversammlung, in der Neuwahlen anstehen, nicht zwei Stunden hintereinander Formalien abwickeln muss. Es ist

viel besser, wenn man natürlich das formal Notwendige tut, aber darüber hinaus die Kraft hat, miteinander politisch zu diskutieren und zu arbeiten. Das ist das Ziel unserer Mitglieder. Ich denke, dem sollten wir auch durch die Satzung gerecht werden.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, noch eine kleine Bemerkung: Wir stehen mit unseren Auslandsortsvereinen in enger Verbindung. Wir wollen, ohne dass das in der neuen Satzung *expressis verbis* Ausdruck finden muss, ihnen die Mitarbeit erleichtern und ihnen eine entsprechende Verankerung geben. Wir gehen dabei davon aus, dass zu unseren befreundeten Organisationen, zu unseren Bruder- und Schwesterorganisationen in anderen Ländern selbstverständlich keine Konkurrenzen aufgemacht werden, was kommunale Mandate angeht. Das wäre ja innerhalb der EU möglich. Vielmehr sollte dort dann gemeinsam gearbeitet werden, und man sollte einander gemeinsam unterstützen. Die Arbeit der Auslandsortsvereine sollte allerdings mit Blick auf die Gesamtentscheidungen in unserer Partei erleichtert werden und ausdrücklich erwünscht sein.

Das gilt für die großen Standorte deutscher Unternehmen im Ausland genauso wie für Orte, an denen viele Menschen für die Bundesrepublik Deutschland ihren Dienst tun, sei es in Washington, sei es in Brüssel, in New York, in Paris oder an anderer Stelle.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben euch eine Reihe von Vorschlägen gemacht. Wir haben diesen ganz besonders gute Beispiele, wie wir finden, für aktive Ortsvereinsarbeit hinzugefügt. Wir wollten mit diesen Vorschlägen bewusst keine völlig neuen Sprünge machen, aber an einigen Stellen mutige Entscheidungen den bisherigen hinzufügen, wie zum Beispiel diese Mitgliedschaft auf Zeit.

Ich hoffe, dass wir mit dem, was wir an Anstößen geben, die inhaltliche Positionierung unserer Partei durch einen erleichternden, aber doch klaren Rahmen unterstützen können und dass wir durch diese Art und Weise insbesondere für junge Menschen noch attraktiver werden, mit dem Ziel, dass sie bei uns mitarbeiten. Dem eine Chance zu geben – darum bitte ich euch am heutigen Tag.

Ich danke noch einmal allen, die mitgearbeitet haben, auch denen, die sich an Befragungen etc. beteiligt haben. Ich glaube, dass wir mit diesen Vorschlägen einen großen Schritt für das begonnene Jahrzehnt machen. Dann müssen wir sicherlich erneut schauen, ob das eine oder andere organisatorisch hinzugefügt werden muss.

Bitte unterstützt diese Vorschläge! – Vielen Dank.

(Beifall)

Beratung der Anträge Organisationsstatut, Wahlordnung und Schiedsordnung

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Kurt Beck, für deinen Bericht, aber auch Dank an die Arbeitsgruppe, die dieses vorbereitet hat.

Zum Verfahren: Es liegen uns jetzt keine Wortmeldungen zum Bericht der Arbeitsgruppe „moderne Mitgliederpartei“ vor. Das Organisationsstatut behandeln wir gleich getrennt. Ich frage noch einmal: Gibt es Wortmeldungen zu dem Bericht der Arbeitsgruppe Mitgliederpartei? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt den Antrag O 1 A auf Seite 178 abstimmen. Wer dem Bericht zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen! – Enthaltungen? – Das ist damit einstimmig so beschlossen.

Liebe Genossen und Genossinnen, wir dürfen jetzt gemeinsam den Präsidenten der Republik Serbien und Vorsitzenden der Demokratischen Partei Boris Tadic begrüßen. Herzlich willkommen bei uns auf unserem Parteitag hier in Karlsruhe!

(Beifall)

Die Demokratische Partei ist unsere Schwesterpartei in der Sozialistischen Internationale.

(Zuruf)

Mir ist gesagt worden, er sei da. Einen Moment; jetzt müssen wir das klären. Ist der Präsident da? – Mir ist eben gesagt worden, er sei angekommen. – Dann war das eine Fehlmeldung. Dann nehme ich das zurück.

Ich habe aber noch eine sehr erfreuliche Nachricht für euch: Bei den Parlamentswahlen in Grönland sind die Sozialdemokraten die stärkste Partei geblieben. Sie haben ihren Stimmenanteil von 28 % auf 30 % gesteigert.

(Beifall)

Dann haben wir hier heute auch Geburtstagskinder; ich lese sie einmal vor: Christian Bohr, Carsten Burgert, Christian Geißler, Sascha Maier, Gudrun Rischar, Michael Schörken, Heiko Stark und Björn Thiel. Herzlichen Glückwunsch euch allen zum Geburtstag!

(Beifall)

Wir beginnen jetzt mit dem Organisationsstatut. Ich gebe weiter an Wolfgang Jüttner.

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, es ist doch schön, dass es die anderen in Grönland kalt erwischt hat. Das wollen wir in Zukunft auch so machen.

Wir kommen zum Organisationsstatut und ich gebe ein paar einleitende Hinweise zum Verfahren, damit klar ist, worauf wir uns jetzt einlassen.

Der Antrag O 1 ist eine vollständige Neufassung als Ergebnis vieler Sitzungen. Das Gleiche gilt für die Wahlordnung und Schiedsordnung. Es gibt einige hundert Änderungen. Die meisten sind redaktioneller Natur.

Wir schlagen euch vor, dass wir den Antrag des Parteivorstands in der Fassung der Antragskommission zur Beratungsgrundlage machen. Das hat den Vorteil, dass wir uns auf die strittigen Punkte konzentrieren können, zu denen Anträge vorliegen. Aber auch hierzu können noch Änderungsanträge formuliert werden. Jeder kann zu jedem Punkt sprechen, muss es aber nicht.

(Beifall)

Wenn ihr euch zu Wort meldet, schreibt bitte darauf, zu welchem Paragraphen ihr sprechen wollt: ob Organisationsstatut, Wahlordnung oder Schiedsordnung, damit wir die Übersicht hier behalten können.

Jetzt sage ich noch etwas zu den jeweils erforderlichen Mehrheiten. Die Änderungen der Satzung bedürfen einer Zweidrittelmehrheit der abgegebenen gültigen Delegiertenstimmen. Wir stimmen einzeln über Organisationsstatut, Wahlordnung und Schiedsordnung ab. Wir gehen Seite für Seite durch, nehmen die jeweiligen Änderungsanträge auf und stimmen dann über die Fassung der Antragskommission ab. Dabei gelten drei unterschiedliche Quoren.

Erstens: Änderungsanträge, die sowohl vom bisherigen Satzungsrecht wie auch von der Beratungsgrundlage abweichen, bedürfen der Zweidrittelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen.

Zweitens: Änderungsanträge, die die Beibehaltung des bestehenden Satzungsrechts zum Gegenstand haben, sind angenommen, wenn die entsprechende Passage des satzungsändernden Antrags die erforderliche Mehrheit von zwei Dritteln verfehlt. Im Ergebnis sind solche Anträge erfolgreich, wenn eine Sperrminorität von mehr als ein Drittel erreicht wird.

Drittens: Änderungsanträge, die aus der Mitte des Parteitages gestellt werden, können nur behandelt werden, wenn eine Dreiviertelmehrheit der Behandlung zustimmt. Solche Anträge sind hier auch schriftlich einzureichen.

Das ist also die Rechtsgrundlage für die mehr als 100 Abstimmungen, die wir jetzt vornehmen werden. Zur Einleitung für diese Satzungsreform hat Hubertus Heil das Wort.

Hubertus Heil, Generalsekretär: Guten Morgen, liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben uns eben über die Nachricht aus Grönland gefreut. Ich habe noch eine: In Dänemark haben unsere Genossinnen und Genossen die Kommunalwahl gewonnen.

(Beifall)

Satzungsreformen sind politisch nicht besonders sexy, aber Herbert Wehner hat uns gelehrt – Franz Müntefering hat es oft erzählt –: Politik ist Organisation. Deshalb ist es wichtig, dass wir unser Organisationsstatut heute behutsam miteinander erneuern und modernisieren.

Ich will etwas zu ein paar Kernpunkten sagen, die Kurt Beck schon angesprochen hat und die auch im Mittelpunkt der Debatte der Arbeitsgruppe über die Satzungsreform gestanden haben. Zu Anfang möchte ich jemanden zitieren, der unserer Partei sehr verbunden und als Parteirechtsexperte sowie als Parteianwalt für uns tätig, nämlich den Genossen Dr. Helmut Neumann. Er hat uns einen netten Brief geschrieben, in dem es heißt – ich glaube, das sagt etwas über die Qualität unseres Entwurfes aus –: Wenn dieser Entwurf so beschlossen wird, ist die Parteiorganisation ein großes Stück weiter. Es geht darum, dass wir uns Regeln für das Notwendige geben, dass wir aber nicht überregulieren und dass wir Regeln haben, die möglichst lebenspraktisch sind.

Ich will die Punkte nennen, die uns bewegen und bewegt haben:

Der erste betrifft ein heikles Thema, nämlich die Erleichterung der Ausnahme des Wohnortprinzips. Genossinnen und Genossen, um es klar zu sagen: Es bleibt beim Thema Parteimitgliedschaft beim Wohnortprinzip, aber es muss auch mal Ausnahmen geben können. Wir wollen, dass die Unterbezirke das miteinander regeln und dass das nicht die nächsthöhere Ebene zu entscheiden hat. Ich glaube, dass das im Regelfall auch machbar ist.

Der zweite Punkt, den Kurt auch angesprochen hat, ist die Gastmitgliedschaft. Wir wollen das Signal nach außen geben. Um es deutlich zu sagen: Wir wollen damit experimentieren, ohne dass uns das, was für die Rechte und Pflichten der Mitgliedschaft notwendig ist, abhanden kommt.

Der dritte Punkt ist, deutlich zu machen, dass man als Mitglied dieser Partei auch das Recht hat, an der politischen Willensbildung teilzuhaben. Das ist in der Regel in unseren über 9.000 Ortsvereinen kein Problem. Es gibt aber den einen oder anderen, der nicht regelmäßig zu Mitgliederversammlungen einlädt. Darauf soll auch über die Satzung hingewiesen werden.

Ein weiterer Punkt ist, dass wir auf der Höhe der Zeit sein wollen und deshalb auch die Ladung per E-Mail als rechtsfeste Ladungsgrundlage möglich machen wollen. Dies gilt allerdings nur für einen Kreis von Leuten, der auch wirklich ans Internet angeschlossen ist.

Die Vereinfachung des Wahlverfahrens ist angesprochen worden. An die Adresse der Arbeitsgemeinschaften sage ich, dass wir auch eine Stärkung der Möglichkeiten der Arbeitsgemeinschaften erreichen wollen. Sie sollen durch die jeweiligen Gliederungen in ihrer eigenen Satzung – in den Ortsvereinen und Unterbezirken, auch in den Landesverbänden und Bezirken ist das möglich – die Möglichkeit erhalten, dass auch sie eine gewisse Anzahl Delegierte zu Parteitagern entsenden können. Das kennt die AfA schon als Übung. Wir wollen das anderen auch ermöglichen.

Ich will zu zwei Punkten, die in der Debatte nachher eine Rolle spielen, gern jetzt schon etwas sagen, weil sie uns, so glaube ich, bewegen müssen. Das eine ist das Wohnortprinzip. Ich habe vorhin bereits gesagt, dass es beim Wohnortprinzip bleibt. Wir müssen aber einer veränderten Lebenswirklichkeit im Ausnahmefalle auch Rechnung tragen. Menschen haben ihren Lebensmittelpunkt manchmal woanders als dort, wo sie nachts schlafen. Das ist so. Ich glaube, deshalb müssen wir die Möglichkeiten für Ausnahmen praktikabel machen.

Der zweite Thema, das uns als SPD wirklich beschäftigt, ist: Welchen Status haben die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unserer Partei? Welche Möglichkeit haben die in unserer Partei, die für Arbeitnehmerrechte stehen, ihre eigenen Rechte wahrnehmen zu können? Ich möchte mich an dieser Stelle einmal ganz herzlich bei allen Hauptamtlichen dieser Partei bedanken.

(Beifall)

Ich tue das schon jetzt auch für diejenigen, die diesen Parteitag hier organisiert und den Bundestagswahlkampf durchgeführt haben. Das waren großartige Leistungen unserer Hauptamtlichen. Dafür sage ich euch herzlichen Dank.

(Beifall)

Wir dürfen kurz unterbrechen.

Wir begrüßen ganz herzlich den Präsidenten der Republik Serbien bei uns. Boris Tadic, herzlich willkommen auf unserem Bundestag.

(Beifall)

Ich nutze die Zeit der Begrüßung, das spannende Thema Organisationsreform voranzubringen.

Ich habe gesagt, es sei wichtig, dass wir klarmachen, welchen Status unsere Hauptamtlichen in der Partei haben. Es geht um das Thema Gesamtbetriebsrat der SPD. Dieser Begriff wird im Organisationsstatut nicht mehr auftauchen. Lasst euch dadurch nicht irritieren. Das hat den Hintergrund, dass das Bundesarbeitsgericht entschieden hat, dass die SPD eben keine Firma ist, in der die Landesverbände und

Bezirke Filialen bilden. Es ist eher andersherum. Insofern können wir rein rechtlich keinen Gesamtbetriebsrat haben.

Als Generalsekretär dieser Partei sage ich aber: Ich möchte, dass unsere Hauptamtlichen als Betriebsräte unserer Partei auch bundesweit eine Vertretung haben. Wir müssen uns da was einfallen lassen. Ich denke, wir müssen darüber sprechen, dass wir so etwas wie eine Arbeitsgemeinschaft der Betriebsräte der Partei auf Bundesebene haben, mit der dann auch Verhandlungen geführt werden können.

Ich möchte Wilfried Schramm, der nachher dazu noch Stellung nehmen wird, ganz herzlich einladen, dass wir hier miteinander einen Weg finden. Es geht nicht darum, die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der SPD zu beschneiden. Wir müssen hier rechtlich eine saubere Grundlage finden.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich frage das Präsidium, ob wir diesen Tagesordnungspunkt kurz unterbrechen und das machen können, was vorhin schon angedeutet wurde, nämlich Boris Tadic noch einmal ganz herzlich zu begrüßen.

Herzlich willkommen auf dem Bundesparteitag der SPD. Wir freuen uns, dass du hier bist. Das ist eine große Ehre für uns.

(Beifall)

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Auch ich darf Sie noch einmal begrüßen, Herr Präsident. Sie sind nicht nur Präsident der Republik Serbien, sondern auch Vorsitzender der Demokratischen Partei. Dies ist unsere Schwesterpartei der Sozialistischen Internationalen. Sie ist von Zoran Djindjic gegründet worden, der im März 2003 ermordet wurde. Er war ein großer Freund der SPD. Wir freuen uns ganz besonders, dass Sie heute zu unserem Parteitag in Karlsruhe gekommen sind und zu uns sprechen werden.

Präsident Tadic wird seine Rede in Englisch halten. Es liegen Übersetzungskopfhörer auf dem Tisch. Der Übersetzungskanal ist Kanal 2.

Herzlich willkommen, Sie haben das Wort.

Rede des Präsidenten der Republik Serbien, Boris Tadic

Boris Tadic, Präsident Republik Serbien: Leider muss ich Englisch sprechen, weil mein Deutsch nicht so gut ist. Vielleicht werde ich meine Rede beim nächsten Mal in Ihrer Muttersprache vorbereiten.

Meine Damen und Herren! Liebe sozialdemokratische Freunde und Genossen! Ich freue mich sehr, dass ich heute bei Ihnen sein kann und fühle mich tief geehrt, dass ich aufgrund der Einladung heute hier zu Ihnen sprechen kann.

Ich fühle mich sehr gut unter so vielen bekannten Gesichtern. Den Kanzler sehe ich gerade nicht. Ich möchte Ihnen meinen Respekt für Ihren Mut und Ihre mutigen Visionen zollen, die Sie entwickelt haben, Herr Schröder.

Gernot Erler, Gert Weisskirchen, Ute Zapf, Dietmar Staffelt, meine guten Freunde und Kollegen! Ich möchte mich für die vielen guten Unterhaltungen bedanken, die wir seit Oktober letzten Jahres geführt haben, als ich Berlin das erste Mal als Präsident von Serbien besucht habe. Christoph Zöpel, meine besondere Dankbarkeit und mein Respekt für dein Engagement bei der Förderung unserer Partei gehen an dich. Dadurch wurde sie Anfang des Jahres ein volles Mitglied der Sozialistischen Internationale.

Liebe Freunde, die deutsche Sozialdemokratie steht momentan sicher vor ernsthaften Herausforderungen. Das Ergebnis der Personal- und Programmdebatte zeigt aber, dass ihr die älteste und erfahrenste sozialdemokratische Partei in der Welt seid.

Ich fühle mich bevorzugt, die Chance zu haben, den Entwicklungen in der Partei zu folgen und hier so eng dabei zu sein.

Serbien steht vor anderen Aufgaben und Herausforderungen. Wir müssen eine historische Frage beantworten, nämlich die des Status des Kosovo. Wir müssen auch über die Zukunft des Staatenbundes mit Montenegro entscheiden und gewährleisten, dass unsere Integration in die Europäische Union nicht nachlässt und sich nicht verlangsamt.

Gleichzeitig müssen wir in unserem Land unsere politischen und sozialökonomischen Reformen vor dem komplizierten historischen Hintergrund fortsetzen. Es gibt keinen besseren Rat, als den, auf Sie hier und darauf zu schauen, wie Sie die Probleme in den letzten Monaten gelöst haben. Ja, alle Sozialdemokraten in Europa waren tief von Ihren Erfolgen und Bemühungen in der letzten Wahlkampagne beeindruckt.

Ihre Wähler haben die Botschaft erkannt: Es wird keinen Sozialstaat ohne schmerzhaft Veränderungen geben, es wird aber auch keine Reformen ohne ein soziales Gleichgewicht geben.

Ich bin ganz sicher, dass das Wahlergebnis auch die spezifische Rolle und die Verantwortung von Deutschland in Europa und in unserer globalisierten Welt anerkennt. Die Idee von Deutschland als einer mittelstarken Macht des Friedens wurde von der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Führung entwickelt.

Ich teile das Vertrauen und die Zuversicht der deutschen Wähler, die Ihnen das Mandat zur Fortsetzung ihrer internationalen Bemühungen gegeben haben. Letztendlich haben sie die Große Koalition gewählt. Die Sozialdemokratische Partei hat sich durch diese Entscheidung ihrer Verantwortung gestellt.

Die Menschen Deutschlands wollen, dass Sie an der Regierung beteiligt sind, weil sie wissen, dass gemeinsame Anstrengungen, die über parteipolitische Grenzen hinausgehen, gebraucht werden, um die Reformen fortzusetzen, ohne die Idee der sozialen Gerechtigkeit aufzugeben.

Ich bin sicher, liebe Freunde, dass ihr die richtige Entscheidung getroffen habt, indem ihr am Montag den Koalitionsvertrag gebilligt habt. Ich bin auch davon überzeugt, dass ihr eine gute Wahl für eure neue Parteiführung getroffen habt.

Herr Platzeck, ich gratuliere zu Ihrem ausgezeichneten Wahlergebnis. Ich bin tief beeindruckt!

Lassen Sie mich bitte nicht zu lange warten, bis ich in Belgrad bzw. in meinem Land, in Serbien, ihr Gastgeber sein darf.

Liebe Sozialdemokraten! Liebe Freunde! Ich möchte mich noch einmal für die Gastfreundschaft und für die wunderbare Möglichkeit bedanken, diesen Moment mit Ihnen verbringen zu können. Vielen Dank!

(Anhaltender Beifall)

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank für das Grußwort! Vielen Dank noch einmal, dass Sie heute hier bei uns sind. Sie sind herzlich eingeladen, auch weiter an unserem Parteitag teilzunehmen.

Ich möchte ebenfalls ganz herzlich begrüßen den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Rumäniens, Traian Basescu. Herzlich willkommen auf unserem Parteitag!

(Beifall)

Es gibt ein weiteres Geburtstagskind, das mir eben nicht genannt worden ist: Unsere Justizministerin, Brigitte Zypries, hat heute Geburtstag. Auch dir, liebe Brigitte, herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Ich übergebe wieder an Wolfgang Jüttner.

Fortsetzung der Antragsberatung Organisationsstatut, Wahlordnung und Schiedsordnung

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Zurück zum Organisationsstatut. Wir beginnen mit der Antragsberatung im Detail. Der erste Antrag ist auf Seite 181 im Antragsbuch. Es handelt sich um den Antrag O 2. Hier geht es um das Wohnortprinzip; dazu ist schon geredet worden. Es liegt eine Wortmeldung von Jens Voß aus dem Bezirk Lüdenscheid vor.

Jens Voß, Lüdenscheid: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben heute von Kurt Beck schon viel zur Entbürokratisierung und zur Erleichterung des Beitritts gehört. Lieber Kurt, ich finde, das ist ein guter Weg, den wir hier beschreiten. Ich möchte im Hinblick auf § 3 Abs. 5 noch einen kleinen Schritt weiter gehen. Hier geht es um die Sätze 2 und 3. Der § 3 Abs. 5 beginnt mit dem Satz: „Jedes Parteimitglied gehört grundsätzlich dem Ortsverein an, in dessen Zuständigkeitsgebiet es wohnt.“ Die nächsten beiden Sätze möchte ich ersetzt haben durch folgenden: „Will ein Mitglied oder ein Beitrittswilliger einem anderen Ortsverein angehören, so hat er dies dem zuständigen Unterbezirksvorstand mitzuteilen, der die Neuuzuordnung vornimmt.“

Hintergrund ist: Derjenige, der einem anderen Ortsverein angehören möchte, wird dies sicherlich immer begründen können, auch schriftlich. Nur: Für meine Begriffe können wir uns eine Beratung darüber und auch dem Mitglied einen solchen Antrag ersparen. Denn was ist die Alternative, zum Beispiel bei einem Beitrittswilligen? Der wird sagen: Entweder kann ich in deinem Ortsverein mitarbeiten oder aber ich trete nicht in die SPD ein, weil ich in dem anderen Ortsverein überhaupt keinen Menschen kenne. Ich glaube, wir müssen zusehen – das hattest du, Kurt, ja auch gesagt –, dass wir es jedem, der Mitglied in unserer Partei werden will, so einfach wie möglich machen. Ich sage: Haben wir den Mut dazu, dies auch in dieser Weise zu tun. Danke!

(Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Ich habe die herzliche Bitte, dass du den Text hier abgibst. Die Antragskommission übernimmt den Antrag.

Hubertus Heil, Generalsekretär: Darf ich dazu etwas sagen?

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Ja, Hubertus.

Hubertus Heil, Generalsekretär: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir glauben, dass wir dem Anliegen, das du geäußert hast, auch durch den vorliegenden Entwurf gerecht werden. Es bleibt beim Wohnortprinzip. Um das noch einmal ganz deutlich zu sagen. Wir dürfen kein Chaos in der SPD organisieren, aber wir brauchen die Liberalität, auch Ausnahmen zuzulassen.

(Beifall)

Wir haben deinen Satz gerade geprüft. Er entspricht dem, was wir wollen: Es bleibt beim Wohnortprinzip. Aber er ist etwas einfacher formuliert als das, was wir vorgeschlagen haben. Deshalb empfiehlt die Antragskommission, ihn zu übernehmen. Aber, wie gesagt: Es bleibt beim Wohnortprinzip. Das ist der Regelfall. Aber es gibt auch Ausnahmen.

(Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen habe ich nicht. Ich stimme dann ab über die Fassung der Antragskommission mit der Modifizierung, die eben vom Redner vorgetragen worden ist. Wir brauchen eine Zweidrittelmehrheit. Wer stimmt der Fassung der Antragskommission auf Seite 181 zu? – Gegenstimmen? – Das ist dann so beschlossen.

Der nächste Antrag, O 3, bezieht sich auf den Datenschutz. Wortmeldungen dazu habe ich nicht. Ich stimme ab über die Fassung der Antragskommission. Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Das ist so beschlossen. In dem Antrag O 3 stecken zwei Teile; das bezog sich auf den Datenschutz. Dann gibt es eine Formulierung zum Thema Beitragssäumnis. Hier empfiehlt die Antragskommission die Ablehnung dieses Teils von O 3. Wer folgt der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Dann ist das so beschlossen.

Dann fügen wir jetzt einen kurzen Wahlgang ein.

Jens Bullerjahn, Tagungspräsidium: Ich mache folgenden Vorschlag: Es geht jetzt ja zuerst um die Wahl der Mitglieder der Bundesschiedskommission. Wir würden euch im Sinne der Zeitoptimierung vorschlagen, dass die Wahlzettel gleichzeitig ausgeteilt werden. Ich werde zu den einzelnen Zetteln etwas sagen und wir werden sie gleichzeitig einsammeln, unabhängig davon, dass sie jeweils unterschiedlich bewertet werden.

Ich bitte – ich weiß, dass es einige bei der Presse gibt, die das ärgert und nervt, aber ich muss diesen Hinweis geben –, dass sich die Presse bei der Wahl etwas von den Delegierten entfernt, damit die Delegierten die Möglichkeit haben, ordentlich an der Wahl teilzunehmen.

Noch einmal zum Verfahrensvorschlag: Es werden drei Wahlzettel gleichzeitig ausgeteilt. Diese werden ausgefüllt. Dann reden wir kurz darüber und dann werden die Zettel eingesammelt. Spricht etwas dagegen? – Wenn das nicht so ist, werden wir so verfahren.

Es wird nachher einen gelben Zettel geben. Hier geht es um den Vorsitzenden der Bundesschiedskommission. Darauf steht ein Vorschlag: Hannelore Kohl. Wir verfahren

ren wie gestern; dort bitte die Kontrollmarke 7 anbringen. Ich wiederhole das später noch einmal.

Es gibt einen weiteren Zettel, bei dem es um die stellvertretenden Vorsitzenden der Bundesschiedskommission geht; das ist der rote. Hier bitte die Kontrollmarke 8 aufkleben.

Dann wird es noch einen weißen Zettel geben, auf dem die weiteren Mitglieder der Bundesschiedskommission im ersten Wahlgang zu wählen sind. Bitte Kontrollmarke 9 aufkleben.

Ich werde dann, wenn die Zettel vorliegen, noch einmal ganz kurz darauf eingehen, wie viele minimal und maximal anzukreuzen sind.

Wenn es möglich wäre, würde ich darum bitten, die Stimmzettel zu verteilen.

(Die Stimmzettel werden verteilt)

Noch einmal der kurze Hinweis: Bei dem gelben Zettel, der jetzt ausgeteilt wird, geht es um die Wahl zur Vorsitzenden; hierzu gibt es einen Vorschlag. Das ist eine Einzelwahl. Bitte Kontrollmarke 7 aufkleben. Bei dem roten bzw. rosa Zettel geht es um die Stellvertreter. Hier gibt es zwei Vorschläge. Es handelt sich um eine Listenwahl nach § 8. Es dürfen bei der Wahl höchstens zwei Namen, es muss aber mindestens ein Name angekreuzt werden. Im ersten Wahlgang bedarf es der absoluten Mehrheit. Zu verwenden ist die Kontrollmarke 8.

Da jetzt alle Wahlzettel verteilt sind, noch einmal: Gelb, Kontrollmarke 7, eine Stimme möglich. Rot, Kontrollmarke 8, mindestens ein Kreuz, maximal zwei Kreuze. Weiß, Kontrollmarke 9, höchstens vier, mindestens zwei.

Sind alle mit Ankreuzen fertig? – Dann kann ich den Wahlgang schließen und wir sammeln ein. – Sind alle ihre Wahlzettel losgeworden?

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Genossinnen und Genossen, der Wahlgang ist abgeschlossen. Wir können zur Antragsberatung zurückkehren.

Wir kommen jetzt zu den Anträgen O 4 und O 5. Da geht es um das Antragsrecht von Stadtverbänden. Wortmeldungen dazu gibt es nicht.

Ich lasse über die Fassung der Antragskommission zu O 4 und O 5 abstimmen. Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Das ist so beschlossen.

Dann kommen wir zum Thema Gastmitgliedschaft. Das umfasst die Anträge O 6 und O 10. Als Erster hat sich Stefan Christmann dazu gemeldet.

Stefan Christmann, Hannover: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bedanke mich recht herzlich bei Kurt Beck für seine Arbeit und auch für die Arbeit der Kommission.

In den Entwürfen sind einige gute Vorschläge enthalten. Ich selbst komme aus einem Stadtverband. Da sind viele Verbesserungen für uns im Detail drin.

Aber es gibt einen Punkt, mit dem ich nicht ganz zufrieden bin. Das ist jener besagte § 10 bzw. 10a. Das liegt nicht daran, dass ich die Schnuppermitgliedschaft ablehne, sondern daran, dass wir damit direkt ein anderes gutes Merkmal aufgeben, das wir bisher hatten, nämlich die Juso-Mitgliedschaft.

Ihr wisst, bisher war es möglich, bis zum 35. Lebensjahr beitragsfrei Mitglied der Jusos zu sein. Das soll jetzt aufgelöst werden. Wir haben nur noch eine SPD-Schnuppermitgliedschaft. Sie ist zwei Jahre lang gültig. Danach kann sie noch einmal um zwei Jahre verlängert werden. Liebe Genossinnen und Genossen, ich kann den Vorstand verstehen, dass er so etwas vorschlägt. Die wollen natürlich möglichst viele Jusos in SPD-Mitglieder ummünzen. Ich komme aus Göttingen. Wir haben dort diese Funktion der Juso-Mitgliedschaft sehr stark genutzt, um Leute bei den Jusos einzubinden, die der Tagespolitik der SPD gegenüber vielleicht auch einmal kritisch waren; Leute, die Visionen entwickelt haben und die dann nach geraumer Zeit in die SPD eingetreten sind, aber eben nicht sofort. Genau diese Leute werden wir verlieren, wenn wir die Juso-Mitgliedschaft aufgeben.

(Beifall)

Es ist eben etwas ganz anderes zu sagen: „Ich bin Juso-Mitglied“, als zu sagen: Ich bin SPD-Schnuppermitglied auf zwei Jahre. – Das ist etwas ganz anderes.

Joschka Fischer hat zu seinem Abschied gesagt, er sei der letzte Rock-and-Roller der Politik. Nach ihm käme in allen Parteien die Playback-Generation. Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, das wird sich ein Parteitag nicht eingestehen, nachdem er am gestrigen Tage seine komplette Führung ausgetauscht und erneuert hat. Aber – das konnte Joschka nicht wissen – wir entsenden Franz Müntefering als Vizekanzler in eine Bundesregierung; er ist auch noch so ein richtiger Rock-and-Roller und keiner der Playback-Generation.

Dennoch müssen wir feststellen, dass wir in wenigen Jahren gewisse Probleme mit Nachwuchs haben werden. Wir brauchen Nachwuchs, der Visionen formulieren kann, der gesellschaftliche Tendenzen aufgreifen und ummünzen kann. Dafür brauchen wir meiner Meinung nach die Juso-Mitgliedschaft. Wir stellen uns selbst ein Bein, wenn wir sie abschaffen. Wir sorgen dann nämlich für dauerhaftes Playback in der Sozialdemokratie.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wie ihr dem Antragspaket entnehmen könnt, hat mein Bezirk dazu eine etwas andere Einstellung. Das respektiere ich. Als Parteisoldat

will ich da jetzt auch keinen Antrag stellen. Ich will aber mahnen, dass unser neuer Generalsekretär ganz genau darauf achtet, was durch diese Satzungsänderung passiert, dass vielleicht auch wir als Ortsvereine, Unterbezirke, Stadtverbände nach zwei Jahren zu diesen Änderungen befragt werden, dass wir untersuchen, was dadurch passiert ist, und daraus dann unsere Schlüsse ziehen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Als Nächster Otto Graeber.

Otto Graeber, AG 60 plus: Liebe Genossinnen und Genossen! Es geht um den § 10a. Dazu haben die Arbeitsgemeinschaften einen Antrag gestellt. Dem bitte ich zu folgen und nicht den Vorschlägen der Antragskommission, weil wir bereits in den Arbeitsgemeinschaften Nichtmitglieder zur Mitarbeit gewinnen können. Darum sollten wir uns weiterhin bemühen. Schön wäre es ja auch, wenn ihr dem niedersächsischen Beispiel der Projektgruppe „10 unter 20“(?) nacheifern würdet. Dann könnten wir auf eine gute und schöne Art eine Menge neuer Mitglieder gewinnen. Wie gesagt, im Namen der Arbeitsgemeinschaften bitte ich, dem Antrag der Arbeitsgemeinschaften zu folgen. Die Juso-Regelung hat sich nach unserer Meinung bewährt und sollte eine dauerhafte Regelung werden.

(Beifall)

Nun darf ich eines bei dieser Gelegenheit nicht vergessen – das muss ich loswerden –: Ich danke den 100 Delegierten, die Erika Drecolt gewählt haben und damit ihren aktiven Einsatz gewürdigt haben. Danke! Und nachdenken über Wertschöpfung; denn ich denke, wir könnten auch in Zukunft eine Quotenregelung verhindern!

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Danke, Otto. – Als Nächster Björn Böhning.

Björn Böhning, Jusos: Liebe Genossinnen und Genossen! Erst einmal möchte auch ich mich für die Arbeit in der Kommission unter deiner Leitung, Kurt, herzlich bedanken. Ich glaube, wir haben es geschafft, einige Ansätze zu überlegen und darüber zu diskutieren, wie wir die Partei öffnen können, wie wir die Partei auf die neue, moderne Zeit zuschneiden können und das ist richtig.

Ich möchte in dieser Debatte aber auch ein bisschen für Klarheit sorgen; denn es ist hier einiges durcheinander gekommen.

Es ist richtig, eine SPD-Gastmitgliedschaft einzuführen. Ich finde es auch richtig, weil sie sich bei den Jusos bewährt hat. Es ist auch richtig, dass die Arbeitsgemeinschaften das in ihre Statuten aufnehmen müssen. Ich halte nichts davon, hier sozusagen eine Öffnung zu machen und dann im Umkehrschluss eine Nichtöffnung. Liebe

Genossinnen und Genossen, lasst uns dafür sorgen, dass die Gastmitgliedschaft verankert wird. Das ist ein ganz wichtiges Zeichen.

(Vereinzelt Beifall)

Nun zu dem, was uns als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD beschäftigt. Wir haben diese Juso-Mitgliedschaft, wie sie genannt wird, seit über zehn Jahren. Die Juso-Mitgliedschaft hat sich bewährt.

(Vereinzelt Beifall)

Nach unseren eigenen Erhebungen sind ein Drittel der Aktiven nur Juso-Mitglieder und wollen darüber den Weg zur Sozialdemokratie finden. Liebe Genossinnen und Genossen, die Juso-Mitgliedschaft hat dazu geführt, dass diese Partei lebendiger geworden ist, dass dieser Verband lebendiger geworden ist. Das ist auch gut so. Deswegen ist es auch richtig, sie zu erhalten.

(Vereinzelt Beifall)

Ich möchte hier mit einem Irrtum aufräumen. Wir haben Anfang des Jahres – damals stand im Raum, dass die Juso-Mitgliedschaft abgeschafft wird – aus vielen Unterbezirken, Landesverbänden, Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften eine breite Solidarität erfahren, dass die Juso-Mitgliedschaft erhalten wird. Liebe Genossinnen und Genossen, in Absprache mit Kurt Beck bleibt die Juso-Mitgliedschaft erhalten. Auch das steht in dem § 10a. Es ist auch gut so, dass sie erhalten bleibt. Insofern kann man von einer Abschaffung nicht reden. Ich werbe für die Formulierung, die dort verankert ist.

Die Juso-Mitgliedschaft ist ein wichtiges Element. Ich glaube, dass wir mit der Regelung, die wir gefunden haben, eine größere Verbindlichkeit auch für zukünftige Möglichkeiten als Gremienmitglieder und Delegierte eröffnen können. Das ist der Weg dorthin.

Liebe Genossinnen und Genossen, seit zehn Jahren schaffen wir dieses Umfeld. Wir haben seit der NRW-Wahl über 7.000 Mitglieder geworben, davon allein 2.000, die bei den Jusos über das Internet eingetreten sind. Das ist ein Erfolg. Bevor sich Gerüchte verbreiten, sage ich: Die Juso-Mitgliedschaft wird nicht abgeschafft, sondern erhalten. Das ist gut so. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Ich habe noch eine Wortmeldung von Uli Nissen, Hessen-Süd. Da steht: § 10 und § 13. Ist das hier die richtige Stelle? – Du hast das Wort.

Ulrike Nissen, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte euch auf eine Stelle aufmerksam machen. In § 10 neu steht: „Die Satzungen der Gliederungen können vorsehen, dass Arbeitsgemeinschaften, Projektgruppen und Foren stimmberechtigte Delegierte zu Parteitagern entsenden dürfen.“ Da fordere ich den neuen Bundesvorstand auf, möglichst umgehend das Recht zu schaffen, dass wir als Arbeitsgemeinschaften, zum Beispiel als ASF, Delegierte auf dem nächsten Bundesparteitag haben. Das ist eine tolle Sache. Das sollte natürlich auch auf den Landesparteitagen der Fall sein. Das finde ich ganz toll. Herzlichen Dank.

Für mich ist das Folgende noch ein wichtiger Punkt. Ich möchte euch darauf aufmerksam machen: Wir haben in der neuen Satzung stehen: „Der Kanzlerkandidat oder die Kanzlerkandidatin kann durch Mitgliederentscheid bestimmt werden.“ Viele von euch haben das vielleicht nicht gelesen. Daher möchte ich euch sagen: Überlegt, worüber Ihr hinterher abstimmt! – Danke schön.

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Jetzt Elke Ferner.

Elke Ferner, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte euer Augenmerk auf den Antrag O 10 richten, den Otto Graeber eben schon vorgestellt hat. Es geht dabei um folgende Frage. In dem Entwurf der Antragskommission ist vorgesehen, dass Gastmitglieder in Projektgruppen und in den Arbeitsgemeinschaften aktives und passives Wahlrecht erhalten sollen. Das heißt, sie können dort wählen, aber auch gewählt werden. Das wird in den Arbeitsgemeinschaften, mit Ausnahme der Jusos, die ihre Juso-Mitgliedschaft erfolgreich seit Jahren haben, sehr kritisch gesehen.

Wir stellen uns aber nicht generell gegen die Gastmitgliedschaft und wir stellen uns auch nicht generell dagegen, das aktive und passive Wahlrecht für Gastmitglieder in den Arbeitsgemeinschaften einzuführen. Wir sind allerdings der Auffassung, dass man das besser in den Richtlinien der Arbeitsgemeinschaften regeln sollte, damit die, die es gerne machen und ausprobieren möchten, es machen können und die, die noch Bedenken haben, Zeit haben, dann möglicherweise dahin zu kommen. Deshalb wäre meine Bitte, nicht dem Votum der Antragskommission zu folgen, um dann den O 10, also den Änderungsantrag, dazu entsprechend überhaupt zur Abstimmung zu bringen. Ich glaube, so bekommen wir einen größeren Konsens, als wenn wir jetzt die Gastmitgliedschaft generell auf die Arbeitsgemeinschaften mit aktivem und passivem Wahlrecht übertragen. Da gibt es noch viele Bedenken.

Wer in einen Vorstand gewählt werden will, von dem kann man auch erwarten, dass er ordentliches Mitglied wird.

(Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Hubertus.

Hubertus Heil, Generalsekretär: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin Björn Böhning sehr dankbar, dass er klargestellt hat: Die Juso-Mitgliedschaft wird eben nicht durch die Formulierung des § 10 abgeschafft. Im Gegenteil: Wir schaffen es in diesem Punkt, die guten Erfahrungen in der Satzung zu verankern. Damit es kein Missverständnis gibt: Da wird nichts abgeschafft.

Liebe Elke, ich bin anderer Meinung und die Antragskommission, der Du angehört hast, war es mehrheitlich auch. Ich will den Hintergrund erläutern. Wenn wir das Signal der Gastmitgliedschaft, wie Kurt Beck es vorgeschlagen hat, von diesem Parteitag als eine Öffnung der Partei verstehen, dann müssen wir auch klar sagen, was Gastmitgliedschaft an Rechten und Pflichten heißt. Dies wird in § 10 klar gesagt.

Natürlich ist es so, dass man in den Vorständen der Parteiorganisationen ein ordentliches Mitglied sein muss, wenn man gewählt werden will und auch, wenn man wählen will. Aber ich bitte die Arbeitsgemeinschaften – die Juso praktizieren es – um ein Stück mehr Öffnung in diesem Bereich. Ich glaube nicht, dass ihr Angst haben müsst als ASF, als AG 60 plus und andere vor feindlichen Übernahmen durch Gastmitglieder. Ich wiederhole das, was Kurt Beck vorhin gesagt hat: Freut Euch, wenn welche kommen, liebe Genossinnen und Genossen. Wir müssen denen auch erklären können, was Gastmitgliedschaft ist.

Der Vorschlag der Antragskommission und auch der Satzungsarbeitsgruppe war: Gastmitgliedschaft heißt auch, dass man in Projektgruppen und in Foren, aber eben auch in den Arbeitsgemeinschaften mitarbeiten kann und aktives und passives Wahlrecht hat. Ich glaube, dass es in der Praxis kein Problem ist, dass wir dieses Stück Liberalität deutlich machen. Wer es nicht glaubt, der sollte sich mit den Jusos unterhalten. Da sind keine Leute gekommen, die diesen Bereich feindlich übernommen haben. Wir sollten uns dieses Stück Öffnung trauen.

Wenn ich euren Antrag richtig gelesen habe, Elke, dann wollt ihr das in Projektgruppen durchaus erlauben, aber bei den Arbeitsgemeinschaften nicht; ihr wollt das in die Richtlinien packen. Aber wir können es auch hier miteinander regeln. Dann besteht Klarheit. Ich glaube, die Gefahr, die da gewittert wird, ist nicht da. Das können wir mit der Satzung machen. Das Beispiel der Jusos zeigt, dass wir ein bisschen Mehr an Öffnung deutlich machen können.

Das Signal meinte Kurt Beck vorhin, als er sagte, dass wir mit dem Begriff Gastmitgliedschaft ein Signal setzen wollen. Dass man sich nach einer gewissen Zeit entscheiden muss, verbindlich Ja oder Nein zu sagen, steht da übrigens auch drin. Deshalb bitte ich euch, dem Votum der Antragskommission zu folgen. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Jetzt bist Du dran, Marianne. Du hast das Wort.

Marianne Wallach, Nordrhein-Westfalen: Ich glaube das, was Elke vorgeschlagen hat, kommt allen entgegen. Die Arbeitsgemeinschaften können das für sich prüfen und können auch entscheiden. Wenn die Arbeitsgemeinschaften als Eingangstür für die Partei genutzt werden sollen, dann sollte die Tür auch offen sein. Das heißt, die Arbeitsgemeinschaften sollten auch die Chance haben, das untereinander diskutieren zu können. Deswegen plädiere ich für den Antrag der Arbeitsgemeinschaften. – Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wir stimmen ab über den Text auf Seite 191, § 10a, Abs. 1, dritter Satz. Ich stimme ab über die Fassung der Antragskommission. In O 10 ist der Text abgedruckt. „Arbeitsgemeinschaften und“ soll gestrichen werden und der Satz „Arbeitsgemeinschaften können dieses Recht in ihren Richtlinien vorsehen“ eingefügt werden. Wenn der Antrag der Antragskommission keine Zweidrittelmehrheit bekommt, stimme ich ab über den Antrag O 10. Wenn der keine Zweidrittelmehrheit bekommt, gilt die heutige Statutenlage.

Wer der Fassung der Antragskommission zum § 10a zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Das Erste war keine Zweidrittelmehrheit.

Ich stimme jetzt ab über den Antrag O 10 in der Originalfassung. Wer stimmt für den Antrag O 10? – Gegenstimmen? – Ich bin ein bisschen unschlüssig, das zu beurteilen. Ich neige dazu, das auszählen zu lassen. Das war nicht so deutlich sichtbar wie die erste Abstimmung.

Kurt bittet darum, dass ich das noch einmal erläutere. Wenn der Beschluss zu O 10 kommt, dann wird „Arbeitsgemeinschaften und“ gestrichen und „Arbeitsgemeinschaften können dieses Recht in ihren Richtlinien vorsehen“ eingefügt. Wenn das keine Zweidrittelmehrheit findet, dann gilt der Text auf Seite 190, der heute gültig ist in den Zeilen 20 ff. Wenn der keine Zweidrittelmehrheit findet, dann ist die Gastmitgliedschaft insgesamt gekippt und es gibt noch die Regelung Modellprojekt „Jusos“. – Kurt, zur Klarstellung.

Kurt Beck, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Wenn ich die Diskussion richtig verstanden habe, gibt es keinen Streit darum, dass in der Partei generell die Gastmitgliedschaft möglich sein soll. Es gibt lediglich die unterschiedliche Bewertung, ob dies bei den Arbeitsgemeinschaften obligatorisch oder aufgrund eigener Entscheidung der Fall sein soll.

(Beifall)

Ich bitte Euch dringend darum: Wenn die Einschränkung mit den Arbeitsgemeinschaften kommen sollte – das ist hier wohl so gewollt, zumindest gibt es keine Zwei-

drittelmehrheit für die generelle Öffnung –, dann sollten wir einen Text miteinander beschließen, der für die Partei die Gastmitgliedschaft ermöglicht und für die Arbeitsgemeinschaften die Entscheidung über die Gastmitgliedschaft offen hält. Sonst machen wird das Gegenteil von dem, was eine breite Mehrheit hier will.

(Beifall)

Wenn das klar ist, möchte ich Euch ausnahmsweise bitten, dass wir zur Sicherheit eine Redaktionsvollmacht bekommen; denn dies auf die Schnelle absolut sicher zu formulieren, ist nicht möglich. Wir wissen, was wir wollen und über was wir abstimmen: Gastmitgliedschaft generell ja; für Arbeitsgemeinschaften sollte es eine Wahlmöglichkeit geben. Dann haben wir Einvernehmen und können die Zweidrittelmehrheit herstellen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Kurt, für die Klarstellung. Ich habe über die Fassung der Antragskommission abstimmen lassen. Diese ist abgelehnt worden. Jetzt stelle ich den Antrag O 10 noch einmal zur Abstimmung; denn es war nicht klar ersichtlich, ob es sich um eine Zweidrittelmehrheit gehandelt hat: Wer stimmt für den Antrag O 10? – Gegenstimmen? – Das war eindeutig, der Antrag O 10 ist jetzt beschlossen.

Kurt, ich glaube, der redaktionelle Vorbehalt ist gar nicht notwendig.

(Zuruf: Lass es uns trotzdem prüfen!)

Gut. Kurt hat deutlich gemacht, was beabsichtigt ist. Die Antragsteller wollten genau das, was Kurt eben noch einmal zusammengefasst hat. Der Passus wird noch einmal redaktionell geprüft, aber der Sachverhalt ist wohl klar.

Ich muss noch auf eine Sache aufmerksam machen: Auf Seite 195 des Antragsbuches ist der Abs. 5 abgedruckt, der heißt: „Landeswahlvorschläge für die Bundestagswahl und Landtagswahlen werden von den Bezirken des Landes oder dem Landesverband im Benehmen mit dem Parteivorstand aufgestellt.“ Dieser Satz ist durch die Antragskommission korrigiert worden, indem die Wörter „und Landtagswahlen“ gestrichen werden sollen. Ich glaube, das wurde sachlich gut begründet. – Damit haben wir die Anträge O 6 bis O 10 abgearbeitet.

Wir kommen nun zu O 11. Hierbei geht es um das Beteiligungsquorum beim Mitgliedsentscheid. Wortmeldungen habe ich nicht. Wer stimmt der Antragskommission zu, hier auf Ablehnung zu votieren? – Gegenstimmen? – Ersteres war eindeutig die Mehrheit; dann ist so beschlossen.

Wir kommen zu O 12. Hier geht es um die Art der Veröffentlichung im Organisationsstatut. Wer stimmt der Fassung der Antragskommission zu? – Das ist so beschlossen.

Wir kommen zu O 13, bei dem es um den Delegiertenschlüssel geht. Die Antragskommission schlägt Annahme vor. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Das war eine Zweidrittelmehrheit.

Wir kommen zu O 14, bei dem es um das Antragsbuch geht. Wer stimmt der Fassung der Antragskommission zu? – Gegenstimmen? – Das Ersthier war eindeutig die Mehrheit; ein großer Teil der Delegierten hat sich nicht an der Abstimmung beteiligt.

Wir kommen zu O 15, mit dem eine sprachliche Glättung vorgenommen werden soll. Wer stimmt dem zu? – Das ist so beschlossen.

Wir kommen zu O 16, der § 28 des Organisationsstatutes betrifft. Hierzu gibt es eine Wortmeldung, und zwar des Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Wilfried Schramm. Wilfried, du hast das Wort.

Wilfried Schramm, Gesamtbetriebsrat: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Es liegen euch zu diesem Thema zwei Anträge vor: der Antrag in der Fassung der Antragskommission und der Antrag des AfA-Bundesvorstand, der dafür plädiert, die bisherige Fassung beizubehalten. Wir, die Mitglieder des Gesamtbetriebsrates, bitten euch, dem AfA-Antrag zuzustimmen, aus folgenden Gründen:

Das Bundesarbeitsgericht in Erfurt hat im Sommer 2001 in letzter Instanz die Entscheidung getroffen, dass dem Gesamtbetriebsrat der Partei nicht die vollen Rechte gemäß Betriebsverfassungsgesetz zustehen. Wir haben das Urteil natürlich akzeptiert, auch wenn es uns nicht gefallen hat. Wir haben das für uns folgendermaßen definiert: Da der Begriff „Gesamtbetriebsrat“ unter die beratenden Mitglieder des Parteirates fällt, haben wir die Legitimation, als überregionale Interessenvertretung tätig zu sein. Das steht nun auf dem Spiel, wenn wir so beschließen, wie es die Antragskommission vorsieht.

Aus dieser Legitimation heraus haben wir auch unsere Betätigungsfelder definiert. Nur stichwortartig nenne ich die Themen, mit denen wir uns in den letzten Jahren befasst haben: Fragen der EDV, Fragen des Datenschutzes, Fragen der Weiterbildung. Über letzteren Weg sind wir ja auch am Beirat der Parteischule beteiligt, in dem wir seit Jahren mitarbeiten. Auch das wird infrage gestellt, wenn wir diesen Passus bei der Zusammensetzung des Parteirates einfach ändern.

Wenn man sich anschaut, was hier vorgeschlagen wird, dann, Genossinnen und Genossen, stellt man fest, dass das nicht so einfach ist: Zunächst einmal wird vorgeschlagen, dass im Parteirat der Vorsitzende des Betriebsrates beim Parteivorstand mitmacht. Nun ist es schon etwas seltsam, wenn sich der Arbeitgeber seinen Betriebsrat selbst aussucht. Die Kollegen des Betriebsrates beim Parteivorstand sehen das übrigens ganz genauso, die sind überhaupt nicht erpicht, zu dieser Ehre zu kommen.

Die zweite Formulierung wirft mehr Fragen auf, als sie Antworten gibt. Da heißt es: „... ein von den Betriebsräten der Landesverbände und Bezirke zu benennendes weiteres Mitglied.“ Liebe Genossinnen und Genossen, wer soll denn dieses Mitglied benennen, wenn es das Gremium, das wir zurzeit noch Gesamtbetriebsrat nennen, nicht mehr gibt?

Ich schlage also vor: Stimmt dem Antrag des AfA-Bundesvorstandes zu und gebt uns damit die Chance, innerhalb der nächsten zwei Jahre zu einer neuen Form der überregionalen Interessenvertretung zu kommen.

Noch eines muss ich euch sagen: Wir versuchen seit Dezember 2001, mithin seit vier Jahren, mit diesem Thema voran zu kommen. Unser Gesprächspartner war für uns immer der Bundesgeschäftsführer. Dieser allerdings hat in den letzten Jahren öfter gewechselt. In den letzten vier Jahren haben wir mit drei Bundesgeschäftsführern über dieses Thema gesprochen. Die erste Antwort, die wir stets bekamen, hieß: Ich muss mich erst einarbeiten, das Problemfeld ist ganz neu für mich. In der Regel war es aber so, dass dann, wenn sich der Ansprechpartner eingearbeitet hatte, wieder jemand anderes auf seinem Sessel saß, sodass das Prozedere wieder von vorne anging.

Also: Unser Ziel ist es, zu einer anderen Form – § 3 des Betriebsverfassungsgesetzes gibt da einiges her – unserer überregionalen Interessenvertretung zu kommen. Dazu brauchen wir Zeit, dazu brauchen wir auch einen Ansprechpartner, mit dem wir das aushandeln können. Denn es ist unser Ziel, dies in einem Vertrag festzulegen.

Ich habe mit Freude zur Kenntnis genommen, dass Hubertus Heil offensichtlich genau diesen Weg mit uns gehen will. Daher möchte ich Folgendes vorschlagen: Wir entscheiden uns jetzt für den Antrag des AfA-Bundesvorstandes, halten damit den Status quo, und die Beteiligten nehmen sich vor, innerhalb von zwei Jahren die Chance zu nutzen, eine Formulierung vorzulegen, die den neuen Gegebenheiten entspricht. Damit wären wir ein für allemal auf einer sachlich gesünderen Basis.

Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Hubertus!

Hubertus Heil, Generalsekretär: Lieber Wilfried, ich bin dir sehr dankbar für deinen vorletzten Satz, weil er deutlich macht, dass wir miteinander in dieselbe Richtung wollen. Um es noch einmal deutlich zu sagen: Das Urteil von 2001 bescheinigt uns, dass wir keinen Gesamtbetriebsrat haben, selbst wenn dieser Begriff so in der Satzung steht. Das hat nichts mit dem Abbau von Arbeitnehmerrechten in der SPD zu tun, sondern schlicht und ergreifend mit der Tatsache, dass wir kein Unternehmen sind, in dem die Landesverbände und Bezirke Filialen der Gesamtpartei sind. Die Landes-

verbände und Bezirke haben, so das Gericht, bei uns einen anderen Status. Deshalb haben wir de facto, auch wenn das so in der Satzung steht, keinen Gesamtbetriebsrat.

Wenn wir heute die Satzung modernisieren, dann können wir nicht etwas hineinschreiben, das es de facto nicht gibt. Mein Angebot gilt, Wilfried – ich mache es hier vor ein paar Zeugen –: Ich will, dass die Betriebsräte in der Partei technisch gesprochen eine Arbeitsgemeinschaft bilden und dass wir euch im Übrigen so behandelt, als wäret ihr ein Gesamtbetriebsrat. Lediglich den Begriff dürfen wir nicht verwenden. Denn das Gericht hat uns ins Stammbuch geschrieben: Die SPD ist kein Konzern mit verschiedenen Filialen. Und ehrlich gesagt: Die Landesverbände und Bezirke würden sich auch schön bedanken, wenn sie sich als Filialen der Bundespartei begreifen sollten.

(Vereinzelt Beifall)

Rechtlich jedenfalls ist das nicht haltbar. Ich habe eben mit Kurt Beck darüber gesprochen. Der hat mir gesagt, dass er das aus Rheinland-Pfalz kennt, eine Arbeitsgemeinschaft von Betriebs- und Personalräten, die verhandlungsfähig sind gegenüber der Arbeitgeberseite. Mein Vorschlag ist, Wilfried, dass wir das in diesem Sinne miteinander hinzubekommen versuchen.

Die Formulierung, welche die Beteiligung an Parteiratssitzungen betrifft, bedeutet eher eine Stärkung: Ihr habt künftig mehr drin als bisher. Wie gesagt, wir können jetzt nicht etwas beschließen, was sich rechtlich nicht halten lässt. Ich will, dass ihr behandelt werdet wie ein Gesamtbetriebsrat. Wir sollten vernünftig miteinander umgehen und Verträge machen, die halten. Deshalb müssen wir einen Weg finden, euch als Arbeitsgemeinschaft der Betriebsräte zu betrachten, ohne diesen Begriff zu verwenden, der uns von einem Gericht zerschossen wurde. Alles andere würde nur Rechtsunsicherheit schaffen. Meine Bitte ist: Folgt dem Votum der Antragskommission. Wir werden dann das Problem miteinander lösen. Meine Hoffnung ist, dass ich mich in dieses Thema nicht lange einarbeiten muss, sondern mich gleich damit beschäftigen kann. Insofern: Setzen wir uns gleich nach dem Parteitag zusammen! Herzlichen Dank.

(Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag O 16. Die Antragskommission schlägt Ablehnung vor. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Das ist eindeutig so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag O 17. Hierzu gibt es eine Wortmeldung von Mark Rackles, Berlin.

Mark Rackles, Berlin: Genossinnen und Genossen! Entschuldigt meine Stimme; ich laufe, wie wahrscheinlich die meisten von euch, auf Reservekanister. Ich habe mir

vorgenommen: Ich rede nur zu wichtigen Anträgen und ich rede nur zu den Anträgen, die NRW befürwortet; ich als Berliner habe festgestellt, dass das sinnvoll ist.

Es geht um den von ASJ und NRW unterstützten Antrag O 17, der das Parteiordnungsverfahren betrifft. Grundsätzlich ist der Ansatz, den wir heute diskutieren, wonach wir die Partei nach außen öffnen wollen, sehr sinnvoll. Als Unterbezirksvorsitzender und Ortsvereinsvorsitzender habe ich in Berlin leider öfters Fälle von Parteausschluss- und Parteiordnungsverfahren erlebt. Hier wird jetzt zweierlei vorgeschlagen. In allen Änderungsanträgen, die sich auf den Seiten 216 und 217 finden, wird das Gebot der „innerparteilichen Solidarität“ eingeführt. Wer dagegen verstößt, kann ausgeschlossen werden.

Ich persönlich bin erheblich skeptischer als die Autoren dieser Anträge, weil ich glaube, dass das Gebot der innerparteilichen Solidarität sehr schwierig zu greifen und nicht wirklich justitiabel ist. Da dies aber das Ergebnis der Debatte zu sein scheint, akzeptiere ich das.

Mit dem Vorschlag von der ASJ – und das ist nicht irgendeine Arbeitsgemeinschaft, sondern immerhin die, bei der der juristische Sachverstand der Partei angesiedelt ist – wird eine zusätzliche Sicherungsschnur eingezogen: Das Verhalten muss schuldhaft sein und es muss ein politischer Schaden verursacht worden sein. Vor dem Hintergrund, dass die hier einzuziehende Norm – Verstoß gegen die innerparteiliche Solidarität – relativ vage ist, halte ich die Verknüpfung, die der O 17 vornimmt, für erheblich besser, weil greifbarer. Deswegen plädiere ich dafür, den Antrag O 17 zu unterstützen und nicht dem Vorschlag der Antragskommission zu § 35 zu folgen. Bis auf diesen Unterschied sind die beiden Anträge, was die Tatbestände betrifft – Verstoß gegen Statuten, Verstoß gegen die Grundsätze der Partei und Verstoß gegen die Ordnung der Partei –, identisch. Es geht praktisch um eine zweite Sicherungsschnur: Der Verstoß muss schuldhaft erfolgen und es muss ein politischer Schaden feststellbar sein.

In diesem Sinne bitte ich um Unterstützung für den Antrag O 17.

(Vereinzelt Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Hubertus!

Hubertus Heil, Generalsekretär: Liebe Genossinnen und Genossen! Im Kern geht es um dasselbe Anliegen. Mit dem neuen § 35 bekommen wir jetzt eine Fassung, die im Interesse unserer Schiedskommission justitiabler ist als das, was wir bislang vorhatten. Das Ganze ist jetzt klarer gegliedert. Den Begriff „schuldhaft“ einzuführen – wir haben das gerade noch einmal mit Hannelore Kohl, der Vorsitzenden unserer Schiedskommission, besprochen, die dazu gerne noch einmal Auskunft geben kann –, macht es aus unserer Sicht nicht eben einfacher. Denn was heißt denn „schuldhaft“ in diesem Punkt? Wie soll denn die Beweisführung sein?

Unsere Bitte ist, es so zu lassen, wie es ist und auf die Unabhängigkeit unserer Schiedskommission zu vertrauen, die in Parteiordnungsverfahren zu entscheiden hat. Das geht im Übrigen nicht so vor sich, wie sich einige das vorstellen: Ein Parteivorstand setzt die Schiedskommission unter Druck, jemanden hinaus zu schmeißen, der einem nicht passt. Das ist ja immer die Vermutung, deshalb wollt ihr eine etwas höhere Hürde. Nur, diese höhere Hürde macht es für die unabhängigen Schiedskommissionen nicht einfacher zu entscheiden, eben weil der Begriff der Schuldhaftigkeit an diesem Punkt relativ schwierig ist.

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen! Da die Wahl augenscheinlich noch nicht durchgeführt werden kann, können wir uns jetzt natürlich erst noch die anderen organisationspolitischen Anträge vornehmen.

Ich komme zum Bereich O. Kurt Beck ist Berichterstatter. Wir beginnen mit den Anträgen O 29 bis O 50. Sie befinden sich auf den Seiten 267 bis 279. Ich lass euch genügend Zeit, das zu suchen. – Ich gehe davon aus, dass ihr euch darauf eingestellt habt.

Im O 29 geht es um die beitragsfreie Mitgliedschaft. Wortmeldungen dazu liegen mir nicht vor. Die Antragskommission schlägt Ablehnung vor. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Das ist so beschlossen.

Wir kommen zu O 30 – Bedürftige Mitglieder. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Die Antragskommission schlägt Ablehnung vor. Wer schließt sich dem an? – Das ist so beschlossen.

O 31 – Beitragsfreie Mitgliedschaft. Es liegt eine Wortmeldung von Kurt Beck vor.

Kurt Beck, Parteivorstand: Genossinnen und Genossen! An manchen Stellen in der Republik ist offensichtlich eine Praxis eingetreten, die Folgendes bedeutet: Menschen, die ihre Rente oder ihre Pension durch die Leistungen, die ihnen pflegerisch erbracht werden, aufgebraucht haben, wird durch ihre gesetzlich bestellten Pfleger vorgegeben, die SPD-Mitgliedschaft aufzugeben. Da sie selbst oft nicht mehr handlungsfähig sind, wir aufgrund geschilderter Beispiele aber sicher sind, dass sie in ihren letzten Monaten und Jahren vieles, aber nicht ihre Parteimitgliedschaft aufgeben würden,

(Beifall)

sollten wir, liebe Genossinnen und Genossen, dieses Thema nicht über unsere Satzung aufnehmen. Lasst uns durch unsere politische Verantwortung darauf hinwirken, dass das in Zukunft unterbunden wird. Das gilt natürlich nicht nur für die SPD-Mitgliedschaft, sondern auch für die Mitgliedschaft in anderen demokratischen Parteien. Ich glaube, diese Vorgehensweise hat etwas mit Menschenwürde und Respekt vor einer Lebens- beziehungsweise Orientierungsentscheidung zu tun. Deshalb erwarten wir von denen, die dort Verantwortung haben, dass sie anders verfahren.

(Beifall)

Ich bitte euch: Wenn solche Beispiele auftreten – uns liegen einige vor –, dann berichtet uns davon. Wir werden sie bei uns sammeln und gegenüber den Sozialbehörden tätig werden. Falls es notwendig sein sollte, muss man gegebenenfalls gesetzgeberisch tätig werden. Es ist nicht zu akzeptieren, was dort in einzelnen Fällen eingerissen ist. Ich glaube aber, dass wir es nicht mit der Satzung abfedern können. Wir sollten das Problem in der Tat an der Wurzel packen und deutlich machen: Menschen, die sich entschieden haben, viele Jahre in einer demokratischen Partei zu sein, darf man nicht den Austritt aus der Partei abzwängen.

(Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Kurt. – Wir stimmen über O 31 ab. Das Votum der Antragskommission lautet Ablehnung – nach dem Motto: vor Ort regeln. Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Bei einigen Gegenstimmen ist das so beschlossen.

Wir können jetzt in den nächsten Wahlgang eintreten.

Jens Bullerjahn, Tagungspräsidium: Ich rufe die Wahl der Kontrollkommission auf und bitte gleich um die Verteilung der Zettel, sodass ich parallel dazu erläutern kann.

Es handelt sich um eine Listenwahl nach § 8 Abs. 1 a Wahlordnung. Für die Wahl der Mitglieder der Kontrollkommission ist die einfache Mehrheit entscheidend. Es müssen mindestens fünf und es dürfen höchstens neun Kandidaten angekreuzt werden. Ich bitte euch, die Kontrollmarke 10 aufzukleben.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Petra Hoffmann (?) zu danken, die lange Jahre Mitstreiterin in der Kontrollkommission war.

(Beifall)

Noch einmal: mindestens fünf und höchstens neun Kreuze sowie Kontrollmarke 10. – Haben alle den Stimmzettel? – Sind alle mit dem Ankreuzen fertig? – Ich bitte, die Stimmzettel einzusammeln. Der Wahlgang ist geschlossen. – Sind die Wahlzettel eingesammelt? – Das ist der Fall.

Liebe Genossinnen und Genossen, ihr wart so hochkonzentriert bei der Debatte, dass wir ordentlich Zeit hereingearbeitet haben. Wenn ich das richtig sehe, dann haben wir jetzt noch ungefähr zehn Organisationsanträge. Danach haben wir die gesamte Antragsberatung abgeschlossen, sodass wir dann gleich zum Tagesordnungspunkt Wilhelm-Dröschner-Preis kommen können.

(Beifall)

Wir treten also wieder in die Antragsberatung ein. Wir waren auf Seite 267.

Ich rufe den Antrag O 32 auf. Es geht um Mitgliedsbeiträge für ALG-II-Empfänger. Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Antragskommission schlägt Ablehnung vor. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Das ist die Mehrheit.

Wir kommen zum Antrag O 33 – Bedürftige Mitglieder. Auch hier wird Ablehnung vorgeschlagen. Wer schließt sich dem Votum an? – Gegenstimmen? – Bei einigen Gegenstimmen ist das so beschlossen.

Ich rufe den Antrag O 34 auf – Symbolischer Mitgliedsbeitrag. Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Hier wird ebenfalls Ablehnung empfohlen. Wer schließt sich diesem Votum an? – Gegenstimmen? – Bei wiederum einigen Gegenstimmen ist das so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag O 36. Es geht um Mitgliederdaten und Datenschutz. Es wird Überweisung an den Parteivorstand und an die dortige organisationspolitische Kommission vorgeschlagen. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Viele Nichtbeteiligungen. Das macht aber nichts. Es ist so beschlossen.

O 37 – Arbeitsgemeinschaften und Zielgruppenarbeit. Auch hier wird die Überweisung an den Parteivorstand beantragt. Wer folgt dem Votum? – Das ist die deutliche Mehrheit.

O 38 – Gründung einer Arbeitsgruppe Migration. Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Der Vorschlag lautet Ablehnung. Wer schließt sich dem Vorschlag der Antragskommission an? – Gegenstimmen? – Bei einigen Gegenstimmen ist das so beschlossen.

O 39 – Bildungsarbeit und Generationenaufbau. Hier ist die Überweisung an den Parteivorstand und die dortige Erarbeitung eines Konzeptes vorgeschlagen. Wer folgt dem Votum? – Das ist so beschlossen.

Der Antrag O 40 ist durch die Antragsteller zurückgezogen worden.

Zu Antrag O 41 liegt mir eine Wortmeldung vor. Christian Reinke aus Mecklenburg-Vorpommern, du hast das Wort.

Christian Reinke, Mecklenburg-Vorpommern: Liebe Genossinnen und Genossen! Hierbei geht es um ein wichtiges Thema, nämlich um das Thema Unvereinbarkeit zwischen der Mitgliedschaft in Burschenschaften und in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Beifall)

Es gibt unterschiedliche Burschenschaften. Die hier Genannten sind Burschenschaften, die Männerbünde darstellen, in denen es eine Ungleichbehandlung zwischen Männern und Frauen gibt, in denen bestimmte Bevölkerungsgruppen diskriminiert werden, die sich als Elitenorganisationen darstellen und in der die Demokratie durch das Führerprinzip ersetzt ist.

Zweck von Burschenschaften dieser Art ist es, machtpolitische Netzwerke zu knüpfen, anstatt eine Auswahl nach Kompetenz zu ermöglichen. Außerdem zeichnen sich die hier genannten Burschenschaften durch einen ausgeprägten Hang zum Militarismus und zum Geschichtsrevisionismus aus.

Liebe Genossinnen und Genossen, in einigen Bundesländern werden diese sogar vom Verfassungsschutz beobachtet. Wir haben hier gestern in einigen Reden gehört, dass wir uns intensiv mit dem Rechtsextremismus auseinandersetzen sollen. Das ist richtig und wichtig. Geschichtsrevisionismus ist ein elementarer Bestandteil rechtsextremistischer Auffassungen.

Ich finde, die genannten Auffassungen haben in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nichts zu suchen und deshalb bitte ich euch, gegen die Empfehlung der Antragskommission zu stimmen und hier ein klares und deutliches Signal zu setzen. Wir brauchen keine Sexisten und Rassisten in der SPD. Deshalb: Unvereinbarkeitsbeschluss mit den genannten Burschenschaften. – Danke schön.

(Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Das Wort hat Niels Annen.

Niels Annen, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte dem Christian für seine engagierten Ausführungen danken. Trotzdem plädiere ich für das Votum der Antragskommission. Das tue ich ausdrücklich nicht, weil ich dir inhaltlich widersprechen will.

(Zurufe: Buh!)

Ja, jetzt hört mir an diesem Punkt doch erst einmal zu. – Zu dieser Frage haben wir uns in der Projektgruppe Rechtsextremismus mit den Burschenschaften auseinandergesetzt; das wisst ihr auch. Wir haben über rechtsextremistische Einstellungen und Haltungen diskutiert: über Männerbünde, über undemokratische Strukturen und Verhaltensweisen und über ein Elitedenken, das dieser Demokratie und unseren eigenen Ansprüchen abträglich ist. Das haben wir dort intensiv diskutiert.

Auch in Zusammenarbeit mit dem alten Parteivorstand haben wir im Präsidium zu diesem Punkt etwas vorbereitet, was wir dem neu gewählten Präsidium vorschlagen werden.

Ich will euch das nur an dieser Stelle so sagen und euch bitten, die Überweisung zu beschließen, weil der Parteivorstand der richtige Ort ist, um so eine nicht ganz unwichtige Entscheidung zu treffen und wir an diesem Punkt auf einige juristische Feinheiten achten wollen bzw. müssen. Genossinnen und Genossen. Ich sage das nicht, um das an dieser Stelle abzubügeln oder die Intention zu konterkarieren. Wir müssen uns sehr genau angucken, wie wir das, was wir beschließen wollen, formulieren, damit nicht der gegenteilige Effekt eintritt. Denn ihr wisst, dass auch die Mitgliedschaft in einer demokratischen Partei etwas ist, was man im Notfall auch einklagen kann. Wir wollen hier ganz klar auf der sicheren Seite sein.

Ihr könnt euch darauf verlassen, dass die Arbeit, die ich in den letzten Jahren gemacht habe, fortgesetzt wird und wir in kürzester Zeit einen entsprechenden Beschluss fassen können. Insofern: Die Intention ist wichtig und richtig. Aber wir müssen uns an einigen Punkten auch an die eigene Nase fassen, denn manchmal hat diese Partei auch weggeguckt, wenn der eine oder andere aus unseren Reihen sich dort geäußert hat oder sich zu einer Mitgliedschaft zumindest indifferent verhalten hat. Trotzdem denke ich, dass das der richtige Weg ist, und bitte euch um die Unterstützung des Votums der Antragskommission. Danke schön!

(Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Niels. Es folgt Thorsten Schäfer-Gümbel, Hessen-Süd.

(Beifall)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin Christian für seine Anmerkungen außerordentlich dankbar

(Beifall)

und bitte euch, auch angesichts der Bemerkungen von Niels, das Votum der Antragskommission abzulehnen.

(Beifall)

Die Debatte um die Burschenschaften hat seit Beginn dieses Jahres eine neue Qualität, nachdem der Vertreter der NPD im sächsischen Landtag mit seiner Holocaust-Rede für einen Eklat, der unvorstellbar war, gesorgt hat. Dieser Vertreter ist Bestandteil der NPD-Fraktion und Vertreter einer Burschenschaft, die Ausgang für ein Netzwerk der deutschen Burschenschaften ist. Die Dresdensia-Rugia in Gießen ist zu einem Synonym für das, was Christian hier beschrieben hat, geworden. Es geht längst um mehr als die Frage, ob wir einzelne Mitglieder ausschließen wollen, die in solchen Burschenschaften sind, denn diese Burschenschaften sind längst zu einem institutionalisierten Netzwerk für die deutsche Rechte geworden.

Ich will euch mit einem Beschluss konfrontieren, liebe Genossinnen und Genossen: In diesem Sommer hat der Deutsche Burschenschaftstag eine Rechtswendung erlebt, die man sich schon fast nicht mehr vorstellen konnte. Es gibt eine Unterströmung in der deutschen Burschenschaft, die sich Deutsche Burschenschaft als Dachverband nennt und die ein Zusammenschluss der rechtskonservativen Organisationen ist. Die, die sich auch aus meiner Sicht nach wie vor auf schwierige Prinzipien beziehen, haben sich vor einigen Jahren aus diesem Dachverband gelöst, weil sie als rechte Burschenschaften keine Möglichkeit mehr gesehen haben, auf diesen Gesamtverband der deutschen Burschenschaften überhaupt noch einzuwirken.

In diesem Sommer hat der Deutsche Burschenschaftstag ausdrücklich mit dem Südtiroler Befreiungsterrorismus sympathisiert und sich damit solidarisiert und er hat sich mit seinen Splitterorganisation dieser deutschen Burschenschaft, die ausdrücklich der Zusammenschluss aller rechtskonservativen Burschenschaften ist, eine Mehrheit in den Burschenschaften gesichert. Es muss jetzt an dieser Stelle klare Kante gezogen werden, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Es kann nicht sein, dass wir ein Mitglied eines Verbandes, der sich sukzessive nach Rechtsaußen richtet und sich mit Rechtsmilitanten verbindet, in der SPD akzeptieren. Solche Leute haben in unseren Reihen nichts zu suchen. Deswegen: Ablehnung des Votums der Antragskommission. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Das Wort hat Kurt Beck.

Kurt Beck, Parteivorstand: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Ich denke: Über das, was inhaltlich von diesen Aktivitäten zu halten ist, müssen wir hier keinen Moment streiten; da sind wir uns einig. Das Votum der Antragskommission ist darin zu sehen, dass man die Abwägung noch einmal sorgfältig treffen wollte. Ich sehe aber in der Begründung, die Niels Annen gebracht hat, und in diesem aus meiner Sicht sehr verständlichen und nachvollziehbaren Willen, der in den Meinungsäußerungen zu diesem Antrag eben zum Ausdruck gekommen ist, keinen Widerspruch.

Ich sehe deshalb keinen Widerspruch, liebe Genossinnen und Genossen, weil unsere Satzung eine klare Regelung beinhaltet, dass der Parteivorstand zuständig ist, und zwar bis hin zur Bindung der Schiedskommission. Insoweit wird die Abwägung eh stattfinden müssen. Wenn der Parteitag jetzt das, was im Antrag O 41 steht, als Willensbildung beschließt, dann ist das ein klarer Auftrag, diese Abwägung vorzunehmen, aber auch eine klare Aussage zu dem, was es hier an Abwehrtwendigkeiten gibt. Deshalb würde auch ich darum bitten, dass wir das Votum ändern,

(Beifall)

weil in der Tat kein Problem darin besteht, dass wir auch diese notwendige Abwägung noch im Parteivorstand treffen können.

(Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Björn Böhning hatte sich gemeldet.

Björn Böhning, Jusos: Liebe Genossinnen und Genossen! Im Prinzip hat Kurt alles dazu gesagt. Auch ich glaube, wir sollten das Votum der Antragskommission ändern; denn dieser Punkt ist innerhalb der SPD ja schon lange in der Diskussion und wir haben auch im Parteivorstand schon lange darüber diskutiert. Von diesem Parteitag muss ein Signal ausgehen, das Matthias Platzack und auch Hubertus Heil gestern erwähnt haben: dass wir dem Rechtsextremismus den konsequenten Kampf ansagen, und zwar an den Hochschulen und auch anderswo, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Deswegen ein klarer Trennstrich. Das Signal dieses Parteitages, wenn wir das Votum der Antragskommission ändern, ist ja nur, dass wir eine klare Regelung im Parteivorstand finden wollen und dass sie schnell kommen muss, so schnell wie es geht. Vielen Dank!

(Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Du hast das Wort.

Kurt Beck, Parteivorstand: Ich schlage vor, dass wir die erste Zeile des Antrags so formulieren: „Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, die Mitgliedschaft in einer studentischen Burschenschaft oder einem Korps grundsätzlich für unvereinbar mit der Mitgliedschaft zu erklären.“

(Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe korrekt zu verfahren. Das heißt, dass ich jetzt über den Antrag in der Fassung der Antragskommission abstimme. Wenn ihr das ablehnen solltet, dann stelle ich den Beitrag des letzten Redners in dieser Fassung, als Änderungsantrag, zur Abstimmung. Wer also dem Votum der Antragskommission folgen will, der muss sich jetzt melden. – Das sind ganz, ganz wenige. Wer das ablehnen will, der meldet sich jetzt. – Danke!

(Beifall)

Wenn ihr einverstanden seid, dann stimme ich nicht ab über O 41, sondern über den Änderungsantrag, der sich auf diesen einen Satz bezieht. – Wenn er abgelehnt wird, gehe ich zum Originaltext von O 41 über.

Wer für die eben vorgetragene Fassung stimmt, die aus einem Satz bestand mit dem Auftrag an den Parteivorstand, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Bei einigen Gegenstimmen ist das so beschlossen.

(Beifall)

O 41 ist in einer komprimierten Fassung angenommen worden.

Ich rufe O 42 auf. Hier geht es um historische Stätten der SPD. Antrag in der Fassung der Antragskommission. Wer folgt dem Votum? – Das sind mehr als genug.

Wir kommen zu O 43, dem Preisgefüge bei SPD-Reisen. Das soll an den Parteivorstand überwiesen werden. Wer folgt dem? – Der Parteivorstand hat ja noch Dinge zu tun. Er wird in Zukunft noch einen Rabatt machen; ihr werdet euch freuen können.

Dann kommen wir zu den Cateringverträgen in O 44. Das ist durch Praxis erledigt. Wenn ihr das auch so seht, dürft ihr eure Karte jetzt zum letzten Mal hoch halten. – Das ist so beschlossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Anträge O 45 bis O 50 haben wir schon gestern erledigt, sodass ihr eben über den allerletzten Antrag dieses Parteitags abgestimmt habt. Herzlichen Dank für das konstruktive Mitmachen!

(Beifall)

Jetzt kommen wir zu den Wahlergebnissen.

Wahl der Bundesschiedskommission

Krimhild Fischer, Zählkommission: Ich verlese den Bericht der Zählkommission. Zunächst zur Wahl der Vorsitzender der Schiedskommission, Hannelore Kohl: Abgegebene Stimmen 391, davon eine ungültig, bleiben 390 gültige Stimmen. Mit Ja stimmten 387.

(Beifall)

Es gab zwei Enthaltungen und eine Nein-Stimme. Das bedeutet eine Zustimmung der gültigen abgegebenen Stimmen von 99,2 Prozent. Liebe Hannelore, herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Auch die beiden stellvertretenden Vorsitzenden der Schiedskommission sind gewählt worden. Abgegeben wurden 389 Stimmzettel. Davon waren allerdings 13 ungültig. Es blieben 376 gültige Stimmzettel. Auf Werner Ballhausen entfielen 346 Stimmen, auf Roland Rixecker entfielen 311 Stimmen. Somit sind beide als Stellvertreter gewählt.

(Beifall)

Bei der Wahl zu den Beisitzern der Schiedskommission wurden 400 Stimmzettel abgegeben. Davon waren zehn ungültig. Es blieben 390 gültige Stimmen. Gewählt wurden Ilse Brusis mit 342 Stimmen und Ingrid Teichmüller mit 285 Stimmen.

In einen zweiten Wahlgang mussten Thomas Clodius, 96 Stimmen, Johannes Risse, 147 Stimmen, Thomas Notzke, 173 Stimmen, und Ossenkopp, 146 Stimmen. Da hier die erforderliche Mehrheit noch nicht gegeben ist, muss ein zweiter Wahlgang entscheiden.

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Hier wollen wir zügig anschließen. Ich frage einmal – nebst Gratulation – ab, ob Hannelore Kohl die Wahl annimmt.

Hannelore Kohl, Bundesschiedskommission: Ja, ich nehme diese Wahl gerne an. Ich danke euch allen für euer Vertrauen in die weitere Arbeit der Bundesschiedskommission. Ich möchte das zugleich – um hier schon vorzugreifen – auch im Namen der beiden Stellvertreter erklären, die beide heute leider aus dienstlichen Gründen nicht anwesend sein können, das aber gerne getan hätten und auch ihre Bereitschaft zur weiteren Mitarbeit erklärt haben. Danke schön!

(Beifall)

Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium: Wir danken dir auch. – Ilse Brusis, nimmst du die Wahl an? – Da ich kein Nein höre, gehe ich davon aus. Ingrid Teichmüller. – Hier gilt dasselbe.

Jetzt lese ich noch einmal die Namen derer vor, die in den zweiten Wahlgang müssten – wenn sie anwesend sind und darauf verzichten, bitte ich, das hier auch kund zu tun; dann müssten wir sie einfach vom Wahlzettel streichen –: Thomas Clodius, Thomas Notzke ist nicht da, Karl Ossenkopp und Johannes Risse. Jetzt bitte ich um das Verteilen der Stimmzettel. Ich möchte darauf hinweisen: mindestens ein Kreuz, höchstens zwei Kreuze, Kontrollmarke 11.

Sind alle fertig mit Ankreuzen? – Das scheint so zu sein. Dann bitte ich darum, die Stimmzettel einzusammeln. – Sind alle Wahlzettel eingesammelt? – Dann schließe ich den Wahlgang und bitte um das Auszählen.

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zur Verleihung des Dröscher-Preises. Ich hoffe, dass viele von euch die Gelegenheit genutzt haben, die Vielfalt der Ideen nicht nur anzuschauen und zu loben, sondern auch dazu, vieles für die praktische Arbeit mitzunehmen. Das Wort zur Laudatio und auch zur Verkündung der Preisträgerinnen und Preisträger hat jetzt Kurt Beck.

Wilhelm-Dröschler-Preis

Kurt Beck, Parteivorstand: Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Lasst uns zunächst diejenigen, die sozusagen die Repräsentantinnen und Repräsentanten besonders kreativer Ortsvereine, besonders kreativer Arbeitsgemeinschaften und Initiativen sind, hier auf dem Parteitag noch einmal herzlich begrüßen. Vielen Dank, dass ihr euch hier präsentiert habt. Vielen Dank für eure guten Ideen, die ihr uns mit auf den Weg gebt.

(Beifall)

Ich will gemeinsam mit Dorothee Giani-Dröschler daran erinnern – jetzt ist auch Peter Wilhelm Dröschler, der Sohn, bei uns –, dass wir zum zwölften Mal auf einem Parteitag den Preis vergeben, der nach Wilhelm Dröschler benannt ist, einem Mann, der nicht nur Schatzmeister unserer Partei und nicht nur Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD im Rheinland-Pfälzischen Landtag war. Er war vor allen Dingen jemand, mit dessen Namen bis heute die besondere Zuwendung zu den Bürgerinnen und Bürgern, zu jeder und zu jedem Einzelnen, besonders denjenigen, die in Not waren, die der Hilfe beduften, die sich ausdrücken wollten, aber dazu Unterstützung brauchten, verbunden ist. Es bleibt nicht nur in Rheinland-Pfalz, sondern in ganz Deutschland der schöne Beiname für ihn: der gute Mensch von Kirn. In seinem Namen ist der Dröschler-Preis ins Leben gerufen worden, um die Basisverbundenheit und die Arbeit vor Ort in diesem Sinne und in diesem Geiste auf den Parteitagen präsent zu haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, ihr hattet uns auf dem Parteitag in Bochum beauftragt, dem Dröschler-Preis neue, zusätzliche Impulse zu geben. Dies wollen wir dadurch tun – ich habe es vorhin schon einmal gesagt –, indem wir uns noch stärker auf einige Themen konzentrieren, um jeweils auch einen Wechsel und eine Breite auf den Parteitagen zu haben, aber vor allen Dingen auch dadurch – es wird schon an einigen Stellen in der Republik praktiziert –, dass wir auch bei Bezirksparteitagen und bei Landesparteitagen diejenigen, die in den Ortsvereinen, in den Arbeitsgemeinschaften, in Projekten besonders kreativ arbeiten, einladen, um sich zu präsentieren und auf diese Art und Weise zusätzliche Möglichkeiten schaffen, was die Verbreitung dieser Idee der Basisnähe angeht. Natürlich wird es auch weiterhin möglich sein, sich direkt bei der Bundespartei zu den ordentlichen Parteitagen für diesen Preis zu bewerben.

Wir haben in diesem Jahr 41 Projekte und ich denke, ich kann im Namen des gesamten Kuratoriums sprechen, das in besonderer Weise auf die hohe Qualität, auf die Professionalität im Amateurbereich des politischen Wirkens, wenn ich es so nennen darf, Wert gelegt hat und darauf, dass in besonderer Weise unterstrichen wird, dass

selten so viele junge Menschen sich engagiert haben und mit kreativsten Ideen hervorgetreten sind. Das alles wollen wir herausstellen. Deshalb haben alle 41, die dabei waren, gewonnen. Alle sind Sieger und alle haben uns durch ihre Arbeit und ihr gutes Beispiel viel gegeben.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, aber auch wenn alle Gewinner sind und wenn auch wir alle dadurch, dass wir eure Arbeit wahrnehmen konnten, Gewinner sind, ist immer die schwere Arbeit zu leisten, einige wenige hervorzuheben. Ich darf sagen, liebe Dorothee, lieber Peter Wilhelm – die anderen Kuratoriumsmitglieder werden es unterstreichen –, es war keine leichte Arbeit. Wir haben uns gestern Abend viel Mühe gemacht. Im Grunde genommen hätte man sich gewünscht – pardon an die Ostfriesen –, es gäbe ostfriesische Omnibusse, wo alle in der ersten Reihe sitzen können. Aber es geht halt nicht. Es ist niemand zurückgesetzt – so ist es nicht gemeint –, wenn ich jetzt einige hervorhebe.

Ich will mit den besonderen Erwähnungen beginnen. Diese besonderen Erwähnungen haben wir mit einer kleinen finanziellen Untermauerung von jeweils 200 Euro versehen.

Ich bitte diejenigen zu mir, die den „Dialog Niedersachsen“ auf den Weg gebracht haben

(Beifall)

und die uns ein besonders gutes Beispiel für Kommunikation – wir haben heute Morgen darüber debattiert – vorgestellt haben: Landesverband Niedersachsen, Bezirk Weser-Ems, Arbeitsgemeinschaft 60 plus im Bezirk Weser-Ems. Herzlichen Glückwunsch! Bitte kommt zu uns.

(Beifall)

Wir gratulieren herzlich. Wir bedanken uns und der Scheck kommt. – Während der Parteivorsitzende noch gratuliert, darf ich die Genossinnen und Genossen, die mit dem Stand A 9 – „Die Partei auf Touren bringen“ – vertreten waren vom Landesverband Sachsen-Anhalt, Region Halle, die Jusos im Stadtverband Halle, zu uns bitten.

(Beifall)

Sie haben ein besonders schönes Beispiel geliefert, wie man – in diesem Fall durch Wanderungen, durch politische Diskussion und Bindung – neue Mitglieder gewinnt, sie anspricht und an die Partei bindet. Herzlichen Glückwunsch! Ihr seid wirklich eine Belobigung wert und den Finanzbetrag auch.

(Beifall)

Von den Jusos geht es zu einem gemeinsamen Projekt, nämlich B 3 – „Café der Generationen“ –, Landesverband Sachsen-Anhalt, Kreisverband Ohrekreis, Ortsverein Irxleben.

(Beifall)

Das ist ein besonders gutes Beispiel der Mitgliederwerbung, wie wir fanden, und eine gute und große Kontinuität in der Arbeit. Respekt für diese Arbeit in einem nicht ganz einfachen Umfeld.

(Beifall)

Das dauert ein bisschen länger, sagt die Dorothee. Da hat sie Recht. Aber ich denke, diejenigen, die so viel Arbeit tun, haben es auch verdient, dass sie einzeln wahrgenommen werden.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben nach der Bundestagswahl einen Sonderbereich ausgeschrieben, der sich speziell auf kreative Einsätze im Rahmen der zurückliegenden Bundestagswahl bezog. Auch dort wollen wir zwei Projekte – neben vielen, vielen guten – besonders belobigen und mit 200 Euro versehen.

Ich bitte diejenigen zu uns, die den Informationsstand D 3, das Modellprojekt der Jungsozialisten aus Leichlingen, vertreten haben; Landesverband Nordrhein-Westfalen, Unterbezirk Rhein-Berg, Jusos im Ortsverein Leichlingen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, da wurden 1.200 Stunden in den Wahlkampf investiert. Es waren kreative Ideen damit verbunden. Junge Leute in unserer Mitte und in diesem Fall an der Spitze des Wahlkampfes. Vielen Dank.

(Beifall)

Eine weitere Belobigung für Kreativität zur Bundestagswahl mit finanzieller Beigabe geht an das Projekt D 17, Willy-Brandt-Projekt 2005, Landesverband Thüringen, Kreisverband Ilm-Kreis, Jusos im Ilm-Kreis. Ihr habt wahrscheinlich den Trabi samt Anhänger gesehen.

(Beifall)

Ihr habt wahrscheinlich den Trabi samt Anhänger gesehen. Das war fantasie reich und kreativ. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Jetzt kommen wir zu den dritten Preisen, dotiert mit jeweils 500 Euro.

Den ersten dieser dritten Preise bekommt das Projekt A16 „Aktion Wärme geben“, Landesverband Baden-Württemberg, Unterbezirk Baden-Baden, Jusos im Ortsverein Gaggenau.

(Beifall)

Diese konstante Arbeit für und mit behinderten Menschen, die durchdachte Vorgehensweise und die Tatsache, dass nicht behinderte und behinderte Menschen gemeinsam dieses Projekt präsentieren, hat uns überzeugt, dass dieses Projekt einen dritten Preis verdient hat. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Ein weiterer dritter Preis geht an das Projekt B2 „10 unter 20“ des Landesverbandes Niedersachsen, Bezirk Hannover, Unterbezirk Hameln-Pyrmont, Unterbezirk Northeim-Einbeck.

(Beifall)

Wir finden, dies ist ein tolles Beispiel für Mitgliederwerbung, ein tolles Beispiel für Kommunikation zwischen Menschen, die wir gewinnen wollen, und denen, die schon bei uns sind. Es ist vielfältig in den Ansätzen und deshalb preiswürdig. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Der letzte dritte Preis geht an das Projekt B7 „lui und das JUGENDbüro“, Landesverband Hessen, Bezirk Hessen-Süd, Jusos und Unterbezirke Wiesbaden und Limburg-Weilburg.

(Beifall)

Wir finden, dies ist ein besonders gelungenes Beispiel für dauerhafte Jugendarbeit in diesen beiden Bereichen und für viel Kreativität. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ihr merkt, dass es viele junge Leute unter den Preisträgern gibt. Aber es hat weder eine Richtlinie noch sonst irgendeine Vorgabe geben, die dafür gesorgt haben, dass die Jungen besonders erfolgreich sind. Es gab einfach viele und gute.

(Beifall)

Jetzt kommen wir zu den zweiten Preisen. Sie sind mit 800 Euro dotiert.

Der erste der drei zweiten Preise geht an das Projekt A7 „Ausbildungsplatzinitiative“ vom Landsverband Niedersachsen, Bezirk Weser-Ems, Unterbezirk Aurich und Jusos im Ortsverein Norden-Hage.

(Beifall)

Die Ausbildungssituation kennen wir alle; sie bedrückt uns. Es gibt zwar viele Ausbildungsbörsen. Aber dort wird eine seriöse Arbeit im Zusammenwirken mit den Kammern geleistet. Auf diese Arbeit ist Verlass. Die jungen Menschen wissen, dass das etwas bringt. Außerdem ist diese Arbeit dauerhaft. Sie wird zum dritten Mal und auch weiterhin geleistet. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Der zweite der zweiten Preise geht an das Projekt A10 „Jugendclub Bushaltestelle“, Landesverband Sachsen-Anhalt, Unterbezirk Bitterfeld, Ortsverein Bitterfeld und Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten im Landkreis Bitterfeld.

(Beifall)

Es geht darum, dass im besten Sinne aufsuchende Jugendarbeit gemacht wird, dass die jungen Menschen dort abgeholt werden, wo sie sich treffen, dass vor Ort ihre Probleme besprochen werden und versucht wird, Perspektiven aufzuzeigen. Wir finden, das ist ein hervorragendes Modell, wie man mit jungen Menschen und für junge Menschen arbeiten kann. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Ein dritter zweiter Preis war zu vergeben. Er geht an das Projekt A17 „Ja zu Toleranz – Nein zu rechter Gewalt“. Dieses Projekt läuft im Landesverband Baden-Württemberg, Kreisverband Esslingen, Ortsverein Filderstadt.

(Beifall)

Dort wird in eindrucksvoller Weise und mit großer Kreativität und Sorgfalt etwas gegen die rechten Umtriebe unternommen. Es wird Mahnarbeit und politische Arbeit geleistet. Wir finden, das gehört in unsere Zeit. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Wir kommen jetzt zu den ersten Preisen. Es gibt zunächst einen Sonderpreis für den Bereich „Kreative Wahlkampfgestaltung“.

Der Sonderpreis, dotiert mit 1.200 Euro, geht an das Projekt D16 „Überall ist Wahlkampf“ des Landesverbandes Hessen, Bezirk Hessen-Nord, Unterbezirk Marburg-Biedenkopf, Junges Team Marburg-Biedenkopf.

(Beifall)

Die jungen Leute haben 80 Tage im Rahmen von 80 Aktionen kreativ gearbeitet. Die Ansätze wurden konsequent durchgeführt. Sie werden jetzt gut präsentiert. Das hat aus unserer Sicht den Sonderpreis für einen besonders kreativen Wahlkampf im zurückliegenden Bundestagswahlkampf verdient. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Jetzt kommen wir zu den ersten Preisen. Wir konnten uns nicht entscheiden, nur einen ersten Preis zu vergeben. Deshalb gibt es zwei erste Preise, dotiert mit 1.200 Euro.

Der erste dieser beiden ersten Preise geht an das Projekt A1 „Vernetzung im Stadtteil“, Landesorganisation Hamburg, Kreis Hamburg-Mitte, Distrikt Billstedt.

(Beifall)

Dort wird eine Arbeit geleistet, die im besten Sinne unter der Rubrik Bildungsinitiative läuft. Es wird Kontakt zur Bevölkerung, zu den Gewerbetreibenden, zu Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, zu arbeitslosen Menschen und zu Migranten hergestellt. Dies ist eine breit angelegte und sehr fundierte Arbeit, die aus unserer Sicht ein Musterbeispiel für die Arbeit von Ortsvereinen oder örtlichen Organisationen ist. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Es gibt einen weiteren ersten Preis. Er geht an das Projekt D5 „Ehrlich – engagiert – erfolgreich“, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, Kreisverband Parchim, Ortsverein Demen.

(Beifall)

Sie haben dadurch überzeugt, dass sie in einem nicht einfachen Umfeld durch intensive Arbeit über eine Reihe von Jahren die absolute Mehrheit der PDS nicht nur gekippt, sondern auch eine eigene Mehrheit erreicht haben. Die PDS hat zwischenzeitlich aufgegeben, liebe Genossinnen und Genossen. Unsere Leute haben das Vertrauen der Menschen in dieser Gemeinde gewonnen. Ich finde, das ist eine glänzende Arbeit, mutig und erfolgreich. Herzlichen Glückwunsch!

(Anhaltender Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, es haben sich alle Teilnehmer in glänzender Weise präsentiert. Jedes Projekt hätte in früheren Jahren einen Preis gewonnen. Aber es wenn viele Spitzenpräsentationen gibt, muss man auswählen. Ich bitte alle Teilnehmer nach vorne auf die Bühne, damit wir ein gemeinsames Foto machen können. Ihr alle, die Preisträger und alle Teilnehmer, seid diejenigen, auf die wir bauen, ihr seid

die SPD in Deutschland. Wir sind stolz, dass wir so viel Kreativität, Kraft und neue Ideen an der Basis haben.

Während ihr nach vorne kommt, lade ich herzlich dazu ein, beim nächsten ordentlichen Parteitag wieder dabei zu sein, Bewerbungen über die Landesverbände und Bezirke oder auch direkt. Noch einmal herzlichen Glückwunsch und alles Gute! Der Wilhelm-Dröschler-Preis zeigt die Basisstärke der Sozialdemokratie in hervorragender Weise.

(Beifall)

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, es ist richtig, wenn wir an dieser Stelle auch denen danken, die die schwierige Aufgabe übernommen haben, die Auswahl zu treffen. Ich bedanke mich ganz herzlich bei Peter Wilhelm Dröschler, bei Dorothee Giani-Dröschler sowie bei Kurt Beck und seinem Kuratorium für die Arbeit und die Motivation. Hier wurde wahrlich gezeigt, was die Partei zu leisten vermag. Dies ist Mut, Ansporn und Verpflichtung für uns. Herzlichen Dank, lieber Kurt, dir und deinem Kuratorium!

(Beifall)

Kurt Beck, Parteivorstand: Vielen Dank, liebe Ute. – Liebe Genossinnen und Genossen, ich wollte denjenigen, die Bücher, CDs und Ähnliches präsentiert haben, noch sagen: Wir werden den „Vorwärts“-Verlag bitten, über eure Publikationen zu berichten, sodass ihr die Chance bekommt, die euch hier aus steuerlichen und sonstigen Gründen verwehrt werden muss, nämlich eure Produkte auch abzusetzen. Noch einmal vielen Dank und alles Gute!

(Beifall)

Jens Bullerjahn, Tagungspräsidium: Wir müssen uns ein letztes Mal mit Wahlen beschäftigen. – Keine Angst, wir müssen nicht noch einmal wählen, sondern müssen nur Ergebnisse verkünden, damit das alles ordnungsgemäß abgeschlossen werden kann. – Krimhild!

2. Wahlgang zur Bundesschiedskommission

Krimhild Fischer, Zählkommission: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Zunächst muss die Schiedskommission mit Beisitzern vervollständigt werden. Im zweiten Wahlgang wurden 327 Stimmzettel abgegeben. Zwei davon waren ungültig, bleiben also 325 gültige Stimmen.

Gewählt worden sind: mit 129 Stimmen Karl Ossenkop und mit 179 Stimmen Johannes Risse. Auf Thomas Clodius entfielen 97 Stimmen und auf Thomas Notzke 126 Stimmen. Ich gratuliere Karl Ossenkop und Johannes Risse.

(Beifall)

Zuletzt war die Wahl der Kontrollkommission auszuzählen. Hier hatten wir es etwas einfacher; denn hierfür war nicht die absolute Mehrheit erforderlich. Abgegeben wurden 352 Stimmzettel, zehn davon waren ungültig. Also gab es 342 gültige Stimmzettel auszuzählen. Folgende neun Mitglieder der Kontrollkommission sind gewählt – ich lese sie in alphabetischer Reihenfolge vor: Katrin Budde: 228 Stimmen; Dorothee Danner: 244 Stimmen; Willi Görlach: 217 Stimmen; Gerhard Kompe: 165 Stimmen; Eckart Kuhlwein: 251 Stimmen; Heide Mattischeck: 227



Stimmen; Walter Meinhold: 124 Stimmen; Christa Randzio-Plath: 247 Stimmen; Gert Weisskirchen: 260 Stimmen. Ich gratuliere euch und wünsche euch viel Kraft bei eurer Arbeit.

(Beifall)

Leider nicht gewählt wurde Paul Helmut Dißmann. Auf ihn entfielen 70 Stimmen.

Damit ist die Arbeit der Mandatsprüfungs- und Zählkommission beendet. Ich möchte an dieser Stelle all denen, die uns geholfen haben, ganz herzlich danken.

(Beifall)

Jens Bullerjahn, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Krimhild. Ich möchte jetzt noch einmal abfragen, ob die Wahl von allen angenommen wird. Dabei will ich es so machen: Wenn es beim Namensaufruf kein Nein gibt, gehen wir davon aus, dass die Gewählten das Amt antreten.

Karl Ossenkop, Johannes Risse, Katrin Budde, Dorothee Danner, Willi Görlach, Gerhard Kompe, Eckart Kuhlwein, Heide Mattischeck, Walter Meinhold, Christa Randzio-Plath, Gert Weisskirchen. – Gut, dann kann ich nur Danke sagen. Somit haben alle Gremien ihre Strukturen gefunden. Wir alle waren sehr diszipliniert. Mir bleibt nur noch, Michael Rüter (?) und Krimhild Fischer sowie allen anderen Mitgliedern der Mandatsprüfungs- und Zählkommission Dank zu sagen. Ich denke, wir haben alles gut geschafft. Schönen Dank!

(Beifall)

Nun bitte ich Matthias um sein Schlusswort.

Schlusswort des Parteivorsitzenden Matthias Platzeck

Matthias Platzeck, Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Ehe wir zum Schlusswort kommen und dann gemeinsam singen, möchte ich zunächst Danke sagen, und zwar den Genossinnen und Genossen, die lange Verantwortung im Parteivorstand getragen haben und jetzt ausgeschieden sind. Das soll nicht einfach so sang- und klanglos vor sich gehen, sondern wir möchten euch schon noch die Hand schütteln und einen kleinen Blumengruß mitgeben.

Da ist zunächst unsere Heidi, die rote Heidi.

(Beifall)

Heidi ist seit 1993 Stellvertretende Vorsitzende. Sie hat sich verdient gemacht, indem sie – auf den Pfaden Willy Brandts – für unsere internationale Perspektive gesorgt hat. Sie war und bleibt der Kopf der SPD, was die internationale Entwicklungszusammenarbeit, eines der wichtigsten Zukunftsfelder, angeht. Heidi, komm doch bitte mal zu mir!

(Anhaltender Beifall – Glückwünsche – Die Anwesenden erheben sich)

Genossinnen und Genossen, Danke sagen möchte ich Wolfgang Thierse. Wolfgang, einer der Gründungsväter der ostdeutschen SPD, war bereits Fraktionsvorsitzender in schwierigsten Wendezeiten in der Volkskammer. Seit 1990 war er unser Stellvertretender Parteivorsitzender. Er selber hat sich ja schon als der „ewige“ Stellvertretende Vorsitzende bezeichnet. Wolfgang hat viele Verdienste, aber vor allem eines: Er hat immer den Blick auf die Gefahr, die der Rechtsextremismus für Deutschland bedeutet, gehabt, er hat sich nie einlullen lassen und immer klare Kante gezeigt. Außerdem: Wenn wir mal mit Rechtschreibung und Grammatik nicht Bescheid wussten, mit einem Rat von Wolfgang war man immer auf der sicheren Seite. Er ist der Mann des immer richtigen Wortes. Lieber Wolfgang, ganz herzlichen Dank für deine Arbeit. Ich rechne fest damit, dass die Programmarbeit auch in Zukunft deine Handschrift tragen wird.

(Anhaltender Beifall – Glückwünsche – Die Anwesenden erheben sich)

Ich möchte mich auch bei unserem scheidenden Stellvertretenden Vorsitzenden Wolfgang Clement – er ist heute leider nicht da – bedanken. Er begann seine Arbeit für die SPD schon in den Jahren 1981 bis 1986 als Parteisprecher. Viele Jahre war er bekanntermaßen an der Seite von Johannes Rau. Ab 1998 war er Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, danach eine der Säulen der rot-grünen Regierung und seit 1999 unser Stellvertretender Bundesvorsitzender. Er hat es uns nicht immer leicht gemacht, wir haben es ihm nicht immer leicht gemacht. Aber lieber Wolfgang Cle-

ment, du hast eine Menge wichtiger Impulse für unsere Partei und für Deutschland gegeben. Ich bedanke mich bei dir ganz herzlich. Wir wünschen dir alles Gute für die Zukunft.

(Beifall)

Ich möchte mich bei unserem scheidenden Generalsekretär, Klaus Uwe Benneter, bedanken. Er war Bundesvorsitzender der Jusos in wilden Zeiten, 1977. Dann folgte der Ausschluss aus unserer Partei und 1983 die Wiederaufnahme. Viele wichtige Funktionen hat er seitdem in der Berliner SPD und im Bundestag bekleidet. Schließlich wurde er in komplizierten Zeiten unser Generalsekretär. Mit viel Geduld und Spucke, mit viel Duldsamkeit auch uns gegenüber hat er eine hervorragende Arbeit geleistet. Lieber Klaus Uwe, wir danken dir dafür, auch für den noblen Stil, in dem du manches ertragen hast, was nicht immer leicht zu ertragen war.

(Beifall – Glückwünsche)

Ich möchte mich sehr herzlich bei Kajo Wasserhövel bedanken, der in ein anderes Amt wechselt. Kajo Wasserhövel war der Architekt unserer erfolgreichen Wahlkämpfe, ein Mann mit Weitsicht, ein Mann mit Übersicht, ein Mann von bestem Schrot und Korn für die SPD. Ihm wünschen wir für sein neues Amt in einem neuen Hause alles Gute. Wir freuen uns, dass er weiterhin an unserer Seite und fest an der Seite von Franz steht, der in seinem schwierigen Amt jede Unterstützung brauchen kann.

(Anhaltender Beifall – Glückwünsche – Die Anwesenden erheben sich)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, das ist sehr gut so, wie wir das machen, und das tut dem Kajo gut. Das ist voll in Ordnung. Herzlichen Dank noch einmal an dich!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte mich bei Hans Eichel bedanken:

(Beifall)

Hesse durch und durch, Stadtverordneter, Oberbürgermeister in Kassel, Landesvorsitzender, Ministerpräsident, seit 1984 Mitglied des Parteivorstandes, seit 1999 im Präsidium, die letzten sechs Jahre Finanzminister in schwierigsten Zeiten. Wir haben ihm manchmal zu wenig zugehört. Wir wissen heute aber: Recht hat er gehabt. Wir hätten ihm an manchen Stellen eher folgen sollen. Hans, komm her! Herzlichen Dank und alles, alles Gute!

(Langanhaltender lebhafter Beifall –
Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen)

Hans sagt, ihr sollt aufhören. Er möchte die Fassung bewahren.

Ich möchte mich bei Kurt Bodewig bedanken. Kurt Bodewig war seit 2001 Mitglied des Parteivorstandes, seit 1998 im Bundestag, und er hat schon zugesagt, dass er uns weiterhin mit Rat und Tat als Vorsitzender des Forums Mobilität und Nachhaltigkeit beim Parteivorstand zur Verfügung stehen wird. Herzlichen Dank, Kurt! – Er ist nicht da.

(Beifall)

Ich möchte mich bei Herta Däubler-Gmelin bedanken: Rekordhalterin mit 23 Jahren Mitgliedschaft im Parteivorstand – sie hat übrigens sieben Vorsitzende erlebt –, von 1988 bis 1997 stellvertretende Vorsitzende, heute Schirmherrin des virtuellen Ortsvereins. Ist Herta noch im Saal? – Das ist sie nicht. Herzlichen Dank aus der Ferne!

(Beifall)

Ich möchte Dank sagen an Sigmar Gabriel. Sigmar war acht Jahre lang Mitglied des Parteivorstandes. Er wird jetzt als schwergewichtiger Bundesumweltminister Verantwortung in Deutschland übernehmen. Er wird unter anderem für die wichtige Frage der erneuerbaren Energien, für den Weg weg vom Öl, für die Nachhaltigkeit zuständig sein. Ich glaube, er wird das sehr gut machen. Ich fand seinen Verzicht gestern eine noble, eine gute Geste zur richtigen Zeit. Alles Gute und herzlichen Dank an Sigmar. – Auch er ist, glaube ich, nicht im Saal.

(Beifall)

Ich möchte mich bei Karin Junker bedanken. Karin Junker ist vor allem verbunden mit Engagement – alle hier im Saal wissen das – für Frauen und Gleichstellung. Sie war 17 Jahre lang Mitglied des Parteivorstandes, von 1999 bis 2001 Mitglied des Präsidiums, bis vor kurzem bekanntermaßen Vorsitzende der ASF und heute noch Vorsitzende der SPD-Kommission Gleichstellungspolitik. Das ist also ein breiter Fächer des Engagements für unsere Partei, für die Frauen in der Partei und die Frauen in Deutschland. Vielen Dank, liebe Karin, und alles Gute für die Zukunft!

(Beifall)

Ich möchte mich bei Constanze Krehl bedanken: Mitbegründerin der SPD in Eisenhüttenstadt, seit 1990 vertritt sie Sachsen ganz engagiert im Europäischen Parlament, viele Jahre Vorsitzende der sächsischen SPD, seit 1999 im Parteivorstand gewesen. Herzlichen Dank für diesen Einsatz, liebe Constanze! – Sie ist auch nicht da, aber sie wird es hören, wenn ihr ein Beifall mit auf den Weg gebt.

(Beifall)

Ich möchte Dank sagen an Manfred Püchel, einen der Gründerväter von Sachsen-Anhalt, lange Jahre der Otto Schily in Sachsen-Anhalt. Er war von 1994 bis 2002 hochgeachteter Innenminister und war seit 2003 im Parteivorstand. Herzlichen Gruß nach Sachsen-Anhalt, herzlichen Gruß an dich, Manfred, und alles Gute für die Zukunft!

(Beifall)

Ich möchte mich bei Walter Riester bedanken. Mit ihm verbunden ist eine der wichtigsten Reformen unserer Bundesregierung. Er war und ist ein wichtiges Bindeglied zu den Gewerkschaften. Er war ja von 1993 bis 1998 zweiter Vorsitzender der IG Metall. Er ist seit 1999 Mitglied im Parteivorstand und er wird uns weiter mit Rat und Tat im Bundestag und in unserer Partei zur Seite stehen. – Ist Walter noch im Hause? – Nein. Dann einen lauten Beifall, damit er das hört!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, sie kann nicht hier sein, und sie bittet um Entschuldigung, weil es ihr gesundheitlich im Moment nicht so ganz gut geht. Ich möchte mich bei Renate Schmidt bedanken – irgendwie auch Mutter der Partei; das darf man wohl so sagen. Wir haben ihr viel zu verdanken: die Familienpolitik in die Mitte der politischen Aufmerksamkeit zu holen, 14 Jahre lang Mitglied im Parteivorstand und bis 2003 stellvertretende Bundesvorsitzende. Herzlichen Dank, Renate, und alles Gute für dich – und das kommt von Herzen!

(Beifall)

Ich möchte Danke sagen an Christoph Zöpel: Christoph ist unbestritten einer der Köpfe der SPD-Außenpolitik, seit 2000 Vorsitzender des Komitees für Wirtschaft und Umwelt der Sozialistischen Internationale, 13 Jahre prägend im Parteivorstand von 1992 bis 1995, auch im Präsidium. Christoph ist nie bequem, aber immer anregend gewesen. Auch dir ein großes Dankeschön! Alles Gute für die Zukunft! – Komm einmal her und lass dir ein paar rote Blumen geben!

(Anhaltender Beifall)

Ich möchte mich bedanken – auch die folgenden Personen können heute nicht hier sein – bei der ersten Ministerpräsidentin Deutschlands, bei Heide Simonis. Sie hat große Verdienste um Schleswig-Holstein und war 15 Jahre lang in unserem Parteivorstand.

(Lebhafter anhaltender Beifall –

Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen)

Ich glaube, die Bilder wird sie sehen und die Klänge wird sie hören, und das wird ihr gut tun.

Ich möchte mich bei Harald Schartau bedanken, seit 2003 im Parteivorstand, von 2001 bis 2005 Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen. Auch er steht für eine enge Verbindung von SPD und Gewerkschaften. Lieber Harald, auch an dich ein herzliches Dankeschön und alles Gute für die nächsten Jahre!

(Beifall)

Ich möchte mich auch bei Arno Pöker bedanken, vier Jahre lang Mitglied im Parteivorstand, von 1995 bis 2005 Oberbürgermeister der Stadt Rostock. Auch dir, Arno, ein herzliches Dankeschön und alles Gute für deine Zukunft.

(Beifall)

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, wir haben einen aufregenden, einen spannenden und, wie ich glaube, einen sehr guten Parteitag hinter uns. Diesen Parteitag in Karlsruhe kann man, glaube ich, ohne Wenn und Aber als einen Parteitag der Verantwortung bezeichnen. Wir Sozialdemokraten in Deutschland zeigen sehr deutlich auch in schwierigen Zeiten: Wir stellen uns dieser Verantwortung. Wir laufen nicht weg. Wir wollen dieses Land zukunftsfest machen. Wir wollen es mitgestalten, und zwar als eine hellwache, als eine zupackende Partei. Wir stellen uns den Fragen der Zeit, und wir werden Antworten finden.



Ich bin stolz auf uns, dass wir in dem neuen Kabinett, das sich jetzt bilden wird, genau die Funktionen, die Ämter übernehmen werden, wo die schwierigsten Herausforderungen hier in Deutschland auf uns warten: Für Arbeit und Soziales, für Gesundheit, für Finanzen, für all diese essenziellen Lebensbereiche werden Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Verantwortung tragen. Manch anderer hat sich davor, wie zu vernehmen war, gescheut. Wir nicht! Wir wollen, dass unsere Handschrift in diesen Bereichen, die für das Leben eines jeden Menschen wichtig sind, auch spürbar ist. Wir wollen, dass unsere Grundwerte – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – in diesem Deutschland keine Fremdwörter werden, sondern die tragenden Säulen unseres Zusammenlebens.

(Beifall)

Mir ist nicht bange, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir das auch schaffen werden.

Es gibt diese und jene etwas laxe Bemerkung mancher Journalisten über eine sich bildende Troika: Franz Müntefering, Peter Struck und ich selber. Wir werden Deutschland und allen, die darüber so oder so schreiben, zeigen, dass das ein gut funktionierendes Dreieck sein wird, ein Dreieck, das ein einziges Ziel hat: dass es Deutschland gut geht und dass es der SPD gut geht. Das wird unser einziger Leitstern sein. Danach werden wir uns richten. Nichts anderes werden Sie bei uns finden können, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wer die Preisverleihung eben mit wachem Sinn miterlebt hat, dem wird aufgefallen sein, wie viel Engagement von der Nordsee bis hinunter zu den Alpen, von Frankfurt an der Oder bis nach Saarbrücken in unserer Partei lebt, vorhanden ist, gestalten und mitmachen will. Mich hat besonders gefreut, dass unzählige junge Genossinnen und Genossen unter den Preisträgern und bei denen waren, die hier Initiativen vorgestellt haben. Ich freue mich darüber von Herzen. Denn das heißt Zukunft: Zukunft für unsere Partei, gute Zukunft für Deutschland.

Liebe Genossinnen und Genossen, vorhin war hier ein rotes Herz zu sehen. Ich möchte, dass wir daran arbeiten, dass das in Deutschland eine Zukunft mit Herz wird – und rot soll sie sein! Und das wird sie auch sein.

Glück auf und alles Gute!

(Langanhaltender Beifall –

Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen)

(Der Chor der Ruhrkohle AG singt

„Wann wir schreiten“ und „Glück auf, Glück auf“)

Ute Vogt, Tagungspräsidium: Ein ganz, ganz herzliches Dankeschön dem Chor der Ruhrkohle AG. Vielen Dank, dass ihr diese Klänge nach Baden-Württemberg gebracht habt. So etwas haben wir hier nicht zu bieten. Danke schön und kommt gut nach Hause.

(Beifall)

Matthias Platzeck, Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte mich diesem Dankeschön anschließen. Zukunft braucht Herkunft oder, um es mit Gerhard Schröder zu sagen: Wir wissen, wo wir herkommen, und deshalb wissen wir auch immer, wo wir hingehören. In diesem Sinne: Geht ins Land und redet gut über uns!

Bis zum nächsten Mal! Alles Gute und Glück auf!

(Beifall – Schluss des Parteitages: 13.07 Uhr)

Anhang

Finanzbericht

I. Finanz- und Vermögensentwicklung der SPD	5
1. Einnahmeentwicklung	5
1.1 Die Einnahmen aus Beiträgen	5
1.2 Die Einnahmen aus Spenden	6
1.3 Die Einnahmen aus Sponsoring	8
1.4 Die staatliche Teilfinanzierung	9
2. Mittelbewirtschaftung und Haushaltsentwicklung	10
3. Parteiinterner Finanzausgleich	11
4. Strukturhilfen für die ostdeutschen Landesverbände	12
5. Immobilienverwaltung	13
6. Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH	14
7. Finanzen der Gesamtpartei im Vergleich zu den anderen Parteien 2003 (tabellarische Darstellung)	17
II. Weitere Reformen des Parteiengesetzes	18
III. Entwicklung der Parteifinanzen	19
Anhang:	
Die Finanzen der Bundestagsparteien 2003	20
Tabellenanhang	32

I. Finanz- und Vermögensentwicklung der SPD

1. Einnahmeentwicklung

1.1 Die Einnahmen aus Beiträgen

Die Beiträge der Mitglieder und Mandatsträgerinnen und -träger waren auch in den Jahren 2003 und 2004 die wichtigste Einnahmequelle der SPD. Sie machen knapp die Hälfte (42 Prozent) unserer Gesamteinnahmen aus.

Im Jahr 2004 betragen die Einnahmen aus Beiträgen 72,9 Mio. € (2003: 76,3 Mio. €).

Die Verteilung auf Mitglieder und Mandatsträger sieht wie folgt aus		
	Jahr 2003	Jahr 2004
Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen	53,89 Mio. €	50,57 Mio. €
Mandatsträgerbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	22,43 Mio. €	22,34 Mio. €

Die Partei muss heute mit deutlich geringeren Beitragseinnahmen auskommen:

Vor zehn Jahren (1994) betragen die Beitragseinnahmen insgesamt noch mehr als 78 Mio. €. Das waren 43,19 Prozent der Gesamteinnahmen. Im Vergleich zu 2004 bedeutet dies einen Rückgang von 5,13 Mio. €.

Bis 2001 waren die Einnahmen aus Beiträgen der Mitglieder verhältnismäßig stabil, obwohl wir auch in den 90er Jahren rückläufige Mitgliederzahlen hatten. Sie betragen 56,1 Mio. €. Sie wurden stabil gehalten durch höhere Beiträge, insbesondere der Neu-Mitglieder, aber auch durch Beitragserhöhungen der Mitglieder. Seit 2002 sind die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen rückläufig und im Jahr 2004 erlebten wir einen herben Einbruch. Der Verlust lag bei 3,32 Mio. € bzw. 6,2 Prozent im Vergleich zu 2003, als wir 53,9 Mio. € an Mitgliedsbeiträgen verzeichnen konnten.

Der Hauptgrund liegt zweifellos in der rückläufigen Mitgliederzahl. 1994 zählten wir 849.374 Mitglieder, Ende 2004 waren es nur noch 605.807. Das ist ein Rückgang in den vergangenen zehn Jahren um 243.567 Mitglieder oder 28,68 Prozent. Allein in den Jahren 2003 und 2004 haben wir 88.087 Mitglieder verloren. Das waren 12,69 Prozent.

Der ständige Rückgang der Mitgliederzahl erklärt sich trotz der besonderen Austrittswelle im Jahre 2003/2004 vor allem aus der demografischen Entwicklung. Auch in „ruhigen“ Zeiten sind mehr Mitglieder gestorben als neue eingetreten und als

angesichts der Bevölkerungsentwicklung auch hätten eintreten können. Mindestens bei den beiden großen Volksparteien wird sich diese Mitgliederentwicklung in den nächsten Jahren fortsetzen und wahrscheinlich verschärfen.

Das Durchschnittsalter unserer Mitglieder beträgt 56 Jahre. Ähnlich sieht es bei der Volkspartei CDU aus.

Dem ständigen Bemühen unserer Kassiererinnen und Kassierer um höhere Beiträge unserer Mitglieder ist zu verdanken, dass wir bei den Beitragseinnahmen keine noch größeren Einbrüche erlebt haben. Nach wie vor ist die Zahlungsmoral unserer Mitglieder sehr gut. Rund 97 Prozent zahlen ihren Beitrag regelmäßig. Der Durchschnittsbeitrag beträgt monatlich 7,09 €. Das sind 70 Cent bzw. 9,9 Prozent mehr als 1997.

Die Summe der gezahlten Beiträge ist u.a. maßgebend für die Höhe der staatlichen Mittel. Wir haben deshalb nicht nur die geringeren Beitragseinnahmen zu verkraften, sondern auch geringere Einnahmen aus staatlichen Mitteln. Die stark rückläufigen Beitragseinnahmen des Jahres 2004 werden deshalb auch bei der Höhe der staatlichen Mittel für 2005 zu Buche schlagen.

Laut Finanzordnung erfolgt eine jährliche Anpassung der Mitgliedsbeiträge. Die Anpassung entspricht der nominalen Steigerung des durchschnittlichen Nettoeinkommens des Vorjahres. Grundlage sind die Angaben des Statistischen Bundesamtes. Die genaue Festlegung erfolgt durch den Parteivorstand der SPD. Mitglieder, die den Mindestbeitrag zahlen, sind von der Anpassung ausgenommen.

Die Mitglieder werden ab Oktober eines Jahres über die bevorstehende Anpassung im „vorwärts“ und im Informationsdienst „intern“ informiert. Darin werden sie auch auf die Möglichkeit hingewiesen, der Anpassung zu widersprechen.

Für das Jahr 2003 legte der Parteivorstand eine Anpassung der Beiträge in Höhe von 2,9 Prozent fest. Das entsprach der durchschnittlichen Nettolohnentwicklung des

Beitragsanpassungen 2001 bis 2004			
	2001	2003	2004
Anpassung in Prozent	2,2	2,9	0,9
Anzahl der Widersprüche	9.709	5.505	6.157
Beitragssenkung	1.294	848	802
Freiwillige Beitragserhöhung	1.130	1.656	259

Jahres 2001. Pro Mitglied erhöhte sich dabei der Beitrag um durchschnittlich 19 Cent im Monat. Davon gingen ca. drei Cent an den Parteivorstand und 16 Cent an die Gliederungen.

Zum 1. 1. 2004 erfolgte eine Anpassung der Beiträge entsprechend der durchschnittlichen Nettolohnentwicklung des Jahres 2002. Der Parteivorstand legte eine Anpassung in Höhe von 0,9 Prozent fest. Pro Mitglied erhöhte sich damit der Beitrag um durchschnittlich sechs Cent im Monat. Davon verblieben fünf Cent vor Ort bei den Gliederungen und ein Cent ging an den Parteivorstand.

Die Beitragsanpassung kommt vor allem den Bezirken, Unterbezirken und Ortsvereinen zugute. 85 Prozent der Beiträge und damit der Mehreinnahmen gehen dorthin. 2003 und 2004 betrug die Mehreinnahmen vor Ort ca. 1,3 Mio. €.

Weniger als ein Prozent der betroffenen Mitglieder hat der Erhöhung widersprochen. Der überwiegende Teil unserer Mitglieder akzeptiert die Anpassung, die der Einkommensentwicklung Rechnung trägt.

1.2 Die Einnahmen aus Spenden

Insbesondere das Jahr nach einer Bundestagswahl ist erfahrungsgemäß für die Spendenwerbung schwierig. Daher ist das Ergebnis für das Jahr 2003 mit Einnahmen von annähernd einer Million € erfreulich. Auch das Resultat für das Jahr 2004 schließt mit 1.21 Millionen € an die positive Tendenz der Vorjahre an – zum zweiten Mal konnten außerhalb eines Bundestagswahlkampfes Einnahmen von mehr als einer Million € realisiert werden.

Seit Anfang der 90er Jahre sind die Spendeneinnahmen des Parteivorstandes beständig gestiegen (Tabelle 1). Dennoch liegt die SPD bei den Einnahmen aus Spenden hinter den konkurrierenden Parteien zurück.

Bemerkenswert bleibt, dass der Großteil dieser Spenden von den Mitgliedern der Partei stammt; also von Genossinnen und Genossen, die über ihren Mitgliedsbeitrag hinaus einen finanziellen Beitrag leisten.

Die Spenden von natürlichen Personen machten in den vergangenen Jahren im Mittel zwischen fünf und neun Prozent aller Einnahmen der Gesamtpartei aus. Spenden aus der Wirtschaft trugen nur mit ein bis zwei Prozent dazu bei, diese Marke wurde nur gelegentlich in Wahljahren leicht überschritten – ein deutlicher Unterschied zu den bürgerlichen Parteien.

Insgesamt bleiben die Spenden nach den Mitgliedsbeiträgen und den Mitteln aus der staatlichen Teilfinanzierung eine wichtige Säule solider Finanzen der Partei. Es ist weiter notwendig, die Einnahmen aus Spenden zu verbessern. Dazu wurden auch

Tabelle 1: Spendeneinnahmen des SPD-Parteivorstandes

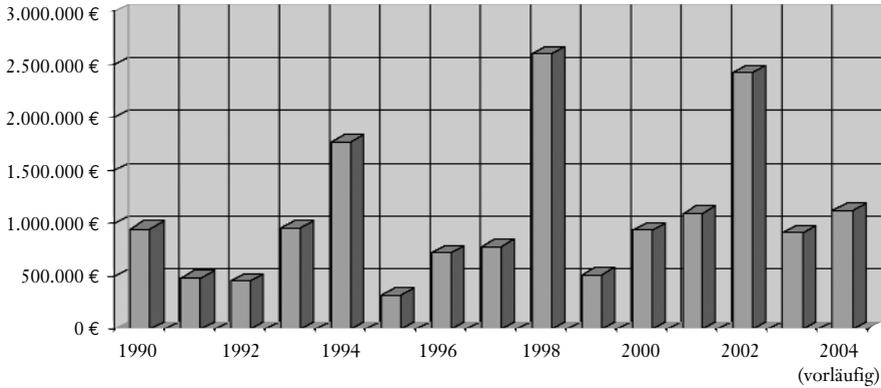


Tabelle 2: Summe und Anteil der Spenden an den Gesamteinnahmen der Parteien in Tsd. €.

Jahr	SPD	in %	CDU	in %	CSU	in %	Grüne	in %	FDP	in %	PDS	in %
1994	17.760	9,83	29.085	20,32	9.181	26,47	4.610	17,07	8.477	23,59	3.277	18,68
1995	12.720	8,72	18.365	16,45	7.343	27,16	4.473	18,06	5.591	23,80	2.572	12,32
1996	14.278	9,87	18.402	16,23	11.566	36,33	5.051	19,71	7.161	34,51	2.834	15,28
1997	11.837	8,24	17.295	15,50	7.066	24,67	4.648	17,73	7.288	34,31	3.001	15,94
1998	18.836	12,10	33.813	24,49	12.536	37,40	5.847	20,07	11.178	44,29	3.785	19,16
1999	17.236	11,01	33.368	25,20	7.806	23,94	5.140	19,57	9.742	41,49	3.839	18,43
2000	12.631	8,46	28.512	21,79	6.934	24,74	4.311	18,37	7.988	35,59	3.485	17,33
2001	16.528	10,33	25.459	19,43	10.886	31,48	5.121	21,48	10.798	41,98	3.699	18,05
2002	17.334	10,92	30.468	21,47	18.872	40,95	5.282	20,06	13.745	43,58	3.750	17,12
2003	10.445	5,81	17.397	12,45	9.717	20,49	3.434	13,12	7.351	26,50	1.753	7,91

neue Instrumente der Spendenwerbung getestet. Bereits seit dem Jahr 2002 bietet das Internet-Tool die Möglichkeit, über die Homepage der SPD eine Spende zu leisten. Aber auch die Einwerbung von Spenden über Mehrwerttelefonnummern und SMS wurde getestet und eingesetzt.

Ein Ziel ist es dabei, auch interessierten Gliederungen die Anwendung dieser Methoden zu ermöglichen und sie bei deren Einrichtung zu unterstützen. Dazu streben wir Rahmenvereinbarungen mit Anbietern und Dienstleistern an.

Mit der Änderung des Parteiengesetzes im Jahr 2002 wurden neue Regelungen für die Annahme von Spenden wirksam, die nicht nur für den Parteivorstand, sondern bis hin zum Ortsverein von Bedeutung sind. Besonders wichtig ist, dass Spenden von Unternehmen, an denen die öffentliche Hand mit mehr als 25 Prozent direkt beteiligt ist, nicht mehr angenommen werden dürfen. Geschieht das dennoch, beträgt die Sanktion der Bundestagsverwaltung das Doppelte der jeweiligen Spendensumme. Zuzüglich muss die Spende selbst an die Bundestagsverwaltung überwiesen werden. Das Gleiche gilt für Spenden von Fraktionen oder auch Kommunen und für Spenden gemeinnütziger Organisationen.

Damit war und bleibt die Beratung in rechtlichen wie auch in praktischen Spendenfragen ein Schwerpunkt der Tätigkeit des Spendenreferats.

1.3 Die Einnahmen aus Sponsoring

Werbeauftritte von Sponsoren prägen mittlerweile unser Bild von sportlichen und kulturellen Veranstaltungen. Aber auch in Veranstaltungen zu Wissenschaft, im Bildungssektor und beim Umweltschutz wird zunehmend mit Unternehmen zusammengearbeitet, die mit einem Sponsoring ihr Image pflegen wollen. Als Gegenleistung für einen finanziellen Beitrag oder eine Sach- oder Dienstleistung können sie werben.

Für die SPD – wie für andere Parteien – ist Sponsoring ebenfalls ein Instrument, um im Rahmen von Veranstaltungen Einnahmen zu erzielen und Kosten zu reduzieren. Jedoch: Wir können uns als Partei weder mit einem Bundesligaverein noch mit einem lokalen Umweltprojekt vergleichen. Wir unterliegen anderen Anforderungen und „Marktgesetzen“.

Die Einnahmen aus Sponsoring sind im Berichtszeitraum insbesondere mit dem Bundesparteitag in Bochum sowie mit Zielgruppen- und Multiplikatorenveranstaltungen erzielt worden, wie Juso-Bundeskongressen, Veranstaltungen mit Zukunftsthemen etc.

Das finanzielle Volumen fällt im Vergleich zu den übrigen Einnahmen des Parteivorstandes mit weniger als einem Prozent noch vergleichsweise gering aus.

Es gelten beim Sponsoring, der unter den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb fällt, andere Erfordernisse als bei der Behandlung von Parteispenden.

Unternehmen, die sich bei uns werblich präsentieren, tun dies, weil unsere Mitglieder und Funktionäre für sie als Zielgruppe von Werbemaßnahmen attraktiv sind.

Im Berichtszeitraum hat sich gezeigt, dass Unternehmen, die sponsern, in der Regel nicht spenden sowie umgekehrt. Das Sponsoringreferat im Parteivorstand ist zuständig für die Kontaktpflege zu Sponsoren sowie die korrekte Abwicklung und ist auch Anlaufstelle für diesbezügliche Fragen aus den Gliederungen.

1.4 Die staatliche Teilfinanzierung

Die staatliche Parteienfinanzierung basiert auf zwei Säulen:

- der Zahl der Wählerstimmen, die bei den jeweils letzten Landtags-, Bundestags- und Europawahlen erzielt wurden
- und der Summe der Zuwendungen von natürlichen Personen (bis zu 3.300 € je Person); dazu gehören die Mitgliedsbeiträge, die Mandatsträgerbeiträge und die Spenden.

Die Wählerstimmen und die Beiträge und Spenden, die die Bürgerinnen und Bürger einer Partei zu geben bereit sind, gelten als Maßstab für den Grad der Verwurzelung der Partei in der Bevölkerung. Je stärker eine Partei von Mitgliedern und Bürgerinnen und Bürgern finanziell unterstützt wird und je mehr Wählerstimmen sie auf sich vereinigen kann, desto höher ist ihr Anteil an den staatlichen Mitteln.

Der Gesamtbetrag der staatlichen Mittel für alle Parteien liegt seit dem 1. Juli 2002 bei 133 Mio. €. Die SPD erhielt 2003 insgesamt 59,33 Mio. € und 2004 insgesamt 46,36 Mio. €.

Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass 2003 als Folge des CDU-Spendenskandals eine Einmalzahlung in Höhe von 11,68 Mio. € erfolgte. Die Mittel, die der CDU zugestanden hätten, sind auf die anderen Parteien aufgeteilt worden. Ohne diese Sonderzahlung hätte der Anteil der SPD nur 47,65 Mio. € betragen.

2. Mittelbewirtschaftung und Haushaltsentwicklung

Die Haushalte 2003 und 2004 standen unter dem Vorzeichen rückläufiger Beitragseinnahmen. Zudem mussten die finanziellen Belastungen durch den Bundestagswahlkampf aufgefangen werden.

Die mittelfristige Finanzplanung konnte nur mit harten Einsparungen im Sachmitteleinsatz zustande kommen, darüber hinaus sind strukturelle Einschnitte im Personal-

bereich notwendig geworden, die in den nächsten Jahren umgesetzt werden müssen. Die vorzeitige Auflösung des Bundestages hat die Umsetzung verzögert, sie wird ab 2006 realisiert werden müssen.

Vor dem Umzug nach Berlin im Jahr 1999 machten die Personalkosten noch 38 Prozent der Ausgaben aus. 2001 lagen sie bei 31,5 Prozent, 2002 schon wieder bei 36 Prozent und 2003/2004 bei 37 Prozent der Ausgaben.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass zahlreiche technische und organisatorische Dienste (Buchhaltung, EDV etc.) mit dem Umzug nach Berlin ausgelagert wurden, also den Personaletat unmittelbar nicht mehr belasten, sondern als Sachausgaben geführt werden. Vor diesem Hintergrund erscheint die Personalkostenquote 2003/2004 im Vergleich zu 1999 eindeutig zu hoch. Das vor allem auch deshalb, weil die Etats insgesamt aufgrund der sinkenden Beitragseinnahmen geringer ausfallen und die zur Verfügung stehenden Sachmittel für die politische Arbeit im Vergleich zu den Personalkosten zu gering sind (Stichwort „Kampagnenfähigkeit“).

Unser Ziel ist, betriebsbedingte Kündigungen zu verhindern. Deshalb haben wir Betriebsvereinbarungen überarbeitet und Vergünstigungen gestrichen. Dies geschah in Zusammenarbeit zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat. Diesen Weg werden wir fortsetzen, denn die erreichten Einsparungen reichen nicht aus, um wieder ein gesundes Verhältnis zwischen Personal- und Sachausgaben zu erreichen.

Der Ansatz für den Betriebshaushalt 2005 liegt trotz eines Jahres mit Parteitag um 0,9 Mio. € unter den Ausgaben des Betriebshaushaltes von 2004. Der Betriebshaushalt 2006 muss jedoch noch mal in den Ausgaben reduziert werden. Die Ausgabenpolitik des Parteivorstandes muss sich in Zukunft strikter als bisher an den tatsächlich erzielten Einnahmen orientieren, da höhere Einnahmen für die nächsten Jahre nicht zu erwarten sind.

Eine erfreuliche Entwicklung lässt sich bei den Kosten für die EDV feststellen. Nach ihrer Verfünfachung von 1995 bis 2000 (auf über 7 Mio. €) sind sie bereits gesunken. Der Betriebshaushalt EDV betrug 2001 noch 5,3 Mio. €. Er konnte bis 2004 auf unter 4 Mio. € zurückgeführt werden und soll sich auch in den nächsten Jahren bei ca. 4 Mio. € einpendeln.

Das Budget für die Europawahl konnte aufgrund sorgfältiger Haushaltsbewirtschaftung und intensiver Kontrolle eingehalten werden. Die Wahlkampfzentrale für den Europawahlkampf wurde im Willy-Brandt-Haus eingerichtet. Der Etat betrug im Wahljahr rund 11 Mio. €.

Im Etat des Europawahlkampfes schlugen die Kosten für Anzeigen, Plakatierung, Kino- und Fernseh-Spots sowie Flugblätter und andere Verteilmaterialien mit insgesamt 6,1 Mio. € zu Buche. Ein weiterer großer Bereich waren mit 1,5 Mio. € die

(Groß-) Veranstaltungen, insbesondere die mit dem Bundeskanzler und dem Spitzenkandidaten. An Gliederungen wurden 1,9 Mio. € Zuschüsse ausgezahlt. Die restlichen Mittel wurden für Zielgruppen, Forschung, Themen- und Pressearbeit sowie für die Verwaltungs- und Personalkosten verwandt.

Die Haushaltsführung des Parteivorstandes für die Haushaltsjahre 2003 und 2004 wurde überprüft und von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nach den Vorschriften des Parteiengesetzes testiert. Es gab keine Beanstandungen. Entsprechendes gilt für den Kampagnenetat zur Europawahl 2004. Außerdem prüfte die Kontrollkommission laufend das Finanzgebaren des Parteivorstandes.

3. Parteiinterner Finanzausgleich

Seit der Umstellung der staatlichen Parteienfinanzierung von der Wahlkampfkosten-erstattung auf allgemeine staatliche Zuschüsse im Jahre 1994 gibt es einen besonderen Finanzausgleich zwischen Parteivorstand und Landesverbänden bzw. Bezirken.

Bei der Verteilung der staatlichen Mittel werden neben den erzielten Wählerstimmen auch die Zuwendungen (Spenden und Mitgliedsbeiträge) einbezogen. Das hat zu Verschiebungen geführt gegenüber der früher nur auf dem Wähleranteil basierenden staatlichen Finanzierung. Besonders die Bundesländer mit großer Mitgliederdichte waren deutlich im Vorteil. Diese Ungleichgewichte müssen ausgeglichen werden.

Die Verteilung der staatlichen Mittel zwischen Landesverbänden und Parteivorstand hat sich seit 1991 entsprechend der Tabelle zur Verteilung der staatlichen Mittel entwickelt.

Während bis 1993 die staatlichen Mittel für die SPD zu 30 Prozent an die Landesverbände und zu 70 Prozent an den Parteivorstand gingen, beträgt dieses Verhältnis

Verteilung der staatlichen Mittel										
	1991 – 1993 Ø pro Jahr		1994 – 1997 Ø pro Jahr		1998 – 2001 Ø pro Jahr		2002 – 2004 Ø pro Jahr		Veränderung ggü. 1991 – 1993	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%	in T€	in %
Landesverbände von den Landtagen aus Finanzausgleich	13.302		7.600		7.206		6.196			
	0		7.325		8.956		10.774			
LV-Gesamt	13.302	30	14.925	32	16.162	34	16.970	33	3.668	27,6
Parteivorstand	30.996	70	31.040	68	32.042	66	34.550	67	3.554	11,5
SPD-Gesamt	44.298	100	45.965	100	48.204	100	51.520	100	7.222	16,3

Die Gesamtsumme der staatlichen Mittel für alle Parteien ist durch eine absolute Obergrenze begrenzt; von 1991 bis 1997 auf 117,59 Mio. € (= 230 Mio. DM), von 1998 bis 2001 auf 125,27 Mio. € (= 245 Mio. DM), seit 2002 auf 133 Mio. €.

inzwischen 33 Prozent für die Landesverbände und 67 Prozent für den Parteivorstand. Der Zuwachs an staatlichen Mitteln ist über den parteiinternen Finanzausgleich überwiegend an die Landesverbände gegeben worden. Sie erhalten heute knapp 28 Prozent mehr an staatlichen Mitteln als vor 1994, während die dem Parteivorstand verbleibenden staatlichen Mittel nur um 11,5 Prozent gestiegen sind.

Für die zukünftige Verteilung ist eine Festlegung der Verteilung der staatlichen Mittel auf ein Drittel zu zwei Dritteln erfolgt. Dem steht die Beitragsverteilung von 85 Prozent zu 15 Prozent zugunsten der Gliederungen gegenüber.

4. Strukturhilfen für die ostdeutschen Landesverbände

Als solidarische Leistung unserer Mitglieder in den alten und neuen Landesverbänden werden je Monatsbeitrag 26 Cent zweckgebunden für den Strukturaufbau in den ostdeutschen Landesverbänden weitergeleitet. Ohne diese Strukturhilfe ist es dort kaum möglich, eine handlungsfähige Organisation zu sichern. Obwohl der durchschnittliche Mitgliedsbeitrag in Ostdeutschland deutlich höher ist als in Westdeutschland, reichen die eigenen Einnahmen bei rund 24.000 Mitgliedern (Stand: 31. 12. 2004) nicht aus, das Geschäftsstellennetz zu finanzieren.

Zur Unterhaltung der Geschäftsstellen und des hauptamtlichen Personals wurden den ostdeutschen Landesverbänden in den Jahren 2003 und 2004 insgesamt 6,04 Mio. € zur direkten Defizitabdeckung überwiesen. Diese setzten sich aus den von den Mitgliedern gezahlten Sonderbeiträgen in Höhe von 3,90 Mio. € und einer aus dem Betriebshaushalt des Parteivorstandes erbrachten Ergänzung dieser Strukturhilfe in Höhe von 2,14 Mio. € zusammen.

Darüber hinaus stellte der Parteivorstand zusätzlich aus seinem Betriebshaushalt im Jahr 2003 weitere 251 T€ und 2004 weitere 720 T€ als Wahlkampfunterstützung, Projektmittelzuschüsse, Personal- und Verwaltungskosten bereit.

In den Jahren 2003 und 2004 wurden insgesamt 7,01 Mio. € für die Fortsetzung der Aufbauhilfe Ost eingesetzt, 2003 waren es 3,33 Mio. € und 2004 waren es 3,68 Mio. €. Der Parteivorstand hat aus seinem eigenen Betriebshaushalt über die von den Mitgliedern gezahlte Strukturhilfe hinaus in diesen beiden Jahren 3,12 Mio. € beigesteuert.

5. Immobilienverwaltung

Die Häuser der SPD werden grundsätzlich von der Konzentration GmbH verwaltet, nur das Willy-Brandt-Haus hat eine eigene Verwaltungsgesellschaft.

Im Berichtszeitraum hat die Konzentration GmbH neben ihrer Tätigkeit als Treuhänderin des SPD-Parteivorstandes für die Immobilienportfolios Ost verstärkt ihr

Augenmerk auf die Organisation, Entwicklung, Verwaltung und Dokumentation des Immobilienvermögens in den alten Bundesländern gelegt.

Die Strukturbereinigung des Immobilienbesitzes der Partei wurde fortgeführt. Der Grundbesitz in Regensburg und Würzburg wurde in das Treuhandvermögen der Partei überführt. Die Grundstücksbesitzgesellschaften M. Walther & Co. GmbH und die Oberpfälzisch-Niederbayerische Verlagsgesellschaft mbH wurden anschließend auf die Konzentration GmbH verschmolzen, in der nun ihre Geschichte fortlebt.

Die Bezirke Oberpfalz und Niederbayern haben den Beirat Immobilienvermögen Ostbayern gegründet. Dieser Beirat ist Ansprechpartner der Konzentration GmbH in allen Fragen der Immobilienverwaltung und -entwicklung.

Die Immobilien in Wilhelmshaven, Göttingen und Esslingen wurden entwickelt, von Grund auf saniert und sind vermietet.

Geprägt wurde der Berichtszeitraum zudem durch die Neuorganisation und Umstrukturierung der Geschäftsabläufe in der Konzentration GmbH. So wurde die bisher extern durchgeführte Buchhaltung in die Konzentration reintegriert und zugleich eine Anlagenbuchhaltung aufgebaut. Dies erlaubt der Konzentration nunmehr ein zeitnahes Controlling des Immobilienbesitzes der Partei. Die monatscharfe Analyse der Immobilienentwicklung ermöglicht ein schnelles und konsequentes Eingreifen bei Kostenüberschreitungen oder Mietausfällen.

Parallel zur mittlerweile abgeschlossenen Systematisierung des Aktenbestandes der Konzentration GmbH wurde in 2004 begonnen, den Immobilienbesitz der SPD in einer Datenbank, basierend auf MS-Access, zu erfassen.

In 2004 hat die Konzentration GmbH erstmals die Bewertung des Immobilienbesitzes gemäß §§ 146 ff. Bewertungsgesetz für den SPD Parteivorstand durchgeführt. Der Betrag von 92 Mio. € wurde im Rechenschaftsbericht der SPD für das Jahr 2003 ausgewiesen.

Die Konzentration GmbH beschäftigte zum 31.12. 2004 einschließlich des Geschäftsführers sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Berliner Büro. Hinzu kommen vier Auszubildende.

6. Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (dd_vg.)

Wenn Union und FDP von Unternehmen der SPD sprechen oder über den Reichtum der SPD spekulieren, meinen sie die dd_vg. Nach dem Bewertungsgesetz wurde der Wert der Beteiligungen an Unternehmen auf rund 165,3 Mio. € geschätzt. Dieser Betrag wurde im Rechenschaftsbericht 2003 der SPD ausgewiesen.

Die jährlichen Ausschüttungen der dd_vg. an die SPD betragen zur Zeit ca. 6 Mio. € jährlich. Sie liegen damit weit unter der Differenz der Spendeneinnahmen zwischen Union und SPD. Die Union (CDU und CSU) hat 2003 27,114 Mio. € an Spenden eingenommen und damit 16,669 Mio € mehr als die SPD.

Die Einnahmen aus der dd_vg. verwendet die SPD vorrangig für die Finanzierung des Willy-Brandt-Hauses.

Die Holding Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (dd_vg.) hat auch im Jahr 2003 ein befriedigendes Geschäftsergebnis in Höhe von 12,5 Mio. € nach Steuern erzielen können. Es liegt um 35,9 Prozent über dem Vorjahresergebnis von 9,2 Mio. €. Das entspricht einer Kapitalrendite von 10,4 Prozent.

6,1 Mio. € wurden an die SPD als Gesellschafterin der dd_vg. ausgeschüttet.

Die Zahlen für das Geschäftsjahr 2004 wurden im Herbst 2005 auf einer Bilanzpressekonzferenz vorgestellt. Sie sind hinter dem Ergebnis von 2003 kaum zurückgeblieben (11,5 Mio. €). Das Betriebsergebnis steigerte sich sogar um 3,8 Mio. €. Diese Ergebnisse konnten trotz der anhaltend schwierigen wirtschaftlichen Lage der Tageszeitungen erzielt werden, die das bedeutendste Geschäftsfeld der dd_vg.-Beteiligungen darstellten.

Die Krise dieser Branche hält nun schon einige Jahre an: Dramatisch gesunkene Anzeigenerlöse, reduzierte Heftumfänge und ein kontinuierlicher Rückgang der verkauften Auflagen sind nicht nur konjunkturell bedingt, sondern signalisieren auch strukturelle Veränderungen, wie z.B. im Leseverhalten, die den Verlagen tief greifende Anpassungen abverlangen. Dazu gehören nicht nur teilweise schmerzhafteste Restrukturierungsprozesse, sondern auch Investitionen in neue Geschäftsfelder.

Dabei mag der SPD heute zugute kommen, dass sie die Lektion der 70er Jahre nicht vergessen hat, als Zeitungsunternehmen auch deswegen aufgeben mussten, weil man sich zu lange betriebswirtschaftlichen Einsichten verschlossen hatte.

Das Engagement der SPD im Zeitungsbereich ist ein Beitrag zum Erhalt einer vielfältigen mittelständischen Presselandschaft in Deutschland: So hat die dd_vg. 2003 den 70-Prozent-Anteil des Süddeutschen Verlags an der „Frankenpost“ in Hof übernommen, um kartellrechtliche Hürden zu beseitigen, die einem Sanierungskonzept des Süddeutschen Verlags mit Hilfe eines neuen Gesellschafters im Wege standen. 2005 hat der Süddeutsche Verlag 65 Prozentpunkte dieser Anteile zurück erworben.

Ein Beitrag zum Erhalt der Pressevielfalt war auch die Entscheidung, im Frühjahr 2004 90 Prozent der Anteile an der akut gefährdeten Frankfurter Druck- und Verlagsgesellschaft in einer Situation zu übernehmen, in der sich kein anderer Zeitungsverlag engagieren konnte oder wollte. Erklärtes Ziel des Engagements ist es, das

Überleben der traditionsreichen „Frankfurter Rundschau“ zu sichern. Es besteht die Absicht, nach einer Phase der grundlegenden Sanierung einen Partner aus der Verlagsbranche als neuen Mehrheitsgesellschafter zu gewinnen.

Insgesamt konnten sich die Erträge aus den Medienbeteiligungen der dd_vg. gut behaupten. Dazu hat auch die erfreuliche Entwicklung des „vorwärts“ beigetragen.

„Öko-Test“ konnte ihre gute Marktposition bestätigen. Im Zusammenhang mit dem Engagement bei der „Frankfurter Rundschau“ fiel die Entscheidung, sich aus dem Segment der Stadtilustrierten zurückzuziehen; die Anteile an der „Szene Hamburg“ wurden veräußert.

Im Buchverlagsgeschäft konnte der „Parthas Verlag“ Programm und Umsatz deutlich ausbauen. Die neu gegründete „vorwärts buch“-Reihe soll das Interesse an politischen Publikationen abdecken.

Die anderen Sparten der dd_vg. zeigten unterschiedliche Entwicklungen: Der verstärkte und teilweise ruinöse Wettbewerb im Bereich der Akzidenzdruckereien hat dazu geführt, dass sich die dd_vg. auf die Betriebe in Lübeck und Braunschweig konzentriert und darüber hinaus das Unternehmen in Lübeck mit einem benachbarten Betrieb fusioniert hat (dd_vg.-Anteil: 70 Prozent).

Im Zuge der Fusion der Tiefdruckunternehmen von Gruner + Jahr, Bertelsmann und Springer wurde die Tiefdrucksparte des gemeinsam von dd_vg. (40 Prozent) und Gruner + Jahr (60 Prozent) betriebenen Druck- und Verlagshauses in Dresden herausgelöst und der dd_vg.-Anteil an Gruner + Jahr veräußert.

Im Segment Tourismus erfreut sich der „SPD-ReiseService“ wachsender Akzeptanz unter den Mitgliedern und einer soliden wirtschaftlichen Lage, während das „Reisebüro im Willy-Brandt-Haus“ unter den drastischen Veränderungen im Reisegeschäft, vor allem dem Margen- und Provisionsverfall, nach wie vor leidet.

Zum Geschäftsbereich Handel und Service gehören Aktivitäten mit sehr unterschiedlicher Ertragskraft: Papierhandel (HPPV), Werbemittel und Merchandising (IMAGE), Buchhandel (Antiquariat im Willy-Brandt-Haus), EDV und Verwaltungsservice (Office Consult); in der Berichtsperiode zeigt der Bereich insgesamt gleichwohl ein positives Ergebnis.

Beim Projekt SPD-CARD muss sich 2006 zeigen, ob der Wunsch der SPD, eine solche Karte anzubieten, unter wirtschaftlichen Bedingungen dauerhaft realisierbar ist.

Eine besondere Herausforderung bleiben die Versuche von CDU und FDP, das seit 140 Jahren bestehende Engagement der SPD im Medienbereich zu diskreditieren. Neue Ländergesetze haben Verlage mit dd_vg.-Beteiligung gezwungen, Anteile von

Hörfunkunternehmen aufzugeben. Die verfassungsrechtlichen Auseinandersetzungen darüber sind immer noch anhängig.

Am 6. September 2005 konnte die SPD allerdings vor dem Niedersächsischen Staatsgerichtshof in Bückeburg ein beachtliches Urteil zu ihren Gunsten erreichen. Geklagt hatte die Niedersächsische SPD-Landtagsfraktion gegen eine Veränderung des Niedersächsischen Mediengesetzes zu Lasten der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft. Die Novelle wurde für nichtig erklärt. „Damit führt das Normenkontrollverfahren, das die 63 Mitglieder der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag eingeleitet hatten, zu dem von ihnen erstrebten Erfolg“, so der Staatsgerichtshof in seiner Pressemitteilung.

In dem Normenkontrollverfahren bestätigt das Urteil die Presse- und Rundfunkfreiheit und die Grundrechtsträgerschaft der Parteien und stellt klar, dass eine Einschränkung der Rundfunkfreiheit sich nur daran orientieren darf, die Unabhängigkeit und Neutralität des Rundfunks zu wahren. Damit kann lediglich der beherrschende Einfluss einer gesellschaftlichen Gruppe (z.B. Parteien) ausgeschlossen werden, nicht aber Minderheitsbeteiligungen, wie sie bei der Beteiligung der SPD-Medienholding dd_vg. an der Verlagsgesellschaft Madsack vorlag.

Nach den Maßstäben dieses Urteils sind auch die Rundfunkgesetze der Länder Hessen und Baden-Württemberg verfassungswidrig. Gegen das Hessische Rundfunkgesetz wurde durch die SPD-Bundestagsfraktion bereits 2003 eine Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht erhoben, die noch nicht entschieden ist.

Für die Medienbeteiligungen der SPD bedeutet das Urteil einen großen Gewinn an Rechtssicherheit. Anders als bei der Rundfunkfreiheit gibt es für das Recht auf Pressebeteiligungen nach den Maßstäben dieses Urteils keine Einschränkungsmöglichkeiten außer den kartellrechtlichen, die für alle gelten.

In der Staatsrechtslehre ist es inzwischen Konsens, dass die Beteiligungen an Zeitungen und Verlagen zu den Grundrechten auf Eigentum gehören, die auch einer Partei zustehen. Dennoch versucht die FDP immer wieder, die SPD zum vierten Mal in ihrer Geschichte zu enteignen. Für die selbsternannte Rechtsstaatspartei eine stolze Leistung im Kampf um Platzvorteile in der Parteienkonkurrenz.

7. Finanzen der Gesamtpartei im Vergleich zu den anderen Parteien 2003

Rechenungsberichte der im Bundestag vertretenen Parteien im Vergleich für das Jahr 2003														
	SPD		CDU		CSU		CDU/CSU		Grüne		FDP		PDS	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Einnahmen														
1. Mitgliedsbeiträge	53.890	29,97	42.748	30,60	10.240	21,59	52.988	28,31	5.333	20,37	6.120	22,04	9.875	44,57
2. Mandatsträgerbeiträge und ähnliche regelmäßige Beträge	22.430	12,47	18.051	12,92	3.252	6,86	21.303	11,38	4.470	17,07	1.271	4,58	1.139	5,14
3. Spenden von natürlichen Personen	8.795	4,89	12.785	9,15	6.255	13,19	19.040	10,17	3.155	12,05	6.186	22,27	1.725	7,78
4. Spenden von juristischen Personen	1.650	0,92	4.612	3,30	3.462	7,30	8.074	4,31	279	1,07	1.165	4,19	28	0,13
5. Einnahmen aus Unternehmensstätigkeit und Beteiligungen	6.205	3,45	980	0,70	151	0,32	1.131	0,60	1	0,00	45	0,16	0	0,00
6. Einnahmen aus sonstigem Vermögen	9.067	5,04	4.192	3,00	697	1,47	4.889	2,61	262	1,00	1.213	4,37	262	1,18
7. Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften etc.	13.981	7,77	10.996	7,87	8.017	16,91	19.013	10,16	1.038	3,97	704	2,53	200	0,90
8. Staatliche Mittel	59.334	32,99	43.897	31,42	15.269	32,20	59.166	31,62	10.757	41,09	10.241	36,88	8.740	39,44
9. Sonstige Einnahmen	4.493	2,50	1.462	1,05	74	0,16	1.536	0,82	884	3,37	827	2,98	190	0,86
Gesamt	179.845	100,00	139.723	100,00	47.417	100,00	187.140	100,00	26.179	100,00	27.772	100,00	22.159	100,00
Ausgaben														
1. Personalausgaben	54.723	32,42	39.889	32,56	10.328	23,45	50.217	30,15	7.406	32,51	4.048	16,43	7.531	41,66
2.a Ausgaben des laufenden Geschäftsbetriebs	26.975	15,98	30.611	24,99	8.113	18,42	38.724	23,25	4.571	20,07	8.563	34,76	4.318	23,88
2.b Ausgaben für allgemeine politische Arbeit	36.215	21,45	31.229	25,49	13.263	30,12	44.492	26,72	6.388	28,04	6.347	25,76	5.297	29,30
2.c Ausgaben für Wahlkämpfe	20.588	12,20	13.509	11,03	11.215	25,47	24.724	14,85	3.076	13,50	2.962	12,02	828	4,58
2.d Ausgaben für die Vermögensverwaltung einschließlich sich hieraus ergebender Zinsen	28.011	16,59	2.678	2,19	571	1,29	3.249	1,95	390	1,71	385	1,56	33	0,18
2.e sonstige Zinsen	1.447	0,86	1.385	1,13	364	0,83	1.749	1,05	162	0,71	2.083	8,45	5	0,03
2.f sonstige Ausgaben	839	0,50	3.196	2,61	184	0,42	3.380	2,03	788	3,46	249	1,01	66	0,37
Gesamt	168.798	100,00	122.497	100,00	44.038	100,00	166.535	100,00	22.781	100,00	24.637	100,00	18.078	100,00
Überschuss/Defizit	11.047		17.226		3.379		20.605		3.398		3.135		4.081	
Reinvermögen	135.665		74.371		22.057		96.428		20.847		-243		20.704	

II. Weitere Reformen des Parteiengesetzes

Im Jahr 2003 wurden die Rechnungslegungsvorschriften und die Vorschriften über Prüfung und Korrekturen von Rechenschaftsberichten des Parteiengesetzes von 2002 erstmals angewandt.

Im Abschlussbericht der Parteienfinanzierungskommission 2004 wurden die Erfahrungen mit dem neuen Gesetz erörtert. Hieraus und – nicht zuletzt – der Interpretation des Gesetzes von 2002 durch das Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) folgten Überlegungen zu einer Überarbeitung der Novelle von 2002 vor der endgültigen Rechenschaftslegung für das Jahr 2003.

Nach dem vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) entwickelten Prüfungsstandard sollten beispielsweise die Parteien zu einem im Parteiengesetz von 2002 nicht vorgesehenen Anhang verpflichtet werden. Solche Anhänge haben nur „große Kapitalgesellschaften“ aufzustellen. Außerdem sollten z.B. auf jeder Ebene Rechnungsabgrenzungsposten gebildet werden. Die ehrenamtliche Kassenführung hätte dieses nicht leisten können.

Andererseits hatte sich gezeigt, dass das geänderte Parteiengesetz schwierig zu handhaben ist. So sind Bundestagsverwaltung und Parteien mit Korrekturvorfällen belastet, die oft nur unwesentliche Fälle betreffen.

Vereinfachungen und Klarstellungen des Prüfungsverfahrens beim Bundestagspräsidenten ließen sich im Gesetzgebungsverfahren nicht durchsetzen. Das lag letztlich an unterschiedlichen Auffassungen innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Damit wurde nicht abschließend geklärt, was für den Rechenschaftsbericht wesentlich ist und was nicht.

Im Sinne der ehrenamtlichen Kassenführung auf der örtlichen Ebene ist es auch nach dieser Novelle des Parteiengesetzes bei der Einnahmen-/Ausgabenrechnung geblieben. Allerdings wurde sie zu einer „Ergebnisrechnung“ weiterentwickelt, d.h. sie ist mit der Vermögensrechnung fest verknüpft.

Um den Ortsvereinen, Unterbezirken, Stadtverbänden etc. auch in Zukunft die ehrenamtliche Kassenführung zu ermöglichen, wurde eine neue Regelung geschaffen. Sie erlaubt diesen Gliederungen, unabhängig vom Entstehen der jeweiligen Forderung bzw. Verbindlichkeit, Einnahmen und Ausgaben im Zeitpunkt des jeweiligen Geldflusses zu buchen.

Darüber hinaus wurde klargestellt, dass nur die „für alle Kaufleute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften“ (also nicht die Vorschriften für so genannte große Kapitalgesellschaften) soweit gelten, wie das Parteiengesetz nicht eine spezielle Regelung trifft.

Mit der Novelle von 2004 ist es gelungen, die Rechnungslegungsvorschriften praxisgerechter und transparenter zu gestalten.

III. Entwicklung der Parteifinanzen

Die Lage der Parteifinanzen der SPD ist stabil. In den nächsten Jahren werden sich aber erhebliche Risiken entwickeln.

Das größte Risiko ist die sich verschärfende grundsätzliche Kritik, die Parteien in der Öffentlichkeit erfahren, und die zu einem wachsenden Mangel an Selbstbewusstsein führt.

Dass Parteien für den demokratischen Prozess notwendig sind, dass Demokratie ohne sie nicht funktionieren kann, ist zwar inzwischen in der deutschen Staatslehre Konsens, aber daneben hat sich eine Parteienstaatskritik entwickelt, die Mitarbeit in politischen Parteien abwertet und politische Parteien als Entartung der Demokratie ansieht. Diese Diskussion beeinflusst auch die Einnahmen der Parteien. Nicht von ungefähr ist die Höhe der staatlichen Parteienfinanzierung inzwischen deutlich hinter den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes zurückgeblieben, weil jeder Versuch, sie anzuheben, einem Sperrfeuer der Parteienkritik ausgesetzt war.

Die öffentliche Kritik ist außerdem kein Ansporn für junge Menschen, sich in Parteien zu engagieren. Dennoch haben wir in den letzten Monaten viel Zuspruch, Einsatz und auch Parteieintritte erfahren können.

Die Veränderung der Altersstruktur unserer Bevölkerung führt zu längerer Mitgliedsdauer und stabilisiert unsere Beitragseinnahmen. Langfristig stehen wir jedoch vor dem Problem, dass die anwachsende Zahl von Sterbefällen durch neue Mitglieder ausgeglichen werden muss.

Mitgliederwerbung bleibt daher eine ständige und alle fordernde Aufgabe. Das kann nur dauerhaft erfolgreich sein, wenn in Zukunft die innerparteiliche Demokratie lebt und unsere Mitglieder sich vielfältig bei uns engagieren können. Daneben müssen neue Einnahmequellen gefunden werden. Wir müssen über die erreichten Fortschritte bei der Spendenwerbung und beim Sponsoring hinaus in diesen Bereichen weiter aktiv werben. Die Beteiligung der SPD an Unternehmen hat sich stabil entwickelt. Wir haben dazu beigetragen, eine mittelständische Vielfalt im Zeitungsbereich zu erhalten. Gleichzeitig haben sich die Ausschüttungen verstetigt. Sie haben die Finanzierung des Willy-Brandt-Hauses und die Unterstützung beim Aufbau Ost ermöglicht. Dennoch werden wir auch angesichts der demografischen Entwicklung in der Mitgliederstruktur aller Parteien die staatliche Teilfinanzierung grundsätzlich verstetigen und verbessern müssen, ohne die Parteien aus ihrer Verantwortung zu entlassen.

Anhang

Die Finanzen der Bundestagsparteien 2003

(SPD, CDU, CSU, GRÜ, FDP und PDS)

A. Die Auswirkungen der Gesetzesänderungen von 2002

Bis zum Rechnungsjahr 2002 waren die Parteien verpflichtet, ihre Einnahmen aus Vermögen, Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit in den Rechenschaftsberichten um die damit verbundenen Ausgaben vermindert auszuweisen (Saldierungsgebot). Ab 2003 sind auch diese Einnahmen und Ausgaben jeweils mit ihrem vollen Betrag anzugeben (Saldierungsverbot).

Außerdem wurden als zusätzliche Einnahmen- und Ausgabenkategorien eingeführt:

- Mandatsträgerbeiträge (bislang als „ähnliche regelmäßige Beiträge“ in den Mitgliedsbeiträgen enthalten).
- Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen (bislang als „Einnahmen aus Vermögen“ mit den entsprechenden Ausgaben zu saldieren).
- Ausgaben für die Vermögensverwaltung einschließlich sich hieraus ergebender Zinsen (bislang als „Zinsen“ bzw. „Ausgaben des laufenden Geschäftsbetriebes“ mit den entsprechenden Einnahmen zu saldieren).

Neben den strengeren Spendenregelungen waren das die gravierendsten Änderungen des Parteiengesetzes, die deutliche Gewichtverschiebungen in den Rechenschaftsberichten bewirkten. Vergleiche mit den Vorjahren sind deshalb nur sehr eingeschränkt möglich (außerdem wurden erstmals Strafvorschriften in das Parteiengesetz aufgenommen).

B. Die Finanzentwicklung bei den Gesamtparteien

Vorbemerkungen:

Nach den starken finanziellen Belastungen durch die Wahlkämpfe zur Bundestagswahl, zur bayerischen Kommunalwahl und zu den Landtagswahlen Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt im Jahre 2002 waren die Finanzen der Parteien im Jahr 2003 trotz der Landtagswahlen von Niedersachsen, Hessen und Bayern sehr viel geringer belastet als im Bundestagswahljahr 2002.

Die Neuberechnung der staatlichen Mittel für das Jahr 1999, die infolge des CDU-Spendenskandals in Hessen erforderlich wurde, führte zu einer Minderung des für die CDU zunächst errechneten Betrages um 21 Mio. €. Gemäß den bis 2002 noch geltenden gesetzlichen Bestimmungen wurde dieser Betrag auf die anderen Parteien

verteilt. Die Auszahlung der Beträge erfolgte im Jahre 2003. Bei den folgenden Vergleichen mit den Vorjahren werden diese außerordentlichen Einnahmen außer Betracht gelassen und nur bei den Jahresergebnissen (Überschüsse bzw. Defizite) nachrichtlich aufgeführt.

Alle Parteien konnten in 2003 Überschüsse erzielen und damit Schulden abbauen oder Rücklagen für künftige Wahlen bilden, die CDU trotz der Belastung durch die Rückzahlungsverpflichtung staatlicher Mittel.

Die SPD konnte nur dank der ihr zugeflossenen außerordentlichen staatlichen Mittel einen Überschuss erzielen und hätte ansonsten lediglich ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt.

1. Veränderungen von Einnahmen, Ausgaben und Reinvermögen gegenüber 2002

	SPD Mio. €	CDU Mio. €	CSU Mio. €	GRÜ Mio. €	FDP Mio. €	PDS Mio. €
Gesamteinnahmen (ohne Zuschüsse von Gliederungen)						
2002	158,8	142,0	46,1	26,3	31,5	21,9
2003 (ohne a. o. staatliche Mittel)	168,2	139,7	45,1	24,1	26,1	20,5
Veränderung	+ 9,4	- 2,3	- 1,0	- 2,2	- 5,4	- 1,4
<i>Veränderung in %</i>	<i>+ 5,9</i>	<i>- 1,6</i>	<i>- 2,2</i>	<i>- 8,4</i>	<i>- 17,1</i>	<i>- 6,4</i>
Gesamtausgaben (ohne Zuschüsse an Gliederungen)						
2002	187,3	142,8	54,6	30,1	38,5	24,6
2003	168,8	122,5	44,0	22,8	24,6	18,1
Veränderung	- 18,5	- 20,3	- 10,6	- 7,3	- 13,9	- 6,5
<i>Veränderung in %</i>	<i>- 9,9</i>	<i>- 14,2</i>	<i>- 19,4</i>	<i>- 24,3</i>	<i>- 36,1</i>	<i>- 26,4</i>
Überschuss / Defizit						
2002	- 28,5	- 0,8	- 8,5	- 3,8	- 7,0	- 2,7
2003	- 0,6	+ 17,2	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,5	+ 2,4
zzgl. a.o. staatliche Mittel	+ 11,7	0,0	+ 2,3	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,7
Gesamtergebnis 2003	+ 11,1	+ 17,2	+ 3,4	+ 3,4	+ 3,1	+ 4,1
Reinvermögen 2002	124,6	57,2	18,7	17,4	- 1,9	16,6
Reinvermögen 2003	135,7	74,4	22,1	20,8	- 0,2	20,7

2. Die Veränderungen der Einnahmen gegenüber 2002

Bei der SPD lagen die Einnahmen des Jahres 2003 um 9,4 Mio. € (5,9 Prozent) über den Vorjahreseinnahmen. Die Beitragseinnahmen (einschließlich der Mandatsträgerbeiträge) waren zwar um 2,0 Mio. € (2,5 Prozent) niedriger und die Spenden gingen um 6,9 Mio. € (39,7 Prozent) zurück, die anderen Einnahmen waren aber wesentlich höher als im Vorjahr. Der größte „Zuwachs“ resultiert mit 11,9 Mio. € (579,8 Prozent) aus den Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit (Veranstaltungen, Druckschriften etc.), bei denen sich die Aufhebung des Saldierungsgebots auswirkt. Aus demselben Grund waren auch die ausgewiesenen Einnahmen aus Vermögen einschließlich Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen deutlich höher als im Vorjahr (+ 4,8 Mio. €/45,3 Prozent).

Bei der CDU waren die Einnahmen 2003 um 2,2 Mio. € (1,6 Prozent) niedriger als im Vorjahr. Den stärksten Rückgang musste sie mit 13,1 Mio. € (42,9 Prozent) bei den Spenden hinnehmen. Demgegenüber lagen die Beiträge um 2,8 Mio. € (4,9 Prozent), die Einnahmen aus Vermögen um 1,6 Mio. € (46,2 Prozent) und die Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit um 8,3 Mio. € (309,2 Prozent) über den Vorjahreseinnahmen.

Auch die CSU weist rückläufige Einnahmen aus. Sie lagen 2003 um 1,0 Mio. € (2,2 Prozent) unter denen des Vorjahres. Die CSU hatte bei den Spenden den stärksten Rückgang (-9,2 Mio. €/48,5 Prozent). Die Zuwächse bei den Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit (+6,8 Mio. €/533,7 Prozent), Vermögen (+0,4 Mio. €/76,8 Prozent) und den staatlichen Mitteln (+1,0 Mio. €/8,6 Prozent) konnten die Spendenrückgänge nicht ausgleichen.

Die Grünen weisen um 2,3 Mio. € (8,6 Prozent) rückläufige Einnahmen gegenüber dem Vorjahr aus. Die Spenden waren um 1,8 Mio. € (35,0 Prozent) und die Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit um 0,9 Mio. € (47,4 Prozent) niedriger als im Vorjahr. Dagegen lagen die Beitragseinnahmen um 0,5 Mio. € (5,3 Prozent) über dem Vorjahresstand.

Bei der FDP waren die Einnahmen 2003 um 5,4 Mio. € (17,2 Prozent) niedriger als im Vorjahr. Die Spenden waren um 6,4 Mio. € (46,5 Prozent) zurückgegangen. Die Beitragseinnahmen waren hingegen um 1,1 Mio. € (18,0 Prozent) höher als im Vorjahr.

Die PDS hatte im Jahr 2003 um 1,5 Mio. € (6,6 Prozent) geringere Einnahmen als in 2002. Die Spendeneinnahmen waren um 2,0 Mio. € (53,3 Prozent) zurückgegangen, die Beitragseinnahmen um 0,6 Mio. € (5,8 Prozent) gestiegen.

3. Die Veränderungen der Ausgaben gegenüber 2002

Alle Parteien weisen deutlich geringere Wahlkampfausgaben als im Vorjahr aus. Bei der SPD sind es 2003 nur 43,7 Mio. €, bei der CDU 32,0 Mio. €, bei der CSU 17,3 Mio. €, bei den Grünen 8,3 Mio. €, bei der FDP 12,5 Mio. € und bei der PDS 7,6 Mio. €.

Bei der SPD gingen die Gesamtausgaben jedoch nur um 18,5 Mio. € zurück. Die erstmals auszuweisenden Ausgaben für die Vermögensverwaltung beliefen sich auf 28,0 Mio. €. Den Erläuterungen zufolge wurden im Bereich des Haus- und Grundvermögens außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 15,3 Mio. € vorgenommen.

Bei der CDU gingen die Gesamtausgaben um 20,3 Mio. € zurück, bei der CSU sind es 10,5 Mio. € (Grüne 7,3 Mio. €, FDP 13,9 Mio. € und PDS 6,5 Mio. €).

Bei SPD, CDU und CSU sind die Ausgaben für die politische Arbeit deutlich angestiegen. Das dürfte mit dem Fortfall des Saldierungsgebots für die Ausgaben (und Einnahmen) aus Veranstaltungen, dem Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstigen mit Einnahmen verbundener Tätigkeit zusammenhängen.

Bei den Grünen sind diese Einnahmen erstaunlicherweise zurückgegangen und die Ausgaben für die politische Arbeit nur geringfügig gestiegen. Die FDP weist vergleichsweise geringe Einnahmesteigerungen und sogar rückläufige Ausgaben aus. Auch bei der PDS gibt es nur leichte Einnahmesteigerungen, jedoch deutlich höhere Ausgaben für die politische Arbeit.

C. Die Finanzentwicklung im Einzelnen

1. Die Mitglieder- und Beitragsentwicklung

Mitgliedsbeiträge sind die wichtigsten Einnahmen für politische Parteien. Sie können die Unabhängigkeit von privaten Geldgebern gewährleisten und sind – neben den Wählerstimmen – wesentlicher Maßstab für den Anteil einer Partei an den staatlichen Mitteln. Daher sind sowohl die Entwicklung der Mitgliederzahlen wie auch die Entwicklung der von den Mitgliedern gezahlten (Durchschnitts-)Beiträge von herausragender Bedeutung.

Wie die vorstehenden Vergleichszahlen zeigen, haben nur die Grünen im Jahr 2003 einen Mitgliederzuwachs erfahren, während bei allen anderen Parteien die Mitgliederzahl rückläufig war.

Auf die Beitragseinnahmen hat sich das unterschiedlich ausgewirkt. Sie sind bei der SPD leicht gesunken und bei den anderen Parteien gestiegen, am stärksten bei der

Entwicklung der Mitgliederzahlen						
	SPD	CDU	CSU	GRÜ	FDP	PDS
Mitglieder 2002	693.894	594.391	177.705	43.795	66.560	70.805
Mitglieder 2003	650.798	587.244	176.989	44.052	65.192	65.753
Veränderung	- 43.096	- 7.147	- 716	+ 257	- 1.368	- 5.052
in %	- 6,2	- 1,2	- 0,4	+ 0,6	- 2,1	- 7,1

Entwicklung der Beitragseinnahmen						
	SPD Tsd. €	CDU Tsd. €	CSU Tsd. €	GRÜ Tsd. €	FDP Tsd. €	PDS Tsd. €
Beiträge 2002	78.275	57.952	13.358	9.311	6.264	10.411
Beiträge 2003	76.320	60.800	13.492	9.803	7.392	11.015
Veränderung	- 1.955	+ 2.848	+ 134	+ 492	+ 1.128	+ 604
in %	- 2,5	+ 4,9	+ 1,0	+ 5,3	+ 18,0	+ 5,8
Aufteilung 2003:						
Mitgliedsbeiträge	53.890	42.749	10.240	5.333	6.121	9.875
Mandatsträgerbeiträge	22.430	18.051	3.252	4.470	1.271	1.140

Entwicklung des Beitragsdurchschnitts (Jahresbeitrag je Mitglied)						
	SPD €	CDU €	CSU €	GRÜ €	FDP €	PDS €
BeitragsØ 2002	112,81	97,50	75,17	212,60	94,11	147,04
BeitragsØ 2003*	117,27	105,53	76,23	222,53	113,39	167,52
Veränderung	+ 4,46	+ 8,03	+ 1,06	+ 9,93	+ 19,28	+ 20,48
in %	+ 4,0	+ 8,2	+ 1,4	+ 4,7	+ 20,5	+ 13,9
Ø 2003 nur Mitgliedsbeiträge	82,81	72,79	57,86	121,06	93,88	150,18

* Erst ab 2003 sind Mitgliedsbeiträge und Mandatsträgerbeiträge in Rechenschaftsberichten getrennt ausgewiesen. Für den Vergleich mit dem Jahr 2002 wurden die Beiträge zusammengefasst und die Aufteilung darunter stehend gezeigt.

FDP. Wie aus den als Anlage beigefügten Übersichten (↔ Anhang Tabelle 1) ersichtlich, machen die Mitgliedsbeiträge 2003 bei der SPD und der CDU knapp ein Drittel ihrer Einnahmen aus. Bei CSU, Grünen und FDP ist es ein knappes Viertel und bei der PDS ist es fast die Hälfte.

Die Mandatsträgerbeiträge haben folgende Anteile an der Gesamtsumme der Beiträge bei den einzelnen Parteien: SPD 29 Prozent; CDU 30 Prozent; CSU 24 Prozent; Grüne 46 Prozent; FDP 17 Prozent und PDS 10 Prozent. Sie werden bei den meisten Parteien überwiegend von den nachgeordneten Gebietsverbänden auf der kommunalen Ebene erzielt. Bei SPD und CDU sind es mehr als 80 Prozent, bei CSU und Grünen etwa zwei Drittel. Der CSU-Bundesvorstand, der ja zugleich Landesvorstand ist, erhält rund ein Drittel der Mandatsträgerbeiträge und der Bundesvorstand der Grünen rund 14 Prozent. Bei den anderen Parteien erhalten die Bundesvorstände keine oder vergleichsweise wenige Mandatsträgerbeiträge (SPD 2,1 Prozent, CDU 0,1 Prozent, FDP keine, PDS 6,9 Prozent).

2. Die Spendeneinnahmen

Insgesamt verfügten CDU und CSU mit 27,1 Mio. € über deutlich höhere Spendeneinnahmen als alle anderen insgesamt im Bundestag vertretenen Parteien zusammen (23 Mio. €). Die Spendeneinnahmen haben 2003 bei der SPD einen Anteil von 5,8 Prozent an den Gesamteinnahmen, bei der CDU sind es 12,5 Prozent, bei der CSU 20,5 Prozent, bei der FDP 26,5 Prozent, bei den Grünen 13,1 Prozent und bei der PDS 7,9 Prozent. Sie wurden auch 2003 ganz überwiegend von den Gebietsverbänden auf der kommunalen Ebene erzielt, am stärksten bei der SPD mit 86,2 Prozent (→ Anhang Tabelle 2). Auch bei den anderen Parteien gingen die Spenden überwiegend an die nachgeordneten Gebietsverbände. Bei der CDU mit 73,3 Prozent, der CSU mit 74,1 Prozent, bei den Grünen mit 81,1 Prozent und der FDP mit 67,6 Prozent. Bei der PDS haben die nachgeordneten Verbände mit nur 52,4 Prozent einen vergleichsweise geringen Anteil an den der Partei zugeflossenen Spenden. Relativ hohe Anteile am Spendenaufkommen ihrer Gesamtpartei haben die Bundesvorstände von CSU (25,9 Prozent) und PDS (29,3 Prozent).

3. Die verschiedenen Gliederungsebenen

Wie hoch Einnahmen und Ausgaben sowie Überschüsse bzw. Defizite im Jahr 2003 in den drei Gliederungsebenen Bund, Länder und Kommunen sind, zeigt die folgende Übersicht (→ auch Anhang Tabelle 4).

Einnahmen und Ausgaben nach den verschiedenen Gliederungsebenen						
	SPD Tsd. €	CDU Tsd. €	CSU Tsd. €	GRÜ Tsd. €	FDP Tsd. €	PDS Tsd. €
Bund						
Einnahmen	73.215	41.985	27.393	7.478	12.892	10.013
Ausgaben	65.104	31.683	26.017	5.523	[12.192]	6.678
Ergebnis	+ 8.111	+ 10.302	+ 1.376	+ 1.955	[+ 700]	+ 3.335
Länder						
Einnahmen	58.795	33.872	siehe	8.367	8.126	11.640
Ausgaben	62.548	33.165	Bund	8.885	7.311	11.225
Ergebnis	- 3.753	+ 707		- 518	+ 815	+ 415
Kommunen						
Einnahmen	59.473	67.159	20.859	12.337	14.871	9.556
Ausgaben	52.783	60.943	18.856	10.377	13.250	9.225
Ergebnis	+ 6.690	+ 6.216	+ 2.003	+ 1.960	+ 1.621	+ 331

* Der FDP-Bundesvorstand hat die Ausgaben ohne a. o. Abschreibung auf Immobilien (1.342 Tsd. €) ausgewiesen.

Die Bundesvorstände und die nachgeordneten Gebietsverbände auf der kommunalen Ebene aller Parteien haben im Jahr 2003 Überschüsse erzielen können. Auch bei der FDP hat der Bundesvorstand nach dem Zahlenwerk Überschüsse erzielt, allerdings nur, weil Abschreibungen im Bereich des Haus- und Grundvermögens nicht in die

Ausgabenrechnung übernommen wurden. Bezieht man diese Abschreibungen ein, wäre ein Defizit von 642 Tsd. € auszuweisen.

Die auf der Landesebene unterschiedlichen Verläufe beruhen im Wesentlichen auf der Landtagswahl in Bayern, von der die CDU nicht berührt wurde. Der CSU-Bundesvorstand ist zugleich Landesvorstand und hat wegen der Landtagswahl auch einen im Vergleich mit den anderen Bundesvorständen relativ geringen Überschuss. In den vier Ländern mit Landtagswahlen hatten die SPD-Landesverbände Defizite von insgesamt 4,5 Mio. €.

4. Der innerparteiliche Geldtransfer

Die Zuschüsse von bzw. an Gliederungen der Parteien sind lediglich innerparteilicher Geldtransfer und stellen für die Gesamtpartei keinen Ertrag oder Aufwand dar. Für die empfangende bzw. gebende Gliederung sind diese Gelder gleichwohl Einnahmen bzw. Ausgaben. Um ein Bild über diese innerparteiliche Mittelverteilung zu erhalten, werden nachstehend die erhaltenen und die gegebenen Zuschüsse auf den einzelnen Gliederungsebenen gegenübergestellt und der Saldo gezeigt:

Zuschüsse von und an Gliederungen der Parteien						
	SPD Tsd. €	CDU Tsd. €	CSU Tsd. €	GRÜ Tsd. €	FDP Tsd. €	PDS Tsd. €
Bund						
erhalten	233	137	102	25	1.469	1.273
gegeben	5.118	59	230	218	2.363	597
Saldo	- 4.885	+ 78	- 128	- 193	- 894	+ 676
Länder						
erhalten	6.441	1.032	siehe	452	4.046	5.595
gegeben	2.776	2.209	Bund	702	718	3.380
Saldo	+ 3.665	- 1.177		- 250	+ 3.328	+ 2.215
Kommunen						
erhalten	4.964	2.124	733	1.526	2.602	2.182
gegeben	3.744	1.025	605	1.083	5.036	5.073
Saldo	+ 1.220	+ 1.099	+ 128	+ 443	- 2.434	- 2.891
Gesamtpartei						
erhalten/gegeben	11.638	3.293	835	2.003	8.117	9.050

Im Jahr 2003 haben vor allem die Verbände auf der kommunalen Ebene bei SPD, CDU, CSU und Grünen mehr Zuschüsse erhalten, als sie gegeben haben, bei der SPD auch die Landesverbände. Insbesondere bei der SPD leistet die Bundesebene erhebliche Zuschüsse an nachgeordnete Gliederungen.

Bei FDP und PDS haben die Verbände auf der kommunalen Ebene mehr Zuschüsse gezahlt, als sie selbst erhielten, im Wesentlichen an die Landesverbände, bei der PDS auch an den Bundesvorstand.

D. Die Vermögensbilanzen

1. Die Reinvermögen auf den verschiedenen Gliederungsebenen

Die Reinvermögen haben auf den jeweiligen Gliederungsebenen zum 31. 12. 2003 die folgenden Größenordnungen:

Reinvermögen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene						
	SPD	CDU	CSU	GRÜ	FDP	PDS
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Bundesvorstand	67.364	- 5.135	1.254	1.562	- 9.380	12.608
Landesverbände/Bezirke	2.407	11.894	= Bund	7.660	25	3.865
Kreis- und Ortsverbände	65.894	67.612	20.803	11.625	9.112	4.231
Gesamtpartei	135.665	74.371	22.057	20.847	- 243	20.704

Bei den Bundesvorständen und den Landesverbänden setzen sich die Reinvermögen überwiegend aus längerfristig gebundenem Anlagevermögen (Haus- und Grundbesitz, Geschäftsstellenausstattung, Unternehmensbeteiligungen und sonstige Finanzanlagen) sowie Bankkrediten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen und sonstigen Verbindlichkeiten zusammen (→ Anhang Tabellen 6 und 8).

Die Parteizentralen von CDU und FDP sind bilanziell überschuldet. Bei der FDP liegt das Reinvermögen der Landesverbände (LV) bei Null. Acht LV haben positive Reinvermögen von zusammen 2,05 Mio. €, die anderen acht sind mit zusammen 2,02 Mio. € überschuldet. Die Vermögen aller Orts- und Kreisverbände reichen nicht aus, die Überschuldung des Bundesvorstandes abzudecken. Die FDP bleibt seit dem Jahr 2002 als Partei insgesamt überschuldet.

Die Vermögen der Kreis- und Ortsverbände sind nahezu ausschließlich kurzfristiger Natur. Sie sind die Geldbestände und Rücklagen für künftige Wahlkämpfe dieser kommunalen Gebietsverbände, von denen es bei den Volksparteien jeweils weit über zehntausend gibt. Die nachgeordneten Gebietsverbände der CDU verfügen auch über größeres Haus- und Grundvermögen (10,5 Mio. €), bei der CSU sind es 0,75 Mio. € (→ Anhang Tabelle 10). Das bei der SPD mit 66 Mio. € und den Unionsparteien mit zusammen 76 Mio. € (ohne Sachanlagen) sehr hoch erscheinende Reinvermögen dieser Verbände ist die Addition von jeweils bis zu 13.000 Kassen. Einschließlich der für die nächsten Wahlkämpfe schon angesparten Beträge sind das im Durchschnitt je Kasse lediglich zwischen 5.000 und 6.000 €.

2. Veränderungen der Vermögensstrukturen der Parteizentralen gegenüber dem Vorjahr

Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Vermögensstrukturen sehr unterschiedlich verändert, wie die nachstehende Übersicht zeigt.

Veränderungen der Vermögensstrukturen der Parteizentralen gegenüber dem Vorjahr						
	SPD Tsd. €	CDU Tsd. €	CSU Tsd. €	GRÜ Tsd. €	FDP Tsd. €	PDS Tsd. €
Besitzposten	- 8.739	+ 609	- 2.601	+ 1.299	- 2.885	+ 3.335
Schuldposten	- 16.850	- 9.693	- 3.953	- 656	- 2.243	0
	+ 8.111	+ 10.302	+ 1.352	+ 1.955	- 642	+ 3.335
Jahresergebnis 2003	+ 8.111	+ 10.302	+ 1.376	+ 1.955	+ 700	+ 3.335
Abweichung der Vermögens- veränderung vom Jahresergebnis	0	0	- 24*	0	- 1.342**	0

* Die CSU weist eine korrespondierende Abweichung bei den nachgeordneten Gebietsverbänden auf.

** Die FDP hat außerplanmäßige Abschreibungen im Bereich ihres Haus- und Grundvermögens in dieser Höhe nicht in der Einnahmen-/Ausgabenrechnung ausgewiesen.

Der FDP-Bundesvorstand hatte eine weitere Verringerung seines Reinvermögens um 0,6 Mio. € zu verzeichnen und ist jetzt mit 9,4 Mio. € bilanziell überschuldet. Die Besitzposten verringerten sich um 2,9 Mio. €, während die Schuldposten nur um 2,2 Mio. € zurückgingen. Die Bundesvorstände der anderen Parteien konnten hingegen ihre Reinvermögen erhöhen, dies aber in sehr unterschiedlicher Weise. Bei der SPD gingen zwar die Besitzposten um 8,7 Mio. € zurück, die Schuldposten verringerten sich aber um 16,8 Mio. €. Bei der CDU stiegen die Besitzposten um 0,6 Mio. €, während die Schuldposten um 9,7 Mio. € zurückgingen. Bei der CSU minderten sich die Besitzposten um 2,6 Mio. € und die Schuldposten um 3,9 Mio. €.

Der Bundesvorstand der Grünen weist um 1,3 Mio. € gestiegene Besitzposten und um 0,6 Mio. € gesunkene Schuldposten aus. Die PDS weist keine Veränderung der Schuldposten, aber um 3,3 Mio. € gestiegene Besitzposten aus.

Einzelpositionen in den Vermögensrechnungen der Bundesvorstände mit wesentlichen Veränderungen sind nachstehend aufgeführt.

Positionen der Vermögensrechnung der Parteizentralen mit wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr								
	SPD		CDU		CSU		FDP	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Besitzposten								
Haus- und Grundvermögen	- 12,1	10,3					- 12,9	85,6
Forderungen aus staatlicher Teilfinanzierung	- 1,7	100,0	- 2,2	97,4	- 4,0	78,6	- 1,0	96,2
Geldbestände	+ 5,8	139,0	+ 2,5	90,7	+ 1,9	90,3		
Sonstige Vermögensgegenstände	- 1,5	22,6					+ 12,7	692,7
übrige Besitzposten zusammen	+ 0,8	1,6	+ 0,3	0,7	- 0,5	3,9	- 1,7	23,2
	- 8,7	5,0	+ 0,6	1,5	- 2,6	12,4	- 2,9	11,4
Schuldposten								
Sonstige Rückstellungen			- 10,1	72,7	- 1,9	74,1		
Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen	+ 2,3	41,0	- 8,1	98,2				
Bankkredite	- 19,2	21,3			- 2,1	25,3		
Sonstige Verbindlichkeiten			+ 9,8	476,8			- 1,3	24,9
übrige Schuldposten zusammen	- 0,0	0,2	- 1,3	4,1	+ 0,0	0,0	- 0,9	3,1
	- 16,9	14,4	- 9,7	17,1	- 4,0	18,7	- 2,2	6,6

3. Die Vermögensstrukturen bei Landesverbänden und nachgeordneten Gebietsverbänden

Auf Länderebene sind die Vermögen der Parteien kaum vergleichbar, weil der CSU-Vorstand zugleich Bundes- und Landesvorstand ist und in Bayern 2003 eine Landtagswahl stattfand. Ein Vergleich ist auch deswegen erschwert, weil die Landesverbände von CDU, Grünen und FDP über Haus- und Grundvermögen verfügen, während die Werte der von den SPD-Landesverbänden genutzten Immobilien beim Parteivorstand erfasst sind (→ Anhang Tabelle 8).

Bei der SPD weisen neun LV negative Reinvermögen von zusammen 8,7 Mio. € auf, sieben LV verfügen über positive Reinvermögen in Höhe von zusammen 11,1 Mio. € (→ Anhang Tabelle 11). Bei der CDU sind zwei LV mit zusammen 0,9 Mio. € überschuldet, die anderen 13 LV verfügen über positive Reinvermögen von 12,8 Mio. €. Bei den Grünen ist nur ein LV überschuldet (13 Tsd. €), die anderen LV haben zusammen 7,7 Mio. € positive Reinvermögen. Bei der FDP weisen acht LV Überschuldungen von zusammen 2,02 Mio. € auf, die anderen acht LV weisen positive Reinvermögen von zusammen 2,05 Mio. € auf.

Auch bei den nachgeordneten Gebietsverbänden sind die Vermögen wegen der unterschiedlichen Handhabung beim Haus- und Grundvermögen nur bedingt vergleichbar. Bei der CDU sind 10,5 Mio. €, bei der CSU 0,8 Mio. € Immobilienwerte im Reinvermögen der Orts- und Kreisverbände enthalten (→ Anhang Tabelle 10).

Bei allen Parteien sind die Geldbestände der größte Besitzposten der nachgeordneten Gebietsverbände, der bei SPD und CSU fast 90 Prozent aller Besitzposten erreicht. Bei der CDU sind es (wegen 12,8 Prozent Haus- und Grundvermögen) „nur“ 71,5 Prozent. Bei den Grünen machen die Geldbestände 69,5 Prozent, bei der FDP 60,7 Prozent und bei der PDS 55,7 Prozent aller Besitzposten aus.

Die größten Schuldposten der Gebietsverbände sind bei der CDU die Bankkredite, bei den anderen Parteien die Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen, also „parteiinterne Schulden“.

Tabellenanhang

Auswertung der Rechenschaftsberichte 2003 der im Bundestag vertretenen Parteien.

Gesamtübersicht

- Tabelle 1: Einnahmen, Ausgaben und Reinvermögen der jeweiligen Gesamtpartei
 Tabelle 2: Die Anteile der Gliederungsebenen an den einzelnen Einnahmen
 Tabelle 3: Die Anteile der Gliederungsebenen an den einzelnen Ausgaben
 Tabelle 4: Die Anteile der Gliederungsebenen an den Gesamtsummen der Einnahmen, Ausgaben, Jahresergebnisse (Überschüsse bzw. Defizite) und des Reinvermögens ihrer Gesamtpartei

Die Gliederungsebenen Bund/Länder/Kommunen

- Tabelle 5: Einnahmen, Ausgaben, Jahresergebnisse und Reinvermögen der Bundesvorstände
 Tabelle 6: Zusammensetzung des Reinvermögens der Bundesvorstände
 Tabelle 7: Einnahmen, Ausgaben, Jahresergebnisse und Reinvermögen der Landesverbände
 Tabelle 8: Zusammensetzung des Reinvermögens der Landesverbände
 Tabelle 9: Einnahmen, Ausgaben, Jahresergebnisse und Reinvermögen der Orts- und Kreisverbände
 Tabelle 10: Zusammensetzung des Reinvermögens der nachgeordneten Gebietsverbände

Die Parteien in den Ländern

- Tabelle 11: Überschüsse bzw. Defizite und Reinvermögen der einzelnen Landesverbände
 Tabelle 12: Überschüsse bzw. Defizite und Reinvermögen der nachgeordneten Gebietsverbände in den einzelnen Ländern (Orts- und Kreisverbände)

Tabelle 1:
Einnahmen, Ausgaben und Reinvermögen der jeweiligen Gesamtpartei in 2003

Zuschüsse von und an Gliederungen bleiben hierbei unberücksichtigt, weil sie keine Einnahmen bzw. Ausgaben einer Gesamtpartei sind. Sie zeigen aber den innerparteilichen Geldtransfer zwischen den einzelnen Gebietsverbänden der jeweiligen Partei (s. Tabellen 2 und 3).

	SPD		CDU		CSU		GRÜ		FDP		PDS	
	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%
1. Einnahmen aus												
Mitgliedsbeiträgen	53.890	30,0	42.748	30,6	10.240	21,6	5.333	20,4	6.120	22,0	9.875	44,6
Mandatarbeiterbeiträgen	22.490	12,5	18.051	12,9	3.252	6,9	4.470	17,1	1.271	4,6	1.139	5,1
Spenden	10.445	5,8	17.397	12,5	9.717	20,5	3.465	13,1	7.351	26,5	1.753	7,9
Untern. Tätigkeit/Beteilig.	6.205	3,5	980	0,7	151	0,3	1	0,0	45	0,2	0	0,0
Sonstigen Vermögen	9.067	5,0	4.192	3,0	697	1,5	262	1,0	1.213	4,4	262	1,2
Veranst., Druckscrh. etc.	13.982	7,8	10.996	7,9	8.017	16,9	1.038	4,0	704	2,5	200	0,9
Staatlichen Mitteln (regulär)	47.651	26,5	43.897	31,4	12.935	27,3	8.649	33,0	8.581	30,9	7.041	31,8
Nachzahlung w. CDU 1999	11.683	6,5	0	0,0	2.335	4,9	2.107	8,1	1.660	6,0	1.699	7,7
Sonstigen Einnahmen	4.493	2,5	1.462	1,0	74	0,2	883	3,4	827	3,0	190	0,9
	179.845	100,0	139.723	100,0	47.417	100,0	26.179	100,0	27.772	100,0	22.159	100,0
2. Ausgaben für												
Personal	54.723	32,4	39.889	32,6	10.328	23,5	7.406	32,5	4.048	16,4	7.531	41,7
Lfd. Geschäftsbetrieb	26.975	16,0	30.611	25,0	8.113	18,4	4.571	20,1	8.563	34,8	4.318	23,9
Politische Arbeit	36.215	21,5	31.229	25,5	13.263	30,1	6.388	28,0	6.347	25,8	5.297	29,3
Wahlkämpfe	20.588	12,2	13.509	11,0	11.215	25,5	3.076	13,5	2.962	12,0	827	4,6
Vermögensverwaltung etc.	28.011	16,6	2.678	2,2	571	1,3	390	1,7	384	1,6	33	0,2
Sonstige Zinsen	1.448	0,9	1.385	1,1	364	0,8	162	0,7	2.083	8,5	5	0,0
Sonstige Ausgaben	839	0,5	3.196	2,6	184	0,4	788	3,5	249	1,0	66	0,4
	168.798	100,0	122.497	100,0	44.038	100,0	22.781	100,0	24.637	100,0	18.078	100,0
3. Jahresergebnis												
in % der Einnahmen	11.047	6,1	17.226	12,3	3.379	7,1	3.398	13,0	3.135	11,3	4.081	18,4
4. Reinvermögen												
in % der Einnahmen	135.665	75,4	74.371	53,2	22.057	46,5	20.847	79,6	243	- 0,9	20.704	93,4

Tabelle 2:
Die Anteile der Gliederungsebenen an den einzelnen Einnahmen in 2003

Der CSU-Landesvorstand ist zugleich Bundesvorstand. Die Beträge für „Landesverbände“ sind hier unter Bundesvorstand ausgewiesen.

	SPD		CDU		CSU		GRÜ		FDP		PDS	
	Tsd. €	%	Tsd. €	%								
1. Mitgliedsbeiträge												
Bundesvorstand	11.608	21,5	9.377	21,9	4.941	48,3	1.369	25,7	39	0,6	51	0,5
Landesverbände	28.831	53,5	9.307	21,8			1.544	29,0	176	2,9	3.946	40,0
Kreise, Orte etc.	13.451	25,0	24.065	56,3	5.299	51,7	2.420	45,4	5.906	96,5	5.878	59,5
	53.890	100,0	42.748	100,0	10.240	100,0	5.333	100,0	6.120	100,0	9.875	100,0
2. Mandatsträgerbeiträge												
Bundesvorstand	463	2,1	9	0,1	1.026	31,5	620	13,9	0	0,0	79	6,9
Landesverbände	3.498	15,6	3.354	18,6			884	19,8	559	44,0	679	59,6
Kreise, Orte etc.	18.468	82,3	14.688	81,4	2.226	68,5	2.966	66,4	712	56,0	382	33,5
	22.430	100,0	18.051	100,0	3.252	100,0	4.470	100,0	1.271	100,0	1.139	100,0
3. Spenden												
Bundesvorstand	913	8,7	1.210	7,0	2.520	25,9	327	9,5	984	13,4	499	28,5
Landesverbände	529	5,1	3.427	19,7			322	9,4	1.398	19,0	335	19,1
Kreise, Orte etc.	9.003	86,2	12.760	73,3	7.197	74,1	2.785	81,1	4.969	67,6	919	52,4
	10.445	100,0	17.397	100,0	9.717	100,0	3.435	100,0	7.351	100,0	1.753	100,0
4. Einnahmen aus Vermögen												
Bundesvorstand	12.275	80,4	160	3,1	258	30,5	79	30,2	931	74,0	169	64,4
Landesverbände	1.272	8,3	889	17,2			115	43,6	242	19,2	50	19,1
Kreise, Orte etc.	1.725	11,3	4.124	79,7	589	69,5	69	26,3	85	6,8	43	16,6
	15.272	100,0	5.172	100,0	847	100,0	263	100,0	1.258	100,0	262	100,0
5. Staatliche Mittel												
Bundesvorstand	43.228	72,9	29.328	66,8	15.269	100,0	4.496	41,8	8.990	87,8	7.835	89,6
Landesverbände	16.105	27,1	14.569	33,2			4.440	41,3	1.251	12,2	905	10,4
Kreise, Orte etc.	0	0,0	0	0,0	0	0,0	1.820	16,9	0	0,0	0	0,0
	59.334	100,0	43.897	100,0	15.269	100,0	10.757	100,0	10.241	100,0	8.740	100,0
6. Zuschüsse												
Bundesvorstand	233	2,0	137	4,2	103	12,3	25	1,3	1.469	18,1	1.274	14,1
Landesverbände	6.441	53,3	1.032	31,3			452	22,6	4.046	49,8	5.595	61,8
Kreise, Orte etc.	4.965	42,7	2.124	64,5	733	87,7	1.526	76,2	2.602	32,1	2.182	24,1
	11.638	100,0	3.294	100,0	835	100,0	2.003	100,0	8.117	100,0	9.050	100,0
7. Übrige Einnahmen												
Bundesvorstand	4.495	24,3	1.763	14,2	3.275	40,5	561	29,2	480	31,4	107	27,5
Landesverbände	2.118	11,5	1.295	10,4			611	31,8	454	29,7	130	33,5
Kreise, Orte etc.	11.861	64,2	9.399	75,5	4.816	59,5	750	39,0	597	39,0	152	39,0
	18.475	100,0	12.458	100,0	8.091	100,0	1.922	100,0	1.530	100,0	390	100,0

Tabelle 3:
Die Anteile der Gliederungsebenen an den einzelnen Ausgaben in 2003

Der CSU-Landesvorstand ist zugleich Bundesvorstand. Die Beträge für „Landesverbände“ sind hier unter Bundesvorstand ausgewiesen.

	SPD		CDU		CSU		GRÜ		FDP		PDS	
	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%
1. Personal												
Bundesvorstand	13.829	25,3	10.686	26,8	9.614	93,1	1.886	25,5	1.844	45,5	2.511	33,3
Landesverbände	37.684	68,9	16.007	40,1			3.528	47,6	1.770	43,7	4.961	65,9
Kreise, Orte etc.	3.209	5,9	13.197	33,1	714	6,9	1.993	26,9	435	10,7	60	0,8
	54.723	100,0	39.889	100,0	10.328	100,0	7.406	100,0	4.048	100,0	7.531	100,0
2. Lfd. Geschäftsbetrieb												
Bundesvorstand	6.159	22,8	4.543	14,8	4.201	51,8	545	11,9	4.002	46,7	1.459	33,8
Landesverbände	7.927	29,4	5.786	18,9	3.913	48,2	1.520	33,2	2.727	31,8	1.296	30,0
Kreise, Orte etc.	12.889	47,8	20.282	66,3			2.507	54,8	1.834	21,4	1.562	36,2
	26.975	100,0	30.611	100,0	8.113	100,0	4.571	100,0	8.563	100,0	4.318	100,0
3. Politische Arbeit												
Bundesvorstand	9.998	27,6	11.461	36,7	5.138	38,7	1.806	28,3	1.464	23,1	1.962	37,0
Landesverbände	5.299	14,6	3.871	12,4			1.737	27,2	891	14,0	1.218	23,0
Kreise, Orte etc.	20.918	57,8	15.896	50,9	8.126	61,3	2.845	44,5	3.991	62,9	2.117	40,0
	36.215	100,0	31.229	100,0	13.263	100,0	6.388	100,0	6.347	100,0	5.297	100,0
4. Wählerkämpfe												
Bundesvorstand	2.569	12,5	411	3,0	5.965	53,2	497	16,1	174	5,9	95	11,5
Landesverbände	7.118	34,6	4.614	34,2			899	29,2	922	31,1	357	43,1
Kreise, Orte etc.	10.901	52,9	8.484	62,8	5.250	46,8	1.681	54,6	1.866	63,0	376	45,4
	20.588	100,0	13.509	100,0	11.215	100,0	3.076	100,0	2.962	100,0	827	100,0
5. Vermögensverwaltg. etc.												
Bundesvorstand	26.969	96,3	1.970	73,6	571	100,0	361	92,4	333	86,6	31	94,9
Landesverbände	716	2,6	73	2,7			28	7,3	48	12,6	0	0,0
Kreise, Orte etc.	325	1,2	635	23,7	0	0,0	1	0,3	3	0,8	2	5,1
	28.011	100,0	2.678	100,0	571	100,0	390	100,0	384	100,0	33	100,0
6. Zuschüsse												
Bundesvorstand	5.118	44,0	59	1,8	230	27,5	218	10,9	2.363	29,1	597	6,6
Landesverbände	2.776	23,9	2.209	67,1			702	35,0	718	8,8	3.380	37,4
Kreise, Orte etc.	3.744	32,2	1.025	31,1	605	72,5	1.084	54,1	5.036	62,0	5.073	56,1
	11.638	100,0	3.294	100,0	835	100,0	2.003	100,0	8.117	100,0	9.050	100,0
7. Zinsen + Sonst. Ausgaben												
Bundesvorstand	461	20,2	2.552	55,7	300	54,7	211	22,3	2.013	86,3	23	32,1
Landesverbände	1.027	44,9	605	13,2			471	49,6	235	10,1	13	18,0
Kreise, Orte etc.	798	34,9	1.424	31,1	248	45,3	267	28,2	84	3,6	36	49,9
	2.287	100,0	4.581	100,0	548	100,0	950	100,0	2.332	100,0	72	100,0

Tabelle 4:
Die Anteile der Gliederungsebenen an den einzelnen Gesamtsummen in 2003

der Einnahmen, Ausgaben, Jahresergebnisse (Überschüsse bzw. Defizite) und des Reinvermögens ihrer Gesamtpartei.

Der CSU-Landesvorstand ist zugleich Bundesvorstand. Die Beträge für „Landesverbände“ sind hier unter Bundesvorstand ausgewiesen.

	SPD	CDU	CSU	GRÜ	FDP	PDS
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
	%	%	%	%	%	%
1. Gesamteinnahmen						
Bundesvorstand	73.215	41.985	27.393	7.478	12.892	10.013
Landesverbände	58.795	33.872	20.859	8.367	8.126	11.640
Kreise, Orte etc.	59.473	67.159	48.252	12.337	14.871	9.556
	191.484	143.017	48.252	28.182	35.889	31.209
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
2. Gesamtausgaben						
Bundesvorstand	65.104	31.683	26.017	5.523	12.193	6.678
Landesverbände	62.548	33.165	18.856	8.885	7.311	11.225
Kreise, Orte etc.	52.783	60.943	44.873	10.377	13.250	9.225
	180.436	125.791	44.873	24.784	32.754	27.128
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
3. Jahresergebnisse						
Bundesvorstand	8.111	10.303	1.376	1.955	700	3.335
Landesverbände	- 3.753	707	2.003	- 517	815	415
Kreise, Orte etc.	6.690	6.216	3.379	1.960	1.621	332
	11.047	17.226	3.379	3.398	3.135	4.081
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
4. Reinvermögen						
Bundesvorstand	67.364	- 5.135	1.254	1.562	- 9.380	12.608
Landesverbände	2.407	11.894	20.804	7.660	25	3.865
Kreise, Orte etc.	65.893	67.612	22.057	11.625	9.112	4.231
	135.665	74.371	22.057	20.847	- 243	20.704
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

**Tabelle 5:
Einnahmen, Ausgaben, Jahresergebnisse und Reinvermögen der Bundesvorstände
in 2003**

	SPD		CDU		CSU		GRÜ		FDP		PDS	
	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%
1. Einnahmen aus												
Mitgliedsbeiträgen	11.608	15,9	9.377	22,3	4.941	18,0	1.369	18,3	39	0,3	51	0,5
Mandaträgerbeiträgen	463	0,6	9	0,0	1.026	3,7	620	8,3	0	0,0	79	0,8
Spenden	913	1,2	1.210	2,9	2.520	9,2	327	4,4	984	7,6	499	5,0
Untern. Tätigkeit/Beteilig.	6.135	8,4	10	0,0	151	0,6	0	0,0	19	0,2	0	0,0
Sonstigem Vermögen	6.140	8,4	150	0,4	108	0,4	79	1,1	912	7,1	169	1,7
Veranst., Druckschr. etc.	1.709	2,3	1.068	2,5	3.223	11,8	375	5,0	66	0,5	60	0,6
Staatlichen Mitteln	43.228	59,0	29.328	69,9	15.269	55,7	4.406	60,1	8.990	69,7	7.835	78,2
Zuschüssen von Gliederg.	233	0,3	137	0,3	103	0,4	25	0,3	1.469	11,4	1.274	12,7
Sonstigen Einnahmen	2.787	3,8	695	1,7	52	0,2	186	2,5	413	3,2	47	0,5
	73.215	100,0	41.985	100,0	27.393	100,0	7.478	100,0	12.892	100,0	10.013	100,0
2. Ausgaben für												
Personal	13.829	21,2	10.686	33,7	9.614	37,0	1.886	34,1	1.844	15,1	2.511	37,6
Lfd. Geschäftsbetrieb	6.159	9,5	4.543	14,3	4.201	16,1	545	9,9	4.002	32,8	1.459	21,8
Politische Arbeit	9.998	15,4	11.461	36,2	5.138	19,7	1.806	32,7	1.464	12,0	1.962	29,4
Wahlkämpfe	2.569	3,9	411	1,3	5.965	22,9	497	9,0	174	1,4	95	1,4
Vermögensverwaltung etc.	26.969	41,4	1.970	6,2	571	2,2	361	6,5	333	2,7	31	0,5
Sonstige Zinsen	461	0,7	561	1,8	159	0,6	21	0,4	1.929	15,8	1	0,0
Zuschüsse an Gliederg.	5.118	7,9	59	0,2	230	0,9	218	3,9	2.363	19,4	597	8,9
Sonstige Ausgaben	0	0,0	1.992	6,3	140	0,5	190	3,4	83	0,7	22	0,3
	65.104	100,0	31.683	100,0	26.017	100,0	5.523	100,0	12.193	100,0	6.678	100,0
3. Jahresergebnis	8.111		10.303		1.376		1.955		700		3.335	
in % der Einnahmen		11,1		24,5		5,0		26,1		5,4		33,3
4. Reinvermögen	67.364		- 5.135		1.254		1.562		- 9.380		12.608	
in % der Einnahmen		92,0		-12,2		4,6		20,9		-72,8		125,9

Tabelle 6:
Zusammensetzung des Reinvermögens der Bundesvorstände in 2003

	SPD		CDU		CSU		GRÜ		FDP		PDS	
	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%
1. Besitzposten												
Haus- und Grundvermögen	106.081	63,4	32.444	77,4	9.297	50,5	8.724	71,0	2.177	9,7	5.163	38,8
Geschäftsstellenausstattung	5.876	3,5	264	0,6	193	1,0	343	2,8	1.004	4,5	175	1,3
Beteiligungen an Unternehmen:	9.180	5,5	1.202	2,9	200	1,1	0	0,0	3.854	17,2	414	3,1
Sonstige Finanzanlagen	19.456	11,6	0	0,0	129	0,7	15	0,1	0	0,0	1.314	9,9
Forderungen an Gliederungen	11.619	6,9	2.344	5,6	2.862	15,6	385	3,1	631	2,8	39	0,3
Forderungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	0	0,0	58	0,1	1.090	5,9	0	0,0	38	0,2	0	0,0
Geldbestände	10.022	6,0	5.336	12,7	4.084	22,2	2.310	18,8	166	0,7	4.462	33,5
Sonstige Vermögensgegenst.	5.098	3,0	264	0,6	542	2,9	517	4,2	14.520	64,9	1.737	13,1
	167.331	100,0	41.911	100,0	18.397	100,0	12.294	100,0	22.389	100,0	13.303	100,0
2. Schuldposten												
Pensionsverpflichtungen	1.085	1,1	302	0,6	9.204	53,7	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Sonstige Rückstellungen	3.092	3,1	3.773	8,0	661	3,9	9	0,1	473	1,5	336	48,2
Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen	8.087	8,1	152	0,3	241	1,4	3.795	35,4	262	0,8	10	1,5
Rückzahlungsverpflichtungen aus der staatl. Teilfinanzierung	819	0,8	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	71.081	71,1	30.915	65,7	6.101	35,6	6.723	62,6	26.925	84,8	21	3,0
Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Darlehensgebern	9.449	9,5	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	6.355	6,4	11.904	25,3	937	5,5	205	1,9	4.109	12,9	329	47,3
	99.967	100,0	47.046	100,0	17.144	100,0	10.732	100,0	31.769	100,0	696	100,0
3. Reinvermögen	67.364		- 5.135		1.254		1.562		- 9.380		12.608	

Tabelle 7:
Einnahmen, Ausgaben, Jahresergebnisse und Reinvermögen der Landesverbände
in 2003

Der CSU-Landesvorstand ist zugleich Bundesvorstand und dort aufgeführt.

	SPD		CDU		GRÜ		FDP		PDS	
	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%
1. Einnahmen aus										
Mitgliedsbeiträgen	28.831	49,0	9.307	27,5	1.544	18,5	176	2,2	3.946	33,9
Mandatsrückerbeiträgen	3.498	5,9	3.354	9,9	884	10,6	559	6,9	679	5,8
Spenden	529	0,9	3.427	10,1	322	3,9	1.398	17,2	335	2,9
Untern. Tätigkeit/Beteiligung	66	0,1	6	0,0	0	0,0	26	0,3	0	0,0
Sonstigem Vermögen	1.206	2,1	882	2,6	115	1,4	216	2,7	50	0,4
Veranst., Druckschr. etc.	1.286	2,2	1.162	3,4	427	5,1	204	2,5	51	0,4
Staatlichen Mitteln	16.105	27,4	14.569	43,0	4.440	53,1	1.251	15,4	905	7,8
Zuschüssen von Gliederg.	6.441	11,0	1.032	3,0	452	5,4	4.046	49,8	5.595	48,1
Sonstigen Einnahmen	833	1,4	133	0,4	184	2,2	250	3,1	79	0,7
	58.795	100,0	33.872	100,0	8.367	100,0	8.126	100,0	11.640	100,0
2. Ausgaben für										
Personal	37.684	60,2	16.007	48,3	3.528	39,7	1.770	24,2	4.961	44,2
Lfd. Geschäftsbetrieb	7.927	12,7	5.786	17,4	1.520	17,1	2.727	37,3	1.296	11,5
Politische Arbeit	5.299	8,5	3.871	11,7	1.737	19,6	891	12,2	1.218	10,8
Wahlkämpfe	7.118	11,4	4.614	13,9	899	10,1	922	12,6	357	3,2
Vermögensverwaltung etc.	716	1,1	73	0,2	28	0,3	48	0,7	0	0,0
Sonstige Zinsen	799	1,3	347	1,0	64	0,7	145	2,0	3	0,0
Zuschüsse an Gliederg.	2.776	4,4	2.209	6,7	702	7,9	718	9,8	3.380	30,1
Sonstige Ausgaben	229	0,4	258	0,8	407	4,6	90	1,2	10	0,1
	62.548	100,0	33.165	100,0	8.885	100,0	7.311	100,0	11.225	100,0
3. Jahresergebnis										
in % der Einnahmen	- 3.753	- 6,4	707	2,1	- 517	- 6,2	815	10,0	415	3,6
4. Reinvermögen										
in % der Einnahmen	2.407	4,1	11.894	35,1	7.660	91,6	25	0,3	3.865	33,2

Tabelle 8:
Zusammensetzung des Reinvermögens der Landesverbände in 2003

Der CSU-Landesvorstand ist zugleich Bundesvorstand und dort aufgeführt.

	SPD		CDU		GRÜ		FDP		PDS	
	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%
1. Besitzposten										
Haus- und Grundvermögen	0	0,0	6.044	24,7	2.626	21,8	1.126	29,8	0	0,0
Geschäftstillenausstattung	712	2,6	578	2,4	290	2,4	41	1,1	195	3,7
Beteiligungen an Unternehm.	0	0,0	219	0,9	0	0,0	26	0,7	187	3,5
Sonstige Finanzanlagen	8.989	33,4	4.368	17,8	177	1,5	603	16,0	2.332	43,7
Forderungen an Gliederungen	8.764	32,6	3.039	12,4	3.760	31,1	474	12,6	233	4,4
Forderungen aus der staatlichen Teilfinanzierung ⁰	0,0	0,0	1,0	69	0,6	111	2,9	0	0,0	
Geldbestände	7.766	28,9	9.414	38,4	5.007	41,5	1.177	31,2	2.293	43,0
Sonstige Vermögensgegenst.	670	2,5	574	2,3	145	1,2	218	5,8	93	1,7
	26.900	100,0	24.485	100,0	12.073	100,0	3.777	100,0	5.333	100,0
2. Schuldposten										
Pensionsverpflichtungen	1.768	7,2	481	3,8	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Sonstige Rückstellungen	5.321	21,7	1.605	12,7	482	10,9	924	24,6	0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen	12.144	49,6	3.037	24,1	2.738	62,1	520	13,9	1.295	88,3
Rückzahlungsverpflichtungen	154	0,6	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
aus der staatl. Teilfinanzierung										
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.468	14,2	6.377	50,6	842	19,1	1.756	46,8	21	1,4
Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Darlehensgebern	5	0,0	43	0,3	0	0,0	221	5,9	0	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	1.634	6,7	1.050	8,3	350	7,9	330	8,8	151	10,3
	24.493	100,0	12.591	100,0	4.412	100,0	3.752	100,0	1.468	100,0
3. Reinvermögen	2.407		11.894		7.660		25		3.865	

**Tabelle 9:
Einnahmen, Ausgaben, Jahresergebnisse und Reinvermögen der Orts-
und Kreisverbände in 2003**

	SPD		CDU		CSU		GRÜ		FDP		PDS	
	Tsd. €	%	Tsd. €	%								
1. Einnahmen aus												
Mitgliedsbeiträgen	13.451	22,6	24.065	35,8	5.299	25,4	2.420	19,6	5.906	39,7	5.878	61,5
Mandatsrückerbeiträgen	18.468	31,1	14.688	21,9	2.226	10,7	2.966	24,0	712	4,8	382	4,0
Spenden	9.003	15,1	12.760	19,0	7.197	34,5	2.785	22,6	4.969	33,4	919	9,6
Untern. Tätigkeit/Beteilig.	4	0,0	964	1,4	0	0,0	1	0,0	0	0,0	0	0,0
Sonstigem Vermögen	1.720	2,9	3.160	4,7	589	2,8	68	0,6	85	0,6	43	0,5
Veranst.-Druckschr. etc.	10.987	18,5	8.765	13,1	4.794	23,0	236	1,9	433	2,9	88	0,9
Staatlichen Mitteln	0	0,0	0	0,0	0	0,0	1.820	14,8	0	0,0	0	0,0
Zuschüssen von Gliederg.	4.965	8,3	2.124	3,2	733	3,5	1.526	12,4	2.602	17,5	2.182	22,8
Sonstigen Einnahmen	873	1,5	634	0,9	22	0,1	514	4,2	164	1,1	64	0,7
	59.473	100,0	67.159	100,0	20.859	100,0	12.337	100,0	14.871	100,0	9.556	100,0
2. Ausgaben für												
Personal	3.209	6,1	13.197	21,7	714	3,8	1.993	19,2	435	3,3	60	0,6
Lfd. Geschäftsbetrieb	12.889	24,4	20.282	33,3	3.913	20,8	2.507	24,2	1.834	13,8	1.562	16,9
Politische Arbeit	20.918	39,6	15.896	26,1	8.126	43,1	2.845	27,4	3.991	30,1	2.117	22,9
Wahlkämpfe	10.901	20,7	8.484	13,9	5.250	27,8	1.681	16,2	1.866	14,1	376	4,1
Vermögensverwaltung etc.	325	0,6	635	1,0	0	0,0	1	0,0	3	0,0	2	0,0
Sonstige Zinsen	187	0,4	477	0,8	204	1,1	76	0,7	9	0,1	1	0,0
Zuschüsse an Gliederg.	3.744	7,1	1.025	1,7	605	3,2	1.084	10,4	5.036	38,0	5.073	55,0
Sonstige Ausgaben	611	1,2	946	1,6	44	0,2	191	1,8	76	0,6	34	0,4
	52.783	100,0	60.943	100,0	18.856	100,0	10.377	100,0	13.250	100,0	9.225	100,0
3. Jahresergebnis	6.690		6.216		2.003		1.960		1.621		332	
in % der Einnahmen	11,2		9,3		9,6		15,9		10,9		3,5	
4. Reinvermögen	65.893		67.612		20.804		11.625		9.112		4.231	
in % der Einnahmen	110,8		100,7		99,7		94,2		61,3		44,3	

Tabelle 10:

Zusammensetzung des Reinvermögens der nachgeordneten Gebietsverbände in 2003

	SPD		CDU		CSU		GRÜ		FDP		PDS	
	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%						
1. Besitzposten												
Haus- und Grundvermögen	0	0,0	10.450	12,8	756	3,0	0	0,0	56	0,6	2	0,0
Geschäftsstellenausstattung	93	0,1	835	1,0	202	0,8	129	1,0	12	0,1	159	3,5
Beteiligungen an Unternehm.	0	0,0	77	0,1	26	0,1	6	0,0	0	0,0	0	0,0
Sonstige Finanzanlagen	4.626	6,8	9.658	11,9	1.092	4,3	131	1,0	3.571	36,4	524	11,6
Forderungen an Gliederungen	1.058	1,5	901	1,1	130	0,5	3.356	26,0	173	1,8	1.264	27,9
Geldbestände	61.273	89,6	58.219	71,5	22.497	89,5	8.982	69,5	5.954	60,7	2.521	55,7
Sonstige Vermögensgegenst.	1.310	1,9	1.279	1,6	420	1,7	325	2,5	38	0,4	57	1,3
	68.359	100,0	81.419	100,0	25.124	100,0	12.929	100,0	9.804	100,0	4.527	100,0
2. Schuldposten												
Pensionsverpflichtungen	0	0,0	39	0,3	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Sonstige Rückstellungen	0	0,0	721	5,2	8	0,2	30	2,3	0	0,0	0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen	1.210	49,1	3.096	22,4	2.751	63,7	968	74,2	496	71,8	230	77,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	814	33,0	7.599	55,0	986	22,8	4	0,3	100	14,4	18	6,1
Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Darlehensgebern	151	6,1	321	2,3	399	9,2	27	2,0	71	10,2	1	0,2
Sonstige Verbindlichkeiten	291	11,8	2.033	14,7	176	4,1	276	21,1	25	3,6	47	15,8
	2.466	100,0	13.807	100,0	4.320	100,0	1.304	100,0	691	100,0	296	100,0
3. Reinvermögen	65.893		67.612		20.804		11.625		9.112		4.231	

Tabelle 11:
Überschüsse bzw. Defizite und Reinvermögen der einzelnen Landesverbände
in 2003

Fett hervorgehoben sind Länder, in denen Landtagswahlen stattgefunden haben.

– Beträge in Tsd. € –

Länder	SPD		CDU/CSU		GRÜ		FDP		PDS	
	Überschuss bzw. Defizit	Rein- vermögen								
Schleswig-Holstein	209	- 728	126	246	- 76	147	111	180	- 7	17
Mecklenburg-Vorpommern	215	635	172	131	1	36	51	- 201	77	561
Hamburg	- 146	3.703	94	315	39	40	28	- 21	- 14	6
Bremen	- 134	- 63	- 280	1.644	- 48	220	- 13	74	4	22
Niedersachsen	- 2.174	- 2.076	- 751	388	- 26	1.131	- 61	314	25	67
Sachsen-Anhalt	195	1.792	221	569	- 13	69	117	- 210	96	335
Brandenburg	291	2.399	- 10	- 59	- 64	- 13	2	- 117	37	1.162
Berlin	392	1.748	320	- 849	57	485	171	87	290	720
Nordrhein-Westfalen	- 544	- 2.699	- 535	4.382	73	2.425	- 397	- 1.392	2	46
Hessen	- 212	- 418	10	1.075	50	743	194	660	6	3
Thüringen	103	337	322	320	- 11	62	9	- 28	- 44	86
Sachsen	69	521	49	832	- 124	74	53	50	- 81	695
Saarländ	83	- 589	22	864	- 11	87	98	- 37	4	13
Rheinland-Pfalz	- 58	- 237	588	627	67	332	156	355	6	37
Baden-Württemberg	- 63	- 1.272	360	1.410	199	1.499	254	328	- 5	17
Bayern	- 1.979	- 647	siehe Bund	siehe Bund	- 630	325	44	- 17	20	78
Gesamt	- 3.753	2.407	707	11.894	- 517	7.660	815	25	415	3.865

Tabelle 12:
Überschüsse bzw. Defizite und Reinvermögen der
nachgeordneten Gebietsverbände (Orts- und Kreisverbände) in 2003

Fett hervorgehoben sind Länder, in denen Landtagswahlen stattgefunden haben.

– Beträge in Tsd. € –

Länder	SPD		CDU/CSU		GRÜ		FDP		PDS	
	Überschuss bzw. Defizit	Rein- vermögen								
Schleswig-Holstein	- 833	1.923	- 426	2.284	9	308	- 157	361	0	0
Mecklenburg-Vorpommern	101	442	66	145	21	60	19	105	- 5	324
Hamburg	193	927	83	443	25	234	6	32	0	0
Bremen	- 100	210	- 32	242	- 12	49	- 3	13	0	0
Niedersachsen	803	6.792	313	4.996	107	1.220	101	709	0	0
Sachsen-Anhalt	99	686	153	648	13	101	41	157	- 8	178
Brandenburg	- 335	617	- 89	314	- 24	76	- 33	106	- 54	727
Berlin	164	1.578	190	954	79	313	94	181	75	764
Nordrhein-Westfalen	2.908	21.840	3.411	27.170	819	4.488	835	3.514	15	77
Hessen	553	7.356	179	7.419	69	1.080	154	1.099	24	48
Thüringen	146	682	129	424	17	76	- 2	106	50	352
Sachsen	124	753	147	990	52	208	28	241	232	1.761
Saarland	213	1.825	332	2.715	8	124	28	135	0	0
Rheinland-Pfalz	826	5.309	462	6.390	103	408	168	533	1	1
Baden-Württemberg	1.150	6.528	1.295	12.477	329	1.411	359	1.331	0	0
Bayern	679	8.425	2.003	20.804	344	1.469	- 17	490	0	0
Gesamt	6.690	65.893	8.219	88.415	1.960	11.625	1.621	9.112	332	4.231

Bericht des Generalsekretärs

Zwei Jahre sind seit dem Bochumer Parteitag von 2003 vergangen. Zwei Jahre voller wichtiger Entscheidungen. Für die SPD, aber vor allem für unser Land. Der Wechsel im Amt des Parteivorsitzenden im März 2004, die vorgezogenen Bundestagswahlen am 18. September 2005 und die Ankündigung von Franz Müntefering, auf diesem Parteitag nicht erneut für das Amt des Parteivorsitzenden zu kandidieren. Dazwischen lagen viele Wahlkämpfe – in den Kommunen, den Ländern und für Europa.

Nach sieben Jahren Regierungsverantwortung mit Gerhard Schröder als Bundeskanzler an der Spitze beginnt nun eine neue Phase in der Geschichte unserer Partei. Die SPD tritt in die Große Koalition als gleichberechtigter Partner auf Augenhöhe ein. Wir wollen das Land weiter gestalten. Die SPD wird gebraucht in Deutschland.

Bundestagswahlkampf 2005

Der furiose Bundestagswahlkampf mit dem bekannten Ergebnis war sicher das herausragende Ereignis der zwei Jahre seit dem Bochumer Parteitag. Aus einer fast hoffnungslosen Situation bei den Umfragen im Mai 2005 haben wir innerhalb von 119 Tagen die SPD zur stärksten Partei gemacht, ganze 0,9 Prozentpunkte trennten uns am Ende von CDU und CSU. Das gute Ergebnis war nur möglich dank des engagierten Wahlkampfes der ganzen Partei. Vom Spitzenkandidaten über den Parteivorsitzenden, die Parteispitze, die Kandidatinnen und Kandidaten für den Bundestag bis hin zu den unzähligen Aktiven in den 299 Wahlkreisen. Wir haben um jede Stimme gekämpft. Mit Erfolg: in 12 von 16 Ländern hatte die SPD am 18. September schließlich die Nase vorn.

Unsere Parteizentrale, das Willy-Brandt-Haus, hat den Wahlkampf professionell und mit großem Einsatz unterstützt. Die Kampa im WBH und die beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben hervorragende Arbeit geleistet. Die Kampa im WBH hat gezeigt, dass unser Anspruch, Parteizentrale inmitten der SPD zu sein, gut funktioniert. Nicht von oben herab, sondern in enger Verzahnung von dezentralen und zentralen Wahlkampfveranstaltungen haben wir Schritt für Schritt Stärke zurück gewonnen und die Menschen von unserer Politik überzeugt. Der Wahlkampf ist an anderer Stelle ausgiebig dokumentiert, so dass ich es hier bei diesen wenigen Bemerkungen belassen kann.

Das Willy-Brandt-Haus in der Mitte der Partei

Ich habe sie schon erwähnt, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Willy-Brandt-Hauses. Gemeinsam mit den Hauptamtlichen in den Unterbezirken, Bezirken und

Landesverbänden stellen sie sicher, dass die ehrenamtlichen Mitglieder die nötige Unterstützung für die politische Arbeit erhalten. Aber ihre Tätigkeit geht weit darüber hinaus. Ich habe während meiner Amtszeit nicht nur die Loyalität und Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Willy-Brandt-Hauses und der ganzen Partei schätzen gelernt, sondern in ihren Reihen sehr viele getroffen, die unermüdlich für den Erfolg der Partei arbeiten – ohne auf die Stechuhr und den Stundenzettel zu schauen – und mit ihren Ideen und Gedanken die Politik der SPD prägen. Dafür möchte ich mich auch an dieser Stelle – und ich denke im Namen der ganzen Partei – herzlich bedanken. Wir können stolz sein auf unsere Parteizentrale.

Das Willy-Brandt-Haus in der Mitte der Partei. Mit diesem Slogan haben der Bundesgeschäftsführer Kajo Wasserhövel und ich unsere Vorstellung von einer aktiven, den Mitgliedern verpflichteten Parteizentrale überschrieben. Die Arbeit der vergangenen zwei Jahre hat gezeigt, dass dieser Anspruch Wirklichkeit ist – und die Handlungsfähigkeit der Partei erhöht.

Organisation ist Politik: Unterstützung der Wahlkämpfe

Die Wahlkämpfe in den Kommunen in Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Nordrhein-Westfalen im Jahre 2004, die Landtagswahlen 2004 und 2005 in Thüringen, Brandenburg, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen sowie die Europawahl am 13. Juni 2004 und schließlich die Bundestagswahl am 18. September 2005 haben die Partei und die Parteizentrale bis an die Grenze der Belastbarkeit (und manchmal darüber hinaus) gefordert.

Das Willy-Brandt-Haus hat diese Wahlkämpfe intensiv begleitet und unterstützt. Oft direkt vor Ort, mit Hilfen bei der Produktion und Beratung bei der Wahlkampf-führung, aber auch aus der Parteizentrale heraus. Der neu eingerichtete Arbeitsstab Wahlkämpfe beim Bundesgeschäftsführer hat dabei eine wichtige Rolle gespielt.

Junge Teams, 60Plus-Teams und viele prominente Unterstützerinnen und Unterstützer aus Wissenschaft, Kunst und Kultur haben aktiv in die Wahlkämpfe eingegriffen, jeweils organisiert oder unterstützt vom Willy-Brandt-Haus.

Organisation ist Politik: Veranstaltungsmanagement

Insbesondere eine Abteilung des Parteivorstandes hatte in den vergangenen Jahren außergewöhnliches zu leisten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Veranstaltungsmanagements haben nicht nur die ordentlichen, sondern auch die außerordentlichen Bundesparteitage mit unermüdlichem Einsatz und hoher Professionalität sowie einer gelungenen Mischung aus Innovationen und gut Bewährtem gemeistert,

sondern daneben für Programmforen, Diskussionsveranstaltungen und Hearings und Kundgebungen während der vielen Wahlkämpfe der letzten beiden Jahre Technik, Bühne und Programm organisiert. Insbesondere die drei Parteitage der letzten beiden Jahre – der außerordentliche Parteitag mit dem Wechsel im Parteivorsitz und im Amt des Generalsekretärs am 21. März 2004 in Berlin, der außerordentliche Parteitag zur Bundestagswahl am 31. August 2005 ebenfalls in Berlin und schließlich der aktuelle ordentliche Bundesparteitag in Karlsruhe vom 14. bis 16. November 2005 – haben Zeugnis von der Leistungsfähigkeit unserer Parteizentrale abgelegt.

Bildung: wichtig für Haupt- und Ehrenamtliche

Kompetenz, Wissen und Weiterbildung der Ehrenamtlichen wie der Hauptamtlichen sind Grundpfeiler der Arbeit der SPD. Mit den erfolgreichen Kommunalakademien, Schulungsseminaren und der Parteischule sowie den Angeboten IPQ und QIP für die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird die SPD ihrem guten Ruf auch bei der Aus- und Weiterbildung gerecht.

Viele Mitglieder und Aktive haben von den Angeboten des Willy-Brandt-Hauses und der Parteischule profitieren können. Besonders hervorzuheben ist die begonnene Ausbildungsreihe für neue Ortsvereinsvorsitzende. An drei Wochenenden werden die Themen Zielorientierung und rechtliche Grundlagen des politischen Managements, Projektmanagement und Präsentation, Zeitmanagement, Kommunikation und Versammlungen behandelt.

Im Bundestagswahlkampf haben wir insbesondere für die neuen Kandidatinnen und Kandidaten Schulungen angeboten, die intensiv genutzt wurden.

Tu Gutes und rede darüber: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Mit unzähligen Pressemitteilungen, Einladungen und Hintergrundgesprächen prägt die Pressestelle des SPD-Parteivorstandes das Bild, das sich in der Mediengesellschaft über unsere Partei vermittelt. Die Koordination der unzähligen Interviewanfragen aus Print- und elektronischen Medien ist ebenso Aufgabe der Pressestelle wie die intensive Betreuung der Journalistinnen und Journalisten und die Begleitung der Parteispitze bei den Presseterminen. Die Pressekonferenzen nach den Gremiensitzungen der Partei an jedem Montag bieten die Möglichkeit, Öffentlichkeit und Medien über die Diskussionen der SPD zu informieren.

Zur direkten Information der Mitglieder wie der Öffentlichkeit gibt das Willy-Brandt-Haus vielfältige Materialien heraus. Im letzten Jahr haben wir mit neuen Produkten die Palette der Informationsangebote beständig erweitert. Die neue Reihe „Fakten und Argumente“ bietet komprimierte Hintergrundinformationen zu aktuel-

len Themen und Projekten der Partei. Das Flugblatt der Woche – während der Wahlkampfzeiten Flugblatt des Tages – ist ein Angebot an die Ortsvereine, für die Infostände und Veranstaltungen hochaktuelle Informationen zu erhalten, die zeitnah vor Ort verteilt werden können. Alle Materialien sind immer auch im Internet abrufbar – diesen Service nutzen immer mehr Ortsvereine und Mitglieder. Ergänzt werden diese Themenmaterialien durch den monatlich erscheinenden vorwärts, das ebenfalls monatlich erscheinende „intern“ für die Mitglieder mit einer Funktion in der Partei, den Artikel-Dienst für die Parteizeitungen und den Kompakt-Verteiler per Email an alle Abonnenten.

Die Internetpartei Deutschlands: SPD

Die SPD war der Konkurrenz schon immer einen Schritt voraus. Auch in den letzten beiden Jahren haben wir im Internet und mit unseren Online-Auftritten Zeichen gesetzt. Die im Zusammenhang mit dem Bundestagswahlkampf neu gestalteten Seiten unserer Internet-Präsenz www.spd.de bieten schnelle und übersichtliche Informationen zur Arbeit der Partei und zu aktuellen Themen. Das Mitgliedernetz spd-online.de gibt die Möglichkeit für alle Mitglieder mit Internet-Zugang, exklusive Informationen über unsere Politik zu erhalten. Viele Verbesserungen (Online-Beitritt, Email-Rundsendungen für Ortsvereinsvorsitzende, Möglichkeit der Änderung der eigenen Mitgliederdaten online) haben das Angebot in den letzten beiden Jahren noch attraktiver gemacht. Das neue geschaffene Intranet hat im Wahlkampf den Hauptamtlichen die Arbeit weiter erleichtert.

Neu aufgebaute Emailverteiler haben nicht nur zu Wahlkampfzeiten die direkte und schnelle Kommunikation mit den Mitgliedern erheblich verbessert. Der elektronische „Kompakt-Verteiler“ bringt Woche für Woche die wichtigsten Informationen über die Arbeit der SPD direkt auf den Computer der Aktiven.

Aber natürlich ist die SPD auch für Menschen ohne Computer weiter erreichbar. Der Bürgerservice beantwortet täglich die vielen Briefe und Anrufe – von Mitgliedern ebenso wie von Bürgerinnen und Bürgern. Denn unserer Partei lebt von der Kommunikation mit den Menschen.

Zu Gast im Willy-Brandt-Haus: Besuchergruppen

Das Willy-Brandt-Haus ist inzwischen fester Programmpunkt vieler Berlinreisender. Nicht nur die Besuchergruppen der Bundestagsabgeordneten nutzen die Gelegenheit, sich vor Ort über die Arbeit der Parteizentrale zu informieren. Auch einzelne Mitglieder schauen bei einem Berlinbesuch gerne in der Wilhelmstraße vorbei – und sind immer wieder begeistert von der offenen Bauweise und Atmosphäre des Hauses. Über 25.000 Besucherinnen und Besucher konnten wir in diesem Jahr im Willy-

Brandt-Haus zählen. Das ist eine stolze Zahl. Wir wollen sie weiter steigern – und den Besuch noch attraktiver machen. Dazu ist in diesem Jahr das Besuchergruppenkonzept gründlich überarbeitet worden. Die Interessen der Besuchergruppe und Referentin oder Referent des Parteivorstandes können so möglichst gut aufeinander abgestimmt werden. Intensive Kontakte mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundestagsabgeordneten gewährleisten eine optimale Vorbereitung des Besuchs. Die Ausgabe von Fragebögen im Anschluss an den Besuch bietet die Möglichkeit zur direkten Rückkopplung – oftmals der erste Schritt zur Mitgliedschaft oder aktiveren Mitarbeit in der SPD.

Aktive Mitgliederpartei

Die SPD ist Mitgliederpartei. Sie soll aber vor allem aktive Mitgliederpartei sein. Die vielen Mitglieder der SPD sollen sich aktiv in die Arbeit der Partei einbringen können. Je nach Zeitbudget und Interesse.

Um die Voraussetzungen für eine moderne Mitgliederpartei zu schaffen, hat die vom ordentlichen Bundesparteitag in Bochum 2003 eingesetzte Arbeitsgruppe unter der Leitung des stellvertretenden Parteivorsitzenden Kurt Beck viele Vorschläge entwickelt, die nun hier in Karlsruhe beschlossen werden sollen. Dazu gehört auch eine Reform des Satzungsrechts der SPD – damit dieses schlanker, übersichtlicher und handhabbarer wird.

Konsolidierung nach schwerer Zeit: Mitgliederentwicklung

Die letzten Jahre waren für alle politischen Großorganisationen schwierige Jahre. Das gilt auch für die SPD. Insbesondere in der Zeit nach der gewonnenen Bundestagswahl im September 2002 und den folgenden Monaten bis zum Frühjahr 2004 haben wir viele Mitglieder verloren. Inzwischen hat sich diese negative Entwicklung abgeschwächt und wir konnten in einzelnen Monaten des Jahres 2005 erstmals wieder eine positive Entwicklung der Mitgliederzahlen erreichen. Die Zeit der großen Mitgliederverluste ist vorbei. Aber das Hauptproblem unserer Partei bleibt nach wie vor bestehen: die demographische Entwicklung der Gesellschaft geht auch an der SPD nicht spurlos vorbei. Wir brauchen mehr jüngere Mitstreiterinnen und Mitstreiter, um die Verluste bei den älteren Mitgliedern auszugleichen.

In unserer Mitte ist noch Platz: Mitgliederwerbung

Die Mitglieder sind uns wichtig. Die Ausrichtung des Willy-Brandt-Hauses „in der Mitte der Partei“ auf die Mitglieder und deren Bedürfnisse legt davon beredtes Zeugnis ab. Neben Angeboten für die schon vorhandenen Mitglieder steht die Gewinnung neuer Mitglieder im Zentrum der Arbeit. Mehr Mitglieder bedeuten für uns eine

größere Verankerung in der Bevölkerung, die Sicherung der Basisarbeit und damit Verstärkung der Kampagnenfähigkeit, aber auch eine größere Personalauswahl für Ämter und Mandate und den Erhalt eines soliden finanziellen Fundaments.

Unsere Mitgliederwerbekampagne „In unserer Mitte ist noch Platz“ hat viele Genossinnen und Genossen motiviert, sich noch stärker um neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter zu bemühen. Die Kampagne verlief sehr erfolgreich. Die SPD hat den historischen Tiefstand an Eintritten von 2003 überwunden. Im gesamten Zeitraum der Kampagne konnten wir 19.837 Neumitglieder begrüßen, alleine während des Wahlkampfes entschieden sich rund 10.000 Menschen dafür, die Sozialdemokratie zu stärken und im Wahlkampf zu unterstützen. Die Hälfte der Neuen vollzieht den Eintritt online. Der Anteil der Neumitglieder im Juso-Alter ist sehr hoch: In der Wahlkampfphase lag er bei 82 %.

An der Werbung der neuen Mitglieder beteiligte sich rund die Hälfte der 12.000 Ortsvereine. Und über 5.000 einzelne namentlich erfasste Mitglieder haben über 6.000 Mitglieder geworben. Neben den umfangreichen Materialien zur Kampagne organisierte das Willy-Brandt-Haus für alle Landesverbände und Bezirke vier Workshops, in denen Mitgliederwerbung geplant und Methoden erörtert wurden.

Der Wilhelm-Dröschler-Preis

Die Verleihung des Wilhelm-Dröschler-Preis für hervorragende Beispiele erfolgreicher Parteiarbeit ist von keinem Parteitag der SPD mehr wegzudenken. Das ist gut so. Ich habe während meiner Amtszeit viele Preisträger des Wilhelm-Dröschler-Preises in ganz Deutschland besucht und mich über die Projekte informiert. Die Vielfalt und der Ideenreichtum unserer Genossinnen und Genossen haben mich jedes Mal wieder positiv überrascht und begeistert. Wer zum Beispiel gesehen hat, wie Mitglieder der SPD in einem kleinen Ort in Rheinland-Pfalz einen Bustransfer anbieten, – mit ehrenamtlichen Fahrerinnen und Fahrern und einem ausgetüftelten Fahrplan – der versteht, warum die Partei dort nicht nur neue Mitglieder, sondern auch Wahlen gewinnt. Ich bin froh, dass die Arbeitsgruppe „aktive Mitgliederpartei“ die Bedeutung des Dröschler-Preises erkannt und ihn als wichtiges Instrument der Förderung unserer Parteiarbeit benannt hat.

Neue Zielgruppenansprache und Unterstützerguppen

Eine moderne Mitgliederpartei wie die SPD muss sich für die vielfältigen Interessen und die unterschiedlichen Bedürfnisse nach politischem Engagement öffnen. Wir haben dazu in unserem Perspektivantrag erste Überlegungen vorgelegt. Die SPD als Volkspartei muss die Anliegen und Sorgen aus allen Teilen der Bevölkerung in Politik übersetzen. Sie muss also gesellschaftlich breit verankert sein und wird dafür eine

neue Dialogfähigkeit entwickeln müssen. Der Prozess zur Erstellung des neuen Grundsatzprogramms kann dabei eine wichtige Rolle spielen.

Nicht nur in Zeiten der Wahlkämpfe konnte die SPD auf ein eng geknüpft Netz von Unterstützerinnen und Unterstützern aus allen Bereichen der Gesellschaft zurückgreifen. Das Kulturforum der Sozialdemokratie, das Wissenschaftsforum sowie die von der Parteizentrale aufgebauten Kontakte in die Kulturszene zeigen, dass die SPD attraktiv ist für viele Menschen. Mit Veranstaltungen wie Filmnächten und Empfängen haben wir in den letzten beiden Jahren unseren Anspruch unterstrichen, als Partei wichtiger Ansprechpartner für die Kulturszene zu sein.

Ideen für die Zukunft: Programmpartei SPD

Die Jahre 2004 und 2005 wurden intensiv genutzt, in einer Reihe wichtiger inhaltlicher Fragen den Ideenfundus der SPD weiter zu verbreitern, die SPD inhaltlich im Wettbewerb mit der politischen Konkurrenz noch klarer zu profilieren und die Organisationskraft der Mitgliederpartei SPD zu erhöhen.

Innovationsdebatte

Hierzu gehörte die mit den auf der Klausurtagung des Präsidiums und Parteivorstandes im Jahre 2004 beschlossenen Weimarer Leitlinien zur Innovationsdebatte. Umgesetzt wurden diese von der Abteilung II des Willy-Brandt-Hauses, der Abteilung Politik/Koordination/Zielgruppen. Ziel der Diskussion war es, eine deutliche Vorstellung der wichtigsten Innovationsthemen und Handlungsfelder sowie der entsprechenden kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen zu entwickeln.

Themen der fünf im Rahmen der Debatte durchgeführten Kongresse waren:

- Bildung, 10. Juli 2004, Saarbrücken
- Mobilität, 14.7.2004, Düsseldorf
- Arbeit und Wohlstand, 30. August 2004, Potsdam
- Familie und Kinder, 14. September 2004, Stuttgart
- Märkte der Zukunft, 19. November 2004, Lübeck

Grundsatzprogramm der SPD

An unserem neuen Grundsatzprogramm wurde intensiv weiter gearbeitet. In 13 Arbeitsgruppen wurden unter Federführung von Franz Müntefering Impulspapiere erarbeitet. Diese wurden in vier Programmforen zusammengeführt und öffentlich mit externen Expertinnen und Experten erörtert. Die Themen: „Wohlstand – heute und morgen“; „Deutschlands Rolle in Europa und der Welt“; „Demokratie. Teilhabe, Zukunftschancen, Gerechtigkeit“; „Im Mittelpunkt: Der Mensch.“ Der SPD-Partei-

vorstand hat anlässlich der Bundestagswahlen 2005 entschieden, die Diskussion bis zum Ende der Wahl auszusetzen, da der Prozess der Programmdiskussion mindestens ebenso wichtig ist, wie am Ende die Abstimmung über den Text. Qualität, Intensität und Öffnung der Diskussion gehen vor Eile. Dem Parteitag liegt nun ein Vorschlag zur Fortsetzung der Diskussion vor.

Kommissionen, Foren und Arbeitsgruppen

Darüber hinaus haben die folgenden Arbeitsschwerpunkte einen wesentlichen Teil der Aktivitäten ausgemacht.

- Bildung: Gesprächskreis Bildung, Anhörung „Wegmarken für eine neue Bildungspolitik“, 18. Juni 2005, Leitantrag Bildung zum Parteitag
- Gesprächskreis Steuern und Finanzen
- Gesprächskreis Herausforderungen und Chancen einer Gesellschaft längeren Lebens
- Bürgerversicherung: Beschluss der Eckpunkte für eine solidarische Bürgerversicherung, zahlreiche Dialogveranstaltungen
- Projekt Lebensqualität in Städten und Gemeinden als Querschnittsthema
- Arbeitsgruppe Soziale Ordnung
- Dialog mit den Gewerkschaften: Gesprächsrunde des Gewerkschaftsrates zur Einkommensentwicklung im unteren Bereich und Sitzungen des Gewerkschaftsrates zu Themen wie moderne Industriepolitik und zukünftige Ausgestaltung des Europäischen Sozialmodells.
- Gesprächskreis Integration
- Wirtschaft: 8. Internationale Wirtschaftstagung 2004 „Europa 2010: Wachstumsmotor für die Weltwirtschaft?“ Symposium anlässlich des 85. Geburtstags von Helmut Schmidt und Projektgruppe Moderne Industriepolitik sowie Gesprächskreis Arbeitsdirektoren.
- Gesprächskreis Weg vom Öl
- Projektgruppe „GegenRechts“
- Forum Eine Welt: Gründung weiterer regionaler Foren in vielen Landesverbänden.

Die Arbeit der Gruppen wurde mit dem Bundestagswahlkampf unterbrochen. Die von allen Gruppen erreichten Diskussionsstände waren jedoch eine wichtige Grundlage für die Erbearbeitung des Wahlmanifestes und die Mobilisierung der Mitglieder in diesem Wahlkampf. Mit den „Flugblättern der Woche“ bzw. – im Wahlkampf – „des Tages“ zu den zentralen Politikfeldern konnte die Arbeit unserer Akteure vor Ort kontinuierlich unterstützt werden.

Parallel zu dieser Arbeit hat das Willy-Brandt-Haus die Landtagswahlkämpfe durch Argumentationshilfen und Veranstaltungen begleitet. Im Bundestagswahlkampf, der die Kräfte aller Abteilung der Parteizentrale wesentlich gebunden hat, ging für die

Abteilung II schwerpunktmäßig um die Erarbeitung der Regierungsbilanz und Argumentationshilfen, Zuarbeit zum Wahlkampfmanifest und die inhaltliche Begleitung der Kampagne.

Darüber hinaus haben sich die Kommissionen, Foren und Arbeitsgemeinschaften an Diskussion zur Parteireform und zur inhaltlichen Weiterentwicklung der SPD intensiv beteiligt, so z. B. mit dem Wirtschaftsempfang der AGS, dem Philosophiekongress, der Fachtagung mit dem Titel „Zur Zukunft ländlicher Regionen und unserer Kulturlandschaft“ und vielem mehr.

Gute Tradition und Zukunftsaufgabe: die Internationale Arbeit der SPD

Die SPD ist internationale Partei und die Europapartei in Deutschland. Im Berichtszeitraum waren vor allem die Stärkung der Friedenspolitik der SPD, des effektiven Multilateralismus und der Konfliktprävention, die Reform der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen und der Umbau der Bundeswehr thematischer Schwerpunkt (hier vor allem: Gesprächskreis Wehrverfassung).

Europa und SPE

Die wesentlichen Aspekte des europäischen Einigungs- und Erweiterungsprozesses hat die SPD aktiv begleitet. Die vergangenen beiden Jahre waren bei der Sozialdemokratischen Partei Europas, SPE, durch eine grundlegende Veränderung der Struktur gekennzeichnet. Durch die Einführung einer eigenen Rechtsgrundlage für Parteien (Europäisches Parteienstatut) auf EU-Ebene, musste ein neuer Parteiapparat aufgebaut, die Satzung verändert und das Verhältnis der SPE zu den EU-Institutionen wie auch den Mitgliedsparteien neu definiert werden. Die SPD hat sich aktiv in diesen Prozess eingebracht.

Die Europapolitik ist auch in den Sitzungen der Parteigremien stärker verankert worden. Die regelmäßige Teilnahme der deutschen Europapolitiker an den Sitzungen des Präsidiums und die institutionalisierten Berichte zur Europapolitik bei den Sitzungen des Parteirats unterstreichen die wachsende Bedeutung dieses Politikfeldes für die SPD.

Bilaterale Zusammenarbeit

Im Bereich der umfangreichen bilateralen Zusammenarbeit sind beispielhaft zu nennen: die Kontakte mit unserer französischen Schwesterpartei, mit den Parteien der neuen EU-Staaten, in die USA und nach Großbritannien. Hier wurden, über die normalen bilateralen Treffen hinaus, vor allem die Wahlkämpfe in beiden Ländern sorgfältig beobachtet und ausgewertet. Zweimal reiste eine SPD Delegation in die

USA – die Vorbereitungen zu den britischen Wahlen wurden noch intensiver begleitet.

Der Austausch mit der Kommunistischen Partei Chinas war rege und fand auf hochrangiger Ebene statt. Vor allem im Rahmen des Menschenrechts- und Sicherheitsdialoges wurden intensive Gespräche geführt. Der Austausch von jungen Führungskräften beider Parteien wurde erfolgreich begonnen. Auch im Bereich Parteiorganisation und innerparteiliche Demokratie gab es einen fruchtbaren Austausch.

Die Beziehungen mit dem südafrikanischen ANC bilden den Schwerpunkt der bilateralen Parteienkooperation in Afrika. 2004 hatten SPD und ANC vereinbart, die zahlreichen Kontakte zusammenzufassen und in einem bilateralen Dialog zu institutionalisieren.

Hinzu kamen wieder aufgenommene und intensivierete Kontakte mit den Schwesterparteien in Lateinamerika. Hochrangige Besuche aus Brasilien, Uruguay und Chile illustrieren die herausragende Bedeutung der SPD für die Parteien der Region.

Die Tsunami-Katastrophe im südlichen Asien hat auch in der SPD eine Welle der Hilfsbereitschaft ausgelöst. Die Parteizentrale konnte zahlreichen Gliederungen mit Kontakten und Projektvorschlägen für die betroffene Region behilflich sein.

Die Sozialistische Internationale

Die Arbeit der Sozialistischen Internationale war von vier Hauptthemen geprägt. Diese waren der Krieg im Irak, der Nahost-Konflikt, die Entwicklungspolitik und die Weiterentwicklung der Organisation. Die SPD ist mit Heidemarie Wiczorek-Zeul und Christoph Zöpel im Exekutiv-Komitee der SI gut vertreten und spielt weiterhin eine aktive Rolle in der Arbeit der Internationale. Bei allen Kongresse und Ratsitzungen sowie bei den wichtigsten Arbeitsgruppen der SI waren hochrangige Delegationen der SPD vertreten.

Europawahl 2004

Die SPD hat frühzeitig mit der Planung der Kampagne für die Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2004 begonnen und die Parteigliederungen von Beginn an intensiv in deren Ausgestaltung und Umsetzung eingebunden. Um frühzeitig zugleich auch die Mobilisierung der gesamten Partei sicherzustellen, fand die Europawahl-Startkonferenz in Bochum bereits im November 2003 statt und bildete den politischen und organisatorischen Ausgangspunkt der breit angelegten Kampagne. Leider war das Ergebnis dieser Wahl trotz aller Anstrengungen am Ende nicht befriedigend.

Bundestagswahl 2005

Auch bei der Bundestagswahl 2005 hat sich gezeigt, wie gut die SPD international vernetzt ist. So konnten wir uns nicht nur Rat bei verschiedenen Schwesterparteien in Bezug auf Wahlkampfstrategien holen, sondern hochrangige Vertreter unserer Schwesterparteien haben uns aktiv im Wahlkampf unterstützt (z. B. der spanische Vorsitzende Zapatero bei einem Wahlkampfauftritt; eine Testimonialkampagne von europäischen Vorsitzenden für Gerhard Schröder wurde geschaltet).

Bericht der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen/Betriebsorganisation Afa in den Landesverbänden und Bezirken der SPD

1. Bericht über den Stand der Afa- und Betriebsorganisation

Nach dem Beschluss des Bundesparteitag München 1982 – „Richtlinien für die politische Betriebsarbeit der SPD“ – ist der Parteivorstand verpflichtet, auf jedem Ordentlichen Bundesparteitag einen Bericht über den Stand der Beteiligung betriebstätiger Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen an der Parteiarbeit vorzulegen.

Ferner ergibt sich aus den vom Bundesparteitag 1991 in Bremen verabschiedeten Thesen „Organisatorische Erneuerung und Modernisierung der SPD“ die Verpflichtung für den Parteivorstand sowie für die Bezirke und Unterbezirke, auf allen ordentlichen Parteitag Rechenschaft abzulegen über die Anzahl der Betriebsgruppen und Betriebsvertrauensleute und über die Durchführung der Bestimmungen zur Betriebsorganisation im Organisationsstatut der Partei (§ 9a). Der letzte Bericht über den Stand der Betriebsorganisation wurde dem Bundesparteitag 2003 in Bochum vorgelegt. Dem nächsten Ordentlichen Bundesparteitag 2005 in Karlsruhe ist ein weiterer Bericht vorzulegen. Zu diesem Zweck wurde eine Umfrage bei allen Landesverbänden und Bezirken vorgenommen.

2. Ergebnisse der Umfrage

a) Gegenstand der Umfrage

Die Umfrage erstreckte sich auf folgende Fragen:

- Anzahl der SPD-Unterbezirke/Kreisverbände
- Anzahl der Arbeitsgemeinschaften für Arbeitnehmerfragen auf der Ebene der Unterbezirke/Kreisverbände
- Anzahl der Betriebsgruppen innerhalb des Landesverbandes/Bezirk
- Anzahl der Betriebsvertrauensleute innerhalb des Landesverbandes/Bezirk
- Stand der Durchführung des § 9a Organisationsstatut in den Unterbezirken

b) Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in den Unterbezirken

Aus den Antworten der Landesverbände/Bezirke ergibt sich, dass 261 von ca. 400 Unterbezirken/Kreisverbänden Arbeitsgemeinschaften für Arbeitnehmerfragen als zusammenfassende Organisation der SPD-Betriebsgruppen, der SPD-Betriebsvertrauensleute, der SPD-Mitglieder in Betriebs- und Personalräten, der SPD-Mitglie-

der in den örtlichen Gewerkschaftsvorständen und den SPD-Mitgliedern, die hauptamtlich in den Gewerkschaften tätig sind, bestehen. In einzelnen Landesverbänden ist die Differenz zwischen der Anzahl der Unterbezirke und der Arbeitsgemeinschaften für Arbeitnehmerfragen groß. Eine der wesentlichen organisatorischen Aufgaben besteht deshalb darin, die Organisationsstruktur der AfA so auszubauen, dass in sämtlichen Unterbezirken/Kreisverbänden Arbeitnehmerstrukturen als Bindeglied zwischen Partei/Gewerkschaften/Betrieb bestehen. Dies ist in erster Linie eine Aufgabe der Parteiorganisation vor Ort.

c) Betriebsgruppen

Die Landesverbände/Bezirke haben die Frage nach der Anzahl der bestehenden SPD-Betriebsgruppen dahingehend beantwortet, dass insgesamt 520 Betriebsgruppen bestehen. Hinzu kommen 126 Betriebsgruppen im Bereich Eisenbahn, die vom zentralen Betriebsgruppenausschuss Eisenbahn betreut und koordiniert werden. 2004 wurde im Bereich der Bauwirtschaft ein zentraler Betriebsgruppenausschuss neu gegründet.

Der AfA-Bundesvorstand hat sich mit der Frage der künftigen Organisation der Betriebsgruppenarbeit auf seiner Klausurtagung im Frühjahr 2005 beschäftigt. Im Ergebnis soll die branchenorientierte Gründung von zentralen Betriebsgruppenausschüssen als Kompetenznetzwerke stärker gefördert werden. Derzeit laufen Gespräche in diese Richtung für die Branchen Banken/Sparkassen, Post und die Automobilindustrie.

d) Betriebsvertrauensleute

Die Anzahl der Betriebsvertrauensleute wird von den Landesverbänden und Bezirken mit insgesamt 3.194 angegeben. Die weitaus größte Anzahl ist in der gewerblichen Wirtschaft tätig, während die zweitgrößte Gruppe auf den öffentlichen Dienst und öffentliche Dienstleistungsunternehmen entfällt. Unterrepräsentiert sind sie im privaten Dienstleistungssektor.

e) Teilnahme stimmberechtigter Delegierter der Betriebsorganisation an Unterbezirkskonferenzen nach § 9 a Organisationsstatut

Das Umfrageergebnis zeigt, dass von den 250 Unterbezirken/Kreisverbänden, in denen eine AfA besteht, insgesamt 128 ihre Satzung so geändert haben, dass an den Unterbezirkskonferenzen unter Berücksichtigung des § 9 Abs. 2 Parteiengesetz stimmberechtigte Delegierte der Betriebsgruppenkonferenz teilnehmen können. Das bedeutet, dass die Chancen zur verstärkten Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Prozess der politischen Willensbildung nur von weniger als der Hälfte der Unterbezirke, in denen eine AfA und Betriebsorganisation besteht, genutzt werden.

Umfrageergebnisse, gegliedert nach SPD-Landesverbänden und Bezirken						Stand: Oktober 2005
Landesverband/ Bezirk	Zahl der SPD- UB/KV	Zahl der AGs für Arbeitnehmerfragen in UB/KV	Gesamtzahl der Betriebsgruppen im LV/Bezirk	Gesamtzahl der Betriebsvertrauens- leute im LV/Bezirk	Anzahl der UB/KV, die § 9a Org.-Statut umgesetzt haben	
LV Schleswig-Holstein	15	8	3	850	1	
LO Hamburg	7	7	13	210	7	
LO Bremen	3	3	51	28	3	
Bez. Nord-Niedersachsen	6	1	—	—	—	
Bez. Weser-Ems	17	12	4	4	2	
Bez. Hannover	14	12	31	298	10	
Bez. Braunschweig	9	6	6	26	—	
LV Nordrhein-Westfalen	54	49	219	368	35	
Bez. Hessen-Nord	8	8	30	68	8	
Bez. Hessen-Süd	18	15	57	800	2	
LV Baden-Württemberg	43	25	16	300	25	
LV Bayern	97	40	10	30	10	
LV Rheinland-Pfalz	36	22	34	123	14	
LV Saar	7	5	25	17	—	
LV Berlin	12	10	14	50	10	
LV Mecklenburg-Vorpomm.	18	2	2	—	1	
LV Brandenburg	18	8	1	22	—	
LV Sachsen-Anhalt	24	2	—	—	—	
LV Thüringen	22	12	—	—	—	
LV Sachsen	10	5	3	—	—	
Gesamt	438	252	520	3.194	128	

Gleichstellungsbericht

Berichterstatlerin:

Elke Ferner, MdB

Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Inhaltsverzeichnis

Einleitung Elke Ferner, MdB

Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) 1

1. Die SPD auf Bundesebene	6
1.1 Mitgliederentwicklung	6
1.2 Parteivorstand, Präsidium, Parteirat	7
1.3 Weibliche Delegierte zu den Bundesparteitag 1984 bis 2003	8
1.4 Delegierte auf dem ordentlichen Bundesparteitag November 2003 nach Landesverbänden/Bezirken	9
1.5 Kommissionen und Beiräte des Parteivorstandes (Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent)	10
1.6 Bundesvorstände der Arbeitsgemeinschaften	11
1.7 Foren, Projektgruppen, Gesprächskreise und sonstige Gremien des Parteivorstandes (Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent)	12
2. Die SPD auf Landesverbands-, Bezirks-, Unterbezirks- und Ortsvereinsebene	14
2.1 Mitgliederentwicklung in den Landesverbänden und Bezirken 1999 bis 2004	14
2.2 Weibliche Mitglieder in den Landesverbänden und Bezirken Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent, Stand: 31. 12. 2004	16
2.3 Vorstände der Landesverbände und Bezirke Vorstände der Landesverbände, die <i>nicht</i> den Status von Bezirken haben	18
2.4 Vorsitzende und Vorstände der Unterbezirke/Kreisverbände	19
2.5 Vorsitzende und Vorstände der Ortsvereine	20
3. Parlamente / Fraktionen / Regierungen	21
3.1 Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) im Europäischen Parlament Anteil der weiblichen Abgeordneten unter den SPD-Abgeordneten des Europäischen Parlaments 1979 bis 2005	21
3.2 SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag	22
3.2.1 Weibliche Abgeordnete in der SPD-Fraktion seit 1949	22

3.2.2	Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion	23
3.2.3	Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion seit 1949	23
3.2.4	Zusammensetzung der Ausschüsse und Arbeitsgruppen	24
3.2.4.1	Frauenanteil unter den sozialdemokratischen Mitgliedern der Ausschüsse und Enquetekommissionen des Deutschen Bundestages	24
3.2.4.2	Ausschuss-Arbeitsgruppen der SPD-Bundestagsfraktion	25
3.3	Bundesregierung	26
3.4	SPD-Fraktionen der Länderparlamente	27
3.4.1	Weibliche Abgeordnete in den SPD-Landtagsfraktionen (Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent)	27
3.4.2	Funktionsverteilung in den SPD-Fraktionen der Länder Vorstände der SPD-Landtagsfraktionen	28
3.4.3	Frauenanteil unter den SPD-Arbeitskreis- und -Ausschussvorsitzenden	29
3.5	Landesregierungen	30
3.5.1	Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD beteiligt ist	30
3.5.2	Zum Vergleich: Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD nicht beteiligt ist	31
4.	Bericht der Bundes-SGK über die Repräsentanz der Frauen in kommunalen Vertretungen und kommunalen Spitzenpositionen	32
4.1	Frauenanteil bei Ratsmitgliedern in Gemeinden mit 10.000 und mehr Einwohnerinnen und Einwohnern	32
4.2.	Weibliche Vorsitzende der SPD-Stadt- und -Kreistagsfraktionen	33
4.3	Von sozialdemokratischen Frauen besetzte Führungspositionen im Vergleich zu allen von der SPD besetzten Führungspositionen auf kommunaler Ebene	33
4.4.	Frauen im Vorstand der Bundes-SGK und in den Vorständen der Landes-SGKs (Stand 18. 8. 2005)	34
5.	Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	35
5.1	SPD-Parteivorstand	35
5.2	Maßnahmen zur Förderung von Frauen beim Parteivorstand der SPD – Personalreferat –	36
5.3	SPD-Landesverbände, -Bezirke und -Unterbezirke, Regionalgeschäftsstellen und Kreisverbände	37
	Landesverbände, die nicht den Status von Bezirken haben	38

Einleitung

Elke Ferner, MdB

Bundvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Auf Initiative der ASF, der sich der Parteivorstand anschloss, hatte der Bochumer Parteitag der SPD im November 2003 die Satzung der SPD dahin gehend geändert, dass die Quotenregelung unbegrenzt gültig ist – die 1988 eingeführte zeitliche Begrenzung wurde gestrichen. Dies bedeutet Klarheit und Rechtssicherheit.

Im 17. Jahr nach dem Beschluss der Quote auf dem Münsteraner Parteitag 1988 gilt es, erneut Bericht zu erstatten darüber, wie sich die Gleichstellung innerhalb der Partei sowie in Ämtern, Funktionen und Mandaten in den letzten zwei Jahren entwickelt hat.

Mitgliederentwicklung

Im Berichtszeitraum überstieg der Frauenanteil in der Mitgliedschaft erstmals die 30-Prozent-Grenze, Ende 2004 lag der Anteil bei genau 30,19 Prozent. Dieser Prozess ging jedoch bedauerlicherweise mit rückläufigen Zahlen der SPD-Mitglieder – auch der weiblichen – einher. Festzustellen ist, dass die Frauenanteile in den einzelnen Landesverbänden und Bezirken durchaus unterschiedlich sind. Schleswig-Holstein, Hamburg, Berlin, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Saar, Mecklenburg-Vorpommern, Baden-Württemberg, Bayern liegen alle über der 30-Prozent-Marke. Die Spitzenreiter Schleswig-Holstein, Hamburg und Berlin liegen sogar bei über einem Drittel – wobei die großen Landesverbände wie Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern hier in absoluten Zahlen einen großen Beitrag leisten. Nicht zufriedenstellend ist der Frauenanteil in der Mitgliedschaft im Bezirk Hessen-Nord und im Landesverband Sachsen, die am Ende der Skala stehen und nur knapp ein Viertel oder sogar noch weniger Frauen in der Mitgliedschaft aufweisen.

Parteivorstand, Präsidium, Parteirat, Delegierte auf Parteitagen

Im Parteivorstand, dem höchsten vom Parteitag gewählten Organ, liegt der Frauenanteil seit 2001 kontinuierlich bei mehr als 42 Prozent – die Mindestabsicherung ist also erfüllt. Weitere Schritte in Richtung Parität wären wünschenswert, 1997 war dies schon einmal erreicht.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder im 13-köpfigen Präsidium schwankt seit Jahren zwischen sechs und sieben, damit sind gut die Hälfte der Positionen mit Frauen besetzt. Dem laut Satzung 110-köpfigen Parteirat gehören 50 Frauen an, damit gehören diesem Organ aus Vertreterinnen und Vertretern der Landesverbände und Bezirke knapp 49 Prozent Frauen an.

Auf den ordentlichen Bundesparteitagen liegt der Frauenanteil unter den Delegierten regelmäßig bei gut 45 Prozent. Beim Parteitag 2003 wurde die 40-Prozent-Marke von fast allen Delegationen erreicht – bis auf Nordrhein-Westfalen und Berlin. Offensichtlich gelingt es vor allem kleineren Landesverbänden, ihre Delegationen paritätisch oder sogar noch zu über 50 Prozent mit Frauen zu besetzen. Aber auch Bayern mit über 48 Prozent kommt nahezu an diese Marke heran.

Arbeitsgemeinschaften, Kommissionen, Projektgruppen usw.

Die Frauenbeteiligung in den Vorständen der Arbeitsgemeinschaften, in Foren, Kommissionen, Projektgruppen und Gesprächskreisen ist höchst unterschiedlich. Sie schwankt zwischen 100 Prozent (bei der ASF) und „Fehlanzeige“ gleich Null Prozent.

Die Arbeitsgemeinschaften erzielen in ihren Vorständen recht unterschiedliche Werte, sie reichen von 50 Prozent bei der Arbeitsgemeinschaft für Bildung, über 44,4 bei der AG 60 plus, knapp 43 Prozent bei der ASJ und 40 Prozent bei der Gesundheits-AG. Die AfA verfehlt die Quote im Vorstand knapp, Jusos und Selbständige liegen um einiges hinter den Vorgaben (ein Drittel bzw. rd. 31 Prozent).

Vorstände auf Landes-, Bezirks- und örtlicher Ebene

In den Landes- und Bezirksvorständen ist bis auf drei Ausnahmen (Nord-Niedersachsen, Hannover, Saar) die Mindestquote von 40-Prozent erreicht. Nur zwei Landesverbände werden von Frauen geführt, Baden-Württemberg durch Ute Vogt und Hessen durch Andrea Ypsilanti. In etwa jedem vierten Unterbezirk bzw. Kreisverband hat eine Frau den Vorsitz inne, doch auch hier liegt die Spannbreite zwischen Null (Hessen-Nord) und mehr als 44 Prozent (Braunschweig), in den Vorständen dieser Gliederungsebenen beträgt der Frauenanteil gut 36 Prozent. Etwa jedem fünften Ortsverein steht eine weibliche Vorsitzende vor (18,5 Prozent), in den Vorständen der Ortsvereine haben Frauen knapp der 30 Prozent der Ämter inne.

Wahlen Europaparlament, Bundestag, Landtage, Kommunalvertretungen

Im Berichtszeitraum fanden eine Reihe von Wahlen auf Landes-, Bundes- und Europaebene statt, angefangen mit den Landtagswahlen in Hamburg im Februar 2004, in Thüringen im Juni 2004 – diese nach der EU-Erweiterung zusammen mit den Europawahlen –, im Saarland, in Brandenburg und Sachsen im September 2004, in Schleswig-Holstein im Februar 2005, in Nordrhein-Westfalen im Mai 2005, schließlich die vorgezogene Bundestagswahl am 18. September 2005.

Bei den Europawahlen am 13. Juni 2004 erzielte die SPD nur noch 21,5 Prozent der Stimmen und verlor zehn Mandate. Unter den verbliebenen 23 Abgeordneten sind

nur noch neun Frauen (Frauenanteil 39,1 Prozent). Damit haben die „Europäer“ ihre Vorreiterrolle bezüglich der Frauenbeteiligung verloren – was bis dahin dank der gemeinsamen Bundesliste zur Europawahl gelungen war.

Bei der um etwa ein Jahr vorgezogenen Bundestagswahl am 18. September 2005 trat die SPD mit 104 Direktkandidatinnen in den 299 Wahlkreisen an. Das bedeutet einen Rückgang von 8 Bewerberinnen gegenüber der Bundestagswahl 2002. Damit lagen die Zahlen der SPD immer noch doppelt so hoch wie die der CDU und CSU, die zusammen mit 53 Kandidatinnen zur Wahl antrat.

Der am 18. September 2005 neu gewählten SPD-Bundestagsfraktion¹ gehören 80 Frauen und 142 Männer an. Bei einer Gesamtzahl von 222 SPD-Abgeordneten beträgt der Frauenanteil nunmehr 36,0 Prozent. Dies bedeutet im Vergleich zum Beginn der abgelaufenen Wahlperiode 2002 mit 37,8 Prozent einen Rückgang um 1,8 Prozentpunkte. Es sind 15 Frauen weniger bei einem Rückgang von 29 Mandaten insgesamt für die SPD. Vom Erreichen der 40-Prozent-Quote sind wir hierdurch wieder einige Schritte weiter entfernt. Beachtlich ist jedoch, dass sich die Spannweite in den einzelnen Landesgruppen bei Frauenanteilen von null bis 50 Prozent bewegt. Eine 50-50-Verteilung erreicht die große bayerische Gruppe ebenso wie die vierköpfige Landesgruppe aus dem Saarland. Bei der SPD Bayern ist dies der strikten echten Reißverschlussliste zu verdanken, die bis auf eine Ausnahme zum Zuge kam – nur ein Kandidat hat sein Mandat direkt gewonnen. Im Saarland dagegen wurden die Wahlkreise je zur Hälfte an Frauen und Männer vergeben – und alle vier direkt gewonnen.

Die 40-Prozent-Marke beim Frauenanteil erreicht oder deutlich überschritten haben Rheinland-Pfalz (45,5 Prozent), Baden-Württemberg (43,5 Prozent), Niedersachsen (40,7 Prozent) und Brandenburg (40,0 Prozent). Dabei ist erfreulich, dass hier auch große Landesverbände mit dabei sind. Wenn jedoch der Landesverband, der die größte Zahl an Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern in die 222-köpfige Fraktion entsendet, nämlich Nordrhein-Westfalen, bei einem Frauenanteil von exakt einem Drittel stehen bleibt, so kann dies von den anderen nur schwer ausgeglichen werden.

In den nördlichen Bundesländern, wo viele Wahlkreise direkt gewonnen wurden, hat sich negativ ausgewirkt, dass zum Teil keine oder viel zu wenige Direktkandidatinnen nominiert wurden. Hier mag im Einzelfall die Ursache darin gelegen haben, dass langjährige weibliche Abgeordnete auf eine Kandidatur verzichtet haben und sich jüngere männliche Bewerber durchsetzten. Da halfen dann auch quotierte Listen – teilweise mit Kandidatinnen ohne Wahlkreis – nicht. Bremen und Hamburg ohne Frauen sind beschämende Ergebnisse, auch Schleswig-Holstein (22,2 Prozent), Sachsen, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern mit je einem Viertel können nicht befriedigen.

¹ Nachwahl in Dresden I Wahlkreis 160 am 2. 10. 2005 ist nicht berücksichtigt

Neben vielen anderen war 2005 eine besonders bittere Erfahrung das Ausscheiden der ersten und einzigen Ministerpräsidentin in Deutschland. Heide Simonis war es nicht gelungen, nach dem schlechten Abschneiden bei der schleswig-holsteinischen Landtagswahl, die notwendigen Stimmen bei der Ministerpräsidentenwahl im Landtag zu erreichen. An ihrer Stelle wurde der CDU-Kandidat gewählt, die SPD trat in eine große Koalition ein. Der neue CDU-Ministerpräsident schaffte es, vier männliche CDU-Ressortchefs ins Kabinett zu berufen, die SPD stellt paritätisch zwei Männer und zwei Frauen, darunter die stellvertretende Ministerpräsidentin Ute Erdsiek-Rave. In der neuen verkleinerten SPD-Landtagsfraktion liegt der Frauenanteil mit 41,4 % immer noch über der angestrebten 40-Prozent-Marke und damit höher als nach der Wahl 2000.

Den Landtagswahlen am 22. Mai 2005 folgte ein Verlust der Regierungsmacht für SPD und Bündnis 90/Die Grünen, da die Koalition ihre Mehrheit verlor. Im Gegenzug erzielte die SPD einen Zuwachs um etwa 5 Prozentpunkte beim Frauenanteil auf fast 42 Prozent, dies bedeutet den bislang höchsten Frauenanteil in der Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, da viele Mandate über die Listen errungen wurden und weniger Mandate als in der Vergangenheit direkt gewonnen wurden. An der Spitze der SPD-Landtagsfraktion steht erstmals eine Frau.

Der neuen Landesregierung gehören nur noch 3 CDU-Frauen (keine Frau unter drei FDP-Ressortchefs) an, der Frauenanteil in der Landesregierung liegt bei 25 Prozent gegenüber 38,5 Prozent in der vorherigen SPD-geführten Landesregierung.

In den Landesregierungen, an denen die SPD beteiligt ist, liegen die Frauenanteile zwischen zwölf Prozent und einem Drittel. Die Parität ist hier in weitere Ferne gerückt. Es ist kein großer Trost, dass die Landesregierungen, an denen die SPD nicht beteiligt ist, noch schlechter dastehen. Hervorstechend ist allein der CDU-geführte Hamburger Senat mit einem Frauenanteil von 30 Prozent.

Gegenüber dem Bericht 2003 konnten Berlin (46,7 Prozent) und Bremen (45 Prozent) ihre Spitzenplätze beim Frauenanteil in den Landtagsfraktionen behaupten, Hamburg und Nordrhein-Westfalen kletterten um einige Positionen nach oben, Brandenburg stieg mit jetzt 42,4 Prozent vom vorletzten Platz auf Platz fünf. Immer noch unterschreiten aber fünf Landtagsfraktionen die 40-Prozent-Marke, zum Teil deutlich wie Baden-Württemberg mit 27,3 Prozent. Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg haben bei den Landtagswahlen Anfang 2006 die Möglichkeit aufzuholen.

In den Kommunalvertretungen ist ein durchschnittlicher Frauenanteil von gut 28 Prozent erreicht. Dieser Wert schwankt jedoch erheblich je nach Größe der Kommune: In Kommunen über 500.000 Einwohnerinnen und Einwohnern wird die 40-Prozent-Marke deutlich überschritten, in den Millionenstädten ist sie zwar leicht rück-

läufig, liegt aber immer noch über 46 Prozent. Eindeutig ist festzustellen: je kleiner die Kommune, desto geringer ist der Frauenanteil unter SPD-Ratsmitgliedern (bei den mit 10.000 bis 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern werden nur noch 25 Prozent erreicht). Beim Fraktionsvorsitz in Stadt- und Kreistagsfraktionen der SPD hat der Frauenanteil um fünf Prozentpunkte zugenommen und erreicht jetzt etwa 15 Prozent. Bei den kommunalen Spitzenpositionen wie Oberbürgermeisterinnen, Bürgermeisterinnen und Landrätinnen gibt es nur minimale Veränderungen. Sie sind zu überwiegendem Teil in männlicher Hand.

Die Statistik der hauptamtlich bei der SPD Beschäftigten weist aus, dass im Bereich der Referenten/Pressesprecherin/Büroleitungen und persönliche Referentinnen der Frauenanteil verbessert werden konnte. Bei Referentinnen und Referenten ist nahezu Parität erreicht. Alle Abteilungs- und Referatsleitungen sind weiterhin in Männerhand. In den Landesverbänden und Bezirken sind die Funktionen der Leitenden Geschäftsführer bis auf zwei Ausnahmen mit Männern besetzt, unter 20 Landes-, Bezirksgeschäftsführern sind sechs Frauen. Bei den Referenten und Referentinnen beträgt der Frauenanteil gut vierzig Prozent. Etwas 28 Prozent der Regional-/Kreis-, Unterbezirksgeschäftsführer/innen sind weiblich. Unter den weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Landesverbänden, Bezirken, Unterbezirken und Kreisen sind sieben bzw. neunzig Prozent Frauen.

Fazit

1. Mit der vom Bochumer Parteitag 2003 beschlossenen Satzungsänderung wurde die Entfristung der Quote aufgehoben und die Quotenregelung dauerhaft festgeschrieben. Dies geschah vor dem Hintergrund, dass die „Quote“ unbestritten erheblich zur innerparteilichen Gleichstellung beigetragen hat. Vielerorts haben Frauen in Funktionen und Mandaten einen Anteil von 40 und mehr Prozent erreicht, und zweifellos haben gerade die Quotendebatte und die Quotenvorschritt in der SPD auch zu gesellschaftspolitischen Veränderungen beigetragen.

Aber die innerparteiliche Gleichstellung wurde keineswegs durchgängig erreicht. Gleichstellungsberichte wie dieser belegen, dass auch mehr als sieben Jahre nach dem Quotenbeschluss noch Defizite festzustellen sind, zum Teil sogar erheblichen Ausmaßes.

Für die ASF war die Streichung der Frist ein wichtiges Signal für die Frauen in der SPD, dass es der Partei ernst ist, Geschlechtergerechtigkeit zu praktizieren und die Beteiligungschancen von Frauen auf Dauer zu sichern.

2. Bei Parlamentswahlen ist die Einhaltung der Quote immer noch sehr unterschiedlich. In der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag ist die 40-Prozent-

Marke für Frauen verfehlt worden. Auch manche Landtage sind davon immer noch weit entfernt. Bei den Nominierungen in den Wahlkreisen wie auch bei der Aufstellung der Landeslisten zeigen sich durchaus beachtliche Unterschiede zwischen den Landesverbänden und Bezirken, was sich dann auch deutlich in den Ergebnissen niederschlägt. Von null bis Parität mit „echtem“ Reißverschluss lässt sich alles finden.

3. In den Parteigremien auf Bundesebene klappt es überwiegend mit der Einhaltung der Quote. Defizite gibt es immer noch bei Kommissionen, Projektgruppen usw. Der Parteivorstand und die Vorsitzenden der jeweiligen Projektgruppen und Kommissionen sind aufgefordert, Expertinnen und fachlich versierte Politikerinnen fortlaufend zu identifizieren und für die Mitarbeit in Kommissionen usw. zu gewinnen. Diese Aufgabe darf nicht der ASF und dem Frauenreferat zugewiesen werden.
4. In den hauptamtlichen Funktionen der Partei ist die Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern zum Teil aufgebrochen, z.B. bei Referentinnen und Referenten. In den höheren und unteren Ebenen dagegen ist die geschlechterdifferenzierte Aufteilung sehr evident und entspricht durchaus der auch außerhalb der Partei üblichen Realitäten.
5. Wir müssen weiterhin daran arbeiten, noch mehr Frauen in die Lage zu versetzen, führende Ämter, Funktionen und Mandate in und für die Partei zu übernehmen. Erst zum Zeitpunkt einer Nominierung oder Wahl damit zu beginnen, ist in der Regel zu spät.

Das geplante Mentoring-Projekt für Frauen, das von Jusos und ASF getragen und in Kürze starten wird, ist hierfür ein Schritt, der auch auf regionaler und örtlicher Ebene aufgegriffen bzw. fortgesetzt werden sollte. Auch die innerparteiliche Bildungsarbeit der Partei sollte dazu beitragen.

6. Mitgliederwerbekampagnen müssen auch darauf ausgerichtet sein, den Anteil der Frauen an der Mitgliedschaft zu erhöhen.

1. Die SPD auf Bundesebene

1.1 Mitgliederentwicklung

Jahr	Anzahl der Mitglieder gesamt	Anzahl der weiblichen Mitglieder	Frauenanteil in Prozent
1984	916.485	227.518	24,83
1986	912.854	233.708	25,60
1988	911.916	240.325	26,35
1990	919.129	250.906	27,30
31.12.1993	861.480	240.053	27,87
31.12.1994	849.474	238.192	28,04
31.12.1995	817.650	230.952	28,25
31.12.1996	792.773	225.622	28,46
31.12.1997	776.183	222.577	28,68
31.12.1998	775.036	224.213	28,93
31.12.1999	755.066	220.003	29,14
31.12.2000	734.667	215.633	29,35
31.12.2001	717.513	211.863	29,53
31.12.2002	693.894	205.950	29,68
31.12.2003	650.798	194.846	29,94
31.12.2004	605.807	182.923	30,19

1.2 Parteivorstand, Präsidium, Parteirat

	1988	1991	1993	1995	1997	1999	2001	2003	2005
Parteivorstand									
insgesamt	41	45	45	45	45	45	45	45	Wahl auf dem Parteitag Nov. 2005
davon Frauen	14	17	19	21	23	21	19	19	
Frauenanteil in %	34,1	37,8	42,2	46,7	51,1	46,7	42,4	42,4	
Präsidium									
insgesamt	11	keine Angabe	13	13	13	13	13	13	Wahl voraussichtlich Ende 2005
davon Frauen	4		5	5	5	6	7	6	
Frauenanteil in %	36,4		38,5	38,5	38,5	46,2	53,8	46,2	
Parteirat									
insgesamt	88	keine Angabe	111	110	110	109	108	110	109
davon Frauen	28		50	50	50	49	52	52	50
Frauenanteil in %	31,3		45,0	45,5	45,5	45,0	48,1	47,3	48,9

1.3 Weibliche Delegierte zu den Bundesparteitagen 1984 bis 2003

	Anzahl der weiblichen Delegierten	Frauenanteil in Prozent
1984	83	18,9
1986	118	27,2
1988	159	36,6
1990	214	42,0
1991	203	43,5
1992	192	42,1
1993	198	42,1
1995	249	47,5
1996	231	46,2
1997	236	45,1
1999	217	45,2
2001	229	47,7
2003	217	45,2

1.4 Delegierte auf dem ordentlichen Bundesparteitag November 2003 nach Landesverbänden / Bezirken

Landesverband/Bezirk	Zahl der Delegierten insgesamt	Zahl der weiblichen Delegierten	Frauenanteil in Prozent
Schleswig-Holstein	19	8	42,1
Mecklenburg-Vorpommern	5	3	60,0
Hamburg	10	5	50,0
Bremen	5	2	40,0
Nord-Niedersachsen	5	2	40,0
Weser-Ems	17	7	41,2
Hannover	27	15	55,6
Braunschweig	11	5	45,5
Sachsen-Anhalt	8	4	50,0
Brandenburg	9	4	44,4
Berlin	14	5	35,7
Nordrhein-Westfalen	129	51	39,5
Hessen-Nord	18	9	50,0
Hessen-Süd	34	14	41,2
Thüringen	7	4	57,1
Sachsen	10	5	50,0
Saar	17	10	58,9
Rheinland-Pfalz	34	14	41,2
Baden-Württemberg	40	17	42,5
Bayern	60	29	48,3
gesamt	479¹	213	45,0

1 Ohne Mitglieder des Parteivorstandes. Laut Statut maximal 480 Delegierte. Nord-Niedersachsen war mit einem Delegierten weniger vertreten.

1.5 Kommissionen und Beiräte des Parteivorstandes (Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent)

	Vorsitz Mann/Frau	Stv. Vorsitz	Zahl der Mitglieder insgesamt	Zahl der weiblichen Mitglieder	Frauen- anteil in Prozent
Europapolitische Kommission	Frau	./.	64	29	45,3
Kontrollkommission	Frau	1 Mann	9	4	44,4
Bundesschiedskommission	Frau	2 Männer	7	3	42,9
Kommission Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	Frau	1 Mann	55	23	41,8
Beirat der Parteischule	Frau	1 Mann	18	7	38,9
Kommission Grundwerte	Mann	1 Mann/ 1 Frau	16	6	37,5
Grundsatzprogramm- kommission ¹	Mann	./.	62	23	37,1
Historische Kommission, Arbeitsausschuss ²	Mann	1 Frau	30	11	36,7
Kommission Soziale Ordnung ³	2 Männer	./.	./.	./.	ca. 30,0
Medienkommission	Mann	./.	24 ⁴	5	20,8
Kommission Internationale Politik	Frau	1 Mann	35	6	17,1

1 Die Programmkommission setzt sich zusammen aus der Steuerungsgruppe (= 13 SPD-Präsidiumsmitglieder), weiteren 27 vom Parteivorstand nominierten Mitgliedern und 22 Mitgliedern aus den Landesverbänden und Bezirken.

2 Der Frauenanteil im Arbeitsausschuss der Historischen Kommission beträgt 42,9 Prozent.

3 Es liegen keine weiteren Angaben vor.

4 Mitglieder und ständige Gäste.

1.6 Bundesvorstände der Arbeitsgemeinschaften

	Vorsitzende		stellvertretende Vorsitzende		Weitere Vorstands- mitglieder		Frauen- anteil
	Männer	Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	in Prozent
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)	0	1	3	3	17	17	100,0
Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen ¹	4	3	./.	./.	4	3	54,5
Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)	1	0	2	2	3	1	50,0
Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten (AvS)	0	1	1	./.	4	2	50,0
Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus	1	0	2	1	6	3	44,4
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ)	1	0	2	2	4	1	42,9
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)	1	0	2	1	7	3	40,0
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)	1	0	3	1	25	10	37,9
Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos) ²	1	0	7	3	4	1	33,3
Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD (AGS)	1	0	5	./.	7	4	30,8

1 Es gibt sieben gleichberechtigte Vorstandsmitglieder.

2 Zuzüglich der vom Bundeskongress gewählten Juso-Bundesgeschäftsführerin ergibt sich ein Frauenanteil von 38,5 %.

1.7 Foren, Projektgruppen, Gesprächskreise und sonstige Gremien des Parteivorstandes

(Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent)

	Vorsitzende		stellvertretende Vorsitzende		Weitere Mitglieder des Gremiums		Frauenanteil
	Männer	Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	in Prozent
Forum Eine Welt	0	1	3	2	./.	./.	75,0
Forum Familie	0	1	./.	./.	21	15	72,8
Projektgruppe Chancen und Herausforderungen einer Gesellschaft des längeren Lebens	0	1	./.	./.	25	15	61,5
Projektgruppe Bürgerversicherung	0	1	./.	./.	15	6	46,7
Kuratorium Wilhelm-Dröscher-Preis	1	0	./.	./.	10	5	45,5
Gesprächskreis Bildung	0	1	./.	./.	30	13	45,2
Projektgruppe Lebensqualität in Städten und Gemeinden ¹	1	1	./.	./.	14	6	43,8
Arbeitsgruppe Mitgliederpartei ²	1	0	./.	./.	11	5	41,7
Gesprächskreis Integration	0	1	./.	./.	25	7	32,0
Kulturforum der Sozialdemokratie	1	0	2	1	8	2	27,3
Forum Nachhaltigkeit und Mobilität	1	0	./.	./.	48	12	24,5
Kuratorium des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie	0	1	./.	./.	12	2	23,1
Projektgruppe Einkommensgestaltung im unteren Bereich	1	0	./.	./.	12	3	23,1
Gesprächskreis Steuern und Finanzen	1	0	./.	./.	4	1	20,0
Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie e.V. (FOD)-Vorstand ³	1	0	1	0	9	2	18,2
Koordinierungsgruppe für die Internationale Arbeit der SPD ⁴	0	1	./.	./.	17	1	11,8
Projektgruppe Moderne Industriepolitik	2	0	./.	./.	13	0	0,0
Gesprächskreis Weg vom Öl	1	0	./.	./.	2	0	0,0

1 Keine Angaben. Projektgruppe wurde 2005 eingesetzt und nach zwei Sitzungen aufgelöst.

2 Es handelt sich hierbei um die vom Parteivorstand benannten Mitglieder. Zusammen mit den Gremienvertretern der Landesverbände und Bezirke beträgt der Frauenanteil 29,0 Prozent.

3 Daneben gibt es einen Beirat mit 39 Mitgliedern, davon 11 Frauen (28,2 %). Das FOD hat eine Geschäftsführerin. Der Frauenanteil von Vorstand, Beirat und Geschäftsführerin gesamt beträgt 28,6 %.

4 Die Mitglieder der Koordinierungsgruppe sind qua Funktion in Partei, Regierung und Bundestagsfraktion berufen.

2. Die SPD auf Landesverbands-, Bezirks-, Unterbezirks- und Ortsvereinsebene

2.1 Mitgliederentwicklung in den Landesverbänden und Bezirken 1999 bis 2004

Landesverbände/Bezirke	31.12. 1999	31.12. 2000	31.12. 2001	31.12. 2002	31.12. 2003	31.12. 2004
Schleswig-Holstein ¹	29.178 9.947	28.475 9.770	27.803 9.545	27.271 9.351	25.453 8.776	23.569 8.142
Mecklenburg-Vorpommern	3.508 999	3.462 986	3.363 968	3.343 980	3.224 971	3.050 928
Hamburg	14.760 5.127	14.355 4.981	14.025 4.863	13.787 4.742	12.996 4.479	12.320 4.247
Bremen	7.417 2.305	7.055 2.190	6.776 2.119	6.570 2.079	6.116 1.977	5.697 1.870
Nord-Niedersachsen	8.725 2.399	8.551 2.400	8.497 2.392	8.242 2.328	7.719 2.184	7.295 2.085
Weser-Ems	25.463 7.075	24.993 7.016	24.780 7.012	23.900 6.802	22.260 6.406	20.733 5.992
Hannover	42.478 11.791	41.531 11.658	41.184 11.717	39.820 11.401	37.515 10.814	35.024 10.174
Braunschweig	18.388 5.038	17.840 4.929	17.693 4.911	17.113 4.785	16.074 4.512	14.884 4.222
Sachsen-Anhalt	6.150 1.610	5.870 1.548	5.694 1.507	5.446 1.450	5.145 1.379	4.745 1.278
Brandenburg	7.544 2.025	7.518 2.060	7.547 2.089	7.472 2.079	7.132 2.006	6.785 1.914
Berlin	20.430 6.646	20.189 6.564	20.039 6.513	19.057 6.259	17.928 5.942	16.764 5.551
Ostwestfalen-Lippe	22.389 6.221	21.749 6.093	21.176 5.955	NRW ² 194.652 61.130	NRW ¹ 181.071 57.388	NRW ¹ 167.547 53.597
Westliches Westfalen	100.423 31.888	96.652 30.892	92.870 29.834			
Niederrhein	53.302 16.213	51.119 15.634	48.926 15.042			
Mittelrhein	43.218 13.790	41.770 13.383	40.206 12.876			
Nordrhein-Westfalen	219.332 68.112	211.290 66.002	203.178 63.707			
Hessen-Nord	33.989 8.160	33.239 8.062	32.432 7.962	31.307 7.718	29.359 7.277	27.023 6.819
Hessen-Süd	61.300 15.912	59.804 15.642	58.261 15.379	55.827 14.897	52.352 14.090	48.703 13.319

Landesverbände/Bezirke	31.12. 1999	31.12. 2000	31.12. 2001	31.12. 2002	31.12. 2003	31.12. 2004
Thüringen ¹	5.857 1.586	5.694 1.545	5.556 1.499	5.402 1.445	5.132 1.380	4.791 1.313
Sachsen	5.280 1.242	5.198 1.224	5.133 1.210	5.022 1.194	4.759 1.166	4.453 1.091
Saar	36.673 11.014	35.533 10.718	34.107 10.331	32.666 9.925	30.376 9.317	27.869 8.599
Rheinland/Hessen-Nassau	27.205 6.933	26.201 6.717	25.633 6.627	Rheinland- Pfalz ³	Rheinland- Pfalz	Rheinland- Pfalz
Rheinhessen	10.668 3.280	10.359 3.235	10.172 3.205			
Pfalz	24.664 6.546	23.919 6.399	23.188 6.221			
Rheinland-Pfalz	62.537 16.759	60.479 16.351	58.993 16.053			
Baden-Württemberg	51.156 14.948	50.784 15.063	50.077 14.935	49.243 14.757	47.011 14.217	44.948 13.675
Bayern	94.901 27.292	92.807 26.924	92.375 27.151	90.796 27.000	85.703 25.720	79.728 24.063
SPD gesamt	755.066	734.667	717.513	693.894	650.798	605.807
Männer	535.024	519.034	505.650	487.944	455.952	422.884
Frauen	219.987	215.633	211.863	205.950	194.846	182.923
Frauenanteil in %	29,13	29,35	29,52	29,68	29,94	30,19

1 1. Zeile: gesamt; 2. Zeile: weiblich

2 Durch Organisationsreform wurden die bisherigen vier Bezirke am 1. 1. 2002 aufgelöst und zum Landesverband Nordrhein-Westfalen zusammengelegt.

3 Durch Organisationsreform wurden die bisherigen drei Bezirke am 14. 1. 2002 aufgelöst und zum Landesverband Rheinland-Pfalz zusammengelegt.

2.2 Weibliche Mitglieder in den Landesverbänden und Bezirken

Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent, Stand: 31. 12. 2004

Landesverbände/Bezirke	gesamt	weiblich	Frauenanteil in Prozent
Schleswig-Holstein	23.569	8.142	34,55
Hamburg	12.320	4.247	34,47
Berlin	16.764	5.551	33,11
Bremen	5.697	1.870	32,82
Nordrhein-Westfalen	167.547	53.597	31,99
Saar	27.869	8.599	30,86
Mecklenburg-Vorpommern	3.050	928	30,43
Baden-Württemberg	44.948	13.675	30,42
Bayern	79.728	24.063	30,18
Hannover	35.024	10.174	29,05
Weser-Ems	20.733	5.992	28,90
Nord-Niedersachsen	7.295	2.085	28,58
Braunschweig	14.884	4.222	28,37
Brandenburg	6.785	1.914	28,21
Rheinland-Pfalz	49.879	14.044	28,16
Thüringen	4.791	1.313	27,41
Hessen-Süd	48.703	13.319	27,35
Sachsen-Anhalt	4.745	1.278	26,93
Hessen-Nord	27.023	6.819	25,23
Sachsen	4.453	1.091	24,50

2.3 Vorstände der Landesverbände und Bezirke 2005¹

(mit Vergleichszahlen 2001 und 2003)

Landesverband/Bezirk	weibliche Landes-/Bezirksvorsitzende	stellvertretende Vorsitzende	Landes-/Bezirksvorstände			
			gesamt/ davon Frauen	Frauenanteil gesamt/davon Frauen und in Prozent (zum Vergl. Angaben von 2001 und 2003)		
				2001	2003	2005
Schleswig-Holstein	nein	2 / 1	7 / 17 41,2	5 / 11 45,4	5 / 11 45,4	
Mecklenburg-Vorpommern	nein	3 / 1	7 / 15 46,7	8 / 16 50,0	7 / 16 43,8	
Hamburg	nein	2 / 2	11 / 25 44,0	12 / 30 40,0	14 / 41 45,2	
Bremen	nein	1 / 0	7 / 17 41,2	8 / 17 47,1	9 / 17 52,9	
Nord-Niedersachsen	nein	3 / 1	7 / 15 46,7	5 / 16 31,3	5 / 14 35,7	
Weser-Ems	nein	3 / 2	8 / 18 44,4	8 / 18 44,4	8 / 17 47,1	
Hannover	nein	2 / 1	9 / 21 42,9	9 / 21 42,9	8 / 21 38,1	
Braunschweig	nein	2 / 1	6 / 15 40,0	6 / 15 40,0	6 / 15 40,0	
Sachsen-Anhalt	nein	3 / 0	7 / 17 41,2	8 / 17 47,0	7 / 17 41,2	
Brandenburg	nein	4 / 2	7 / 17 41,2	7 / 17 41,2	7 / 17 41,2	
Berlin	nein	4 / 2	7 / 13 53,8	9 / 34 27,0	7 / 14 50,0	
Nordrhein-Westfalen	nein	4 / 2	10 / 19 52,6	17 / 36 47,22	16 / 37 43,2	
Hessen-Nord	nein	2 / 1	10 / 19 52,6	8 / 19 42,0	8 / 19 42,0	
Hessen-Süd	nein	2 / 1	9 / 20 45,0	9 / 20 45,0	9 / 20 45,0	
Thüringen	nein	4 / 2	11 / 24 45,8	11 / 24 45,8	10 / 24 41,7	
Sachsen	nein	2 / 1	9 / 21 42,9	8 / 20 40,0	9 / 21 42,9	

1 Quelle: eigene Angaben der Landesverbände und Bezirke

Landesverband/Bezirk	weibliche Landes-/Bezirksvorsitzende	stellvertretende Vorsitzende	Landes-/Bezirksvorstände			
			gesamt/ davon Frauen	Frauenanteil gesamt/davon Frauen und in Prozent (zum Vergl. Angaben von 2001 und 2003)		
				2001	2003	2005
Saar	nein	4 / 2	9 / 20 45,0	9 / 23 39,1	9 / 23 39,1	
Rheinland-Pfalz	nein	3 / 0	47,6	10 / 23 43,5	11/23 47,8	
Baden-Württemberg	ja	4 / 1	11 / 27 40,7	11 / 27 40,7	11 / 25 42,3	
Bayern	nein	4 / 2	16 / 38 42,1	16 / 38 42,1	16 / 34 47,1	

Vorstände der Landesverbände, die *nicht* den Status von Bezirken haben

Landesverband	weibliche Landesvorsitzende	stellvertretende Vorsitzende	Landesvorstände			
			gesamt/ davon Frauen	Frauenanteil gesamt/davon Frauen und in Prozent (zum Vergl. Angaben von 2001 und 2003)		
				2001	2003	2005
Niedersachsen	nein	4 / 3	5 / 10 50,0	5 / 10 50,0	5 / 10 50,0	
Hessen	ja	3 / 0	8 / 18 44,4	8 / 18 44,4	8 / 18 44,4	

2.4 Vorsitzende und Vorstände der Unterbezirke / Kreisverbände¹

Landesverband/Bezirk	Vorsitzende der Unterbezirke/Kreisverbände			Vorstände der Unterbezirke/Kreisverbände		
	Anzahl der Vorsitzenden	davon Frauen	Frauenanteil in Prozent	Anzahl der Vorstandsmitglieder	davon Frauen	Frauenanteil in Prozent
Schleswig-Holstein	15	4	26,7	179	65	36,3
Mecklenburg-Vorpommern	18	4	22,2	164	66	40,2
Hamburg	7	2	28,6	119	45	37,8
Bremen	3	1	33,3	36	15	41,7
Nord-Niedersachsen	6	2	33,3	76	29	38,2
Weser-Ems	17	6	35,3	299	108	36,1
Hannover	13	2	15,4	240	95	39,6
Braunschweig	9	4	44,4	148	50	33,8
Sachsen-Anhalt	./. ²	./. ²	./. ²	8	5	62,5
Brandenburg	18	3	16,7	201	73	36,3
Berlin	12	2	16,7	186	75	40,3
Nordrhein-Westfalen	54	6	11,1	955	380	39,8
Hessen-Nord	8	0	0,0	141	51	36,2
Hessen-Süd	18	2	11,1	399	144	37,0
Thüringen	./. ²	./. ²	./. ²	28	10	35,7
Sachsen	10	1	10,0	110	46	41,8
Saar	7	0	0,0	156	52	33,3
Rheinland-Pfalz	28	11	39,3	491	190	38,7
Baden-Württemberg	43	11	25,6	687	238	34,6
Bayern	62	19	30,7	1.348	461	34,2
Gesamt	348	80	23,0	5.971	2.198	36,8

1 Stand 9/2005

2 keine Angaben

2.5 Vorsitzende und Vorstände der Ortsvereine¹

Landesverband/Bezirk	Vorsitzende der Ortsverbände			Vorstände der Ortsverbände		
	Anzahl der Vorsitzenden	davon Frauen	Frauenanteil in Prozent	Anzahl der Vorstandsmitglieder	davon Frauen	Frauenanteil in Prozent
Schleswig-Holstein	593	129	21,8	3.108	1.016	32,7
Mecklenburg-Vorpommern	122	26	21,3	427	141	33,0
Hamburg	80	20	25,0	765	279	36,5
Bremen	51	16	30,1	483	184	38,1
Nord-Niedersachsen	72	16	22,2	673	201	29,9
Weser-Ems	312	57	18,3	3.107	816	26,3
Hannover	403	71	17,6	3.005	870	29,0
Braunschweig	182	29	15,9	1.419	429	30,2
Sachsen-Anhalt	232	38	16,4	742	206	27,8
Brandenburg	232	52	22,4	818	250	30,6
Berlin	131	31	23,7	1.607	600	37,3
Nordrhein-Westfalen	1.561	264	16,9	15.960	4.991	31,3
Hessen-Nord	591	64	10,9	3.633	759	20,9
Hessen-Süd	431	100	23,2	4.335	1.248	28,8
Thüringen	257	36	14,0	675	179	26,5
Sachsen	184	24	13,0	776	201	25,9
Saar	332	49	14,8	3.711	1.001	27,0
Rheinland-Pfalz	1.069	192	18,0	8.090	2.130	26,3
Baden-Württemberg	914	210	23,0	6.245	1.978	31,7
Bayern	1.776	340	19,1	13.896	3.959	28,5
Gesamt	9.527	1.764	18,5	73.475	21.438	29,2

1 Stand 9/2005

3. Parlamente / Fraktionen / Regierungen

3.1 Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) im Europäischen Parlament

Anteil der weiblichen Abgeordneten unter den SPD-Abgeordneten des Europäischen Parlaments 1979 bis 2005

	1979	1984	1989	1994	1999	2005
Anzahl der weiblichen SPD-Europaabgeordneten	7	8	12	17	14	9
Frauenanteil in der deutschen Gruppe der SPD-Europaabgeordneten in %	20,0	25,0	38,7	42,5	42,4	39,1

Der Frauenanteil innerhalb der deutschen Gruppe der SPD-Abgeordneten konnte seit der ersten Direktwahl 1979 kontinuierlich gesteigert werden auf über 40 Prozent; seit 2001 ist ein leichter prozentualer Rückgang zu verzeichnen.

Nachdem die SPD bei der letzten Europawahl im Juni 2004 deutliche Verluste (minus 10 Mandate) hinnehmen musste, gehören zurzeit der deutschen Gruppe 14 Männer und 9 Frauen an, der Frauenanteil beträgt somit 39,1 Prozent.

In Folge der EU-Erweiterung um zehn Staaten am 1. Mai 2004 stieg die Zahl der Europaabgeordneten von 625 auf 730. Der Frauenanteil im neu gewählten Europäischen Parlament insgesamt liegt nunmehr bei 30,3 Prozent (221 Frauen von 730 Abgeordneten), dies bedeutet gegenüber der vorherigen Wahlperiode einen leichten Rückgang des Frauenanteils um gut ein Prozent.

In der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) ist der Anteil weiblicher Abgeordneter leicht gesunken von zuletzt 40 Prozent auf 38,8 Prozent (von 201 Abgeordneten sind 78 Frauen), wobei der rund 39-prozentige Frauenanteil der SPD nahezu dem Durchschnitt entspricht.¹

¹ Quellen: Internetseiten des Europäischen Parlamentes und der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas im Europäischen Parlament; eigene Berechnungen.

3.2 SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

3.2.1 Weibliche Abgeordnete in der SPD-Fraktion seit 1949

Jahr der Bundestagswahl	absolut	in Prozent
1949	13	9,5
	16	11,5
1953	21	12,9
	22	13,4
1957	22	12,2
	22	12,2
1961	21	10,3
	23	11,1
1965	19	8,7
	19	8,8
1969	18	5,9
	17	7,3
1972	13	5,4
	15	6,2
1976	15	8,5
	17	9,4
1980	19	8,3
	20	8,9
1983	21	10,4
	23	11,4
1987	31	16,1
	38	16,8
1990	65	27,2
	65	27,2
1994	86	34,1
	88	35,1
1998	105	35,2
	108	36,9
2002	95	37,8
	98	39,5
2005 ¹	80	36,0

Zu Beginn der Legislaturperiode

Am Ende der Legislaturperiode

1 Stand: 19. 9. 2005 (Quelle: Bundeswahlleiter) ohne Wahl im Wahlkreis 160 Dresden I am 2. 10. 2005

3.2.2 Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion¹

Dem Geschäftsführenden Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion gehören der Fraktionsvorsitzende, die acht stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, die vier parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer sowie kraft Amtes der Bundestagspräsident und die Bundestagsvizepräsidentin an. Unter diesen 15 Mitgliedern sind 6 Frauen (drei stellvertretende Fraktionsvorsitzende, zwei parlamentarische Geschäftsführerinnen sowie die Bundestagsvizepräsidentin), der Frauenanteil liegt bei 40,0 Prozent. Unter den weiteren – zuletzt – 29 Vorstandsmitgliedern sind 12 Frauen (41,4 Prozent). Im Fraktionsvorstand beträgt der Frauenanteil 40,9 Prozent (18 Frauen von 44 Mitgliedern).

3.2.3 Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion seit 1949

	Anzahl der Frauen	Frauenanteil in %
1. Wahlperiode 1949–1953	1	5,2
2. Wahlperiode 1953–1957	3	14,2
3. Wahlperiode 1957–1961	2	8,6
4. Wahlperiode 1961–1965	2	8,3
5. Wahlperiode 1965–1967	2	7,6
6. Wahlperiode 1969–1972	3	10,0
7. Wahlperiode 1972–1976	4	13,3
8. Wahlperiode 1976–1980	3	10,0
ab 23. 3. 78:	4	12,9
9. Wahlperiode 1980–1983	4	12,5
10. Wahlperiode 1983–1987	6	14,2
Ende 1986:	7	20,0
11. Wahlperiode 1987–1990	11	27,5
12. Wahlperiode 1990–1994	14	29,2
1993:	19	42,2
13. Wahlperiode 1994–1998	18	40,0
14. Wahlperiode 1998–2002	22	46,8
2001:	20	42,6
15. Wahlperiode 2002–2005	19	42,2
2005:	18	40,9

¹ In der 15. Wahlperiode 2002 bis 2005

3.2.4 Zusammensetzung der Ausschüsse und Arbeitsgruppen

3.2.4.1 Frauenanteil unter den sozialdemokratischen Mitgliedern der Ausschüsse und Enquetekommissionen des Deutschen Bundestages in der 15. Wahlperiode¹

	Anzahl der ordentlichen SPD-Ausschussmitglieder	Anzahl der Frauen	Frauenanteil in Prozent
Ausschuss für Tourismus	7	6	85,7
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	12	10	83,3
Enquetekommission Ethik und Recht der modernen Medizin	6	4	66,7
Enquetekommission Kultur in Deutschland	5	3	60,0
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe	7	4	57,1
Petitionsausschuss	11	6	54,5
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	10	5	50,0
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	13	6	46,2
Verteidigungsausschuss	13	6	46,2
Innenausschuss	16	7	43,8
Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung	7	3	42,9
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung	14	6	42,9
Ausschuss für Kultur und Medien	7	3	42,8
Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	17	7	41,2
Ausschuss für Gesundheit und soziale Sicherheit	17	7	41,2
Finanzausschuss	15	6	40,0
Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	13	5	38,5
Haushaltsausschuss	19	7	36,8
Auswärtiger Ausschuss	16	5	31,25
Sportausschuss	7	2	28,6
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit	18	5	27,7
Rechtsausschuss	13	3	23,1
Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union	14	1	7,1

¹ In der Rangfolge der Frauenbeteiligung; die Besetzung nach den Neuwahlen des Deutschen Bundestages am 18. 9. 2005 ist nicht berücksichtigt.

Die SPD stellt in 9 der 21 Ausschüsse des Deutschen Bundestages den Vorsitz. Sechs dieser Ausschüsse haben eine sozialdemokratische Abgeordnete als Vorsitzende.

- Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung: Erika Simm
- Innenausschuss: Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast
- Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Kerstin Griese
- Ausschuss für Kultur und Medien: Monika Griefahn
- Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft: Herta Däubler-Gmelin
- Verteidigungsausschuss: Ulrike Merten

Die SPD stellt 9 stellvertretende Ausschussvorsitzende, davon haben drei SPD-Frauen den stellvertretenden Vorsitz in folgenden Ausschüssen inne:

- Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgeabschätzung: Ulla Burchardt
- Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen: Dr. Margrit Wetzell
- Ausschuss für Tourismus: Brunhilde Irber

3.2.4.2 Ausschuss-Arbeitsgruppen der SPD-Bundestagsfraktion¹

Von den 21 Ausschussarbeitsgruppen der SPD-Bundestagsfraktion, die entsprechend der Ausschüsse des Bundestages arbeiten, haben 9 eine Sprecherin (9 von 21 = 42,9 Prozent).

3.3 Bundesregierung¹

	insgesamt	davon Frauen	Frauenanteil in Prozent
Bundesminister/innen	13	6	46,2
	SPD: 10	SPD: 5	SPD: 50,0
	B 90/Grüne: 3	B 90/Grüne: 1	B 90/Grüne: 33,3
Parlamentarische Staatssekretäre/ Staatssekretärinnen ²	27	12	44,4
	SPD: 19	SPD: 6	SPD: 31,6
	B 90/Grüne: 7	B 90/Grüne: 5	B 90/Grüne: 71,5
	parteilos: 1	parteilos: 1	

¹ Stand: 17. 9. 2005. Die Regierungsbildung nach den Bundestagswahlen am 18. 9. 2005 ist nicht berücksichtigt.

² einschließlich Staatsminister im Bundeskanzleramt und im Auswärtigen Amt, Stand: 9/2005.

3.4 SPD-Fraktionen der Länderparlamente

3.4.1 Weibliche Abgeordnete in den SPD-Landtagsfraktionen Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent

Bundesland	SPD-Mandate gesamt	davon Frauen	Frauen- anteil in Prozent	letzte Wahlen am
Berlin	45 ¹	21	46,7	21.10.01
Bremen	40	18	45,0	25.05.03
Hamburg	41	18	43,9	29.02.04
Niedersachsen	63	27	42,9	02.02.03
Brandenburg	33	14	42,4	19.09.04
Hessen	33	14	42,4	02.02.03
Nordrhein-Westfalen	74	31	41,9	22.05.05
Bayern	41	17	41,5	21.09.03
Schleswig-Holstein	29	12	41,4	20.02.05
Sachsen-Anhalt	25	10	40,0	21.04.02
Thüringen	15	6	40,0	13.06.04
Saarland	18	7	38,9	05.09.04
Rheinland-Pfalz	49	18	36,7	25.03.01
Sachsen	13	4	30,8	19.09.04
Mecklenburg-Vorpommern	33	10	30,3	22.09.02
Baden-Württemberg	44	12	27,3	25.03.01

1 Ein Zugang von der FDP.

3.4.2 Funktionsverteilung in den SPD-Fraktionen der Länder

Vorstände der SPD-Landtagsfraktionen

	Fraktions- vorsitz	stell- vertretende Fraktions- vorsitzende/ davon Frauen	weitere Mitglieder/ Beisitzer/innen des Fraktions- vorstandes/ davon Frauen	Frauen- anteil im Fraktions- vorstand in %
Baden-Württemberg	Mann	1 / 1	11 / 2	23,1
Bayern	Mann	3 / 3	0 / 0 ¹	75,0
Berlin	Mann	4 / 3	7 / 3	46,2
Brandenburg	Mann	5 / 3	7 / 3	46,2
Bremen	Mann	2 / 2	9 / 5	58,3
Hamburg	Mann	3 / 2	11 / 5	46,7
Hessen	Mann	4 / 3	2 / 0	42,9
Mecklenburg-Vorpommern ²	Mann	4 / 2	1 / 0 ³	33,3
Niedersachsen	Mann	3 / 2	9 / 4	46,2
Nordrhein-Westfalen	Frau	7 / 3	1 / 1 ⁴	55,6
Rheinland-Pfalz	Mann	4 / 2	14 / 7	47,4
Saarland	Mann	2 / 1	8 / 4	45,5
Sachsen	Mann	3 / 2	1 / 0	40,0
Sachsen-Anhalt	Mann	2 / 2	6 / 3	55,6
Schleswig-Holstein	Mann	2 / 1	10 / 3	30,0
Thüringen	Mann	3 / 1	2 / 1	33,3

1 Fraktionsgeschäftsführer ist beratendes Mitglied.

2 Die SPD-Landtagsfraktion stellt die Landtagspräsidentin.

3 Einschließlich des Parlamentarischen Geschäftsführers.

4 Die SPD-Landtagsfraktion hat einen Vorstand, der aus der Fraktionsvorsitzenden, der parlamentarischen Geschäftsführerin und den stellv. Vorsitzenden besteht, weitere „Beisitzer“ gibt es nicht. Bei der Berechnung des Frauenanteils im Fraktionsvorstand wurden die Fraktionsvorsitzende und die parlamentarische Geschäftsführerin mit einbezogen. Der erweiterte Vorstand besteht aus dem Vorstand und den Arbeitskreissprecherinnen und -sprechern.

3.4.3 Frauenanteil unter den SPD-Arbeitskreis- und -Ausschussvorsitzenden

	Arbeitskreise der SPD-Fraktionen		Ausschüsse der Parlamente	
	Arbeitskreisvorsitzende insgesamt	davon Frauen	SPD-Ausschussvorsitzende insgesamt	davon Frauen
Baden-Württemberg	9	2 ¹	5	0
Bayern	12	7	2	0
Berlin	7	3	6	3
Brandenburg	5	3	6	2
Bremen	0	0	13	5
Hamburg	16	7	7	2 ²
Hessen	17	6	5	2
Mecklenburg-Vorpommern ³	4	0	6	2
Niedersachsen	10	5	8	6
Nordrhein-Westfalen	17	7	8	3
Rheinland-Pfalz	14	7	11	4
Saarland	8	5	4	0
Sachsen	2	1	1	1
Sachsen-Anhalt	6	4	3	1
Schleswig-Holstein	8	2	4	2
Thüringen	3	1	2	0

1 Die Arbeitskreisvorsitzenden sind stimmberechtigte Mitglieder im Fraktionsvorstand. Die Fraktion hat seit 2003 zwei Genderbeauftragte.

2 Inkl. Sonderausschüsse ohne Unterausschüsse.

3 In der SPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern gibt es keine Arbeitskreise, sondern vier Vorstandsbereiche, die von den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden geleitet werden.

3.5 Landesregierungen¹

3.5.1 Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD beteiligt ist

Bundesland	Zahl der Regierungsmitglieder insgesamt ²	davon sozialdemokratische Regierungsmitglieder	weibliche Regierungsmitglieder insgesamt und nach Parteizugehörigkeit	Frauenanteil in der Landesregierung insgesamt in Prozent
Berlin SPD/Die Linke.PDS-Koalition	9	6	3 SPD: 2 Die Linke.PDS: 1	33,3
Brandenburg SPD/CDU-Koalition	10	5	3 SPD: 1 CDU: 2	30,0
Bremen SPD/CDU-Koalition	8	3	1 SPD: 1 CDU: 0	12,5
Mecklenburg-Vorpommern SPD/Die Linke.PDS-Koalition	10	6	2 SPD: 1 Die Linke.PDS: 1	20,0
Rheinland-Pfalz SPD/FDP-Koalition	9	7	3 SPD: 3 FDP: 0	33,3
Sachsen CDU/SPD-Koalition	10	2	3 SPD: 1 CDU: 2	30,0
Schleswig-Holstein CDU/SPD-Koalition	8	4	2 SPD: 2 CDU: 0	25,0

1 Quelle: Oeckl. Taschenbuch des Öffentlichen Lebens, Internetseiten des Bundesrates (www.bundesrat.de), eigene Recherchen und Berechnungen.

2 einschließlich der Ministerpräsidenten bzw. des Regierenden Bürgermeisters.

3.5.2 Zum Vergleich:

Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD *nicht* beteiligt ist

Bundesland	Zahl der Regierungsmitglieder insgesamt ²	weibliche Regierungsmitglieder insgesamt und nach Parteizugehörigkeit	Frauenanteil in der Landesregierung insgesamt in Prozent
Baden-Württemberg CDU/FDP-Koalition	11	2 CDU: 2 FDP: 0	18,2
Bayern CSU-Regierung	12	2 CSU: 2	16,7
Hamburg CDU-Regierung	10	3 CDU: 2 parteilos: 1	30,0
Hessen CDU-Regierung	11	2 CDU: 2	18,2
Niedersachsen CDU/FDP-Koalition	10	2 CDU: 2	20,0
Nordrhein-Westfalen CDU/FDP-Koalition	12	3 CDU: 3 FDP: 0	25,0
Saarland CDU-Regierung	8	1 CDU: 1	12,5
Sachsen-Anhalt CDU/FDP-Koalition	9	1 CDU: 1	11,1
Thüringen CDU-Regierung	10	2 CDU: 1 FDP: 1	22,2

4 Bericht der Bundes-SGK über die Repräsentanz der Frauen in kommunalen Vertretungen und kommunalen Spitzenpositionen (August 2005)¹

4.1 Frauenanteil bei Ratsmitgliedern in Gemeinden mit 10.000 und mehr Einwohnerinnen und Einwohnern (Stand 1. 1. 2003)

Gemeinden in der Größenklasse:	SPD-Ratsmitglieder	davon absolut	Frauen in Prozent	zum Vergleich 2000 in Prozent
1.000.000 und mehr	125	58	46,4	49,3
500.000–1.000.000	263	111	42,29	39,9
200.000–500.000	495	192	38,8	37,7
100.000–200.000	779	292	37,5	35,3
50.000–100.000	1.552	486	31,3	31,1
20.000–50.000	5.191	1.496	28,8	27,6
10.000–20.000	6.362	1.594	25,1	k. A.
Insgesamt	14.767	4.229	28,6	k. A.

1 Quelle: Deutscher Städtetag, Ratsmitglieder in den Gemeinden mit 10.000 und mehr Einwohner/innen, Daten zu Städten mit 10.000 bis 20.000 Einwohner/innen ab 2003 neu in die Statistik aufgenommen, deswegen keine Vergleichsmöglichkeit zu 2000. Neuere Daten, die insbesondere die Ergebnisse der vielen Kommunalwahlen in 2004 berücksichtigen liegen noch nicht vor.

4.2 Weibliche Vorsitzende der SPD-Stadt- und -Kreistagsfraktionen¹

Fraktionsvorsitzende	Anzahl insgesamt ²	davon Frauen	in Prozent
in Städten 100.000 und mehr	63	10	15,9
in Städten 50.000 bis 100.000 ³	75	10	13,3
in Kreisen	240	39	16,3
Insgesamt	378	59	15,6

1 Quelle: Erhebung der Bundes-SGK; Stand: 23. 8. 2005.

2 Daten für sämtliche Städte und Kreise sind leider nicht verfügbar. Die Gesamtzahl spiegelt deshalb nur einen Teil der Grundgesamtheit. Daten ohne Stadtstaaten.

3 In Baden-Württemberg sind in 89 Städten mit 20.000 bis 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern 14 weibliche Fraktionsvorsitzende, das entspricht einem Frauenanteil von 15,7 %.

4.3 Von sozialdemokratischen Frauen besetzte Führungspositionen im Vergleich zu allen von der SPD besetzten Führungspositionen auf kommunaler Ebene¹

Anzahl	Anzahl von allen sozialdemokratischen Amtsinhaber/innen	In Prozent
Oberbürgermeisterinnen	12 von 106	11,3
Bürgermeisterinnen in Städten mit mehr als 50.000 Einwohner/innen	9 von 42	21,4
Landrätinnen	6 von 91	6,6

¹ Quelle: Bundes-SGK; Stand: 23. 8. 2005.

Die Gemeindeordnungen der Länder unterscheiden sich stark in der Festlegung, in welchen Städten der Bürgermeister den Titel „Oberbürgermeister“ führt: In Baden-Württemberg und Sachsen kommt diese Amtsbezeichnung ab 20.000 Einwohnern vor, in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt ab 25.000, in Bayern und im Saarland ab 30.000, in Hessen ab 50.000. In den übrigen Ländern geht der Oberbürgermeistertitel mit dem kreisfreien Status einer Stadt einher.

4.4 Frauen im Vorstand der Bundes-SGK und in den Vorständen der Landes-SGKs¹

Vorstände	ordentliche Mitglieder	davon Frauen	in Prozent
Bundes-SGK	31	12	38,7
SGK Baden-Württemberg	28	8	28,6
SGK Bayern	24	4	16,7
SGK Berlin	21	6	28,6
SGK Brandenburg	18	4	22,2
SGK Bremen	13	4	30,8
SGK Hamburg	15	3	20,0
SGK Hessen	16	4	25,0
SGK Mecklenburg-Vorpommern	17	7	41,2
SGK Niedersachsen	23	4	17,4
SGK Nordrhein-Westfalen	30	10	33,3
SGK Rheinland-Pfalz	19	5	26,3
SGK Saarland	13	2	15,4
SGK Sachsen	10	3	30,0
SGK Sachsen-Anhalt	10	2	20,0
SGK Schleswig-Holstein	15	6	40,0
SGK Thüringen	13	4	30,8

¹ Quelle: Bundes-SGK; Stand: 18. 8. 2005.

In zwei Ländern ist eine Frau Vorsitzende der Landes-SGK:

Brigitte Fronzek, Bürgermeisterin Elmshorn (SGK Schleswig-Holstein)
Heike Taubert, MdL, Greiz (SGK Thüringen)

5. Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

5.1. SPD-Parteivorstand¹

	Frauen		Männer	
	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
Abteilungsleiterinnen/Abteilungsleiter	0	0,0	5	100,0
Pressesprecherin/Pressesprecher	1	50,0	1	50,0
Leiterinnen/Leiter bzw. Referentinnen/Referenten und persönliche Referentinnen und Referenten in Vorstandsbüros	4	36,4	7	63,6
Referatsleiterinnen/Referatsleiter	0	0,0	5	100,0
Referentinnen/Referenten	26	49,0	27	51,0
Sachbearbeiterinnen/Sachbearbeiter	27	71,0	11	29,0
Sekretärinnen/Sekretäre	56	100,0	0	0
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im technischen und Bürobereich	6	40,0	9	60,0
Studentische Hilfskräfte	1	9,0	10	91,0
Auszubildende	6	85,7	1	14,3
gesamt	127	62,6	76	37,4

¹ Quelle: Personalreferat des SPD-Parteivorstandes, Stand der Erhebung: Februar 2005.

Beim Vergleich zu den Vorjahren ist zu beachten, dass heute mehr Teilzeitstellen im Bereich der Sekretariate eingerichtet wurden im Gegensatz zu früheren Jahren.

5.2 Maßnahmen zur Förderung von Frauen beim Parteivorstand der SPD – Personalreferat –¹

Im Willy-Brandt-Haus wurde an den Bedingungen gearbeitet, um eine Gleichstellung von Männern und Frauen zu gewährleisten.

Durch die Einrichtung der Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming wurde das Thema im Haus über alle Ebenen diskutiert. Das Projekt wurde auch den Leitenden Geschäftsführern der Landesverbände und Bezirke auf einer Tagung vorgestellt.

Als praktisches Ergebnis wurde im Sommer 2005 eine „Betriebsvereinbarung zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ verabschiedet. Vätern und Müttern wird hier die Möglichkeit eingeräumt, einen Heimarbeitsplatz zu beantragen. Insbesondere Mütter können so nach der Geburt ihrer Kinder leichter auf ihrer Position weiter arbeiten und somit Karrierebrüche verhindern.

Die Statistik im Bereich der Referenten/Pressesprecherin/BüroleiterInnen und persönliche Referentinnen konnte deutlich verbessert werden.

¹ Quelle: Personalreferat des SPD-Parteivorstandes.

5.3 SPD-Landesverbände, -Bezirke und -Unterbezirke, Regionalgeschäftsstellen und Kreisverbände

LV/Bezirk	Leitende Landes-/Bezirks- geschäftsführer/innen		Landes-/Bezirks- geschäftsführer/innen		Referent/innen auf Landes- und Bezirksebene		weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesverbandes/Bezirk		Regional-/Kreis- Unterbezirks- geschäftsführer/innen		Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unter- bezirke „ohne politische Zuständigkeiten“	
	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen
Schleswig- Holstein	1	0	0	0	0	0	13	10	0	0	14	8
Mecklenburg- Vorpommern	1	0	0	0	3	1	8	8	5	1	0	0
Hamburg	1	0	0	0	3	1	6	5	7	3	2	2
Bremen	1	0	0	0	1	0	3	2	1	1	3	2
Nord- Niedersachsen	1	0	1	0	0	0	9	6	2	0	6	6
Weser-Ems	1	0	0	0	0	0	20	11	6	0	13	12
Hannover	1	0	6	3	1	0	11	9	11	8	7	7
Braunschweig	1	0	3	0	0	0	2	2	0	0	9	9
Sachsen-Anhalt	1	1	2	2	2	1	5	4	5	2	10	10
Brandenburg	0	0	1	0	3	2	3	3	10	2	0	0
Berlin	1	0	0	0	14	6	23	17	0	0	12	10
Hessen-Nord	1	0	0	0	1	1	8	7	8	1	5	5
Hessen-Süd	1	0	1	0	3	2	47	34	12	4	20	19
Thüringen	0	0	1	0	1	0	7	7	6 ¹	4	7	7
Sachsen	1	0	1	0	1 ²	1	2 ³	2	9 ⁴	3	9	7
Baden- Württemberg	1	0	1	1	6	3	11	8	12	2	27	26
Bayern	0	0	2	0	6	0	73	47	17	5	49	36
Saar	1	0	0	0	0	0	15	11	3	0	0	0
Nordrhein- Westfalen	1	0	1	0	21 ⁵	10 ⁵	33 ⁵	25 ⁵	58 ⁵	13 ⁵	70 ⁵	65 ⁵
Rheinland-Pfalz	1	1	0	0	0	0	11	6	13	3	21	20

1 sowie eine Geschäftsführerin Finanzen Landesverband

2 z.Z. eine Presse-/Öffentlichkeitsarbeit-Referentin in Vertretung der zuständigen Geschäftsführerin, die in Elternzeit ist

3 davon eine Auszubildende

4 zuzüglich drei Geschäftsführer/innen in der Landesgeschäftsstelle

5 Stand: 31. 12. 04

Landesverbände, die nicht den Status von Bezirken haben

LV/Bezirk	Leitende Landes- geschäftsführer/innen		Landes- geschäftsführer/innen		Referent/innen auf Landesebene		weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesverbandes	
	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen
Niedersachsen	1	0	0	0	1	1	1	1
Hessen	1	0	0	0	2	0	2	2

Delegierte

Parteivorstand

Albers, Detlev
Annen, Niels
Beck, Kurt
Benneter, Klaus Uwe
Berg, Ute
Bodewig, Kurt
Bulmahn, Edelgard
Burchardt, Ulla
Clement, Wolfgang
Däubler-Gmelin, Herta
Dieckmann, Bärbel
Duin, Garrelt
Eichel, Hans
Engelen-Kefer, Ursula
Fischer, Birgit
Gabriel, Sigmar
Griese, Kerstin
Grumbach, Gernot
Hendricks, Barbara
Junker, Karin
Kastner, Susanne
Krehl, Constanze
Maas, Heiko-Josef
Maget, Franz
Matschie, Christoph
Müntefering, Franz
Nahles, Andrea
Platzeck, Matthias
Pöker, Arno
Poß, Joachim
Püchel, Manfred
Riester, Walter
Schartau, Harald
Scheer, Hermann
Schmidt, Renate
Schreiner, Ottmar
Schulz, Martin
Schwall-Düren, Angelica
Simonis, Heide
Stiegler, Ludwig
Thierse, Wolfgang
Vogt, Ute
Wettig-Danielmeier, Inge
Wieczorek-Zeul, Heidemarie
Zöpel, Christoph

Delegierte der Landesverbände und Bezirke

- Abele, Kathrin, Bayern
 Ahnen, Doris, Rheinland-Pfalz
 Ahrens, Steffen, Nord-Niedersachsen
 Akgün, Lale, NRW
 Albers, Detlev, Parteivorstand
 Albrecht-Engel, Ines, Hannover
 Albrecht-Mainz, Elia, NRW
 Albrecht-Winterhoff, Inge, NRW
 Alheit, Kristin, Hamburg
 Aller, Heinrich, Hannover
 Annen, Niels, Parteivorstand
 Arens, Paul, NRW
 Arnold, Rainer, Baden-Württemberg
 Auer, Roberto, Thüringen
 Baasch, Wolfgang,
 Schleswig-Holstein
 Bäcker, Helmut, NRW
 Baldschun, Katie, NRW
 Barnett, Doris, Rheinland-Pfalz
 Bas, Bärbel, NRW
 Bätzing, Sabine, Rheinland-Pfalz
 Baule, Ingrid, Hannover
 Bayer, Sybille, Bayern
 Bayersdorfer, Edith, Bayern
 Beck, Kurt, Parteivorstand
 Becke, Ulrike, NRW
 Bednarz, Hendrik,
 Baden-Württemberg
 Behnke, Elfriede,
 Baden-Württemberg
 Beine, Lothar, NRW
 Benneter, Klaus Uwe, Parteivorstand
 Beran, Andreas, Schleswig-Holstein
 Berg, Hartmut, Hannover
 Berg, Ute, Parteivorstand
 Beucher, Friedhelm Julius, NRW
 Beutel, Jens, Rheinland-Pfalz
 Beyer, Christian, Bayern
 Biedefeld, Susann, Bayern
 Birzele, Frieder, Baden-Württemberg
 Bittner, Ralf, NRW
 Bliesener, Rainer,
 Baden-Württemberg
 Blum, Ulrich, NRW
 Blumentritt, Volker, Thüringen
 Blumeyer, Werner, Braunschweig
 Böcking, Gerlinde, NRW
 Bodewig, Kurt, Parteivorstand
 Bollermann, Gerd, NRW
 Bölling, Wolfgang, NRW
 Bollmann, Gerd, NRW
 Borchert, Rudolf,
 Mecklenburg-Vorpommern
 Börgmann, Johann, Weser-Ems
 Börschel, Martin, NRW
 Brahms, Karin, Hessen-Nord
 Brand, Marina, Hannover
 Brase, Willi, NRW
 Braun, Dagmar,
 Mecklenburg-Vorpommern
 Brede, Björn, Hessen-Nord
 Bredendiek, Rolf,
 Nord-Niedersachsen
 Brehm, Thorsten, Bayern
 Brennecke-Roos, Karla, NRW
 Britz, Charlotte, Saarland
 Bruch, Karl Peter, Rheinland-Pfalz
 Bruckmann, Hans-Günter, NRW
 Buchholz, Christel,
 Schleswig-Holstein
 Bullmann, Udo, Hessen-Süd
 Bulmahn, Edelgard, Parteivorstand
 Burchardt, Ulla, Parteivorstand
 Burger, Simone, Bayern
 Buschmann, Irma, Hessen-Süd
 Büttner, Reiner, Bayern
 Caspers-Merk, Marion,
 Baden-Württemberg

- Castellucci, Lars,
Baden-Württemberg
- Christmann, Stefan, Hannover
- Clement, Wolfgang, Parteivorstand
- Conrad, Jürgen, Rheinland-Pfalz
- Cordes, Lore, Nord-Niedersachsen
- Coße, Jürgen, NRW
- Costanzo, Luigi, NRW
- Damerau, Inka, Hamburg
- Danckert, Peter, Brandenburg
- Däubler-Gmelin, Herta,
Parteivorstand
- Deckwerth, Ilona, Bayern
- Deicke, Liane, Sachsen
- Determann, Leonore, Weser-Ems
- Dettmer, Wolfgang Jürgen,
Hannover
- Dieckmann, Bärbel, Parteivorstand
- Dieckmann, Dietmar, NRW
- Dippel, Martin, Hessen-Nord
- Dirks, Heinz-Martin, NRW
- Dittmar, Ansgar, Hessen-Süd
- Döring, Ramona, NRW
- Dörmann, Martin, NRW
- Dos Santos Herrmann, Susana, NRW
- Drecoll, Erika,
Mecklenburg-Vorpommern
- Dreesmann, Wilfried, Weser-Ems
- Dressel, Carl-Christian H., Bayern
- Dreßen, Peter, Baden-Württemberg
- Drexler, Wolfgang,
Baden-Württemberg
- Dreyer, Malu, Rheinland-Pfalz
- Drobinski-Weiß, Elvira,
Baden-Württemberg
- Duin, Garrelt, Parteivorstand
- Dülberg, Dagmar, NRW
- Dulig, Martin, Sachsen
- Egerer, Lutz, Bayern
- Eichel, Hans, Parteivorstand
- Eichler, Wolfgang, Sachsen-Anhalt
- Eickhoff, Martina, NRW
- Eiskirch, Thomas, NRW
- Elze, Michael, Berlin
- Engelen-Kefer, Ursula,
Parteivorstand
- Engels, Günter, NRW
- Ennever, Daniel, NRW
- Ensslen, Carola, Hamburg
- Erler, Gernot, Baden-Württemberg
- Esser, Antje, Bayern
- Esser, Frank, NRW
- Everts, Carmen, Hessen-Süd
- Falk, Peter, Bayern
- Fasler, Elke, Sachsen
- Faße, Annette, Nord-Niedersachsen
- Felderhoff, Fritzi Marie, NRW
- Feldmann, Julia, Weser-Ems
- Felgentreu, Fritz, Berlin
- Ferner, Elke, Saarland
- Firus, Harald-J., Hannover
- Fischer, Birgit, Parteivorstand
- Fischer, Krimhild, Sachsen-Anhalt
- Fischer, Susanne, Bayern
- Fischer-Theobald, Sabine, Saarland
- Flacke, Traute, Nord-Niedersachsen
- Fleckenstein, Knut Wilhelm,
Hamburg
- Förster, Heidrun, Brandenburg
- Franz, Ulf-Birger, Hannover
- Frechen, Gabriele, NRW
- Frey, Franz, Hessen-Süd
- Friedrich, Peter,
Baden-Württemberg
- Fries, Marion, Bayern
- Fronzek, Brigitte, Schleswig-Holstein
- Fry, Marlis, NRW
- Fuhr, Alexander, Rheinland-Pfalz
- Führ, Marc, Hannover
- Fürkötter, Franz-Josef, NRW
- Gabriel, Sigmar, Parteivorstand
- Gebhard, Heike, NRW

DELEGIERTE

Gebhardt, Evelyne,
Baden-Württemberg
Geis, Manfred, Rheinland-Pfalz
Geisen, Gerhard, Saarland
Gerdes, Michael, NRW
Gießelmann, Helga, NRW
Gilbert, Carsten,
Baden-Württemberg
Glenz, Wolfgang, Hessen-Süd
Gliss-Dekker, Ursula, NRW
Godawa, Angela,
Baden-Württemberg
Göllner, Uwe, NRW
Görig, Manfred, Hessen-Süd
Graf, Angelika, Bayern
Grandke, Gerhard, Hessen-Süd
Greenall, Sigrid, NRW
Gremmels, Timon, Hessen-Nord
Griebel, Matthias, Thüringen
Griefahn, Monika, Hannover
Griese, Kerstin, Parteivorstand
Grimm, Christoph, Rheinland-Pfalz
Grimm-Benne, Petra,
Sachsen-Anhalt
Grimmer, Helga, NRW
Grix, Wilhelm, Weser-Ems
Großmann, Achim, NRW
Grotthaus, Wolfgang, NRW
Grumbach, Gernot, Parteivorstand
Grünstein, Rosa,
Baden-Württemberg
Gürakar, Hidir, Baden-Württemberg
Haas, Hildegard, NRW
Häberle, Frank, Hessen-Nord
Hagedorn, Bettina,
Schleswig-Holstein
Hahnzog, Klaus, Bayern
Haller-Haid, Rita,
Baden-Württemberg
Halpape, Anja, Thüringen
Harder, Ernesto, NRW
Harden, Ernst, NRW
Härtel, Birgit, NRW
Hartmann, Michael, Rheinland-Pfalz
Haß, Torsten, Thüringen
Hauer, Nina, Hessen-Süd
Hausmann, Rudolf,
Baden-Württemberg
Haussel, Klaus, Bayern
Häußler, Ingrid, Sachsen-Anhalt
Heberer, Helen, Baden-Württemberg
Hebertinger, Renate, Bayern
Hechler, Katrin, Hessen-Süd
Heidinger, Michael, NRW
Heil, Hubertus, Braunschweig
Heiligenstadt, Frauke, Hannover
Heinkel, Doris, Bayern
Helleman, Heidrun, Hannover
Hempelmann, Rolf, NRW
Hendricks, Barbara, Parteivorstand
Henz, Roland, Saarland
Hering, Hendrik, Rheinland-Pfalz
Hermann, Ines-Maria, Braunschweig
Herter, Marc, NRW
Herzog, Gustav, Rheinland-Pfalz
Heß, Petra, Thüringen
Hess, Ursula, Rheinland-Pfalz
Hetmeier, Marita, NRW
Heusinger v. Waldegge, Elfi,
Hessen-Nord
Hildebrand, Frank, Hessen-Nord
Hilger, Alfred, Weser-Ems
Hilser, Dieter, NRW
Hindersmann, Nils, Hannover
Hinke, Klaus, Hannover
Hintsche, Sven L., Hessen-Nord
Hinz, Petra, NRW
Hofelich, Peter, Baden-Württemberg
Hoffmann-Bethscheider, Cornelia,
Saarland
Hofmann, Frank, Bayern
Holldorf, Peter, Hamburg

Höltgen, Daniel, Bayern
 Homann, Henning, Sachsen
 Hornung, Cornelia, Hessen-Süd
 Horstmann, Axel, NRW
 Hövelmann, Holger, Sachsen-Anhalt
 Hübner, Klaas, Sachsen-Anhalt
 Hütten, Achim, Rheinland-Pfalz
 Irber, Brunhilde, Bayern
 Isenberg, Thomas, Berlin
 Ittner, Frank, Bayern
 Itzek, Gerd, Rheinland-Pfalz
 Jabs-Kiesler, Karin, Weser-Ems
 Jagau, Hauke, Hannover
 Jäger, Ralf, NRW
 Jahl, Armin, NRW
 Jordan, Jörg, Hessen-Süd
 Jost, Reinhold, Saarland
 Juister, Bärbel, Schleswig-Holstein
 Jung, Johannes, Baden-Württemberg
 Junker, Karin, Parteivorstand
 Jürgens-Pieper, Renate,
 Braunschweig
 Kaczmarek, Oliver, NRW
 Kahrs, Johannes, Hamburg
 Kastner, Susanne, Parteivorstand
 Keip, Daniel, Brandenburg
 Kelm-Schmidt, Sabine, NRW
 Kern, Hans-Dieter, Bayern
 Kerstein, Ursel, Bremen
 Kietzer, Cathy, Schleswig-Holstein
 Kirmeier, Ursula, Bayern
 Kirschenbaum, Erwin, NRW
 Klamm, Hannelore, Rheinland-Pfalz
 Klein, Stefan, Braunschweig
 Kleine-Frauns, Jürgen, NRW
 Kliese, Hanka, Sachsen
 Klug, Claudia, NRW
 Knauss, Renate, Baden-Württemberg
 Koch, Manfred, NRW
 Koch, Regine, Berlin
 Kofler, Bärbel, Bayern
 Kollatz-Ahnen, Matthias, Hessen-Süd
 König, Uwe, Hannover
 Koschorreck, Elisabeth, NRW
 Köster, Dietmar, NRW
 Kraft, Hannelore, NRW
 Kräling, Hildegard, Hessen-Nord
 Krebs, Andreas, NRW
 Krehl, Constanze, Parteivorstand
 Kressl, Nicolette,
 Baden-Württemberg
 Kröger, Thorsten, NRW
 Krüger, Hans-Ulrich, NRW
 Krupp, Christoph, Hamburg
 Krupp-Knierim, Ute, NRW
 Kuhleemann, Dieter, NRW
 Kuhlwein, Eckart,
 Schleswig-Holstein
 Kulla, Angelika, NRW
 Kumpf, Ute, Baden-Württemberg
 Kumpf, Wolfgang, NRW
 Lambinus, Uwe, Bayern
 Lang, Armin, Saarland
 Lange, Christian,
 Baden-Württemberg
 Langemeyer, Gerhard, NRW
 Lehnberger, Jörg, Bayern
 Leibinger, Richard,
 Baden-Württemberg
 Leinen, Josef, Saarland
 Leppla, Ruth, Rheinland-Pfalz
 Leß, Daniela, Hessen-Süd
 Leuschner, Sigrid, Hannover
 Lewentz, Roger, Rheinland-Pfalz
 Lies, Olaf, Weser-Ems
 Link, Sören, NRW
 Löber, Hilmar, Hessen-Nord
 Löhr, Karin, NRW
 Lösekrug-Möller, Gabriele,
 Hannover
 Löser, Jessica, Hannover
 Lothes, Karl, Bayern

DELEGIERTE

Lotz, Erika, Hessen-Süd
Lückert, Brigitte, Bremen
Lühmann, Kirsten, Hannover
Lutz, Udo, Baden-Württemberg
Maas, Heiko-Josef, Parteivorstand
Machalet, Tanja, Rheinland-Pfalz
Maget, Franz, Parteivorstand
Mangold, Ellen, Schleswig-Holstein
Mann, Holger, Sachsen
Maringer, Evi, Saarland
Mark, Lothar, Baden-Württemberg
Mascher, Ulrike, Bayern
Matschie, Christoph, Parteivorstand
Mattheis, Hildegard,
 Baden-Württemberg
Mertes, Joachim, Rheinland-Pfalz
Mertes, Josef Peter, Rheinland-Pfalz
Meyer, Frank, NRW
Mindrup, Klaus, Berlin
Mohr, Margit, Rheinland-Pfalz
Molkentin, Katrin, Brandenburg
Möller, Claus, Schleswig-Holstein
Möller, Heidrun, Saarland
Moos, Hans-Jürgen,
 Baden-Württemberg
Müller, Michael, NRW
Müller, Michael, Berlin
Müller, Norbert, Hessen-Süd
Müller-Jung, Sylvia, Bayern
Müller-Wilfing, Christa, Bayern
Müller-Witt, Elisabeth, NRW
Müntefering, Franz, Parteivorstand
Mützenich, Rolf, NRW
Nabel, Konrad, Schleswig-Holstein
Naber, Hanna, Weser-Ems
Nahles, Andrea, Parteivorstand
Naser, Volker, Bayern
Naus, Barbara, NRW
Negele, Christine, Bayern
Neitzke, Gerhard, NRW
Neuser, Norbert, Rheinland-Pfalz
Niedermeier, Markus, Bayern
Nießing, Marga, Hessen-Süd
Nietan, Dietmar, NRW
Nissen, Ulrike, Hessen-Süd
Noichl, Maria, Bayern
Olbrich, Gerhard, Bayern
Opel, Manfred, Schleswig-Holstein
Östreich, Cornelia,
 Schleswig-Holstein
Pähle, Katja, Sachsen-Anhalt
Pauluhn, Stefan, Saarland
Pfungsten, Jutta, NRW
Pfleger, Helga, Hessen-Nord
Pflug, Johannes, NRW
Pighetti, Marco, Hessen-Süd
Platzeck, Matthias, Parteivorstand
Pohl, Katja, NRW
Pohl, Manuela-Andrea, Berlin
Pohlmann, Jürgen, Bremen
Pöker, Arno, Parteivorstand
Pörksen, Carsten, Rheinland-Pfalz
Pörksen, Jan, Hamburg
Poß, Joachim, Parteivorstand
Prang, Ute, Weser-Ems
Preißl, Hans, Hessen-Süd
Pries, Christoph, NRW
Pronold, Florian, Bayern
Püchel, Manfred, Parteivorstand
Raab, Heike, Rheinland-Pfalz
Rackles, Mark, Berlin
Rampe, Carsten, NRW
Ramsauer, Günther,
 Rheinland-Pfalz
Rauh, Melanie, NRW
Rausch, Thomas, Bayern
Redecker, Jochen, NRW
Rehbock-Zureich, Karin,
 Baden-Württemberg
Reich, Beate, Rheinland-Pfalz
Reichenbach, Gerold, Hessen-Süd
Reiczi, Elke, Hessen-Nord

- Reinke, Christian,
 Mecklenburg-Vorpommern
 Renner, Jürgen, Saarland
 Reuter, Michael, Hessen-Süd
 Richter, Bärbel, NRW
 Richter, Frank, Hamburg
 Richter, Gerrit, Hessen-Süd
 Richter, Klaus, Brandenburg
 Riedmaier, Theresia, Rheinland-Pfalz
 Riemenschneider-Wickert, Bettina,
 Hessen-Nord
 Ries, Isolde, Saarland
 Riesmeier, Wilhelm, NRW
 Riester, Walter, Parteivorstand
 Rimkus, Andreas, NRW
 Rinkens, Harald,
 Mecklenburg-Vorpommern
 Rix, Sönke, Schleswig-Holstein
 Rödle, Hans-Heinrich, Saarland
 Rohde, Dennis, Weser-Ems
 Rohr, Elke, NRW
 Rohwer, Maike, Schleswig-Holstein
 Roloff, Sebastian, Bayern
 Rösch, Günter, Rheinland-Pfalz
 Rösch, Rita, Bayern
 Rosemann, Martin,
 Baden-Württemberg
 Röse-Maurer, Karin, Hessen-Nord
 Rosin, Nicole, Berlin
 Rosner, Dieter, Bayern
 Roth, Birgit, Rheinland-Pfalz
 Roth, Eugen, Saarland
 Ruf, Nadine, Hessen-Süd
 Rupp, Adelheid, Bayern
 Sagasser, Tanja, Baden-Württemberg
 Sargk, Susanne, Baden-Württemberg
 Schäfer, Ute, NRW
 Schäfer-Gümbel, Thorsten,
 Hessen-Süd
 Schaller, Marcel, Bayern
 Schartau, Harald, Parteivorstand
 Scheer, Hermann, Parteivorstand
 Schellhaas, Klaus-Peter, Hessen-Süd
 Scherzer, Axel, Bayern
 Schiefner, Udo, NRW
 Schilling, Björn, NRW
 Schindler, Doris, NRW
 Schirmmacher, Helga,
 Schleswig-Holstein
 Schlange, Henning, Weser-Ems
 Schlaugat, Eva, Braunschweig
 Schlecht, Verena, Bayern
 Schlegel, Martin, NRW
 Schley, Stefan, Sachsen
 Schliephacke, Britta, Braunschweig
 Schlosser-Keichel, Anna,
 Schleswig-Holstein
 Schmeißer, Christa, NRW
 Schmidt, Dagmar, Hessen-Süd
 Schmidt, Frank, Hessen-Süd
 Schmidt, Jürgen, NRW
 Schmidt, Norbert, Weser-Ems
 Schmidt, Renate, Parteivorstand
 Schmitt, Astrid, Rheinland-Pfalz
 Schmitt, Norbert, Hessen-Süd
 Schmitz, Fabian, Berlin
 Schmitz, Uwe, NRW
 Schöll, Sarah, Baden-Württemberg
 Schöneberg, Anita, NRW
 Schreiner, Ottmar, Parteivorstand
 Schröder, Jendrik,
 Nord-Niedersachsen
 Schultheis, Karl, NRW
 Schultz, Reinhard, NRW
 Schulz, Martin, Parteivorstand
 Schumann, Michelle, NRW
 Schümann, Jutta, Schleswig-Holstein
 Schurer, Ewald, Bayern
 Schuster, Wolfgang, Hessen-Süd
 Schwall-Düren, Angelica,
 Parteivorstand
 Schwanitz, Rolf, Sachsen

DELEGIERTE

Schwarte, Heinz, Weser-Ems
Schwarz, Franziska, Hannover
Schwarz, Uwe, Hannover
Schwarzer, Renate, NRW
Schweitzer, Alexander,
Rheinland-Pfalz
Seidenthal, Bodo, Braunschweig
Siegrist, Hildrun, Rheinland-Pfalz
Sigges, Manfred, NRW
Simonis, Heide, Parteivorstand
Sippel, Michael, Hessen-Nord
Somberg-Romanski, Petra, NRW
Sommer, Ulrike, Berlin
Sonnenberg, Detlef, Weser-Ems
Spaniol, Hubert, Braunschweig
Spendrin, Maria Franziska,
Thüringen
Spiegel, Anja, Brandenburg
Spies, Thomas, Hessen-Nord
Spranger, Iris, Berlin
Stadtler, Karl-Heinz, Hessen-Nord
Stäglin, Uwe, Berlin
Stapelfeldt, Dorothee, Hamburg
Steffen, Frank, Brandenburg
Stein, Frank, NRW
Steinbrück, Peer, NRW
Steiner, Bernd, Bayern
Sterz, Bernhard, Sachsen-Anhalt
Stiegler, Ludwig, Parteivorstand
Stitz, Werner, Bremen
Stojkovic, Dzenet, Hessen-Süd
Strässer, Christoph, NRW
Stritter, Hans Georg, Saarland
Stuntebeck, Kristina, Weser-Ems
Tausend, Claudia, Bayern
Tauss, Jörg, Baden-Württemberg
Templ, Karl-Ulrich,
Baden-Württemberg
Teuchner, Jella, Bayern
Thiel-Briesen, Christian, NRW
Thierse, Wolfgang, Parteivorstand
Thole, Volker, Braunschweig
Thölken, Rosemarie, Berlin
Tigges, Margit, NRW
Tonne-Jork, Elke, Hannover
Tsalastras, Apostolos, NRW
Tursky-Hartmann, Petra, Hessen-Süd
Ulferts-Dirksen, Sophia, Weser-Ems
van den Berg, Guido, NRW
Vennebusch, Reinhold, NRW
Vogel, Christian, Bayern
Vogel, Ines, Sachsen
Vogel, Katja, Bayern
Vogel, Klaus, Bayern
Vogt, Ute, Parteivorstand
Volkmer, Marlies, Sachsen
von der Vring, Thomas, Bremen
Voß, Jens, NRW
Vossebrecher, Elisabeth, NRW
Wallach, Marianne, NRW
Watermann, Ulrich, Hannover
Weckenmann, Ruth,
Baden-Württemberg
Weikert, Angelika, Bayern
Weil, Stephan, Hannover
Weiler, Silke, Bayern
Weis, Petra, NRW
Weisskirchen, Gert,
Baden-Württemberg
Wend, Rainer, NRW
Wenghöfer, Jörg, Schleswig-Holstein
Werner-Muggendorfer, Johanna,
Bayern
Westphal-Schmidt, Christa,
Braunschweig
Wettig-Danielmeier, Inge,
Parteivorstand
Wieczorek-Zeul, Heidemarie,
Parteivorstand
Wiedemann, Leo, Bayern
Wild, Margit, Bayern
Willers, Gabriele, Hannover

Winkelmann, Peter, Brandenburg
 Witt, Martin, Brandenburg
 Wittebur, Klemens, NRW
 Wolbergs, Joachim, Bayern
 Wolf, Herta, Hessen-Nord
 Ypsilanti, Andrea, Hessen-Süd

Zapf, Uta, Hessen-Süd
 Zeller, Norbert, Baden-Württemberg
 Zoller, Peter, Rheinland-Pfalz
 Zöllmer, Manfred, NRW
 Zöpel, Christoph, Parteivorstand
 Zorn, Gerhard, NRW

Delegierte mit beratender Stimme

Parteirat Stand: 7. November 2005

LV Schleswig-Holstein

Stefan Eckner
 Claus Möller
 Roswitha Müllerwiebus
 Gitta Trauernicht
 Jörg Wenghöfer

LV Mecklenburg-Vorpommern

Guido Fröschke
 Verina Speckin
 LO Hamburg
 Jutta Blankau
 Mathias Petersen
 Dorothee Stapelfeldt

LO Bremen

Siegfried Breuer
 Wolfgang Grotheer

Bez. Nord-Niedersachsen

Dörte Liebetruth
 Dieter Möhrmann

Bez. Weser-Ems

Hans Forster
 Doris Fritz
 Hans-Dieter Haase
 Swantje Hartmann

Bez. Hannover

Heiligenstadt, Frauke
 Wolfgang Jüttner
 Wolf Kutzer
 Brigitte Somfleth
 Elke Tonne-Jork
 Ulrich Watermann

Bez. Braunschweig

Petra Emmerich-Kopatsch
 Hubertus Heil
 Renate Jürgens-Pieper

LV Sachsen-Anhalt

Rüdiger Fikentscher
 Elrid Wollkopf-Dittmann

LV Brandenburg

Angelika Schneider
 Harald Sempf

LV Berlin

Hella Dunger-Löper
 Karin Seidel-Kalmutzki
 Peter Senft
 Jörg-Otto Spiller

DELEGIERTE

LV Nordrhein-Westfalen

Birgit Alkenings
Dagmar Arnkens-Homann
Jürgen Coße
Petra Crone
Uwe Göllner
Sanda Grätz
Michael Groschek
Helene Hammelrath
Heinz Hunger
Loke Mernizka
Dagmar Mühlenfeld
Dietmar Nietan
Jochen Ott
Johannes Pflug
Bernhard Rapkay
Mechtild Rothe
Axel Schäfer
Ulla Schmidt
Juliane Schnittka
Frank Schwabe
Birgit Sippel
André Stinka
Gisela Tonn
Dieter Wiefelspütz
Stefan Zimkeit

Bez. Hessen-Nord

Manfred Fehr
Brigitte Hofmeyer
Gerhard Kakalick
Christine Schmarsow

Bez. Hessen-Süd

Udo Bullmann
Petra Fuhrmann
Gerhard Grandke
Jörg Jordan
Christine Lambrecht
Dagmar Schmidt
Norbert Wiczorek

LV Thüringen

Simone Fischer
Wilhelm Schreier

LV Sachsen

Thomas Grun
Gudrun Hoffmann
Simone Raatz

LV Saar

Michael Burkert
Cornelia Hoffmann-Bethschneider
Karin Lawall
Leo Petry

LV Rheinland-Pfalz

Jürgen Conrad
Malu Dreyer
Klaus Hagemann
Ursula Mogg
Renate Pepper
Axel Redmer
Dieter Schiffmann
Lydia Westrich

LV Baden-Württemberg

Hermann Bachmaier
Elfriede Behnke
Hanna Binder
Petar Drakul
Carsten Gilbert
Rudolf Hausmann
Rolf Linkohr
Tanja Sagasser
Regina Schmidt-Kühner

LV Bayern

Michael Bursian
 Gerhard Eickelpasch
 Thomas Goger
 Harald Güller
 Utha Lippmann
 Ralf Mattes

Volker Naser
 Hans Pawlovsky
 Angelika Roth
 Horst Schmidbauer
 Jella Teuchner
 Beate Wörl

Gewerkschaftsrat der SPD Stand: November 2005

Beck, Klaus
 Beck, Kurt
 Benneter, Klaus Uwe
 Bulmahn, Edelgard
 Clement, Wolfgang
 Demmer, Marianne
 Dieckmann, Bärbel
 Eichel, Hans
 Engelen-Kefer, Ursula
 Freiberg, Konrad
 Hansen, Norbert
 Hexel, Dietmar
 Möllenberg, Franz-Josef
 Mönig-Raane, Margret
 Müntefering, Franz

Nahles, Andrea
 Peters, Jürgen
 Putzhammer, Heinz
 Schartau, Harald
 Schmoltdt, Hubertus
 Schröder, Gerhard
 Sommer, Michael
 Steinmeier, Frank-Walter
 Thierse, Wolfgang
 Vogt, Ute
 Wasserhövel, Kajo
 Wettig-Danielmeier, Inge
 Wiczorek-Zeul, Heidemarie
 Wiesehügel, Klaus

Bundesschiedskommission

Ballhausen, Werner
 Brusis, Ilse
 Kohl, Hannelore
 Issenkopp, Karl

Risse, Johannes
 Rixecker, Roland
 Techmüller, Ingrid

Kontrollkommission

Budde, Karin
 Danner Dorothee
 Görlach, Willi
 Kompe, Gerhard
 Kuhlwein, Eckart

Mattischeck, Heide
 Meinhold, Walter
 Randzio-Plath, Christa
 Weisskirchen, Gert

Bundestagsfraktion

Andres, Gerd
Brinkmann, Bernhard
Bülow, Marco
Dzembitzki, Detlef
Edathy, Sebastian
Ehrmann, Siegmund
Ernstberger, Petra
Fograscher, Gabriele
Hartenberg, Alfred
Hilsberg, Stephan
Humme, Christel

Klug, Astrid
Körper, Fritz Rudolf
Krüger-Leißner, Angelika
Küster, Uwe
Marks, Caren
Reimann, Carola
Rossmann, Ernst Dieter
Roth, Karin
Runde, Ortwin
Stöckel, Rolf
Thönnnes, Franz

Mitglieder des Europäischen Parlaments

Haug, Jutta
Jöns, Karin

Roth-Behrend, Dagmar

Internationale Gäste

Albania

Social Democratic Party of Albania

Engjell Bejtaj
Reis Mulita
Artur Isufi

Socialist Party of Albania

Ilir Gjoni

Socialist Movement for Integration

Ilir Meta
Nako Sokol
Edmond Haxhinasto

Austria

Social Democratic Party of Austria

SPÖ

Doris Bures
Norbert Darabos
Heinz Kommenda

Belgium

German Community in Belgium

Karl-Heinz Lambertz
Rudolf Godesar
Dieter Cladders
Roger Britz

Bulgaria

Bulgarian Socialist Party BSP

Ivaylo Dimitrov
Marusya Lubcheva

China

Communist Party of China

Zhang Zhijun
Huang Huagang
Yu Xiaoxuan
Jin Xudong
Wang Xueyong

Croatia

Social Democratic Party of Croatia

Daniel Mondekar

Czech Republic

Czech Social Democratic Party CSSD

Jan Hamacek
Msl. Vaclav

Denmark

Danish Social Democratic Party SD

Anne Sofie Allarp

Finland

Social Democratic Party of Finland

Eero Heinäluoma
Pertti Rauhio
Hannu Taavitsainen
Sebastian Sass

France

Parti Socialiste PS

Jean-Marc Ayrault
Jean-Pierre Gougeon
Estelle Göger

Great Britain

Labour Party
Ian Lucas

Greece

PASOK
Filippos Petsalnikos
Regina Vartzeli
Paulina Lampsa

Hungary

Hungarian Socialist Party MszP
Monika Lamperth
Tamas Bazsa
Attila Kiraly

Israel

Israeli Labour Party
David Gilat
Ohad Rotem
Israel Gat

Meretz-Yahad
Hagit Ofran
Mossi Raz

Italy

Democratic Left DS
Luciano Vecchi
Federica Mogherini

Representatives from the
autonomous province Southern Tyrol
Dr. Otto Sauer
Dr. Sabina Kasslatter Mur
Dr. Richard Theiner
Dr. Reinhold Perkmann

Macedonia

Social Democratic Union
of Macedonia
Nikola Kurkciev
Karolina Ristova

Mongolia

Mongolian
People's Revolutionary Party
Yo. Otgonbayar
D. Baatar

Netherlands

Dutch Labour Party PvdA
Frans Timmermans

Norway

Norwegian Labour Party
Kathrine Raadim
Maria Hevzy

Poland

Democratic Left Alliance SLD
Andrzej Szejna

Portugal

Socialist Party PS
Paulo Pisco

Romania

Social Democratic Party of Romania
PSD
Mircea Geoana
Adrian Severin

Russia

Social Democratic Party of Russia
SDPR
Boris Guseletov

Serbia and Montenegro

Democratic Party
Boris Tadic
Lubomir Micunovic
Milos Jevtic
Vuk Jeremic
Jovan Ratkovic
Nebojsa Krstic
Jasmina Stojanov

Democratic Party of Socialists
of Montenegro
Daliborka Pejovic
Miodrag Radunovic

Social Democratic Party
of Montenegro
Mirko Vuletic
Waso Petricevic
Damir Davinovic
Ranko Krivokapic
Miodrag Radunovic
Daliborka Pejovic

Slovakia

Social Democracy SMER
Juraj Horvath

South Africa

African National Congress ANC
Sankie Mthembu Mahanyele
Farida Mohamed

Spain

Socialist Worker's Party PSOE
Inés Ayala
Paloma Villa Mateos

Sweden

The Swedish Social Democratic Party
SAP
Leif Lakobsson

Switzerland

Social Democratic Party
of Switzerland
Jacqueline Fehr
Peter Vollmer

Turkey

Social Democratic Populist Party
Murat Karayalcin

Ukraine

Socialist Democratic Party of Ukraine
SDPU
Vitali Shybko

Patriotische Union Kurdistans PUK

Ahmad Berwari

Frente-Polisario in Germany

Jamal Zakari

Socialist International

Luis Ayala

Rednerinnen und Redner

Albers, Detlef	188	Griefahn, Monika	84
Aller, Heinrich	288	Griese, Kerstin	87
Annen, Niels	133, 340	Grumbach, Gernot	73, 191
Baumann-Haske, Harald	80	Heil, Hubertus	207, 259, 318, 334
Beck, Kurt	46, 281, 306, 308, 347	Jabs-Kiesler, Karin	89
Bednarz, Hendrik	47	Jagau, Hauke	268
Benneter, Klaus Uwe	110, 181, 203	Jüttner, Wolfgang	109, 180
Blumeyer, Werner	230, 264	Kohl, Hannelore	345
Böhning, Björn	66, 327	Kollatz-Ahnen, Matthias	186, 262
Braune, Tilo	225	Kuhlwein, Eckart	197
Bullerjahn, Jens		Lühmann, Kirsten	130
	177, 185, 217, 324, 338, 355	Maas, Heiko-Josef	91
Bullmann, Udo	195	Mattheis, Hildegard	199
Bulmahn, Edelgard	218, 252, 255	Meinhold, Walter	90, 244, 256
Burger, Simone	75	Müller, Michael	201, 266
Caspers-Merk, Marion	198	Müntefering, Franz	23
Christmann, Stefan	325	Nahles, Andrea	276
Clement, Wolfgang	68	Nissen, Ulrike	290, 296, 302, 329
Dieckmann, Bärbel	307	Ott, Jochen	247
Dreßen, Peter	71, 125, 302	Pfaff, Martin	301
Duin, Garrelt	57	Platzeck, Matthias	
Eichel, Hans	59		102, 154, 179, 298, 356
Erdsiek-Rave, Ute	238	Pörksen, Anke	58
Esser, Frank	295	Poß, Joachim	139, 287
Ferner, Elke	192, 270, 329	Rackles, Mark	335
Fikentscher, Rüdiger	21	Randzio-Plath, Christa	117
Fischer, Birgit	100	Reinke, Christian	339
Fischer, Krimhild		Rohde, Dennis	243
	107, 177, 272, 298, 354	Roloff, Sebastian	72, 241
Franz, Ulf-Birger	85		
Gabriel, Sigmar	93, 274		
Graeber, Otto	258, 327		

Rossmann, Ernst-Dieter	250	Stegner, Ralf	82
Rupp, Adelheid	240	Steinbrück, Peer	52
Schäfer-Gümbel, Thorsten	341	Tadic, Boris	321
Schaller, Marcel	76	Tauss, Jörg	62, 232
Schlecht, Verena	242	Thierse, Wolfgang	46, 142
Schmidt, Norbert	227	Tsalastras, Apostolos	135
Schmidt, Ulla	293		
Schmitz, Fabian	135	Vogt, Sascha	231
Schöll, Sarah	77	Vogt, Ute	11, 137, 141, 270, 353
Scholz, Olaf	48	Voß, Jens	323
Schramm, Wilfried	333		
Schreiner, Ottmar	95	Wallach, Marianne	331
Schröder, Gerhard	37	Weckenmann, Ruth	278
Schulz, Martin	50, 123	Wettig-Danielmeier, Inge	112
Schultz, Reinhard	79	Wieczorek-Zeul, Heidemarie	98, 121, 127
Schwall-Düren, Angelica	121		
Sommer, Michael	149		
Spies, Thomas	194	Ypsilanti, Andrea	65

